L 70000
51
1917
9/X.–12/XI
Äußere Politik
36.

9/X. 1917

Bruch mit Peru und Uruguay.

Abbruch der Beziehungen zu Deutschland.

KB Lima, 7. Oktober. (Havas-Meldung.)

Der Kongreß von Peru hat mit 105 gegen 6 Stimmen den von der Regierung beantragten Abbruch der Beziehungen zu Deutschland beschlossen.

KB Montevideo, 7. Oktober. (Havas-Meldung.)

Die Kammer nahm mit 74 gegen 23 Stimmen den Abbruch der Beziehungen zwischen Uruguay und Deutschland an.

Der Senat beschloß den Abbruch mit 13 gegen 3 Stimmen.

Die Ursache des Bruches für Peru.

KB Berlin, 8. Oktober. (Wolffsches Bureau.)

Dem Reuterschen Bureau zufolge hat sich der peruanische Kongreß für den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Deutschland ausgesprochen. Diese Nachricht hängt offenbar mit der Reklamation der peruanischen Regierung wegen des peruanischen Seglers „Lorton" zusammen, der von deutschen Unterseebooten wegen Beförderung von Konterbande beschlagnahmt und gemäß den Regeln des Kreuzerkrieges unter Rettung der Menschenleben versenkt worden ist. Die peruanische Regierung forderte wegen dieser Maßnahme, deren Rechtmäßigkeit zurzeit der Beurteilung durch das zuständige deutsche Prisengericht unterliegt, ohne weiteres Genugtuung und Schadenersatz. Dieses Verlangen, das in die völkerrechtlich gegründete Zuständigkeit der deutschen Prisengerichtsbarkeit eingreift, berührt uns um so eigentümlicher, als Peru selbst in seinem Krieg mit Chile über den deutschen Dampfer „Luxor" wegen Beförderung von Konterbande die Prisengerichtsbarkeit ausübte, ohne daß Deeutschland Einspruch erhob. Die deutsche Regierung hielt daran fest, daß die Frage zunächst im ordentlichen Prisenverfahren entschieden werden muß, erklärte sich aber gleichzeitig bereit, nach Erledigung des Verfahrens etwaige völkerrechtliche Einwendungen der peruanischen Regierung gegen die Entscheidung, ebenso wie dies seinerzeit im „Luxor"-Falle geschah, diplomatisch zu erörtern.

Ablösungsgesuch des peruanischen Militärattachés in Berlin.

Infolge der Spannung in den deutsch-peruanischen Beziehungen hat der Militärattaché der hiesigen peruanischen Gesandtschaft Hauptmann Guerrero telegraphisch um Ablösung gebeten.

9/X. 1917

Gute Lehre.

Die Sache hat sich ja am Samstag im deutschen Reichstag recht ernst angelassen; es ist aber alles schon wieder in Ordnung! Der Herr Dr. Michaelis war im Hauptquartier und man hat ihm gestattet, zu versichern, daß die Reichsleitung mit den behördlichen Agitationen zum Zwecke eines „Siegfriedens“ und zur Verunglimpfung der Reichstagsmehrheit nicht einverstanden sei, und die Wogen haben sich alsogleich geglättet: die Reichstagsmehrheit, unter deren Eigenschaften die Hartnäckigkeit gegen oben nicht die ausgeprägteste ist, erklärt sich für befriedigt; der Nachtragsetat mit dem Gehalt für den Herrn Helfferich, der in demonstrativer Absicht noch einmal in den Ausschuß geschickt worden ist, wurde zum zweitenmal angenommen und der „Zwischenfall“ vom Samstag ist damit bereinigt. Der morgige Abschluß der Interpellationsdebatte wird die einen Augenblick befürchtete Ungeheuerlichkeit, daß sich der Reichstag erdreisten könnte, von einem Vorgehen des Reichskanzlers zu sagen, es entspreche seinen Anschauungen nicht, ganz bestimmt nicht zeitigen; in diesen Dingen gilt vom deutschen Reichstag der Spruch Akibas umgekehrt: Noch nie dagewesen! Auch der preußische Kriegsminister, der am Samstag den Einfall hatte, die Beschwerde der Abgeordneten mit preußischer Schnoddrigkeit beiseite zu schieben, wird pardoniert, selbst der Unglücksmensch Helfferich wird noch einmal in Gnaden aufgenommen. Der Samstag des Mißvergnügens hat sich in einen glorreichen Montag, in eine Sitzung von eitel Harmonie verwandelt. Und das alles durch die Rede des Reichskanzlers, deren Bestimmtheit und Aufrichtigkeit vielleicht schon dadurch ausreichend erkannt wird, daß die berüchtigte „Vaterlandspartei“, gegen die sich der Ansturm am Samstag kehrte, darin kaum erwähnt wird.

Lehrreich bleibt der „Zwischenfall“ dennoch, und das in zweifacher Hinsicht. Erstens ist daran der Grad der Kraft und der Ausdauer dieser Reichstagsmehrheit zu erkennen, die wohl die Vernunft des Reichstages repräsentiert, aber zu einem mutigen Erfassen der Dinge doch nicht recht geeignet ist. Es ist eben eine Mehrheit aus recht verschiedenen Parteien, in der schon dadurch Rücksichten wirksam sind, die es hindern, daß sie mit Tatkraft auf ein Ziel lossteuern könnte; sie sucht keine Konflikte, was schließlich zu begreifen ist, aber sie geht ihnen, wenn sie schon ausbrechen, lieber aus dem Wege, als daß sie sich entschlösse, sie mit der gebotenen Rücksichtslosigkeit auszutragen. Es ist daher wohl ein Unrecht, von unseren Genossen, die von dieser Mehrheit ein so wichtiger Bestandteil sind und in ihr das treibende Moment darstellen, eine Leistung zu erwarten, die dieser Mehrheit eben nicht gegeben ist: es ist doch der erste Versuch, vom Reichstag aus auf die Gestaltung der Verhältnisse einen bestimmenden Einfluß zu üben; und das Beginnen hat sich von der Zaghaftigkeit, die allen Deutschen vor der Obrigkeit anhaftet, noch lange nicht befreit. Aber wenn die Macht, die ihm zukommt, vom Reichstag noch immer mit einer staunenswerten Behutsamkeit ergriffen wird, so hat gerade der „Zwischenfall“ gezeigt, daß die friedliche Reichstagsmehrheit doch eine ernstliche Potenz ist, und insofern könnte auch sie aus ihm eine nützliche Lehre ziehen. Unverkennbar waltete die Absicht, die sozialdemokratischen Interpellationen zu bagatellisieren, sie mit ein paar zweideutigen Redensarten abzutun und es im übrigen so weiter zu treiben, als man es getrieben hatte. Darauf deutete schon die Abwesenheit des Reichskanzlers hin, noch mehr die Reden der zwei Minister, die sich vermaßen, den Reichstag nach bewährten Mustern von oben herab zu behandeln; man glaubte, das feine Spiel fortführen zu können, das sich der Kurs des Herrn Michaelis erkoren hat: nämlich äußerlich sich zu gehaben, als sei man mit der friedlichen Reichstagsmehrheit einig, im Innern aber zu der Annexionspropaganda zu stehen und durch Gewährenlassen ihrer Hetze Vorschub zu leisten. Es hat aber ausgereicht, daß sich die Mehrheit auf ihre Macht besonnen hat, und die hochmütigen Herren knickten sofort ein. Im Hauptausschuß wurde heute von ihnen schon ganz anders geredet; nun übertraf einer den anderen in Beteuerungen, daß jeder behördliche Mißbrauch ausgeschlossen sein müsse, daß politische Agitationen im Heere nicht geduldet werden; nun wurde nicht mehr geleugnet, daß Mißgriffe und Entgleisungen vorgekommen sind, und ihre Abstellung wurde entschieden zugesichert. Beiläufig bemerkt, hat man da erst von jener „Aufklärungsarbeit“ erfahren, mit der der „Durchhaltungsgeist“, den man immer als die selbstverständliche, nie erloschene Stimmung hinstellen wollte, künstlich und mühsam erweckt werden soll. Wie hat man über die Reden im Schützengraben auf Seite der Entente gehöhnt, und nun zeigt sich, daß man auch auf deutscher Seite das Wort so hoch zu schätzen gelernt hat! Aber davon abgesehen, hat es sich gezeigt, daß die Reichstagsmehrheit nur zu wollen braucht, um Macht, Einfluß, Bedeutung zu haben; daß sie wohl der ausschlaggebende Faktor sein könnte, wenn sie nur wollen könnte! Indem der „Zwischenfall“ gezeigt hat, daß man sich oben der Notwendigkeit bewußt ist, den Reichstag sehr sorgfältig zu beachten, ist er vielleicht geeignet, das Selbstbewußtsein der Reichstagsmehrheit zu stärken, ihr Kraft und Nachdruck einzuflößen und sie zu einem Werkzeug des Willens der Nation zu gestalten. Gesiegt hat doch die Reichstagsmehrheit, und gefügt hat sich die Regierung.

Nichts ist so wichtig, als dieser so beschaffenen Reichsregierung die Zweideutigkeit auszutreiben. Ob Herr Dr. Michaelis überhaupt befähigt ist, den Friedenswillen des Reichstages in sich aufzunehmen und sein getreuer Vollstrecker zu werden, ist wohl auch heute zweifelhaft. Darauf aber kommt es an, denn den Frieden wird nur der Reichskanzler bringen, der allen Annexionswahn weit von sich gewiesen hat und dem Verständigungsfrieden mit ganzer Seele dient. Aber eine gute Lehre war der Zwischenfall: er zeigt den verantwortlichen Leuten, daß es mit dem selbstherrlichen Schalten und Walten zu Ende ist, und sagt der Mehrheit, daß, wenn sie sich ermannt, die Dinge im Reiche so gehen müssen, wie es der Reichstag will.

Die Zeit

9/X. 1917

Beschlagnahme unserer Schiffe in China

Ein Bericht aus Schanghai.

* Wien, 8. Oktober.

Dem in Schanghai erscheinenden North China Herald sind nachstehende, allerdings unkontrollierbare Einzelheiten über die Beschlagnahme österreichischer Schiffe und andere Vorgänge zu entnehmen, die auf die chinesische Kriegserklärung an Deutschland und Oesterreich-Ungarn gefolgt sind:

Seit den ersten Wochen des Weltkrieges lagen die österreichischen Schiffe „China", „Bohemia" und „Silesia" im Hafen von Schanghai vor Anker, wo sie auch unbehelligt blieben, nachdem der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen China und den Mittelmächten und im Zusammenhang damit die Beschlagnahme der in Schanghai befindlichen deutschen Schiffe erfolgt war. Die Kriegserklärung Chinas an Deutschland und Oesterreich-Ungarn hatte zur unmittelbaren Folge, daß nun auch zur Beschlagnahme der österreichischen Schiffe geschritten wurde. Die Maßregel, die durch den chinesischen Kreuzer „Haischi" vollzogen wurde, verlief ohne jeden Zwischenfall. Die beschlagnahmten Schiffe haben folgenden Tonnengehalt: „Bohemia" 2805 Tonnen, „Silesia" 3318 Tonnen und „China" 3368 Tonnen. Im ganzen sind im Hafen von Schanghai acht Schiffe der Mittelmächte der Beschlagnahme verfallen, drei österreichische und fünf deutsche. An Bord der österreichischen Schiffe hatten sich achtzig Personen befunden.

Eine weitere Folge des Kriegszustandes zwischen China und den Mittelmächten war die Schließung der Räume der Deutsch-Asiatischen Bank in Schanghai durch die chinesischen Behörden. Die Bank wurde von der chinesischen Regierung übernommen, die die Geschäfte der Anstalt liquidieren wird. Alle beim chinesischen Salzgefälle und im Zollwesen angestellten Oesterreicher und Deutschen wurden nach Auszahlung ihrer fälligen Bezüge entlassen.

Reichspost Abendblatt
9./X. 1917

Der Dank des Kaisers an das christliche Wien.

Zu der Friedenskundgebung im Wiener Rathause.

An Landmarschall Prinz Alois von und zu Liechtenstein, als Vorsitzenden der Sonntag im Wiener Rathause stattgefundenen Massenversammlung ist folgendes Telegramm eingelangt:

Seine k. u. k. Apostolische Majestät haben die in der gestrigen Versammlung im Wiener Rathause beschlossene Kundgebung und die hiebei zum Ausdruck gebrachten Gefühle der Treue und Anhänglichkeit mit großer Befriedigung und mit wärmstem Danke entgegenzunehmen geruht.

In unerschütterlichem Vertrauen auf den Segen und den Beistand des Allmächtigen werden Seine Majestät unentwegt bestrebt sein, seinen geliebten Völkern die Segnungen eines der gebrachten Opfer würdigen und baldigen Friedens zu sichern.

Im Ah. Auftrage: Ritter v. Polzer.

Fremdenblatt

9./X. 1917

Die Wirren in Rußland.

Ein neuer Kongreß der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndelegierten.

K. Petersburg, 7. Oktober. (Bericht der Petersburger Telegraphenagentur.) Der Vollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates hat einstimmig beschlossen, auf den 2. November einen zweiten Kongreß aller Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndelegierten einzuberufen.

Die politische Propaganda in der Armee.

Der Arbeiter- und Soldatenrat hat eine Entschließung angenommen, worin gefordert wird, daß der Kriegsminister sofort die politische Propaganda im Heere wieder einführe und die Unverletzlichkeit aller Parteien an der Front gewährleiste.

Einigung über eine Koalitionsregierung.

K. Petersburg, 7. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Heute um 3 Uhr nachmittags fand unter dem Vorsitze Kerenskis eine Beratung der Mitglieder der Regierung mit einer Abordnung der demokratischen Konferenz und Vertretern der bürgerlichen Elemente statt. Nach eineinhalbstündiger Erörterung wurde in allen Fragen eine Einigung erzielt. Am Schlusse erklärte Kerenski, die Regierung habe die Absicht, unverzüglich ein vollständiges Kabinett zu bilden, damit die Regierung der wiederhergestellten Koalition sich sofort auf den von der Regierung und den Vertretern der Demokratie und des Bürgertums festgestellten Grundlagen der Arbeit widmen könne.

Die neue Verfassung Finnlands.

K. Helsingfors, 7. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Heute wurden folgende Gesetzentwürfe veröffentlicht: 1. Ein Entwurf, der Finnland zur Republik erklärt. 2. Ein Entwurf, der die Beziehungen zwischen Rußland und Finnland regelt.

Beide Entwürfe werden dem Landtag zur Prüfung unterbreitet, der zweite Entwurf überdies der verfassunggebenden Versammlung Rußlands zur Genehmigung vorgelegt werden.

Das erste Gesetz bestimmt, daß die gesetzgebende Gewalt dem Landtag und dem Präsidenten der Republik, die Vollzugsgewalt dem Präsidenten unter Mitwirkung des Staatsrates zusteht. Es wird das allgemeine Wahlrecht eingeführt. Der Präsident tritt sein Amt am 11. Oktober an. Er führt in Friedenszeiten den Oberbefehl über die finnländischen Streitkräfte. Die Frage der Beziehungen zur russischen Regierung wird durch den Präsidenten in Uebereinstimmung mit dem Ministerrat geregelt. Die Minister werden vom Präsidenten ernannt. Im ganzen Lande wird die allgemeine Dienstpflicht eingeführt. Die gegenwärtige Regierungsform ist ein Grundgesetz, das die alte Regierungsgewalt aufhebt.

Das Gesetz über die Beziehungen zu Rußland besagt: Finnland bleibt mit Rußland vereinigt, hat aber eine eigene Verfassung, eine eigene Regierung und unabhängige gesetzgebende und vollziehende Gewalten. Die Fragen über Krieg und Frieden sind gemeinsam und für beide Länder verbindlich. Sie werden gemäß den Staatsgrundgesetzen Rußlands geregelt. Verträge mit fremden Staaten werden von Rußland eingegangen, wenn dieses nicht sein Recht an die Regierung Finnlands abtritt.

9./X. 1917

7

Vortrag des Prälaten Dr. Gießwein über den Verständigungsfrieden.

Wien, 8. Oktober.

Im Rahmen eines heute vom Verbande für allgemeine Völkerverständigung Para pacem veranstalteten Vortragsabends sprach der ungarische Reichstagsabgeordnete Prälat Dr. Gießwein über das Thema „Durch Kampf zur Verständigung". Als Vertreter des Ministeriums des Aeußern war Legationsrat Graf Colloredo erschienen. Der Vorsitzende begrüßte herzlichst den Vortragenden, der wegen seiner Vorträge und publizistischen Propaganda als wahrer Friedensapostel angesprochen werden müsse.

Der Prälat überbrachte zunächst brüderliche Grüße der ungarischen Friedensgesellschaft, deren Vorsitzender er ist. Im Laufe seiner Ausführungen, die in dem Gedanken gipfelten, daß der einzige Abschluß des gegenwärtigen Krieges ein Weltbund der Kulturvölker zur Abwendung jedes künftigen Krieges sei und daß es zu einem einigen Europa auf dem Wege gegenseitiger Verständigung kommen müsse, gedachte der Vortragende mit Worten höchsten Dankes der Friedensaktion des Papstes, der in meisterhaften Konturen den Plan des künftigen Weltgebäudes entworfen habe, ebenso der innigen Wärme, mit der sich unser Herrscher für den Verständigungsfrieden aussprach, und schließlich der Rede des Ministers des Aeußern Grafen Czernin. Wir, Ungarn, sagte Redner, sind stolz darauf, daß in unserer Hauptstadt Worte einer wahren Staatsweisheit erklungen sind. (Lebhafter Beifall.) Die Anregung des Bischofs Fraknoi, daß je drei von Ungarn, Oesterreich und Deutschland einerseits, von Frankreich, England und Amerika andererseits gewählte, nicht der zünftigen Diplomatie angehörende Vertreter unter Vorsitz des Papstes oder des Kardinal-Staatssekretärs zusammentreten mögen, um eine Verständigung anzubahnen, hält der Vortragende, so gesund ihre Grundidee sei, nicht durchführbar. Er hält es für wünschenswert, daß Bürger und Abgeordnete der kriegführenden Staaten zusammenkommen und gegenseitig darüber sich aussprechen, was die Völker wollen. Der Redner stellte fest, daß die Pazifisten heute nicht mehr in der Minderheit seien, und schloß seine Ausführungen mit dem Gedanken, es gibt keine Zukunft mehr, ohne neue zwischenstaatliche Rechtsordnung.

Die Ausführungen wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen. Die Versammlung nahm folgende Entschließung an: „Bereit, jegliches Opfer für die Sicherung und Unversehrtheit des Vaterlandes zu bringen, sind die Versammelten gleichwohl überzeugt, daß eine rasche Beendigung des grauenvollen Völkermordens zur Rettung Europas unbedingt notwendig ist, und danken daher allen denjenigen, die sich in den Dienst der Völkerverständigung, als der notwendigen Voraussetzung eines dauerhaften Friedens gestellt haben."

An Se. Majestät wurde ein Huldigungstelegramm gesandt, mit dem Ausdruck allerunterthänigsten Dankes für die liebevollen, väterlichen Bemühungen zur Herbeiführung eines segensreichen und dauerhaften Friedens. Ebenso wurde die Absendung eines Telegramms an den Minister Grafen Czernin beschlossen, für die glänzende und wirkungsvolle Vertretung durch die auf die Herbeiführung eines dauernden Friedens und einer wahren Völkerverständigung gerichteten Worte und Taten. Nach dem Vortrage versammelte sich der Vorstand des Verbandes zu einer intimen Ehrung des Vortragenden.

Arbeiterzeitung

9/X. 1917.

Die Macher des Annexionsaufrufes. Wir haben schon bemerkt, daß die Unterschriften für den famosen Aufruf „an die Deutschen Oesterreichs“ in aller Form zusammengeschnorrt worden sind. Zum Beweis das folgende Zirkular, mit dem die Unterschriftenbettelei unternommen wurde:

Wien, im August 1917.

Euer Hochwohlgeboren! Der Arbeitsausschuß des Deutschen Klubs hat in seinen Sitzungen vom 20. und 26. Juli d. J., zu denen unter anderem der Obmann des Deutschen Nationalverbandes Abgeordneter Dobernig sowie mehrere Abgeordnete, der Rektor der Wiener Universität Seine Magnifizenz Dr. Reisch und der Obmann des Deutschen Volksrates für Wien und Niederösterreich Dr. Klekler geladen waren, einstimmig beschlossen, beiliegenden Aufruf an die Deutschen Oesterreichs zu erlassen.

Wir ersuchen Euer Hochwohlgeboren, sich dieser Kundgebung anzuschließen und uns schriftlich Ihre Zustimmung zu erteilen, daß der Aufruf auch mit Ihrem Namen unter Beifügung der Stellung, die Sie im öffentlichen Leben oder in Vereinen bekleiden, gezeichnet werde. Die schriftliche Verständigung wird bis längstens 27. August d. J. erbeten.

Mit treudeutschem Gruß für den Deutschen Klub

Obmann: R. Geyer. Zweiter Obmannstellvertreter: Dr. Schachermayer.

Aber die „schriftliche Verständigung“ scheint so spärlich gekommen zu sein, daß noch ein Monat dazugelegt werden mußte. Festhalten wollen wir aber, daß der Rektor der Wiener Universität an dieser Hetzaktion sozusagen als Anreger mitgewirkt hat . . .

Reichspost

9/X. 1917

9

Die staatsrechtliche Gestaltung der Ukraine.

Von Universitätsprofessor Michael Hruschewskyj,*)
Präsident des Kiewer Ukrainischen Zentralrates.

Die Ukrainer fordern von dem neuen Rußland eine uneingeschränkte, national-territoriale Selbstverwaltung im Verbande der russischen Bundesrepublik. Dies muß mit allem Nachdruck betont werden, da die Autonomie entweder nur ein ganz bestimmtes Gebiet betreten kann (territoriale Selbstverwaltung) oder aber einem Volk ohne Rücksicht auf das von ihm bewohnte Gebiet eingeräumt wird (nationale Selbstverwaltung).

Es verlangen die russischen Ukrainer, daß aus den ukrainischen Gebieten des russischen Staates ein einheitliches völkisches Gebiet, ein nationales Territorium gebildet werde. Hieher gehören die ukrainischen Kerngebiete, die Gouvernements Kiew, Wolhynien, Podolien, Cherssson, Katerinoslaw, Tschernihow (mit Ausschluß der nicht ukrainischen nördlichen Kreise), Poltawa, Charkow, Taurien und die Provinz Kubanj (mit Ausschluß der östlichen Kreise), ferner die ukrainischen Kreise der benachbarten Gouvernements, wie Chotin und ein Teil des Kreises Akerman (Gouvernement Bessarabien), der östliche Teil des seit jeher ukrainischen Cholmlandes, ferner Teile der Gouvernements Grodno (die Ukrainer bilden in den Kreisen Berestje 81%, Kobryn 83%, Bilsk 42% der Bevölkerung), Minsk (die Kreise: Pynsk 80%, Mosyr 60% der ukrainischen Bevölkerung), die westlichen Teile der Gouvernements Woronish (Ukrainer in den Kreisen Ostroshsk 44%, Bohutschar 33%, Byrsutsch 70%, Walujky 55%, Pawlowsk 43%), Don (Ukrainer in den Kreisen Tahanroh 69%, Rostow 52%, Donezj 40%) und Stawropol (Ukrainer in den Kreisen Nowohrhorijiwsk 54%, Mesdwesha 48%, Oleksandriwsk 40%).

Die vereinigten ukrainischen Gebiete werden auf breiter demokratischer Grundlage aufgebaut werden und uneingeschränktes Selbstverwaltungsrecht ausüben, so daß die staatsrechtlichen Beziehungen der Ukraine zu der russischen Republik sich folgendermaßen gestalten müßten: Gesetzentwürfe, die das ganze Land betreffen, werden im Ukrainischen Ssojm (Landtag) erörtert und beschlossen. Die autonome Ukraine hat für alle Angelegenheiten, und zwar für wirtschaftliche, kulturelle und politische, selbst zu sorgen, sie erhält ihr eigenes Heer, verfügt über ihre Verkehrswege, Einnahmen, Bodenschätze, besitzt ihre eigene Gesetzgebung, ihre eigene Verwaltung und ihr eigenes Gerichtswesen. Nur in gewissen, den gesamten russischen Staat betreffenden Angelegenheiten, unterwirft sich die Ukraine den Beschlüssen des gemeinsamen Parlaments, an dem auch die Vertreter der Ukraine entsprechend der Anzahl ihrer Bevölkerung teilnehmen werden.

Ohne die Rechte der nationalen Minderheiten der Ukraine schmälern zu wollen, vielmehr ihnen Schutz und Hilfe gewährend, wollen die Ukrainer in ihrem Lande, frei von unberufener Bevormundung ihre kulturellen und wirtschaftlichen Bedürfnisse in ihren autonomen Instituten befriedigen. Namentlich vom wirtschaftlichen Standpunkte ist es überaus wichtig, daß die natürlichen Schätze des ukrainischen Bodens für den wirtschaftlichen Aufschwung des Landes und das Wohl des ukrainischen Volkes verwendet werden. Bildet doch die Ukraine ein besonderes Wirtschaftsgebiet, mit ausgesprochener Individualität, mit den günstigsten Voraussetzungen für eine großzügige wirtschaftliche Entwicklung. Sie besitzt ihr eigenes Meer und ihre eigenen Berge, große Ströme, Welttransitwege, unermeßliche Landstriche des fruchtbarsten Bodens, Vorbedingungen für eine ersprießliche Viehzucht, umfangreiche Wälder, die für die Industrie so überaus wichtigen Kohlen- und Eisenlager sowie die übrigen Metalle, ferner klimatische Gegenden, vielbesuchte Kurorte, dazu einen gesunden, arbeitswilligen Menschenschlag, kurz die besten Grundlagen für ein reiches, wirtschaftlich unabhängiges Land.

Unumgänglich ist die Autonomie auch deshalb, um dem ukrainischen Bauer größere Einkünfte, dem ukrainischen Proletarier einen möglichst hohen Lohn zu sichern, um auf diese Weise der Auswanderung den Riegel vorzuschieben, die einheimischen Kräfte in eigenem Lande zu verwerten. Auch die Lösung der Agrarfrage in der Ukraine muß dem autonomen Lande vorbehalten werden. Alle Einkünfte aus der ukrainischen Landwirtschaft und Industrie müssen für die Entwicklung der produktiven Kräfte im eigenen Lande verwendet werden.

Es liegt auf der Hand, daß auch in kultureller Beziehung das reich begabte ukrainische Volk nur unter Ausübung des Selbstverwaltungsrechtes seine Kultur, Kunst und Wissenschaft ungehindert entwickeln könnte.

Ohne sich den europäischen Strömungen zu verschließen, wird die Ukraine zu einem kulturell reichen und starken Lande werden. Im engen Anschluß an die europäische Kultur wird es dem ukrainischen Volke ermöglicht werden, sein künstlerisches Talent zu entfalten, das völkische Selbstbewußtsein zu stärken, das Heimatsgefühl tiefer zu verankern. Wie die Dinge nun einmal liegen, wird die ukrainische Nation alle ihre Kräfte einsetzen, um die national-territoriale Selbstverwaltung in vollem Ausmaße zu erringen.

Wir haben unter dem gestürzten Regime, aber auch unter der Herrschaft der liberalen russischen Kreise den Kelch der Leiden bis zur Neige ausgekostet, nun wollen wir endlich einmal unser Schicksal selber schmieden. In unserem Landtag wollen wir unsere Angelegenheiten besorgen, in der Duma der russischen Bundesrepublik das Wenige, das die gesamte Republik betrifft.

*) Bekanntlich ist der Verfasser o.-ö. Professor der osteuropäischen Geschichte an der Lemberger Universität. Mit dem Ausbruch des Krieges weilte Hruschewskyj studienhalber in Rom, woher er nach Wien zurückkehrte. Hier erklärte er, er wolle nach Kiew, wo sich seine Familie befindet, abreisen. Trotzdem ihm seine Landsleute abrieten, führte er dennoch sein Vorhaben durch, wurde aber bald nach seiner Ankunft in Kiew verhaftet und nach Sibirien, später nach Moskau verschleppt. Die Umwälzung in den Märztagen setzte ihn an die Spitze des ukrainischen Volkes. Er wurde in Kiew begeistert geehrt und zum Präsidenten des Rado gewählt. Als solcher ist er der tonangebende Führer der russischen Ukrainer und genießt nicht nur in der Ukraine, sondern auch in Petersburg großes Ansehen. In Lemberg spielte er als Politiker keine besondere Rolle, wohl aber in kultureller Beziehung als Obmann der Wissenschaftlichen Schewtschenkogesellschaft. Die Red.

Frenchblatt

10./X. 1917

Die Wirren in Rußland.

Das Koalitionskabinett gebildet.

K. Petersburg, 8. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Das von Kerenski auf Grund des Uebereinkommens mit den demokratischen und bürgerlichen Parteien neugebildete Ministerium ist folgendermaßen zusammengesetzt:

Sozialistische Minister sind: Kerenski — Ministerpräsident und Oberbefehlshaber; Nikitin — Inneres und Posten und Telegraphen; Maliantowitsch — Justiz; Prokopowitsch — Nahrungsmittelversorgung; Alsentiew — Landwirtschaft; Gwozdew — Oeffentliche Arbeiten.

Nichtsozialistische Minister sind: Tereschtschenko — Auswärtige Angelegenheiten; Konowalow — Handel und Industrie; Bernatzky — Finanzen; Salatzkin — Oeffentlicher Unterricht; Kartaschew — Kultus; Kischkin — Oeffentliches Fürsorgewesen; Smirnow — Staatskontrolleur; Tretjakow — Präsident des Wirtschaftsrates bei der vorläufigen Regierung; Liwerowsky — Verkehrsminister; General Werchowsky — Krieg; Admiral Wederewsky — Marine.

„Der vorläufige Rat der russischen Republik."

K. Petersburg, 8. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Es verlautet, daß das Vorparlament auf Vorschlag Tseretellis den Namen „Vorläufiger Rat der russischen Republik" erhalten wird.

Da die Vertreter der bürgerlichen Parteien im Vorparlament noch nicht gewählt sind, ernannte der Zentralausschuß der Kadetten einen Spezialausschuß von fünf Mitgliedern, der im Einvernehmen mit dem gleichartigen Ausschuß der Industriellen von Moskau und Petersburg die Liste der bürgerlichen Abgeordneten für das Vorparlament aufstellen wird.

Maximalisten-Mehrheit im Vorstande des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrates.

K. Petersburg, 8. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Im Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat wurde die Neuwahl des Vorstandes vorgenommen, der jetzt aus sieben Mitgliedern besteht. nämlich aus vier Maximalisten, darunter Trotzky und Kamenew, zwei Sozialrevolutionären, darunter Tschernow, und einem minimalistischen Sozialdemokraten.

Der Maximalist Trotzky wurde zum Vorsitzenden des Arbeiter- und Soldatenrates gewählt.

Der Ausstand der Eisenbahner.

K. Petersburg, 8. Oktober. (Meldung der Petersbureger Telegraphen-Agentur.) Der Eisenbahnerausstand nimmt den vom Ausschusse der Ausständigen angekündigten planmäßigen Verlauf.

Die Regierung beschloß, angesichts des Ausstandes den Eisenbahnern die verlangte Lohnerhöhung vom 1. September an zu bewilligen, was eine jährliche Ausgabe von 730 Millionen Rubel erfordern wird. Gleichzeitig beschloß die Regierung, einen neuen Eisenbahntarif auszuarbeiten. Ferner wird sie ein Gesetz über die besondere Versorgung der Eisenbahner mit Lebensmitteln erlassen.

Andererseits glauben die Zeitungen zu wissen, daß die Regierung bis zur Veröffentlichung der erwähnten Gesetze alle Verhandlungen mit den Ausständigen ablehnen wird und daß sie sogar die gerichtliche Verfolgung des Ausschusses der Ausständigen erwogen habe.

Nach den letzten Nachrichten sind nur die Angestellten der Linie Moskau — Petersburg in den Ausstand getreten, während die anderen Linien nur protestieren.

Generalstreik im Petroleumgebiet von Baku.

K. Petersburg, 8. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Konferenz der Arbeiterausschüsse aller Petroleumbohrschächte beschloß angesichts der Weigerung, die industriellen Arbeiter und Angestellten nur mit Zustimmung der Arbeiterorganisationen zu entlassen, für den 10. Oktober den Generalausstand und bildete zugleich einen Ausstandsausschuß.

Neues Wiener Tagblatt

10./X. 1917

17

Austritt der Deutschradikalen aus dem Nationalverband.

In parlamentarischen Kreisen verlautete gestern, daß die Deutschradikale Vereinigung aus dem Deutschen Nationalverband austreten werde. Die diesbezügliche Mitteilung dürfte in der morgen Donnerstag stattfindenden Vorstandssitzung des Deutschen Nationalverbandes zur Kenntnis gebracht werden.

Von deutschradikaler Seite wird erklärt, daß der Austritt der Vereinigung vor allem mit Rücksicht auf die Ablehnung des Antrages Tenfel auf Niederlegung der von Mitgliedern des Deutschen Nationalverbandes besetzten Obmann- und Referentenstellen in den Ausschüssen sowie auf Wünsche der deutschen Wählerschaften zurückzuführen sei. Schließlich wird noch angeführt, daß die Haltung einiger Mitglieder des Nationalverbandes in der Frage der Ausschreibung der Ersatzwahlen für den Reichsrat für den Entschluß der Deutschradikalen ausschlaggebend sei, da die Mitglieder der Deutschradikalen Vereinigung auf dem Standpunkt stehen, daß die durch gerichtliche Urteile erledigten Mandate der später amnestierten Abgeordneten nicht auf dem Wege von Ersatzwahlen besetzt werden dürfen.

Die „Politischen Tagebücher" schreiben hiezu: Bekanntlich hat der Vorstand der Deutschradikalen Vereinigung vor einigen Tagen Beschlüsse gefaßt, die der Vollversammlung der Partei am Donnerstag zur Entscheidung vorliegen werden. Wie wir erfahren, gehen die Anträge dahin, die Selbständigkeit der Deutschradikalen Vereinigung im Abgeordnetenhause im vollen Umfange in Anspruch zu nehmen. Daraus würde sich folgerichtig ergeben, daß die im Deutschen Nationalverbande derzeit bestehende Zusammenfassung der deutschbürgerlichen Abgeordneten freiheitlicher Richtung in ihrer jetzigen Form nicht mehr aufrecht zu erhalten sein dürfte. Tatsächlich hat unter den in Wien weilenden Persönlichkeiten der Deutschradikalen Vereinigung ein Meinungsaustausch über die künftige Gestaltung der Dinge im Verhältnis der deutschen Parteien untereinander stattgefunden. Aus den Aeußerungen der deutschradikalen Abgeordneten scheint hervorzugehen, daß an ein Verbleiben derselben im Deutschen Nationalverband nicht gedacht wird, und daß die Absicht, aus dem Verbande auszutreten, den Wünschen der Wählerschaft entgegenkommen würde, was aus zahlreichen an die Parteileitung gerichteten Kundgebungen hervorgeht. Namentlich wird darauf verwiesen, daß die Ablehnung des von der Deutschradikalen Vereinigung gestellten taktischen Antrages nicht die alleinige Ursache der unter den deutschradikalen Abgeordneten herrschenden Mißstimmung vorstellt. Sie hat vielmehr tiefere Gründe und ist nur bei diesem Anlasse auch nach außen hin stärker in Erscheinung getreten. So hat insbesondere die Haltung eines Teiles der Verbandsmitglieder gegenüber der Frage der Ausschreibung von Ersatzwahlen bei den Deutschradikalen eine sehr erregte Stimmung gezeitigt, weil sie sich gegen die Vornahme solcher Ersatzwahlen ausgesprochen haben, die keinen andern Zweck verfolgen, als die infolge ihrer Verurteilung um das Mandat gekommenen tschechischen Abgeordneten wieder in das Parlament zu bringen.

Die Zeit
11./X. 1917

Verfehlte Polemik.

Wie großen Wert man gegenwärtig in den regierenden Kreisen Deutschlands auf die Schiedsgerichtsideen legt, mag aus einer hitzigen Polemik ersehen werden, die das Kanzlerorgan gegen eine (uns unbekannt gebliebene) französische Preßstimme führt. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung bemüht sich mit großem Eifer, den anscheinend von dem französischen Gegner erhobenen Vorwurf zu entkräften, daß Deutschland auf der zweiten Haager Konferenz die Einführung der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit verhindert habe. Der Vorwurf ist durchaus nicht neu, ist so alt wie die zweite Haager Konferenz und nicht gerade ein antideutsches Gewächs, sondern vor dem Kriege wie während des Krieges die Communis opinio der deutschen Völkerrechtswissenschaft, und den deutschen Offiziösen ist es in den zehn Jahren seit dem Haag nie eingefallen, diesen Vorwurf zu widerlegen, weil die deutsche Regierung bisher an ihrer die obligatorischen Schiedsgerichte ablehnenden Haltung nichts zu ändern oder zu bedauern fand und erst jetzt in der Antwort auf die päpstliche Note ihre Haltung zugunsten der obligatorischen Schiedsgerichte revidiert hat. Gerade deswegen ist aber der sehr verspätete Versuch des Berliner Offiziosus, jenen Vorwurf zu entkräften, so bemerkenswert, wenn er auch naturgemäß von vornherein zum Mißerfolg verurteilt ist.

Das Kanzlerblatt beruft sich darauf, daß auf der Haager Konferenz nicht nur Deutschland und seine jetzigen Verbündeten, sondern auch Belgien und die Schweiz gegen den englisch-amerikanischen Weltschiedsvertragsentwurf gestimmt haben. Die Behauptung ist richtig, kann aber die damalige deutsche Regierung nicht entlasten. Die negative Abstimmung Belgiens hat auf der Konferenz allgemein überrascht, und der Führer der belgischen Delegation, Minister a. D. Beernaer, verließ sogar die Konferenz, weil er als alter Vorkämpfer der Schiedsgerichtsidee dieses ihm von der belgischen Regierung diktierte Votum nicht abgeben wollte. Man behauptet, daß König Leopold II. dieses Votum gewünscht habe, weil er fürchtete, mit seiner Mißwirtschaft im Kongostaat, die damals gerade den Gegenstand einer internationalen Polemik bildete, vor ein Schiedsgericht gestellt zu werden. Leopold II. hatte übrigens schon beim Neujahrsempfang 1905 in einer Ansprache an den Präsidenten der belgischen Kammer die Schiedsgerichtsbewegung „hoffnungsfreudig begrüßt". Mit der Schweiz wieder hatte es eine eigene Bewandtnis. Die schweizerische Delegation hatte auf der Haager Konferenz einen Gegenvorschlag eingebracht, der, wenn er angenommen worden wäre, alle Anhänger des obligatorischen Schiedsgerichts befriedigt hätte. In einer Botschaft hatte übrigens der Schweizer Bundesrat schon am 16. Dezember 1904 es als die „Pflicht" des Landes bezeichnet, „zur Ausdehnung des Schiedsgerichtswesens, soviel an uns liegt, beizutragen". Der Vertreter der Schweiz im Haag hatte übrigens ebenfalls wie der unserer Monarchie durchblicken lassen, daß er für das englisch-amerikanische Projekt stimmen würde, wenn sich Einstimmigkeit oder Quasi-Einstimmigkeit dafür erwarten ließe. Hätte sich Deutschland für den Weltschiedsvertrag erklärt, so hätte auch die Schweiz, ebenso wie Oesterreich-Ungarn, dafür gestimmt. An Deutschland lag es, daß jener Vertrag, auf den sich 32 Staaten — darunter, mit Ausnahme Deutschlands, alle Weltmächte — geeinigt hatten, nicht zustande kam.

Das sind notorische Tatsachen, und es ist unklug, wenn sie der deutsche Offiziosus, jetzt nach zehn Jahren, wegzuinterpretieren unternimmt. Mag sein, daß, wie das Berliner Kanzlerblatt weiter behauptet, andere Staaten, wie England, die von ihnen geschlossenen Schiedsgerichtsverträge nicht sehr ernst genommen haben. Der Offiziosus übersieht nur das imponderable Moment, daß der Abschluß so vieler Schiedsverträge durch England, Frankreich, Rußland, Amerika usw. in der schon vor dem Kriege friedensbedürftigen Welt eine diesen Staaten günstige Stimmung erweckt hat, während Deutschlands, zugegebenermaßen ehrlich zur Schau getragene Abneigung gegen diese und alle anderen „Friedensduseleien" jenes Mißtrauen in der ganzen Welt erzeugt hat, das sich während des Krieges zu förmlichem Haß entwickelt hat. Freuen wir uns, daß sich die deutsche Regierung nun auch in solenner Weise für die obligatorischen Schiedsgerichte erklärt hat, und warten wir die guten Wirkungen dieses Entschlusses ab, die durch eine im alten schiedsgerichtsfeindlichen Geiste gehaltene Polemik, wie die unseres Offiziosus, nur beeinträchtigt werden kann.

Fremdenblatt

11./X. 1917

Die Wirren in Rußland.

Schwere Vorwürfe gegen die Kriegspolitik der Regierung.

K. Petersburg, 9. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die politischen und diplomatischen Kreise in Petersburg scheinen von einem Schreiben, das der frühere russische Botschafter in Tokio und Washington Baron Rosen in dem Organ der Maximalisten „Nowaja Schisn" veröffentlicht und das die anderen Blätter aufzunehmen verweigerten, unangenehm berührt zu sein. Baron Rosen beschuldigt die russische Diplomatie, in der Verwirklichung der von der russischen revolutionären Demokratie verkündeten Grundsätze, namentlich betreffend einen

Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen

nicht gewung energisch beiden verbündeten Mächten vorgegangen zu sein und große Verzögerungen hervorgerufen zu haben. Baron Rosen erklärt, diese zweideutige Haltung der russischen Regierung habe den Interessen des Landes nicht wieder gut zu machenden Schaden zugefügt, denn die Stimme der russischen Diplomatie sei mit jedem Monate des Krieges und mit der stets wachsenden Desorganisation schwächer geworden.

Telegramme.

Die Flandern-Schlacht.

K. Berlin, 10. Oktober. Das Wolffsche Bureau meldet: Unter Beteiligung französischer Divisionen haben die Engländer am 9. d. abermals durch Einsatz der Masse ihres Menschenmaterials, ihrer Artillerie und Angriffsmaschinen die Entscheidung an der Flandern-Front herbeizuführen versucht, die ihnen ihr prahlerischer Sieg vom 4. d. nicht gebracht hat. Auch die englische Behauptung, jeden Tag den Bewegungskrieg gegen die deutsche Flandern-Armee beginnen zu können, ist gerade durch ihren neuen Angriff gegen die feste deutsche Stellung aufs klarste widerlegt.

Nach tagelangem Störungsfeuer setzte am 9. d. morgens stärkstes Trommelfeuer ein. Gegen 7 Uhr vormittags brachen die tiefgegliederten dichten Massen der Engländer und Franzosen in fast 20 Kilometer Breite zwischen Bixschoote und Gheluvelt gegen unsere Linien vor. Schon in die dichten Angriffskolonnen schlug unser Vernichtungs-, Sperr- und Ab

12./X. 1917

24

Das Programm der russischen Regierung.

K. **Petersburg**, 10. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.)

Die neugebildete Regierung veröffentlicht folgende Erklärung: Neue Unruhen sind im Innern unseres Landes infolge der Bewegung Kornilows ausgebrochen, die, wiewohl rasch unterdrückt, selbst das Bestehen der Republik durch den Umsturz, den sie hervorruft, bedroht. Der Wind der Anarchie weht durch das Land, der Druck des äußeren Feindes wächst und die gegenrevolutionären Elemente erheben ihr Haupt in der Hoffnung, daß die unabsehbare Regierungskrise im Verein mit der Müdigkeit, die das ganze Land empfindet, ihnen die Ermordung der Freiheit des russischen Volkes erleichtern werde.

Es ist eine außerordentlich große Verantwortung vor dem Volke, die auf der vorläufigen Regierung ruht, der von der Geschichte die Pflicht auferlegt ist, Rußland bis zur verfassunggebenden Versammlung zu lenken. Diese Verantwortung wird gemildert durch den tiefen Glauben, daß die Vertreter aller Schichten des russischen Volkes, geeint durch den einmütigen Wunsch, das Vaterland zu retten und die Errungenschaften der Revolution zu wahren, ihre gemeinsame Aufgabe verstehen werden, die insbesondere darin besteht, die Regierung zu unterstützen, ihre Macht zu stärken und sie fest und befähigt zu machen, durch schöpferische Arbeit die Lebensfragen des Landes zu lösen und dasselbe ohne neuen Umsturz bis zur verfassunggebenden Versammlung zu führen, deren Einberufung nach der festen Ueberzeugung der Regierung nicht um einen Tag verschoben werden darf.

Indem die neugebildete vorläufige Regierung der verfassunggebenden Versammlung, die die absolute Herrin im russischen Lande ist, die endgiltige Lösung all der großen Fragen überläßt, von denen das Gedeihen des Volkes abhängt, ist sie der Ansicht, daß sie nur durch beharrliche, auf die Förderung der entscheidenden Maßnahmen auf den verschiedenen Gebieten des nationalen Lebens gerichtete Arbeit ihre Pflicht wird erfüllen können, den Lebensbedürfnissen des Volkes Genüge zu leisten.

Die Friedensfrage.

Von dem Bewußtsein durchdrungen, daß der allgemeine Friede allein unserem großen Vaterlande ermöglichen wird, alle seine schöpferischen Kräfte zu entfalten, wird die Regierung unermüdlich eine tätige äußere Politik verfolgen im Geiste der demokratischen Grundsätze, wie sie von der russischen Revolution verkündet und zu nationalen gemacht worden sind, und sie wird den Abschluß des allgemeinen Friedens unter Ausschluß jeder Vergewaltigung erstreben.

Das Einvernehmen mit den Alliierten.

In vollkommenem Einvernehmen mit den Verbündeten wird die Regierung in allernächster Zeit an einer Zusammenkunft der alliierten Mächte teilnehmen, auf der sie außer durch ihre bevollmächtigten Abgesandten durch eine Persönlichkeit vertreten sein wird, die das besondere Vertrauen der demokratischen Organisationen genießt. Auf dieser Zusammenkunft werden zugleich mit der Lösung der Fragen des gemeinsamen Krieges der Verbündeten unsere Vertreter sich mit den Verbündeten auf der Grundlage der von der russischen Revolution verkündeten Grundsätze zu verständigen suchen. Die Regierung wird alle ihre Kräfte anwenden, um die gemeinsame Sache der Verbündeten zu unterstützen, das Land zu verteidigen, jeder Unternehmung zur Eroberung von Gebieten anderer Nationen und jedem Versuch, Rußland den Willen eines anderen aufzuzwingen, energisch entgegenzutreten, und sie wird sich bemühen, die feindlichen Truppen aus Rußland zu verjagen.

Die Wiederaufrichtung der Armee.

Was die Wiederherstellung der Kampffähigkeit der Armee betrifft, wird die Regierung den einzigen Weg verfolgen, der zu einem befriedigenden Ergebnis führen kann, den Weg der demokratischen Grundsätze, wie sie der vom Kriegsminister im Namen der Regierung veröffentlichte Tagesbefehl des Oberkommandierenden verkündet. Sorgsame Auswahl unter den Kommandanten, deren technische Fähigkeiten allen Anforderungen des modernen Krieges gewachsen sein und die gleichzeitig der Republik ihre Ergebenheit entgegenbringen müssen, sowie enge Zusammenarbeit der Kommandostellen mit den Militär- und Marine-Organisationen sowohl an der Front wie im Hinterlande werden wie zuvor die Grundlage der Reorganisation des Heeres bilden. Diese Maßnahmen werden die notwendige militärische Disziplin wiederherstellen, ohne die eine starke Armee nicht bestehen kann.

Die Erklärung entwickelt weiter das bürgerliche und das militärische Programm der Regierung, insbesondere die Herabsetzung der Effektivbestände im Hinterlande durch Entlassung der älteren Soldaten, die nur die Armeekasse belasten und die in ihren Dörfern nützlich sein können.

Wirtschaftliches.

Um die wirtschaftliche Desorganisation zu vermindern, wird die Regierung die Preise für die notwendigsten Bedarfsartikel festsetzen, die Beziehung zwischen Arbeit und Kapital regeln, die Verteilung der Lebensmittel fördern und die industrielle Erzeugung überwachen, um sie ergiebiger zu gestalten.

Die Regierung wird zur Entwicklung der Einrichtung der Arbeitsbörsen und der gewerblichen Schiedsgerichte beitragen und Maßnahmen zur allmählichen wirtschaftlichen Abrüstung vorbereiten, um dem unvermeidlichen Stillstand der Arbeit vorzubeugen.

Die Agrarfrage.

Was die Agrarfrage anbelangt, ist die Regierung der Ansicht, daß die Beziehungen der Grundbesitzer und der Bauern hinsichtlich des Besitzes der Ländereien von landwirtschaftlichen Ausschüssen werden geregelt werden können, die, ohne die gegenwärtigen Besitzverhältnisse zu verletzen, sich mit der Ausbeutung der Ländereien befassen können, um sie anbaufähiger zu machen.

Neue Steuern.

Auf dem Gebiete der Finanzen plant die Regierung eine Erbschaftssteuer, eine stufenweise Gewinnsteuer, eine Steuer für Luxuswaren, eine besondere Steuer für Immobilien, eine Erhöhung aller indirekten Steuern und die Einführung mehrerer Monopole, schließlich strenge Sparsamkeit in allen Staatsausgaben.

Die Regierung wird weiters die Entwicklung der demokratischen Einrichtungen auf der Grundlage örtlicher Selbstverwaltung unter der Aufsicht von Regierungskommissären fortsetzen.

Die Nationalitäten.

Sie wird allen Nationalitäten das Recht zugestehen, auf den Grundlagen, welche die verfassunggebende Versammlung ausarbeiten wird, über ihre Zukunft zu bestimmen, und wird sogleich einen besonderen Rat für die nationalen Angelegenheiten wählen, um deren Lösung durch die verfassunggebende Versammlung zu erleichtern.

Das Vorparlament.

Wenn sich die Regierung alle diese Probleme stellt, begreift sie wohl, daß sie sie in dem kurzen Zeitraum bis zur verfassunggebenden Versammlung nicht wird sämtlich lösen können. Aber die Regierung kann nur unter der Bedingung an ihre Ausführung herantreten, daß sie auf die einhellige Mitwirkung der ganzen Nation rechnet. Zu diesem Zweck und namentlich um eine enge Verbindung zwischen der revolutionären Gewalt und den organisierten Kräften des Landes zu sichern, wird die Regierung die Satzungen eines vorläufigen Rates der russischen Republik ausarbeiten und sehr bald veröffentlichen, der bis zur verfassunggebenden Versammlung funktionieren soll und in welchem alle Bevölkerungsklassen vertreten sein werden.

Die Regierungserklärung schließt mit einem Aufruf an die ganze Nation, sich eng um die Regierung zu scharen, um mit ihr an der Verwirklichung der gegenwärtigen Grundprobleme mitzuwirken, nämlich Verteidigung des Landes, Wiederherstellung der Ordnung und Einberufung der verfassunggebenden Versammlung.

Der Abend.

13./X. 1917

26

Friede von Volk zu Volk.

Von Abg. Dr. Wilhelm Neumann

Abg. Neumann hat bekanntlich im Abgeordnetenhaus den Antrag eingebracht, einen 52-gliedrigen Friedensausschuß einzusetzen. Dr. Neumann stellt uns über Ersuchen den nachfolgenden Aufsatz zur Verfügung, der die Absichten darlegt, die ihn bei Einbringung des Antrages leiteten. Es ist mehr als bedauerlich, daß der Antrag bis heute noch nicht zur Abstimmung gelangt ist.

An jedem einzelnen Tage, den der Krieg fortdauert, werden tausende unschuldiger Menschen getötet oder zu Krüppeln geschossen, tausende in ihrer Existenz entwurzelt, Familien des Erhalters beraubt und ungezählten unterernährten Kindern die Tuberkulose in die Brust gesenkt. Die Stimme der Vernunft muß sich endlich so mächtig als möglich erheben, um die Beendigung dieses Zustandes herbeizuführen.

Seit mehr als zweieinhalb Jahren haben leitende Staatsmänner beider Mächtegruppen Äußerungen in den verschiedensten Formen verlautbart, welche wohl die Kriegsziele erörterten, aber den Frieden nicht um einen Schritt näher brachten; denn es scheint, daß Abmachungen über die Schicksale von Millionen-Völkern wohl in mehr oder weniger absolutistischen Zeiten von einzelnen noch so hohen Beamten verabredet werden konnten, daß aber im Zeitalter der Demokratie der Friede einzig und allein dadurch herbeizuführen ist, daß sich die durch den Krieg am furchtbarsten Betroffenen, das sind die breiten Massen aller kriegführenden Völker, durch ihre freigewählten Vertreter von Volk zu Volk von der Zwecklosigkeit weiteren Mordens und Verwüstens zu überzeugen suchen.

Gerade die österreichische Volksvertretung, die eine Vielheit von Volksstämmen umfaßt, erscheint berufen, einen Entschluß, etwa im Sinne der letzten Rede des Grafen Czernin, kundzutun.

Die Rede des Grafen Czernin ist in der Presse der Gegner als eine „Falle" dargestellt worden, und seine von wahrhafter Friedensbereitschaft durchdrungenen Erklärung wurden von Asquith in einer Versammlungsrede von Lloyd George in einer Ansprache an eine landwirtschaftliche Körperschaft beantwortet, die Stimme des englischen Parlaments wird aber auf diese Art verborgen.

Über eine Kundgebung des österreichischen Abgeordnetenhauses werden aber leicht möglicherweise die Volksvertretungen der gegnerischen Staaten, denen eine so wichtige Kundgebung nicht unbekannt bleiben wird, zumindest ihre Gegenäußerung erklären, und die Friedenserörterungen werden so in die Form gelangen, die einzig und allein die Harmonie der Völker wieder herbeiführen kann.

Die Entschließung hätte die Friedensbereitschaft der österreichischen Völker in würdiger, keineswegs Schwäche bekundender Form zum Ausdruck zu bringen und vielleicht auch die Gewissenspflicht aller für die Geschicke ihrer Mitmenschen verantwortlichen Machthaber zu betonen, sich in dem Bestreben zur ehesten Beendigung des grauenvollen Mordens zu vereinen.

Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Sache wäre diese Entschließung durch den beantragten Friedensausschuß vorzubereiten.

Irgend welche stichhältige Bedenken gegen die Einsetzung des Friedensausschusses sind wohl nicht vorhanden. Es ist dem Abgeordnetenhause verfassungsmäßig nicht verwehrt, durch eine Entschließung (wie das deutsche Parlament) seine Meinung in der Friedensfrage kundzutun*).

Die Beratung im Ausschusse wird — dies ist im Gegensatze zu manchen Sitzungen der Vollversammlung bei sämtlichen Ausschußsitzungen der gegenwärtigen Tagung der Fall gewesen — voraussichtlich mit Sachlichkeit vor sich gehen, und eine Einigung im Ausschusse wird erfahrungsgemäß eine würdige, vielleicht eine erhebende Tagung im Hause verbürgen.

Zweifellos unrichtig ist der Einwand, daß irgend eine Kundgebung für einen Verständigungsfrieden (Graf Czernin hat dieses Wort mit stolzem Mute ausgesprochen) — oder, wie Kriegshetzer diesen Begriff ausdrücken: das „Gewinsel" nach einem „Verzicht"-, „Unterwerfungs"-, „Schmach"-, „Hunger"- oder „faulen Frieden" — den Kriegverlängere, weil die Entente aus dem steten Reden über den Frieden auf unsere Schwäche schließe und deshalb zu einem baldigen Frieden nicht bereit sei, was eher der Fall wäre, wenn wir weiter nur Kriegslust betonten.

Als ob die Regierungen nicht ohnedies durch Berichte aus neutralen Ländern, durch Gefangene, Zeitungen usw. über die Zustände in den gegnerischen Staaten jederzeit ein ungefähres Bild gewinnen würden!

---

*) Dieses Recht der Volksvertretung steht zweifellos fest. Aber wäre dem auch nicht so, so gibt es Umstände, wo man die Pflicht hat, neues Recht zu schaffen. „Der Staat muß gerettet werden!" sagte Birnbaum, der sicherlich einiges von verfassungsmäßigen Rechten verstand. „Verfassungsmäßig, wenn es sein kann, jedenfalls aber muß er gerettet werden!" Das gilt auch vom Frieden.

Aber es scheint zu einer Wahnvorstellung der Kriegshetzer beider Mächtegruppen geworden zu sein, daß alles Leid der Bevölkerung Nebensache ist, wenn man nur die Regierungen der feindlichen Völker, die nicht minder unter der Kriegsnot leiden, an das Gegenteil glauben zu machen den naiven Versuch unternimmt.

Ein offenes Friedenswort des österreichischen Parlaments wird bei den gegnerischen Volksvertretungen nur einen günstigen Widerhall erwecken und so vielleicht den Abbau des Hasses beginnen. Vielleicht! Denn es ist natürlich auch möglich, daß der Starrsinn unserer Feinde den Versuch zu einem vergeblichen machen wird. Aber schaden wird er gewiß nicht, und jeder Versuch, der das Unheil dieses Krieges nur um einen Tag verkürzen könnte, ist seiner Mühe wert.

Neues Pester Journal
13./X. 1917

27

Die Friedensbewegung.

Angebliche neue Friedensbedingungen der Entente.

Stockholm, 12. Oktober. „Rjetsch" schreibt: Gerüchtweise verlautet, daß die Alliirten mit der Ausarbeitung eines Entwurfs ihrer Forderungen beschäftigt seien. Vermuthlich bestünden die Forderungen Frankreichs in einer Grenzabrundung durch einen aus einem Theil Elsaß-Lothringens bestehenden Gebietszuschuß, die Rückgabe der internirten Fahrzeuge und dem Protektorat über die Meerengen. England fordere die deutsch-afrikanischen Kolonien im Austausch für den Kongo. Für Belgien bestehe die Forderung des Wiederaufbaues auf deutsche Kosten. Serbien erhalte seine Unabhängigkeit wieder. Man denke an die Möglichkeit, daß Rumänien einen gewissen Ersatz für den an Bulgarien abzutretenden Theil der Dobrudscha erhalten werde. Bulgarien erhalte außerdem das serbische Mazedonien. Ueber die Wünsche Rußlands im Falle von Friedensmöglichkeiten verlautet bisher nichts. Das Blatt behauptet, daß der Papst in seiner zweiten Friedensnote andeuten werde, daß Deutschland unter gewissen Bedingungen bereit sei, Frankreich und England entgegenzukommen und an Italien Kompensationen zu bewilligen.

Der Abend
13./X. 1917
28

Die Alldeutschen in Oesterreich.

Das Kino im Dienste der Kriegshetze.

Es wurde gestern hier über die Versuche der reichsdeutschen Annexionisten und Kriegsverlängerer berichtet, in Wien eine ihren Zwecken dienstbare Zeitung zu gründen. Der Plan ist vorläufig gescheitert, verschiedene Anzeichen deuten aber darauf hin, daß er nicht aufgehoben, sondern nur aufgeschoben ist. Erfolgreicher war das Bestreben, in Wien mit einem anderen Agitationsmittel, dem Film seßhaft zu werden.

Zu den Gründungen, welche die deutsche Schwerindustrie zur Förderung der imperialistischen Werbearbeit vornahm, gehört, wie schon bekannt, die „Deutsche Lichtbildgesellschaft m. b. H.". Sitz des Unternehmens ist Berlin. Das Gesellschaftsvermögen haben Krupp, die Hamburg-Amerikalinie und die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft zusammengesteuert. Generaldirektor des Unternehmens wurde ein gewisser Klitsch, der schon im Frieden seine Beziehungen zur Presse und zu Politikern für schwerindustrielle Zwecke nutzbar machte. Mit dem Film- oder Kinogeschäft hatte er nie etwas zu tun. Seine Berufung zum Generaldirektor eines Filmunternehmens zeigt, daß es sich hier nicht um ein Filmgeschäft, sondern um eine politische Angelegenheit handelt.

Nun wäre gar nichts dagegen einzuwenden, daß die deutschen Industriellen einen Filmbetrieb einrichten, um im Ausland durch das Lichtbild Werbearbeit für Deutschland zu leisten. Das tun die Franzosen und Engländer schon lange und wie wir wissen, leider mit großem Erfolg. Zwischen der Filmpropaganda der Franzosen und Engländer und der, welche die Deutsche Lichtbildgesellschaft vorhat, besteht aber ein großer Unterschied. Die Arbeit der Westententе erstreckte sich nämlich vorwiegend auf neutrale Länder. Ein solches Unternehmen hat einen guten Sinn und einen praktischen Zweck. Man kann Sympathien, die bestehen, kräftigen, weiters aufklärend wirken und vielleicht sogar bösartig verursachte Irrtümer beseitigen. Wollte die deutsche Schwerindustrie mit Hilfe ihres vielen Geldes die gleiche Arbeit in Holland, Norwegen, der Schweiz versuchen, so könnte man ihr dazu nur viel Erfolg wünschen. Was soll es aber bedeuten, daß sie eine alldeutsche Werbearbeit in Östereich in Angriff nimmt? Was kann sie in Österreich wollen? Doch nur annexionistische Wühlarbeit, der wir, wenn sie von Bürgern der Monarchie betrieben wird, mit den Mitteln des geistigen Kampfes entgegentreten wollen, die wir aber keineswegs dulden wollen, wenn sie vom Ausland zu uns hereingetragen wird.

Seit einiger Zeit ist in Wien eine Vertretung der Deutschen Lichtspielgesellschaft eingerichtet. Bezeichnend ist die Tatsache, daß mit den Vorarbeiten kein Filmfachmann, sondern ein reichsdeutscher Journalist namens Coböken betraut war. In der nächsten Zeit soll die Wiener Vertretung mit ihren Films vor die Öffentlichkeit treten. Sie gibt sich zunächst ganz harmlos. Angekündigt sind deutsche Städtebilder, Naturaufnahmen u. dgl. Was später kommen wird, ist nicht schwer vorauszusehen, wenn man sich vergegenwärtigt, woher das Geld stammt, das in der Deutschen Lichtbildgesellschaft arbeitet. Leider sind die Verhältnisse im österreichischen Filmgeschäft so beschaffen, daß die Lichtbildgesellschaft es in der Hand hat, ihr „Material" den österreichischen Kinos aufzudrängen. Österreich ist im Filmbezug fast ausschließlich auf Deutschland angewiesen. Der Generaldirektor der Deutschen Lichtbildgesellschaft wieder übt durch militärische Beziehungen auf die Direktoren der meisten deutschen Filmgesellschaften bereits Einfluß aus, so sehr, daß er sie auch bei der Wahl der Filmstoffe bestimmen kann. Der Vertreter der deutschen Schwerindustrie in der Lichtbildgesellschaft beaufsichtigt daher einen Teil der Filmerzeugung, und da nun, wie schon bemerkt, die österreichischen Filmleihanstalten und Kinos auf die deutschen Films angewiesen sind, gibt es für sie kaum ein Entrinnen vor dem Teilhaber der Deutschen Lichtbildgesellschaft, dem Herrn Krupp von Bohlen-Helbach. Deshalb muß das Publikum selbst die Polizei machen und die Kinos durch Einspruch oder Wegbleiben hindern, mitschuldig an der Wühlarbeit für die Verlängerung des Krieges zu werden.

W.

14./X. 1917

35

Trinksprüche König Ferdinands und Kaiser Wilhelms.

Sofia, 13. Oktober. (Meldung der „Bulgarischen Telegraphen-Agentur".) Bei der Prunktafel hielt König Ferdinand folgende Rede:

Euere Majestät! Der heutige Tag, an dem es mir vergönnt ist, den mächtigen Herrscher des edlen deutschen Volkes in Sofia willkommen zu heißen, ist ein Ereignis von hoher geschichtlicher Bedeutung nicht nur für mich und mein Land, sondern auch für den ganzen Orient. Mit mir begrüßen meine Armee und mein Volk den erlauchten Obersten Kriegsherrn des mächtigen Deutschen Reiches, den treuen Bundesgenossen und aufrichtigen Freund Bulgariens. In meinem Namen und im Namen aller, dank der gemeinsamen Mitarbeit des ruhmreichen deutschen Heeres und meines bewaffneten Volkes, unterstützt von unseren treuen Verbündeten Oesterreich-Ungarn und der Türkei, nunmehr geeinten Bulgaren, sage ich Euerer Majestät tiefgefühltesten Dank für die hohe Ehre, welche Euere Majestät durch Allerhöchst Ihren Besuch uns zu erweisen geruhten.

Dieses frohe Ereignis ist uns ein neuer kostbarer Beweis der aufrichtigen und bundestreuen Gesinnung, die Eure Majestät für mich und mein Land hegen und die ich, wie auch meine Landeskinder, hoch zu schätzen wissen. (Hier sind infolge telegraphischer Verstümmelung einige Worte ausgefallen.) Das auf den Schlachtfeldern geknüpfte, durch gemeinsam vergossenes teueres Blut besiegelte Bündnis wird unseren Völkern auch in der kommenden Zeit des Friedens — für den wir bis zum endgültigen Siege zu kämpfen entschlossen sind — zum dauernden Segen gereichen. Ich lege besonderen Wert darauf, zu versichern, daß auch der letzte bulgarische Soldat weiterhin treu an der Seite seiner Verbündeten aushalten und alles einsetzen wird, um einen endgültigen Sieg zu erringen, welcher unseren Völkern die freie Entwicklung gewährleistet und das heißerstrebte nationale Ziel für uns — die Vereinigung aller Bulgaren — zur Verwirklichung bringt. In diesem ungeheuren Ringen hat das von Euerer Majestät weise geführte deutsche Volk mit seiner ihm innewohnenden Macht, seiner staatlichen Organisation und bewunderungswürdigen Aufopferung die ganze Welt in Erstaunen versetzt. Dies glänzende Beispiel wird seinem treuen bulgarischen Verbündeten für alle Zeiten ein steter Ansporn und leuchtendes Vorbild sein. Möge der Segen des Allmächtigen auch fernerhin auf unseren heldenhaften Streitern ruhen und ihnen den Lohn für ihren unvergleichlichen Opfermut zuteil werden lassen.

Von ganzem Herzen wünsche ich, daß Euerer Majestät die Stunden des Aufenthaltes in meinem Lande angenehme sein und daß Euere Majestät befriedigende Eindrücke und gute Erinnerungen mit in die deutsche Heimat nehmen mögen. Ich erhebe mein Glas auf die kostbare Gesundheit Euerer Majestät, meines mächtigen Verbündeten und teuren Freundes, sowie auf den Ruhm der glorreichen deutschen Armee und die verheißungsvolle Zukunft des deutschen Volkes.

Kaiser Wilhelm antwortete:

Euerer Majestät spreche Ich für die herzlichen Worte des Willkomms Meinen tiefempfundenen Dank aus. Euere Majestät konnten vor kurzem das schöne Fest des 30jährigen Regierungsjubiläums begehen. Ich begrüße mit besonderer Freude die Gelegenheit, Euerer Majestät Meine schriftlich dargebrachten Glückwünsche zu dieser bedeutungsvollen Feier von Angesicht zu Angesicht zu wiederholen. Stolz und glücklich können Euere Majestät auf diese reichen Jahre zurückblicken. Das Werk ist gekrönt, an dem Euere Majestät zum Heile Ihres Volkes unablässig gearbeitet haben, seit Sie an jenem Augusttage in Tirnovo einzogen. Der frohen Erinnerungsfeier folgte nur zu bald ein Tag schmerzlichster Trauer; in tiefer Bewegung gedenke Ich der verewigten Königin, die sich in friedlicher Zeit wie in den Stürmen des Krieges als wahre Landesmutter erwiesen hat, und deren segensreiches Walten auf allen Gebieten werktätiger Nächstenliebe für immer unvergessen bleiben wird.

Der gütigen Einladung Euerer Majestät folgend, hatte Ich auf der Fahrt nach Bulgariens Hauptstadt die hohe Genugtuung, Mich so mit eigenen Augen davon überzeugen zu können, welche Blüte das Land unter Euerer Majestät weiser Herrschaft erreicht hat. Seit langem waren wir bewundernde Zeugen des rastlosen zielbewußten Strebens, das, von kluger Hand gelenkt, das kraftvolle Volk der Bulgaren von Stufe zu Stufe aufwärts geführt hat. Voll aufrichtiger Teilnahme beobachteten wir das tief aus dem Herzen des Volkes entspringende Sehnen und Drängen nach nationaler Einigung. Wir fühlten uns in Erinnerung an unsere eigene Vergangenheit der jungen starken Nation tief innerlich verwandt. Dieses Gefühl innerlicher Verbundenheit hat seine schönste Bestätigung erfahren, als Bulgarien sich unter Euerer Majestät weitblickender Leitung in diesem Weltkrieg der gerechten Sache der Mittelmächte anschloß und sein Los mit dem unserigen verknüpfte. Seit zwei Jahren stehen Deutsche und Bulgaren im Bunde mit Oesterreichern, Ungarn und Osmanen Seite an Seite im Kampf gegen eine Welt von Feinden. Dieser Kampf hat Bulgarien nach glorreichem Ringen die Erfüllung seines geschichtlichen Sehnens gebracht. Ich bin stolz darauf, daß es Meinen Truppen vergönnt war, zur Erringung dieser Erfolge beizutragen. Die herrlichen Waffentaten, die Bulgaren und Deutsche gemeinsam verrichtet haben, werden für alle Zeiten ein Ruhmesblatt in der Geschichte beider Völker bilden. Sie werden aber auch auf die künftigen Beziehungen beider Länder einen tiefgehenden Einfluß üben. Deutsches und bulgarisches Blut ist gemeinsam geflossen. Die Erinnerung an gemeinsam getragene Gefahren und Entbehrungen, an gegenseitige Hilfe in Stunden der Not und an gemeinsam errungene Siege bilden für alle Teilnehmer an diesen Kämpfen, wie für ihre Kinder und Enkel ein unzerreißbares Band, ein Band der Waffenbrüderschaft, das selbst dem der Stammesgemeinschaft nicht nachsteht. Aus dieser Waffenbrüderschaft erwächst eine unwandelbare Treue, an der die Ränke der Feinde kläglich zerschellen und gegen die die Geister des Zweifels und Mißtrauens niemals Macht gewinnen können.

So stehen wir Hand in Hand unlösbar verbunden. Noch ist die Zeit der Prüfung nicht vorüber. Der Hochmut und der Frevelsinn unserer Feinde, die Bulgariens Zukunft neidisch zerstören und Deutschlands Blüte vernichten wollen, ist noch nicht gebrochen. Noch können sie sich nicht entschließen, von ihren Eroberungsplänen abzustehen und dem Blutvergießen ein Ende zu machen. Wir halten gemeinsam mit unseren von gleicher Feindestücke bedrohten österreichisch-ungarischen und türkischen Verbündeten unerschütterlich stand, bis mit Gottes Hilfe durch den Frieden die hohen Güter gesichert sind, für deren Verteidigung wir in den Krieg zogen. Wenn Mir in einer nicht zu fernen friedlichen Zeit durch die Güte Euerer Majestät wieder Gelegenheit geboten wird, dieses Land zu besuchen, dann, so hoffe und vertraue Ich, werde Ich ein großes, glückliches, gesichertes Bulgarien sehen, das die getrennten Söhne unter einem Szepter zu kraftvoller Einheit zusammenschließt, das, geschmückt mit dem Lorbeer des Sieges, die reichen Früchte seiner heldenhaften Anstrengungen genießt und in treuem Zusammenwirken mit dem einstigen Kampfgenossen seine frische Kraft und seine hohen Gaben den Werken des Friedens und der Kultur widmet.

Ich erhebe Mein Glas auf das Wohlergehen Euerer Majestät und Euerer Majestät ganzen Hauses, auf ein segensreiches, langes, weiteres Herrscherwirken Euerer Majestät, auf das ruhmreiche bulgarische Heer und auf das Blühen und Gedeihens Bulgariens!

*

Sofia, 13. Oktober. (Meldung der „Bulgarischen Telegraphen-Agentur".) Beim Empfang des Deutschen Kaisers in Sofia hielt der Bürgermeister eine Rede in bulgarischer Sprache, in der es hieß:

Die Bulgaren segnen diesen für unser Land historischen Tag und preisen die zwischen dem deutschen und dem bulgarischen Volke und ihren erhabenen Herrschern besiegelte Brüderlichkeit. Die Erinnerung daran wird uns in enger Gemeinschaft vereinigen sowie in der Arbeit an der Verwirklichung der großen Grundsätze der Freiheit und Unabhängigkeit. Indem ich ergeben Euerer Majestät im Namen der Bevölkerung Sofias Brot und Salz als Sinnbild der weitesten bulgarischen nationalen Gastfreundschaft anbiete, öffne ich unser Herz für Eure Majestät, unseren teuren und geliebten Gast. Ave Caesar! Der Bürgermeister schloß mit einem dreifachen Hoch auf den Kaiser.

Seine Majestät der Kaiser antwortete in deutscher Sprache:

Herr Bürgermeister! Empfangen Sie Meinen herzlichsten Dank für den so freundlichen Willkommengruß, den Sie Mir im Namen der Bürger Sofias entboten haben. Erfüllt von der geschichtlichen Bedeutung des Augenblicks, nehme Ich aus Ihren Händen Brot und Salz, die altehrwürdigen Gaben bulgarischer Gastfreundschaft. Stets wird Mir der Tag unvergeßlich bleiben, an dem Ich als Gast Ihres erhabenen Herrschers, Meines lieben Freundes und Verbündeten, und seines treuen, tapferen Volkes in diese stolze Hauptstadt einziehe. Möge die Sonne, die heute in so frohem Glanze über Sofia strahlt, Künderin sein künftiger heller Ruhmestage, denen Ihre tausendjährige Stadt in nie versagender Jugendkraft entgegengeht als lebenspendender Mittelpunkt eines großen blühenden, geeinten Bulgarenreiches.

14/X. 1917

Quertreibereien?

Unter der Ueberschrift „Wir und Deutschland" behandelt ein mit Dr. G. St. gezeichneter Aufsatz im „Oesterr. Volkswirt" (Nr. 2, vom 13. Oktober) die angeblichen „Quertreibereien" gegen das Zusammengehen mit dem Deutschen Reiche, die er in Oesterreich nicht nur bei der slavischen, besonders tschechischen Politik bemerkt haben will, die „das Bündnis offen und rückhaltlos ablehne" — welche irreführende und gefährliche Verallgemeinerung! — sondern auch in solchen deutschen Kreisen, die, gestützt auf die Friedensbemühungen des Grafen Czernin, „glauben, daß ihre Zeit gekommen ist" und sich daher, wie der Verfasser selbst feststellt, „zu Unrecht auf den Grafen Czernin berufen". Der Verfasser glaubt diese Kreise in folgender Weise charakterisieren zu sollen:

Man kämpft für den „neuen Geist", um altes Mißtrauen wieder zu erwecken. Man predigt allgemeine Völkerversöhnung und Pazifismus, um gegen den nächsten Freund zu hetzen. Es ist eine seltsame Koalition, die sich in dieser Grundstimmung zusammengefunden hat. Neid und Eifersucht, Kleinmut, wirtschaftliche Furcht, verständliche Auflehnung gegen Taktlosigkeiten, die im täglichen Verkehr unvermeidlich sind, Abwehr gegen deutschen „Ordnungsgeist, katholische Abneigung gegen das protestantische Preußentum, aber auch altösterreichische Gegensätze gegen das Deutschland preußischer Prägung, der Widerstand eines aufrichtigen Pazifismus gegen die militärisch betonte Politik eines kriegerischen Volkes, sachlich und persönlich begründete Hinneigung an die Kultur und Wesensart der Weststaaten, von denen Oesterreich-Ungarn kein unmittelbarer Interessenkonflikt zu trennen scheint — diese ganze, lange nicht vollständige Reihe von Motiven wirkt zusammen, um in den verschiedensten Formen die eisernen Bande zu lockern, die Oesterreich-Ungarn und das Deutsche Reich zusammenhalten.

Wir wollen mit dem Verfasser über die Einzelheiten der von ihm konstruierten „seltsamen Koalition" nicht rechten, nur dem müssen wir entschieden widersprechen, daß die „katholische Abneigung gegen das protestantische Preußentum" in diese in der Tat „seltsame" Bettgenossenschaft einbezogen wird. Die deutschen Katholiken Oesterreichs haben mit dieser odiosen Sache nicht das geringste zu tun, sie waren, sind und bleiben die Säulen der Wien-Berliner Bündnispolitik, bei ihnen ist, wie sie es in den Kirchen singen, „Treue Brauch", Nibelungentreue in der ganzen vollen Schwere und Tragweite des Wortes. Die österreichischen Katholiken sind auch nicht so ununterrichtet, daß sie nicht „protestantisches Preußentum" und Preußen oder gar Deutsches Reich zu unterscheiden wüßten, falls für die Bündnispolitik das konfessionelle Moment überhaupt von ausschlaggebender Bedeutung wäre, was offensichtlich nicht zutrifft. Die Torheit, den 30 Millionen Katholiken Preußen-Deutschlands „in katholischer Abneigung gegen das protestantische Preußentum" treulos den Rücken zu kehren, sollte den Katholiken Oesterreichs nicht einmal ein Publizist zumuten, der sie nicht kennt.

Daß von verbändlerischer Seite gegen das Treubündnis der beiden Kaisermächte allerlei Intrigen gesponnen werden, daß sich die sattsam bekannten westlerisch gerichteten Kreise, vor allem eine gewisse Presse, zu Objekten dieser Machenschaften eignen, ja vereinzelt vielleicht sogar bewußte Werkzeuge dieser Spekulation abgeben, ist kein Geheimnis. Solche traurige Erfahrungen sind übrigens nicht nur in der Oeffentlichkeit Oesterreichs bemerkbar, vielmehr wurde in der „Reichspost" bereits wiederholt auf ein merkwürdiges Zusammenspiel bedenklicher Kräfte in beiden Reichen aufmerksam gemacht. Richtiger, als es Dr. G. St. tut, scheinen uns die Umrisse der „seltsamen Koalition" in einem Wiener Briefe an die Berliner „Deutsche Ztg." (Nr. 516) angegeben zu werden, wenn es darin, auch gewiß nicht ohne Uebertreibungen, heißt:

Die gesamte, von Nichtdeutschen der Rasse nach geleitete, in deutscher Sprache geschriebene Presse in Wien offenbart einen so zügellosen Deutschenhaß .... noch niemals hat die goldene und rote Internationale so offen ihrem Haß gegen das Deutschtum Ausdruck verliehen wie jetzt .... Die „Arbeiter-Zeitung" .... was sich dieses, von roten Nichtdeutschen geschriebene Blatt an wilder Deutschfeindlichkeit anläßlich dieser Reichstagsaussprache leistet, das ist nur ein neuer Beweis, wohin die Intenationale steuert. Die Händlerblätter treiben es nicht um ein Haar besser; Für sie alle ist nicht mehr der Brite, der Welsche und der Gallier der Feind, sie bekämpfen nur noch die Alldeutschen.

Wie verhältnismäßig gering übrigens der Einfluß der hier gekennzeichneten Presse — man liest zwar, aber verachtet sie — auf die wirkliche Volksmeinung ist, wurde ja seit Jahrzehnten bei allen politischen Wahlen dargetan, und auch die überwiegende Mehrheit des freisinnig und sozialdemokratisch gerichteten Volksteils dürfte sich dagegen verwahren, mit der Westlerrichtung in einen Topf geworfen zu werden.

Im übrigen aber bemüht sich Dr. G. St. in seinem Aufsatz, eine ziemlich zutreffende, Licht und Schatten gerecht verteilende, Passiva und Aktiva richtig buchende Darstellung der Kriegslage und Friedensfrage, der Schwierigkeiten des deutschen Reiches und der verhältnismäßig günstigeren Lage Oesterreich-Ungarns zu bieten. So verweist er darauf, daß, während Oesterreich-Ungarn im wesentlichen vom Feinde frei ist, „die deutschen Faustpfänder schwer belastet sind"; das Deutsche Reich hat „sein Kolonialreich, die überseeischen Niederlassungen, die Grundlage seines Außenhandels, drei Fünftel seiner Handelsflotte verloren". Um so wichtiger sind die Faustpfänder, zumal Kurland mit seinem bei einem Rückfall an Rußland von der Ausrottung bedrohten Deutschtum, und besonders Belgien. Die Schließung dieses bisherigen Hauptores des deutschen Ueberseehandels würde für Deutschlands Weltwirtschaft einen tödlichen Schlag bedeuten. Genau so, wie Oesterreich-Ungarn sich für die Lösung des südslavischen und Balkanproblems als zuerst zuständig betrachte, empfinde man im Deutschen Reiche begreifliches „Unbehagen, wenn in der verbündeten Donaumonarchie befangene oder unbefangene Ideatisten sich ein Urteil über eine Frage (das künftige Verhältnis Belgiens zum Deutschen Reich) anmaßen, für deren Verständnis ihnen alle Voraussetzungen fehlen". Der Verfasser untersucht dann die Frage, ob denn „überhaupt zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn ein sachlicher Unterschied in der Friedenspolitik bestehe", und verneint sie; ungeklärt sei nur die polnische Frage, über die der Verfasser — mit folgendem Zitat möchten wir schließen — sagt:

Daß das Königreich Polen nicht an Rußland zurückfallen darf, ist für die Monarchie entschiedene Sache. Aber mehr als das. Es ist kein Geheimnis, daß sich der Ausbau des polnischen Staates vor allem darum verzögert, weil erst Klarheit geschaffen werden muß, ob der künftige Polenstaat in einem engeren Verhältnis zu Oesterreich-Ungarn oder zum Deutschen Reich stehen wird. Wie man einen Anschluß Polens an die Monarchie auch bewerten mag, immer bedeutet er nach außen hin einen erheblichen Machtzuwachs der Monarchie, der die österreichische Agitation für einen bedingslosen Verzicht Deutschlands auf die Erweiterung seiner Machtsphäre jedenfalls in eigenartiges Licht rückt. Wie diese Agitation moralisch zu beurteilen ist, wie weit ein primitives Anstandsgefühl angesichts der ungeheuren militärischen Leistungen Deutschlands für die Lebensinteressen der Monarchie bei Erörterung der deutschen Friedenspolitik in Oesterreich äußerste Zurückhaltung gebieten sollte, mag hier unausgesprochen bleiben. Aber mit allem Nachdruck müssen die Oeffentlichkeit und die maßgebenden verantwortlichen Stellen darauf hingewiesen werden, in welchem Maß diese pazifistische Agitation mit ihrer Spitze gegen Forderungen des Deutschen Reiches die Politik der Monarchie und vor allem ihre Stellung in den polnischen Verhandlungen mit dem Deutschen Reich erschwert und kompromittiert. Und wer die Stimmung in den politischen Kreisen des Deutschen Reiches einigermaßen kennt, wird den Ernst und die Dringlichkeit der Mahnung würdigen, daß Graf Czernin in den idealistischen Freunden seiner Friedenspolitik möglichst bald etwas politische Vernunft beibringe.

Österr. Volkszeitung
14./X. 1917

38

Eine Friedensversammlung. Die Versammlung des Verbandes für allgemeine Völkerverständigung „Para pacem" nahm einen erhebenden Verlauf. Der große Hörsaal des Anatomischen Instituts war dicht besetzt. Der an diesem Tage von Wien abwesende Minister des Aeußern Graf Czernin hatte den Legationsrat Grafen Colloredo-Mannsfeld mit der Vertretung des Ministeriums des Aeußern beauftragt. In der Begrüßungsansprache betonte der Vorsitzende Senatspräsident Dr. Leo Elsner, daß sich die Sehnsucht, durch einen segensreichen Verständigungsfrieden zu einem baldigen Ende des grauenvollen Ringens zu gelangen, allerorts wesentlich vertieft habe, daß aber eine Strömung, welche zur Fortsetzung des Krieges bis zur Verblutung der Völker führe, den Friedensverhandlungen entgegenarbeite und der Verband jeden auf das lebhafteste begrüße, welcher die Allgemeinheit auf den Weg der Verständigung leite. Universitätsprofessor und Reichstagsabgeordneter Prälat Dr. Alexander Gießwein aus Budapest stellte sich als Präsident der ungarischen Friedensgesellschaft vor, deren Grüße er überbringe. Unter einmütigem Beifall wurde die vom Vorstande des Verbandes vorbereitete Erklärung beschlossen: „Bereit, jegliches Opfer für die Sicherheit und Unversehrtheit des Vaterlandes zu bringen, sind die Versammelten gleichwohl überzeugt, daß eine rasche Beendigung des grauenvollen Völkermordens zur Rettung Europas unbedingt notwendig ist, und danken daher allen denjenigen, welche sich in den Dienst der Völkerverständigung als der notwendigen Voraussetzung eines dauerhaften Friedens gestellt haben." Ueber eine von Rudolf Goldscheid mit großer Wärme begründete Anregung gaben die Versammelten auch begeistert dem Wunsche Ausdruck, daß die Tätigkeit der von Berta Suttner geschaffenen Wiener Friedensgesellschaft nicht länger eingestellt bleibe und die Verbreitung der „Friedenswarte", des Organs des Nobelpreisträgers Dr. Alfred Fried, in Oesterreich gestattet werde. Mit der Absendung von Telegrammen an Kaiser Karl und an den Minister des Aeußern Grafen Czernin wurde die Versammlung geschlossen.

Der Abend
16./X. 1917

42

Was geht da vor?

Die „Neue Freie Presse" und die „Reichspost", zwei Blätter, die man für halbamtlich hält, bringen heute mit allen äußeren Anzeichen dieser Halbamtlichkeit eine auffallende Mitteilung. Die „Neue Freie Presse" überschreibt sie „Die Unterbrechung der Friedensaktion" und in der „Reichspost" wird sie „Die Ablehnung der Friedensaktion der Mittelmächte" genannt. Sie lautet in der „Reichspost":

„Nach der Auffassung der hiesigen diplomatischen Kreise ist durch die letzten Erklärungen von Lloyd-George, Asquith und Ribot die Friedensaktion der Mittelmächte zu einem vorläufigen Abschluß gekommen. Die äußersten Grenzen der Friedensangebote der Mittelmächte sind formell vom Verbande abgelehnt worden, und so ist die von Czernin vorausgesehene Lage eingetreten, daß eine kleine Gruppe weniger Mächtiger gegen die Stimmung der Massen, welche den Frieden verlangen und ihre Meinung noch nicht äußern konnten, unser Friedensanbot abgelehnt hat. Es ist nunmehr abzuwarten, bis diese wenigen von der Volksstimmung hinweggefegt werden. Wir stehen militärisch fest und auch wirtschaftlich darf man unsere Lage nur als eine günstige auffassen. Der jetzige Stand der Verpflegungsfrage bedeutet auch den höchsten Punkt unserer Kriegsopfer und wir besitzen die volle Garantie der staatlichen Faktoren, daß unter die gegenwärtige Einschränkung der Lebensführung der Bevölkerung in keinem Falle mehr heruntergegangen zu werden braucht. Dagegen werde bei der Entente gar bald eine wirtschaftliche Not eintreten, die bedeutend härter sein werde als der Stand der gegenwärtigen Entbehrungen bei der Bevölkerung der Mittelmächte, da erstere, auf die Einfuhr von Haus aus stark angewiesen, durch den zunehmenden Schiffsmangel immer größeren Ausfall erleiden. Durch die Ablehnung unserer Friedensvorschläge sind an und für sich jene Umstände eingetreten, unter denen Czernin von der Revision unserer Kriegsziele sprach. Dieses Wort ist noch nicht von der Regierung ausgesprochen worden, aber es gewinnt durch die Tatsachen bereits seine Kraft."

(Die in der „Rp." gesperrt gedruckten Stellen sind auch hier gesperrt. Die Schriftltg.)

Ganz ähnlich ist der Gedanke des Leitaufsatzes im „Fremdenblatt", von dem es allgemein bekannt ist, daß es zu Mitteilungen des Auswärtigen Amtes benützt wird, allerdings mit der Zweideutigkeit, daß es manchesmal auch für andere offizös ist. Man weiß ja: Auswärtig-offiziös, Schoeller-offiziös, auch Kestranek-offiziös.

Wenn diese drei Zeitungsäußerungen nicht etwa Kuckuckseier sind, die die hiesigen Vertreter der alldeutschen Wühlarbeit in die offiziösen Nester gelegt haben, so stünden wir in der Tat vor einer höchst bemerkenswerten Änderung in der Auffassung des Auswärtigen Amtes. Wir wollen und können dies noch nicht glauben, sondern warten, ehe wir dazu Stellung nehmen, auf eine wirklich maßgebende Erklärung.

Für heute wollen wir uns nur auf die Feststellung beschränken, wie übel wir in bezug auf die Erörterung der auswärtigen Politik daran sind. Während im Deutschen Reiche, ja sogar in Ungarn, das ganze Volk Gelegenheit hat, zu hören, wie die Dinge liegen und zu sagen, was es darüber denkt, sind wir auf Mitteilungen von Zeitungen beschränkt, zu denen man so geringes Vertrauen hat, daß man nicht einmal weiß, ob es wirklich versteckte Äußerungen des Auswärtigen Amtes seien oder eine Wichtigmacherei der „Neuen Freien Presse", oder ein frommer Wunsch von Kriegsnutznießern in der Art von Schoeller und Kestranek.

Das sollte doch wenigstens aufhören, und wenn man schon über unser Schicksal verfügt, sollte man diese Verfügung mitteilen, damit wir wissen, wohin man uns führt: ob zum Frieden oder zu einer Fortdauer des gegenwärtigen entsetzlichen Zustandes. C.

Reichspost

16./X. 1917

45

Die Ablehnung der Friedensaktion der Mittelmächte.

Nach der Auffassung der hiesigen diplomatischen Kreise ist durch die letzten Erklärungen von Lloyd George, Asquith und Ribot die Friedensaktion der Mittelmächte zu einem vorläufigen Abschluß gekommen. Die äußersten Grenzen der Friedensangebote der Mittelmächte sind formell vom Verbande abgelehnt worden, und so ist die von Czernin vorausgesehene Lage eingetreten, daß eine kleine Gruppe weniger Mächtiger gegen die Stimmung der Massen, welche den Frieden verlangen und ihre Meinung noch nicht äußern konnten, unser Friedensanbot abgelehnt hat. Es ist nunmehr abzuwarten, bis diese wenigen von der Volksstimmung hinweggefegt werden. Wir stehen militärisch fest und auch wirtschaftlich darf man unsere Lage nur als eine günstige auffassen. Der jetzige Stand der Verpflegungsfrage bedeutet auch den höchsten Punkt unserer Kriegsopfer und wir besitzen die volle Garantie der maßlichen Faktoren, daß unter die gegenwärtige Einschränkung der Lebensführung der Bevölkerung in keinem Falle mehr heruntergegangen zu werden braucht. Dagegen werde bei der Entente gar bald eine wirtschaftliche Not eintreten, die bedeutend härter sein werde als der Stand der gegenwärtigen Entbehrungen bei der Bevölkerung der Mittelmächte, da erstere, auf die Einfuhr von Haus aus stark angewiesen, durch den zunehmenden Schiffsmangel immer größeren Ausfall erleiden. Durch die Ablehnung unserer Friedensvorschläge sind an und für sich jene Umstände eingetreten, unter denen Czernin von der Revision unserer Kriegsziele sprach. Dieses Wort ist noch nicht von der Regierung ausgesprochen worden, aber es gewinnt durch die Tatsachen bereits seine Kraft.

Abschrift
16./X. 1917

48

Die Begierde nach Elsaß-Lothringen.

Wieder durchhallt jetzt der Schrei nach Elsaß-Lothringen Europa, so grell, so leidenschaftlich, daß man aus ihm hört, wie tief die Begierde nach diesem Lande in Frankreich sitzt und daß der Trieb nach Rückeroberung dieser Gebiete auf dem Festlande die stärkste Kriegsursache werden mußte. Aber nicht ein einziger Titel legitimen Rechtes entsündigt dieses Begehren nach fremden Gut. Gerade weil eben jetzt eine ganz eigentümliche Stimmungmache Zugeständnisse Deutschlands an seine Gegner als eine Geringfügigkeit darzustellen sucht, die nur durch die Verbohrtheit deutscher chauvinistischer Dickschädel und durch professorale Rechthaberei verhindert werde, kann auch bei uns nicht klar genug über die angeblichen Anrechte Frankreichs auf Elsaß-Lothringen gesprochen werden.

1887, vor genau dreißig Jahren, schrieb der weltkluge Volkswirt Alexander v. Peez in einem Stücke über die deutschen Reichslande: „Ein vielverbreiteter Irrtum wird durch die Besteigung einiger Vogesengipfel widerlegt, nämlich der, daß die Vogesen nur eine Kette bilden, nur gleichsam eine schmale Mauer, welche Deutschland und Frankreich scheide. So ist es nicht. Die Vogesen sind keine Kette, sondern ein ganzes vielgliedriges Netz, sie sind keine bloße Mauer, sondern ein ganzes mächtiges Festungswerk, dessen Zugänge alle in Gestalt von mehr oder minder langen Talungen nach Deutschland münden. Keine dieser Talungen reicht nach Frankreich hinüber ... Die Natur selbst hat also das Elsaß auf die Rheinebene angewiesen und Deutschland zugeteilt."

Und bei Deutschland waren Elsaß und Lothringen, seit dem 9. Jahrhundert, bis es in den Zeiten des Niederganges deutscher Kaiserwürde den französischen Königen gelang, mit Unterstützung pflichtvergessener Reichsstände einen Stein nach dem andern aus dem westlichen Grenzwalle des „Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation" herauszubröckeln.

Elsaß-Lothringen wurde französisch. Welcher Mittel sich dabei Ludwig XIV. bediente, wie er den Stolz der lothringischen Herzoge, von Kaiser Karl dem Großen abzustammen, zu dem Zwecke nährte und selbst diesen unrechtmäßigerweise als seinen Ahnherrn erklärte, das ist im „Politischen Testament Ludwig XIV." von Martin Georg (Wien 1862, Zamarski & Dittmarsch) zu lesen. Offen gesteht Ludwig XIV.: „Der Besitz von Lothringen war wünschenswert für mich, weil es mir den Ausgang für meine Heere gegen Deutschland bot, nachdem es bisher ein offenes Tor für Frankreichs Feinde vorgestellt hatte." Dazu Peez S. 124: „Ludwig XIV., die Früchte der tückischen Politik von Richelieu und Mazarin erntend, betritt das Elsaß bei Zabern mit den Worten: ‚Welch schöner Garten!', und auf ein Vorratshaus in Breisach ließ er die vorausschauenden, siegesgewissen, aber durch die jammervollen Zustände des damaligen Deutschland nur allzu berechtigten Worte setzen: — „Einst wider Gallien ein Wall, bin jetzt ich Galliens Pforte;"

„Fahren die Gallier so fort, wird ihre Macht unbegrenzt." Bonaparte hat diesen Ausspruch wahr gemacht.

Bauend auf diese natürliche Angriffsstellung von Elsaß-Lothringen hat Napoleon III. 1870 zum Kriege gegen den Norddeutschen Bund getrieben, angeblich um die Wahl eines katholischen Hohenzollern und Bruders des Königs Karol von Rumänien auf den spanischen Königsthron zu vereiteln, in Wirklichkeit um auf eine anscheinend leichte Weise, wie es vorher schon Nizza und Savoyen zu Teilen von Frankreich gemacht hatte, die bayrische Rheinpfalz und die Anwartschaft auf Luxemburg zu erwerben. Napoleon eröffnete den Krieg nicht wegen Elsaß-Lothringens, welche er als selbstverständliche und ewige Eigentumsstücke Frankreichs ansah, sondern wegen weiterer Eroberungen, und das war die beklagenswerte Tücke des Schicksals, welche dem stets Unruhen stiftenden, immer nach fremdem Gute lüsternen Frankreich (gleichviel ob Königreich oder Republik oder Kaiserreich) nicht nur den heißersehnten Erfolg vorenthalten, sondern auch zwei prächtige Eigentumsstücke zweifelhafter Provenienz geraubt hat. Das ist der Hauptgrund von Frankreichs unstillbarem Jammer nach den beiden überwiegend deutschvölkischen Ländern. Gewiß liegen auch konkrete Gründe zu französischem Leidwesen vor. In den zwei Jahrhunderten der Franzosenherrschaft in Elsaß-Lothringen hatten sich nicht nur Bande persönlicher Natur geschlungen zwischen dem eigentlichen Frankreich und den zwei blühenden Ländern, deren gesunde Mütter eine Unzahl von großen Geschäftsherren, von Staatsmännern und Ministern und von tapferen Soldaten an Frankreich geliefert haben, insbesondere Soldaten in Menge, wir wollen nur den Marschall Kleber, Kommandanten in Aegypten, den ungestümen Westermann, Kellermann Herzog von Valmy und Ney Herzog von Elchingen und Fürsten von der Moskwa, nach Napoleons I. Ausspruch den „Tapfersten der Tapferen", nennen. Diesen in jeder Beziehung ausgezeichneten fortwährenden Nachschub entbehrt Frankreich sicher ebenso ungern wie die angenehmen industriellen Wechselbeziehungen nach und von Frankreich.

Man deklamiert jetzt in Paris, Frankreich wache nur über die Freiheit und Zivilisation der Menschheit und nichts begehre es in diesem edlen Drange als die „Desannexion" von Elsaß-Lothringen. Es ist die alte Gallische Schauspielerkunst. Was Frankreich wünscht, ist nicht Desannexion, sondern Reannexion, eine Rückeroberung, die nicht einmal den Anspruch mit dem Rechte siegreicher Waffen zu begründen vermag. Doch wenn Frankreich die Frage des historischen Rechtes aufrollt, dann eine Gegenfrage: Oder wäre Frankreich seinerseits geneigt, an Belgien die diesem geraubte Provinz Artois und Teile von Flandern und der Picardie, an das Großherzogtum Luxemburg Montmedy und Longuyon, an Deutschland Nancy, Toul und Verdun, an Spanien die Franche-comté, an Italien Savoyen, Nizza und Korsika zurückzuerstatten, alles Provinzen, welche die angeblich so friedfertige „große Nation" ihren rechtmäßigen Eigentümern weggenommen hat? — Der Gedanke, daß sich Frankreich zu solchen „Desannexionen" entschließen könnte, würde drüben nur einem Irrsinnigen zugemutet werden. Nun wohl, so verlange Frankreich von anderen nicht mehr, als es selbst zu üben bereit ist, und verschone, nachdem sich das von ihm selbst angerufene Kriegsglück gegen Frankreich entschieden hat, die Welt mit seinen periodischen Schmerzausbrüchen um zwei von ihm selbst leichtsinnig verlorene Provinzen!

Neues Wiener Tagblatt 52
16./X. 1917

Die Schuld am Weltkrieg.

Die Debatten über die Schiedsgerichtsfrage.

Verschiedentlich liest man heute von deutlich charakterisierter Seite stammende Artikel über die deutsche Nichtannahme des russischen Vorschlages, den österreichisch-serbischen Konflikt dem Haager Schiedsgericht zu unterbreiten.

Die Ansicht, daß dieses Anerbieten Rußlands ein Manöver gewesen sei, um die Zentralmächte hinzuhalten, bis es militärisch bereiter war, wird in den erwähnten Artikeln für eine bloße Vermutung erklärt. Wenn sie das ist, dann ist es jedenfalls die wahrscheinlich richtige. Indessen ist es, von allen militärischen Argumentationen abgesehen, selbstverständlich, daß Oesterreich es nicht auf eine Entscheidung durch ein Schiedsgericht oder durch eine Diplomatenkonferenz ankommen lassen wollte. Im Jahre 1914 waren die Allianzen der Ententestaaten schon längst geschlossen, und es ist nur allzu richtig, wenn gesagt wird, daß es da sehr naiv gewesen wäre, auf ein objektives Urteil zu hoffen. Höchst wahrscheinlich wäre, und zwar im besten Fall, eine Verschleppung der Angelegenheit das Resultat einer solchen Konferenz gewesen. Eine Verschleppung hätte aber nur dazu beigetragen, den militärischen Vorsprung Oesterreichs vor Serbien und die Rückständigkeit Rußlands — das ja erst im Jahre 1917 vollkommen militärisch bereit zu sein hoffte — zu annullieren.

Nun kann man freilich auch diese Ansicht für eine bloße Vermutung halten. Aber dann läßt sich doch die ganze Frage in einfachster und konkludenter Weise durch folgende hypothetische Analogie erledigen: Gesetzt den Fall, ein andres kleines Land, sagen wir zum Beispiel, als das nächstgelegene, das rumänische Königreich, wäre so maßlos austrophil gewesen und hätte — von Oesterreich) unterstützt — gegen Rußland agitiert, um Bessarabien zu gewinnen, und endlich den Großfürsten-Thronfolger ermordet. Hätte sich in diesem Falle irgendein Staat oder eine Staatengruppe getraut, einem Rußland, das eine Strafexpedition ausrüsten und seinen „kleinen Nachbarn" züchtigen wollte, anzuraten, seinen Streitfall einer Diplomatenkonferenz oder dem Haager Schiedsgericht zu unterbreiten? Niemand hätte es gewagt, den jeder hätte gewußt, daß Rußland einen derartigen Vorschlag als einen „unfreundlichen Akt" ansehen würde.

Nun! In derselben Lage wie hier Rußland war in Wirklichkeit Oesterreich-Ungarn. Oesterreich-Ungarn hat wiederholt, im Gegensatz zu Sasonow, erklärt, es betrachte den Streitfall mit Serbien als eine nicht europäische Angelegenheit, und Deutschland teilte diese Auffassung und erklärte, „Oesterreich in seiner Auseinandersetzung mit Serbien nicht vor ein europäisches Gericht zitieren zu können". Genau so hätte ja auch Rußland in dem oben hypothetisch gesetzten Falle sein „Prestige" zu wahren gesucht und weder eine Konferenz noch ein Schiedsgericht akzeptiert.

Die von den erwähnten Schiedsgerichtsadvokaten benützte Analogie, nämlich die Huller Affäre aus dem Jahre 1904, paßt durchaus nicht auf den österreichisch-serbischen Streitfall. Dort handelte es sich um eine Entscheidung in einem Rechtsfall, also einen einzelnen, momentan eingetretenen Konflikt, und — was noch ausschlaggebender ist — um einen Streit zwischen zwei Großmächten. Wie aber die heutigen politischen Gesinnungen beschaffen sind, wird es als Sache des Prestige angesehen, sich nicht von einem zahlenmäßig kleinen Staat lange reizen zu lassen. Vielleicht wird in der Zukunft eine höhere politische Moral Geltung haben und das Wort „Prestige", wie es ja auch zu wünschen ist, keinen Sinn mehr haben. Heute jedoch müssen wir das Vorgehen der Politiker nach der eben allgemein geltenden Räson beurteilen.

Wenn in den zitierten Artikeln die Ansicht ausgesprochen wird, daß durch Annahme des Schiedsgerichtsvorschlages ein blutiger Krieg genau so vermieden worden wäre, wie in der Doggerbankaffäre durch Zahlung einiger Millionen der Friede gerettet wurde, so scheint mir diese Auffassung des österreichisch-serbischen Konfliktes denn doch eine viel zu harmlose zu sein. Denn dieser Konflikt war und ist in Wahrheit ein österreichisch-russischer Konflikt, und wenn nicht Rußlands Politiker in Serbien gegen unsre Monarchie gewühlt und endlich sogar sich dazu entschlossen hätten, in diesen Streitfall militärisch einzugreifen und so aus dem lokalen Konflikt einen europäischen zu machen, so wäre überhaupt der Weltkrieg nicht entstanden. Der heutige Weltkrieg! Im Jahre 1917 oder 1918, wo Rußland schon fertig gewesen wäre, wäre der Weltkrieg, auf den England, Rußland und besonders Frankreich schon warteten, gewiß ausgebrochen.

Josef Popper-Lynkeus.

Fremdenblatt
17./X. 1917

Die Einsetzung des Regentschaftsrates in Polen.

Das Handschreiben unseres Kaisers.

Der Kaiser hat am 14. d. an den k. u. k. Generalgouverneur in Lublin, GM. Grafen Szeptycki, nachstehendes Allerhöchstes Handschreiben gerichtet:

„Lieber Graf Szeptycki! In Uebereinstimmung mit Meinem erlauchten Bundesgenossen, dem Deutschen Kaiser, finde Ich im Sinne des Artikels I des Patentes vom 12. September 1917 betreffend die Staatsgewalt im Königreiche Polen, den Erzbischof, Metropoliten von Warschau, Alexander v. Kakowski, den Stadtpräsidenten von Warschau, Fürsten Zdislaus Lubomirski und den Großgrundbesitzer in Maluszyn, Josef v. Ostrowski, als Mitglieder des Regentschaftsrates im Königreiche Polen in ihr Amt einzusetzen und beauftrage Sie hiemit, diesen Akt gemeinsam mit dem kaiserlich deutschen Generalgouverneur in Warschau zu vollziehen."

Die Kosciuszko-Feier in Warschau.

K. Warschau, 16. Oktober. (Meldung des Wolffschen Bureaus.) Zur Feier des 100. Todestages Kosciuszkos hat ferner am Nachmittag eine festliche Veranstaltung der sogenannten Akademie in der Philharmonie stattgefunden. Ihr großer Saal, mit Eichenlaub und Fahnen geschmückt, vermochte die Menschenmenge kaum zu fassen. Nach gemeinsamem Gesang der polnischen Nationalhymne sprachen Professor Smolenski und das ehemalige Staatsratsmitglied Sliwinski über die Bedeutung der Taten Kosciuszkos, der ein Muster von Geradheit in der Politik und ein wahrer Führer gewesen sei. Ansprachen eines Bauern aus Podlachien und eines Vertreters der studierenden Jugend schlossen die erhebende Feier.

Die Studentenschaft hat zu Ehren Kusciuszkos am Kasimir-Palast, dem jetzigen Universitätsgebäude, eine marmorne Gedenktafel zur Erinnerung an Kosciuszkos Studien auf der Ritterschule anbringen lassen, die am Vormittag feierlich enthüllt wurde.

Am Abend fanden in den Theatern Festvorstellungen statt. In der Großen Oper trat vor Beginn der Vorstellung, die dem polnischen Kriegslied gewidmet war, der Vizemarschall des ehemaligen Staatsrates v. Mikulewski-Pamorski an die Rampe und verkündete die soeben eingelaufene Nachricht, daß die von dem ehemaligen Staatsrate vorgeschlagenen Mitglieder des Regentschaftsrates von beiden Kaisern bestätigt worden seien. Das versammelte Publikum erhob sich von den Sitzen und begrüßte die Kunde mit brausendem Jubel. Das Orchester spielte nach einer dreifachen Fanfare den Dombrowski-Marsch und „Noch ist Polen nicht verloren". Den anwesenden Mitgliedern des Regentschaftsrates, dem Fürsten Lubomirski und Josef v. Ostrowski, wurden freudige Kundgebungen dargebracht. Nach der Vorstellung bildeten Studenten und Pfadfinder Ehrenspaliere, zwischen denen hindurch sich die Genannten unter jubelnden Zurufen zu ihren Wagen begaben. Die Hochrufe pflanzten sich auf dem Platze zu der vielhundertköpfigen Menge fort. Man spannte den beiden Mitgliedern des Regentschaftsrates die Pferde aus und zog die Wagen unter dem Gesang nationaler Lieder und Hochrufen bis zum Krasinskischen Palast, wo Fürst Lubomirski und v. Ostrowski Ansprachen an die versammelte Menge hielten.

Im Theater Rozmitosci löste die Verkündung der Bestätigung des Regentschaftsrates ebenfalls jubelnde Kundgebungen aus, die laut „Kurjer Polski" in Hochrufen auf die beiden Kaiser gipfelten. Ebenso herrschte in den anderen Theatern eine gehobene polnisch-patriotische Stimmung.

Die Nachricht von der Einsetzung des Regentschaftsrates verbreitete sich rasch in der ganzen Stadt und bewirkte überall freudige Erregung.

Neue Freie Presse

Abendblatt
18. X. 1917

Krisenhafte Zustände in der italienischen Regierung.

Meldungen über den bevorstehenden Sturz Boselli's.

Wien, 18. Oktober.

Krisenmeldungen kommen aus Italien. Allgemein wird angenommen, daß das Ministerium sich nicht werde halten können und daß der alte Boselli nicht mehr imstande sei, die Widerspenstigen zu zügeln und die Unzufriedenheit zu beschwichtigen. Täglich hören wir Gerüchte aus allen Ententestaaten über Truppenansammlungen am Isonzo. England soll Artillerie und Automobile, Frankreich Soldaten und Flugzeuge zur Verfügung stellen. In einem solchen Augenblick, wo mit auffallender Offenheit von diesen Ereignissen gesprochen wird, tritt die Unzufriedenheit mit größter Schärfe hervor, und die letzte Abstimmung, in welcher dem Ministerium das Vertrauen ausgesprochen wurde, wird nur als Vorspiel für den Sturz betrachtet. Wie stark muß das Gefühl der Unzulänglichkeit des Kabinetts in Italien sein, wie wenig wahre Volkstümlichkeit kann dieser Krieg besitzen, wenn nicht einmal die feierliche Ankündigung der zwölften Isonzoschlacht den Groll zurückzuhalten vermag, wenn vier Gruppen, die Reformisten, die zwei Minister im Kabinett haben, die demokratisch-konstitutionelle Partei, die ebenfalls einen Vertreter im Kabinett besitzt, die neue Partei zur Wahrung der Rechte des Hauses und die Sozialisten, sich in ihrer Feindschaft gegen Boselli vereinigen. Schon vor kurzem war das Ministerium unmittelbar vor der Demission. Damals gelang es jedoch Sonnino durch eine rührende Rede, durch ein hohes Lied auf die heilige Einigkeit, noch einmal die Schwankenden mit sich zu reißen und die Abtrünnigen zu zähmen. Was ist jedoch seither geschehen? Turin, Mailand und Alessandria waren in vollem Aufruhr. Maschinengewehre, Panzerwagen, englisches Militär mußten gegen den Sturm aufgeboten werden, der durch Oberitalien wütete. Der Lebensmitteldiktator wurde weggefegt. Blut floß in Strömen, und das erneuerte Kabinett hat dem Lande noch mehr geschadet als das frühere. Der Kohlenpreis ist bis zur unerträglichen Höhe gestiegen. Der Mangel an Schiffsraum hat die größten Verlegenheiten hervorgerufen und in den ersten fünf Monaten des Jahres ist kaum die Hälfte an Brennstoffen in das Land gekommen wie im vergangenen Jahre. Italien hat den Krieg bitter gebüßt.

Bei jeder Krise dieser Art ist eine Frage die wichtigste: Wird Sonnino bleiben? Boselli ist ja nur ein Figurant, ein Aushängeschild, ein hilfloser Greis, der bisher nichts anderes getan hat, als Reden halten und das, was ein Sozialist gestern als leeres Stroh dreschen bezeichnet hat. Er ist Ministerpräsident geworden, weil er Berichterstatter über den Kriegsantrag in der Kammer war, die in ihrer großen Mehrheit den Frieden wollte und nur durch die schamlosen Umtriebe der Bezahlten in ein Werkzeug der Kriegspartei verwandelt worden ist. Der wahre Führer der Politik, der Statthalter Englands, der Bannerträger der Wünsche in London ist Sonnino. Wenn er bleibt, dann ist jeder Wechsel nur äußerlich und das tiefere Wesen der Politik ist unberührt. Sonnino ist im Sommer auf einem Torpedoboot nach London gefahren. Er spürte, daß das Verderben ihm nahe war und daß er Greifbares bringen müsse, um sich weiter zu erhalten. Und wirklich, es gelang. Asquith hat sich für die italienischen Wünsche eingesetzt, Lloyd-George ihnen freundliche Verbeugungen gemacht. Noch mehr. Die Ententeblätter schreien es förmlich heraus, daß Italien der wichtigste Punkt geworden sei und daß dort ein Sieg errungen werden könne. Sonnino ist jedoch, wenn Boselli ins Wanken kommt, ebenso gefährdet wie vor seinem Besuche bei Lloyd-George. Er könnte in die Krise hineingerissen werden, wenn erst einmal die Schoten platzen und das Gewitter sich auf das Ministerium entladet.

Italien hat eine Gesamtschuld von nicht weniger als dreiundvierzig Milliarden. Während des Krieges ist eine Steigerung von beinahe sechsundzwanzig Milliarden erfolgt. Der Papiergeldumlauf aller drei Notenbanken hat sich verdreifacht. Er beträgt jetzt mehr als sechs Milliarden und an kurzfristigen Schatzscheinen allein wurden elf Milliarden ausgegeben. Das sind Ziffern, die für einen Staat mit so geringem eigenen Vorrat an Rohstoffen, der so sehr auf das Ausland angewiesen ist und so viel Armut zu bekämpfen hat, erschreckend sind. Alles, was die Regierung tut, ist die Wiederholung des lächerlichen Starenliedes: der Krieg muß fortgesetzt werden. Der frühere Minister Nitti hat im offenen Parlament gesagt, in keinem anderen Lande sei die Volksvertretung zu solcher Bedeutungslosigkeit verurteilt. Er sprach von dem hohlen, unverfrorenen und nichtssagenden Verhalten der Regierung; und was noch wichtiger war: er forderte die Erörterung der Friedensnote des Papstes und zeigte damit, daß durchaus nicht jene Stimmung für Krieg um jeden Preis bestehe, welche Herr Boselli bei seiner Ansprache vermutete. Allein mit so einfachen Mitteln ist Italien nicht mehr zu regieren und Rennell Rodd herrscht nicht mehr bedingungslos. Poincaré war an der italienischen Front. Er hat die Werke bei Görz besichtigt und der König von Italien wollte ihm offenbar zeigen, wie notwendig die Armee französische Hilfe habe. Auch Viktor Emanuel war in Frankreich. Er hat elsässischen Boden betreten, die Kathedrale von Reims besichtigt und Verdun bewundert. Aber diese Aeußerlichkeiten haben die innere Zusammengehörigkeit nicht gestärkt. Die Vorwürfe gegen England, daß es den Krieg maßlos fortsetze, daß es keine Schiffe und keine Kohlen gebe, haben sich wiederholt. Die Furcht vor der Vernichtung der Freiheitsrechte, vor der Zügellosigkeit der Militärgewalt hat sich gesteigert, und in einem Augenblick, wo der ganze Vierverband auf die italienische Front blickt, wo wieder einmal die berühmte heilige Einheit sich bewähren soll, kracht die italienische Regierung in allen Fugen. Ob Boselli fällt oder nicht, ist beinahe weniger wichtig. Daß die Krise überhaupt entstehen konnte, ist ein Warnungszeichen für die Entente.

19./X. 1917

60

Preußisches Herrenhaus.

23. Sitzung, Donnerstag, 18. Oktober.

Am Ministertisch: Justizminister Dr. Spahn und Finanzminister Hergth.

Präsident **Graf v. Arnim-Boitzenburg** eröffnet die Sitzung um 1.15 Minuten mit folgender Ansprache, die das Haus stehend anhört: „Wir alle stehen wohl noch unter dem Eindruck der Antwort des Präsidenten Wilson auf den aus dem Gefühl edler Menschlichkeit heraus geborenen Friedensvorschlag des Papstes. Wilson hat versucht, einen Keil zu treiben zwischen Herrscher und Volk, weil man auf andere Weise die deutsche Eiche nicht fällen kann. Er schmäht unseren Herrscher und unsere Regierung als unglaubwürdig und unzuverlässig und mißt dem Kaiser ohne einen Schein des Rechtes die schwere Verantwortung für diesen Weltbrand und das daraus erwachsene namenlose Elend bei, in einem Augenblick, wo sich in Rußland die Urheber des Krieges bis auf die Knochen bloßgestellt haben. Mit seinem Appell an Urteilslosigkeit, Undank und Treulosigkeit hat er bewiesen, daß er weder die Bildung, noch die Psyche unseres Volkes kennt und versteht. Angegriffen verteidigt der Deutsche seinen Besitzstand mit Zähigkeit. Durch eine feindliche Note werden denn noch nicht so leicht Bande gelockert, die ein Herrschergeschlecht ohnegleichen mit einem Volke verbinden, dem treue und zähe Standhaftigkeit durch eine entsagungsvolle, kriegerische, aber auch erfolgreiche 500jährige Entwicklung im Blute liegen. Niemals wird unser Volk dulden, daß das gewaltige, von Geschlechtern erhoffte und durch Blut und Eisen zusammengeschweißte Einheitswerk Bismarcks sich seiner Lebensbedingungen wieder entkleidet. (Beifall.)

Mehr denn je wird im Lande die Machtfülle erkannt, die aus diesen geschichtlich gewachsenen Imponderabilien quillt. Wir danken dies dem falschen Friedensfreund, der uns, wie dieser Krieg überhaupt, den Blick dafür gestärkt hat, was uns in Zukunft zur Erhaltung und Entfaltung unserer Kraft frommt: eine geschlossene Einigkeit und eine starke Monarchie. (Beifall.) Diesen Angriff auf unsere Einigkeit, Geschlossenheit und unser innerpolitisches Selbstbestimmungsrecht weisen wir mit dem Gefühl gegen seinen Urheber zurück, das der Wertschätzung gegenüber den angewendeten Mitteln entspricht.

Wir sehen jetzt, daß wir keinen Frieden haben können, es sei denn um den Preis unserer wirtschaftlichen und militärischen Vernichtung und unserer Ehre. Was hat uns unsere Friedensbereitschaft gegenüber ausgesprochenem feindlichen Vernichtungswillen geholfen?! Mehr denn je gilt es in diesem entscheidungsvollen Augenblick, mit scharfem, klarem Blick der ernsten, schweren Zeit ins Auge zu schauen, mit starken Nerven und mit harter Tat den Sieg zu wollen. Draußen haben Heer und Flotte wiederum gewaltige Worte mit ehernem Griffel in die Tafeln der Weltgeschichte geschrieben. Galizien und die Bukowina vom Feinde frei, Riga, die deutsche Stadt, die wichtige Insel Oesel erobert, und von Frankreichs feuerspeienden Bergeshöhen und Flanderns granatendurchfurchter Erde versucht England hartnäckig, aber vergeblich, den eisernen Ring zu sprengen, den unsere schiffraumvernichtenden U-Boote um das einst die Meere beherrschende Inselreich legen.

Titanenarbeit wird an der Front vollbracht (Beifall) unter dem zwingenden Ernst, unter dem unerbittlichen Muß des Kampfes auf Leben und Tod. Das aber ist Wille zum Leben. Darum heißt es auch immer wieder, einer gewaltigen Uebermacht, einer ganzen Welt von Feinden gegenüber: Dennoch! Vorwärts! Gerade dieses einer unüberwindlich scheinenden Aufgabe trotzende, zuversichtliche „Dennoch" und dieses zielbewußte unwiderstehliche „Vorwärts" aus Pflicht und Verantwortungsgefühl ist das Bestimmende, das Große, das Sieghafte am deutschen Wesen. Der hat germanischen Geist nicht erkannt, der ihm nur leichte Ziele steckt; der versündigt sich am Vaterland, der ihm die frohe Siegeszuversicht raubt. Unsere Generation trägt neben der bitterschweren Last des Krieges die gewaltig ernste Verantwortung für Deutschlands fernste lebensvolle Zukunft. Auch für die Völker dieser Welt gilt das Wort: Freie Bahn dem Tüchtigen. Nur mit einem Frieden, der uns diese freie Bahn schafft, der nach Hindenburgs Worten, der deutschen Eiche Licht und Luft zu macht- und kraftvoller Entwicklung gewährt, kann unser Geschlecht vor der Nachwelt bestehen. Mit Geduld und mit Zuversicht harren wir der befreienden Botschaft des Marathonläufers: Wir haben gesiegt. (Lebh. Beif.)

In der bevorstehenden Tagung harrt unserer ernste, entscheidungsschwere Arbeit. Mit Sachlichkeit, Gründlichkeit und Umsicht wird das Herrenhaus seine Entschlüsse fassen zum Segen für unser geliebtes Preußen und zum Heil der Krone. (Leb. Beif. und Händeklatschen.)

Der Präsident verliest ein Danktelegramm Hindenburgs auf die Glückwünsche des Hauses zu seinem 70. Geburtstag.

Das Haus ehrt das Andenken der seit der letzten Tagung verstorbenen Mitglieder, u. a. des Herrn v. Schmoller und des Herrn v. Friedländer-Fuld.

Der vom Abgeordnetenhaus abgeänderte Entwurf eines Gesetzes über Schätzungsämter wird nach kurzer Debatte mit unwesentlichen Abänderungen angenommen. Er muß an das Abgeordnetenhaus zurück.

Der Gesetzentwurf zur Förderung der Stadtschaften wird debattelos angenommen.

Hierauf werden einige Petitionen erledigt.

Die nächste Sitzung wird der Präsident anberaumen, jedenfalls nicht vor Ende November, da kein Material vorliegt.

Schluß 4½ Uhr.

19./X. 1917

19
61

Die Kammer und die Lage in Italien.

Von

Karl Federn,

Sonderberichterstatter der „Vossischen Zeitung".

* **Lugano,** 17. Oktober.

Am 16. Oktober ist das italienische Parlament zusammengetreten. Seine letzte Sitzung vor dieser Tagung sah jene sonderbare und verworrene Krise, in der bald dieses, bald jenes Mitglied der Regierung von der Presse angefallen wurde und schon gestürzt schien, bis durch Bosellis Geschicklichkeit und die Energie Sonninos zuletzt alles ungefähr so blieb, wie es gewesen war. Kaum vier Monate sind seither vergangen, aber die Lage ist völlig verändert: die Parteiränke und die wüste Personenhetze von damals erscheinen kleinlich und wie übertäubt von den Fragen, die jetzt auf dem Lande lasten.

Wieder hatte man, wie jetzt schon so oftmals, versucht und gehofft, in der Zwischenzeit durch die äußersten Anstrengungen und die Hilfe der Bundesgenossen den ersehnten Sieg zu erzwingen, der alles gutmachen mußte; aber der gewaltige Kanonendonner auf dem Karst verhallte vor den näheren und bedenklicheren Schlüssen in Turin; das Blut, das in den Straßen der früheren Hauptstadt floß, schien eine gefährlichere Wunde zu verraten als die ungeheuren Todesopfer an der Front; und der laute Zeitungsjubel über den errungenen Teilerfolg ist jäh verstummt. Von 400 bis 600 Toten, von Tausenden von Verwundeten sprechen glaubhafte Berichte; dazu Fabrikaufstände in Norditalien, schwere Unruhen im Süden. Agitationen und Reaktionen, Kriegszustand in fünf weiteren Provinzen, Sorge in Rom: das ist das Bild der letzten Wochen. Die so lange verhüllte Not ist zum Ausbruch gekommen. „So lange," schrieb das „Giornale d'Italia" am 16. September, „ist es der Grundsatz unserer Lebensmittelpolitik gewesen, die Wahrheit zu verschleiern, um das Volk nicht zu beunruhigen; — aber es gilt das Gegenteil: ihm zu sagen, daß wir einer Zeit der schwersten Krise entgegengehen."

Vielleicht ist die Regierung nie so tätig gewesen wie in dieser Zeit, in der die Ministerratssitzungen beinahe dauernd waren; ernstere Veränderungen und Entscheidungen wurden im Druck der Not getroffen als vielleicht je vorher; aber zum erstenmal erscheint das Kabinett beinahe gleichgültig und wie in den Hintergrund gedrängt von seinen eigenen Aufgaben.

Volk und Land sind kriegsmüde. Die Note des Papstes hat nicht nur auf die Katholiken eine außerordentliche Wirkung geübt. Die Rede des Grafen Czernin wurde wie aus Angst davor, daß sie diese Wirkung verstärken könnte, nur teilweise und in möglichst kleinem Druck wiedergegeben und kaum besprochen. Bei den Sozialisten siegt die radikalere Richtung der Partei über die eher zu Kompromissen bereiten Führer Turati und Treves, und sie scheint bereit, das von diesen selbst ausgegebene Losungswort: "Keinen Winter mehr im Schützengraben" sehr ernst zu nehmen.

Die Ereignisse der äußeren Politik, Sonninos Reise nach England und seine unbekannten Abmachungen über die italienischen Kriegsziele, verschwinden völlig gegenüber solchen Problemen. Es ist begreiflich, daß alle, die zum Kriege trieben, ihr Aeußerstes aufbieten. Noch ist nach ungeheuren Opfern nichts erreicht, und ein zeitiger Friede bringt unfehlbar den Augenblick, in dem sie zu Gericht gezogen werden. Alle Völker, die im Sommer 1914 in den Strudel gerissen wurden, durften, ob mit Recht oder Unrecht, den Krieg als unvermeidlich ansehen; aber jenen donnert alles zu: „Wer hat euch geheißen, in den Krieg eintreten?" Solcher Gefahr gegenüber spielt das Gewissen nirgend eine Rolle. An der Front können sie auf Cadorna, auf Amerika, auf irgendein mögliches Glück hoffen; die innere Gefahr ist es, die sie unmittelbar bedroht.

Gegen die innere Gefahr rufen sie nach jeder Unterdrückung; die Ereignisse in Turin und das Rundschreiben des sozialistischen Parteisekretärs Lazzari, der die Bürgermeister und Gemeinderäte des Landes zum Streik aufforderte, haben den Sturm gegen den Minister des Innern Orlando neu zum Toben gebracht. Aber Orlando fällt nicht leicht. Er ist gewandt und beliebt und mächtig im Süden; das Ministerium hat bereits Gegner genug. Immerhin mußte er so weit nachgeben, daß er seine nächsten Mit-

Reichspost
19./X. 1917

Ein Wiener Preßkonzern.

Wer zahlt's?

Die „Zeit", die „Arbeiterzeitung" und der „Abend" haben sich gefunden. Ein jüdischer Preßdreibund der gelben, roten und jakobinischen Internationale ist Wirklichkeit geworden.

Seit einiger Zeit werden in einem Kuvert Sonderabdrücke von Artikeln aus den drei genannten Blättern verschickt. Derlei geschieht natürlich nicht von ungefähr. Entweder liegt eine Abmachung der drei Blätter über eine gemeinsame Propaganda in gemeinsamer Richtung vor — was bei der bekannten offiziellen Parteistellung der drei Organe seltsam genug wäre und eine Betätigung des gemeinsamen jüdisch-freimaurerischen Grundzuges darstellte — oder aber die drei Trompeten der öffentlichen Meinung sind überein gekommen, sich von einem geheimnisvollen Vierten blasen zu lassen. Was nicht minder merkwürdig wäre.

Die neueste Aussendung, die uns vorliegt, umschließt einen „Separatabdruck" aus der „Arbeiterzeitung" vom 30. September, einen solchen aus der „Zeit" vom 3. Oktober und einen „Sonderabdruck" aus dem „Abend" vom 24. September. Der separat gedruckte Aufsatz des sozialdemokratischen Organs ist überschrieben mit „Das diplomatische Vorurteil" und schließt mit der tendenziösen gegen das Deutsche Reich gerichteten Behauptung, daß der Friede von einer „unmißdeutbaren und bündigen Antwort in der belgischen Frage" abhänge; der Separatabdruck aus der „Zeit" ist die von der „Reichspost" bereits seinerzeit gekennzeichnete, gleichfalls mit tendenziösen Spitzen gegen das deutsche Reich gewürzte mit „Eine Janusrede" überschriebene Besprechung der Budapester Friedensrede des Grafen Czernin; für den Sonderabdruck aus dem „Abend" endlich wurde ein unter der Ueberschrift „Die Kriegshetzerin Oesterreich" erschienener Angriff des Blattes gegen den Nationalverband, dessen Vorstand einen pazifistischen Resolutionsantrag des Abg. Freiherrn v. Pautz abgelehnt habe, ausgewählt. Wie man sieht, handelt es sich durchaus nicht um eine wahllose Sammlung, sondern um eine Unternehmung mit fester politischer Tendenz. Während die Separatabdrücke der „A. Z." und der „Zeit" die Fertigung des Verlages (bei der „Zeit" auch der Redaktion) zeigen, fehlt dieses verräterische Zeichen des Einverständnisses beim „Abend", den aber im übrigen die spiegeltreuen „Züge" des Sonderabdruckes sofort zu erkennen geben.

Das Zusammenfinden gerade der drei genannten Blätter unter einem Hut und Kuvert zu gemeinsamer Propaganda im angedeuteten politischen Sinn ist gewiß hochinteressant, aber schließlich Privatsache des Kleeblattes und eine Geschmacksfrage seiner Leser. Aber die Veranstaltung von Sonderabdrücken und ebenso deren massenhafte Ausschickung kostet Geld, viel Geld. Und da ist gewiß die Frage am Platze, wer die Geschichte zahlt. Darauf kommt es an. Wenn es sich herausstellte daß die drei Blätter einen gemeinsamen Geldgeber besäßen, so müßte über das Nationale dieser Geldquelle volle Klarheit geschaffen werden, weil dieses Geld, wie die Aussendungen beweisen, in bestimmter politischer Tendenz macht. Sogar Friedenstendenzen werden verdächtig, wenn aus ihnen anonymes Geld klirrt, zumal Friedenstendenzen mit gehässigen Spitzen gegen das verbündete Deutsche Reich. Dabei wäre das nicht einmal in Friedenszeiten eine Privatangelegenheit der betreffenden Blätter, geschweige denn in einem Kriege um Sein oder Nichtsein der Monarchie, in dem von dem treuen Zusammenhalten der Kaisermächte alles abhängt, alles für diese selber und alles für — ihre Feinde. Also, wer zahlts?

Fremdenblatt
19./X. 1917

Plenarversammlung der polnischen Konservativen.

Unter dem Vorsitze des Herrenhausmitgliedes Grafen Zdislaw Tarnowski fand in Krakau die Plenarversammlung der nationalen Rechten (einer Organisation der galizischen Konservativen) statt. In seiner Eröffnungsrede erklärte Graf Tarnowski, daß die Grundlage der polnischen Politik, welche den Ausbau des polnischen Staates bezweckt, die November- und Septemberakte der Mittelmächte sein müssen. Die Polen haben zwar ein gemeinsames Ziel, müssen jedoch auf realem Boden stehen und tätig an der Erlangung dessen, was erreichbar ist, mitarbeiten.

Hierauf wurden Berichte der Abgeordneten Jaworski und Haller über den jetzigen Stand der polnischen Frage und der politischen Lage zur Kenntnis genommen und eine Resolution einstimmig beschlossen, in welcher gesagt wird: Die Plenarversammlung drückt die Ueberzeugung aus, daß in der jetzigen Lage der Ausbau des polnischen Staates auf der Grundlage der November- und Septemberakte der Mittelmächte erfolgen müsse. Die Schaffung der polnischen Armee ist eine unumgängliche Notwendigkeit. In Oesterreich müssen die Polen eine Politik verfolgen, welche die Großmachtstellung Oesterreich-Ungarns fördern und dessen Stimme bei der Lösung der polnischen Frage kräftigen wird.

Die Zeit

19./X. 1917

64

Das Verbot der Tätigkeit der Oesterreichischen Friedensgesellschaft.

Die Abgeordneten Dr. Wilhelm Neumann (deutschfreiheitlich) und Genossen haben gestern im Abgeordnetenhaus wegen der Einstellung der Tätigkeit der Oesterreichischen Friedensgesellschaft an den Minister des Innern folgende Anfrage gerichtet: Die Oesterreichische Friedensgesellschaft, deren Tätigkeit bei Kriegsbeginn auf Verfügung des Kriegsüberwachungsamtes eingestellt wurde, hat im Sommer dieses Jahres um Aufhebung dieser Maßnahme angesucht. Obwohl die Leiter der Oesterreichischen Friedensgesellschaft Gemeinderat Dr. Alexander v. Dorn und Oberkirchenrat Witz-Oberlin hervorragend bewährte Patrioten sind, ist diesem Ansuchen nicht stattgegeben worden. Wir stellen deshalb an den Minister des Innern die Anfrage: Aus welchen Gründen wird die Tätigkeit der Oesterreichischen Friedensgesellschaft nicht gestattet?

Reichspost Abend
20./X 1917
65

Die Friedensvorschläge der Stockholmer.

Das holländisch-skandinavische Organisationskomitee für die Stockholmer Konferenz hat jetzt sein Friedensmanifest, das Ergebnis der Stockholmer Besprechungen, veröffentlicht. Mit der Formel: Keine Annexionen, keine Kontributionen! sucht es eine friedliche Lösung, ohne aber konsequent dabei zu bleiben, denn es verlangt doch von Deutschland eine Kontribution für Belgien, indem es sich auf die Erklärung der deutschen Regierung vom 4. August 1914 beruft, die Entschädigungen für den Durchmarsch durch Belgien in Aussicht stellte, aber selbstverständlich nur an ein neutrales Belgien, nicht an ein feindliches. Aber auch sonst ist das Manifest nicht konsequent: Es strebt nach Zusammenfassung national verwandter Gebiete, verlangt aber, daß das verkleinerte Serbien, vereinigt mit Montenegro, einen eigenen Staat bilde, anstatt daß es mit den größeren national verwandten Gebiete der Monarchie vereinigt werde.

Es ist aber bezeichnend, daß trotzdem in dem holländisch-skandinavischen Komitee die Hinneigung zum Verbande ganz deutlich ausgesprochen ist und in Branting, Huysmans und anderen markante Vertreter besitzt, der Friedensentwurf des Komitees mehr im Sinne der Mittelmächte, als in dem des Verbandes ausgefallen ist. Das Manifest will über Elsaß-Lothringen durch Volksabstimmung nach dem Frieden entscheiden lassen, eine Lösung, gegen die man in Frankreich leidenschaftlich protestiert hat; es will über Südtirol-Trient nur durch friedliche Vereinbarung bestimmen lassen; von der Ererbung der anderen Gebiete (Friaul, Triest) für Italien wird nicht gesprochen, sondern nur von kultureller Autonomie für die bei Oesterreich verbleibenden italienischen Gebiete. Nicht einmal von einem tschechischen Staate wird gesprochen, sondern nur von einer Vereinigung der Tschechen mit Oesterreich-Ungarn innerhalb einer bundesstaatlichen Organisation; auch die staatliche Vereinigung Westgaliziens und der polnischen Gebiete Preußens mit dem neuzugründenden unabhängigen Polen wird nicht begehrt, sondern nur von einer „weitgehenden Autonomie" dieser Bezirke gesprochen. Den Bulgaren wird ein Anrecht auf den Zugang nach Saloniki zugebilligt, auch dem neuen Serbien, letzterem aber nicht der Zugang zur Adria. Gegen England richtet sich sogar offen die Forderung nach politischer Unabhängigkeit und wirtschaftlicher Gleichberechtigung Irlands.

Das Manifest wird in den Verbandsländern noch schlimmer niedergeschrieen werden, wie die Friedenskundgebungen der Mittelmächte. Vielleicht wird damit der Hochmut der Stockholmer „Weltverbrüderer", die schon über die Geschicke des Erdkreises zu gebieten glaubten, etwas gedämpft werden. Ein kleines Verdienst werden sie aber immerhin sich zusprechen können: Ein wenig beigetragen zu haben zu der in den Völkern der Feindesländer langsam erwachenden Erkenntnis, daß die Ursachen der Kriegsverlängerung im Verbande stecken. Das Echo, das die Stockholmer Stilübung — mehr wird das „Friedensmanifest" nicht sein — im Verbande finden wird, wird dies beweisen.

Neues Wiener Tagblatt

Abend
20./X. 1917

67

Die allgemeine Politik Frankreichs.

Paris, 20. Oktober. (Meldung der Agence Havas.) In der Kammer führte der republikanische Abgeordnete Ribeyra in Begründung seiner Interpellation über die allgemeine Politik der Regierung aus, die bisher befolgte auswärtige Politik sei nicht diejenige Ribots, sondern Frankreichs. Er tadelte die Zusammenhanglosigkeit gewisser Erklärungen und schloß mit der Aufforderung an die Regierung, ihr Programm bekanntzugeben.

Der sozialistische Abgeordnete Jobert forderte gleichfalls allgemeine endgültige Erklärungen.

Der sozialistisch-radikale Abgeordnete Bokanowsky beklagte sich über die allzu zahlreichen Ministerkrisen, die die Interessen des Landes schädigen.

Puech erklärte, er verweigere der Regierung das Vertrauen, weil Ribot es nicht verstanden habe, die Einigkeit herzustellen und diese auch nicht mehr herstellen könne. Er machte Painlevé zum Vorwurf, daß er es an Festigkeit bei verschiedenen gerichtlichen Angelegenheiten habe fehlen lassen, namentlich in der Affäre Malvy.

Die Erklärungen Painlevés.

Darauf bestieg Ministerpräsident Painlevé die Tribüne. Er führte aus:

Die Debatte müsse eine Entscheidung herbeiführen, die es der jetzigen Regierung ermögliche, sich zu vergewissern, ob die Kammer ihr Vertrauen zur Regierung weiter beibehalten werde, die ihr Werk im Sinne des Willens der Kammer fortsetzen will.

Painlevé wiederholte darauf die Kriegsziele Frankreichs, die ausschließlich Wiederherstellung seines Rechtes seien. Diese Ziele seien unabhängig von dem Ausgang der Schlachten. Sie waren dieselben zu der Zeit, wo das besiegte Frankreich sich gegen die Annexion Elsaß-Lothringens aussprach. Die Rückkehr Elsaß-Lothringens zum Vaterlande, das sei das Recht! Weiter sagte Painlevé: Ich habe gesagt: Wie auch der Ausgang der Schlachten sei, wir müssen den Krieg bis zu dem Tage der Wiederkehr Elsaß-Lothringens an Frankreich weiterführen. Wir könnten nur bei entsagungsvoller Knechtschaft darauf verzichten. Wir müssen den Krieg führen mit allen Mitteln und alle Hilfsquellen der Verbündeten gemeinsam ausnützen, um diese Ziele zu erreichen, damit Elsaß-Lothringen zu Frankreich zurückkehrt.

Painlevé spielte sodann auf die Gerüchte an, welche über die Geheimsitzung im Umlauf waren, und erklärte, daß die Regierung niemals Gelegenheit gehabt habe, den Gedanken eines Sonderfriedens zurückzuweisen. Dieser hat sich niemals gezeigt.

Der Ministerpräsident wiederholte sodann den Wortlaut der ministeriellen Erklärung über die Kriegsdauer „nicht eine Stunde länger, aber auch keine Stunde zu früh." Alle lebendigen Kräfte Frankreichs müssen nutzbar gemacht werden und die verbündeten Nationen müssen ihre Anstrengungen dem anschließen. Unser Recht wird dann zermalmend erscheinen und der Sieg wird besonders nah sein. Wenn wir getrennt marschierten, würde das Ziel, das wir verfolgen, weit entfernt sein.

Das Zusammenarbeiten unsrer englischen Freunde mit uns ist genau festgelegt. Wir arbeiten zusammen und haben die ganze Macht unsres Flugwesens und unsrer Artillerie eingesetzt. Wir haben Schulter an Schulter gekämpft, nicht als wären es zwei verbündete Armeen, sondern eine einzige. Und wenn ich so von England und Frankreich spreche, so vergesse ich darum gleichwohl nicht unsre andern tapferen Verbündeten; ich tue es aber deswegen, weil die französisch-englische Front eine gemeinsame ist. Jetzt finden weitere Verhandlungen zum Zweck der Ausdehnung der englischen Front statt.

Samstag war ich in London, als Kühlmann sagte, daß niemals ein Zoll deutschen Bodens abgetreten werden würde. Dies war die Fehdeansage in der elsaß-lothringischen Frage. Lloyd George gab zum erstenmal eine förmliche Erklärung ab und antwortete Kühlmann mit einer andern edelmütigen Fehdeansage, indem er erklärte: England würde an der Seite Frankreichs stehen, bis Frankreich Elsaß-Lothringen desannexioniert haben werde. Am nächsten Tage gaben die Vereinigten Staaten die gleiche Erklärung ab.

Painlevé befaßte sich sodann mit der inneren Politik und sagte: Es ist unerläßlich, daß die Gerechtigkeit unbeugsam ihren Lauf nehme. Wir sind wehrlos gegenüber der Verleumdung, aber verpflichtet, mit Hilfe des Gesetzes vom 4. August 1915 diejenigen zu verfolgen, welche die Regierung angreifen und versuchen, die Moral der Nation zu schwächen.

Darauf wurden die Verhandlungen über die allgemeine Politik durch Handaufheben geschlossen. Die Kammer lehnte sodann die von der Regierung verworfene Priorität der einfachen Tagesordnung mit 368 gegen 95 Stimmen ab, und nahm durch Handaufheben eine Vertrauenstagesordnung an.

Vorschlag eines Verständigungsfriedens.

Stockholm, 18. Oktober. (Meldung des Vertreters des Telegraphen-Korrespondenzbüros.) Heute erschien das Friedensmanifest des holländisch-skandinavischen Organisationscomités für die Stockholmer Konferenz an die zur Internationale gehörenden Parteien. Es schildert die Verheerungen des Krieges und die Notwendigkeit des Friedensschlusses, weshalb die sozialistischen Delegierten Schwedens, Norwegens, Dänemarks und Hollands die Verantwortung auf sich nehmen, mit Vorschlägen zu einem Verständigungsfrieden hervorzutreten, durch welchen der Stand vor dem Kriege korrigiert werden soll durch Lösung der Probleme, die der Ursprung der Konflikte und des Krieges waren. Territoriale Fragen wie Balkan, Polen und Trentino sollen durch den Friedensvertrag gelöst werden; doch dürfe die Lösung einer nationalen Frage den Friedensschluß nicht verzögern, wenn keine Einigung erzielt werden kann, sondern die Frage soll einer Kommission überwiesen werden, ebenso verschiedene ökonomische Fragen wie Dardanellen, Bagdad, die Interessen der Mächte in Kleinasien, in den Kolonien und die ökonomische Befreiung Persiens.

Das Comité präzisiert sodann seine Vorschläge folgendermaßen:

Allgemeine Bedingungen.

Keine Annexionen, das heißt vollständige Räumung aller in Europa und in den Kolonien besetzten Gebiete und Rückgabe dieser Gebiete an den Staat, dem sie vor dem Kriege gehört haben, im Interesse eines dauernden Friedens. Die Durchführung dieses Grundsatzes schließt keineswegs die Möglichkeit des Abschlusses freundschaftlicher Vereinbarungen über Grenzberichtigungen aus, wobei dem Willen der beteiligten Völker Rechnung getragen wird.

Keine Kontributionen! Die Durchführung dieses Grundsatzes schließt nicht die Wiedererstattung von Auflagen und Requisitionen aus, die während des Krieges entgegen den Bestimmungen der Haager Konvention durchgeführt worden sind. Wiederherstellung der verwüsteten Gebiete mittelst eines internationalen Fonds, falls dies im Interesse schwer beschädigter Staaten für notwendig erachtet worden ist.

Lösung nationaler Fragen im Sinne der Freiheit der Nationalitäten, internationale Regelung der nationalen Selbstverwaltung, deren Beobachtung durch einen internationalen Gerichtshof werde gesichert werden. Die aus verschiedenen Nationalitäten zusammengesetzten Staaten werden in Bundesstaaten umgewandelt werden. Die hauptsächlich von einer bestimmten Nationalität bewohnten Gebiete werden Distrikte bilden, die gegenüber ihrem Bundesstaat in politischer Hinsicht autonom sind, und ihre nationalen Minderheiten werden kulturelle Freiheiten genießen.

Gewährleistung der Arbeiterrechte im Sinne der Entschließungen von Leeds, Stockholm und Bern.

Allgemeine Amnestie für alle Verbrechen und Vergehen politischer Natur, die im Zusammenhang mit den Kriegsereignissen begangen worden sind.

Besondere Bedingungen.

Vollständige politische und wirtschaftliche Wiederherstellung Belgiens und kulturelle Selbstverwaltung Flanderns und Wallooniens, Wiedererstattung aller entgegen dem Völkerrecht durchgeführten Kontributionen und Requisitionen, Schätzung der von Deutschland zu zahlenden Entschädigung, deren grundsätzliche Berechtigung von der deutschen Regierung in ihrer am 4. August 1914 abgegebenen Erklärung anerkannt worden ist und die der Beurteilung des Haager Schiedsgerichtshofes wird überlassen werden können.

Lösung der Frage von Elsaß-Lothringen durch Volksabstimmung zu einem nach dem Friedensschluß zu vereinbarenden Zeitpunkt. Diese Volksabstimmung wird einheitlich oder geteilt sein können, das heißt sie wird die Gesamtheit des strittigen Gebiets umfassen oder bezirksweise durchgeführt werden können.

Wiederherstellung eines wirtschaftlich und politisch unabhängigen mit Montenegro vereinigten und aus einem internationalen Fonds wieder aufgebauten Serbiens. Dieses wird ebenso wie Bulgarien und Griechenland einen freien Zugang zum Distrikt und zum Hafen von Saloniki haben, die unter die Gerichtsbarkeit der drei Staaten werden gestellt werden. Andererseits wird den Gebietsansprüchen Bulgariens Genüge geleistet werden, indem ihm Ostmazedonien bis zum Wardar zuerkannt wird, der die Verkehrslinie Serbiens mit dem Meere bleiben wird.

Schaffung eines freien, unabhängigen Polens unter Gewährleistung seiner wirtschaftlichen Entwicklung und Selbstverwaltung der jüdischen Minderheiten und der anderen polnischen Bezirke in Oesterreich und in Deutschland, die eine möglichst weitgehende Autonomie genießen werden.

Territoriale Selbstverwaltung der Nationalitäten Rußlands im Rahmen der bundesstaatlichen Republik unter Gewährleistung der Rechte der Minderheiten. Unabhängigkeit Finnlands, das mit der russischen Republik vereint ist.

Lösung der böhmischen Frage im Sinne der Vereinigung der Tschechen, die die zu einem Bundesstaat verschmolzenen Distrikte bewohnen, mit Oesterreich-Ungarn, wo die südslavischen Völker in wirtschaftlicher Beziehung vollständige Gleichheit genießen und zu einem einzigen Verwaltungsdistrikt vereinigt sein werden. Die italienischen Gebietsteile Oesterreichs, die nicht an Italien abgetreten würden, werden kulturelle Autonomie genießen.

Politische Unabhängigkeit und wirtschaftliche Gleichberechtigung Irlands im Rahmen Großbritanniens.

Freundschaftliche Lösung der Frage Nordschleswigs durch eine Verständigung der beteiligten Staaten auf der Grundlage einer Grenzberichtigung und nach Befragung der Bevölkerung.

Unabhängigkeit und territoriale Wiederherstellung des türkischen Armeniens unter Gewährleistung seiner wirtschaftlichen Entwicklung.

Internationale Lösung des Judenproblems; persönliche Autonomie in den Distrikten Rußlands, Oesterreich-Ungarns, Rumäniens und Polens, wo die Juden in geschlossenen Massen leben, und Schutz der jüdischen Kolonisation Palästinas.

Um dem Frieden den Charakter der Dauerhaftigkeit zu geben, werden sich die vertragschließenden Parteien bereit erklären, auf der Grundlage des obligatorischen Schiedsgerichtes und der allgemeinen Abrüstung unter Beseitigung jedes wirtschaftlichen Krieges und Ausdehnung der parlamentarischen Kontrolle auf die auswärtige Politik die Gesellschaft der Nationen zu gründen. Das Comité ersucht die Parteien um eine motivierte Meinungsäußerung nach Prüfung durch die Organisationen bis zum 1. Dezember.

Schließlich spricht das Comité die Erwartung aus, daß die Sozialisten Frankreichs, Englands, Italiens und Amerikas ihre energische Aktion fortsetzen werden, um die Pässe für die Konferenz zu erlangen. Von den Sozialisten Deutschlands und Oesterreich-Ungarns erwartet das Comité, daß sie eine energische Pression auf ihre Regierungen ausüben werden zu Gunsten eines parlamentarischen demokratischen Regimes und der Präzisierung der Kriegsziele. Von den Sozialisten aller Länder wird der Kampf gegen den Annexionismus und den Imperialismus erwartet.

Kritische Stimmen.

Stockholm, 20. Oktober. (**Tel. d. Arb.-Ztg.**) Das Manifest des Holländisch-skandinavischen Comités wird als logische Folgerung des Systems aufgefaßt, das dem Fragebogen zugrunde lag, der in den Besprechungen mit den Vertretern der einzelnen Länder erörtert wurde, und es wird gleich diesem beurteilt. Kritische Stimmen meinen, daß das Comité an der wichtigsten Frage, nämlich wie die sozialistischen Parteien die Friedensaktion durchführen sollen, vorbeigeht. Ob das Einzelprogramm, das einerseits aus der Kriegskarte den Statusquo folgert, andererseits Teilkorrekturen der europäischen Karte und Aenderungen von inneren staatsrechtlichen Verhältnissen vorsieht, weiterführt als die allgemeine Formel des Arbeiter- und Soldatenrates, bezweifeln besonders jene, die darauf hinweisen, daß die Kraft der Internationale bisher nicht ausreichte, in allen Ländern die Pässe für die Delegierten nach Stockholm zu erzwingen, und daß derzeit einzig und allein die russische Demokratie, die Delegierte zur Konferenz der Ententeregierungen schickt, unmittelbar diplomatische Unterhandlungen beeinflußt. Die gute Absicht des mit Wärme vorgetragenen Manifests wird nicht bestritten, aber es ist ungewiß, ob die Destillierung einer Durchschnittsformel der Enttäuschung breiter Arbeiterkreise über diesen Schluß des ersten Abschnittes von Stockholm vorbeugen wird und die Gefahr aufwiegt, daß die Differenzen zwischen den sozialistischen Parteien der einzelnen Länder und die Differenzen innerhalb der Parteien der einzelnen Länder unterstrichen werden.

Reichspost

21./X. 1917

Der Regierungswechsel in Schweden.

Das Programm des liberal-sozialistischen Kabinetts Eden—Branting.

Stockholm, 19. Oktober. (Svenska Tel.)

Bei der Eidesablegung des neuen Ministeriums führte Staatsminister Eden über die Hauptgrundsätze der neuen Regierung aus:

Unsere erste Aufgabe wird sein, in Uebereinstimmung mit den wiederholt bekanntgegebenen Absichten der schwedischen Staatsmänner und dem klar ausgedrückten Willen des schwedischen Volkes, die unverbrüchliche, gegen alle Seiten streng unparteiische Neutralitätspolitik und die damit übereinstimmende Handelspolitik aufrechtzuerhalten. Das besondere Zusammenwirken der drei skandinavischen Reiche, das während des Krieges zustandegekommen ist, auszuführen und weitmöglichst zu entwickeln, ist unser lebhafter Wunsch. Mit aller Wärme schließen wir uns jenen Bestrebungen an, die von verschiedenen Seiten mit immer wachsender Stärke hervortreten, nach diesem weltverheerenden Kriege einen dauerhaften Frieden sowie eine internationale Rechtsordnung zu schaffen, die geeignet sein könnte, den Frieden zu sichern und den Abbau der Rüstungslasten zu ermöglichen. Selbstverständlich ist es nicht möglich, die Fragen der Beschränkung der Verteidigungsmaßnahmen unseres Landes und deren Anpassung an die Tragkraft des Volkes und die Bedürfnisse einer friedlichen Kultur während der Kriegsdauer zu erörtern, aber wir wollen nicht unterlassen, unsere Ueberzeugung auszusprechen, daß diese Fragen, wenn einmal der Krieg beendet sein wird, eingehend geprüft werden müssen unter Berücksichtigung der dann in der Welt herrschenden Verhältnisse.

Infolge der Haltung der kriegführenden Mächte gegenüber dem neutralen Handel und Verkehr sind immer größere Schwierigkeiten für die Sicherung unserer Volksernährung und die Tätigkeit unserer Industrie entstanden und die Lage ist im gegenwärtigen Augenblick sehr ernst. Sie fordert unabweisbar, daß Regierung und Volk mit vereinten Kräften nach Auswegen suchen, durch welche der Druck wenn möglich erleichtert und die Krisenzeit ohne großen Schaden überwunden werden können.

Schließlich sprach sich der Ministerpräsident für eine klare demokratische Politik auf den verschiedenen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens für verschiedene Verfassungsreformen, in erster Reihe Umgestaltung des Gemeindewahlrechts auf Grund des gleichen Wahlrechts für alle, die eine Gemeindesteuer bezahlen, Erweiterung des politischen Wahlrechts der Frauen auf derselben Grundlage wie für Männer und Revision gewisser Zensusforderungen, die bei den jetzigen Bestimmungen das Wahlrecht beschränken, aus.

Stockholm, 19. Oktober.

Das liberale Blatt „Stockholms Tidringen" verteidigt die neue Regierung gegen den Vorwurf des „Aftonbladet", daß sie entschieden ententefreundlich sei; wenn Brantings „Socialdemokraten" verlange, daß Schluß gemacht werde mit der Politik „Stramm gegen Westen und weich gegen Süden", so könne befürchtet werden, daß von dieser Seite eine Politik „Stramm gegen Süden und weich gegen Westen" gewünscht werde. Eden werde aber jede schädliche Einseitigkeit in der äußeren Politik vermeiden. Das konservative „Stockholms Dagblad" erklärt, die Rechte wolle keine illoyale Opposition gegen das linksradikale Kabinett Eden-Branting machen, obwohl dessen Zusammensetzung Besorgnis erwecke, zumal Branting in seinem Blatte bereits eine Aenderung des handelspolitischen Systems verlange.

Reichspost

21./X. 1917

Painlevé fordert erneut Elsaß-Lothringen!

Die französische Kammer für die Fortsetzung des Eroberungskrieges.

Paris, 19. Oktober. (Havas.)

In der Kammer führte Abg. Ribeyre in Begründung seiner Interpellation über die allgemeine Politik der Regierung aus, die bisher befolgte auswärtige Politik sei nicht diejenige Ribots, sondern Frankreichs. Er tadelte die Zusammenhanglosigkeit gewisser Erklärungen und schloß mit der Aufforderung an die Regierung, ihr Programm bekanntzugeben. Der Sozialist Jobert forderte gleichfalls allgemeine endgültige Erklärungen. Der Sozialistischradikale Bokanowsky beklagte sich über die allzu zahlreichen Ministerkrisen, die die Interessen des Landes schädigen. Puech erklärte, er verweigere der Regierung das Vertrauen, weil Ribot es nicht verstanden habe, die Einigkeit herzustellen und diese auch nicht mehr herstellen könne. Painlevé habe es an Festigkeit bei verschiedenen gerichtlichen Angelegenheiten fehlen lassen, namentlich in der Affäre Malvy.

Ministerpräsident Painlevé führte hierauf in Erwiderung auf die Interpellation Ribeyre und die Erklärungen anderer Redner aus:

Die Debatte muß eine Entscheidung herbeiführen, die es der jetzigen Regierung ermöglicht, sich zu vergewissern, ob die Kammer ihr Vertrauen zur Regierung weiter beibehalten werde, die ihr Werk im Sinne des Willens der Kammer fortsetzen will. Ich bin überzeugt, daß die Alliierten den Sieg in ihren Händen halten, wenn sie sich disziplinieren und alle Anstrengungen machen. Aber es sei mir erlaubt, daran zu erinnern, daß vor einem Monat eine Anzahl höchst dringlicher Fragen auftraten: unsere Ernährung, die Frage des Transportes, der Organisation unserer Front wegen der Ereignisse in Rußland und verschiedene Ausstände in gewissen Zweigen der Industrie, die sich auf den Krieg beziehen. Alle diese Probleme standen wie eine hungernde Meute der Regierung gegenüber, aber dank der Einigkeit aller Minister konnte die Regierung den sehr schwierigen Zuständen die Stirne bieten. Painlevé wiederholte darauf die Kriegsziele Frankreichs, die ausschließlich „Wiederherstellung seines Rechtes" seien. Diese Ziele seien unabhängig von dem Ausgang der Schlachten. Sie waren dieselben zu der Zeit, wo das besiegte Frankreich sich gegen die Annexion Elsaß-Lothringens aussprach. Die Rückkehr Elsaß-Lothringens zum Vaterlande, das sei das Recht! Weiter sagte Painlevé: Ich habe gesagt: Wie auch der Ausgang der Schlachten sei, wir müssen den Krieg bis zu dem Tage der Wiederkehr Elsaß-Lothringens an Frankreich weiterführen. Wir könnten nur bei entsagungsvoller Knechtschaft darauf verzichten. Wir müssen den Krieg führen mit allen Mitteln und alle Hilfsquellen der Verbündeten gemeinsam ausnützen, um diese Ziele zu erreichen, damit Elsaß-Lothringen zu Frankreich zurückkehrt.

Painlevé spielte sodann auf die Gerüchte an, welche über die Geheimsitzung in Umlauf waren, und erklärte, daß die Regierung niemals Gelegenheit gehabt habe, den Gedanken eines Sonderfriedens zurückzuweisen. Dieser hat sich niemals gezeigt.

Der Ministerpräsident wiederholte sodann den Wortlaut der ministeriellen Erklärung über die Kriegsdauer: „Nicht eine Stunde länger, aber auch keine Stunde zu früh." Alle lebendigen Kräfte Frankreichs müssen nutzbar gemacht werden und die verbündeten Nationen müssen ihre Anstrengungen dem anschließen. Unser Recht wird dann zermalmend erscheinen und der Sieg wird besonders nah sein. Wenn wir getrennt marschierten, würde das Ziel, das wir verfolgen, weit entfernt sein. Das Zusammenarbeiten unserer englischen Freunde mit uns ist genau festgelegt. Wir arbeiten zusammen und haben die ganze Macht unseres Flugwesens und unserer Artillerie eingesetzt. Wir haben Schulter an Schulter gekämpft, nicht als wären es zwei verbündete Armeen, sondern eine einzige. Und wenn ich so von England und Frankreich spreche, so vergesse ich darum gleichwohl nicht unsere anderen tapferen Verbündeten; ich tue es aber deswegen, weil die französisch-englische Front eine gemeinsame ist. Jetzt finden weitere Verhandlungen zum Zwecke der Ausdehnung der englischen Front statt. Samstag war ich in London, als Kühlmann sagte, daß niemals ein Zoll deutschen Bodens abgetreten werden würde. Dies war die Fehdeansage in der elsaß-lothringischen Frage. Lloyd George gab zum erstenmale eine förmliche Erklärung ab und antwortete Kühlmann mit einer anderen edelmütigen Fehdeansage, indem er erklärte: England würde an der Seite Frankreichs stehen, bis Frankreich Elsaß-Lothringen „desannexioniert" haben werde. Am nächsten Tage gaben die Vereinigten Staaten die gleiche Erklärung ab.

Painlevé befaßte sich sodann mit der inneren Politik und sagte: Es ist unerläßlich, daß die Gerechtigkeit unbeugsam ihren Lauf nehme. Wir sind wehrlos gegenüber der Verleumdung, aber verpflichtet, mit Hilfe des Gesetzes vom 4. August 1915 diejenigen zu verfolgen, welche die Regierung angreifen und versuchen, die Moral der Nation zu schwächen.

Darauf wurden die Verhandlungen über die allgemeine Politik durch Handaufheben geschlossen. Die Kammer lehnte sodann die von der Regierung verworfene Priorität der einfachen Tagesordnung mit 368 gegen 95 Stimmen ab und nahm durch Handaufheben eine Vertrauenstagesordnung an.

Neues Wiener Tagblatt

21/X. 1917

71

Die Räumung Petersburgs.

Petersburg, 19. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.)

Die Blätter melden: Angesichts der strategischen Lage trifft die Regierung Maßnahmen zur demnächstigen Räumung der Hauptstadt. Zu diesem Zweck wurde eine Sonderkommission gebildet. Die Regierung wird sich wahrscheinlich nach Moskau begeben und im Kreml ihren Sitz nehmen. Man glaubt, die verfassunggebende Versammlung werde gleichfalls in Moskau tagen. Die Räumung der Hauptstadt durch die Regierung und deren Organe werde im übrigen nicht in überstürzter Weise, sondern nach und nach und für den Fall unbedingter Notwendigkeit erfolgen.

Was das Vorparlament betrifft, dessen Eröffnung morgen stattfindet, wird es seine ersten Sitzungen, wie vorgesehen, in Petersburg abhalten und sodann nach Moskau verlegt werden.

Petersburg, 20. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Die Abendblätter bestätigen die Möglichkeit einer Uebersiedlung der Regierung nach Moskau. Sie stellen fest, daß diese Nachricht übrigens keinerlei Panik, noch gar Unruhe in der Bevölkerung hervorgerufen habe. Dagegen werde die Frage in revolutionären Kreisen besprochen. Im Verlaufe eines Meinungsaustausches in dieser Angelegenheit zwischen Mitgliedern der Regierung und den Vertretern der großen politischen Parteien wurde festgestellt, daß die Vertreter der revolutionären Demokratie und ganz besonders der extremsten Gruppen eine Abreise der Regierung entschieden mißbilligen.

Die „Börsenzeitung" glaubt, daß die Uebersiedlung der Regierung in der ersten Hälfte des November stattfinden werde.

Der vorläufige Rat der russischen Republik wird morgen um 2 Uhr im großen Saal des Marienpalastes seine erste Vollsitzung abhalten.

Neue Freie Presse

21./X. 1917

Befreiung „unterdrückter Völker".

Zur Friedensfrage.

Von **Zeno Graf Welsersheimb.**
K. k. Minister a. D.

Tab, 18. Oktober.

Seit dem Erscheinen der Studie „Zur Friedensfrage" im heurigen Februarheft der „Deutschen Revue" sind die dort entwickelten Folgerungen ihren Weg gegangen. In Rußland hat bereits die ausgebrochene Revolution das Oberste zu unterst gekehrt. In Italien, Frankreich, Großbritannien und Kolonien und selbst in der neuesten Kriegsgroßmacht, den Vereinigten Staaten, gärt es unter den Bevölkerungen — deren Streitkräfte nicht ausgeschlossen. In Deutschland wird um Friedensworte, in Oesterreich um nationale Friedenskarikaturen gestritten; überall regt sich die Friedensfrage und überall wird der Krieg mit den äußersten Mitteln, den blutigsten Opfern weitergeführt.

In den führenden Staaten der „Entente" sind eben die Männer noch an der Macht, die den Krieg veranstaltet und zu verantworten haben und vor einem Frieden zittern müßten, mit welchem ihren hingeopferten Völkern nur das Bekenntnis erfolgloser Täuschungen geboten würde.

Die Friedensbedingungen, die sie verkünden, sind zweierlei: einerseits tönende Phrasen von Befreiung der „unterdrückten" Nationalitäten, Staatenbildung auf rein nationaler Grundlage, Sicherung dauernden Friedens auf solcher Grundlage im freien Einverständnisse; anderseits Aneignungen für *ihre* Staaten von Gebieten gegnerischer Nationalität, wie Elsaß für Frankreich, die adriatische Nord- und Ostküste für Italien, die Verteilung der mohammedanischen Staaten und sämtlicher Kolonialgebiete von ganz Afrika und Asien unter die großen Ententemächte zur „zivilisatorischen" Ausbeutung. Nicht die Rede soll sein von dem durch England geknechteten Irland usw., von dem durch Frankreich annektierten italienischen Nizza, Korsika usw., von den in Rußland unterdrückten vielen fremden Völkern, von den seitens der Vereinigten Staaten gewaltsam gewonnenen fremdsprachigen Kontinental- und Inselgebieten, von der in diesen „freien" Staaten jetzt betriebenen Knebelung der friedliebenden Bewohner nichtenglischer Nationalität. Es wäre kein schlechter Witz, den Ententestaaten das beispielgebende Vorangehen mit wirklich freier Abstimmung über die Konstituierung aller von ihnen beherrschten Bevölkerungen vorzuschlagen. Das von der Entente erwiderte Hohngelächter wäre einmal etwas Aufrichtiges von dieser Seite.

Abgesehen davon, daß das Nationalitätsprinzip als allgemeine Grundlage der Staatenbildung von keiner Seite der Kriegführenden annehmbar wäre, gehört viel absichtliche oder bedauernswerte Unkenntnis dazu, dasselbe praktisch durchführbar hinzustellen. Im östlichen Teile Europas sind die Nationalitäten derartig vielfältig, zerwürfelt und teilweise untermengt, daß eine Staatenbildung nach Nationalitäten nicht ohne Zertrümmerung großer Reiche, Zerreißung eingelebter Verbände und natürlicher Grenzen, Vergewaltigung vieler Minoritäten möglich sein und auch dann noch zur Bildung vereinzelt lebensunfähiger Kleinstaaten, zu Spielbällen und künftigen Zankäpfeln für die herrschenden Großmächte und so erst recht zu neuen Kämpfen aller gegen alle führen würde. Nicht um Befreiung der Kleinen, sondern um Erweiterung der Herrschaft der Großen handelt es sich bei der Entente, unter welcher nach Erreichung ihrer vorläufigen Ziele bald der Kampf um die Weltherrschaft, der Weltkrieg in vervollständigter Auflage folgen würde.

Was die Ententemachthaber unter der Erlösung der kleinen Völker, unter allgemeiner Freiheit und Gerechtigkeit verstehen, zeigt die Drangsalierung, die Gewalttätigkeit, womit sie die friedlich bleiben wollenden Staaten sich dienstbar zu machen die skrupellosesten Mittel anwenden, in ihren eigenen Gebieten jeden freien Gedanken, jede Wahrheit, jede Kundgebung überall erwachter Friedenssehnsucht unterdrücken.

Um den jetzigen Weltkrieg zu entfachen und fortzuführen, hat Machtgier den Nationalismus ausgebeutet und in Siedehitze hineingepeitscht. Nur wenn nicht das Verschiedene, sondern das Gleiche der Menschen gepflegt, die Sprache als Mittel der Verständigung und nicht zur Schürung nationalistischen Dünkels, ausschließlicher Selbstsucht gebraucht wird — nur wenn nationaler Streit und Mehrbegehr *internationaler Verträglichkeit*, nutzbringender Arbeit für *höhere* materielle, moralische und geistige *Kulturziele* der fortschrittlichen Anforderung der verkehrsreichen Zeit entsprechend Platz macht, wird ein gedeihlicher, gerechter Friede zu erlangen sein.

Von diesem Standpunkte erscheint es von geringerem Interesse, ob Fetzen Landes hinüber oder herüber kommen, vielmehr von maßgebendem Interesse, ohne störende Eingriffe im wesentlichen innerhalb bestehender Staatsgebilde und zwischen denselben eine allgemein gesicherte Grundlage für gleichberechtigte unbeeinträchtigte Kulturarbeit zu schaffen.

Es sind dies nur gedrungen gefaßte Gedanken, wie deren jetzt gar viele zu hören sind, deren hundertfältige praktische Ausführung im einzelnen zu erörtern unnütze Mühe wäre, solange die Machthaber der Entente tatsächlich entgegengesetzte Ziele verfolgen. Sie pochen hiebei auf die Unerschöpflichkeit ihrer menschlichen und materiellen Ressourcen auf der ganzen Erde und auf die Macht, welche heutzutage die Monopolisierung der Presse auf die öffentliche Meinung und Erkenntnis sowie der Besitz der modernen Zerstörungswaffen über alle Massenregungen auszuüben vermag.

Allerdings hat der Reichtum an fernen Ressourcen, der rücksichtsloseste Machtgebrauch in allen Ländern nicht zu verhindern vermocht, daß die umsonst gebrachten ungeheuren Opfer und zu leidenden äußersten Entbehrungen die Lage für die Volksmassen immer unerträglicher gestalten.

In Rußland hat diese Gestaltung schon zum elementaren Umsturze, Auseinander und Untereinander geführt. Was daraus werden wird, ob, wann und wie die Geduld der anderen Völker reißen, und ob damit gleich ein allgemeiner Friede zustandekommen wird, bleibt eine Frage der Zeit; keine Frage bleibt es nur, daß die früher erwähnten widerstrebenden Ziele zu keinem gedeihlichen, dauernden Frieden führen und den von der Entente verurteilten „Militarismus" nirgends verschwinden machen könnten.

Auch im Falle endlicher Eröffnung ernster Friedensverhandlungen würde die Verwirklichung des leitenden Gedankens unzähligen Verwicklungen begegnen, wo es kaum ein Staatsgebilde auf der ganzen Erde gibt, welches nach diesem Weltkriege an der Friedensgestaltung nicht, und dabei nicht sehr verschieden interessiert wäre. Es wird dabei darauf ankommen müssen, daß die nächstbereiten gegnerischen Großmächte vorangehend sich über *ihre* Bedingungen verständigen und es den anderen überlassen, sich solcher Verständigung anzuschließen oder sonstiges zu versuchen. Auch hierin läge Machtgebrauch, ohne welchen es bei der Menschheit nicht geht, mit dem Unterschiede, daß die Macht, irrig und ungerecht gebraucht, zu unaufhörlichen Kämpfen führt oder, für die richtig erkannte menschliche Wohlfahrt eingesetzt, den Frieden auf Erden erzielt.

In der verbreitetsten Weltsprache heißt Menschheit: „mankind"; man versuche die umgekehrte Silbenfolge. . .

Fremdenblatt Abendbl. 23./X. 1917

Demissionsanbot des Kabinetts Painlevé.

K. Paris, 22. Oktober. (Meldung der Agence Havas.) Nach der Sitzung des Kabinetts am Montag begab sich Ministerpräsident Painlevé zum Präsidenten Poincaré, um ihm das Entlassungsgesuch des gesamten Kabinetts zu unterbreiten.

Präsident Poincaré erwiderte, die Kammer habe Freitag abends dem Ministerium das Vertrauen ausgesprochen und seither keine andere Meinung geäußert, er glaube deshalb, das Entlassungsgesuch nicht annehmen zu können.

Der Präsident bat Painlevé, das Gesuch zurückzuziehen. Infolge dieser Ablehnung stellten die Minister ihre Entlassungsgesuche Painlevé zur Verfügung, der die Lage prüft.

* * *

Eine englische Meldung.

K. Rotterdam, 22. Oktober. Nach dem „Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet der Pariser Berichterstatter der „Times", daß man in französischen parlamentarischen Kreisen der Ansicht sei, daß infolge der Ereignisse der letzten Woche in der Kammer sicher eine Umbildung des Kabinetts bevorstehe. Zahlreiche Stimmen, die scheinbar für das Ministerium abgegeben wurden, seien indes in Wirklichkeit gegen ein etwaiges Kabinett Clemenceau abgegeben worden.

Gr. Berlin, 23. Oktober. (Tel. d. „Fremden-Blatt".) Die „Morgenpost" meldet aus Genf: Nach einer Pariser Privatmeldung soll der Rücktritt des französischen Kabinetts unmittelbar bevorstehen. Als Nachfolger Painlevés sollen Viviani oder Barthou in Betracht kommen.

Ueber London wird ferner gemeldet, daß die sozialistische Kammerfraktion noch in dieser Woche eine geheime Sitzung zur Besprechung der Friedensfrage wünscht.

Der Abend
24./X. 1917

A 24
80

Drei Heller für den Frieden.

Das Unternehmen, das wir gestern abends unter dem Schlagwort: „Drei Heller für den Frieden" eingeleitet haben, war heute frühmorgens bereits im Gang. Als die Mitarbeiter des „Abend" heute vormittags ihren Dienst antraten, lagen bereits Dutzende von Anfragen über die Friedensabstimmung vor.

Zunächst teilten uns einige Vereine mit, daß sie die Absicht hätten, unter ihren Mitgliedern eine Werbetätigkeit für unsere Abstimmung einzuleiten. Ihre Anfrage, wie sie sich dabei zu verhalten hätten, da ihnen nicht genug vorgedruckte Abschnitte aus dem „Abend" zur Verfügung ständen, beantworten wir dahin, daß wir gerne bereit sind, solche Abstimmungszettel in Sonderabdrücken zur Verfügung zu stellen. Um das Postporto zu ersparen, können die ausgefüllten Zettel von denjenigen, die eine Werbetätigkeit entfalten wollen, gesammelt und in unserer Schriftleitung abgegeben werden.

Weiters haben sich heute die Angestellten von vier großen Betrieben, die zusammen etwa sechzigtausend Personen umfassen, mit der Frage an uns gewendet, ob es angehe, die hier in Betracht kommenden Adressen auf großen Bogen zu sammeln und dann der Schriftleitung einzusenden. Dieser Weg, die Abstimmung zu fördern, kann selbstverständlich eingeschlagen werden.

Schließlich teilen wir auf verschiedene Anfragen mit, daß wir den gestern im „Abend" enthaltenen Abstimmungszettel heute und in den nächsten Tagen bis auf weiteres wiederholen werden, um trotz Papiermangel jedem, der sich anschließen will, Gelegenheit zu einer Einsendung zu geben.

Wir bringen noch zur Kenntnis, daß wir kommenden Montag mit den Ausweisen über den Einlauf beginnen werden. Wir sind in der Lage mitzuteilen, daß die Anzahl der Einsendungen bereits heute vormittags überraschend groß war. Überraschend deshalb, weil zwischen dem Erscheinen des Aufrufes und dem Eintreffen der heutigen Zustimmungen doch nur wenige Stunden verstrichen waren.

Was bedeutet die Abstimmung?

Es ist nötig, im Anschluß an den gestrigen Aufruf noch einige Worte über die Bedeutung unserer Kundgebung zu sagen.

Die Völker Österreichs haben keinen Grund, an der aufrichtigen Friedensliebe der bei uns maßgebenden Personen zu zweifeln. Deshalb könnte eine Abstimmung wie die in unserem Blatte begonnene auf den ersten Blick überflüssig scheinen. Es muß dem entgegengehalten werden, daß sich auch bei uns in der letzten Zeit eine Strömung geltend zu machen beginnt, der ein Friede, der heute geschlossen werden könnte, nicht für vorteilhaft genug gilt. Nutznießer des Krieges der gleichen Art wie die Alldeutschen im verbündeten Reich wollen zu Nutznießern eines Friedens nach ihrem Sinne werden, für den die Millionen an der Front und im Hinterlande noch weiter bluten und darben sollen. Solche Gedankengänge treffen wir bei deutschen und slawischen Politikern an, und obwohl beide die entgegengesetzten Ziele verfolgen, eines haben sie gemeinsam: daß der Krieg noch weiterdauern, das Morden und Hungern weitergehen muß.

Diesem schändlichen, einer tiefen sittlichen Verirrung entsprungenen Bündnis entgegenzutreten, ist die Aufgabe der Bevölkerung. Sie, die nur das eine Ziel vor Augen sieht, daß der menschenunwürdige Zustand, in den sie drei Kriegsjahre versetzt haben, ein rasches Ende nehmen möge, sie hat unserer Meinung nach auch die Kraft, dieses Ziel zu erreichen, wenn sie den Weg findet, ihrem Willen kräftigen Ausdruck zu geben, so sehr, daß es für niemanden, der in diesem Staate mitbestimmt, fortan auch nur einen anderen Gedanken geben darf als den, der auf den raschen Frieden gerichtet ist.

Die Abstimmung des „Abend" soll der Anfang dieser Bewegung sein. Ein schwacher Anfang vielleicht, denn wenn sich auch ganz Wien an dieser Kundgebung beteiligt, so stehen doch die zwei Millionen der Hauptstadt neben den vielen Millionen des Reiches. Allein der Anfang muß gemacht werden. Wer zweifelt, daß das Beispiel Nachahmung finden wird?

Deshalb fehle niemand. Die Bewegung für den sofortigen Verständigungsfrieden darf keinen Tag, keinen Augenblick zur Ruhe kommen.

Die Schriftleitung des „Abend".

Neue Freie Presse

24./X. 1917

82

Eine Kriegsrede des englischen Premierministers.

Ankündigung entscheidender Beschlüsse in der Pariser Verbündetenkonferenz.

Wien, 23. Oktober.

Lloyd-George hat seinen Zuhörern in der Albert Hall die Zerstörung des Götzen von Potsdam versprochen. Er will vernichten, zerschlagen, setzt das wildeste Gesicht auf und macht die zornigsten Gebärden. Die Worte fließen wie in einem Rinnsal, aber das, wonach ganz England sich schon mehr als drei Jahre sehnt, kann er doch nicht sagen; er kann nicht mitteilen, daß die Feinde besiegt worden seien, und kann nicht mit dem Finger die Stelle auf der Karte zeigen, wo die britische Armee durchgebrochen sei und den Belgiern sowie den Franzosen die Befreiung gebracht habe. Das Poltern ist wieder nur eine Anweisung auf die Zukunft, wieder nur Prophezeiung und wieder ein Geständnis, daß England mehr als hundert Milliarden Kronen verschwendet, viele blühende Menschenleben geopfert habe ohne jedes Ergebnis in der Vergangenheit und mit dem unsicheren Hinweis auf Tage, die erst kommen sollen. Wir können uns nicht denken, daß in einem Lande, wo so viele politisch geschulte Köpfe sind und die Erziehung zum öffentlichen Leben schon seit Jahrhunderten das Urteil schärft, die Empfindung fehle, wie leer dieses Toben und Drohen sei und wie schal es wirken müsse, wenn ein verantwortlicher Staatsmann im Kriege den Ereignissen auf den Schlachtfeldern, den Berichten über die aufreibenden Kämpfe in Flandern beinahe ausweicht. Brügge ist viel näher als Potsdam. Der Götze ist an einem Punkte der Seeküste, der von den englischen Schützengräben nicht weiter entfernt ist als etwa der Monte Gabriele von Triest. Warum wirft sich Lloyd-George nicht dort auf das Ungeheuer, wo es so rasch zu packen und in der Entfernung einer Armpanne zu treffen wäre? Er verlegt bildlich den Kriegsschauplatz nach Potsdam, weil er über Flandern schweigen muß, wo die armen britischen Soldaten im Schlamme versinken und in ungezählten Massen sterben, damit ein kleiner Hügel erobert werde, wo der Boden trockener ist und der feuchte Talnebel des Winters sich ein wenig lichtet. Wenn der Premierminister einen großen Sieg hätte mitteilen können, würde er die Nachricht hinausgeschmettert haben in die Welt. Dann hätte er von der Gegenwart und nicht von den schwankenden Umrissen einer schwer bestimmbaren Zukunft gesprochen.

Wir können uns kaum entschließen, zu glauben, daß ein Volk, das immer so reich an scharfsinnigen Männern gewesen ist, nicht die Verlegenheit und die inneren Widersprüche in der aufgedonnerten Rede merken sollte. Lloyd-George will den Götzen von Potsdam zerschmettern. Das könnten wir schließlich verstehen nach einem Leipzig, Waterloo oder Sedan. Aber der Premierminister ist so stark unter dem Eindrucke des bisherigen militärischen Unvermögens, daß ihm das Geständnis entschlüpft, Deutschland werde jetzt nur zu einem Frieden bereit sein, aus dem es Nutzen ziehen würde. Die englischen Soldaten singen ein Lied: Es ist ein langer Weg nach Tipperary. Auch zum Götzen nach Potsdam, der im vierzigsten Monat des Krieges noch so mächtig ist, daß er sich von Lloyd-George nicht vorschreiben läßt, welche Grenzen die Heimat des deutschen Volkes haben solle. Wir begegnen dieser Sprunghaftigkeit in den sich gegenseitig ausschließenden Behauptungen an vielen Stellen der Rede. Der Premierminister tut so, als dürfte der Krieg nicht aufhören, bevor die Mittelmächte sich dem Befehlsfrieden der Entente unterwerfen. Er hat jedoch so wenig Gewißheit dieses Ausganges, daß er an Deutschland die Frage richtet, ob es wisse, was der Abbruch der Beziehungen zu den südamerikanischen Staaten bedeute. Wenn der Götze von Potsdam nicht sollte zerschmettert werden können, würden Brasilien und Peru ihren Kaffee, ihren Kakao und ihre Baumwolle den deutschen Kaufleuten nicht liefern. Welcher Mangel an Durchdachtheit! Deutschland kann siegen oder unterliegen. Wenn es siegen würde, könnte es gewiß Handelskriege, welche auch die Vereinigten Staaten nicht wollen, im Friedensvertrage verhindern; wenn es unterliegen sollte, würde es so zerbrochen aus dem Kampfe hervorgehen, daß die Nichtlieferung von Kaffee oder Kakao der mildeste seiner Schmerzen wäre. Wie darf jedoch Lloyd-George nach der Pose eines Menschen, der mit seiner Faust den Götzenhammer umklammert, über die Lippen bringen, daß Potsdam den Krieg überleben könnte. Wenn aus den Schauerromanen über Deutschland herausgeschält wird, was die Rede wirklich enthält, zeigt sich das Geständnis des Versagens in der Gegenwart und die Unsicherheit über die Zukunft.

Der Premierminister behauptet, die Zeit wäre für England. Das sind klatschende Redensarten ohne Gehalt und ohne Beweis in den bisherigen Erfahrungen. Er hatte schon früher die Ueberzeugung, daß die Zeit für die Entente sei und mußte vor seinen Hörern, obgleich er sie aufpeitschen wollte, bekennen, daß er meinte, hoffen zu dürfen, die schreckliche Macht werde in diesem Jahre gebrochen werden können. Nach einem solchen Irrtum, nach einer so gänzlichen Verkennung der Kräfte und bei diesem Mangel an Voraussicht will Lloyd-George wagen, die Geheimnisse der Zeit, noch bevor sie entschleiert werden, zu erraten. Er wird durch seine eigenen Worte geschlagen. Wann ist die Zeit in diesem Kriege für England gewesen? Doch nicht, als Rußland so todmüde wurde, daß ein ganzes Volk fast ausnahmslos die Umwälzung herbeisehnte und die Entente eine Millionenarmee beinahe verlor. Doch nicht, als der diplomatische Erfolg in Rumänien sich wieder nicht militärisch umsetzte und zu einer der schlimmsten Enttäuschungen führte. Doch nicht, als Italien zum Treubruche verlockt wurde und jetzt, um seine Erwartungen betrogen und voll heimlichen Grolls gegen die Verbündeten, die Erleichterung in einem Ministerwechsel sucht. Diplomatische Erfolge der Entente sind niemals militärische geworden, und auch bei der Blockade, aus der für England die Leiden des Unterseebootkrieges hervorgegangen sind, konnte die Zeit nicht bewirken, daß die Mittelmächte das Ziel eines Friedens ohne Niederlage aufgeben.

Die Rede des Premierministers hat manche Aehnlichkeit mit den Boxergeschichten, die er einst dem englischen Publikum vortrug. Aber nur äußerlich. Die Schminke der Selbstüberhebung täuscht nicht mehr und Spuren der Gedrücktheit werden erkennbar. Er weiß nicht, wie er aus so viel Hochmut den Ausweg finden solle. England verlängert den Krieg, weil es die Wechsel, die es den Verbündeten ausgestellt hat, nicht einlösen kann. Die Mittelmächte haben in den Kundgebungen des Grafen Czernin und der deutschen Staatsmänner einen gemäßigten und dauernden Frieden mit Bürgschaften für die geschützte Entwicklung der Menschheit empfohlen. Lloyd-George will noch immer durch ein Siegestor in die Zukunft einziehen. Aber die Schwächlichkeit, die er zu fühlen beginnt, kann er nicht mehr verhüllen. In dieser Beklemmung schildert er, was Amerika noch leisten werde. Wieder ist es eine Verheißung, ein Schuldschein, ein diplomatischer Erfolg, der den Sieg verschaffen soll, obgleich alle Künste der englischen Politik die Ueberwindung der deutschen Armee auf den Schlachtfeldern nicht durchsetzen konnten. Rechnet der Premierminister wirklich auf den Umschlag der Verhältnisse durch die Armee der Vereinigten Staaten? Nicht einmal das ist gewiß. Er sagt, daß in Paris die wichtigste Bündniskonferenz, die jemals abgehalten worden sei, stattfinden werde. Die Beschlüsse sollen über den Verlauf und den endgültigen Ausgang des Kampfes entscheiden. Wenn der Götze von Potsdam unbedingt zerschmettert werden müßte, könnte die Konferenz an diesem Willen nichts ändern. Es muß somit andere Möglichkeiten geben. Die Rede ist stark in Worten, aber nicht mehr so stahlhart im Kriegstrotze wie früher.

Frankfurter Zeitung

24./X. 1917

24
83

Graf Hertling über die Friedensfragen.

München, 23. Oktbr. (Priv.-Tel.) Bei der Beratung des Haushaltsplanes für das Ministerium des Aeußern in der Abgeordnetenkammer führte Ministerpräsident Graf Hertling aus:

Als ich am 28. September in der Reichsratskammer sprach, stand der Friedensappell des Papstes im Vordergrund der Betrachtung. Die Mittelmächte hatten in ihren Antwortnoten die Bereitwilligkeit ausgesprochen, in Friedensverhandlungen einzutreten. Von den Feinden hatte nur Wilson in seiner sattsam bekannten Note geantwortet. Von den anderen steht die Antwort auch heute noch aus. Wirklich näher gekommen sind wir dem Frieden, soweit wir sehen können, um keinen Schritt. Aber unverhüllter als je haben die Gegner ihre wirklichen Kriegsziele erkennen lassen. Daß England vor allem den deutschen Handel vernichten will, ist bekannt. Zu diesem längst bekannten, von Anfang an für Englands Beteiligung am Krieg bestimmenden Ziel ist nun aber noch ein anderes hinzugetreten. Wir kennen es jetzt, und die Aussagen der englischen Staatsmänner haben es jetzt bestätigt. Es ist die Wiedereroberung von

Elsaß-Lothringen.

Dazu haben sich England und ebenfalls Rußland Frankreich gegenüber verpflichtet. Darum also lassen sie Hunderttausende ihrer Söhne im vergeblichen Ansturm gegen unsere Fronten verbluten und wenden alle Kräfte auf, damit jene Provinzen, die vor mehr als zweihundert Jahren durch Betrug und Gewalt vom alten Reich losgerissen wurden, die wir 1870 in ehrlichem Kampf zurückgewonnen haben, deren Abtretung im Frankfurter Frieden ihre Bestätigung gefunden hat, deren Bewohner zu mehr als 80 Prozent nach Sprache und Abstammung Deutsche sind, ihnen zufallen. Damit ist die Maske gefallen, und das Vorgeben, es handle sich für die Alliierten darum, den deutschen Imperialismus und die Eroberungssucht Deutschlands zurückzuweisen, ist in seiner vollkommenen Haltlosigkeit und Lügenhaftigkeit offenbar geworden. Schon jetzt steht fest, daß die Schuld für die Fortsetzung des Krieges ganz und ausschließlich auf die Alliierten fällt. Deutschland kämpft um seine Existenz, für die Sicherheit seiner Grenzen, für die Freiheit seiner friedlichen Entwicklung. Sobald uns das gewährleistet wird, sind wir zum Frieden bereit, aber selbstverständlich darf kein Fußbreit deutschen Bodens preisgegeben werden. Das „Niemals", das jüngst der Staatssekretär v. Kühlmann aussprach, hat im ganzen Reiche ein tausendfaches Echo gefunden. Und so sind die Aspirationen unserer Feinde auf Elsaß-Lothringen in der Tat zu einem Haupthindernis für eine Verständigung geworden.

Daß aber daneben die beutelustigen Pläne der Entente unseren Verbündeten gegenüber noch unverändert fortbestehen, steht außer Zweifel. Wenn die Machthaber in Frankreich trotz der furchtbaren Opfer aufs neue ihre Völker durch die zur Schau getragene Siegeszuversicht aufpeitschen, so ist es die Hoffnung auf die Mithilfe Amerikas, worauf sie sich dabei stützen. Daß Amerika in den Krieg eintrat, nur damit in dem rückständigen Deutschland demokratische Ideen zum Durchbruch gelangen, das glaubt wohl auch Präsident Wilson nicht. Käme ein Sieg der Entente nur mit Hilfe Amerikas zustande, so würde dies bedeuten, daß von nun an Amerika an die Stelle Englands träte. Amerika würde mit seiner Flotte die Meere beherrschen und dem Welthandel Ziele und Grenzen weisen als Weltbankier.

„Amerika gegen Europa",

das ist der Charakter, den durch die Schuld der Entente der Kampf mehr und mehr anzunehmen droht. Und darum kämpfen die Mittelmächte und ihre Bundesgenossen nicht mehr nur für sich, sie kämpfen für die Unabhängigkeit Europas. Wenn ich damit in erster Linie der Schweiz als eines Neutralen gedenke, der sich nicht in den Kampf hineinzwingen läßt, so veranlassen mich dazu die engen nachbarlichen Beziehungen, die uns hier im Süden mit der Schweiz verbinden, und die geographische Lage, die die Schweiz ganz besonders dem feindlichen Druck aussetzt. Aber die ganz gleichen Gesinnungen erfüllen uns gegenüber den anderen Neutralen. Ein Sieg der Entente über die Mittelmächte würde die Oberherrschaft Amerikas herbeiführen. Aber zu einem solchen Siege wird es nicht kommen.

Wir haben allen Anlaß, dem schließlichen Ausgang des großen Ringens mit voller Zuversicht entgegenzusehen. Auch wirtschaftlich und in der Ernährungsfrage werden wir durchhalten. Das überaus erfreuliche Ergebnis der 7. Kriegsanleihe ist ein sprechendes Zeugnis für die unveränderte Leistungsfähigkeit und die Opferbereitschaft des deutschen Volkes. Da die Gegner militärische Erfolge nicht aufweisen können, greifen sie wieder zu den Waffen der Schmähung und Verleumdung. Bewahren wir demgegenüber eine würdevolle Zurückhaltung im Vertrauen auf die Gerechtigkeit unserer Sache und in der Hoffnung, daß die Wahrheit zum Siege gelangt.

Und wenn die Feinde es unternommen haben, sich in unsere inneren Verhältnisse einzumischen, so haben sie damit die gegenteilige Wirkung erzielt. Der plumpe Versuch Wilsons ist in Deutschland nur auf Entrüstung gestoßen. Der Wert der monarchischen Institution, der geschichtlich gewachsenen konstitutionellen Monarchie, wie wir sie in Deutschland besitzen, wird uns neuerdings ins Bewußtsein gerufen. Daß darum bei uns alles vortrefflich und nicht der Verbesserung bedürftig wäre, soll damit nicht behauptet werden. Wiederholt und an verschiedenen Stellen ist der Ruf nach einer

Neuorientierung

laut geworden und auch da und dort als berechtigt anerkannt worden. Die bayerische Staatsregierung hat es sich stets angelegen sein lassen und betrachtet es als eine ihrer wichtigsten Aufgaben, Gesetzgebung und Verwaltung den berechtigten Ansprüchen der Zeit anzupassen, wenn sie es auch andererseits ablehnen muß, an die geschichtlichen und bewährten Grundlagen des Staatswesens zu rühren. Das Erforderliche ist von der Regierung in die Wege geleitet. Ein Gesetzentwurf über Veränderungen in der Ersten Kammer ist in Vorbereitung und wird dem Landtag noch zugehen. Ich hoffe, daß es gelingen wird, hier eine befriedigende Lösung zu finden. Die Beanstandung des zur Zeit in Kraft bestehenden Wahlgesetzes für die Kammer der Abgeordneten kann sich nur auf die Wahlkreiseinteilung beziehen, die seinerzeit vom Haus selbst gewünscht wurde. Unter diesen Umständen konnte es die Staatsregierung nicht als ihre Aufgabe ansehen, ihrerseits eine neue gesetzliche Regelung vorzuschlagen, sie mußte abwarten, ob und welche Wünsche von der anderen Seite laut würden. Sollte dies der Fall sein, so wird die Regierung diese Wünsche vorurteilslos prüfen und gegebenenfalls zu zweckmäßiger Aenderung die Hand bieten. Meinungsverschiedenheiten wird es immer geben. Aber lassen wir jetzt, so lange der Krieg dauert, alle politischen Streitpunkte zurücktreten! Einigkeit und Entschlossenheit, das ist das Gebot der Stunde. Politische Meinungsverschiedenheiten auszutragen, ist nach dem Kriege Zeit. Jetzt heißt es, einmütig zusammenzustehen zu Kaiser und Reich, das ist die Parole für Fürsten und Völker, für Nord und Süd. Nur ein Wille darf das gesamte Volk beseelen: Ausharren und Durchhalten bis zu einem ehrenvollen Frieden. Nicht ein Verzichtfrieden soll es sein, nach all den furchtbaren Opfern, die gebracht wurden, kein Eroberungsfrieden, der nur die Quelle neuer kriegerischer Verwicklungen würde, sondern ein Friede, der die Gewähr der Dauer und einen auf gegenseitiger Achtung und gegenseitigem Vertrauen beruhenden Wettbewerb der Völker Europas im Wirken für Kultur und Menschheit in sich enthält.

Nach dem Ministerpräsidenten sprach der Führer der Zentrumsfraktion Abg. Held. Er sprach von dem Verhältnis Bayerns zum Reich und meinte, von dem Milliardensegen habe Bayern wenig gespürt. Held sagte: Bayern ist ärmer geworden. Darum gilt es neue wirtschaftliche Erschließungen, Förderung der Industrien und Hebung der Bodenschätze und Wasserkräfte, Ausbau der Wasserstraßen, besonders der Donau-Mainstraße, die große Gefahr läuft, wenn die Regierung nicht mit Hilfe des Reiches alle Kraft einsetzt. Die Treue zum Reich ist in Bayern ungeschmälert, aber gefordert muß werden die Einhaltung des Grundsatzes: Gleiche Pflichten, gleiche Rechte. Der Einfluß Bayerns im Reich muß gehoben werden. Ueberflüssig ist das Parteigezänke, überflüssig vor allem die Vaterlandspartei, den Zen Streit nur vermehrt, überflüssig ist auch der konfessionelle Hader. Die Frage der Neuorientierung hätte bis nach dem Kriege verschoben werden sollen im Interesse der Feldgrauen und im Interesse des inneren Friedens. Demokratisierung und Parlamentarisierung hält das Zentrum für fremde Schlagwörter. Die Fühlungnahme zwischen Regierung und Volksvertretung dürfte allerdings enger werden. Die Reform der Reichsratskammer macht das Zentrum nur mit, soweit keine Schmälerung der Kronrechte in Betracht kommt. Eine Aenderung des Landtagswahlgesetzes hält das Zentrum nicht für nötig. Der Friedensresolution des Reichstages steht auch die bayerische Zentrumsfraktion genau so gegenüber, wie es die Frankfurter Parteientschließung zum Ausdruck gebracht hat.

24./X. 1917

Graf Hertling über die politische Lage.

München, 23. Oktober. In der heutigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten gedachte der Präsident v. Fuchs zunächst des großen Erfolges der siebenten Kriegsanleihe, die den unbeugsamen Willen des einigen Volkes dartue, durchzuhalten, bis die Bahn frei ist für einen ehrenvollen Frieden.

Sodann ergriff Ministerpräsident Graf Hertling das Wort zu längeren Darlegungen der politischen Lage und führte aus: Wirklich näher gekommen sind wir dem Frieden, soweit wir sehen können, um keinen Schritt. England will vor allem den deutschen Handel vernichten. Zu diesem längst bekannten Kriegsziel kommt, wie die Aeußerungen Churchills und Asquiths bestätigen, die Wiedereroberung Elsaß-Lothringens. Sicher ist, daß nunmehr die Maske gefallen ist, und es steht fest, daß die Schuld an der Fortsetzung des Krieges ganz und ausschließlich auf die Alliierten fällt. Sobald Deutschlands Existenz, die Sicherheit seiner Grenzen und seine freie friedliche Entwicklung gewährleistet sind, sind wir zum Frieden bereit, aber selbstverständlich darf kein Fußbreit deutschen Bodens preisgegeben werden. Die Hoffnung unsrer Feinde ist die Hilfe Amerikas. Käme der Sieg der Entente mit Hilfe Amerikas zustande, so wäre dies gleichbedeutend damit, daß Amerika von nun an an die Stelle Englands tritt. Amerika gegen Europa, das ist der Charakter, den durch die Schuld der Entente der Krieg mehr und mehr anzunehmen droht. Wir haben allen Anlaß, dem schließlichen Ausgang des großen Ringens mit voller Zuversicht entgegenzusehen.

Bezugnehmend auf den Ruf nach Neuorientierung, sagte der Ministerpräsident, die bayerische Staatsregierung betrachte es als eine ihrer wichtigsten Aufgaben, die Gesetzgebung und die Verwaltung den berechtigten Ansprüchen der Zeit anzupassen. Der Gesetzentwurf über Veränderungen in der Zusammensetzung der Ersten Kammer sei in Vorbereitung und werde dem Landtage in Bälde zugehen. So lange der Krieg dauere, sollten alle politischen Streitpunkte zurücktreten. Einigkeit und Geschlossenheit ist das Gebot der Stunde. Nur ein Wille darf das gesamte Volk beseelen: Ausharren und Durchhalten, und darin werden und wollen wir uns von niemand übertreffen lassen bis zum ehrenvollen Frieden.

Fremdenblatt

Abendl
24./X. 1917

Bericht des russischen Admiralstabes.

K. Petersburg, 22. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Admiralstabsbericht vom 22. Oktober.

Im Laufe des 21. Oktober wurden bedeutende feindliche Seestreitkräfte sowie Transportschiffe vor unseren Posten im Rigaischen Meerbusen gesehen. Im Moonsund scheint der Gegner die Gewässer von den Hindernissen zu räumen, die wir geschaffen haben. Kein Seekampf im Laufe des Tages. Wir bemerkten feindliche Unterseeboote am Eingang des Finnischen Meerbusens.

Da die Unternehmungen zur See bei den Ostseeinseln beendet sind, ist es möglich, sie zusammenfassend zu schildern. Die Aufgabe unserer Flotte in dieser Gegend bestand darin, auf die ausgebauten Stellungen im Moonsund sich stützend, die Versuche des Feindes zu verhindern, sich des Rigaischen Meerbusens und des Moonsundes zu bemächtigen. Solange die deutsche Flotte bei diesem Unternehmen nur wenig bedeutende Einheiten einsetzte, wie dies im Jahre 1915 der Fall war, als sie sich auf die Entsendung zweier Dreadnoughts beschränkte, haben unsere Seestreitkräfte, obwohl damals unsere Stellung im Moonsund erst ausgebaut wurde, erfolgreich die Angriffe zurückgeschlagen und der Feind, der sich drei Tage lang im Besitz des Rigaer Golfes befand, erlitt damals so schwere Verluste, daß er sich zurückziehen mußte. Ein ähnlicher Versuch im Jahre 1916, der auch mit unbedeutenden Kräften unternommen wurde, scheiterte ebenfalls. Bei der letzten Unternehmung setzte der Feind den größten Teil seiner Flotte ein. Diese erdrückende Ueberlegenheit gestattete ihm, rasch und erfolgreich zu landen und unsere Flotte, die ihre ausgebaute Stellung verlor, hatte sich nur zu bemühen, das feindliche Unternehmen zu stören und dem Gegner ein Höchstmaß von Verlusten zuzufügen. Zu diesem Zweck lieferten wir dem Feinde eine Reihe von Gefechten, in denen wir alle uns zur Verfügung stehenden Seekampfmittel zur Geltung brachten. Das Ergebnis dieser Bemühungen war, daß der Gegner durch Minen, Tauchbootangriffe und Geschützfeuer zwei Dreadnoughts, einen Kreuzer, zwölf Torpedoboote, einen Transportdampfer und zahlreiche Minensuchschiffe verlor, die sämtlich außer Gefecht gesetzt wurden. Ihr ferneres Schicksal ist unbekannt. Wir haben nur den Verlust von sechs feindlichen Torpedobooten festgestellt, von denen zwei, die einem kleinen Typ angehören, durch das Feuer der Feldgeschütze der Abteilungen des Hauptmannes Schischko auf der Insel Moon versenkt wurden. Die anderen Torpedoboote wurden im Kampfe versenkt oder durch Minen in die Luft gesprengt. Der Rumpf des Torpedobootes Nr. 64 ragt auf der Sandbank des Kassar Wiek aus dem Wasser hervor. Außerdem versenkte unsere Küstenbatterie vier feindliche Torpedoboote. Wir verloren das Linienschiff „Slawa" und das große Torpedoboot „Grom". Unsere anderen Schiffe sind vollkommen gefechtstüchtig geblieben.

Fremdenblatt

Abendl
26./X. 1917

Rußland und die Friedensfrage.

Der Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat verlangt sofortige Verhandlungen.

K. Stockholm, 25. Oktober. Dem „Rjetsch" zufolge habe der Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat mit überwältigender Mehrheit eine Entschließung angenommen, worin der sofortige Beginn von Friedensverhandlungen als das einzige Mittel bezeichnet wird, das Rußland vor dem Untergange retten könne.

Das Vorparlament wird die Richtlinien für die auswärtige Politik feststellen.

K. Stockholm, 25. Oktober. Die neuernannten Botschafter Rußlands für Paris und Madrid, Maklakow und Stachowitsch, haben ihre Abreise aufgeschoben, bis das Vorparlament die Richtlinien für die auswärtige Politik festgestellt haben wird.

Demissionsangebot des Ministers des Innern.

K. Stockholm, 25. Oktober. Meldungen aus Petersburg zufolge hat Minister des Innern Nikitin seine Demission eingereicht, weil er von der sozialistischen Partei desavouiert wurde. Ministerpräsident Kerenski ersuchte Nikitin, auf seinem Posten zu verbleiben.

Gegen den Kongreß der Sowjets.

K. Rotterdam, 25. Oktober. „Daily News" melden aus Petersburg: Der allrussische Kongreß der Sowjets stößt auf immer stärkeren Widerstand. Anfangs weigerten sich die Bauern mit Rücksicht auf den bevorstehenden Zusammentritt der verfassunggebenden Versammlung, sich an dem Kongresse zu beteiligen. Die Soldatenvertreter, deren Macht täglich zuzunehmen scheint, haben sich gegen den Kongreß erklärt. Selbst wenn der Kongreß zustande kommen sollte, ist es sehr zweifelhaft, ob die Bolschewiki den Sieg, den sie erhoffen, davontragen werden. Es wird viel über die Gründung einer neuen gemäßigten Partei gesprochen, die sich russisch-sozialistische Arbeiterpartei nennen will.

Hamburger Fremdenblatt

26/97

26./X. 1917

Das neue Deutschland und die Sozialreform.

Die neu begründete Ortsgruppe Hamburg der Gesellschaft für Soziale Reform veranstaltete ihren ersten Vortragsabend. Herr Prof. Dr. Francke aus Berlin sprach über das neue Deutschland, das ohne Sozialreform nicht aufgebaut werden könne. Voranstellen müssen wir die Ehrenpflicht des Volkes, eine ausreichende Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und für die Kriegshinterbliebenen zu üben. Wir gehen aus diesem Kriege mit einem Volkskörper hervor, der aus 1000 Wunden blutet. Die besten und fähigsten Hände und Köpfe haben wir verloren. Da gilt es, jedes Leben das wir noch haben, zu kräftigen zu höchster Leistungsfähigkeit. Jedes Kind ist ein köstliches Gut. Darum müssen die Reichswochenhilfe beibehalten, die Säuglingspflege in umfassendem Maße geübt, die Krankenkassen, die Familienhilfe weiter ausgebaut werden. Die Wohnungsfrage muß gründlich erwogen werden. Schon hat man sich in der Hamburger Bürgerschaft ernst mit der Kleinwohnungsfrage beschäftigt und aus dem Patriotischen Hause her sind zwei Eingaben an den Senat herausgegangen, die die zu erwartende Wohnungsnot nach dem Kriege beseitigen wollen. Nicht der Prozentsatz der leerstehenden Wohnungen ist für die Frage, ob es nach dem Kriege eine Wohnungsnot geben wird, entscheidend, sondern die Art und Beschaffenheit der vorhandenen Wohnungen. Eine schlechte Wohnung ist die Wurzel allen Lasters und Verkommens der Menschen.

Wir loben die deutsche Frau, die während des Krieges die deutsche Wirtschaft aufrechterhalten hat. Aber mit welchen Opfern an Gesundheit und Kraft ist das geschehen. Es ist ein schweres Problem, wie schaffen wir die Frauen wieder aus den Berufen heraus, in denen sie während des Krieges mit der Drangabe ihrer Gesundheit gearbeitet haben. Die Arbeiterschutzgesetzgebung für Frauen und Kinder ist in der Kriegsnot vielfach durchlöchert worden. Wir haben Frauenarbeitszeit von 16, 18, 20 Stunden am Tage. Im Bergbau sind 40 bis 50 000 Frauen beschäftigt, in den Munitionsfabriken 180 000 Frauen, bei Krupp 40 bis 50 000 Frauen. Auch die Arbeiterschutzbestimmungen für die Männer müssen wieder in Kraft gesetzt werden.

Wenn die Scharen aus dem Felde zurückkehren, heißt es, sie an die richtige Stelle zu bringen. Manche Industriezweige werden zwar mit allen Händen nach Arbeitskräften greifen, andere aber werden aus Mangel an Rohstoffen noch lange darniederliegen. Da ist ein Arbeitsnachweis für Männer und Frauen, der herausgehoben ist aus der Sphäre des Kampfes zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer und von einem sachverständigen, unparteiischen Manne geleitet wird, dringend notwendig. In ganz Deutschland muß ein solcher Arbeitsnachweis einheitlich gestaltet werden. Für die kleinen selbständigen Kaufleute und Handwerker muß Reichs- oder staatliche Kredithilfe geschaffen werden.

Streiks und Aussperrung sind in den Zeiten des Wiederaufbaues unseres Wirtschaftslebens verhängnisvoll. Da müssen Schlichtungsämter, Einigungsämter, Tarifverträge, Gewerbegerichte, Schiedsgerichte, Betriebsausschüsse in Kraft treten bis zu einem Reichseinigungsamte hinauf.

Unser Wirtschaftsleben ist nur Mittel zum Zweck für unser Staats- und Kulturleben. Dieses neu zu gestalten brauchen wir die Massen als Mitwirkende. Sie sollen teil haben an Licht und Sonne, am Schönen und Wahren, an Kunst und Wissenschaft. Die wahre Gleichberechtigung muß darin herrschen. Das ist eine sittliche Forderung und zugleich der tiefste Impuls zur Wahlreform. Man spricht von der freien Bahn für den Tüchtigen. Nicht daß sie nun alle in die gelehrten Berufe hineingepreßt und die anderen Berufe ausgepowert werden sollen. Das wäre verhängnisvoll. Aber wo eine wirklich starke Begabung sich zeigt, da soll ihr der Weg offen stehen. Es wird einen schweren Kampf kosten gegen Vorurteile und Traditionen. Dieser Kampf schreckt uns nicht. Denn wir wollen das Beste des Vaterlandes durch den Aufstieg der Massen zur Verjüngung und Kräftigung unseres Volkes.

Neue Freie Presse

27/X. 1917

Barthou über die Kriegsziele Frankreichs.

Paris, 25. Oktober.

Die Agence Havas meldet: In der Kammer fragte Deputierter Augagneur in einer Interpellation nach den Gründen, die Ribot und Moutet zum Austritt aus dem Kabinett bewogen haben, und erklärte, Frankreich führe nicht einen Krieg der Eroberungen und Rache, aber es wolle seinen Sieg sich durch das Recht erstellen. Er sprach sodann über die Kriegsziele Frankreichs und fragte den Minister des Aeußern Barthou nach seinen Gedanken über die auswärtige Politik. Redner schloß: Wir glauben, daß eine Gemeinschaft der Nationen den Sieg bedeuten würde, aber eine Gemeinschaft zwischen freien und gleichberechtigten Nationen. Der Tag, an dem unsere Feinde den Gedanken des Rechtes annehmen werden, wird der Tag des Sieges sein.

Hierauf bestieg Ministerpräsident Painlevé die Tribüne und kündigte an, daß er die Debatte über die auswärtige Politik nicht wieder eröffnen werde. Das, worauf es augenblicklich in unserer Politik ankomme, sei die Rückkehr Elsaß-Lothringens zu Frankreich. Hiefür müssen wir uns schlagen und siegen. Der Ministerpräsident verlangte schließlich von der Kammer, der Regierung das Vertrauen zu votieren.

Im Laufe der Debatte ergriff der Minister des Aeußern Barthou das Wort. Er betonte zunächst die Notwendigkeit, die heilige Einigkeit aufrechtzuerhalten, und kam dann auf die Anspielung des Deputierten Moutet auf die Politik der geheimen Verträge zurück. Er anerkannte zwar die Notwendigkeit geheimer Mittel, erinnerte aber daran, daß er im Dezember 1911 es als einen anstößigen Widerspruch bezeichnet habe, daß die Demokraten, welche die freie Verfügung über ihr Geschick zu haben glaubten, durch geheime Verträge gebunden seien. Seit sieben Jahren sei Frankreich so gebunden. Das dürfe sich nicht wiederholen. Frankreich habe jetzt das Recht, alles zu wissen. Ich habe, sagte er, die furchtbare Verantwortung des Ministers des Aeußern und ich werde meiner Erklärung vom Jahre 1911 treu bleiben.

Barthou pries dann die alliierten Armeen und erklärte, die besondere Pflicht zu haben, die Einigkeit Frankreichs mit den Alliierten, welche mit Rußland harte Prüfungen erlebten, zu befestigen. Er führte die Worte Kerenskis und des russischen Kriegsministers im Vorparlament über den Willen der russischen Armee, sich wieder zu ordnen und bis zum Ende zu kämpfen, an und widersprach der Unterstellung, als hätte er nicht dasselbe Vertrauen zu der neuen russischen Armee wie zu der des Zaren. Augenblicklich leiste die russische Armee dem deutschen Vorstoß Widerstand. Der Minister stellte mit Freuden fest, daß niemand davon spreche, Rußland im Stich zu lassen, und fuhr fort: Wir sind einmütig darin, unser Vertrauen auf Rußland aufrechtzuerhalten. (Zwischenruf des Deputierten Thomas: Es braucht wirksame Hilfe!) Frankreich hatte niemals mehr Grund zu vollem Vertrauen auf den Sieg. Sobald die Vereinigten Staaten in den Kampf eintreten und mittels einer bewundernswerten Anstrengung uns Kriegsgerät und Soldaten schicken, die ihren Platz in unserer Front einnehmen werden, ist dies ein Ereignis, dessen Folgen unberechenbar sind.

In dem Augenblick, wo ich meinen Platz in der Konferenz der Alliierten einnehme, brauche ich das Vertrauen und die Sympathie der Kammer, denn wir stehen in dem Zeitpunkt des Krieges, wo — wie Lloyd-George sagte — die diplomatische Offensive Deutschlands überwacht werden muß. Unsere Soldaten und die der Alliierten brechen seine militärische Offensive, aber seine diplomatische Offensive geht mit besonderem Nachdruck weiter. Deutschland sieht darin die letzten Hoffnungen. Es hoffte, den Sieg durch den Unterseebootkrieg zu erringen, der allerdings eine Schwierigkeit war; er ist jedoch keine Todesgefahr. Auf die diplomatische Offensive beschränkt, ist Deutschland bestrebt, die Alliierten zu trennen, das Nationalgefühl jedes Volkes zu schwächen, alte Streitfragen wieder aufzurühren und die Parteien gegeneinander zu hetzen. Dieser Gefahr müssen wir die Stirn bieten. Die Konferenz der Alliierten wird Deutschlands Pläne klarlegen.

Im Innern wird die Rechtspflege ihre Pflicht bis zu Ende tun, bis zur Urteilsvollstreckung an denen, welche Frankreich verderbten und verrieten.

Barthou ging sodann auf die deutschen Kunstgriffe gegenüber den Neutralen ein.

Hinsichtlich der Kriegsziele habe er sich die Tagesordnung der Kammer vom 5. Juni zu eigen gemacht, welche die Notwendigkeit der Rückkehr Elsaß-Lothringens zum Vaterland, die Wiedergutmachung der angerichteten Schäden und die Bürgschaften betont.

Kein Zugeständnis in der elsaß-lothringischen Frage.

44 Jahre früher als die vor drei Jahren vom Feinde besetzten Departements ist Elsaß-Lothringen besetzt worden. Unter dem rechtlichen Gesichtspunkte ist dazwischen kein Unterschied. Elsaß und Lothringen sind vom Feinde besetzte Departements, die wir befreien und in ihr wahres Vaterland zurückführen müssen. So stelle ich die Erklärung des Rechtes Frankreichs der Erklärung Kühlmanns im Reichstag entgegen. Frankreich kann Deutschland kein Zugeständnis wegen Elsaß-Lothringen machen. Nein! Niemals! (Beifall.) Solange eine französische Faust die Flinte halten kann, werden wir die Unantastbarkeit des Gebietes, das wir von unseren Vätern übernommen haben, verteidigen. Elsaß-Lothringen ist Frankreichs Schild und Sinnbild seiner Einheit. (Beifall.)

Die Deutschen werden ferner die ohne militärische Notwendigkeit angerichteten Schäden in den besetzten Gebieten gutmachen müssen.

Man wird Bürgschaften gegen die Wiederholung solcher Kriege fordern müssen. Redner könne die Art dieser Bürgschaften nicht angeben. Kein Minister des Aeußern würde Genaues hierüber sagen können. Er bleibe aber der Tagesordnung der Kammer treu, welche Friedensbürgschaften durch Errichtung einer Gesellschaft der Nationen vorsieht. Wir wollen, schloß Barthou, nur unser Recht, aber das Recht muß durch die Gewalt der Waffen verteidigt werden.

Albert Thomas erklärte, den Aeußerungen Barthous über die Forderungen Frankreichs zuzustimmen. Es sei der Ruhm Frankreichs, die Politik des Rechtes unabhängig vom Los der Schlachten verkündigt zu haben. Wenn es siegreich sei, solle Frankreich den Frieden gemäß dem Grundsatze des Rechtes entsprechend seinen alten Grundsätzen diktieren.

Ministerpräsident Painlevé sagte, Frankreich fordere die Inkraftsetzung seines Rechtes und werde den Krieg mit der äußersten Kraft bis zum Siege durchführen.

Minister des Aeußern Barthou sprach sein Erstaunen darüber aus, daß Thomas etwas Bestimmtes über die Bürgschaften wissen wolle, die man fordern müsse, um den preußischen Militarismus zu zerbrechen. Die Besprechung dieser Frage würde verfrüht und gefährlich sein.

Hierauf nahm die Kammer mit 288 gegen 137 Stimmen folgende Tagesordnung Poltevin-Leon Berard an: „Im Vertrauen zu der Regierung, daß sie durch immer stärkere militärische und diplomatische Tätigkeit und immer engere Verbindung zwischen den Alliierten den endgültigen Sieg des Rechtes sichern werde, geht die Kammer zur Tagesordnung über."

Ferner nahm die Kammer einstimmig durch Zuruf folgenden Zusatzantrag von Dureil und Galli an: „Die Kammer spricht den Soldaten, die durch ihren Sieg den Triumph des Rechtes vorbereiten, ihre Dankbarkeit aus."

Nachdem die Regierung sich dieser Kundgebung angeschlossen hatte, wurde die Sitzung geschlossen.

101

28/X. 1917

Proklamation des polnischen Regentschaftsrates.

Warschau, 27. Oktober.

Der polnische Regentschaftsrat hat heute in der Kathedrale gleich nach erfolgter feierlicher Eidesleistung folgende Proklamation an die Polen erlassen:

Der Regentschaftsrat des polnischen Staates an die Nation:

Polen! Nachdem wir in der Königskathedrale zum heiligen Johannes einen feierlichen Eid geleistet haben, übernehmen wir im Namen Gottes mit Zustimmung der beiden großen Monarchen die oberste Staatsgewalt im Königreich Polen.

Wir schwuren Gott dem Allmächtigen und Dreieinigen sowie dem polnischen Volke, daß wir unsere Regierungsgewalt ausüben werden zum Wohle der Allgemeinheit, zur festen Begründung der Unabhängigkeit, der Macht, des Ruhmes, der Freiheit und des Glückes unseres polnischen Vaterlandes, zur Wahrung des Friedens und der Eintracht unter allen Bürgern des Landes.

Mit diesem Akte haben wir uns an die Spitze jener Arbeit gestellt, von der im hohen Maße die heutigen und die künftigen Geschicke des Landes abhängen.

Wir wollen die Nation ihrer staatlichen Unabhängigkeit entgegenführen auf der Grundlage der von den Monarchen der beiden Zentralmächte an den denkwürdigen Tagen vom 5. November 1916 und 12. September 1917 erlassenen Akte. Auf diesen Boden stellen wir uns mit derjenigen Loyalität, die des Ernstes und der Größe des historischen Augenblickes sowie der Ehre des polnischen Volkes würdig ist.

Diese beiden Akte von weittragender Bedeutung haben Polen einen Weg eröffnet, wie es ihm seit 120 Jahren nicht gegeben war. Wir sollen den Grund legen für einen unabhängigen mächtigen polnischen Staat mit einer starken Regierung und mit eigener Wehrmacht, wie es unsere Vergangenheit sowie die Bedeutung erfordert, welche Polen in der künftigen staatlichen Gestaltung Europas zukommen soll.

Wir sind uns bewußt, daß wir mit derselben Hand, die aufbauen soll, gleichzeitig Tränen trocknen, Wunden heilen, den Hunger abwehren und das Leid stillen müssen, die dieser Krieg mit sich brachte.

Auf Gottes Hilfe vertrauend, stützen wir den Glauben an die Wirksamkeit unserer Bestrebungen auf die schöpferische Kraft der polnischen Nation. In den schwierigsten Momenten hatte sie die Welt in Erstaunen gesetzt sowohl durch ihre Tapferkeit, deren lebendiger Beweis in diesem Kriege unsere Legionen in ihrem heldenmütigen Ringen für die polnische Sache sind, wie auch dadurch, daß sie es verstanden hat, jene staatlichen Faktoren ins Leben zu rufen, die für die gesunde und günstige Entwicklung des Volkes entscheidend sind. Diesen Faktoren aus der Aera der Verfassung vom 3. Mai des Herzogtums Warschau sowie Kongreßpolens und der späteren unglücklichen Zeit, denen die grausamen Geschicke ihre volle Entwicklung nicht gestatteten, verdanken wir es, daß wir in über hundertjähriger Knechtung die makellose Reinheit des nationalen Geistes nicht eingebüßt haben und daß wir jetzt, wo die Stunde der Gerechtigkeit schlägt, vor der ganzen Welt dastehen, gewappnet mit unerschütterlichem Rechte auf ein unabhängiges Dasein.

An diese schöpferische Kraft des ganzen Volkes wenden wir uns in diesem Augenblick: Lasset uns dem Beispiel unserer Vorfahren folgen, eingedenk unserer Treue zur katholischen Kirche, eingedenk der Toleranz, die dem polnischen Geiste stets eigen war. Aus der demokratischen Idee, die immer tiefer in die polnische Allgemeinheit dringt, möge eine gemeinsame große Tat der Anteilnahme an dem Baue des polnischen Staates erstehen. Keine Schwierigkeiten und keine Kämpfe, ohne die kein großes Werk zustandekommen kann, sollen uns abschrecken, im Gegenteil, möge dieses Bewußtsein die Kräfte verdoppeln, damit sie selbst für ein übermenschliches Ringen reichen. Möge in der Brust eines jeden Polen, der heiße, unwiderstehliche Wunsch erwachen, an der Errichtung der starken Mauern des vaterländischen Gebäudes mitzuarbeiten. Vertrauen wir, seien wir stark an Leib und Seele!

Polen! Euch alle, ohne Unterschied des Alters, des Standes und des Glaubens, fordern wir im Namen des Wohles des Vaterlandes auf zur Standhaftigkeit und zur Disziplin, zur tätigen Unterstützung des Regentschaftsrates sowie der von ihm ins Leben zu rufenden Regierung und des Staatsrates. Dich, polnisches Volk, welches seit Jahrhunderten unseren Boden bebaut, welches in Fabriken, Werkstätten und Gruben schwer arbeitet, rufen wir auf zur gemeinsamen Arbeit für das heißgeliebte Polen.

Auf der gemeinsamen Arbeit wird Gottes Segen ruhen.

Ein Erlaß des Generalgouverneurs Grafen Szeptycki.

Lublin, 27. Oktober.

Das Generalgouvernement veröffentlicht folgenden Erlaß des Generalgouverneurs an die Behörden des Generalgouvernements Lublin:

vom 18. Oktober geleistet, als ein Mitglied des anderen Hauses sich herausnahm, zu sagen, daß diejenigen, die an der Front die Hände hochgehalten haben und zum Feinde übergelaufen sind, recht gehabt hätten. (Hört! hört!)

Redner wolle nicht darüber sprechen, was nach diesen Worten unterblieben ist, was hätte geschehen sollen. Auch im Süden der Monarchie haben sich Gründer neuer Staaten gemeldet, die ebenfalls aus Gebieten unseres Staates und Teilen unserer Monarchie einen Staat neu errichten wollten. So soll unser altehrwürdiger österreichischer Staat zerstückelt und zerteilt werden. Wenn wir das Verhalten der Regierung gegenüber diesen leidenschaftlichen Bestrebungen betrachten, diese Tatenlosigkeit der berufenen Wächterin der Einheit und Unversehrtheit des Staates, so muß einem schwere Sorge um die Zukunft aufsteigen. (Zustimmung.) Es kommt einem da tatsächlich manchmal vor, als wollte unser altehrwürdiger Staat mit seiner ruhmreichen Dynastie, der jahrhundertelang so hohes Ansehen genoß, dessen Heere — die kaiserlichen — beim Freunde geehrt und beim Feinde gefürchtet waren, dieser Staat, der sich um die Zivilisation und Kultur von ganz Europa so hohe Verdienste erworben hat, müde und altersschwach sich schlafen legen.

Welchen Schaden uns diese Politik, die fortwährend mit trotzigem Ungestüm ihre Staatsgründungen verkündet, im Auslande zufügt, kommt den Herren selbst — zu ihrer Entschuldigung sei es gesagt — vielleicht nicht recht zum Bewußtsein. Und das muß gerade jetzt geschehen, wo wir, Gott sei Dank, infolge der unvergleichlichen Haltung und der großartigen Leistungen unserer Heere so weit sind, daß für die offenkundige Absicht unserer Feinde, Oesterreich zu zertrümmern, jede Aussicht auf Erfolg geschwunden ist. Wo sind dann aber die Sionswächter, die das Heiligtum schützen sollen? Welche Gründe leiten die Regierung, daß sie diesen Bestrebungen nicht energisch entgegentritt?

Wenigstens in einer Frage hätte die Regierung klar und bestimmt sprechen müssen. Sie betrifft die Idee der südslawischen Staatengründung. Redner erinnert an die Gründung der Friaulischen Mark durch die Karolinger und ihre Nachfolger und verweist auf den großen Wert des Triester Hafens, auf den Oesterreich nicht verzichten kann. Die Regierung hätte die Pflicht gehabt, klar und deutlich auszusprechen, daß sie, falls die Errichtung eines südslawi-

Fremdenblatt

102

28./X. 1917

Rücktritt des Kabinetts Boselli

K. Lugano, 27. Oktober. Der italienische Ministerrat hat gestern vormittags den Rücktritt des Kabinetts beschlossen und diesen Beschluß telegraphisch dem König im Hauptquartier und General Cadorna mitgeteilt, dem zugleich der Ausdruck vollen Vertrauens übermittelt wurde.

Der König wird zur Lösung der Kabinettskrise in Rom erwartet.

Eine Sechs-Minuten-Sitzung der Kammer.

K. **London,** 27. Oktober. Die Kammer hielt gestern eine Sitzung ab, die sechs Minuten dauerte. Ministerpräsident Boselli machte unter eisigem Schweigen des Hauses die Mitteilung, daß das Kabinett dem König die Entlassung unterbreitet habe und nur zur Erledigung der laufenden Geschäfte und zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung im Amte bleibe. Das Kabinett werde von allen ihm erteilten Vollmachten Gebrauch machen und jede Verantwortung für alle die Kriegserfordernisse betreffenden Maßnahmen übernehmen.

Der Präsident nahm diese Mitteilung entgegen und erklärte die Kammer für vertagt.

Ovationen im Senat.

Im Senate machte Boselli dieselbe Mitteilung unter Hinzufügung patriotischer Redewendungen, welche Ovationen auslösten. Er sprach auch von der feindlichen Offensive, die er als gewaltig bezeichnete, erwähnte besonders die Anwesenheit eines deutschen Heeres und erklärte, der italienische Widerstand werde andauern, solange Mut und Willenskraft ausreichen.

Senator General Depotti befürwortete die sofortige Genehmigung des Budgetprovisoriums mit Rücksicht auf die Erfordernisse der Verwaltung. Er schloß mit Worten des Vertrauens in den Sieg, wobei er auf die militärischen Vorgänge an der Westfront und auf die Treue der Alliierten hinwies.

Sodann wurde das Budgetprovisorium bis Dezember angenommen, worauf sich auch der Senat vertagte.

Enthebung italienischer Generale.

K. **Lugano,** 27. Oktober. Das römische Amtsblatt teilt die Entlassung des Generalleutnants Ugo Bursati vom Posten des ersten Generaladjutanten des Königs mit. An seine Stelle tritt Generalmajor Cittadini.

Die Generalleutnants Brusati, Zuppelli, Marciani, Cuccari, Dottone, Bonazzo, Preilli und Panizzardi wurden in Reserve gestellt. Generalleutnant Morrone wurde von seinem Kommandoposten enthoben und mit der Leitung eines Kriegsgerichtes betraut.

Wechsel auf dem Pariser Botschafterposten.

K. **Lugano,** 27. Oktober. Der italienische Botschafter in Paris Marquis Salvago Raggi hat angeblich aus Gesundheitsrücksichten seine Entlassung eingereicht. Zum italienischen Botschafter in Paris wurde Graf Bonin ernannt, der bisher Botschafter in Madrid war.

Neue Freie Presse
28./X. 1918

Die Antwort Oesterreich-Ungarns an Wilson.

Wien, 28. Oktober.

Der Minister des Aeußern Graf Andrassy hat gestern den österreichisch-ungarischen Gesandten in Stockholm beauftragt, die schwedische Regierung zu ersuchen, der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika nachstehende Antwort auf deren Note vom 18. d. zu übermitteln:

„In Beantwortung der an die österreichisch-ungarische Regierung gerichteten Note des Herrn Präsidenten Wilson vom 18. d. und im Sinne des Entschlusses des Herrn Präsidenten, mit Oesterreich-Ungarn abgesondert über die Frage des Waffenstillstandes und des Friedens zu sprechen, beehrt sich die österreichisch-ungarische Regierung zu erklären, daß sie ebenso wie den früheren Kundgebungen des Herrn Präsidenten auch seiner in der letzten Note enthaltenen Auffassung über die Rechte der Völker Oesterreich-Ungarns, speziell über jene der Czecho-Slowaken und der Jugoslawen, zustimmt.

Da sonach Oesterreich-Ungarn sämtliche Bedingungen angenommen hat, von welchen der Herr Präsident den Eintritt in Verhandlungen über den Waffenstillstand und den Frieden abhängig gemacht hat, steht nach Ansicht der österreichisch-ungarischen Regierung dem Beginn dieser Verhandlungen nichts mehr im Wege.

Die österreichisch-ungarische Regierung erklärt sich daher bereit, ohne das Ergebnis anderer Verhandlungen abzuwarten, in Verhandlungen über einen Frieden zwischen Oesterreich-Ungarn und den gegnerischen Staaten und über einen sofortigen Waffenstillstand an allen Fronten Oesterreich-Ungarns einzutreten, und bittet den Herrn Präsidenten Wilson, die diesfälligen Einleitungen treffen zu wollen."

Pester Lloyd

29./X. 1917

104

Amerika im Kriege.

Lord Cecil über die Beziehungen Amerikas zu den Verbündeten Deutschlands.

(Telegramm des Pester Lloyd.)

Berlin, 29. Oktober.

Die Morning Post meldet: Im englischen Unterhause fragte King, ob zwischen den Vereinigten Staaten und den Verbündeten Deutschlands der Kriegszustand bestehe, ferner ob zwischen der Entente und den Vereinigten Staaten irgendeine Vereinbarung über die Kriegsziele gegenüber den Verbündeten Deutschlands bestehe; und ob es wahr sei, daß der Vertreter Bulgariens noch immer in Washington geduldet werde.

Lord Robert Cecil antwortete, daß es keinerlei Kriegszielprogramm zwischen Amerika und der Entente gebe und daß die Beziehungen der Vereinigten Staaten zu Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei nicht einem Kriegszustand entsprechen. Auf die Frage, ob die Anwesenheit des bulgarischen Gesandten in Washington nicht Gelegenheit zu allerlei Verbindungen diplomatischer und politischer Natur mit dem Feinde gebe, verweigerte Cecil jede Antwort.

105

29./X. 1917

Kriegszustand zwischen Brasilien und Deutschland.

Torpedierung eines brasilianischen Dampfers.

London, 26. Oktober.

Das Reutersche Bureau erfährt, daß der brasilianische Dampfer „Xavao" in der Nähe der spanischen Küste torpediert worden sei. Der Präsident von Brasilien habe erklärt, daß Deutschland dadurch Brasilien den Kriegszustand aufgenötigt habe.

Newyork, 26. Oktober.

Das Reutersche Bureau meldet: Aus Rio de Janeiro wird gemeldet, daß die Kammer das Bestehen des Kriegszustandes mit Deutschland bestätigt habe.

Der Abend
29/X. 1917

Die Friedensabstimmung des „Abend".

Wir beginnen heute mit der Veröffentlichung der Ausweise über das Ergebnis der Friedensabstimmung.

Die bis Samstag mittags bei uns eingetroffenen und von uns gezählten Zustimmungskundgebungen erreichen die Zahl von 43.400.

Noch nicht gezählt sind Abstimmungskarten, deren Zahl 10.000 übersteigen dürfte. Überdies sind heute rund 30.000 Abstimmungskarten in Umlauf, die von freiwilligen Werbern übernommen wurden.

Davon abgesehen, hat am Samstag eine besondere Werbetätigkeit in den großen Betrieben eingesetzt, so daß zu erwarten ist, daß das Ergebnis dieser Woche das der abgelaufenen übersteigen wird.

Wir werden fortlaufend Ausweise veröffentlichen und die Abstimmung so lange fortsetzen, bis die freiwillige Werbung in der Bevölkerung abgeschlossen ist.

*

Die beispiellosen Erfolge gegen das Heer der italienischen Raub- und Großbourgeoisie machen jede Kundgebung zugunsten des Friedens noch bedeutungsvoller und steigern ihren Wert. Sie beseitigen aber auch den letzten Rest von Vorwänden und Anlaß zum Zögern. Wenn die Kriegshetzer noch vor wenigen Tagen vorspiegeln konnten, Friedenswünsche schwächen unsere Stellung, so kann solches verlogene Gerede jetzt nicht einmal mehr bei den Allerleichtgläubigsten verfangen. Heute ist der „Verzichtfrieden" — ein Wort, das Hofrat Lammasch durch seine großartigen Ausführungen im Herrenhause zu einem Ehrentitel erhoben hat — nicht mehr ein Zeichen der Schwäche, sondern im Gegenteil ein Beweis von unerschütterlicher Kraft. Bedenkt man, daß in zwei Tagen den Italienern aus den Händen geschlagen wurde, was sie in elf Schlachten mit den unerhörtesten Opfern errungen hatten, so sieht man auch dann, was der Krieg bedeutet, wenn man die Gewalt als Entschädigungsmittel gelten lassen will. Wer jetzt noch nicht einsieht, für wen alle diese unerhörten Blutopfer gebracht werden, dem ist einfach nicht zu helfen. Der Einlauf von Friedenszustimmungen steigt von Tag zu Tag, man kann sagen von Stunde zu Stunde, ein Beweis, wie die Erkenntnis allgemein geworden ist, daß alles Gekläffe und alle Verdächtigungen von rechts und links nicht imstande sind, den gesunden Sinn des Volkes irrezuführen. Es weiß, daß jede einzelne Stimme, die für den Verzichtfrieden im Sinne des Grafen Czernin, des Hofrates Lammasch und aller sittlichen Menschen abgegeben wird, ihren Wert hat und wäre es auch nur der, daß sich die Kriegsnutznießer durch steigendes Wutgeschrei vor aller Welt entlarven müssen.

Wir denken, daß mit der morgigen Post der Fünfzigtausender überschritten sein wird. Wir hoffen, daß es bald hunderttausend Stimmen sein werden. Es scheint uns, daß man dann weder mit Beschimpfungen noch mit der Überlegenheit, die ein Zitat aus dem kommunistischen Manifest verleiht, diese Kundgebung des Volkswillens wird als problematisch verkleinern oder in ihrer Bedeutung wegleugnen können.

Es ist bezeichnend, welchen Kotsumpf von Haß Neid diese Friedenskundgebung aufgerührt hat. An der Spitze marschieren natürlich die „Reichspost" und die „Ostdeutsche Rundschau". Die „Reichspost" als Beschützerin des Fürsten Karl Auersperg wirkt einfach widerlich lächerlich. Wir behandeln sie wie gewöhnlich: mit Verachtung. Nicht anders die „Ostdeutsche Rundschau", die in ihrer Sonntagsausgabe dem „Abend" den Schimpf eines Leitaufsatzes antut. Sie wirft uns so ziemlich alle Eigenschaften vor, die sie vor dem Spiegel erkannt hat.

*

Nicht ohne Bedauern stellen wir fest, daß das Wort „Antikorruptionsgeschäft", dessen sich der vorläufig noch Unbekannte der „Ostdeutschen Rundschau" bedient, auch in einer Notiz der „Arbeiter-Zeitung" vorkommt, die mit sauersüßer Miene von der Friedenskundgebung Kenntnis nimmt. Auch in Leserkreisen der „Arbeiter-Zeitung" wird man das Bedauern teilen, das wir darüber empfunden haben, die „Arbeiter-Zeitung" in Gesellschaft der „Ostdeutschen Rundschau", des Herrn Siegmund Bergmann und der „Reichspost" zu finden.

*

Dagegen ist es anerkennenswert, daß die „Arbeiter-Zeitung" gleichzeitig auch einigermaßen für Erheiterung sorgt, indem sie, gestützt auf eine Stelle im Kommunistischen Manifest (!), beweist, daß der „Abend" den konservativen und reaktionären Sozialismus vertritt.

Trotzdem sagt sie voraus, daß sich viele — mit Recht — finden werden, die dem, freilich problematischen Friedensaufruf des „Abend" mit Zustimmungsschreiben Folge leisten werden. Das vorauszusagen, war allerdings nach unserer Mitteilung, daß es 30.000 schon getan haben, nicht sehr schwer, und daß der Notizenprophet recht behielt, beweisen die Ziffern, die wir heute über den bisherigen Erfolg mitteilen können.

Des einen aber möge die „Arbeiter-Zeitung" versichert sein: Wenn sie sich entschlossen hätte, eine solche Friedenskundgebung zu veranstalten, so hätten wir sie rückhaltslos begrüßt und unterstützt und hätten uns die kleinliche Genugtuung versagt, daran hämische und verdächtigende Bemerkungen zu knüpfen, deren Unwahrheit so klar zutage liegt, daß sie auch dem, der sie geschrieben hat, bewußt sein muß.

Reichspost

Abschrift
30./X. 1917

107

Dank des Papstes an die Christlichsoziale Vereinigung.

(Drahtmeldung an die „Reichspost".)

Linz, 30. Oktober.

Der Obmann der Christlichsozialen Vereinigung deutscher Abgeordneter Landeshauptmann Prälat Hauser hat unterm 26. Oktober von der Apostolischen Nunziatur in Wien nachstehendes Schreiben erhalten:

„Hochwürdigster Herr Prälat!

Es gereicht mir zur besonderen Genugtuung, Ihnen, verehrtester Herr Landeshauptmann, die Antwort des Heiligen Vaters auf das in so edlen Worten abgefaßte Telegramm zu übermitteln, das die Christlichsoziale Vereinigung Deutscher Abgeordneter anläßlich des Friedenswerkes Sr. Heiligkeit bei Beginn der parlamentarischen Arbeiten an den Heiligen Vater gelangen ließ.

Der Heilige Vater war hocherfreut über diese vornehme Kundgebung des christlichen Volkes Oesterreichs.

Im Sinne der Herbeiführung eines dauernden Friedens zwischen den Völkern Europas, deren Bruderkampf immer schwerer auf den väterlichen Sorgen des Heiligen Vaters lastet, wünscht der Heilige Vater den Arbeiten der Vereinigung Erfolg und segensreichen Fortgang.

Gestatten, hochwürdigster Herr Prälat, den Ausdruck ausgezeichneter Wertschätzung, mit der ich zeichne als Euer Hochwürden in Christo ergebener

Theodor Valfrè di Bonzo,
Erzbischof von Trebisonda, Apostolischer Nunzius."

30./X. 1917

Völlige Zerrüttung der Armee durch die Politik. — Der Sozialismus als Staatsprogramm unmöglich!

Moskau, 28. Oktober. (Petersb. Telegr.-Ag.)

In der gestrigen Sitzung der hier tagenden Konferenz von Politikern sprachen die Generale Brussilow und Rußkij. Sie schilderten die Desorganisation der Armee und die tiefgehende stets zunehmende Erbitterung, die zwischen Soldaten und Offizieren herrsche, deren mehrere Tausend aus der Armee verjagt worden seien. Solange es Komitees und Militärkommissäre in der jetzigen Form gebe, sei die Wiederherstellung der Disziplin wenig wahrscheinlich.

Nach Abschluß der Erörterung über die Frage: Krieg oder Frieden wurde eine Entschließung angenommen, worin es heißt: „Angesichts des Eindringens der deutschen Flotte in die baltischen Gewässer und der ernsten Bedrohung Petersburgs weist die öffentliche Meinung Rußlands jeden Gedanken daran, die Sache der Verbündeten zu verraten und einen Sonderfrieden zu schließen, zurück. Die auf der Konferenz versammelten Politiker hegen das feste Vertrauen, daß das russische Volk sich genügend kräftig fühlen werde, den Krieg bis zu jenem Ergebnis zu führen, das den Interessen sowie der Ehre und Würde Rußlands entspricht."

Die Konferenz hat am Schlusse ihrer Beratungen folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die Konferenz beauftragt ihre Vertreter im Petersburger Vorparlament, bei der Regierung darauf zu bestehen, daß die Armee sofort der Politik entzogen, die Tätigkeit der Regimentsausschüsse auf einen ausschließlich wirtschaftlichen Wirkungskreis beschränkt und die Manneszucht wieder eingeführt wird, ferner daß die Macht der Zentrale und der Ortsgewalten befestigt, die öffentliche Ordnung überall durch die Verkündigung des Kriegszustandes in den von der Anarchie ergriffenen Gebieten wiederhergestellt und auf alle gefährlichen Versuche verzichtet wird, das wirtschaftliche Leben des Landes auf sozialistischen Grundsätzen aufzubauen."

Alexejew will nicht nach Paris.

Petersburg, 28. Oktober. (Petersb. Telegr.-Ag.)

Nachdem es General Alexejew abgelehnt hat, sich zu der Konferenz nach Paris zu begeben, entsendet die Regierung den Professor der Militärakademie General Golowin dahin.

Zunehmende Anarchie.

Petersburg, 29. Oktober. (Petersb. Tel.-Ag.)

Infolge der stetig zunehmenden Ordnungsstörungen ist in einer Reihe von Städten und Bezirken der Kriegszustand verkündet worden.

30./X. 1917

109

Der große Sieg und die Anerkennung für den Grafen Czernin.

Konsequenter Ausbau und Vertiefung der Bündnispolitik.

Wien, 29. Oktober.

Der Kaiser hat dem Grafen Czernin die Anerkennung für den Ausbau und für die Vertiefung der Bündnispolitik ausgesprochen. Der Minister des Aeußern hat auf dem Kriegsschauplatze gesehen, wie österreichisch-ungarische und deutsche Truppen gemeinsam einen der größten Siege aller Jahrhunderte in wenigen Tagen erfochten haben und wie einer der gefährlichsten Feinde niedergetreten wurde. Das ist Ausbau und Vertiefung der Bündnispolitik; das ist die Verschmelzung der Kampfmittel ohne Rücksicht auf die besonderen Ursachen, welche die Begehrlichkeit der Gegner reizen, und ohne Unterscheidung zwischen Straßburg und Triest. Die Kundgebung des Kaisers erzählt manche Einzelheiten über die militärischen und politischen Vorbereitungen des Stoßes gegen die italienische Armee mit den nahezu sagenhaften Erfolgen, mit den hundertdreißigtausend Gefangenen und neunhundert Geschützen. Die verbündeten Generalstäbe haben gemeinsam den Gedanken ausgearbeitet, die Voraussetzungen geschaffen und die Einzelheiten durchgeführt. Wenn deutsche Divisionen im vierzigsten Kriegsmonate nach dem Küstenlande ziehen und sich auch dort mit unseren Truppen vereinigen, so ist das eine Frage, wo die Grenzgebiete zwischen dem Feldherrn und dem Minister des Aeußern, zwischen militärischen und politischen Erwägungen sich nicht mehr genau abstecken lassen. Der Beschluß des deutschen Oberbefehls, sich unserem Heere, unseren Isonzokämpfern anzuschließen und die Italiener durch die Wucht des von ihnen verlassenen Bündnisses zu erdrücken, ist zugleich eines der wichtigsten politischen Ereignisse. Deutschland hatte naturgemäß eine Beziehung zu Italien, die von der unseren verschieden sein mußte. Beide sind durch die nationale Bewegung zu Einheitsstaaten geworden, während Graf Nigra, der frühere italienische Botschafter in Wien, nicht mit Unrecht sagte, die österreichisch-ungarische Monarchie könne mit Italien nur verbündet oder verfeindet sein. Eine solche Notwendigkeit lastete nicht auf Deutschland, und auch nach dem von Italien begangenen Verrate haben sich die Feindseligkeiten in langsamen Abschnitten entwickelt, stets mit dem sichtbaren Widerwillen, in Rom die letzte Folgerung abzuleiten und sich von der Vergangenheit gänzlich loszulösen. Erst der diplomatische Bruch, dann Eingriffe in wirtschaftliche Verträge und in das Völkerrecht, dann formelle Erklärung des Krieges und jetzt der volle Kampf, ein Durchbruch der Verbündeten wie bei Gorlice, in den siebenbürgischen Pässen und in Ostgalizien. Italien hat sich von der nordischen Welt, aus der es so viel Kraft geschöpft hatte, getrennt. Der Staatsminister Klemens Metternich hat vorausgesehen, daß es dann in die Untertänigkeit von Frankreich und England kommen werde.

Aber so wichtige Veränderungen brauchen eine ernste und, wie in der kaiserlichen Anerkennung bemerkt wird, konsequente Arbeit. Als der Minister des Aeußern Graf Czernin im jetzigen Standorte des Kaisers war und dort die verbündeten Truppen auf ihrem Siegeswege sah, als auch ihm gemeldet wurde, daß eine Schlacht geschlagen worden sei, wie sie kaum jemals seit Menschengedenken stattgefunden hat, konnte er im Rückblicke auf seine diplomatische Werktätigkeit das Bewußtsein haben, daß auch er durch den Ausbau und die Vertiefung der Bündnispolitik, durch das Ueberwinden von Hemmungen und Schwierigkeiten dieser höchsten Leistung des Krieges politisch und diplomatisch nicht fremd geblieben sei. Wir finden die Spuren der politischen Voraussetzungen des gemeinsamen Feldzuges gegen Italien leise angedeutet in der Depesche des Kaisers Karl an den Kaiser Wilhelm. Du hast in selbstloser Sachlichkeit, telegraphiert Kaiser Karl, meinem Oberbefehl eine Reihe Deiner prächtigsten Divisionen zur Verfügung gestellt. Kaiser Wilhelm hatte auch die Erkenntnis, daß an den Ufern des Isonzo die ganze Entente getroffen werden müsse. Selbstlos und sachlich hat er seine Truppen nach dem Süden geschickt, ohne irgendeine Spaltung in den politischen Interessen auch nur zu empfinden. Weil dies geschehen ist, konnte dem Grafen Czernin nachgerühmt werden, daß er das Bündnis ausgebaut und vertieft habe.

Aber nicht bloß anläßlich des jetzigen Kampfes gegen Italien. Graf Czernin ist einer der überzeugtesten Bekenner des Bündnisses. Er hat jedoch nach seiner Ernennung die Pflicht übernommen, manche Verhandlung zu führen, die künftige Gestaltungen vorbereiten soll und nicht immer leicht gewesen sein konnte. Das Bündnis, das ihm ein aus der Natur beider Ländergebiete herausgewachsenes Verhältnis, das Ergebnis der Geschichte, der Vernunft und der hundertfachen Erfahrung im Kriege ist, mußte auch in diesen Fragen ausgebaut und vertieft werden. Es liegt in der Persönlichkeit des Grafen Czernin, daß er das Verschleppen und Gehenlassen nicht leicht erträgt. Er hatte sofort das Bedürfnis, das Evangelium des Präsidenten Wilson, das jedoch nicht den Frieden, sondern den Krieg bringen sollte, in unsere diplomatische Sprache zu übersetzen. Die Menschen, die vom Schwunge seiner Rede in Budapest gefesselt waren, haben zuweilen übersehen, welche praktische Veranlagung sich darin zeigte und wie groß die Verlegenheit der Entente über den Handgriff war, mit der ihr eine Waffe entwunden worden ist. Nicht etwa, daß Graf Czernin die Gesinnung, zu der er sich bekannte, nicht vollständig in sich aufgenommen hätte. Der Diplomat braucht solche Meinungen als Zielpunkte, aber das tägliche Leben hat auch andere Bedingungen. Graf Czernin hat sich durch seine Einsicht, daß die Abrüstung nach dem Kriege unvermeidlich sein werde, nicht hindern lassen, das Bündnis mit Deutschland auszubauen und zu vertiefen, bis es zum Siege in einer der größten, in der Geschichte der Kriege beinahe einzigen Vernichtungsschlacht führte.

Wenn die Folgen des gewaltigen Ereignisses, das sich an der Grenze von Italien zugetragen hat, in einigen Worten zusammengefaßt werden sollen, möchten wir sagen: Die militärische Uebermacht der Entente ist viel geringer geworden oder vielleicht vollständig beseitigt. Seit vierzig Monaten haben die Monarchie und Deutschland beständig einen Krieg gegen erdrückende Uebermacht geführt. Was im gewöhnlichen Leben ein Wunder genannt wird, hier ist es; ein Wunder, daß wir bei diesem Mißverhältnis der Kräfte siegen und dem Feinde meistens den Kriegsschauplatz aufzwingen konnten. Italien hat nicht bloß eine Schlacht verloren. Die Beute von hundertdreißigtausend Gefangenen und neunhundert Geschützen sowie der Umsturz der Lage sind Zeugnisse, daß die Armee in dem Zustande der Verwirrung sei, der besser durch die zwei Fremdworte geschildert wird: Deroute und Debacle, wilde Flucht und Zerrüttung. Nach solchen schweren Unglücksfällen pflegt die Erholung nicht leicht zu sein und die Leistungsfähigkeit läßt sich nicht rasch auf die frühere Stufe bringen. Die Entente hat jedoch stets darauf gepocht, daß sie über eine weit größere Zahl von Menschen verfüge, durch die sich die Verluste immer wieder ersetzen ließen. Rußland hat bereits diese Grundauffassung umgeworfen und die Entente selbst war gezwungen, zu erklären, daß sie auf diesen Verbündeten nicht mehr rechne. Könnte sich diese Erfahrung nicht jetzt mit der italienischen Armee wiederholen und würde die Entente auch dann die Uebermacht haben? Mit dem Verluste der Uebermacht, die auch Präsident Wilson nicht bald wieder herstellen könnte, würde die den Krieg verlängernde Politik der Entente in einem ihrer stärksten Beweggründe zusammenstürzen. Sie kann nicht in Minderheit kämpfen und will auch nicht. An den Ufern des Isonzo hat eine Vernichtungsschlacht stattgefunden. Ein Feldzug ist verloren gegangen und die Welt hat ein anderes Gesicht. Das Bündnis, dessen Ausbau und Vertiefung retten die Menschheit.

Die Zeit Abend
30./X. 1917
D 30
110

Die Generalidee des Friedens.

Eine Aeußerung des Abg. Naumann.

= Berlin, 30. Oktober. (Priv.-Tel.)

Der Vossischen Zeitung wird aus Danzig telegraphiert:

Am Sonnabend sprach hier vor mehr als tausend Personen der Reichstagsabgeordnete Dr. Friedrich Naumann über Krieg und Frieden. Er erinnerte an das Wort des Kaisers, daß er keine Parteien mehr kenne, sondern nur Deutsche. Man solle daher auch nicht versuchen, im Vaterlande eine besondere Klasse von Menschen zu bilden, die noch patriotischer sind als die anderen. Man hätte sich im Volke mit der Entschließung des Reichstages abfinden sollen, wie man sich mit einer militärischen Maßnahme abfindet, die man auch als beschlossene Tatsache hinnehmen muß.

Um zum Frieden zu kommen, müsse eine Generalidee geschaffen werden, und diese sei zu uns gekommen durch Wilson, als er noch nicht zu unseren Feinden gehörte. Die Generalidee lautet: Keine Annexionen, keine Entschädigungen, Herstellung nationaler Einheit, Herstellung wirtschaftlicher Beziehungen, Vorbereitung internationaler Rechtszustände, Anbahnung von Rüstungsbeschränkungen. Diese Generalidee kam über die russische provisorische Regierung, über Stockholm, über Oesterreich und schließlich über Rom wieder zu uns, und die wird ihren Weg nehmen, bis er zum Frieden führt.

31/X. 1917

112

Reichsdeutsches Lob für unsere Heeresleitung.

Berlin, 30. Oktober.

G. d. J. v. Blume schreibt: „Die Italiener wurden augenscheinlich durch den Angriff überrascht. Daß dies möglich war, obgleich das Eintreffen beträchtlicher Verstärkungen, auch deutscher, hinter der Front nicht verborgen bleiben konnte, spricht wie manches andere für die vortreffliche Vorbereitung des Unternehmens, die nach Lage der Verhältnisse vorwiegend der österreich-ungarischen Heeresleitung obgelegen haben wird. Besonders wohltuend leuchtet uns aber aus dem dem Unternehmen zugrunde liegenden Gedanken und aus dem bisherigen Verlauf des Unternehmens aufs neue die innige Verschmelzung entgegen, die wie in den Lebensinteressen Oesterreich-Ungarns und des Deutschen Reiches, so auch zwischen ihren Lenkern und besonders zwischen ihren Heeren und Führern besteht. Alle vorliegenden Nachrichten sind des Lobes voll von der engen Waffenbrüderschaft, in der die deutschen und die österreich-ungarischen Truppen am Isonzo miteinander wetteifern."

Reichspost

Abend
31./X. 1917

31
Or
214

* „Drei Heller für den Frieden". Mit diesem Schlagwort, auf das nur kriegsjüdischer Mißgeschmack verfallen konnte, hat der „Abend" es unternommen, an der Friedensstimmung der Bevölkerung zu schmarotzen. Wer für den Frieden sei, solle es ihm, dem „Abend", schreiben und auf solche Weise „3 Heller für den Frieden" geben. Was der Frieden davon haben soll, wenn man auf eine Korrespondenzkarte schreibt „Ich bin für den Frieden", sie an ein Judenblatt adressiert und auf die Post gibt, ist unerfindlich. Denn der Kriegsjude Sonnino und seine Mitverschworenen in Paris und London, die einzig und allein die Fortdauer des Krieges verschulden, lassen sich durch solche „Offensiven" gewiß nicht von ihrer Beutepolitik abbringen und für den Frieden gewinnen. Aber angeblich sollen sich unter den Lesern des „Abend" tatsächlich bereits an 40.000 Gläubige gefunden haben, die an der „Abstimmung" teilnahmen und von dem braven Morgenländerblatte nun ihr großes Verdienst bestätigt erhalten, daß sie „für den Frieden" — drei Heller gegeben hätten. Hoffentlich finden sich unter den Opfern der Spekulation diesmal nur ganz wenige Christen. Ansonsten erleben wir es noch, daß dieser „billige Jakob" nächstens eine „Abstimmung" darüber veranstaltet, wer „dafür" sei, daß ihm 1000 Kilo Erdäpfel oder hundert Zentner Kohle zugeführt werden; das Ja kostet „nur drei Heller"! Uebrigens man denke das Malheur, das entstehen muß, wenn man in London, Paris, Washington usw. aus der abendlichen „Abstimmung" erfährt, daß in Oesterreich nur etliche zehntausend Menschen „für den Frieden" seien und die nur, weil der „Abend" dafür nicht mehr als „drei Heller" verlangt! Die friedliche österreichische Bevölkerung kommt durch solche Veranstaltungen spekulativer Drei Heller-Juden noch in den Geruch kriegswütiger Gesinnung. — Herr Altgraf Erich Salm schickt seine Antwort an den „Abend" an uns zur Veröffentlichung; sie lautet gemeinverständlich genug:

Der Friede, den uns der „Abend" beschert,
Ist wahrlich nicht mehr als drei Heller wert;
Und wer da für immer will ehrlos sein,
Der schreibe zum „Abend"-Frieden sich ein:
Denn wird er gemacht, für Oesterreich, wißt,
Dann wohl aller Tage Abend ist.

Ostdeutsche Rundschau

31./X. 1917

115

Der 3 Heller-Friede. Ein Leser schreibt uns: In der Canisiusgasse glaubt man einen hervorragenden Schachzug getan zu haben. Man macht sich volkstümlich — mit allen Mitteln, um jeden Preis. Die Hebräer fühlen sich — sie wagen alles. Es geht ja nicht um ihre Rasse. Was haben die Vaterlandslosen zu verlieren? Sie wuchern überall, die Sprache ist einerlei — Geschäft — Geschäft. Der „Abend" läßt großmütig über den Verzichtfrieden abstimmen! In der Canisiusgasse wird die Friedensposaune geblasen. Verzicht! Verzicht! Nur Frieden! Billiger Ruhm ist es, solcher Art eine gedankenlose Masse um sich zu locken. Daß diese Masse eine „gedankenlose" ist, beweist der Umstand, daß der „Abend" in derselben Ausgabe, in welcher der 3 Heller-Friede gepredigt wird, auch die Rede des Abgeordneten Zenker bringt, aus welcher wir erfahren, daß uns nach dem Kriege nur wenig mehr zum Leben übrig bleiben wird. Abgeordneter Zenker führt aus, daß zum Friedensbudget der kommenden Jahre die Tilgung der Kriegsschulden, deren Verzinsung, die Erhöhung der Beamtengehälter, die Kriegsinvalidenfürsorge, Witwen- und Waisenunterhalt, Wiederaufbau der zerstörten Provinzen hinzukomme, wodurch das Budget so erhöht wird, daß von dem gesamten Volkseinkommen nur ein geringer Teil für das persönliche Leben würde erübrigt werden, wodurch für den Wiederaufbau der Volkswirtschaft kaum Erhebliches werde geleistet werden können. Ist es nicht eine grenzenlose Unverfrorenheit jener Zeitungshebräer, auf der einen Seite die wenig erhebende Lage unserer Kriegsfinanzen abzudrucken und gleichzeitig einen Jammerfrieden zu predigen, der die obgenannten Zustände mit Sicherheit herbeiführen würde. Schaut das nicht so aus, als würde jene Presse mit der Gedankenlosigkeit, ich möchte fast sagen Dummheit, seiner Leser rechnet?! Muß sich nicht jeder vernünftig denkende Mensch sagen, daß dieser erbärmliche Verzichtfriede unsere Aussichten für den Friedenszustand nur zu hoffnungslosen macht. Aus der eigenen Tasche allein werden wir nicht in der Lage sein, unsere Finanzen gründlich zu bessern, wenn wir nicht jene zu E n t s c h ä d i g u n g e n zwingen, die den schrecklichsten der Kriege lang vorbereitend entfacht haben. Wir haben im Dezember 1916 die Hand zum Frieden geboten. Sie wurde abgelehnt. Seither hätte kein Wort unsererseits zum Frieden fallen dürfen. Das hätte den richtigen Eindruck auf unsere Feinde nicht verfehlt. Die Waffen ruhten vielleicht schon. Dieser 3 Heller-Friede ist für jeden wahren Deutschen n i c h t e i n e n H e l l e r w e r t!

1./XI. 1917

116

Die neuntägige Friedensandacht

vor dem Gnadenbilde U. L. Fr. mit dem geneigten Haupte im St.-Stefans-Dom.

Ueber Anordnung Sr. Eminenz des Kardinal-Fürsterzbischofs Dr. Piffl wird das volkstümliche Gnadenbild U. L. Fr. mit dem geneigten Haupte, das an dem Wendepunkte entscheidender Kriegsereignisse im Döblinger Karmeliterkloster, im Stefans-Dom und bei erhebend großartigen Bittprozessionen das ganze christliche Wien in andächtigem Bittgebet vereinigt sah, wiederum in St. Stefan zu feierlichen Verehrung ausgesetzt. In einer Reihe eindrucksvoller Andachten, die Ziel und Richtung durch den Ernst des großen Zeitaugenblicks erhalten, werden die christlichen Wiener sich um ihren Oberhirten scharen, um angesichts der herrlichen Siege unserer lorbeergekrönten Truppen am Tagliamento und im Venezianischen um den schönsten Erfolg aller Heldentaten, um den baldigen Frieden, zu beten. Am 4. November, dem Namensfeste unseres Kaisers, beginnt die neuntägige Andacht; morgen früh wird das Gnadenbild am Frauenaltar im Dom ausgestellt. Den ganzen Vormittag über werden vor demselben hl. Messen gelesen werden. Um 11 Uhr wird Kardinal Dr. Piffl ein feierliches Pontifikalamt mit Te Deum halten. Um 5 Uhr nachmittags ist am 4. November die erste Andacht vor dem Gnadenbilde, welche Andacht auch in den folgenden Tagen um dieselbe Stunde ist. Die Predigten werden am Sonntag um 6 Uhr früh, um ½3 Uhr nachmittags und ½6 Uhr abends von den f.-e. Kurpriestern Hochw. Merinsky, Dr. Resch und Kaufmann gehalten. Am 8. November wird vor dem Gnadenbild Kardinal Dr. Piffl um ½8 Uhr abends eine Männerandacht mit den christlichen Männern Wiens halten, bei welcher Domprediger Amstädter eine Ansprache an die Männer richten wird.

1./XI. 1917

118.

Das Kabinett Orlando.

Die Zusammensetzung des Kabinetts.

Lugano, 31. Oktober.

Die Agenzia Stefani meldet folgende Zusammensetzung des neuen Kabinetts: Vorsitz und Inneres: Orlando; Auswärtiges: Sonnino; Kolonien: Colosimo; Justiz: Sacchi; Finanzen: Meda; Schatz: Nitti; Krieg: Alfieri; Marine: del Buono; Munition: dall'Olio; Kriegspensionswesen und Kriegsbeihilfe: Bissolati; Unterricht: Berenini; öffentliche Arbeiten: Dari; Landwirtschaft: Miliani; Industrie und Handel: Cinfelli; Post: Fera, und Verkehrswesen: Ricardo Bianchi.

* * *

Mit der Bildung des Kabinetts Orlando hat die seit Juni dieses Jahres sich hinschleppende Krise des Ministeriums Boselli unter dem Drucke der schweren Niederlagen ein Ende gefunden. Orlando behält neben dem Vorsitz im Ministerrat sein bisheriges Portefeuille des Innern bei, wie er auch die meisten Minister unter Boselli in sein Kabinett übernimmt, in erster Linie den Minister des Aeußern Baron Sidney Sonnino, ferner Bissolati, dem das Portefeuille für Kriegspensionswesen und Kriegsbeihilfe zufällt, und den klerikalen Finanzminister Meda.

Von den neueintretenden Ministern ist die hervorstechendste Persönlichkeit der Schatzminister Nitti, der nach seinen letzten Reden in der Kammer vielfach als der kommende Mann galt. Francesco Saverio Nitti entstammt einer Professorenfamilie und wurde am 9. Juli 1868 in Melfi geboren. Er studierte die Rechte. In den neunziger Jahren und Anfang dieses Jahrhunderts lenkte er, nachdem er zum Professor der Finanzwissenschaften an der Universität in Neapel ernannt worden war, die Aufmerksamkeit auf sich durch seine Streitschriften zugunsten Süditaliens, in denen er für den Freihandel und insbesondere für die Sonderinteressen der süditalienischen Landwirtschaft eintrat. Im Jahre 1904 wurde er zum erstenmal in die Kammer gewählt und vertrat seither ununterbrochen den Wahlkreis Muro-Lucano in der Provinz Potenza. Am 31. März 1911 trat er in das neugebildete Ministerium Giolitti als Minister für Ackerbau, Industrie und Handel und trat zurück, als das Ministerium Giolitti im Jahre 1913 dem Ministerium Salandra weichen mußte. Mit Nittis Namen ist die Durchführung der Verstaatlichung der Lebensversicherungsgesellschaften verbunden, die sein Werk war und deren Plan er entworfen hat. Bis zum Kriegsausbruche war er ein Gegner des Krieges; nachträglich hat er aber die Anerkennung desselben als patriotische Pflicht erklärt.

Von den militärischen Ministern ist Kriegsminister Generalleutnant Alfieri vor kurzem erst zum Generalkommissär für die Lebensmittelversorgung ernannt worden, um nach dem Rücktritte Canepas, dem die Schuld an dem vollständigen Versagen der Verpflegung und den Hungerkrawallen in den oberitalienischen Städten, namentlich Turin, beigemessen wurde, Ordnung zu schaffen. Er hat in einer der letzten Kammersitzungen sein Programm entwickelt, das große Opfer und Entbehrungen in Aussicht stellte und in den Worten gipfelte, das italienische Volk müsse sich einrichten, möglichst viel Gefühl, aber wenig Brot zu haben.

Das Marineportefeuille behält Vizeadmiral Alberto del Buono bei, der im Juli dieses Jahres an Stelle des Konteradmirals Triangi, der wegen einer Aeußerung über das für Italien unglückliche Seegefecht in der Otrantostraße zurücktreten mußte, ernannt worden war. Das Munitionswesen bleibt der Leitung des Generalleutnants dall'Ollio anvertraut.

Reichspost

1./XI. 1917

117

— **Die Antwort des Vatikans auf die Kammerrede Sonninos über die Papstnote.** Der „Osservatore Romano" kommentiert in einem langen Artikel die Rede Sonninos. Der Papst habe den kriegführenden Mächten keinen abgeschlossenen Friedensvertrag unterbreiten wollen, den sie nur zu unterschreiben hätten. Sonnino habe die über Abrüstung und Schiedsgericht handelnden Punkte falsch aufgefaßt. Die Abrüstung werde von allen gewünscht, um die Gefahr eines neuen Krieges zu beseitigen. Aber der Heilige Stuhl habe aus Rücksicht gegen die Oberhäupter der kriegführenden Mächte nicht die Mittel angegeben zur Erreichung dieses Zieles, sondern ihnen dies selbst überlassen. Der Heilige Stuhl bezeichnet als das zweckmäßige System die gleichzeitige gegenseitige Aufhebung des obligatorischen Militärdienstes. Die von Wilson befürwortete Freiheit des Meeres habe der Heilige Stuhl ebenfalls anführen zu sollen geglaubt, den Mächten auch hierfür die Festsetzung der Normen überlassend. — Von der Zahlung der Kriegskosten und dem Ersatz der Kriegsschäden habe der Heilige Stuhl abzusehen vorgeschlagen, ausgenommen Einzelfälle. Ueber einen Frieden ohne gewaltsame Gebietsaneignung seien die Hauptstaaten einig. Die Aufzählung der drei zu räumenden Gebiete schließe nicht die Räumung auch anderer, im Verlauf des Krieges besetzter Landesteile aus. Betreffend Belgien weist der Osservatore darauf hin, daß die belgische Regierung völlig zufriedengestellt den Empfang der Papstnote angezeigt habe. Sonnino habe vom Papst eine Verurteilung der Besetzung Belgiens verlangt. Aber der Heilige Stuhl sei kein Richter, sondern Vermittler, welcher beide Gruppen zu versöhnen trachte.

Fremdenblatt

2./XI. 1917

Depeschenwechsel zwischen König Friedrich August und Kaiser Karl.

K. **Dresden**, 1. November. Zwischen König Friedrich August von Sachsen und Kaiser Karl hat folgender Telegrammwechsel stattgefunden:

„Seiner Apostolischen Majestät Kaiser und König Karl,
k. u. k. Hauptquartier.

In dem Augenblicke, wo unter Deiner herrlichen Führung Deine und deutsche Truppen unserem ehemaligen heimtückischen Verbündeten eine vernichtende Niederlage beibringen, bitte ich Dich, als Zeichen wärmster Anerkennung und innigster Freundschaft das Großkreuz meines Militär-St. Heinrich-Ordens anzunehmen, dessen Ritterkreuz Du für die Eroberung von Arsiero erhieltest. Deinem Stabschef verlieh ich das Ritter- und Komturkreuz. Ein alter, kriegserprobter General wird Dir den Orden überbringen. Gottes Gnade beschütze uns weiter.

Friedrich August."

Sr. Majestät König Friedrich August von Sachsen.

Mit besonders tiefer Rührung danke Ich Dir, lieber Oheim, für Deinen großen Freundschaftsbeweis, der Mich und Meine gesamte Armee außerordentlich ehrt. Sehr gern werde Ich Deinen Abgesandten empfangen und das Großkreuz des St. Heinrich-Ordens mit Stolz tragen. Auch die Verleihung des Ritter- und Kommandeurkreuzes an den General der Infanterie Arz ist eine Aufmerksamkeit, die nicht nur der Begnadete, sondern die gesamte Armee voll empfinden und würdigen wird.

Dein aufrichtiger Neffe Karl."

Der Abend
2./XI. 1917

126

Die Friedensabstimmung des „Abend".

Die Stimmenzahl: Letzter Ausweis 53.000, neugezählt 3200, zusammen 56.200.

Die Werbetätigkeit geht flott von statten.

Wir bitten die freiwilligen Werber, Montag mit der Einsendung der ausgefüllten Stimmkarten zu beginnen.

*

Dem fürstlichen Verleumder — gemeint ist damit der Fürst Karl Auersperg — hat sich ein Altgraf — Erich Salm ist sein voller Name — beigesellt. Der eine verleumdet, um gegen den Frieden hetzen zu können, der andere dichtet im Dienste desselben hocharistokratischen Zieles. Hier seine Verse, die die „Reichspost" — wer denn sonst? — abdruckt.

Der Friede, den uns der „Abend" beschert,
Ist wahrlich nicht mehr als drei Heller wert;
Und wer da für immer will ehrlos sein,
Der schreibe zum „Abend"-Frieden sich ein:
Denn, wird er gemacht, für Österreich, wißt,
Dann wohl aller Tage Abend ist.

Altgraf Erich Salm.

Wir haben uns vorgenommen, jeder begangener und versuchter Gemeinheit gegen die Friedensabstimmung durch Abdruck im „Abend" die Verbreitung zu geben, die ihnen die katholisch-klerikale und deutschnationale kriegshetzerische Presse nicht geben kann. Wir meinen, daß der Bevölkerung nicht deutlich genug und oft genug gezeigt werden kann, auf welcher Seite sich ihre Feinde befinden. Sie wird uns verstehen. Sich mit der Bösartigkeit und Unfähigkeit eines [illegible] auseinanderzusetzen, hat keinen Sinn. Der eine spricht vom „ehrlichen Durchhalten-Wollen", der andere erklärt jedem für ehrlos, der dem „Abend" seine Stimme für den Frieden einschickt. 50.000 Menschen, die dies bereits getan haben und die vielen Tausende, die es noch tun werden, ehrlos. Wahrlich, der adelige Herr, dessen schlechtes Deutsch und schlechte Verse wenig Fähigkeiten zeigen, besitzt eine eiserne Stirn.

Die beiden Ritter bringen uns ein Wort in Erinnerung, das im Kriege geprägt wurde und in merkwürdigem Gegensatze zu der Schneidigkeit steht, mit der sie gegen den Frieden losgehen. Viele werden schon die Bezeichnung „adelige Lagerläufer" gehört haben. Die Offiziere und Soldaten an der Front gebrauchen sie und verstehen darunter die vielen, vielen Herren mit historischen Namen, die die sicheren Plätze hinter der Front bevölkern. Die Friedensfreunde sollten sich mit ihren adeligen Feinden über die Berechtigung dieser Bezeichnung auseinandersetzen. Nachdem einmal Aufstellungen über die Beteiligung der Tschechen, der Juden, der Deutschen und Magyaren am Kriege gemacht wurden, über die Größe ihrer Blutopfer im Verhältnis ihrer Kopfzahl, warum sollte niemand mit der Aufgabe betraut werden, die Kopfzahl der österreichischen Grafen und Fürsten in ein Verhältnis zu ihren Blutopfern zu bringen, und auch ihre Beteiligung an den Kriegsanleihen im Verhältnis zu ihrem Vermögen zu berechnen? Vielleicht ist auch zu erheben, ob die gräflichen und fürstlichen Hausfrauen auf die Kopfration an Fett und Mehl angewiesen sind und ob die Fürstin Auersperg, die Erbgräfin Salm oder ihre Köchin sich um Fleisch, Milch und Erdäpfel anstellen muß. Wir denken, wenn die Erhebungen darüber abgeschlossen wären, würden Auersperge und Salme kleinlaut werden und sagen, daß sie kein Recht haben, über die Frage von Krieg und Frieden mitzusprechen. Denn über diese Dinge darf nur der reden, der auch Kriegsopfer gebracht hat. W.

*

Dies ist eine offenbare Friedenskundgebung in Sinne der päpstlichen Wünsche und Absichten. Was abe das heuchlerische aller Wiener Blätter nicht hindert, di Friedenskundgebung der freiheitlichen Wiener, die de „Abend" ganz in demselben Sinne veranstaltet, Tag fü Tag zu beschimpfen und sogar die Ehrlosigkeit des Alt grafen Erich Salm mit innigem Behagen abzudrucken Bedenkt das Blatt, wer ehrlos wäre, wenn diese Vers recht hätten?

Die „Reichspost" berichtet:

Über Anordnung Sr. Eminenz des Kardinal-Fürsterzbischofs Dr. Piffl wird das volkstümliche Gnadenbild U. L. Fr. mit dem geneigten Haupte, das an dem Wendepunkte entscheidener Kriegsereignisse im Döblinger Karmeliterkloster, im Stefansdom und bei erhebend großartigen Bittprozessionen das ganze christliche Wien in andächtigem Bittgebet vereinigt sah, wiederum in St. Stefan zur feierlichen Verehrung ausgesetzt. In einer Reihe eindrucksvoller Andachten, die Ziel und Richtung durch den Ernst des großen Zeitaugenblicks erhalten, werden die christlichen Wiener sich um ihren Oberhirten scharen, um angesichts der herrlichen Siege unserer lorbeergekrönten Truppen am Tagliamento und im Venezianischen um den schönsten Erfolg aller Heldentaten, um den baldigen Frieden zu beten. Am 4. November, dem Namensfeste unseres Kaisers, beginnt die neuntägige Andacht; morgen früh wird das Gnadenbild am Frauenaltar im Dom ausgestellt. (Folgt das Verzeichnis der kirchlichen Veranstaltungen.)

2./XI. 1917

127

Drahtungswechsel zwischen Kaiser Karl und König Friedrich August.

Dresden, 1. November. Zwischen König Friedrich August und Kaiser Karl von Oesterreich hat folgender Drahtungswechsel stattgefunden:

Seiner apostolischen Majestät dem Kaiser und König.

k. u. k. Hauptquartier.

In dem Augenblicke, wo unter Deiner herrlichen Führung Deine und deutsche Truppen unserem ehemaligen heimtückischen Verbündeten eine vernichtende Niederlage beibringen, bitte ich Dich, als Zeichen wärmster Anerkennung und innigster Freundschaft das Großkreuz meines Militär-St.-Heinrich-Ordens anzunehmen, dessen Ritterkreuz Du für die Eroberung von Arsiero erhieltest. Deinem Stabschef habe ich das Ritter- und Kommandeurkreuz verliehen. Ein alter kriegserprobter General wird Dir den Orden überbringen. Gottes Gnade beschütze uns weiter.

Friedrich August.

Kaiser Karl antwortete:

Mit besonders tiefer Rührung danke ich Dir, lieber Oheim, für Deinen großen Freundschaftsbeweis, der mich und meine gesamte Armee außerordentlich ehrt. Sehr gern werde ich Deinen Abgesandten empfangen und das Großkreuz des Heinrich-Ordens mit Stolz tragen. Auch die Verleihung des Ritter- und Kommandeurkreuzes an General der Infanterie Baron Arz ist eine Aufmerksamkeit, die nicht nur der Begnadete, sondern ebenfalls die gesamte Armee voll empfinden und würdigen wird.

Dein aufrichtiger Neffe

Karl.

Die Zeit

2./XI. 1917

130

Eine Erklärung Radoslawows.

Die Opposition im Sobranje überstimmt.

KB Sofia, 31. Oktober.
(Meldung der Bulgarischen Telegraphenagentur.)

Ministerpräsident Dr. Radoslawow beantwortete heute im Sobranje die von der Opposition eingebrachte Interpellation betreffend die Frage der Verpflegung.

Radoslawow besprach ausführlich die Unterstützung, die die Regierung der Leitung des Ernährungsdienstes unablässig habe angedeihen lassen, und wies die von den Rednern der Opposition vorgebrachten Anklagen hinsichtlich der Ausfuhr zurück, die jederzeit auf Weisung der genannten Leitung erfolge.

Der Ministerpräsident hob sodann die Vortrefflichkeit der zwischen Bulgarien und seinen Verbündeten bestehenden Beziehungen hervor, denen leichtfertige Anklagen nur schaden könnten, und versicherte, daß das Land keinen Mangel an Lebensmitteln leiden werde, solange der Krieg, den es zur Erreichung seiner nationalen Einheit führe, dauern werde.

Im Laufe seiner Erklärungen erwähnte Dr. Radoslawow auch beiläufig das Manifest des holländisch-skandinavischen Komitees, das er mit Entrüstung über die dem bulgarischen Volk angetane Unbill zurückwies. Die bulgarische Nation hege festes Vertrauen in einen günstigen Ausgang ihrer Sache.

Da die Interpellanten erklärten, daß sie von der Antwort des Ministerpräsidenten wegen seines Schweigens über die nach ihrem Dafürhalten für die Debatte wichtigsten Fragen nicht befriedigt seien, wurde zur Abstimmung über die vorliegenden Tagesordnungen geschritten und die von der Regierung genehmigte einfache Tagesordnung mit Stimmenmehrheit angenommen.

Das Abstimmungsergebnis wurde auf den Bänken der Mehrheit mit lebhaftem Beifall begrüßt.

Arbeiterzeitung
2./12. 1917

Die Pazifistenkonferenz in Bern.

Professor Dr. Ritter v. Laun schreibt uns: In dem Bericht der Arbeiter-Zeitung vom 25. November über die Pazifistenkonferenz in Bern hat sich ein Irrtum eingeschlichen, den ich bitte gütigst berichtigen zu wollen. Es heißt dort nicht ganz genau, daß ich in meinem Referat die Schaffung eines internationalen Schiedsgerichtshofes zum Schutze der nationalen Minderheiten und die Gewährung eines Klagerechtes an die natipnalen Minderheiten empfohlen habe. Da wir in Bern mit Rücksicht auf das Fernbleiben der Mitglieder aus den Ententeländern keine Beschlüsse faßten, sondern die Auffassung der Versammlung nur in den Schlußworten der Referenten zum Ausdruck brachten, so waren auch meine Ausführungen in meiner letzten Rede vom 21. November nicht nur als meine Privatmeinung, sondern auch als die Meinung der Versammlung zu betrachten, so daß ich die vorliegende Bitte um Berichtigung nicht lediglich in meinem, sondern im Namen der Berner Versammlung an Sie richten zu dürfen glaube.

Tatsächlich waren alle darüber einig, daß der erhoffte künftige Ausbau einer internationalen überstaatlichen Organisation auch den Schutz der nationalen Minderheiten durch internationale Gerichte und die Ausstattung dieser Minderheiten mit Klagerechten werde umfassen müssen. Nicht einig waren wir jedoch in der taktischen Frage, ob dies schon heute oder erst in einem späteren Zeitpunkt zu fordern sei. Auf der Konferenz in Christiania im Juni 1917 hatte ich mich energisch für die letztere Alternative eingesetzt, da man die Werbekraft unserer Ideen ernstlich gefährde, wenn man Forderungen aufstelle, die heute noch unrealisierbar seien. Außer diesem taktischen hatte ich ein sachliches Argument geltend gemacht, daß nämlich die Frage nur im Zusammenhang mit der Schiedsgerichtsbarkeit in ihrem ganzen Umfang gelöst werden könne, daß es nicht angehe, für jede Rechtsmaterie besondere Schiedsgerichte zu fordern. Die Konferenz von Christiania hatte sich diesen Einwendungen angeschlossen und die beiden Forderungen vorläufig zurückgestellt. In Bern wies ich nun in taktischer Beziehung darauf hin, daß, wenigstens auf der Seite der Zentralmächte, durch die Friedensresolution des deutschen Reichstages, die Antworten auf die Papstnote und die Rede des Grafen Czernin vom 2. Oktober die Entwicklung rascher fortgeschritten sei, als wir es in Christiania im Juli zu hoffen gewagt hatten, daher bestehe über die taktische Frage nicht mehr jene frühere Einhelligkeit. Dagegen sei die vorgebrachte sachliche Einwendung derzeit noch immer von aktueller Bedeutung und die ganze Frage daher noch nicht völlig spruchreif. Dem hat sich die Versammlung angeschlossen.

Das Problem wird den Gegenstand weiterer Studien der Organisation centrale pour une paix durable bilden.

Neue Freie Presse

2./XII. 1917

132

Ein Vorwort zu den Delegationen.

Mein Standpunkt in der Friedensfrage.

Von **Graf Julius Andrassy.**
Kgl. ungar. Minister a. D., k. u. k. Geheimer Rat.

Budapest, 1. Dezember.

Ich habe bereits mehrfach ausgeführt, daß ich in auswärtigen Angelegenheiten kein Freund prinzipieller Gebundenheit bin, namentlich wenn die Regierungen sich zu Friedensverhandlungen rüsten, um die ihnen anvertrauten bedeutsamen und beziehungsreichen Interessen gegenüber den gleichfalls vielfachen, uns aber im vorhinein unbekannten Ansprüchen und Forderungen des Gegners zu vertreten. Unter solchen Umständen ist eine vollkommen freie Hand am vorteilhaftesten. Die Situation eines Spielers, der seine Karten auf den Tisch legen muß, ist demjenigen gegenüber, der das Geheimnis seiner Karten zu wahren vermag, schwach. Namentlich kann ich, wie ich bereits mehrfach wiederholt habe, den prinzipiellen Standpunkt nicht billigen, daß wir kein Recht zu Eroberungen hätten, kein Recht hätten auf die Forderung nach Entschädigung der ungeheuren Opfer, die wir im Kriege bringen mußten. Unsere Gegner haben sich ihre Hände nicht gebunden. Sie kämpfen auch heute noch um Eroberungen. Ihre früher geschlossenen und nun veröffentlichten Verträge erbringen den Beweis, wie zynisch und wie frei von allem Prinzipiellen sie unsere Gebiete aufgeteilt hätten, wenn sie gesiegt hätten. Wenn sie gesiegt hätten, wären sie mit uns auf das grausamste verfahren und hätten nach Willkür über unsere Länder verfügt. Aus diesen Gründen haben auch wir das moralische Recht auf Eroberung und auf die Forderung einer Entschädigung.

Es ist die Frage der Opportunität, ob wir von diesem Gebrauch machen sollen. Es hängt auch von der militärischen Lage und von den politischen Umständen ab. Keinesfalls war die Eroberung unser Ziel. Unser Ziel war ausschließlich die Verteidigung, und ich kann mir recht wohl einen Frieden vorstellen, in dem Oesterreich-Ungarn nichts erobert und der dennoch für uns annehmbar wäre. Aber das eine könnte ich nicht billigen, wenn unsere Friedensdelegierten mit gebundener Marschroute zum grünen Tisch schreiten würden und wenn wir die Möglichkeit der Eroberung grundsätzlich verurteilen würden. Es wäre ein großer Fehler, ja sogar eine Festlegung, eine Unmöglichkeit, wenn wir uns dem Statusquo, der vor dem Kriege bestanden hat, verpflichten würden. Dies hätte nicht einmal eine friedenssichernde Wirkung, denn der Weltkrieg in allen seinen Schrecken ist ja entgegen dem Statusquo oder gerade wegen des Statusquo ausgebrochen. In seinen einzelnen Teilen läßt sich dieser gar nicht aufrechterhalten, die Frage ist bloß die, ob er durch unsere oder durch die Eroberungen unserer Verbündeten in sich zusammenfalle, So ist es beispielsweise klar, daß man Serbien nach dem Kriege in seiner alten Ausdehnung nicht wiederherstellen kann.

Unseren Entschluß, nichts zu erobern, auf eine solche prinzipielle Höhe emporheben zu wollen, die eventuell eine Verurteilung jener Forderungen unserer Verbündeten bedeuten würde, mit denen wir uns identifizieren, wäre weder eine aufrichtige noch eine zweckmäßige Politik. Es ist möglich, daß einer unserer Gegner derzeit ein solches Gebiet besetzt hält, das er nicht zurückgeben will, in dessen Eroberung wir aber ohne Gefährdung unserer Interessen einwilligen könnten, da ein Anspruch auf militärische Zurückerwerbung dieses Gebietes verhältnismäßig viel Blut und Schwierigkeiten kostet. Können wir ein solches Gebiet anders befreien, wie durch den Entschluß, daß wir, ohne uns durch prinzipielle Erklärungen zu binden, als Kompensation für die in der Hand des Gegners befindlichen Gebiete entsprechende Teile seines Gebietes behalten?

Der österreichische Ministerpräsident machte gestern wichtige außerpolitische Aeußerungen, die mich zum großen Teile beruhigten, weil sie so elastisch sind, daß sie aufrecht erhalten, worauf ich auf Grund der obigen Ausführungen so großes Gewicht lege: nämlich unsere freie Hand.

Der österreichische Ministerpräsident bietet vorerst den Verständigungsfrieden im allgemeinen bloß für jetzt an, ausschließlich jenen gegenüber, die jetzt die Aufforderung Rußlands annehmen. Er behält sich aber vollkommen freie Hand gegenüber denjenigen Staaten, die sich derzeit dem Angebote Rußlands nicht anschließen und uns zur Fortsetzung des Krieges zwingen. Er behält sich die Möglichkeit und das Recht vor, sie für ihren Starrsinn und das weitere Blutvergießen zu bestrafen.

Diese Erklärung ist die konkrete Anwendung des richtigen Prinzips, das in der Budapester Rede des Grafen Czernin vom 2. Oktober angedeutet war. Eine Beschränkung der Gebundenheit sehe ich auch darin nicht, daß der österreichische Ministerpräsident ausspricht, daß wir kein Gebiet erwerben wollen. Er bindet sich nicht an die Aufrechterhaltung des Status quo ante selbst, sondern erklärt bloß, daß wir keine Vergewaltigung anstreben. Dies schließt nicht aus, daß wir solche Gebiete erwerben, deren Bewohner hierin keine ihnen angetane Vergewaltigung erblicken.

Die Definition des österreichischen Ministerpräsidenten bildet dermaßen keine starre Schranke, verteidigt nicht ungedeckt den Statusquo, hält unsere Aktionsfreiheit aufrecht, mit der wir hoffentlich unser Dasein schützen können.

Was ich indessen aus ganzem Herzen verlange und was auch meiner Ueberzeugung entspricht, ist der Umstand, daß seiner Ansicht nach jede unserer Handlungen darauf basieren muß, daß wir keine solchen Faits accomplis schaffen, nicht solche Eroberungen machen, welche die Versöhnung und den späteren ständigen Frieden verhindern und die voraussichtlich wie ein Stachel in der Seele unserer gegenwärtigen Feinde bleiben würden, mit denen wir die Vorbedingungen der vollkommenen Aussöhnung und des harmonischen Zusammenwirkens sichern müssen.

Ich füge noch als meine eigene Ansicht hinzu, daß wir uns unter allen Umständen auch vor solchen Eroberungen hüten müssen, die eine erhebliche Menge feindlicher Elemente dem Lande einverleiben und uns nicht stärken, sondern schwächen würden. Eine Verbesserung unserer strategischen Grenzen aber müssen wir anstreben.

Freudenblatt

3./XI. 1917

Miljukow gegen das Friedensprogramm des Sowjets.

K. Petersburg, 2. November. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Im Vorparlament eröffnete Miljukow unter großer Unruhe die Debatte über die Erklärungen des Ministers des Aeußern Tereschtschenko. Bezüglich der Instruktionen des Arbeiter- und Soldatenrates für seinen Vertreter im Auslande erklärte er, daß dieses Schriftstück die Leitsätze des Stockholmer Manifestes wiederhole, aber utopisch übertrieben und zum Vorteile der Interessen Deutschlands. (Heftiger Lärm.) Nur Träumer könnten meinen, daß der Weg zum Frieden nicht über den Sieg, sondern über die Erhebung der Arbeitermassen und die absichtliche Zerrüttung in der Armee führe. Es sei zu bedauern, daß diese maximalistische Theorie die politische Schwärmerei im Auslande und in Rußland beherrsche, was einen schreienden Widerspruch zwischen diesen Losungsworten und den Forderungen des Lebens darstelle. Daher seien die russischen Diplomaten, wenn sie diesem Widerspruch aus dem Wege gehen wollen, häufig gezwungen zu heucheln, wie dies bei den Skobelew gegebenen Anweisungen der Fall sei. Von dem Augenblicke der Veröffentlichung dieses Schriftstückes an, sei es klar geworden, daß sich der Vertreter der russischen Demokratie auf der Pariser Konferenz mit dem Leiter der offiziellen russischen auswärtigen Politik im Widerspruch befinden werde. Es sei daher nicht zu verwundern, wenn die Alliierten nicht verstehen, warum Skobelew sich zu ihnen begebe.

Redner analysiert sodann eingehend die Instruktionen, die aus drei Arten von Gedanken bestehen, nämlich pazifistischen, holländisch-skandinavischen und sowjetistischen. Seine Kritik wird wiederholt von lebhaften Protestkundgebungen unterbrochen, die der Präsident nur mit Mühe zur Ruhe bringen kann.

Ein wichtiger Teil der Anweisungen sei von antirussischem Geiste erfüllt, besonders derjenige über die freie Entwicklung der Völker, der soweit gehe, sie politisch von Rußland abzutrennen.

Miljukow erklärte ferner: Die elsaß-lothringische und die belgische Frage erhalten in den Anweisungen eine deutschfreundliche, die serbische Frage eine österreichische Lösung. Ich frage Sie, wie der Vertreter der russischen Demokratie in dieser Konferenz neben dem Vertreter der Regierung wird sitzen können, ohne die Würde Rußlands zu beleidigen?

Miljukow äußerte ferner die Ansicht, daß der Plan der Demokratie, die Meerengen zu neutralisieren, Rußland zwingen werde, eine stärkere Flotte als gegenwärtig zu besitzen und eine sehr kostspielige Verteidigung an der ganzen Küste des Schwarzen Meeres einzurichten. Die Interessen Rußlands im Süden würden daher nur dann gesichert sein, wenn es die militärische Kontrolle über die Meerengen hätte.

Miljukow schloß seine Rede mit folgenden Worten: Die russische Demokratie will nicht nur nichts tun, damit die nationalen Interessen Rußlands in Paris gut vertreten seien, sondern schlägt im Gegenteil vor, unsere Lage zu verschlechtern. Wir dürfen vor unseren Verbündeten nicht mit unserer demokratischen Ueberlegenheit prahlen, wir dürfen ihnen keine Lektionen erteilen, deren sie entraten können, wir neigen uns vielmehr mit Achtung vor Frankreich und England, die nach dreijährigen Anstrengungen ihrer Völker auf den Schlachtfeldern reiche Ernte halten, vor Serbien, Rumänien und schließlich vor Italien, das den Schlag empfängt, den der Feind uns zugedacht hatte, vor dem neuen, frischen und starken Verbündeten, Amerika, das neue tapfere Legionen von Kämpfern nach Europa sendet.

Die ganze Rechte und ein Teil der Linken erheben sich von den Sitzen, kehren sich der Diplomatenloge zu und bereiten den Vertretern der alliierten Länder eine begeisterte Ovation.

Eine besondere ukrainische Kosakenarmee.

K. Petersburg, 1. November. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Der Staatsanwalt des Kiewer Gerichtshofes hat die Regierung verständigt, daß die Rada und das Generalsekretariat der Ukraine eine besondere Armee ukrainischer Kosaken bilden.

Fremdenbl.

3./XI. 1917

Die Ereignisse in Rußland.

Die Aeußerungen Kerenskis über Rußlands Erschöpfung.

K. Washington, 2. November. Zur Meldung des Associated Preß über das Interview mit Kerenski erklärte Staatssekretär Lansing, daß weder auf Grund amtlicher Informationen noch auf Grund von Kerenskis Erklärung gesagt werden könnte, daß Rußland im Begriffe sei, seine Teilnahme am Kriege aufzugeben.

Die Regierung bedauere eine derartige Auslegung.

Außerdem dürfe darauf hingewiesen werden, daß das Vertrauen zur Regierung in Rußland aufs neue zum Ausdruck gekommen sei durch Gewährung einer Anleihe von 31,700.000 Dollar aus früher für Rußland abgeschlossenen Krediten. Diese Summe stehe der russischen Regierung sofort zur Verfügung.

Aufruf des Hauptquartiers gegen die Anarchie.

K. Petersburg, 2. November. Der militärische Hauptausschuß beim Großen Hauptquartier hat namens aller Armeen einen Aufruf an das Hinterland gerichtet, in dem er auf die Krise hinweist, die das Land durchmacht und fordet, daß sofort alle Ausschreitungen aufhören. Ferner wird in dem Aufruf verlangt, daß aus allen Fahnenflüchtigen, Landstreichern und ähnlichen Elementen Arbeiter-Abteilungen gebildet werden, die entweder an die Front geschickt werden oder im Hinterlande arbeiten sollen. Der Ausschuß hat alle Garnisonen, Milizen und republikanischen Garden mit dieser Aufgabe betraut.

Der Verteidigungsausschuß beim Vorparlament hat entschieden, daß die örtlichen Wohlfahrts-Ausschüsse das Recht haben sollen, überall da, wo sie es für notwendig erachten, den Kriegszustand zu erklären.

Abend
3./XI. 1917

136

Die Aspirationen als Kriegsursache.

Zu dem Aufsatze „Offensive gegen die Aspirationen" in der Nachmittagsausgabe der „Reichspost" vom 25. v. M. wird uns von einem hervorragenden Juristen geschrieben:

Die in jenem Aufsatze enthaltenen Gedanken verdienten, weiter verfolgt und ausgebaut zu werden. Sie haben dort nachgewiesen, wiesehr die Aspirationen der Nachbarstaaten auf Gebiete der Mittelmächte zum Ausbruche des Weltkrieges beigetragen haben. Von dieser Tatsache gelangt man aber zu dem Schlusse, daß solche Aspirationen nicht nur als ein Begehren nach des Anderen Gut verwerflich, sondern auch wegen der sich daraus ergebenden Kriegsgefahr für die Staatenfamilie und besonders — die Könige von Serbien, Rumänien, Montenegro und jetzt wohl auch der von Italien dürften mir zustimmen — für das Land, in dem solche Aspirationen gepflegt werden, höchst gefährlich sind.

Erinnern wir uns nun, daß unsere Diplomaten gegen die Veranstaltungen, die der agitatorischen Verbreitung solcher Aspirationen dienten, wiederholt Vorstellungen erhoben, aber regelmäßig mit dem Bemerken abgespeist wurden, die Gesetze des Landes böten keine Handhabe, um solche Dinge zu verbieten. Wenn in diesen Antworten auch ein gut Teil Heuchelei steckte, so bleibt es doch wahr, daß auf dem geraden Wege der Bestrafung der gemeinschädlichen Agitatoren und des Verbotes ihrer Preßerzeugnisse dem Treiben nicht beizukommen war.

Hier könnten die Friedensfreunde im Bereiche des Möglichen eingreifen. Die Staaten müßten sich verpflichten, in ihre Strafgesetze Bestimmungen aufzunehmen, die bei verbürgter Gegenseitigkeit auf ihrem Gebiete jede Agitation, welche die Losreißung eines Gebietsteiles von einem fremden Staat anstreben, als strafbar erklärt. Damit wäre nicht nur den Staatsbürgern derartiger Unfug verleidet, sondern auch den Regierungen selbst die offene und zum Teil auch die geheime Unterstützung solcher Bewegungen unmöglich gemacht oder wenigstens erschwert. Wenn ich nicht irre, enthielt auch unser Ultimatum an Serbien eine Forderung dieses Inhalts.

Bei uns steht die Frage jetzt auf ungarischen Wunsch in Erörterung. Ministerpräsident Dr. Wekerle hat im Reichstage mitgeteilt, er habe von der österreichischen Regierung die Zusicherung erhalten, daß in Oesterreich Aspirationen auf ungarisches Gebiet von Gesetzes wegen durch Strafdrohungen bekämpft werden sollen. Wer den ehrlichen Wunsch hat, daß nach dem Erlöschen des Weltbrandes das ruhige Nebeneinanderleben der Staaten und der Völker nicht durch das Treiben verrückter Ränkeschmiede gefährdet werde, wird diesen Gesetzentwurf mit Freuden begrüßen.

Fremdenblatt

3./XI. 1917

137

Austausch von Glückwünschen zwischen Oesterreich und Deutschland.

Depeschenwechsel zwischen den Präsidenten des Reichstages und des Reichsrates.

Vom Präsidenten des deutschen Reichstages Doktor Kämpf ist an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses Dr. Groß folgende Depesche eingelangt:

„Dem österreichischen Abgeordnetenhause sendet angesichts der glänzenden Siege, die in treuer Waffenbrüderschaft österreichische, ungarische und deutsche Truppen in der venezianischen Ebene erfochten haben, der deutsche Reichstag bundesfreundliche Grüße und herzliche Glückwünsche. Aus den unvergleichlichen Waffentaten unserer tapferen Heere werden — des sind wir sicher — die Freiheit und die glückliche Entwicklung der verbündeten Nationen erblühen für jetzt und alle Zeiten. Dr. Kämpf, Präsident des deutschen Reichstages."

Präsident Dr. Groß erwiderte mit folgendem Telegramm:

„Das österreichische Abgeordnetenhaus erwidert aus vollem Herzen die freundlichen Grüße und Glückwünsche aus Anlaß der herrlichen, beispiellosen Erfolge deutscher und österreichisch-ungarischer Heere in Oberitalien und knüpft daran den Ausdruck des herzlichsten, tiefgefühlten Dankes für die machtvolle Beihilfe der deutschen Heere bei der Befreiung österreichischen Bodens vom Feinde. Die unvergleichlichen Heldentaten der verbündeten tapferen Heere sind die Frucht des Bündnisses der Mittelmächte und sichern seinen Fortbestand für alle Zeiten. Sie sind aber auch eine Gewähr für den sicheren, allgemeinen Erfolg und für den baldigen, ehrenvollen Frieden. Groß, Präsident des österreichischen Abgeordnetenhauses."

Berliner Kaufmannschaft und Wiener Handelskammer.

Die Aeltesten der Kaufmannschaft in Berlin haben an die Wiener Handelskammer folgende Depesche gerichtet:

„Das vorbildliche Zusammenwirken österreichisch-ungarischer und deutscher Truppen hat zu einem beispiellosen strategischen Zusammenbruch des italienischen Heeres geführt. Hocherfreut über dieses bundesbrüderliche erfolggekrönte Zusammenwirken senden wir als Vertreter von Berlins Handel und Industrie unserer Schwesterkammer die herzlichsten Glückwünsche. Möge diese militärische Zusammenarbeit von glücklicher Vorbedeutung sein für die Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiete. Ein wirtschaftlich geeinigtes Mitteleuropa wird alle Anschläge unserer Feinde für die Zeit nach dem Kriege zunichte machen. Die Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin Kaempf."

Die Wiener Handelskammer richtete hierauf an die Aeltesten der Kaufmannschaft in Berlin folgende Dankdepesche: „Für die herzlichen Glückwünsche zu den großartigen Erfolgen unserer zu engster Gemeinsamkeit vereinten, siegreich in Italien vorbringenden Truppen danken wir freudigst bewegt. Wir sind tief durchdrungen von dem Bewußtsein, daß, so wie es die Voraussetzung dieses herrlichen Erfolges war, das untrennbare Bündnis unserer Staaten die wichtigste Grundlage für die Behauptung und glückliche Weiterentwicklung ihrer politischen und wirtschaftlichen Weltstellung sein wird. Handelskammer Wien. Schoeller, Tayenthal."

Freyndenblatt

3./XI. 1917

Rußland erschöpft.

Erklärungen Kerenskis.

New-York, 1. November. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Der russische Ministerpräsident Kerenski soll dem Petersburger Korrespondenten der „Associated Preß“ erklärt haben, Rußland sei erschöpft; es sei sein Recht, von seinen Verbündeten zu fordern, daß sie fortan die Last des Krieges tragen.

5./XI. 1917

144

Eine englische Stimme für den Status quo.

Rotterdam, 4. November.

„Manchester Guardian" schreibt in seinem Leitartikel mit der Ueberschrift „Reale Tatsachen".

Die Diplomaten müssen den Soldaten bei ihrem Werk helfen, was nicht nach Gebühr geschehen ist. Die Russen haben nur noch annehmen können, daß die englischen Absichten, die Grenzen von Recht und Notwendigkeit überschreiten. Dies hat ihrer Schlagfertigkeit Abbruch getan. Wenn das Geflüster über Elsaß-Lothringen niemals laut genug erklungen ist, so kam das zum Teil daher, weil sich sinnlose Stimmen über das linke Rheinufer erhoben haben. Wir müssen auf eine schärfere Abgrenzung unserer Kriegsziele hindrängen, wenn wir den Krieg nicht bis zum Jahre 1918 oder 1920 verlängert sehen wollen. Natürlich werden wir weiterkämpfen, bis die Kriegsabsichten, auf die es ankommt, erreicht sind, wenn wir sie nicht auf andere Weise verwirklichen können, was auch immer die Folgen für Europa sein mögen. Aber wir müssen außer Zweifel stellen, daß wir nur auf der Erreichung der Hauptsachen bestehen und daß kein ungeeigneter Programmpunkt den Tag hinausschiebt, an dem wir aufatmen können. Obenan steht der Völkerbund, der unmöglich ist, wenn der Krieg mit erzwungenen Einverleibungen endet. Territoriale Veränderungen müssen von den versammelten Nationen bekräftigt werden. Wenn der Krieg abläuft, wie der Premierminister im Juli angegeben hat, werden wir die Gebiete, die wir besetzt haben, zur Verfügung der Friedenskonferenz halten. Wird Deutschland das Gleiche tun? Wenn dies der Fall ist, dann steht die Tür zu Verhandlungen offen. Der Premierminister täte gut daran, seine Erklärungen zu wiederholen und zu unterstreichen und der deutschen Regierung auf diese Weise eine ebensolche Zusage abzuzwingen. Man sollte nicht übereilt annehmen, daß Deutschland sich weigern würde. Es kennt die starke wirtschaftliche Waffe, die wir noch in Reserve haben; daher ist ein fest fundierter ehrenvoller Friede durchaus nicht unerreichbar, auch ohne zwei Jahre weiteren Blutvergießens.

6./XI. 1917.

149

Der Entwurf der polnischen Verfassung.

Unter den Kommissionen, die der ehemalige provisorische Staatsrat des Königreichs Polen einsetzte, war wohl die wichtigste die „Landtags- und Verfassungskommission" unter dem Vorsitz des Statsrechtslehrers der Lemberger Universität Cybichowski. Nach einer Tätigkeit von fünf Monaten, während deren über 80 Sitzungen abgehalten wurden, hat die Kommission einen Entwurf der polnischen Verfassung fertiggestellt, über den der „Kurjer Warszawski" vom 1. November nach Mitteilungen Cybichowskis selbst ausführlich berichtet.

In dem kurzen ersten Abschnitt „Der polnische Staat" wird gesagt, daß der polnische Staat unabhängig und ein konstitutionelles Staatswesen ist. Die folgenden Abschnitte handeln vom König, der Regentschaft und Vormundschaft, dem Landtag, den Ministern, den Gerichten, der Selbstverwaltung, den Rechten und Pflichten der Bürger. Den Schluß bilden Uebergangsbestimmungen. Insgesamt zählt der Entwurf 151 Paragraphen.

Die Staatsreligion ist die katholische. Der Verfassungsentwurf erläutert dies ausdrücklich folgendermaßen: „Religiöse Akte, die staatliche Feiern begleiten, werden nach römisch-katholischem Ritus abgehalten." Im übrigen ist der Grundsatz der Freiheit der Bekenntnisse sowie der Autonomie der Kirchen und religiösen Vereinigungen aufgestellt.

Die Staatsform ist die erbliche Monarchie, die Ordnung der Erbfolge wird jedoch erst der erste Landtag beschließen. Der Landtag wählt den ersten König. Von Interesse sind folgende Verfassungsbeschränkungen der personalen Rechte des Königs, bei deren Einführung wohl historische Traditionen mitgewirkt haben: Es ist dem König verboten, ohne Genehmigung des Landtages zu heiraten, bei Strafe des Verlustes der Krone. Er muß ferner seinen dauernden Wohnsitz im Lande haben und darf ohne Zustimmung des Landtages nicht Oberhaupt eines fremden Staates sein.

Der Landtag besteht aus dem Abgeordnetenhaus und dem Senat. Das Abgeordnetenhaus geht aus allgemeinen, direkten, geheimen, gleichen Verhältniswahlen aller Bürger über 25 Jahre hervor. Die ursprünglich beabsichtigte Ausschließung der Analphabeten wurde aufgegeben, weil sie im russischen Recht nicht bestand.

Der Senat geht zur Hälfte aus Wahlen hervor, die andere Hälfte seiner Mitglieder erhält ihre Sitze durch Erblichkeit, Privileg oder Ernennung. Die bäuerlichen Grundbesitzer und die bäuerlichen Selbstverwaltungsorgane wählen je ein Viertel der gewählten Mitglieder, die andere Hälfte wird von den Organen der städtischen Selbstverwaltung, der Großindustrie, dem Handel und den höchsten wissenschaftlichen Anstalten gewählt. Mitglieder der Dynastie, der Warschauer Erzbischof, der Präsident des Obersten Gerichtshofes, der Präsident des Obersten Verwaltungsgerichts und der Vorsitzende der höchsten wissenschaftlichen Gesellschaft des Staates sind eo ipso Mitglieder des Senates. Der König ernennt ferner zu Senatsmitgliedern Bischöfe des lateinischen, griechischen und armenischen Ritus, Vertreter der evangelischen Geistlichkeit beider Konfessionen, von den Vereinigungen der großen und kleinen ländlichen Grundbesitzer, kaufmännischen Vereinen und Genossenschaften, Arbeiterberufsvereinen und wissenschaftlichen Vereinen präsentierte Mitglieder, endlich nach freier Wahl hervorragende Personen aus Politik, Wissenschaft und Kunst.

Das Abgeordnetenhaus ist bestimmend für die Richtung der Politik, der Senat kann hier bloß hemmend wirken. Das wichtigste Recht des Abgeordnetenhauses in dieser Beziehung ist das Budgetrecht. Außerdem ist die Bestimmung aufgenommen, daß ein Minister zurücktreten muß, wenn dies das Abgeordnetenhaus mit Zweidrittelmehrheit oder beide Kammern mit einfacher Mehrheit verlangen. Endlich haben beide Kammern das Recht, Untersuchungskommissionen in der Form öffentlicher Gerichte einzusetzen.

Neues Wiener Tagblatt

5./XI. 1917

Das neue spanische Kabinett.

Madrid, 3. November. (Meldung der Agence Havas.) Das neue Kabinett setzt sich endgültig wie folgt zusammen: Ministerpräsident und Minister des Aeußern — Garcia Prieto (Alvaredo hat aus privaten Gründen auf das Portefeille des Aeußern verzichtet); Inneres — Bahamendo; Finanzen — Veniosa; Krieg — de la Cierva; Marine — Gimeno; Unterricht — Rodes; Oeffentliche Arbeiten — Alcala Zamora; Justiz — Fernandez Prido.

Garcia Prieto erklärte, die innere Politik der neuen Regierung werde sich nach den Anweisungen des Königs auf eine umfangreiche Zusammenfassung der Kräfte gründen. Sie werde den Schwerpunkt nach links verlegen, um die großen Kräfte der Parteien der Linken der Monarchie zunutze zu machen.

Die Anwesenheit Alcala Zamoras und Gimenos im Kabinett scheint anzudeuten, daß das Ministerium die strikteste Neutralität aufrechterhalten werde.

Madrid, 3. November. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die Regierung hat abends den Eid in die Hände des Königs abgelegt. Die Regierung erklärt, strenge Neutralität bewahren zu wollen. Morgen soll ein Kabinettsrat abgehalten werden.

6./XI. 1917

148

Die Katholiken und die Friedensfrage.

Große Kundgebung in Salzburg.

(Eigenbericht der „Reichspost".)

Salzburg, 5. November.

Gestern sah die Stadt Salzburg eine mächtige Friedenskundgebung, welche vom Kartell der katholischen Vereine veranstaltet worden war. Die Beteiligung der Bevölkerung war eine imposante, der große Saal des Stiftes St. Peter erwies sich samt den Nebenräumen als viel zu klein. Zahlreiche Besucher mußten wieder umkehren, da sie keinen Einlaß mehr finden konnten.

Den Vorsitz in der Versammlung führte Weihbischof Dr. Rieder, er konnte insbesondere begrüßen: Ihre kaiserliche Hoheit Frau Großherzogin Alice von Toskana mit ihrer Hofdame der Frau Gräfin Dürkheim, Exzellenz Fürsterzbischof Dr. Kaltner, Fürst Auersperg, Graf Leo Kuenburg, Graf Esterhazy, Gräfin Waldburg, Baronin Geusau, Abt Hauthaler, die Domherren Dr. Prey, Stöckl und Perkmann sowie den Schriftsteller Hermann Bahr. Landeshauptmann Exzellenz Winkler sowie die Abgeordneten Freiherr v. Fuchs, Huber, Perwein, Miglbauer, Steinwender, Langreiter, Rainer, Lakner und Neureiter sandten Begrüßungstelegramme.

Das Referat erstattete Landesausschuß Kunschak, welcher in großangelegter Rede die Friedensfrage vom Standpunkt der Katholiken aus behandelte.

Eingangs seiner Ausführungen stellte er die Frage: Dürfen wir angesichts der gewaltigen Erfolge auf dem südlichen Kriegsschauplatze, dürfen wir in diesem großen weltgeschichtlichen Augenblicke noch auf den Frieden denken, noch nach Frieden rufen? Ich beantworte diese Frage ohne Scheu mit einem kräftigen Ja. Wie wir im Unglücke nie verzagten, sondern den Kopf kühl und das Herz warm uns hielten, so dürfen wir auch jetzt im Glücke nicht übermütig werden. Erkennen wir vor allem in den herrlichen Siegen nicht nur die Tüchtigkeit unserer Heerführer und die über alles Lob erhabene Tapferkeit unserer Soldaten, sondern auch das Walten der ewigen Gerechtigkeit und beugen wir vor ihr, von heiligem Schauer erfüllt, in Demut unser Knie. Vergessen wir über die Siege in Italien auch nicht darauf, daß kein Sieg so groß und durchgreifend sein kann, um die Schäden aufzuwiegen, die durch jeden Kriegstag an der Zukunft verursacht werden. Ueber allen Siegen auf den Schlachtfeldern steht der Sieg der Menschlichkeit und der Vernunft, und diesem Siege dürfen die Wege nicht verrammelt werden durch das Geschrei der ahnungslosen Helden in den vornehmen Klubs, in den behaglichen Salons und den gemütlichen Stammkneipen. Wenn dieser Krieg ausklingen sollte in die Notwendigkeit, auch fernerhin eine Welt in Stahl und Eisen gegen Haß und ungezügelte Leidenschaft bereitgestellt zu halten, dann ist der kommende Friede nur eine Atempause in dem schrecklichen Ringen, nicht eine Quelle des Glückes der Staaten und Völker, sondern ein Vulkan, der gräßliches Unheil in seinem Schoße birgt. Die Siege auf den Schlachtfeldern dürfen daher nicht mißbraucht werden zu dem Zwecke, den Kriegsfanatismus neu zu entfachen, sie dürfen nicht angestrebt werden, nur um des Obsiegens über die Feinde, sie sollen und dürfen vielmehr nur dem einem Zwecke dienen, die Feinde darüber zu belehren, daß der Appell an das Schwert sie nicht mehr zum Ziele bringen kann, daß es höchste Zeit ist, sich zu besinnen und der wüsten Selbstzerfleischung ein Ende zu bereiten. Von solchen Gedanken geleitet, komme ich zu dem Schlusse, daß wir trotz der Siege in Italien, nein nicht trotz, sondern erst recht wegen der Siege in Italien, berechtigt sind, unseren Friedenswillen zu bekunden. Mehr noch, wir sind nicht nur berechtigt, unsere Friedensbereitschaft unverhohlen auszusprechen, wir sind verpflichtet dazu. Denn wohl kaum in einem anderen Augenblicke konnten wir, gestützt auf Beweise von so elementarer Kraft unseren Friedenswillen als Ausfluß edelster, ritterlichster Gesinnung der Welt zur Beurteilung unterbreiten, als eben jetzt im Glanze der herrlichen Waffentaten der verbündeten österreich-ungarischen und deutschen Heere.

Die Versammlung zollte dem Redner reichen Beifall, der sich besonders steigerte, als Weihbischof Dr. Rieder dem Redner seinen und den Dank der Versammlung aussprach. Redakteur Steinwender beantragte die Absendung von Huldigungstelegrammen an den Kaiser und den päpstlichen Nunzius in Wien. Hierauf nahm noch Fürsterzbischof Dr. Kaltner das Wort, welcher insbesondere der Mühen und Sorgen des Kaisers gedachte und ein dreifaches Hoch auf Papst und Kaiser anstimmte, welches die Versammlung jubelnd widerhallte. Mit der Absingung der Volkshymne fand die so glänzend verlaufene Kundgebung ihr Ende.

Abendbl. 6./XI. 1917 = 150

Das Haager Schiedsgericht.

Die heutige „Wiener Zeitung" meldet: Auf Grund des Artikels 23 des am 29. Juli 1899, beziehungsweise des Artikels 44 des am 18. Oktober 1907 abgeschlossenen Haager Abkommens, betreffend die friedliche Beilegung internationaler Streitfälle, wurden der Geheime Rat Albert von Berzeviczy, Präsident der ungarischen Akademie der Wissenschaften, Mitglied des Magnatenhauses des ungarischen Reichstages, und der Geheime Rat Dr. Ernst Freiherr von Plener, Präsident des Gemeinsamen Obersten Rechnungshofes, Mitglied des Herrenhauses des österreichischen Reichsrates, deren Mandate als Mitglieder des ständigen Haager internationalen Schiedshofes abgelaufen waren, der kön. niederländischen Regierung, beziehungsweise dem Generalsekretariat des genannten Schiedshofes namens Oesterreich-Ungarns neuerdings zur Aufnahme in das Verzeichnis der Mitglieder des Schiedshofes namhaft gemacht.

Fremdenblatt

6./XI. 1917

Carnegies „Friedensstiftung" hetzt zur Fortsetzung des Krieges.

K. Bern, 4. November. Die Schweizerische Depeschenagentur meldet aus New-York: Gemäß einer Mitteilung der Carnegie-Stiftung hat das Exekutivkomitee der Carnegie-Stiftung für den internationalen Frieden in einer im November abgehaltenen Sitzung die Erklärung erneuert, daß seiner Ueberzeugung nach das wirksamste Mittel, auf einen dauerhaften internationalen Frieden hinzuwirken, darin bestehe, den Krieg gegen die kaiserlich deutsche Regierung bis zum endgiltigen Sieg der Demokratie fortzusetzen. Die Erklärung besagt weiter, die Carnegie-Stiftung werde in loyaler Weise alle Aktionen unterstützen, die einen baldigen, vollständigen und endgiltigen Sieg der Waffen der Alliierten in Aussicht stellen. Das Exekutivkomitee beschwört alle Friedensfreunde, auf jede mögliche Weise die wirksame Fortführung des Krieges zu unterstützen, der den Frieden und nicht Eroberungen zum Ziele habe.

Abschrift
6/XI. 1917

152

Erklärung des Ministerpräsidenten über die Friedensfrage.

Ministerpräsident Dr. v. Seidler gab in Beantwortung einer Anfrage der Reichsratsabgeordneten Alois Konecny, Stanek und Genossen, betreffend die Verwirklichung der Friedenssehnsucht der böhmischen Frauen Mährens im Einvernehmen mit dem Minister des Aeußern nachstehendes bekannt:

Die in so ergreifenden Worten abgefaßte Zuschrift der böhmischen Frauen Mährens an die Reichsratsabgeordneten findet auch bei der Regierung die ernsteste Würdigung. Was die Bitte anbelangt, in welche jene Zuschrift kulminiert, daß nämlich die maßgebenden Faktoren der Monarchie die Bedingungen feststellen, auf Grund welcher die Verhandlungen über den Frieden eröffnet werden könnten, so darf darauf verwiesen werden, daß Oesterreich-Ungarn im Einvernehmen mit seinen Verbündeten durch wiederholte öffentliche Enunziationen seine Friedensbereitschaft kundgegeben und hiebei ein Friedensprogramm entwickelt hat, auf dessen Grundlage ein für uns und unsere Gegner ehrenvoller und dauerhafter Friede zustande kommen könnte. In diesem Programm gelangte auch der in der erwähnten Zuschrift geäußerte Wunsch, die zukünftigen Konflikte mögen nicht durch Waffengewalt, sondern auf friedlichem Wege gelöst werden, zum Ausdruck.

Neues Wiener Tagblatt

6./XI. 1917

Lloyd George und Painlevé in Italien.

Es gibt in der Entente einen plötzlich schwer erkrankten Bundesgenossen. Der Italiener ist in Lebensgefahr, und die berühmtesten Professoren des Krieges eilen an sein Lager: Lloyd George und Painlevé sind nach Rom gefahren. Der englische Ministerpräsident hat sogar militärische Sachverständige mitgenommen, den General Robertson und den zum Ueberbritentum herangezüchteten einstigen Afrikander Smuts. Die eilfertige Reise der englisch-französischen Herren enthüllt dreierlei: Erstens das Entsetzen bei den Westmächten der Alliierten über den Zusammenbruch des italienischen Bundesgenossen; es wurde bisher geleugnet, die feindliche Presse bekundete in verworrenen, widerspruchsvollen Darlegungen grundverschiedene Auffassungen über die Tragweite der jüngsten Ereignisse in Italien. Dann ergibt sich aus der politischen Eilfahrt, daß Besorgnisse vorhanden sind, Italien könnte aus der Reihe springen. Das muß um jeden Preis verhütet werden. Endlich soll auch die wahre militärische Lage Italiens, die die Herren aus dem Westen bis zur Stunde nur durch die teils rosige, teils schwarz angerußte Brille des Italieners sahen, durch persönlichen Augenschein festgestellt werden. Die englischen Generale werden ja gleich wissen, woran sie sind und ob die schlimmste Sorge, die ihnen der unfähige Cadorna bereitet hat, noch fortgescheucht werden kann.

Das alles liegt klar zutage. Aber hinter den Kulissen der Ententepolitik gibt es noch manches — jedes Unglück hat ja auch seine gute Seite! —, was gerade im gegenwärtigen Augenblick nützlich und erfolgreich durchzusetzen wäre. Italien war von allem Anfang kein bequemer Bundesgenosse. Es stellte eine unverschämt hohe Rechnung für seine Mithilfe, und wohl oder übel mußte England die ihm äußerst unbequeme Forderung hinnehmen, daß Italien eine unabhängige Großmacht im Mittelmeer zu werden wünschte. Italiens Hilfe sollte ja die Entscheidung im Weltkrieg bringen, und so ließ man unwillig den Zweck das Mittel heiligen. Nun hat sich das Blatt mit einem Male gewendet, Italien selbst braucht Hilfe, und sie wird ihm, wie die englische Kohle, das amerikanische Getreide und Geld, wenn überhaupt, sicherlich nur gegen eine wesentliche Zurückschraubung seiner ursprünglichen Forderungen gewährt werden. Auch Frankreich wünscht sich lieber ein demütigeres als ein unbescheidenes Italien. So mag denn nun auch Italien erfahren, wie es Rußland, Serbien und Rumänien erfuhren, was die Freundschaft der Entente wert ist. Es hat dieses Schicksal vollauf verdient. Lloyd George wird sich seinen Beistand vom Verbündeten teuer bezahlen lassen, falls er finden sollte, daß es in Italien noch etwas für sich und seine Nächsten zu retten gibt.

* * *

Paris, 3. November. (Meldung der Agence Havas.) Die Ministerpräsidenten Painlevé und Lloyd George sind heute früh nach Italien abgereist.

London, 4. November. Amtlich wird mitgeteilt: In Begleitung des nach Italien abgereisten Premierministers Lloyd George befinden sich auch Robertson, Smuts und andre Generale.

Bern, 4. November. Schweizer Blätter melden aus Paris: Zum Oberkommandanten für die französisch-englische Hilfsarmee in Italien sei General Foch bestimmt.

Bern, 3. November. Die mit drei Tagen Verspätung eingetroffenen französischen Zeitungen sind in der Hauptsache immer noch mit Berichten über die Ereignisse in Italien angefüllt. Die Presse kündigt an, daß einer der besten Führer der französischen Armeen am 1. November in Italien eintrifft, und daß die besten französischen und englischen Truppen sich den Mittelmächten entgegenstellen werden.

In der „Tribuna" vom 30. Oktober erklärt General Carai, die Schlacht an der italienischen Front könne für die ganze Entente entscheidend werden.

* * *

Genf, 3. November. Im „Petit Journal" schreibt Pichon: Wenn die Franzosen jetzt Truppen nach Italien senden, werde man verstehen, daß dies nur in der Absicht geschehe, das Befreiungswerk auch jenseits der Alpen durchzuführen. Die Engländer, welche die Belgier in edelmütiger Weise unterstützt hätten, würden begreifen, daß Frankreich nunmehr die Solidarität der Entente dokumentiere und die Ankunft von Truppen und Material aus Amerika erleichtern.

159

7./XI. 1917

Verhandlungen über die Ostfragen.

Graf Czernin, der österreichisch-ungarische Minister des Aeußern, hatte in Berlin längere Verhandlungen über die Ostfragen mit den maßgebenden deutschen Persönlichkeiten, darunter dem Reichskanzler, Grafen Hertling, und dem Staatssekretär des Aeußern Dr. v. Kühlmann. An den Beratungen nahmen auch Generalfeldmarschall von Hindenburg, der Erste Generalquartiermeister Ludendorff und der deutsche Botschafter in Wien Graf Wedel, teil. Der „Voss. Ztg." wird hierüber mitgeteilt:

Die Beratungen umfassen neben den Fragen der allgemeinen Lage insbesondere auch das Gebiet der Ostfragen, worüber schon seit einiger Zeit zwischen den maßgebenden deutschen Stellen Erwägungen gepflogen worden sind. In diesem Zusammenhang scheint bei den jetzigen Besprechungen auch die polnische Königsfrage eine wichtige Rolle zu spielen, zumal man annehmen kann, daß der Regentschaftsrat in Polen mit der Forderung auftreten wird, einen König wählen zu dürfen. Es mag dahingestellt bleiben, ob die Lösung dieser Frage, wenn sie überhaupt im jetzigen Zeitpunkt erfolgt, auch weitere Entschließungen über das Schicksal der anderen besetzten Gebiete im Osten mit sich bringen wird. Es muß weiter zunächst offen bleiben, in welcher Weise die angedeuteten Fragen gelöst werden sollen. Was Polen betrifft, so ist vor kurzem ein Wiener Gerücht durch die Blätter gegangen, wonach die Proklamation des Kaisers Karl zum König von Polen bevorstehe. Ein amtlicher Widerspruch ist bisher nicht erfolgt. Doch möchten wir nach wie vor annehmen, daß das Gerücht zum mindest für den Augenblick ernsthafter Grundlagen entbehrt.

Graf Czernin speiste Montag abend beim österreichisch-ungarischen Botschafter Prinzen zu Hohenlohe-Schillingsfürst; mit ihm zugleich waren Generalfeldmarschall v. Hindenburg, General Ludendorff, der Reichskanzler Graf Hertling, die Staatssekretäre Dr. Helfferich und Dr. v. Kühlmann und Botschafter Graf Wedel geladen. Die Abreise des Grafen Czernin ist auf Mittwoch abend verschoben. Mittwoch vormittag wird der österreichisch-ungarische Minister von Kaiser Wilhelm empfangen und nachher zur kaiserlichen Frühstückstafel zugezogen werden.

Zu der Wiener Meldung, die von der angeblichen Absicht Kaiser Karls zu berichten wußte, sich die polnische Krone aufs Haupt zu setzen, bemerkt die „Post":

Wir wissen nicht, ob zwischen dieser unkontrollierbaren Wiener Nachricht und dem Besuche des Grafen Czernin in Berlin und dem deutschen Kronrat irgendein greifbarer Zusammenhang besteht, und wir sind geneigt, die Unwahrscheinlichkeit solchen Zusammenhanges anzunehmen; denn sollten sich die „österreichischen Vorschläge" auch nur ungefähr auf der angedeuteten Linie bewegen, und wären sie von den maßgebenden deutschen Stellen gebilligt worden, so würden wir vor einer grundsätzlichen und tiefeingreifenden Wandlung der deutschen Polenpolitik stehen, just am ersten Jahrestage der Errichtung des jungen Königreichs an unserer Ostgrenze. Bekanntlich konnte der Akt vom 5. November 1916, der die Errichtung eines unabhängigen polnischen Königreichs in die Wege leitete, nur unter der Voraussetzung zustandekommen, daß man von dem früheren, besonders im Lager der österreichischen Polen verfochtenen Plan einer einseitigen Angliederung Kongreßpolens an das Habsburger Reich Abstand nahm und insbesondere auf eine Verschmelzung Galiziens mit dem Weichselande verzichtete. Bei seiner sonst sehr anfechtbaren Auffassung der polnischen Dinge hat der frühere Reichskanzler v. Bethmann Hollweg wenigstens den einen Gedanken richtig erfaßt, daß neben Oesterreich-Ungarn besonders das Deutsche Reich vollen Einfluß auf die Entwicklung der Dinge im Osten behalten müsse, wenn eine den deutschen Interessen und der natürlichen Lage entsprechende Lösung erzielt werden sollte. Deutschlands militärisch unhaltbare Ostgrenze und der Inbegriff seiner wirtschaftlichen Beziehungen zum Osten fordert an sich schon unbedingt eine ausreichende Wirksamkeit des deutschen Einflusses in den Gebieten, die vom russischen Reich losgelöst werden sollen, ganz abgesehen von der Tatsache, daß der deutsche Anteil an der Eroberung des Ostlandes ohne weiteres diese Forderung rechtfertigt. Und schließlich schien man ja auch in Oesterreich-Ungarn selbst von den Wünschen einer einseitig österreichisch-ungarischen Orientierung des polnischen Königreiches ganz abgekommen zu sein.

Bei dieser Sachlage müßte es vollkommen unerfindlich erscheinen, aus welchen Gründen nun mit einmal eine Aenderung des erwähnten Grundgedankens der deutschen Polenpolitik vorgenommen werden sollte, umsomehr, als eine „Neuorientierung" in der Polenfrage das Bundesverhältnis zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn für spätere Jahrzehnte sicherlich nicht erleichtern würde. Das Polentum, aus dessen Schoß schon bisher fortgesetzte Versuche unternommen wurden, Oesterreich-Ungarn gegen das Deutsche Reich auszuspielen, würde in Zukunft, je stärker es im Rahmen der habsburgischen Monarchie dastände, desto mehr dem Anreiz erliegen, das Schwergewicht der polnischen Kraft gegen das Deutsche Reich zu wenden; besonders drohte dann die alte polnische Forderung des Zuganges zur Ostsee in einer neuen Gestalt gefährlich zu werden.

Wir haben nie ein Hehl daraus gemacht, daß wir die amtliche deutsche Polenpolitik in weitestem Umfange mißbilligen und keinerlei Erfolge von ihr erwarten. Für so verständnislos aber wollen wir ihre Väter doch nicht halten, daß wir annehmen könnten, sie seien geneigt, nun auch noch den einzigen richtigen Gedanken, der in ihrem System lag, preiszugeben.

Fremdenblatt

7./XI. 1917

160

Die Ereignisse in Rußland.

Vor neuen großen Veränderungen.

Stockholm. (Meldung der „Korr. Rundschau".) Die aus Petersburg eintreffenden Nachrichten bestätigen, daß sich dort neue große Veränderungen vorbereiten, die sich zunächst in der Zusammensetzung der Regierung äußern dürften. Der entscheidende Kampf zwischen der Kriegs- und der Friedenspartei hat offenbar begonnen. Es wäre verfehlt, den Umstand, daß gegenwärtig die Orientierung der Politik sich fast ganz im kadettischen Sinne vollzieht, als einen Sieg der Kriegspartei aufzufassen, da die Kadetten heute bereits ihre Grundsätze vollkommen revidiert haben und mit Ausnahme der Miljukow-Gruppe sich stark der Friedenspartei zuneigen.

Der Rücktritt Tereschtschenkos und Rikitins gilt als sicher. Außenminister wird aller Voraussicht nach Wladimir Nabokow, der Sohn des verstorbenen, seinerzeit sehr bekannten Justizministers, werden, der in der absolutistischen Aera als freisinniger Mann gegolten hatte. Wladimir Nabokow ist eines der angesehensten Mitglieder der Kadettenpartei. Vor und während der Revolution von 1905 nahm er regsten Anteil an der Freiheitsbewegung, namentlich unter den Semstwo-Leuten. Hernach beteiligte er sich an der Gründung der Kadettenpartei und war Jahre hindurch mit Petrunkiewitsch Herausgeber des kadettischen Zentralorgans, der „Rjetsch". Er veröffentlichte nach seiner mit den russischen Parlamentariern unternommenen Reise nach England und Frankreich hierüber zahlreiche Feuilletons. Nabokow, der nach der Märzrevolution Kanzleileiter im Ministerrate geworden war, ist ein eifriger Anhänger der Entente, insbesondere Englands.

Minister des Innern soll statt Rikitin N. W. Nekrassow werden, der, im Jahre 1879 in Tomsk geboren, von Beruf Ingenieur und Professor an der Tomsker Technik ist. Nekrassow war zuerst Progressist, hernach Kadett und wurde dann parteilos. Im November 1916 war er Vizepräsident der Duma. Nach der Märzrevolution wurde er Verkehrsminister, später Finanzminister, wirkte jedoch zugleich auch im Ministerium des Innern, wo er die sogenannte Arbeitssektion schuf. Als Duma-Deputierter war er durch neun Jahre Budgetreferent gewesen. Gegenwärtig ist er Statthalter in Finnland.

Charakteristisch ist, daß man einerseits von der Ernennung Brussilows zum Kriegsminister und anderseits davon spricht, daß das Vorparlament nunmehr statt der Regierung ein sogenanntes Regierungskomitee bestellen werde, dem die Aufgabe obliegen soll, eine Formel zur Friedensfrage zu finden, die von der Konstituante akzeptiert werden könnte.

Enthebung des Kriegsministers Werchowski.

K. Petersburg, 6. November. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Ein Erlaß der Regierung beurlaubt den Kriegsminister Werchowski aus Gesundheitsrücksichten auf unbestimmte Zeit und enthebt ihn gleichzeitig von seinem Amte.

General Manikowski, der Gehilfe des Ministers, wurde zum vorläufigen Stellvertreter des Ministers ernannt unter allgemeiner Oberleitung des Ministerpräsidenten Kerenski.

Abendbl
7./XI. 1917

162

Die Ereignisse in Rußland.

Schwerer Konflikt zwischen dem Militärausschuß des Sowjet und der Regierung.

K. Petersburg, 6. November. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Nach ergänzenden Meldungen stellt sich der Streitfall zwischen dem revolutionären militärischen Ausschuß, der jüngst vom Petersburger Arbeiter- und Soldatenrate eingesetzt worden ist, und dem Generalstab des Militärbezirkes der Hauptstadt folgendermaßen dar:

In der Nacht vom 4. November erschienen die Mitglieder des Ausschusses beim Generalstabe und verlangten das Recht, alle seine Befehle zu kontrollieren und an seinen militärischen Beratungen teilzunehmen. Der Oberbefehlshaber der Petersburger Truppen Polkownikow lehnte jedoch dieses Ansuchen ab.

Der Arbeiter- und Soldatenrat berief daraufhin eine Versammlung der Abgeordneten der Garnison ein, die an alle Regimenter ein Telegramm sandte, worin den Soldaten mitgeteilt wurde, daß der Arbeiter- und Soldatenrat infolge der widersetzlichen Haltung des Generalstabes, der den revolutionären militärischen Ausschuß nicht anerkennen wolle, mit dem Generalstab brechе, der von jetzt an als demokratiefeindliche Organisation betrachtet würde. Die Truppen hätten von jetzt an einzig und allein solchen Befehlen zu gehorchen, die vom militärischen revolutionären Ausschusse unterzeichnet seien.

Zugleich veröffentlichte der revolutionäre Ausschuß einen Aufruf an die Soldaten und Arbeiter sowie an die Bevölkerung der Hauptstadt, worin gleichzeitig mit der Ankündigung, daß der Ausschuß zur militärischen Leitung der wichtigsten Punkte Petersburgs und seiner Umgebung besonders Beauftragte ernannt habe, diese für unverletzlich erklärt werden.

Nachdem die vorläufige Regierung von diesen Verhandlungen des Ausschusses Kenntnis genommen hatte, forderte sie ihn auf, den Inhalt des Telegramms als null und nichtig zu erklären. Der Ausschuß lehnte die Erfüllung dieser Forderung ab und beschloß, ihr Widerstand zu leisten.

Zu diesem Zwecke ließ der Arbeiter- und Soldatenrat Truppen mit Maschinengewehren an seinen Versammlungsort konzentrieren.

Die vorläufige Regierung faßte den Beschluß, vorläufig nicht zu den Waffen Zuflucht zu nehmen, in der Hoffnung, den Streitfall friedlich beilegen zu können.

Am 5. d. abends entschied die vorläufige Regierung in einer Vollsitzung, den Ausschuß als ungesetzliche Einrichtung zu betrachten, und forderte den Justizminister auf, seine Mitglieder gerichtlich zu verfolgen. Zugleich wurde den Militärbehörden anheimgestellt, alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, für den Fall, daß eine Revolte gegen die Regierung ausbrechen sollte.

Der Kriegsminister aus Petersburg verbannt.

K. Petersburg, 6. November. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Den Blättern zufolge hat die Regierung den bisherigen Kriegsminister aufgefordert, Petersburg zu verlassen. General Werchowsky ist abends nach dem Ladogasee abgereist, wo sich ein berühmtes Kloster befindet. Die Blätter glauben, daß der Rücktritt Werchowskys wichtige Veränderungen im Oberkommando nach sich ziehen werde.

7./XI. 1917

165

Ein Abkommen zwischen der Union und Japan.

Betreffs der Interessen in China.

Peking, 5. November. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Der japanische Gesandte Hayaschi teilte dem Minister des Aeußern mit, daß Ishii und Lansing am 2. d. ein Abkommen unterzeichnet haben, worin die Vereinigten Staaten die besonderen Interessen Japans in China anerkennen und Japan nochmals den Grundsatz der offenen Tür für China bestätigen.

8/XI. 1917

166

Ausstand der Moskauer Eisenbahner.

Petersburg, 6. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) In einer Versammlung des Eisenbahnerkomitees des Bezirkes von Moskau wurde der Ausstand beschlossen. In einer Entschließung wird erklärt, der Ausstand werde den Interessen des Staates nicht zuwiderlaufen. Falls die Regierung es ablehnen sollte, den Forderungen der Eisenbahner Genüge zu leisten, drohe Anarchie auf den Eisenbahnen einzutreten, die dem Lande unersetzlichen Schaden bringen würde. Gleichzeitig erklärt die Versammlung, daß die an die Front führenden Bahnlinien in den Ausstand nicht einbezogen würden.

Das Moskauer Streikkomitee richtete an Kerenskij ein Telegramm, in dem es heißt, daß die Eisenbahner sechs Monate hindurch geduldig die Befriedigung ihrer Bedürfnisse abwarteten, daß sie aber nunmehr die Verantwortung für die weiteren Ereignisse der Regierung überlassen.

Petersburg, 7. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Wie die Blätter melden, erklärte das Streikkomitee der Eisenbahner, der Streik müsse allmählich organisiert werden. In erster Linie würden die fahrplanmäßigen Züge den Betrieb einstellen. Die Lokalzüge würden bis 10. d. verkehren. Falls die Regierung nicht nachgebe, werde der Lebensmittelverkehr und später die Verproviantierung der Front eingestellt werden.

Petersburg, 7. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Am 6. Oktober nachmittags hat der Hauptausschuß der ausständigen Eisenbahner ein Rundtelegramm abgesendet mit der Weisung, auf allen Strecken am 7. Oktober mitternachts den allgemeinen Ausstand beginnen zu lassen. Das Telegramm ordnet an, daß jeglicher Personen- und Güterverkehr außer Militär- und Proviantzügen eingestellt werden soll. Alle Verwaltungsbeamten sollen auf ihren Posten bleiben und nur die unumgänglich notwendige Arbeit verrichten.

Streik der Papierfabriksarbeiter.

Petersburg, 6. Oktober. (Meldung der Peterburger Telegraphenagentur.) Die Arbeiter aller Papierfabriken sind in den Ausstand getreten. Falls der Ausstand längere Zeit anhalten sollte, drohen der rechtzeitigen Einberufung der konstituierenden Versammlung ernste Schwierigkeiten infolge des möglichen Mangels an Papier für die bei diesen Fabriken bestellten Wahlzettel.

Achttausend meuternde Soldaten.

Petersburg, 6. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Nach einem Telegramm aus Gomel (Provinz Mohilew) haben sich 8000 dort versammelte Soldaten geweigert, an die Front abzugehen. Sie versuchten, Unruhen hervorzurufen, und mußten, um Ausschreitungen zu verhindern, von Kosaken und Dragonern eingeschlossen werden, worauf sie sich ergaben.

8/XI. 1917

167

Das amerikanisch-japanische Abkommen über China.

Washington, 6. November.

Reuter meldet: In den Noten, die zwischen Ishii und Staatssekretär Lansing gewechselt wurden, erklären die Regierungen Japans und der Vereinigten Staaten, daß sie es für wünschenswert halten, in diesem Augenblick nochmals ihre gemeinsamen Wünsche und Absichten bezüglich der chinesischen Republik bekanntzugeben, um die bösartigen Gerüchte, die von Zeit zu Zeit auftauchen, zum Schweigen zu bringen. Sie erklären deshalb folgendes:

1. Die Vereinigten Staaten geben zu, daß Japan infolge der Nähe seines Gebietes besondere Interessen in China hat, vor allem in dem Gebiet, an das seine Besitzungen grenzen.

2. Die territoriale Souveränität Chinas bleibt trotzdem unverletzt. Die Vereinigten Staaten setzen vollständiges Vertrauen in die wiederholte Versicherung Japans, daß es, obwohl seine Lage besondere Interessen mit sich bringe, bezüglich des Handels der anderen Nationen keinen Unterschied zu machen und die bisher von China in Handelsverträgen zugestandenen Rechte nicht zu bestreiten wünsche.

3. Japan und die Vereinigten Staaten beabsichtigen nicht, in irgendeiner Weise die Unabhängigkeit oder territoriale Integrität Chinas zu beeinträchtigen. Sie sind noch immer Anhänger des Grundsatzes der offenen Tür und der gleichen Berechtigung im Handel und in der Industrie Chinas.

4. Japan und die Vereinigten Staaten erklären sich beiderseits gegen die Erwerbung besonderer Rechte oder Privilegien durch irgendeine Macht, wodurch die Unabhängigkeit oder territoriale Integrität Chinas berührt oder Untertanen oder Bürger irgendeines Landes im vollen Genuß gleicher Rechte im Handel und in der Industrie Chinas beeinträchtigt würden.

Am 3. d., an dem Tag nach der Unterzeichnung des Abkommens, ist Ishii nach Japan abgereist.

Zusammenarbeit Amerikas und Japans im Krieg gegen Deutschland.

Washington, 6. November.

Reuter meldet: Im Anschluß an das Abkommen über China teilt das Staatsdepartement mit, daß die Vereinigten Staaten und Japan zu einer vollständigen Uebereinstimmung bezüglich der militärischen, maritimen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Kriege gegen Deutschland gelangt seien.

Neue Freie Presse

8/XI. 1917

Die Lösung der polnischen Frage.

Der Eindruck im Parlament.

Wien, 7. November.

Die Nachricht über die Pläne für die künftige Gestaltung in Polen, Litauen und Kurland wurde im Abgeordnetenhause aus den Zeitungen bekannt und fand viel Beachtung. Abgeordnete aller Parteien beschäftigten sich mit den dadurch aktuell werdenden Fragen. Im nachstehenden bringen wir die Aeußerungen mehrerer Abgeordneter.

Vizepräsident Hofrat German.

Es ist ja leicht möglich, daß es dem deutschen Kaiser und dem Grafen Hertling gelungen ist, den Widerstand, der sich in maßgebenden Kreisen Deutschlands gegen das Projekt erhoben hat, zu beseitigen. Selbstverständlich wünschen und hoffen wir Polen, daß sich die heutigen Nachrichten über das Königreich Polen bewahrheiten mögen. Was die ukrainischen Teile Galiziens betrifft, ist eine Teilung des Landes ausgeschlossen. Aber wir werden selbstverständlich den Ukrainern alle nur erwünschten Freiheiten gerne zugestehen. Wir Polen, die immer nur Gerechtigkeit verlangen und selbst sehr gut wissen, wie man als Minderheit leiden kann, werden allen Minoritäten im Königreich Polen volle Gerechtigkeit widerfahren lassen.

Reichsratsabgeordneter Daszynski.

Durch den Wandel der Dinge infolge des Rückzuges unserer Truppen nach der Affäre von Luck wurden die von Oesterreich-Ungarn und Deutschland im Hinblicke auf die künftige Ausgestaltung der Beziehungen zum Königreich Polen gehegten Pläne aufgeschoben, aber nicht aufgehoben. Die freundschaftlichen Gedanken, welche man in Oesterreich für die Entwicklung der polnischen Interessen hegt, mußten den Plan, der jetzt der Verwirklichung nähergerückt scheint, früher oder später zur Tat werden lassen. Was die Schaffung der zwei neuen Staaten anbelangt, so gehörte das Gebiet von Suwalki, das mit 60 Prozent seiner Bevölkerung litauisch ist, zum Königreich Polen, während die Gouvernements Grodno und Wilna, deren Bevölkerung zum größten Teile polnisch ist, nach Litauen eingereiht erscheinen. Man darf wohl erwarten, daß dieser Fehler bei der Neuordnung der Dinge dahin verbessert wird, daß Grodno und Wilna dem polnischen, Suwalki dem litauischen Gebiet angegliedert werden. Was die Frage betrifft, wie mit den ukrainischen Teilen Galiziens verfahren werden soll, wenn Galizien in seiner Gänze an Polen fällt, so verweise ich darauf, daß der Polenklub auf Grund des kaiserlichen Handschreibens vom 5. November 1915 in dreimonatiger Beratung einen Verfassungsentwurf für Galizien ausgearbeitet hat, welcher den Teilen des ruthenischen Volkes, die dem polnischen Staatsgefüge einverleibt werden sollen, ein solches Ausmaß von Autonomie zugesteht, wie es nur überhaupt in dem freiesten und vorgeschrittensten Staate der Welt möglich ist. Selbstverwaltung, nationale Kurien in den Vertretungskörpern, Universität und sonstige nationale und kulturelle Erfordernisse sind den Ukrainern in dieser Verfassung gewährleistet. Für die Polen ist die heutige Kundgebung eigentlich keine Ueberraschung, wohl aber eine angenehme Bestätigung ihrer Ueberzeugung, daß Oesterreich-Ungarn und Deutschland im eigenen Interesse bemüht sind, die Sympathien der Polen zu erhalten.

Abgeordneter Freiherr v. Götz.

Zu höchster Spannung erwarten wir die weiteren Nachrichten über den Stand der polnischen Frage. Ich gehöre einer Partei an, die in dieser Frage ein Programm aufgestellt hat, das nun verwirklicht werden soll. Trotz aller Veränderungen, die der Krieg mit sich brachte, hielten wir an diesem Programm fest, weil es vernünftig war und eine Reihe von äußerst schwierigen Fragen löste, die im Zusammenhange mit der polnischen Frage stehen. Ich brauche diese einzelnen Fragen nicht zu erwähnen, jeder Politiker kennt sie. Die Lösung, von der wir heute hörten, erfüllt auch unsern innigsten Wunsch, die Habsburger Dynastie auf dem polnischen Thron zu sehen. Es ist daher nicht erst nötig, zu sagen, mit welchen Gefühlen wir diese Nachricht empfangen. Wir werden den Sieg der Gerechtigkeit und Weisheit, der sich bei dieser Lösung zeigen wird, festlich begehen.

Abgeordneter Dr. Konstantin Lewicki.

Die Ukrainer sind entschieden dagegen, daß irgendwelche Bestandteile unseres ethnographisch ukrainischen und historischen Gebietes in irgendeiner Form an den polnischen Staat angegliedert werden. Wir verlangen, daß unser Gebiet als reichsunmittelbar erklärt werde und bei Oesterreich verbleibe. Sollte Oesterreich uns nicht mehr haben wollen, so fordern wir den Anschluß an die ukrainische Republik. Die Errichtung eines eigenen polnischen Staates, der auch ukrainische Gebiete umfassen soll, verstößt gegen den Begriff der Befreiung der Nationen, der ja als Ziel des Krieges bezeichnet wurde. Die polnische Nation hat nur das Recht auf die von Polen bewohnten Gebiete, aber nicht auf unsere, und wir würden uns gegen die Vereinigung mit dem polnischen Staate entschieden verwahren.

Abgeordneter Dr. Stölzel.

Die nach den neuesten Nachrichten in Aussicht genommene Lösung der polnischen Frage kann die Oeffentlichkeit nicht überraschen, da ähnliche Erwägungen ja bereits im Jahre 1915 obgewaltet haben sollen. Aufgabe der leitenden Staatsmänner der Zentralmächte wird es sein, rechtzeitig, schon bei Festlegung der entscheidenden Tatsachen, weitblickend in die Zukunft, solche Sicherungen zu schaffen, daß die gewiß die polnische Nation befriedigende Lösung auch ein dauerndes gutes Einvernehmen der Bewohner des künftigen Königreiches Polen mit Oesterreich-Ungarn und Deutschland gewährleistet. Daß es aber im allseitigen Interesse liegt, daß dieses Einvernehmen besteht, beweist der Verlauf dieses Krieges, und wir wollen hoffen, daß gerade bei der polnischen Nation nie vergessen werde, auf welche Weise der Traum von der Wiederaufrichtung des Königreiches Polen zur Wirklichkeit wurde.

Die Beratungen zur Lösung der polnischen Frage.

Berlin, 7. November.

Zu den Meldungen einzelner Blätter über die Lösung der polnischen Frage wird maßgebenden Orts folgendes erklärt: Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen und dauern fort. Was die Blätter über die angebliche Lösung gebracht haben, beruht auf Kombinationen.

8./XI. 1917

169

Zuspitzung des Konflikts der Regierung mit dem Militärausschuß des Sowjet.

Berufung von Truppen aus der Umgebung Petersburgs.

Petersburg, 7. November.

Nach einer Meldung der Petersburger Telegraphenagentur hat sich gestern abends der Konflikt zwischen dem Generalstab des Militärbezirkes Petersburg und dem revolutionären militärischen Ausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates beträchtlich zugespitzt. Die von beiden Seiten auf Grundlage der Verstärkung der demokratischen Elemente im Generalstabe eingeleiteten Besprechungen wurden nachmittag abgebrochen, da der Ausschuß die Mitteilung erhielt, daß der Militärgouverneur von Petersburg im Laufe der Nacht die Truppen in der Umgebung der Hauptstadt, besonders in Peterhof, Pawlowsk und Zarskoje Selo, herbeigerufen habe. Angesichts dieser Tatsache gab der Ausschuß seinen Truppen Befehl, der Regierung nicht zu gehorchen. Eine weitere Zuspitzung erfuhr die Lage dadurch, daß Kerenski drei maximalistische und zwei Blätter der Rechten verbot.

Gegen 5 Uhr abends gaben die Behörden Befehl, die Brücken zwischen den Arbeitervierteln und dem Zentrum der Hauptstadt zu zerstören, und brachten so den Straßenbahnverkehr der ganzen Stadt vollständig zum Stehen. Die Stadt wird von den der Regierung treuen Truppen militärisch bewacht.

Neue Freie Presse

Abendblatt
8./XI. 1917

173

Die österreichische Lösung der polnischen Frage.

Rückkehr des Grafen Czernin und amtliche Mitteilung über das Ergebnis der Verhandlungen.

Wien, 8. November.

Der Minister des Aeußern Graf Czernin ist heute morgen aus Berlin nach Wien zurückgekehrt.

Ueber das Ergebnis der Verhandlungen zwischen dem Minister des Aeußern und den deutschen Staatsmännern wird heute amtlich folgendes veröffentlicht:

Wie wir erfahren, entsprechen die Berliner Blättermeldungen über den Verlauf und Stand der Verhandlungen zwischen den Regierungen Oesterreich-Ungarns und Deutschlands, betreffend die polnische Frage, durchaus nicht den Tatsachen. Zwischen dem Minister des Aeußern und der deutschen Reichsregierung wurden während der Anwesenheit des Grafen Czernin in Berlin allerdings Vorbesprechungen über die Modalitäten der Lösung dieser Frage eingeleitet, die einen befriedigenden Verlauf nahmen, die jedoch keineswegs zum Abschlusse gekommen sind und um so weniger zu konkreten Vereinbarungen führen konnten, als bei der etwa zu treffenden Abmachung noch andere maßgebende Faktoren berufen sein werden, mitzusprechen.

Diese amtliche Verlautbarung enthält folgende tatsächliche Angaben über den gegenwärtigen Stand der polnischen Frage:

Während der Anwesenheit des Grafen Czernin in Berlin sind Vorbesprechungen über die Modalitäten für die Lösung der polnischen Frage eingeleitet worden. Sie haben einen befriedigenden Verlauf genommen, sind jedoch noch nicht zum Abschlusse gekommen und konnten auch zu konkreten Vereinbarungen noch nicht führen, weil bei diesen Abmachungen noch andere maßgebende Faktoren berufen sein werden, mitzusprechen.

Abgesehen von der Frage, wie die künftige völkerrechtliche Stellung von Polen international festzustellen und zu sichern sein wird, gehört zu den maßgebenden Faktoren, von denen die amtliche Verlautbarung spricht, der Reichsrat, in dessen Wirkungskreis nach den Bestimmungen der Verfassung jede Gebietsänderung fällt. Wenn die polnische Frage in der Form gelöst werden soll, daß Galizien ein Bestandteil des unabhängigen Königreiches wäre, so müßte für diese wichtige Gebietsänderung, durch die eine Bevölkerung von acht Millionen aus dem österreichischen Verbande ausgeschieden würde, schon aus diesem Grunde die Zustimmung des Reichsrates eingeholt werden. In den früheren Plänen war beabsichtigt, aus Polen mit Galizien ein Selbstverwaltungsgebiet zu machen, Galizien wäre im Verbande von Oesterreich geblieben und Polen hinzugewachsen. Diese Vorschläge sind jedoch durch Schwierigkeiten, welche damals nicht überwunden werden konnten, hinfällig geworden, und jetzt wird von den Plänen gesprochen, durch deren Ausführung das Gebiet von Galizien dem bereits für unabhängig erklärten Königreich Polen zugewiesen werden würde. Ueber diese Gebietsveränderung hätte verfassungsmäßig der Reichsrat mitzusprechen.

Mit der Gebietsveränderung würden auch Fragen zusammenhängen, die sich auf unser Verhältnis zu Ungarn beziehen. Der Beitrag zu den gemeinsamen Angelegenheiten wird nicht nach der Kopfzahl, sondern nach der sogenannten Leistungsfähigkeit, die hauptsächlich aus gewissen Steuerziffern abgeleitet wird, vereinbart. Aber es wäre selbstverständlich, daß Oesterreich mit Galizien und mit neunundzwanzig Millionen Einwohnern nicht dieselbe Quote zahlen könnte wie Oesterreich ohne Galizien und mit etwa einundzwanzig Millionen Einwohnern Ferner wäre festzustellen, mit welchem Teil der Staatsschulden das vom österreichischen Staatsverbande losgelöste Galizien belastet werden müßte, wohl eines der schwierigsten Probleme. Da in den Kundgebungen der beiden Monarchen wiederholt angedeutet wurde, das künftige Königreich Polen werde eine selbständige Armee haben, so lasse sich denken, daß eine Vereinbarung über den Beitrag zu den gemeinsamen Angelegenheiten mit diesem Königreiche, das die militärischen Kosten selber tragen müßte, in der Hauptsache nicht nötig wäre.

Aber die Frage müßte beantwortet werden, wie die Angelegenheiten parlamentarisch erledigt werden sollen, die selbst unter der Voraussetzung weitgehender Selbständigkeit des Königreiches Polen gemeinschaftlich blieben wie die Zollpolitik, die Zollverträge und alle damit zusammenhängenden Gesetze über Steuern und Währung. Sollen die Parlamente damit befaßt werden wie unter selbständigen Staaten oder soll eine parlamentarische Körperschaft, gebildet aus den österreichischen und den polnischen Vertretern, für diese Zwecke geschaffen werden?

Es handelt sich um wichtige Veränderungen, die uns noch stärker berühren müßten, wenn Galizien ein Bestandteil des Königreiches Polen werden sollte. Da brauchen wir die zuverlässigsten Bürgschaften für die wirtschaftlichen Zusammenhänge und für unbedingte Sicherungen in späteren Zeiten. Der Budgetausschuß und der Verfassungsausschuß des Abgeordnetenhauses werden sich mit diesen Fragen beschäftigen und der Ministerpräsident

---

Dr. v. Seidler dürfte noch heute im Einvernehmen mit dem Minister des Aeußern die von ihm gewünschten Erklärungen abgeben. Das Abgeordnetenhaus möchte darüber beruhigt sein, daß die Geschichte, die sich in den Anfängen des Ausgleiches mit Ungarn zugetragen hat, sich nicht wiederhole. Es möchte, daß sein Recht der Mitbestimmung nicht bloß formell, sondern auch tatsächlich gewahrt bleibe.

8./XI. 1917

174

Die Schwarze Meer-Flotte ukrainisch!

KR. Stockholm, 6. November.

Das ukrainische Kriegskomitee in Kiew ist vom Flotten-Zentralkomitee telegraphisch verständigt worden, daß die ganze Schwarze Meer-Flotte sich als ukrainische Flotte erklärt habe und auf allen Panzerschiffen, Kreuzern und Torpedobooten die ukrainische Flagge gehißt worden sei.

Wie die Helsingsforser „Dagens Preß" meldet, habe das ukrainische Schwarze Meer-Komitee beschlossen, die Flotte nur mit ukrainischer Mannschaft zu besetzen.

8./XI. 1917

175

Ein Berliner Motivenbericht.

Berlin, 7. November.

Ueber die Richtung der in den Berliner Verhandlungen angestrebten Vereinbarungen wird dem „Tag" von einem unterrichteten Gewährsmann mitgeteilt:

Es hat sich in der Praxis herausgestellt, daß selbst der innere administrative Aufbau des polnischen Staatswesens auf große Schwierigkeiten stößt, so lange über die Frage seiner äußeren öffentlichrechtlichen Stellung keine Klarheit geschaffen worden ist. Schon die erste Maßnahme, die Ernennung des Ministerpräsidenten, konnte nicht nach dem Wunsche des Regentschaftsrates erledigt werden, weil der Kandidat, Graf Tarnowski, österreichischer Untertan ist. Würde Polen staatsrechtlich in ein engeres Verhältnis zu Oesterreich-Ungarn treten, dann würde diese Schwierigkeit und eine ganze Reihe von anderen schwebenden Fragen gelöst werden, dafür aber würden zahlreiche andere, schwer zu behandelnde Fragen auftauchen. Die glückliche Balancierung dieser Probleme, die Schaffung eines politischen, militärischen und wirtschaftlichen Gleichgewichtes stellt um so höhere Ansprüche an die Staatskunst, als gleichzeitig auch die Wünsche der nationalen Gruppen tunlichst berücksichtigt werden sollen. Wenn es nach den passivistischen Kreisen ginge, dann würde jede Entscheidung bis zum Ende des Weltkrieges hinausgeschoben werden. Die Mittelmächte und im Verein mit ihnen die Aktivisten können jedoch den vollendeten Tatsachen nicht aus dem Wege gehen. Diese strittige Frage darf man als gelöst betrachten. Käme es nun zu einer Angliederung Polens an Oesterreich-Ungarn, so würde die verbündete Monarchie einen erheblichen Kräftezuwachs erfahren, dem eine entsprechende Ausdehnung der deutschen Machtsphäre im Osten gegenübergestellt werden dürfte. Die Gebiete, die hier für eine Angliederung an Deutschland in Frage kommen, sind Kurland und Litauen.

Dieses Schema birgt aber dornige Einzelfragen, hauptsächlich auf dem Gebiete der Grenzregulierung. Polen würde es sicherlich freudig begrüßen, im Rahmen einer trialistischen Monarchie mit Galizien wieder vereinigt zu sein. Anderseits aber würden ihm dadurch gewisse Verzichtleistungen auferlegt. Litauen enthält einen nicht unerheblichen Einschlag polnischer Stadtbevölkerung und polnischen Adels. Städte wie Wilna und Grodno waren Mittelpunkte polnischer Kultur. Im Norden wiederum müßte voraussichtlich aus militärischen Gründen der Narewfluß als natürliche Grenze gewählt werden. Damit würde wieder eine Million polnischer Bevölkerung zu Litauen geschlagen werden. Polnischerseits würde man über eine neue Teilung Polens klagen, auch deutscher- und kurländisch-litauischerseits hätte man mit dem Problem einer neuen polnischen Irredenta zu schaffen. Andere Schwierigkeiten bestünden im Verhältnis Polens zu Oesterreich-Ungarn. Die Realunion sollte sich naturgemäß auch mit einer Personalunion verbinden. Dieser steht die Bestimmung der polnischen Verfassung entgegen, wonach der König im Lande wohnen muß. Hier könnte die Verlegung des Hofhaltes nach Warschau für einen Teil des Jahres erwogen werden. Dazu kommt das Verhältnis Litauens zu Kurland, das den zahlenmäßig überlegenen Nachbarn mit gemischten Gefühlen begrüßen würde. Was angestrebt werden muß, ist eine Entscheidung, die die Möglichkeit künftiger Konflikte tunlichst einschränkt.

8./XI. 1917

176

Die Lösung der polnischen Frage.

Das Ergebnis der Berliner Besprechungen des Grafen Czernin.

Wien, 7. November.

Berliner Blätter bringen die allerdings noch der amtlichen Bestätigung entbehrende Mitteilung, daß in den Besprechungen zwischen den leitenden Staatsmännern der beiden Kaiserreiche eine Einigung über das schwierige polnische Problem erzielt worden sei. Dieser Mitteilung zufolge soll das Königreich Polen zu Oesterreich in das Verhältnis einer Personalunion treten, der Kaiser von Oesterreich den Titel eines Königs von Polen annehmen und Galizien (gemeint ist wohl der polnische Teil Galiziens) mit dem wiedererstandenen Königreich in irgend einer Form vereinigt werdn. Zum Ausgleich für diese Machterweiterung Oesterreichs solle Litauen und Kurland in ein ähnliches Verhältnis zu Preußen treten und der König von Preußen den Titel eines Großfürsten von Litauen und Herzogs von Kurland nehmen.

In Wiener unterrichteten Kreisen wird die Berliner Meldung mit ihren Einzelheiten als verfrüht bezeichnet, aber zugleich erklärt, daß in Berlin eine unzweifelhafte Wendung in der Auffassung der Versuche einer Lösung der polnischen Frage in dem Sinne Oesterreich-Ungarns und der Oesterreich-Ungarn zustrebenden polnischen Kreise eingetreten ist. Es könne die Erwartung ausgesprochen werden, daß in absehbarer Zeit die Lösung der polnischen Frage in dieser Richtung erfolgen wird, eine Wendung, die in der Monarchie und in Kongreßpolen sowie bei den Polen der Monarchie viele Befriedigung auszulösen geeignet sein wird.

Eine solche Ordnung der Frage, wie sie die Berliner Blätter melden, entspräche im wesentlichen sicherlich den polnischen Aktivisten, d. i. jenen polnischen Parteien, welche das polnische Problem im Einvernehmen mit den Mittelmächten zu lösen wünschen. Widerspruch erhebt in Berlin die sozialistische Presse einerseits und die hakatistische anderseits. Die Beweggründe beider Gruppen liegen auf der Hand. Aber schließlich wird sich der Zwang der Verhältnisse stärker erweisen als der Einspruch von Richtungen, die wohl groß im Negieren, aber nicht ebenso vermögend im positiven Schaffen sind.

Es darf hier wohl daran erinnert werden, daß eine ähnliche Regelung schon bald nach der Befreiung Polens durch die Armeen der Mittelmächte im Sommer 1915 angebahnt und im November 1915 bereits durch weitgehende Abmachungen verbürgt war, aber dann durch den passiven Widerstand des Grafen Tisza und die mangelnde Aktivität Baron Burians so lange verschleppt wurde, bis im Frühjahr 1916 andere Lösungsmöglichkeiten zum Teile unter den Einwirkungen der Ereignisse an der wolhynischen Front in den Vordergrund der Erwägungen traten. Inzwischen haben sich in Budapest und Wien, aber auch in Berlin einige kleine Aenderungen vollzogen; auch der deutsche Vormarsch bei Riga erleichterte ein Einvernehmen auf der erneuerten alten Grundlage.

Tägliche Rundschau

8./XI. 1917.

Die Presse über die Lösung der Ostfragen.

Mit rückhaltloser Schärfe nimmt die „Kreuzzeitung“ gegen die, angeblich bereits endgültig beschlossene Lösung der Ostfragen Stellung. Sie meint, wenn die Mitteilungen über diese Lösung nur einigermaßen den Tatsachen entsprächen, so ständen wir damit vor einer neuen verhängnisvollen Wendung unserer Polen- und unserer östlichen Politik überhaupt. Sie erinnert an den früheren Vorbehalt, daß alles Endgültige und Abschließende dem Friedensvertrag vorbehalten bleibe. Ein solcher Vorbehalt sei jetzt nicht mehr möglich; denn

es ist klar, daß, wenn der Kaiser von Oesterreich und der König von Ungarn sich die Krone Polens aufs Haupt setzt, dieser Schritt nicht rückgängig gemacht werden kann, außer nach einem Zusammenbruch seiner Macht. Und nicht anders liegen die Dinge, wenn der Deutsche Kaiser den Titel eines Großfürsten von Litauen und eines Herzogs von Kurland annimmt. Damit sind aber unsere Friedensbedingungen nach Osten hin in territorialer Hinsicht endgültig festgelegt, für die Verhandlung frei bleiben allenfalls untergeordnete Fragen der Grenzlinienführung. Wir glauben, in London wird man flaggen. Als die Proklamation am 5. November vorigen Jahres erfolgte, waren mit einem Schlage alle auf einen Sonderfrieden mit Deutschland gerichteten Bestrebungen in dem damals noch zaristischen Rußland von der Bildfläche verschwunden. Der jetzige Schritt würde eine ähnliche Wirkung haben. Er würde Wasser auf die Mühlen derer leiten, die wie Terestschenko die Verlängerung des Krieges predigen, weil eine Verständigung mit Deutschland unter erträglichen Bedingungen nicht möglich sei. Wir sind der Ansicht, daß dieses angegliederte Polen der Keil sein wird, der den Bund der Mittelmächte auseinandertreibt. Es sind die gegen die polnisch untermischten Gebietsteile des Deutschen Reiches gerichteten Bestrebungen der polnischen Nation, die diese Wirkung herbeiführen werden.

Die „Kölnische Zeitung“ glaubt sich mit der, wie sie sagt, habsburgischen Lösung der polnischen Frage so abfinden zu können:

Wir wissen nicht, wann es unseren Feinden gefallen wird, sich mit uns an den Verhandlungstisch zu setzen, um über die Liquidierung des Krieges zu reden. Aber eines ist gewiß: die polnische Frage wird dann nicht zu einem endlosen Verhandlungsgegenstand werden können, wie unsere Feinde es vorhatten. Sie werden sich mit unserer Lösung des polnischen Problems abfinden müssen als mit einer vollendeten Tatsache. Es scheint uns, als wäre das kein kleiner Gewinn.

Es wird noch manches zu sagen sein über diese Neuregelung der politischen Dinge im Osten; der Eindruck aber, mit dem man in dieser ersten Stunde von ihr scheidet, ist der, daß der Weltkrieg allmählich dort aufzubauen beginnt, wo er zuerst niederreißen mußte. Möge das neue Haus nicht auf Sand gebaut sein! Möge die habsburgische Lösung der polnischen Frage in Zukunft, wenn wieder Friede ist, beitragen zur Erhaltung des europäischen Friedens!

Die linksliberalen Blätter begnügen sich zunächst damit, das „Elend“ der Reichstagsübergehung zu unterstreichen. So bemerkt das „Berliner Tageblatt“:

Sollten die Angaben zutreffen, so würden gegen die beabsichtigte Teilung der Ostlande erhebliche Bedenken erhoben werden müssen, sowohl in materieller Beziehung als auch wegen des Zeitpunktes, in dem die Lösung erfolgt. Vor allem muß der Nachdruck darauf gelegt werden, daß bisher der Deutsche Reichstag nicht gehört worden ist.

In einem vor den jetzt vorliegenden Mitteilungen über die Lösung der Ostfragen geschriebenen Warschauer Artikel der „Frankfurter Zeitung“ heißt es:

Es muß als ein gefährliches Experimentieren bezeichnet werden, jetzt noch mit dem Gedanken einer Angliederung Polens an Oesterreich-Ungarn „in der Trias“ zu spielen. Für uns bedeutete dieser Zustand, daß Oesterreich-Ungarn wahrscheinlich in absehbarer Zeit aufhören müßte, unser Bundesgenosse zu sein. Denn die inneren Schwierigkeiten wüchsen sich in diesem trialistischen Reiche aller Voraussicht nach so katastrophal aus, daß die drei Gliedstaaten sich bald auf sich selbst stellen würden. Einerseits müßte die Gegensätzlichkeit Ungarns gegen diese neue Staatsbildung in zunehmendem Maße sich offenbaren; eine andere Wendung scheint ganz undenkbar. Anderseits aber würde das in seinem Deutschtum scheinbar gestärkte Oesterreich nun zum Handlanger zweier selbstherrlicher Staaten erniedrigt, ohne in seiner inneren Kraft und Selbstbewußtheit ein Gegengewicht zu besitzen. Von österreichischer Seite aus müßte man diesen Gedanken ein für allemal begraben. Die Bedenken von deutscher Seite sollen erst hier gar nicht zur Besprechung stehen.

Der „Vorwärts“ sieht in der vorliegenden Lösung der Polenfrage einen Umschwung der auswärtigen Politik, das Verlassen der Politik des Verständigungsfriedens und den Uebergang zu einer Annexionspolitik der schärfsten Form. Er schreibt:

Wenn die Fragen des Ostens bis zum Kriegsschluß in Schwebe bleiben, so brauchen wir nur zu kämpfen, bis die Möglichkeit eines Verständigungsfriedens gegeben ist. Wird aber Polen noch während des Kriegs habsburgisch, Kurland und Litauen hohenzollersch, dann müssen wir so lange kämpfen, bis sich der ganze gewaltige Weltbund, der gegen uns steht, mit der Tatsache dieser Einverleibung abgefunden hat. Das läuft zweifellos auf eine Verlängerung des Krieges zum Zwecke von Eroberungen hinaus. Zugleich entsteht die Gefahr, daß die Mittelmächte, nachdem sie sich im Osten festgerannt, in ihrer ganzen auswärtigen Politik auf eine zwangsläufige Bahn geraten, von der heute noch niemand weiß, wohin sie führt.

Da man dem Reichstag, der sich am 19. Juli für eine Politik ohne „Eroberungslust“ aussprach, von diesen Plänen noch nichts gesagt hat, so muß man, allen gegenteiligen Gerüchten zum Trotz annehmen, daß sie noch recht weit in der Luft schweben. Von dort möge man sie baldmöglichst herabholen und in den Orkus befördern, wohin sie gehören. Der Presse aber fällt in diesem Augenblick die Aufgabe zu, vor abenteuerlichen Schritten zu warnen, deren Konsequenzen in bezug auf die Sozialdemokratie klar, im übrigen aber unabsehbar sind!

Ostdeutsche Rundschau

9./XI. 1917

185

Die Lösung der polnischen Frage.

Die Beratungen, die jetzt in Berlin zwischen österreichisch-ungarischen und deutschen Staatsmännern über die Lösung der polnischen Frage stattfinden, sind noch nicht abgeschlossen. Das kann auch gar nicht der Fall sein. Handelt es sich doch um eine ganze Reihe schwierigster Auseinandersetzungen, um die Wahrung verschiedenster einander vielfach widerstreitender Anliegen und um die Lösung jahrhundertelanger Verhältnisse, aus denen sich tief in das Volks- und in das Staatsleben eingewurzelte Verpflichtungen entwickelt haben. Aber die polnische Frage geht der Lösung entgegen. Damit, daß man den russischen Teil des ehemaligen Königreiches Polen allein, von Rußland losgelöst, als Königreich erklärte oder ihm sonst irgendeine Selbständigkeit als Staatswesen gab, war die Sache nicht erledigt. Jetzt werden Mitteilungen gemacht, daß ein großes polnisches Königreich errichtet werden soll, dem nicht bloß alle bisher Rußland zugehörigen, zumeist von Polen bewohnten Gebiete angehören sollen, dem man auch Galizien angliedern will.

Diese Form der Lösung der polnischen Frage berührt tief unsere inneren politischen Verhältnisse. Wird diese Lösung gefunden, dann geht in der entscheidenden Form ein alter Forderungssatz der Deutschnationalen Oesterreichs in Erfüllung. Vor dem Kriege verlangten wir die Sonderstellung Galiziens, der Plan der Lösung der polnischen Frage bringt uns die Ausscheidung. Durch die Schaffung der Personalunion käme dann Galizien als Teil, lediglich als Verwaltungsgebiet des neuen polnischen Königreiches, wiederum in engere Beziehungen zu Oesterreich und zu Ungarn. Rückhaltlos müssen wir als Deutschnationale diese Lösung der Frage begrüßen. Sie ist zugleich geeignet, freien Weg zu einer Ordnung der Dinge in Oesterreich überhaupt zu schaffen. Aus dem Spiele mit den Kräften, das übel beratene oder übelwollende Regierungen in Oesterreich gern als Gipfel besonderer Staatskunst hinstellen wollten, scheidet ein mächtiger Faktor aus, der nur allzu gern bereit war, sich bald auf die eine, bald auf die andere Wagschale legen zu lassen, aber immer als Gewicht, nie als Ware. Das Ausscheiden Galiziens aus dem engsten Zusammenhange mit der Monarchie verändert den politischen Plan im Innern grundlegend. Hier wird deutsche Politik bei uns einzusetzen haben, um die neugeschaffene Lage zu nützen, und der Staat selbst wird, das wurde insbesondere in den dreieinhalb Kriegsjahren vollständig klar, größten Vorteil daraus ziehen.

Die ganze Frage ist rein rechnungsmäßig zu behandeln, bei ihr dürfen irgendwelche Sentimentalitäten nicht mitspielen. Es zeugt wohl von recht geringem politischen Verständnisse, wenn heute ein sogenanntes führendes Blatt Tränen weinen möchte, weil wir Galizien angeblich „verlieren sollen", das durch hundertjährige Geschichte an uns hängt. Nur durch einen Doktrinarismus, der in solcher Vollendung lediglich bei der Sozialdemokratie zu finden ist, kann es andrerseits erklärt werden, wenn das Blatt der deutschsprechenden Sozialdemokraten Oesterreichs auf die Nachricht von der bevorstehenden Lösung der polnischen Frage nichts anderes zu erwidern hat, als daß es nicht angeht, so schwerwiegende Beschlüsse zu fassen, ohne daß die Parlamente gefragt worden wären. Die von der „Arbeiterzeitung" können beruhigt sein. Auch die sozialdemokratischen Abgeordneten in Oesterreich werden Gelegenheit finden, sich genügend darüber „zu äußern". Es ist gewiß kein Zeugnis besonderer politischer Schulung, wenn man sich darüber aufregt, daß eine so große Frage, wie es die polnische ist, nicht den Parlamenten allein überlassen wird, wenn sich vielmehr die leitenden Staatsmänner der beteiligten Reiche zunächst zusammensetzen, um darüber zu beraten, was sie den Abgeordneten in Oesterreich und im Deutschen Reiche mitsamt ihren Genossen hüben und drüben zur Lösung der polnischen Frage vorschlagen sollen. Hätte man vielleicht in Wien und in Berlin durch die Präsidenten weiße Blätter verteilen lassen sollen, auf welche jeder einzelne Abgeordnete seine Meinung schreiben sollte, wie er sich die Lösung der polnischen Frage vorstellt, um so zu einem Ende zu kommen? Der eingebildetste Abgeordnete und der verbohrteste Verteidiger parlamentarischer Rechte wird wohl nicht behaupten wollen, daß das der richtige Weg gewesen wäre. So mußten denn doch schon die Regierungen, von denen ja gerade unsere „Arbeiterzeitung" am öftesten und lautesten verlangt, daß sie die Führung in die Hand nehmen, sich um die Sache vorher etwas bekümmere. Die Sorge der „Arbeiterzeitung", daß gleichsam über die Köpfe der Polen hinweg entschieden werden soll, wird wohl am besten durch die bisher vorliegenden polnischen Aeußerungen widerlegt. Wenn Herr Daszynski mit der vorzuschlagenden Lösung einverstanden ist, dann kann es wohl auch die „Arbeiterzeitung" sein. Die große in der sozialdemokratischen Presse zur Schau getragene Aufregung ist keineswegs eine Förderung polnischer Selbständigkeitsbestrebungen. Die Sozialdemokratie entlarvt sich dadurch nur wieder selbst. Sie zeigt, daß ihr russisch-französisch-englische Empfindungen näher liegen, als die Befreiung der Polen.

Wir Deutschnationalen sehen der weiteren Entwicklung der Frage mit Gelassenheit entgegen, hoffend, daß die bisher bekanntgegebenen Richtlinien nicht verlassen werden und daß mit der Lösung der polnischen Frage auch die Lösung unserer ganzen inneren politischen Fragen erfolgen wird. —k.

Die polnische Frage.

Aeußerungen des deutschen Reichstagsabgeordneten Freiherrn v. Richthofen.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Berlin, 8. November.

Der Reichstagsabgeordnete Legationsrat Freiherr v. Richthofen, einer der Führer der nationalliberalen Partei, der im Reichstag als hervorragender Kenner der Fragen der auswärtigen Politik besonderes Ansehen genießt, hatte die Freundlichkeit, sich in einem Gespräche mit Ihrem Korrespondenten folgendermaßen über die projektierte Lösung der östlichen Frage zu äußern:

„Es ist natürlich immer im höchsten Maße erfreulich, wenn zwischen den beiden Verbündeten, dem Deutschen Reiche und Oesterreich-Ungarn, ein Einvernehmen über so wichtige und so schwierige Fragen, wie es diejenigen Polens, Litauens und Kurlands sind, erzielt wird. Da allerdings möchte ich annehmen, daß eine definitive Regelung noch nicht vorliegt, sondern daß es zunächst nur zur Festlegung einer prinzipiellen Uebereinstimmung gekommen ist. Eine endgültige Regelung kann wohl erst mit Zustimmung des deutschen Reichstages erfolgen, da, wenn die Möglichkeit der Uebernahme einer fremden Souveränität durch den deutschen Kaiser und König von Preußen in Betracht kommt, die Zustimmung des Reichstages unumgänglich sein wird. Auch dürften in diesem Falle wohl eine Reihe von Verträgen zwischen dem neuen Staatsgebilde und dem Deutschen Reiche notwendig werden, die gleichfalls verfassungsmäßig der Zustimmung des Parlaments bedürfen.

Ueber die Art der Regelung dieser östlichen Fragen läßt sich selbstverständlich schwer etwas sagen, solange nicht eine authentische Erklärung der beiden beteiligten Regierungen vorliegt. Es ist ja eine bekannte Tatsache, daß eine ideale und alle Seiten befriedigende Lösung der polnischen Frage und der Fragen, die damit zusammenhängen, nicht gefunden werden kann. Die Trennung der verschiedenen Staatsgebiete wird immer eine gewisse Unzufriedenheit in Teilen der Bevölkerung zurücklassen.

An sich ist der Gedanke, Polen durch eine Personalunion mit der habsburgischen Monarchie und Litauen sowie Kurland durch das gleiche System mit dem Hohenzollern-Hause zu verbinden, gewiß in mancher Beziehung befriedigend. Man könnte darauf die Hoffnung gründen, daß die scharfen Gegensätze, die zwischen den Bevölkerungen und den Interessen dieser zukünftigen Staaten jetzt bestehen, vielleicht auf diese Weise gemildert werden können, wenn zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn ein so enges Bündnisverhältnis besteht. Auf der andern Seite liegt gerade darin eine nicht zu unterschätzende Gefahr für die Zukunft.

Das schwerste Bedenken gegen eine alsbaldige Regelung der polnischen und litauischen Wünsche, das meines Erachtens mit Recht erhoben wird, liegt darin, daß die Lösung der Ostfragen jetzt, mitten im Weltkrieg, erfolgen soll. Es kann sich für die Zukunft als sehr schädlich erweisen, bereits vollendete Tatsachen geschaffen zu haben, deren eventuelle Abrechnung bei dem doch nun einmal kommenden Gesamtfrieden ohne Prestigeverlust nicht wohl möglich wäre.

Man muß hiebei nicht nur von dem Gesichtspunkte ausgehen, daß eine solche Vorwegnahme der Friedensabmachungen sicherlich nicht kriegsverkürzend wirken wird, oder daß sich Verhältnisse ergeben könnten, die im Wege des Kompromisses eine andere Regelung der Ostfragen wünschenswert erscheinen lassen, sondern man muß vor allem im Auge behalten, daß eigentlich das hauptsächlichste politische Kriegsziel der Mittelmächte die Sprengung der Entente sein muß. Je stärker sich aber diese Politik gegen Rußland richtet, um so schwerer wird dieses Ziel zu erreichen sein, und vor allem muß man bei der ganzen Berechnung der zukünftigen Gestaltung des russischen Reiches, das zurzeit noch als ein ganz unsicherer Faktor entfällt, vorsichtig sein. Niemand vermag heute zu übersehen, welche politische und materielle Macht Rußland beim Friedensschlusse und in den auf diesen folgenden Jahren darstellen wird. Davon aber muß für Oesterreich-Ungarn sowohl wie für Deutschland die Rußland gegenüber einzuschlagende Politik abhängen. In den Bereich dieser Politik gehört auch die polnische Frage im weitesten Umfange.

Aber ich wiederhole, daß die Fällung eines endgültigen Urteils erst möglich ist, wenn die Abmachungen, die zwischen den beiden verbündeten Regierungen getroffen wurden oder getroffen werden sollen, genau bekannt sind. Dann werden ja auch die Motive, die für die Abmachungen die Grundlage bildeten, von den verantwortlichen Leitern unserer auswärtigen Politik dargelegt werden, und es wird auf Grund derselben möglich sein, zu einer endgültigen Stellungnahme zu gelangen.

9./XI. 1917

186

Abendblatt
9./XI. 1917

187

Die Früchte des Sieges, die Gefahr und die Furcht.

Zur Beurteilung der Politik und Taktik der sozialdemokratischen Führer.

Aus parlamentarischen Kreisen wird uns geschrieben:

Die „Reichspost" hat es in verdienstlicher Weise zum ewigen Gedächtnisse festgehalten, daß außer den radikalen tschechischen Parteien auch die deutschösterreichischen Sozialdemokraten bei der Verkündigung unserer Siege in Friaul durch den Präsidenten des Abgeordnetenhauses zweimal demonstrativ unsern Helden den dankenden Beifall verweigert haben. Unsere Krieger, die für die Heimat so Uebermenschliches geleistet haben, werden sich, wenn die Kunde von dem Skandal zu ihnen dringt, über diese Sorte von Hinterländlern, welche die Möglichkeit ihres Diätenbezuges ausschließlich dem Heldentum der Krieger verdanken, ihre Gedanken machen. Die Dankverweigerer werden etwas erleben, wenn die „Schützengrabenpartei" heimkommt.

Es wird vielleicht mancher, der die Tendenzen der Adler-Partei nicht kennt und geneigt ist, den Gelegenheitsäußerungen der paar „Sozialpatrioten" unter ihnen Glauben zu schenken, fragen, was denn die sozialdemokratischen Führer mit einem solchen Verhalten eigentlich beabsichtigen und wo sie hinauswollen. Darauf gab das sozialdemokratische Hauptorgan bereits in seiner Nummer vom 1. d. (Nr. 300 der „A.-Z.", Seite 2) in einem Allerseelenartikel eindeutige, leider zu wenig beachtete Antwort; der Artikel, der in der Zeit des weltgeschichtlichen Vormarsches der verbündeten Sieger zum Tagliamento erschien, enthält ein Bekenntnis und eine Ankündigung:

„**Mit jedem neuen Tage wächst die Gefahr, daß der Krieg,** den der gute Wille nicht beendet, **durch die Waffen entschieden werden könnte.** Nach welcher Richtung immer die Würfel fielen, für das ganze Europa und der Welt wäre das Unglück gleichgroß... **Die instinktive Furcht vor einer solchen Entwicklung erstickt allgemach jeden Siegesjubel** ... Bis nun hat sich das Proletariat beinahe allein um die Idee von Stockholm geschart, die herrschenden Gewalten hinderten es zumeist, die Gleichgültigkeit der bürgerlichen Bevölkerung hemmte es mit ihrem Schwergewicht. Das wird bald anders werden. (Dies bezieht sich wohl auf die gewonnene Mitwirkung der Revolutionsjuden in der gewissen bürgerlichen Demagogen- und Sensationspresse. D. Red.) .... Stark, selbstbewußt und sich selbst treu genug ist die Arbeiterklasse (gemeint ist die sozialdemokratische Führerschaft), um den Gedanken .... der Freiheit und Gleichheit aller Nationen mitten im Toben des Wahnsinns aufrecht zu erhalten, zu verbreiten und um ihn nacheinander alle Klassen, die leiden, und alle Völker, die bedroht sind, zu sammeln und ... so lange zu sammeln, bis die Mehrheit auch die Macht ist, die mitreißende, bezwingende, alle Widerstände bewältigende Macht ... Diese Sammlung wird immer noch früh genug gelingen, **um selbst den Triumphator um die Früchte des Triumphes zu verkürzen.**

Hier sind die Gefühle, die Absichten und Pläne, welche durch die herrlichen Siege der verbündeten Armeen über das treulose räuberische Italien bei den Führern der Adler-Partei gezeitigt wurden, urkundlich niedergelegt. Den erforderlichen Kommentar mag sich jeder, mögen sich unsere Helden und ihre genialen Führer, mögen sich endlich auch die verantwortlichen Leiter unseres Reiches selber machen. Nur damit die politischen Handlungen und die parlamentarische Taktik der sozialdemokratischen Führer auf allen Seiten des Hauses und in der Oeffentlichkeit richtig beurteilt werden, erschien es angezeigt, auf die besonders deutlichen Novemberbekenntnisse des sozialdemokratischen Hauptorgans hinzuweisen. Schließlich sei noch daran erinnert, daß gegenüber siegreichen Unternehmungen der feindlichen Verbandsmächte in der „A.-Z." niemals ähnliche Gefühle und Pläne geäußert wurden. Sapienti sat.

*

Nach dem Siege Lenins, eines Stammes- und Gesinnungsgenossen und Hausfreundes der Familie Adler, in Petersburg ist die schärfste Kontrolle über die politischen Aktionen der Adlerpartei umso unerläßlicher, als nach mehrfachen, hier bereits gelegentlich erwähnten Aeußerungen des sozialdemokratischen Hauptorgans die Gefahr besteht, daß die Adlerpartei nicht, wie es ihre Pflicht als einer österreichischen Partei wäre, ihre Beziehungen zum Haupt der dermaligen Petersburger Regierung zugunsten Oesterreichs und eines Oesterreich günstigen baldigen Friedens, sondern umgekehrt ihre Macht und ihren Einfluß in Oesterreich zur Unterstützung der Partei Lenins in Rußland in die Wagschale wirft.

Der Abend
9./XI. 1917

188

Die Arbeit für den Frieden.

Die Friedensabstimmung des „Abend" hat bisher rund 70.000 Zustimmungskarten ergeben. Wir werden sie, wie angekündigt, am kommenden Montag dem Minister des Äußern einsenden. Die Säumigen, die im Besitze unserer Karten sind — es sind ihrer viele Tausende —, mögen bis dahin die ausgefüllten Zettel an uns einsenden. Die Ereignisse der letzten Tage haben sie gelehrt, wie nötig es ist, alle diejenigen, welche unsere äußere Politik an den verantwortlichen Stellen führen, immer wieder und durch jedes geeignete Mittel daran zu mahnen, daß es nur ein Ziel geben darf: den Frieden der Völker auf der Grundlage des Rechtes und der freien Vereinbarung. Die letzten Tage haben hoffentlich auch allen gezeigt, daß fortan nur die Taten und nicht die Erklärungen und Versprechungen der Verantwortlichen für uns maßgebend sein dürfen. Die Überraschung, die der durch unser Vertrauen geehrte Graf Czernin bot, wird alle, die den Frieden wirklich wollen, in der Überzeugung geeint finden, daß von nun ab die Agitation für den Frieden stärker wird werden müssen denn je.

*

Sonntag, um ½10 Uhr vormittags, findet im Großen Saale des Konzerthauses die große sozialdemokratische Friedensversammlung statt, in der Dr. Viktor Adler, Franz Domes, Dr. Ellenbogen, Adelheid Popp, Dr. Renner und Karl Seitz sprechen werden. Mehr als je von der Notwendigkeit der stärksten Äußerungen des Friedenswillens überzeugt, fordern wir die Leser des „Abend" auf, an dieser Versammlung teilzunehmen. Ein Massenbesuch möge den Kriegsunersättlichen innerhalb und jenseits der Grenzen zeigen, wie das arbeitende Volk über die Notwendigkeit des baldigen Friedens ohne Landerwerb und Entschädigung, ohne Personalunion und neugeschaffene Herzogtümer denkt.

Ostdeutsche Rundschau 189

9./XI. 1917

Frieden durch Macht — das Deutschtum in Südtirol.

Ein zerbröckeltes Deutschland und Oesterreich schwebte am Beginne dieses Krieges als „europäisches Gleichgewicht" vor den sehnsüchtigen Raubseelen unserer Feinde. Die ruhige Entwicklung dieser Staaten, die sorgsame Pflege des Friedens war für diese Raubvölker nur eine Herausforderung. Ist es nun heute nicht ein verdichteter Wahnwitz, von einem Ausgleichsfrieden und von einer Versöhnung der Völker zu schwätzen, von etwas, was geschichtlich und naturgeschichtlich nie möglich ist? Wie können sich z. B. die Völker Deutschlands und Frankreichs versöhnen, die so grundverschieden in ihrem Wesen und ihrer Entwicklung sind? Die geschichtliche Raubsucht Frankreichs und die so oft verhöhnte Friedensliebe Deutschlands besteht seit Jahrhunderten. Da die Geschicke von Jahrhunderden es nicht vermocht haben, diese Völker einander seelisch näher zu bringen, so sollte selbst der hartgesottenste Schwachkopf einsehen, daß Millionenvölker nicht durch eine Anzahl Diplomaten am „Friedenstische" versöhnt werden können, wo voraussichtlich den verzopften deutschen Friedensmeiern von den geriebeneren feindlichen regelrecht übers Ohr gehaut würde. Das demokratisierte Frankreich würde bei seiner angebornen Raublust in kurzem wieder durch eine Anzahl im Dienste des Weltmammons stehende Schurken zum Kriege geführt werden und das friedliche Deutschland könnte neuerdings Millionen Söhne dieser Art „Versöhnung" opfern.

Was dauernden Frieden in Europa schaffen kann, ist nur ein Deutschland mit größter Macht. Nur die Furcht vor der Macht hindert raubgierige Völker vor Beutezügen. Dieser Gedanke und nur dieser muß maßgebend sein für unsere Kriegsziele und nicht die utopische Völkerversöhnung der Friedenswinsler.

Italien hielt es für eine heilige Pflicht, seinen Bundesgenossen zu überfallen und wagte es auch. Warum? Weil es wähnte, daß Oesterreich durch den jahrelangen blutigen Kampf tödlich verwundet sei, überfiel es nach Art einer Wolfsbestie seinen anscheinend schwer getroffenen Bundesgenossen, um ihn aufzufressen. Warum hat denn Italien sich nicht an Frankreich und England herangewagt? Von diesen hätte es für den „Sacro egoismo" auch Brauchbares zu erwarten gehabt, z. B. Korfika, Savoyen, das abgerissene Heimatland der Dynastie, Nizza, das von England geraubte Malta. — Ja — aber England und Frankreich sind Macht! Die Macht hat viele vor dem Striche mit Italien gedrückt; Italien hat die Bloßierung seiner Blößen gefürchtet.

Aber Italiens Berechnung war grundfalsch. Heute, nach so vielen Mißerfolgen, würde es sicher die Treue zu seinen früheren Bundesgenossen als "heilige Pflicht" empfinden und dem „Sacro egoismo" eine andere Richtung geben. Auch Deutschland hat Fehler gemacht, aber es hat sie nicht aus Schwäche begangen, sondern aus Ueberschätzung seiner Kraft und aus Vertrauen auf die Ehrlichkeit seiner Gegner. Es hat sich nicht gefürchtet, Macht zu zeigen, wo es Macht zu zeigen galt, und es hat sich nicht gefürchtet, Macht zu gebrauchen, wo es Macht gebrauchen mußte. Es hat sich nicht gefürchtet, Macht zu gebrauchen, wo es Macht gebrauchen mußte. Es hat sich nicht gefürchtet, Macht zu gebrauchen, wo es Macht gebrauchen mußte.

Es hat sich nicht gefürchtet, Macht zu gebrauchen, wo es Macht gebrauchen mußte.

Reichspost

9./XI. 1917

Der Stand der Verhandlungen in der polnischen Frage.

Von Wiener unterrichteter Seite wird uns mitgeteilt:

Die Verhandlungen zur Lösung der polnischen Frage sind, wie bereits amtlich erklärt wurde, bei weitem nicht so weit gediehen, als die vom Berliner „Lokalanzeiger" ausgehenden Darstellungen glauben machen wollten. Wahr ist nur soviel, daß die „Vorbesprechungen" in Berlin in ein etwas aktuelles Stadium getreten sind. Der Gang der Verhandlungen ist ein befriedigender; die Verhandlungen selbst sind aber noch lange nicht abgeschlossen und überhaupt noch nicht an dem entscheidenden Wendepunkt angekommen.

Die Zeit
9./XI. 1917
192

Die polnische Frage.

Der Verfassungsentwurf für Polen.

Erbliche Monarchie in der Familie des gewählten Königs.

* Wien, 8. November.

Der Verfassungsausschuß des gewesenen provisorischen Staatsrates hat nach fünfmonatiger Arbeit eine vom Professor für Staatsrecht an der Warschauer Universität Dr. Siegmund Cybichowski entworfene Verfassung für das Königreich Polen angenommen. Aus einem Gespräch des Prof. Cybichowski mit einem Vertreter des Kurjer Warschawski führte, das der Krakauer Naprzod vom 7. d. veröffentlicht, ist zu entnehmen:

Das Verfassungsprojekt stellt zunächst fest, daß der polnische Staat unabhängig sei und den Charakter einer erblichen konstitutionellen Monarchie habe. Der Ausschuß hatte zuerst beschlossen, daß die polnische Krone nur einem Manne zufallen kann, später aber auch den Frauen das Recht der Thronfolge im Falle des Erlöschens der männlichen Linie zuerkannt. Das Volk, das heißt der Landtag, hat den ersten König zu wählen und die Thronfolge zu bestimmen.

Der Landtag und das Wahlrecht.

Der Landtag besteht aus zwei Kammern: dem Abgeordnetenhaus und dem Senat. Das Wahlrecht ist allgemein, gleich, geheim, unmittelbar und proportional. Jeder Bürger über 25 Jahre hat das Wahlrecht, auch wenn er nicht lesen und schreiben kann. Auf je 60.000 Einwohner entfällt ein Abgeordneter, und zwar wird das Land in Dreimandate-Wahlbezirke eingeteilt.

Der Senat.

Die Hälfte des Senats wird gewählt, und zwar ein Viertel vom Großgrundbesitz, das andere Viertel von den ländlichen autonomen Körperschaften. Die andere Hälfte des Senats setzt sich aus den Virilisten und den vom König Ernannten zusammen. Die Virilisten sind die volljährigen Mitglieder der herrschenden Dynastie, der Erzbischof von Warschau, der Präsident des Obersten Gerichtshofes, der Präsident des Obersten Verwaltungsgerichtshofes und der Direktor der obersten Bildungsanstalt im Staat. Zu den ernannten Mitgliedern gehören die Bischöfe, ein Vertreter des evangelisch-augsburgischen Klerus und ein Vertreter des evangelisch-reformierten Klerus, weiter die vom König für zehn Jahre ernannten Mitglieder, und zwar vier auf Antrag der landwirtschaftlichen Korporationen, drei auf Antrag der Handelsorganisationen, drei auf Antrag der Arbeiterorganisationen und eines auf Antrag der Bildungskorporationen. Ueberdies werden vom König auf Lebenszeit die hervorragendsten Männer der Staatskunst, der Volkswirtschaft, der Kunst und der Wissenschaft in den Senat berufen. Der Senat soll zwei Drittel des Abgeordnetenhauses betragen. Die Abgeordneten werden für fünf Jahre, die Senatoren für zehn Jahre gewählt, doch scheidet nach je fünf Jahren die Hälfte der Senatoren aus.

Das Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus hat über die Richtung der Staatspolitik [illegible]ntscheiden; dem Senat fällt nur eine hemmende Wirkung zu. Wenn das Budget nicht angenommen wird, kann der Staat die gesetzlich eingeführten Steuern weiter einheben und die gesetzlichen Ausgaben, wie zum Beispiel die Beamtengehalte, weiter bezahlen. Die Verfassung spricht dem Landtag das Recht zu, Ministern ein Mißtrauensvotum auszusprechen und Interpellationen an die Regierung einzubringen. Der Minister muß demissionieren, wenn das Abgeordnetenhaus mit Zweidrittelmehrheit oder wenn beide Kammern mit einfacher Mehrheit die Demission verlangen.

Schließlich werden Bestimmungen über die grundsätzlichen Rechte der Bürger, die analog den Bestimmungen in anderen demokratischen Staaten sind, getroffen.

Die Zeit

9/XI. 1917

Zunftgeheimnisse.

Die Nachrichten über die künftige Gestaltung Polens haben sowohl in Deutschland wie in Oesterreich starke Bewegung hervorgerufen. Im österreichischen Abgeordnetenhaus sprach man gestern überhaupt von nichts anderem, und nicht nur die Polen und Ukrainer, auch die Abgeordneten aller anderen Parteien waren durch die mannigfachen Fragen, die mit der polnischen Staatsangelegenheit zusammenhängen, in erregte und sorgenvolle Stimmung versetzt. Man verlangte den Ministerpräsidenten zu hören. Er erschien nachmittags im Budgetausschuß, aber was er dort mitteilte, beschränkte sich auf die Wiedergabe des nämlichen Beschwichtigungscommuniqués, das von amtlicher Seite für die Abendblätter ausgegeben worden war und das nicht mehr besagt als: es wird verhandelt, aber man ist noch nicht fertig. Diese rein formale Dementierung der Berliner Blättermeldungen wirkte natürlich nicht sehr beruhigend. Im Budgetausschuß kam es sofort zu heftigen Szenen, die einen leisen Vorgeschmack von den Schwierigkeiten und Kämpfen geben, die mit der wirklichen Lösung der polnischen Frage verbunden sein werden. Ob wir dieser Lösung bereits nahe sind, weiß wohl niemand, auch die Eingeweihtesten nicht, weil auch sie all die Faktoren, die dabei mit in Rechnung kommen, nicht so sicher in der Hand haben. Wir alle aber wissen, daß die Lösung dieser Frage uns alle angeht, weil hier politische und wirtschaftliche Interessen von unermeßlicher Wichtigkeit auf dem Spiele stehen.

Eine Sache von so großer Bedeutung kann, einmal zu öffentlicher Diskussion gestellt, nicht einfach wieder unter den Tisch fallen. Die öffentliche Meinung schweigt nicht gehorsam, wenn man ihr mit einem Communiqué abwinkt. Das ist allenfalls Anno Stürgkh gegangen, ja damals brauchte man nicht einmal ein Communiqué dazu, sondern die Zensur diktierte einfach: für die Oeffentlichkeit gibt es keine polnische Frage. Allerdings haben auch damals schon alle halbwegs unterrichteten politischen Kreise gewußt, daß zwischen Wien und Berlin — bereits seit dem Sommer 1915 — über die zukünftige Staatsform Polens eifrig verhandelt wurde. Auch Inhalt und Verlauf dieser Verhandlungen konnten kein Geheimnis bleiben, und kürzlich hat ja ein diesen Dingen nahestehender Politiker, Dr. v. Bilinski, im Herrenhaus allerlei Details darüber zum besten gegeben. Man wußte also beiläufig, wie die Sache stand, als sich Graf Czernin in den jüngsten Tagen zu neuen Verhandlungen nach Berlin begab. Er nahm seinen polnischen Referenten mit, er hielt sich auffallend lange in Berlin auf, es fand zu gleicher Zeit auch ein Kronrat dort statt, — und in den Berliner Blättern, die derlei politische Nachrichten nicht aus dem Finger zu saugen pflegen, tauchte plötzlich der fertige Bauplan des neuen Königreiches Polen auf.

Ist es notwendig, erst auseinanderzusetzen, warum in Oesterreich jeder politische Nerv vibrieren mußte, als dieser Plan in Erscheinung trat? Man war nicht überrascht, durchaus nicht. Aber in dem Augenblick, wo die polnische Frage aus dem Dunkel diplomatischer Verhandlungen in das Licht der Oeffentlichkeit hinaustrat, begriff jedermann, daß sie fortan in diesem Licht bleiben müsse, weil die polnische Frage, die ein ungeheurer Komplex von Fragen ist, nicht durch Kabinettspolitik, sondern nur durch die Mitwirkung volkstümlicher Kräfte zu lösen ist. Es ist jetzt nicht mehr die Zeit, wo Diplomaten, wenn sie über solche Dinge verhandeln, der neugierigen Mitwelt ehrfürchtiges Stillschweigen kommandieren können. Die diplomatische Geheimzunft erfreut sich jetzt nicht des besten Rufes, da ihre Zunftgeheimnisse, solange man sie respektierte, den respektvollen Völkern keinen besonderen Segen gebracht haben. Die neue Gestaltung Europas muß nach einer neuen Methode angefaßt werden, und Polen bildet dabei ein Hauptkapitel. Oesterreich ist an dieser Frage mit einem Viertel seiner Einwohnerzahl, mit seinen gesamten Verfassungseinrichtungen, mit dem höchsten politischen und wirtschaftlichen Einsatz interessiert. Das Abgeordnetenhaus hat gestern bereits gezeigt, daß es in dieser Sache ernste Aufklärung wünscht, und es wird heute diesen Wunsch vielleicht noch kräftiger zu erkennen geben. Soll die polnische Frage noch vor den künftigen Friedensverhandlungen, durch eine vorläufige oder endgültige Auseinandersetzung zwischen Deutschland und unserer Monarchie gelöst werden, dann werden die beiderseitigen Volksvertretungen nicht bloß zum Schlußpunkt und Streusand, sondern schon in einem früheren Stadium über die Absichten der Regierungen unterrichtet werden müssen.

Neue Wiener Tagblatt

9./XI. 1917

Die polnische Frage.

Tage von weltgeschichtlichem Inhalt sind angebrochen. Während in Rußland die Knechte der Entente, die das Volk um die Früchte der Erhebung gegen den Zarismus bringen wollten, von einem neuen Umsturz hinweggefegt werden, während österreichisch-ungarische und deutsche Truppen auf italienischem Boden einen Akt der Vergeltung üben, der als Heldenepos in die fernsten Jahrhunderte klingen wird, erhebt sich vor den Völkern Oesterreichs in riesenhafter Größe das polnische Problem. Wohl geschieht es vorzeitig und entgegen der Absicht der Staatsmänner, vielleicht als Folge dunkler Machenschaften oder auch einer auf Erregung und Nervenkitzel eingestellten Zeitungsmache. Doch da es nun geschehen und die öffentliche Meinung über Nacht vor die polnische Frage gestellt ist, war es natürlich, daß sich das Abgeordnetenhaus mit raschem Griff eines Problems bemächtigt hat, das staatsrechtliche, nationale und wirtschaftliche Lebensfragen von größter Tragweite, ja die ganze europäische Stellung der Monarchie berührt. Schon der ungewöhnliche Vorgang, daß zwei Ausschüsse des Abgeordnetenhauses sich zu gemeinsamer Sitzung versammelt haben, um die Erklärung des Ministerpräsidenten entgegenzunehmen, bezeugt den mächtigen Eindruck, den die wenn auch unverbürgten und unzutreffenden Meldungen auf die Volksvertretung und auf die öffentliche Meinung geübt haben. Ritter von Seidler war einvernehmlich mit der Leitung des Auswärtigen Amtes in der Lage, zu erklären, daß die vorliegenden Meldungen den Tatsachen durchaus nicht entsprechen und daß die Berliner Verhandlungen, die einen befriedigenden Verlauf nehmen, keineswegs zum Abschluß gekommen sind, um so weniger, als noch andre maßgebende Faktoren berufen sein werden, mitzusprechen. Man kann aus diesen Worten die willkommene Beruhigung schöpfen, daß nicht geplant ist, in einer Angelegenheit von unermeßlicher Folgenschwere die zunächst berührten Staaten und Völker vor unwiderrufliche vollzogene Tatsachen zu stellen. Die Staatslenker selbst schaffen sich damit den Vorteil, daß sie nicht ihre Schultern mit der ungeheuren Bürde der Alleinverantwortung belasten müssen und daß sie vor der endgültigen Entscheidung die Stimmen aller Berufenen vernehmen können.

Es ist ein unübersehbarer Komplex schwerstwiegender Probleme, die sich bei jeder wie immer gearteten Konstruktion des künftigen Verhältnisses zwischen Polen und der Monarchie auftürmen. Stünde beispielsweise, wie Berliner Blätter voreilig wissen wollten, eine Loslösung Galiziens von Oesterreich und die Vereinigung dieses größten und volkreichsten Kronlandes mit dem Königreich Polen in Erwägung, dann würden alle Grundfragen des staatsrechtlichen und nationalen Aufbaues der habsburgischen Monarchie aufgerollt: das Verhältnis zu Ungarn, die Ansprüche der Süd- und Nordslawen, vor allem aber ergäbe sich als Kern- und Hauptfrage die der erforderlichen Sicherheiten und Bürgschaften. Denn das hat gewiß den Gegenstand ernstester Erwägungen der Staatsmänner gebildet, daß in einem solchen Falle nur jene Konstruktion zu befriedigen und den gebrachten ungeheuren Opfern zu entsprechen vermöchte, welche die stärksten, unlösbaren Klammern

Reichspost

10./XI. 1917

198

Litauens Zukunft.

Eine litauische Konferenz in der Schweiz.

Berlin, 9. November.

Das Wolffsche Bureau meldet aus Bern: In der Schweiz tagt gegenwärtig die litauische Konferenz, die von Bevollmächtigten des litauischen Landesrates in Wilna und der litauischen Auslandsorganisationen in der Schweiz, Rußland und Amerika beschickt wurde. Den Vorsitz führt Smetona, der Präsident des litauischen Landesrates, der mit verschiedenen anderen Mitgliedern des Landesrates kürzlich aus Wilna in der Schweiz eingetroffen ist. Wie wir hören, besteht zwischen den verschiedenen auf der Konferenz vertretenen Parteien volle Einigkeit. Der litauische Landesrat (Tariba) wurde als oberste Instanz des gesamten litauischen Volkes und aller Organisationen von der Konferenz anerkannt und ein ausführliches Programm für die Zuständigkeit ausgearbeitet. Die Konferenz ist der Ansicht, daß der Landesrat in erster Linie eine energische praktische Tätigkeit im Lande beginnen müsse, die dazu dienen soll, die Lage des Volkes zu verbessern und seine Entwicklung zu fördern. Dadurch würde der Landesrat gleichzeitig nach innen und außen seine Autorität vergrößern, auf die gestützt er die Verfassungsfragen lösen wird, die die Errichtung des künftigen litauischen Staates voraussetzt. — Die Beratungen der für Litauens Zukunft so wichtigen Konferenz nehmen ihren Fortgang.

10./XI. 1917

199

Die Geheimverträge verschwunden! — Vor allem die Kassen! — Die neuesten Machthaber für einen Sonderfrieden?

Stockholm, 8. November. (Tel.-Korr.-B.)

Die hiesigen Bolschewiken-Führer rechnen mit dem wahrscheinlichen Erfolg der Revolution, obwohl sie die Möglichkeit der Bildung einer gegenrevolutionären Regierung in Nowo-Tscherkaßk mit Geldhilfe der Entente und mit Unterstützung der Kosaken zugeben.

Die Geheimverträge sind aus dem russischen Ministerium des Aeußern verschwunden.

Lenins erste Maßnahme war die Beschlagnahme aller Kassen; er will das Kapital nationalisieren.

Die Bolschewiken wollen unbekümmert um die Alliierten einen Separatfrieden schließen, doch seien sie gegen die Abtretung Kurlands an Deutschland mit Rücksicht auf das Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen.

Die Lösung des Polenproblems bleibe den Polen überlassen.

Verhaftung Kerenskis.

Berlin, 9. November.

Dem „Berl. Tgbl." zufolge verbreitet Reuter eine Meldung der „Pet.-Tel.-Ag.", wonach Kerenski verhaftet worden sei.

Neue Freie Presse

Abendbl.
10./XI. 1917

201

Mitteilungen Lansings über die nächste Ententekonferenz.

Washington, 8. November.

Reuter meldet: Staatssekretär Lansing gab eine Erklärung über die bevorstehende Konferenz der Alliierten ab. Nachdem er erwähnt hatte, daß sie im wesentlichen eine Kriegskonferenz sei, erklärte er, daß die Konferenz durch die allgemeine Prüfung der Gesamtlage unzweifelhaft imstande sein werde, den Forderungen der einzelnen Regierungen ein richtigeres Verhältnis zu geben und ihnen in den allgemeinen Plänen für die Kriegführung den richtigen Platz zuzuweisen. Die Hilfsquellen des Landes seien sehr groß; obwohl jedoch durchaus die Absicht bestehe, wenn nötig, alles daranzusetzen, um den Krieg zu gewinnen, seien die Hilfsquellen doch nicht unbegrenzt. Aber selbst wenn sie noch größer wären, sollten sie doch alle zur Erreichung des höchsten Zwecks, für den die Vereinigten Staaten kämpfen, verwendet werden. Dies kann, fügte Lansing hinzu, durch volle offene Besprechung der Pläne und Bedürfnisse der verschiedenen Kriegführenden geschehen. Es ist der ernsteste Wunsch der Regierung, ihre Militär- und Flottenmacht, ihre Hilfsquellen und ihre Kraft dort zu verwenden, wo sie den größten Vorteil für die Förderung der gemeinsamen Sache bieten. Zur Vermeidung von Kraftverschwendung ist es von höchstem Wert, Uebereinstimmung in die Tätigkeit den Nationen zu bringen, die, was sich nicht vermeiden läßt, bis zu einem gewissen Grade unabhängig voneinander handeln.

Reichspost

Abend
10./XI. 1917

202

Vorschlag sofortiger Friedensverhandlungen durch den Sowjet.

Für einen dreimonatigen Waffenstillstand.

Petersburg, 9 November. (Petersb. Tel.-Ag.)

Der Kongreß der Sowjets hat die Grundzüge eines Friedensvorschlages angenommen, in dem er erklärt: Die durch die Revolution vom 6. und 7. November geschaffene Regierung der Arbeiter und Bauern, schlägt, gestützt auf den Sowjet, den Regierungen aller kriegführenden Länder vor, unverzüglich in Besprechungen Pourparlers über einen demokratischen, gerechten Frieden einzutreten.

Die Regierung ist der Ansicht, daß ein demokratischer gerechter Friede, den die Mehrheit der Arbeiterklasse aller durch den Krieg erschöpften und zugrundegerichteten kriegführenden Länder anstrebt, ein Friede, wie ihn die russischen Arbeiter und Bauern nach dem Sturze der Monarchie gefordert haben, ein sofortiger Friede sein müsse ohne Annexionen — das heißt ohne Aneignung fremden Gebietes und ohne gewaltsame Einverleibung fremder Nationalitäten — und ohne Entschädigungen sein müsse. Die russische Regierung schlägt allen Kriegführenden vor, sofort zu einem solchen Frieden zu schreiten, indem sie sich bereit erklärt, unverzüglich alle energischen Schritte zu unternehmen bis zur endgültigen Billigung aller Bedingungen dieses Friedens durch die Bevollmächtigten aller Länder.

Unter Annexionen oder gewaltsamer Gebietsaneignung versteht die Regierung nach dem Rechtsbewußtsein der Demokratie im allgemeinen und der Arbeiterklasse im besonderen jede Einverleibung einer kleinen schwachen Nationalität in einen großen mächtigen Staat ohne deren Zustimmung, unabhängig von dem Grade ihrer Zivilisation und ihrer geographischen Lage, sei es in Europa oder in einem jenseits des Ozeans gelegenen Lande. Die gewaltsame Festhaltung irgend eines Volkes durch irgend einen Staat, die Weigerung, der Bevölkerung gegen ihren, sei es in der Presse oder in Volksversammlungen oder Parteibeschlüssen (!), sei es durch Auflehnung oder Erhebung gegen die Unterdrücker zum Ausdruck gebrachten Willen das Recht der Volksabstimmung einzuräumen, die Weigerung, die Besatzungstruppen zurückzuziehen, endlich die Verweigerung des Rechtes, sich ihre politische Regierungsform einzurichten — das ist Annexion (!) oder gewaltsame Aneignung (!). Die Regierung ist der Ansicht, daß eine Fortsetzung des Krieges zu dem Zweck, die schwachen besiegten Nationalitäten unter den reichen mächtigen Nationen aufzuteilen, ein großes Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist. Daher verkündet die Regierung feierlich ihren Entschluß, einen Frieden zu unterzeichnen, der unter den erwähnten für alle Nationalitäten gerechten Bedingungen diesem Kriege ein Ende machen wird. Gleichzeitig erklärt die Regierung, daß die erwähnten Bedingungen nicht als endgültig betrachtet werden sollen, das heißt, die Regierung ist damit einverstanden, alle anderen Friedensbedingungen zu prüfen, und besteht nur darauf, daß diese Bedingungen mit größtmöglicher Raschheit von dem betreffenden kriegführenden Lande vorgeschlagen werden und daß sie durchaus klar seien, ohne irgend einen geheimnisvollen Zug.

Die Regierung schafft ihrerseits die gesamte Geheimdiplomatie ab und bekräftigt ihren festen Entschluß, die Friedensunterhandlungen offen vor der ganzen Welt zu führen und zur Veröffentlichung von der Regierung der Großgrundbesitzer- oder Kapitalistenklasse seit Februar bis zum 7. November 1917 gebilligten oder geschlossenen Geheimverträge zu schreiten.

Die Regierung erklärt diese Geheimverträge für null und nichtig, soweit sie, wie es in der Mehrzahl der Fälle geschieht, alle Arten von Begünstigungen und Vorrechten den Großgrundbesitzern und Kapitalisten zuzugestehen suchen, indem sie die von den Allrussen vollzogenen Annexionen aufrechterhalten oder vermehren.

Indem die Regierung alle Völker einlädt, sogleich in Friedensbesprechungen einzutreten, erklärt, sie sich ihrerseits bereit, diese Besprechungen durch schriftliche oder telegraphische Mitteilungen sowie durch Besprechungen der Vertreter der verschiedenen Länder oder durch Konferenzen der genannten Vertreter zu verwirklichen. Um diese Besprechungen zu erleichtern, wird die Regierung Bevollmächtigte in den neutralen Ländern ernennen.

Die Regierung schlägt den Regierungen aller kriegführenden Länder vor,

sogleich einen Waffenstillstand

abzuschließen, wobei sie der Meinung ist, daß dieser Waffenstillstand auf drei Monate abgeschlossen werden solle, ein Zeitraum, der genügen würde, um die Verhandlungen zu einem guten Ende zu führen. Die Regierung schlägt ferner vor, daß Vertreter aller Nationalitäten oder Nationen, die in den Krieg hineingezogen worden sind oder durch ihn leiden, an den Friedensbesprechungen teilnehmen und daß eine Konferenz aus Vertretern aller Nationen der Welt zur endgültigen Annahme der ausgearbeiteten Friedensbedingungen einberufen werde.

Indem die vorläufige Regierung der Arbeiter und Bauern Rußlands den Regierungen aller kriegführenden Länder diese Friedensvorschläge unterbreitet, wendet sie sich insbesondere an die klassenbewußten Arbeiter der drei größten Kulturvölker der Welt, die am gegenwärtigen Kriege am meisten beteiligt sind, nämlich Englands, Frankreichs und Deutschlands. Die Arbeiter dieser Länder haben der Sache des Fortschrittes und des Sozialismus die größten Dienste geleistet. Namentlich die gewerkschaftlichen Einrichtungen in England, die großen Revolutionen des französischen Proletariats und der heldenhafte Kampf der deutschen Arbeiter für ihre Organisation, alle diese Beispiele sind eine Bürgschaft dafür, daß die Arbeiter dieser Länder die Probleme begreifen werden, die sich vor ihnen entrollen: Die Probleme der Befreiung der Menschheit von den Schrecken des Krieges, und daß diese Arbeiter durch ihre tatkräftige, selbstlose Energie uns helfen werden, das Friedenswerk zu vollenden und alle Arbeiterklassen von der Ausnützung zu befreien.

Der Abend
10./XI. 1917

203

Noch immer kein Friede?

Die Not der Mütter.

Geehrte Schriftleitung!

Sie würden mich sehr verbinden, wenn Sie nachstehendes Dankschreiben an den Herrn Dozenten Dr. Hochsinger der Öffentlichkeit zuführen wollten. Der Herr Dozent hat nämlich kürzlich über die „Gefahren der Ernährung unserer Jüngsten" gesprochen.

Endlich jemand, der sich der Kleinsten und Jüngsten annimmt. Ich bin Mutter zweier Kriegskinder und habe furchtbar darunter zu leiden, daß den Kindern so wenig Milch zugeteilt wird. Es heißt immer, wir leben im Jahrhundert des Kindes und wohin wir auch blicken, wird den Kleinsten und Jüngsten alles so kärglich zugemessen, daß sie fast durchwegs unterernährt aussehen.

Milch gibt es keine oder nur in unzulänglicher Weise. Nestles Kindermehl gab es lange Zeit gar nicht und wenn es wieder welches gibt, wird damit eine Günstlingswirtschaft getrieben, die Grausen hervorruft.

Die Ernährungsbehörde hätte Vorsorge treffen müssen, daß vor allem die Säuglinge damit bedacht werden. Dieses Nährmittel sollte nur solchen Personen ausgefolgt werden dürfen, welche des Kindes Geburtsschein vorlegen können. Da sich jedoch niemand — aber rein niemand — darum kümmerte, so wurde der Vorrat rasch vergriffen. Von Leuten, die sich ihre Kriegskost damit verbesserten. Die Mütter der Säuglinge aber hatten das leere Nachsehen. Für ein Kind von zwei Jahren wird uns ¼ Liter Milch zugewiesen. Das ist doch der reine Hohn!

Damit sollen wir in diesen schlechten und teuren Zeiten unsere Kleinsten und Jüngsten auffüttern?

Das wäre auch eine Frage, welche die Gesundheitsbehörden beschäftigen sollte, denn ihnen muß doch etwas an dem Blühen und Gedeihen des Nachwuchses gelegen sein. Kalbsknochen für eine kräftigende Suppe für unsere Kinder sind kaum erhältlich, wobei ich von den Kosten gar nicht sprechen will. (Die fressen die Luxushunde der Reichen. Die Schriftltg.)

Wäre es in Kriegszeiten nicht angezeigter, den Kaffeehäusern die Milch gänzlich oder doch zum größten Teil zugunsten der Kleinsten und Jüngsten zu entziehen? Die Erwachsenen können Wurst oder sonst etwas essen, nicht aber die Säuglinge oder Jährlinge.

Nun aber bin ich auch noch stillende Mutter und vermisse jede Vorsorge für die nährenden Mütter. Ich habe zufolge der Milchnot kein Frühstück. Tee — zu K 120 das Kilo — gibt, ohne Milch genommen, keinerlei Nahrung und der Schokoladen-Ersatz zu K 60 ist auch ausgegangen. Letztlich wurde mir ein Gemisch aus Kakao, Trockenmilch und Zucker zu K 60 das Kilo angeboten. Es war aber einfach nicht trinkbar. Womit soll ich das Kind nähren?

Zum Schlusse sei mir gestattet, meinen herzlichsten Dank dem Herrn Dozenten Dr. Hochsinger öffentlich auszusprechen für seine Worte zugunsten der Kinder. Hoffentlich finden Sie Gehör an berufener Stelle. Hochachtungsvoll

Eine besorgte Mutter.

(Die Einsenderin ist der Schriftleitung bekannt.)

10./XI. 1917

204

Die Friedensfrage.

Der dreitägige Aufenthalt des Ministers des Aeußern in Berlin hat zu vollständig falschen Kommentaren Anlaß gegeben. Die Ursache dieser haltlosen Gerüchte wollen wir hier nicht weiter untersuchen. Männer, die an den Berliner Verhandlungen nicht teilgenommen haben und die gar nicht wissen konnten, was dort gesprochen wurde, haben Nachrichten in die Welt gesetzt, die von anderen als ernst und vollwertig genommen wurden. In der nervösen, erregten Zeit, in der wir leben, haben diese durchaus unbegründeten Erzählungen Eindruck gemacht.

Der Minister des Aeußern hatte pflichtgemäß den Wunsch, sich mit dem neuen Reichskanzler baldmöglichst über alle großen schwebenden Fragen auszusprechen, und es lag ihm daran, dem bedeutend älteren, mit Arbeit überbürdeten Grafen Hertling die Mühe einer Reise nach Wien zu ersparen. Der Komplex der Fragen, die heute zwischen Wien und Berlin zu erörtern sind, ist ein sehr großer; dreitägige Konferenzen genügen knapp, um die verschiedenen Themen zu erörtern. Unter diesen Fragen wurde natürlich auch die polnische besprochen; das ist richtig. Es ist ja die Pflicht der leitenden Staatsmänner, sich über die großen aktuellen Fragen zu beraten und sie vorzubereiten, bevor sie dieselben den übrigen kompetenten Faktoren unterbreiten. Auf eine andere Art sind ja Staatsgeschäfte überhaupt nicht zu machen. Die Ereignisse auf der Weltenbühne überstürzen sich. Niemand kann wissen, wie nahe oder wie fern der Friede ist. Um gemeinsam und mit Erfolg auf der Friedenskonferenz auftreten zu können, müssen die Verbündeten sich untereinander über die zu verfolgenden Richtlinien klar sein.

Wenn nun aus dieser Tatsache gewisse Parteien bei uns den Schluß ziehen, der Minister des Aeußern habe eine Schwenkung in seiner Politik gemacht oder stehe im Begriffe, eine solche vorzunehmen, so ist dies eine grundfalsche Auffassung, welcher auf das allerenergischeste entgegengetreten werden muß. Das Programm der k. u. k. Regierung hat sich nicht um Haaresbreite verschoben. Das Ziel bleibt dasselbe: die baldmöglichste Erreichung eines ehrenvollen Friedens.

Polen ist ein selbständiger Staat. Die neuen Machthaber in Rußland konzedieren dem polnischen Volke das Recht, über sein künftiges Schicksal selbst zu entscheiden. Deutschland und wir haben dem Wunsche des polnischen Volkes bereits Rechnung getragen und seine selbständige Staatlichkeit anerkannt. Wenn Polen am Tage des Friedensschlusses den Wunsch ausspricht, einen engeren Anschluß an die österreichisch-ungarische Monarchie zu suchen, so wird kein Grund vorhanden sein, das Königreich von uns abzustoßen. Polen ist ein selbständiger und ein uns befreundeter Staat; er wird selbst über sein künftiges staatliches Schicksal entscheiden.

10./XI. 1917

207

Lenin als Herr von Petersburg.

S. K. Zürich, 9. November. Nach einer hier vorliegenden, aus neutraler Quelle stammenden Information aus Petersburg scheint der Aufruf Lenins an die Soldaten und Bauern eine sehr große Wirkung ausgeübt zu haben. Der Ruf nach dem Frieden und die Forderung der Bodenverteilung an die Bauernschaft haben als ungeheuer populäre Schlagworte die Massen auf die Seite Lenins gebracht. Die Kriegsunlust in der Armee hätte allerdings kaum noch gesteigert werden können und Lenin habe durch die Friedensformel nur dem Wunsche der Mehrzahl der russischen Soldaten Ausdruck gegeben. Petersburg sei mit Ausnahme einiger kleinerer Zwischenfälle vollkommen ruhig geblieben, die Bürgerschaft sehe apathisch allen Ereignissen zu. Das Erscheinen Lenins in Petersburg habe wie ein Theatercoup gewirkt. Bis Mittwoch hatte sich Lenin in der Hauptstadt verborgen gehalten und war von den Polizeispionen Kerenskis vergeblich gesucht worden. Er hatte fast jede Nacht seinen Aufenthaltsort gewechselt. Gewöhnlich war Lenin als Soldat verkleidet. Donnerstag früh erschien Lenin an der Spitze seiner Anhänger vor dem Winterpalais, in das gegen 5 Uhr morgens die Lenin ergebenen Truppen nach einer unblutigen Schießerei eingedrungen waren. Außer den Ministern der provisorischen Regierung Kerenskis wurden bisher mehrere Hundert Personen verhaftet. Es wiederholt sich das Bild der Vorgänge anläßlich des vorletzten Regierungswechsels.

Anmarsch einer Kerenskischen Armee gegen Petersburg?

Gr. Berlin, 10. November. (Tel. d. „Fremden-Blatt".) Der „Lokalanzeiger" meldet aus Rotterdam: Eine der Kerenskischen Regierung treu gebliebene Armee marschiert, dem Vernehmen nach, gegen Petersburg. Es heißt, daß Kerenski sich an die Spitze dieser Armee gestellt habe.

Die Petersburger Truppen für Lenin.

Gr. Berlin, 10. November. (Tel. des „Fremden-Blatt".) Der „Lokalanzeiger" meldet aus Rotterdam: Eine Reuterdepesche berichtet aus Petersburg: Der Vorsitzende des Sowjet Trotzky teilt mit, daß Maßnahmen getroffen worden sind, um Ausschreitungen in der Stadt zu verhüten. Die Miliz habe Befehl erhalten, alle Plünderer zu verhaften. Fast alle Truppen mit Ausnahme einiger Artilleriebataillone und Kadetten stehen auf Seite der Bolschewiki. Auf den Dächern der Häuser sind Maschinengewehre aufgestellt worden.

Ein bedeutsamer Beschluß der Petersburger Offiziere.

Genf. (Meldung der „Korr. Rundschau".) Nach dem „Temps" haben die Offiziere der Petersburger Garnison nach langen Debatten eine Resolution gefaßt, in der es heißt, daß es gegenwärtig keine russische Armee mehr und daher auch niemanden gebe, der das Vaterland verteidigen könne. Man müsse dies jetzt offen erklären, um gefährliche Illusionen zu verhüten.

Die Verfügungen der neuen Regierung.

Stockholm. (Meldung der „Korr. Rundschau".) Das kriegsrevolutionäre Komitee hat an allen Zivil- und Militärstellen durchgreifende Veränderungen vorgenommen. Insbesondere werden auch die Armeekommandanten sowie die russischen Diplomaten im Auslande durch neue Männer von verläßlicher demokratischer Gesinnung ersetzt. In den verschiedenen Aemtern wurden zahlreiche, die provisorische Regierung kompromittierende Schriftstücke gefunden, insbesondere im Gebäude der Telegraphenagentur. Eine eigene Untersuchungskommission unter Kamenew wurde mit der Sichtung des Materials betraut.

Neue Freie Presse

11./XI. 1917

210

Die Verweigerung der Pässe für Bern.

Von Hofrat Universitätsprofessor Dr. Heinrich Lammasch.
Mitglied des Herrenhauses und des internationalen Schiedsgerichtshofes im Haag.

Salzburg, 9. November.

Einer Einladung folgend, die von einem niederländischen Komitee in Verbindung mit Staatsmännern der Schweiz und der skandinavischen Staaten ausgegangen war, hatten sich im April 1915 einige repräsentative Persönlichkeiten aus Oesterreich-Ungarn, Deutschland, Großbritannien, Belgien und den Vereinigten Staaten von Amerika mit Vertretern der einladenden neutralen Staaten zu einer gemeinsamen Beratung im Haag vereinigt, um die Mittel zu besprechen, durch welche der Wiederkehr einer Katastrophe vorgebeugt werden könnte, vor der die Welt schon damals zu stehen schien.

Die Verhandlungen fanden in vollkommen sachlicher, ruhiger Wechselrede zwischen den Angehörigen der im Kriege gegeneinander stehenden Staaten statt und endigten mit der Aufstellung eines Programms, dessen Hauptpunkte die folgenden waren: Keine Annexion oder Gebietsübertragung entgegen den Interessen und Wünschen der Bevölkerung, Sicherung bürgerlicher Gleichheit, religiöser Freiheit und der Sprachenrechte der in den einzelnen Staaten miteinander verbundenen Nationalitäten (wodurch also implizite die Auflösung der Nationalitätenstaaten abgelehnt war), offene Tür für alle in den Kolonien, Fortbildung der Friedensinstitutionen der Haager Konferenzen im Sinne einer Verpflichtung der Staaten zu friedlicher Austragung ihrer Konflikte, Rüstungseinschränkung, Abschaffung des Seebeuterechtes und Sicherung der Freiheit der Meere, parlamentarische Kontrolle der auswärtigen Politik, Unverbindlichkeit geheimer Verträge. Dieses Programm war Gegenstand eingehender, zum Teil sehr gründlicher Untersuchung durch eine große Anzahl von mehr oder minder dazu berufenen Personen aus den kriegführenden und aus neutralen Staaten. Die von den Gutachtern erstatteten Referate sind in drei stattlichen Bänden veröffentlicht worden und enthalten zum Teil höchst wertvolles Material zum Studium der betreffenden Fragen. Zu deren mündlichen Erörterung sollte nun in Bern eine Konferenz am 15. Oktober d. J. zusammentreten. Während Oesterreich-Ungarn und das Deutsche Reich anstandslos ihren zu dieser Konferenz geladenen Angehörigen die zur Reise erforderlichen Pässe und Erleichterungen der Fahrt, sogar einigen im Heeresdienste stehenden Persönlichkeiten den dazu nötigen Urlaub gewährten, haben die Staaten der Entente ihren Angehörigen die entsprechenden Bewilligungen verweigert. Aus diesem Grunde wurde, um vielleicht durch Verhandlungen doch ein Zugeständnis zu erlangen, die Konferenz zunächst auf den 12., dann auf den 19. November verschoben.

Nach einem eben aus dem Haag eingetroffenen Telegramm sind diese Verhandlungen bisher resultatlos geblieben, wie ja schon nach den vor einigen Tagen bei uns bekanntgewordenen Erklärungen der italienischen und der französischen Regierung in ihren Parlamenten vorherzusehen war. Nach diesem Telegramm hat auch England sich dieser Weigerung angeschlossen. Was kann der Grund sein, daß man nun nach mehr als dreijähriger Dauer des Krieges das als gefährlich ansieht, was man gegen Ende des ersten Kriegsjahres als unbedenklich zuließ? Welche Gefahr bedeutet jetzt die Teilnahme des Herrn Lowes Dickinson oder des Belgiers Otlet für die Entente, die 1915 noch nicht bestand? Diese Gefahr kann nur darin liegen, daß jetzt der Friedenswille ihrer Völker ein weit intensiverer ist als er damals war, daß die Staaten der Entente von ihren Angehörigen daher ein weiteres Entgegenkommen gegenüber den „Feinden" besorgen als damals, und daß sie insbesondere befürchten, diese Teilnehmer möchten bei der Rückkehr in die Heimat ihren Landsleuten erzählen, daß die „Barbaren" nicht nach Weltherrschaft und Unterdrückung aller übrigen Nationen streben, sondern nur nach einem Maße von Bewegungsfreiheit in der Welt, wie sie selbst es seit langem genießen, und daß sie auch keineswegs jener allgemeinen Menschenrechte entbehren, die ihnen erst zu verschaffen als Kriegsziel der Entente in die Welt hinausgerufen wird.

Es kann aber sehr wohl eintreten, daß diese Politik der Entente, wie das so häufig bei freiheitbeschränkenden Maßregeln der Fall ist, das Gegenteil von dem erreicht, was sie anstrebt. Wird nicht die standhafte Weigerung, auch nur theoretische Besprechungen mit den Gegnern zuzulassen, während diese zu ihnen bereit sind, und zwar über Ziele, die die Entente zum großen Teile auch als die ihrigen bezeichnet, den Völkern, zunächst den neutralen, dann aber auch jenen, die uns feindlich gegenüberstehen, die Augen darüber öffnen, wo jetzt das größere Maß von bürgerlicher Freiheit vorhanden ist, bei den „Untertanen" der „autokratischen" Zentralmächte oder bei den „Bürgern" der „freien Demokratien"? Wird durch eine solche Weigerung nicht an einem besonders einleuchtenden Beispiele gezeigt, welcher Wandel in den Regierungsprinzipien durch den Weltkrieg bisher bewirkt wurde, bei den Zentralmächten eine allmähliche Beschränkung der Autokratie zum Vorteile der Volksrechte, bei den Westmächten eine an Absolutismus grenzende Stärkung der Regierungsgewalt unter Einschränkung der Rechte der Völker, wie man sie dort vor vier Jahren noch für unmöglich gehalten hätte?

11./XI. 1917

211

☞ **Die nächste Nummer der „Neuen Freien Presse" erscheint Montag nachmittags.**

Vorschlag eines Waffenstillstandes und ein Friedensangebot.

Von der neuen Regierung in Petersburg.

Wien, 10. November.

Das russische Volk will Frieden haben. Es verlangt einen sofortigen Waffenstillstand. Wir sagen, das Volk. Die Personen wechseln, der Zar verseufzt den Rest seines Lebens in einem sibirischen Kloster, Kerenski ist auf der Flucht und Lenin hat die Macht. Aber der Ruf nach dem Ende des Krieges, diese Stimme aus Herzensnot, aus Bangigkeit und Qual war seit dem Beginne der Umwälzung stets zu hören. Nie ist sie verstummt, und so haben wir das Beispiel einer Friedenspolitik, die aus den Massen kommt, von unten sich nach oben durchsetzt und zu Anträgen über Frieden und Waffenstillstand sich steigert. Ob die Bauern und Arbeiter, die sich vereinigt haben, Rußland den Frieden zu geben, die Gestaltungsfähigkeit besitzen, ein Weltreich zu regieren, kann heute niemand entscheiden. Aus dem Bauernstande sind überall starke Kräfte des öffentlichen Lebens aufgestiegen, und ohne die verjüngenden Einflüsse der Scholle, ohne die Menschen, die in der Kindheit und Jugend im Dufte der reifenden Kornähren aufgewachsen sind, würde jede Gesellschaft versumpfen. Der russische Bauer konnte das Unrecht nicht vergessen, das ihm bei der Teilung des Bodens nach der Befreiung von der Hörigkeit zugefügt worden ist. Er will jetzt die Zuweisung der Güter, die dem Staate, der Krone und einzelnen Schichten des Großgrundbesitzes gehören. Wenn er jedoch die Felssteine am Raine seiner Aecker und Wiesen eingegraben haben wird, dürfte er der eifrigste und der entschlossenste Hüter des Privateigentums werden. Die Friedenspolitik der Bauern ist ernst zu nehmen und von jedem persönlichen Wechsel in Petersburg unabhängig. Die Männer sind draußen an der Front, Weiber, Kinder und Greise wissen sich nicht zu helfen. Die Jugend ganzer Dörfer ist ausgestorben, irgendwo vergraben, auf den Höhen der Karpathenpässe oder in den Niederungen der Sumpfgebiete. Der Hunger schleicht sich an Landstriche heran, die zu den fruchtbarsten der Erde zählen. Wenn die Bekümmerten fragen, warum die Drangsale nicht von ihnen genommen werden, so kann die Antwort nur lauten: Weil es die Engländer wollen. Rußland hätte vor sechs Monaten einen Frieden in Ehren haben können und nie wird der Bauer dem gottverlassenen Kerenski die Todsünde verzeihen, daß er im Dienste der englischen Politik die Erlösung hinderte. Wieder mußte der Bauernsohn sich hineinpeitschen lassen in die Gaswellen, in die Flammenwerfer und in das Feuer der schweren Haubitzen. Das Volk stöhnte: Wozu dieses Sterben, das Niedermähen der Blüte? England verlangt es.

Das Friedensanerbieten und der Antrag auf Waffenstillstand sind ohne Rücksicht auf den Inhalt ein wichtiges Ereignis. Der russische Bauer kümmert sich nicht viel um das Uebereinkommen von London und zerreißt mit einem festen Griffe die Kette, die Lord Grey um die Füße der Verbündeten geschlungen hat. Im ganzen Verlaufe des Krieges sind wenige Tatsachen diplomatisch so folgenreich gewesen wie die Meldung, daß die Bauern- und Arbeiterräte, ohne das vertragsmäßig bedungene Einvernehmen mit der Entente, an die Regierungen sämtlicher kriegführenden Länder sich wenden, um Verhandlungen über den Frieden und den sofortigen Abschluß eines Waffenstillstandes vorzuschlagen. Das Londoner Uebereinkommen ist bereits hinfällig, weil es Rußland einen solchen Schritt ohne die Zustimmung der anderen Verbündeten nicht gestattet. Wir stellen uns vor, daß Lloyd-George, als diese Nachricht kam, trotz seiner Ueberhebung verblaßt ist. Er ist sofort von Rom abgereist und vom englischen Botschafter wird heute erzählt, daß er Petersburg unter dem Vorwande der Uebermüdung verlassen wolle. England hat eine diplomatische Schlacht ersten Ranges verloren. Denn seine ganze Arbeit war darauf gerichtet, zu verhüten, was jetzt geschehen ist. Noch verlangt der Kongreß der Bauern und Arbeiter nicht den Einzelfrieden, sondern den allgemeinen Frieden. Die englische Regierung kann ihn jedoch nicht verweigern, ohne von der Gefahr bedroht zu sein, daß die Bauern, die den Londoner Vertrag zerrissen haben, sich von jeder Pflicht gegen die Verbündeten lossagen und mit den Feinden selbständig über Waffenstillstand und Kriegsende verhandeln. Die Zeit drängt und die britischen Staatsmänner werden nicht viel Gelegenheit haben, zu verführen und zu blenden. Nach dem Wortlaute des Beschlusses im Kongresse der Bauern und Arbeiter wird der Waffenstillstand sofort beantragt werden. Wir können jeden Tag und jede Stunde erwarten, daß die neue Regierung in Petersburg den ihr vom Kongresse erteilten Auftrag vollzieht, durch eine neutrale Macht oder auch unmittelbar den Antrag auf einen dreimonatlichen Waffenstillstand stellt. Das kann nach dem in Petersburg gefaßten Beschlusse über Nacht sich ereignen.

England hat mit dem russischen Bauer ein nichtswürdiges Spiel getrieben, seine Meinung und seinen Willen verfälscht, seine Führer gewonnen und sein Blut ausgesaugt. Jetzt erheben sich diese ungezählten Millionen und mit einer Handbewegung zerstücken sie den Londoner Vertrag. Morgen kann Arthur Balfour auf seinem Schreibtische in Downingstreet die Einladung der neuen Minister in Petersburg zu einem Waffenstillstande finden. Fein zugeschnittene Witze, die das Entzücken der Damen und Herren im Hydepark sind, vermögen gar nichts über einen Bauernschädel. Waffenstillstand oder nicht, Frieden oder nicht, vor diesen Fragen steht jetzt England, und kann es sie nicht beantworten, wie es der russische Bauer mit seinem Eigensinn will, dann fällt der Kriegsplan, den die Franzosen und Engländer vereinbart haben, zusammen. Denken wir uns die russische Front von der Düna bis nach der Moldau im Waffenstillstand oder im Frieden. Das können die Engländer und Franzosen nicht ertragen; das geht über ihre Kraft und zerbrochen wäre der Trotz, mit dem sie die Welt heimsuchen, die Leichen aufhäufen, Trauer und Schmerz unter den Völkern verbreiten und die Kinder nach einem Tropfen Milch darben lassen. Der Kongreß will nicht warten. Der Wortlaut des Beschlusses zeigt, daß die Bauern und die Arbeiter den Wunsch haben, den Waffenstillstand sofort abzuschließen. Die neue Regierung wird den Vorschlag ungesäumt machen und den Mächten zugleich den Antrag unterbreiten, rasch eine Konferenz einzuberufen, damit der Friede während der dreimonatlichen Pause auf den Schlachtfeldern zum vollen Abschlusse gebracht werde. Die englische Politik wird über Rußland und Italien nicht hinauskönnen. Der russische Bauer ist jetzt die schwerste Sorge der britischen Diplomatie.

Dieser Bauer hat die Armee für sich und ein großer Teil der Gebildeten denkt und fühlt wie er. Wenn es nicht so wäre, hätte der Umsturz in Petersburg sich nicht so rasch und nicht so leicht vollziehen können. England hat die Niedrigkeit begangen, die Stimmungen für Volksfreiheit in seine Diplomatie einspinnen zu wollen. Ein machtvoller Geist demokratischer Erhebung ist das Verlangen der Bauern nach Waffenstillstand und Frieden. Echter kann die Demokratie nicht sein, wenn darunter zu verstehen ist, daß über Lebensfragen die Volksmehrheit verfügen solle. Die will nicht länger, daß ein Krieg ohne Kriegsziele fortdauere und daß Menschen niedergemetzelt werden, bloß deshalb, weil Frankreich und England vor ihren Völkern nicht das Geständnis eines wüsten Irrtums abzulegen wagen und den Frieden fürchten. Noch vorgestern, an der Tafel des neuen Lord Mayor in der Guildhall, hat Lord Curzon von der Vernichtung des preußischen Geistes gesprochen. Volksbetrug, Täuschung einer Nation und Gewissenlosigkeit sind Worte, hinter denen nach den Ereignissen der letzten Monate in Riga, in der venetianischen Landschaft und in Petersburg schon gar kein vernünftiger Sinn stecken kann. Der russische Bauer sieht die Massengräber, die Ueberfüllung der Friedhöfe, die Verwundeten und die Krüppel. Er fordert Waffenstillstand und Frieden. Der Antrag wird den Mächten unterbreitet werden. Eine diplomatische Durchbruchsschlacht ist bereits im Gange und die Zukunft der Menschheit wird gerüstet.

Arbeiterzeitung

11./XI. 1917

Arbeitendes Volk von Wien!

Auf zur Friedenskundgebung im Konzerthaus!

Alle, die ihr den Frieden wollt, Männer und Frauen, kommt heute zu der Friedenskundgebung im Konzerthaus! Tretet, Männer und Frauen dieser Stadt, zusammen; sammelt euch und sprecht das Wort, das aus der Tiefe der Seele kommt, das Wort, das als stärkste Sehnsucht im Herzen aller Menschen lebt; das Wort, das in schwerstem Leid und bitterster Qual geboren ist, das Wort:

Wir ersehnen das Ende des Krieges! Wir wollen den Frieden!

Die internationale Lage hat sich derart gestaltet, daß kein Zweifel möglich ist: der Krieg ist innerlich zusammengebrochen und alles ist reif für den Frieden! Der Friede kann kommen und muß darum kommen; dazu ist nun nötig, daß das Volk, das leidende, duldende Volk seine Stimme überall mächtig erhebe und seinen Willen zum Frieden, seinen Willen nach dem Frieden kraftvoll verkünde! Das wollen wir, Männer und Frauen Wiens, heute tun und unser Wort wird weit hinaustönen in unsere Lande, zu den anderen Völkern auch, die in den unseligen Krieg verstrickt wurden, und der Einklang des internationalen Proletariats einmal hergestellt, wird der Friedenswille alle Hindernisse niederwerfen und alle, die sich dem Frieden noch entgegenstemmen wollen, niederwerfen und wegschwemmen. Darum auf zur

Friedenskundgebung am heutigen Sonntag

im großen Saale des Konzerthauses,

III. Lothringerstraße Nr. 20.

Die Versammlung beginnt um ½10 Uhr vormittags. Sprechen werden: Viktor Adler, Franz Domes, Wilhelm Ellenbogen, Adelheid Popp, Karl Renner, Karl Seitz.

In gewaltiger Kraft, aber auch, dem schweren Ernste der Sache entsprechend, in imponierender Würde wird heute Wiens Volk für den Frieden demonstrieren. Darum achtet, Genossen und Genossinnen, auf folgendes: Nach Schluß der Versammlung vollzieht sich der Abmarsch vom Versammlungslokal nach Bezirken. Die Teilnehmer werden im Interesse der Würde der Kundgebung dringend ersucht, die Anordnungen der Ordner genau zu beachten. Parteifremde, etwa störende Elemente sind sofort abzuweisen.

11./XI. 1917

216

Wien, 11. November.

Der Kongreß der Sowjets hat, wie die offizielle Petersburger Telegraphenagentur meldet, fast unmittelbar nach Etablierung der neuen Regierungsgewalt einen Schritt unternommen, um den wichtigsten Programmpunkt des neuen Regimes, die Lösung der Friedensfrage, der Verwirklichung zuzuführen. Er hat, wie es nach dieser Meldung den Anschein hat, die Grundzüge für einen Friedensvorschlag ausgearbeitet, den die russische Regierung allen kriegführenden Staaten vorlegen soll.

Ob die neue russische Regierung die Grundzüge dieses Friedensvorschlages unverändert annehmen und weiterleiten oder ob sie daran Aenderungen vornehmen wird, steht zur Stunde noch nicht fest. Sollten nun Friedensvorschläge der russischen Regierung erfolgen, so wird es Aufgabe der Regierungen des Vierbundes sein, sich raschest über die zu erteilende Antwort zu einigen und die von russischer Seite offenbar mit tiefem Ernst und warmem Friedenswillen in Fluß gebrachte Frage des Eintrittes in Friedensverhandlungen klar zu beantworten.

Wenn uns heute auch noch nicht der Vorschlag selbst vorliegt, den die russische Regierung den kriegführenden Mächten vermutlich übermitteln wird, so dürfte es vielleicht doch nicht verfrüht sein, mit einigen Worten zu den Grundzügen Stellung zu nehmen, welche der Kongreß der Sowjets für diesen Friedensvorschlag beschlossen hat. Der Frieden, den das neue russische Regime anstrebt, soll „ein gerechter" sein, so wie die Mittelmächte ihn von allem Anfang an im Auge hatten und wie auch der Heilige Vater ihn vorgeschlagen hat. Er soll ein Friede ohne Annexionen und ohne Entschädigungen sein, im wesentlichen also sich mit dem Begriffe des Verständigungsfriedens decken, den die Mächte des Vierbundes anstreben. Die Definition, welche der Kongreß der Sowjets dem Begriffe der Annexionen gibt, ist allerdings etwas durchaus Neues und geht weit über den Rahmen dessen hinaus, was die völkerrechtliche Doktrin und der allgemeine Sprachgebrauch bisher unter Annexionen verstanden haben. Hierüber war sich die beschlußfassende Körperschaft allem Anscheine nach auch selbst vollkommen im klaren, da sie die von ihr „erwähnten Bedingungen nicht als endgiltige betrachtet" wissen will und auf Gegenvorschläge rechnet, die sie gerne der Prüfung unterziehen wird. Soweit die russischen Vorschläge über den Rahmen der vom Grafen Czernin, von dem Majoritätsbeschlusse des deutschen Reichstages und von Herrn v. Kühlmann umschriebenen Friedensformel hinausgehen und in das Gefüge der kriegführenden Staaten des Vierbundes eingreifen sollten, müßten ihnen allerdings Gegenvorschläge entgegengesetzt werden, welche unsere Auffassung vom Selbstbestimmungsrechte der Völker zum Ausdrucke bringen.

Das Wesentlichste aber an dem russischen Vorschlage scheint der ehrliche Wille zu sein, wirklich zu dem Frieden zu gelangen. Wenn unsere übrigen Gegner von dem gleichen ehrlichen Friedenswillen beseelt sein werden wie Rußland und der Vierbund, dann könnte der Friede auf dem Wege sein.

Die Zeit

11./XI. 1917

Englische Kriegsreden.

Auf dem Lord-Mayor-Bankett

KB London, 10. November.

Das Reutersche Bureau meldet: Gestern abends fand in der Londoner Guildhall ein Festmahl statt, an dem 800 Personen teilnahmen, darunter Bonar Law, Curzon, Derby, Geddes und Jellicoe. Die Gesandten der Verbündeten wurden warm begrüßt, besonders warm der Botschafter Italiens. Der russische Botschafter wird nicht erwähnt.

Lord Curzon brachte einen Trinkspruch auf die Alliierten aus.

Curzon gegen den Geist Deutschlands.

Curzon führte hierbei aus, man könne nur durch Zusammenarbeit der Alliierten, durch Selbstlosigkeit und Zusammenfassen aller Aufgaben zu sichern hoffen, wonach man verlange, den Sieg und den Frieden der Welt. Die siebzehn jetzt verbündeten Staaten habe die Ueberzeugung zusammengeführt, daß, sofern nicht der Geist, von dem der deutsche Kaiser und das deutsche Volk beseelt seien, vernichtet und zerstört würde, es keinen Platz gebe, wo freie Nationen leben könnten.

Redner erwähnte dann Belgien und Serbien und versprach ihre Wiederherstellung. Das kleine mißhandelte Griechenland mit Venizelos, fuhr Redner fort, hat die Maschen der Intrigen zerrissen und die Flagge Griechenlands wieder in die vorderste Reihe der Freiheit gebracht.

Ueber Amerika sagte Curzon: Wir dürfen sicher sein: Alles, was durch die Hilfsquellen dieses großen wunderbaren Landes, durch den Geist und Eifer seines Volkes und durch die unbeugsame Ruhe und den Geist des Präsidenten zustande gebracht werden und was von diesen Hilfsquellen zu dem Kriege beigesteuert werden kann, ist beigesteuert worden und wird es werden.

Zweien unserer mächtigen und vertrauenswürdigen Alliierten, fuhr Curzon fort, bringen wir ehrfurchtsvolle Sympathie entgegen. Wir vertrauen, daß der Geist des Mutes im russischen Volke das trübe Dunkel zerreißen wird, das jetzt über seiner Zukunft hängt. Italiens Volk und seine Staatsmänner stehen Schwierigkeiten gegenüber, die sie aber hoffentlich überwinden werden.

Geddes gegen Capelle.

Auf dem Guildhall-Bankett sprach sodann Geddes im Namen der Marine. Er erklärte: Die Marine vertraut darauf, daß, wenn der große Tag kommt, an dem es uns gelingt, den Feind zur Schlacht zu zwingen, der Feind eine Flotte finden wird, die der Gelegenheit gewachsen ist. Der Unterseebootkrieg der Mittelmächte ist fehlgeschlagen. Er hat sicherlich nicht diejenigen befriedigt, die ihn angefangen haben. Admiral von Capelle hat behauptet, daß meine Erklärung im Unterhaus unrichtig war. Meine Erklärung war nicht unrichtig, sondern diejenige Capelles. (Beifall.) Unsere Schiffsverluste sind sehr schwer gewesen und sind noch schwer, obwohl sie beständig verringert worden sind. Im gegenwärtigen Augenblick ist der Himmel von einem großen Unwetter bedeckt, das über den russischen Himmel fegt, und eine vorübergehende Wolke verdunkelt die italienische Sonne; aber die Wolken werden vorübergehen, da der Feind infolge von Mangel und Abnützung leidet. Es ist bezeichnend, daß der Feind fortgesetzt das Friedensgespräch wieder aufnimmt. Der Feind ist noch weit davon entfernt, mit der Lage zufrieden zu sein, in der ihn sein anmaßender Ehrgeiz gelassen hat.

Bonar Law über Rußland und Amerika.

Bonar Law entschuldigte die Abwesenheit Lloyd Georges und fuhr fort: Dem von Curzon über Rußland Gesagten brauche ich nicht viel hinzuzufügen. Die Zukunft Rußlands ist heute ein Buch mit sieben Siegeln. Aber wir brauchen nicht verzweifeln, denn die Russen sind ein großes Volk. Was sich ereignen wird, können wir nicht wissen. Allerdings ist der Erfolg der russischen Siege verlorengegangen, aber in die Wagschale der Gerechtigkeit und Freiheit sind die Hilfsquellen des amerikanischen Volkes geworfen worden. Die Amerikaner sind ein Volk, das in seiner Friedenstätigkeit seine Anpassungsfähigkeit, Tatkraft und seine Hilfsquellen gezeigt hat, die es nun im Kriege zur Geltung bringt, und es wird nicht kehrtmachen. Wir können uns auf Amerika verlassen, verlassen uns aber auch auf uns selbst. Ich will ein Bild von dem, was England geleistet hat, zu geben versuchen.

Die Leistungen der englischen Flotte.

Bonar Law kam auf die Flotte zu sprechen und sagte: Bis jetzt haben wir noch keine Schlacht am Nil oder bei Trafalgar gehabt, aber wenn der große Tag kommt, so wissen wir, daß wir nicht nur den alten Mut, sondern auch die alten Erfolge wieder finden werden. Bonar Law zollte der Handelsschiffahrt Anerkennung und sagte, sie werde den Mord Fryatts niemals vergessen, der keine vereinzelte Roheit, sondern berechnet und wohlüberlegt gewesen sei. Der Feind glaubte, daß unsere Seeleute sich durch solche Mittel abschrecken lassen würden. Aber im Gegenteil, niemals haben sich unsere Seeleute so kurze Zeit an Land aufgehalten oder sind so bereit gewesen wie jetzt.

Ueberblick über die Kriegslage.

Bonar Law gab weiter einen Ueberblick über die Kriegslage und betonte, daß Deutschland sich die Oberleitung über die Heere seiner Verbündeten durchaus gesichert habe. Eine solche Oberleitung habe nicht in gleicher Ausdehnung zwischen den Alliierten bestehen können, weil sie eine Vereinigung von freien Völkern seien. Bisher hätten für jedes Land besondere Generalstäbe bestanden, jetzt aber wäre ein Stab der Alliierten für Frankreich, Großbritannien und Italien gemeinsam geschaffen, der dauernd Sitzungen abhalte, um die Stellungen der Heere zu prüfen, deren Front vom Kanal bis zum Adriatischen Meere als einheitlich angesehen werden könne.

Redner ging sodann auf die militärischen Operationen gegen Italien über und sagte: Sie sind nicht ausschließlich aus militärischen, sondern zum Teil auch aus politischen Gründen unternommen worden, in der Hoffnung, die Alliierten zu trennen, zum Teil auch wegen der Notwendigkeit, die Stimmung der eigenen Völker der Zentralmächte aufrechtzuerhalten. Die Deutschen werden nie gewinnen können, solange sie die französischen und englischen Heere nicht geschlagen haben.

Der Weg zum Frieden.

Bonar Law besprach sodann den Widerstand Rumäniens als einen der historischen Zwischenfälle des Krieges und schloß mit den Worten: Der einzige Weg zum Frieden ist ein langer, mühevoller Weg zum Sieg. Alle Kriegführenden schwanken unter der Last des Krieges. Es ist nur die Frage, wer unter ihr zusammenbrechen wird. Ich habe Vertrauen zu der Charakterstärke unserer Völker und zu der Gerechtigkeit unserer Sache. Es ist ein Ringen zwischen freien Völkern und dem Despotismus des „Kriegsherrn". Unsere Soldaten und die unserer Verbündeten wissen, wofür sie kämpfen, und ihr Mut wird sie nicht verlassen.

Tägliche Rundschau
11./XI. 1917

11
219

Großadmiral v. Tirpitz über die Zukunft Deutschlands und der Donaumonarchie.

(Drahtung unseres Münchener Vertreters.)

In München fanden heute abend hintereinander zwei überfüllte Versammlungen der Deutschen Vaterlands-Partei statt. In beiden sprach Großadmiral v. Tirpitz, der Anlaß herzlichsten Jubels war. Der Großadmiral bezog sich auf seine Berliner Rede und sagte über die Zukunft des Deutschen Reiches und der Donaumonarchie folgendes Neue: Gelingt es unseren Feinden mit Hilfe eines gewissen Mangels an Gemeinsinn dem nationalen Charakter der Deutschen, und damit unserem jetzigen Reiche das Rückgrat zu brechen, so würde es bei der Schnelligkeit, mit der die Weltentwicklung sich heute vollzieht, nicht ein zweites Mal gelingen, den Zusammenschluß des Deutschtums der übrigen Welt gegenüber zu erreichen. Es ist also Pflicht aller Deutschen, sich dieses Reichtums und dieser Gefahr gleichzeitig bewußt zu bleiben.

In diesem Sinne war ein großes Reichsinstitut wie die Reichsmarine, ganz abgesehen von ihrem Wehrzweck, von einer besonderen Bedeutung für unser Volk. Wenn in jüngster Zeit vereinzelt bedauerliche Vorfälle in der Flotte zu einem Skandal aufgebauscht worden sind, über den unsere Feinde ihre helle Freude haben, so wird jeder, der tatsächlich unsere Marine kennt, wissen, daß sie in Wirklichkeit bedeutungslos sind. Bedeutung hat nur der frevelhafte Versuch, von außen Zerwürfnisse in Schiffe hineinzutragen, die zeitweise zum Abwarten und Stillegen verurteilt waren. Lauscht man in den deutschen Bätterwald hinein, so ist man erstaunt, wie der ungeheure Frevel, der hier begangen worden ist, zurücktritt gegenüber der Frage, ob die parlamentarische Behandlung dieser Angelegenheit eine glückliche war oder nicht, und ferner, ob der zweifellos begangene Frevel den vollbewiesenen Tatbestand eines Strafgesetzparagraphen ausreichend erfüllt, um die Mitwisser oder Verführer vor einem deutschen Gericht zur Verantwortung zu ziehen. Ich persönlich glaube, daß das einfache Volksempfinden den wesentlichen Punkt in solcher Angelegenheit instinktiv mit großer Sicherheit erfaßt.

Weder die Armee noch die Marine haben den beklagenswerten sogenannten Kulturkampf an sich erlebt. Aus der Natur der beiden großen Institute aber ergab sich, daß die Reichsmarine im Auslande sogar vielfach Gelegenheit gehabt hat, positiv einzutreten für die Interessen beider Konfessionen. Eine größere Macht als Deutschland, die sich für die katholische Kirche draußen in der Welt und für ihre zahlreichen, von Deutschland aus gegründeten und unterhaltenen Missionsanstalten einsetzen kann, gibt es nicht. Die romanischen Nationen sind, vom Machtstandpunkt aus betrachtet, nichts im Vergleich zu der Kraft Deutschlands. Wird das jetzige Deutschland zertrümmert oder wirtschaftlich und politisch zum Vasallenvolk gebracht, so verliert damit auch die katholische Kirche ihre größte Machtstütze in der Welt und würde in Zukunft dem nackten Utilitarismus des Anglo-Amerikanismus, der sich erst aus dem Puritanismus entwickelt hat, ohne Gegengewicht gegenüberstehen.

An dieser neuen Weltlage der katholischen Kirche würden alle heutigen Versprechungen des bei der Kurie schleunigst ernannten englischen Gesandten nichts ändern.

Deutschland hat ein Interesse daran, daß der päpstliche Stuhl mehr gesichert wird als bisher. Es kommt doch immer auf das Wesen einer Sache an und nicht auf den Namen. Seit Jahren ist auf verschiedenen Wegen, die ich nicht weiter kennzeichnen will, ein Gift planmäßig in unser Volk hineingetragen worden, und es wird einige Zeit dauern, bis es entgiftet ist. Inwieweit hieran vor einiger Zeit als offiziell aufgefaßte Auslassungen beteiligt waren, lasse ich dahingestellt. Wir müssen unserem Herrgott danken, daß unsere Volkswehr zu Wasser und zu Lande von diesem Gift fast unberührt geblieben ist und nur mit Zorn diesen gefährlichen Zustand in der Heimat wahrgenommen hat.

In Belgien liegt unsere militärische Sicherung gegen England und Frankreich, außerdem aber

die einzige wirkliche Kompensation

für unsere ungeheuren wirtschaftlichen Verluste, die unser Volk in ihrer Bedeutung noch gar nicht voll erfaßt hat. Wir vom europäischen Kontinent müssen versuchen, nach Möglichkeit unsere wirtschaftliche Kraft zusammenzuschließen, denn wir stehen dem Anglo-Amerikanismus gegenüber. In ähnlichem Sinne liegt es im Interesse der Mittelmächte, also auch in demjenigen Deutschlands, daß Oesterreich-Ungarn die vornehmste Schutzmacht der Donaumündung wird, daß jede wirkliche Stärkung des Kaiserstaates ein Vorteil für Deutschland bedeutet.

Was Oesterreich-Ungarn angeht, so ist das natürliche Ziel für die wirtschaftliche Entwicklung seiner gesamten Völkerschaften: das stärkere Herankommen an die See. Das hat auch der ermordete Erzherzog-Thronfolger mehrfach mir gegenüber ausgesprochen. Oesterreich-Ungarn muß eine Mittelmeermacht werden, wenn es weiter aufblühen und seine inneren Schwierigkeiten vermindern will. In diesem Sinne ist auch Triest und die Adria eine deutsche Frage. Ich betone, daß nach meiner Ueberzeugung die Entscheidung des ganzen Krieges in der Stellung liegt, die wir England gegenüber erreichen. Ergänzend will ich hinzufügen, daß die Zugehörigkeit Elsaß-Lothringens zu Deutschland für die Deutsche Vaterlands-Partei überhaupt keine Frage ist, sondern eine endgültig abgeschlossene Tatsache, und daß es auch nicht für den politisch Kundigen benutzt werden darf, um die Aufmerksamkeit unseres Volkes vom eigentlichen Kernpunkt des Völkerringens abzulenken. Behalten wir die Nerven, beißen wir jetzt die Zähne zusammen. Ich weiß wohl, was das für unser Volk bedeutet. Dann dürfen wir die feste Zuversicht haben, bald den Erfolg zu erreichen durch unsere unerschütterliche Armee, durch die Flotte und durch die U-Boote. Einen bestimmten Zeitpunkt kann man hierfür nicht sagen, aber

der Erfolg ist sicher,

wenn wir festbleiben, und er wird auch rechtzeitig kommen, d. h. auf deutsch: Wir können es länger aushalten als die Engländer und ihre Freunde. Diese Ansicht gründet sich auf eingehende, vielseitige und nüchterne Erwägungen. Ich denke, die Resolution des Reichstages vom 19. Juli ist überholt durch das Verhalten unserer Feinde und durch die weiteren Ereignisse, und ich möchte die Hoffnung aussprechen, daß sich auch ein großer Teil der Mehrheit des Reichstages und ihrer Freunde bald wieder mit uns zusammenfindet auf dem Boden der Tatsachen und der deutschen Notwendigkeiten. —

In der einen Versammlung sprach noch neben Tirpitz Dr. Ludwig Thoma und in der anderen Prof. Dr. Graf du Moulin-Eckardt, die beide ihre Ausführungen im Sinne des Programms der Deutschen Vaterlands-Partei hielten. Dieses erste Hervortreten der Deutschen Vaterlands-Partei in Süddeutschland hinterläßt tiefste Eindrücke.

Der Abend
12./XI. 1917

224

Die Friedenskundgebung des „Abend".

70.175 Stimmen für den Frieden.

Wir haben heute dem Herrn Minister des Äußern Erklärungen, die den baldigen Frieden ohne Landerwerb und Kriegsentschädigung im Sinne der Ausführungen des Grafen Czernin fordern, mit folgendem Begleitschreiben übersandt:

Euer Exzellenz!

Wir beehren uns, im Sinne des im „Abend" vom 23. Oktober veröffentlichten Aufrufes anliegend in Bündeln, jedes zu tausend Stück, die bei uns bisher eingelaufenen 70.175 Zustimmungserklärungen zu dem von Euer Exzellenz bekanntgegebenen Friedensbedingungen zu überreichen.

Da Erklärungen noch immer einlaufen, werden wir Anlaß haben, in einiger Zeit eine Nachtragssendung zu übermitteln.

Gestatten Euer Exzellenz, die Erwartung auszusprechen, daß es Ihnen bald vergönnt sein möge, Ihren von der Bevölkerung anerkannten Friedenswillen durch den Abschluß des Waffenstillstandes nochmals und jede Anzweiflung ausschließend vor der ganzen Welt zu bekräftigen. Wir haben die Ehre zu zeichnen Euer Exzellenz in vollkommener Hochachtung ergebene

Schriftleitung des „Abend".

Diese schriftlichen Kundgebungen geben zusammen mit der gestrigen Versammlung in und vor dem großen Konzerthaussaale ein so deutliches Bild des wahren Willens des arbeitenden Volkes, daß das Kriegsgekläffe det Karl Auersperg, Altgraf Erich Salm u. dgl. m. und ihrer Zeitungsbluthunde völlig um jede Wirkung kommen muß. Wir danken allen, die zu der Größe der Kundgebung beigetragen haben; sie werden einerseits die friedliebenden Staatsmänner in ihren Absichten bestärkt haben und haben anderseits der Demokratie einen wertvollen Dienst geleistet; Kundgebungen von solcher Größe werden es in Zukunft schwierig machen, bei Entscheidungen, die Wohl und Wehe der Menschheit betreffen, über den Volkswillen achtlos hinwegzugehen.

Indem wir um Einsendung der noch außenstehenden Erklärungen bitten, schließen wir die Veranstaltung, die neuerdings gezeigt, daß alle hoch- und fortschrittlich Gesinnten für den Frieden, alles Ausbeuterpack in Stadt und Land, auf Herrensitzen und Schriftleiterbuden dagegen ist. Wir freuen uns des einen wie des anderen, und beglückwünschen uns zu unseren Lesern.

Die Schriftleitung des „Abend".

9./X. 1917

6

Wien, 9. Oktober.

Von der Pariser Wirtschaftskonferenz und ihren Beschlüssen, die auf eine Bekämpfung der Zentralmächte nach Beendigung des Krieges hinauslaufen, ist es jetzt lange Zeit hindurch stille gewesen und man hätte den Eindruck gewinnen können, als ob auch die Urheber dieses weit ausgreifenden Programms über dasselbe Gras wachsen lassen wollten. Nun ist aber durch Mitteilungen der englischen Blätter, die über die Ernennung Sir Artur Stel Mailands zum Parlamentssekretär eines neuen Amtes, des Commercial Intelligence Department, erfolgten, die Erinnerung an diese Beschlüsse wieder lebendig geworden. Denn das Commercial Intelligence Department soll die Zentralstelle für die Organisation des Wirtschaftskampfes gegen die Zentralstaaten werden und nach dieser Richtung eine großangelegte wirtschaftlich-politische Propaganda entfalten. Die Nachricht darüber braucht nicht größere Aufregung hervorzurufen, wie alle jene Meldungen, die den Wirtschaftskrieg nach Beendigung des Weltkrieges ankündigen. Man weiß, daß es im Rahmen des Programms der Pariser Wirtschaftskonferenz gelegen ist, die Niederrringung des Vierbundes, die auf den Schlachtfeldern nicht gelungen ist, durch eine Reihe von einschneidenden Wirtschaftsmaßnahmen zu erzwingen. Die Entente will den Zentralmächten die Meistbegünstigung auf eine Reihe von Jahren grundsätzlich verweigern, ein Damm soll gegen die Einfuhr von Waren feindlicher Provenienz errichtet, der Handelsverkehr erschwert, der Abschluß von Handelsverträgen verhindert und vor allem die Rohstoffbeschaffung nach dem Krieg den Zentralmächten unmöglich gemacht werden. Um die Ausführung dieses Programms vorzubereiten, sind denn auch in allen Feindesstaaten Ausschüsse zur Bekämpfung des Feindes auf wirtschaftlichem Gebiete errichtet worden. Und eine ganze Legion von Studienkommissionen ist an der Arbeit, um die bisherigen Absatzgebiete österreichisch-ungarischer und

---

„sonst geht ihr Bauern der ungeheuern Vorteile verlustig, die Seine Majestät der Zar euch in väterlicher Huld zuwenden will, indem er euch die Beteiligung an der Zeichnung gestattet. Hier ist der Bogen. Ich rate dir, fünfundzwanzigtausend zu zeichnen." Es war aber kein Rat, keine

Vossische Zeitung
9/X. 1917
1
10

Schwere Anklagen gegen „Unabhängige“

Man sollte meinen, daß nach der gestrigen Aussprache im Hauptausschuß des Reichstages die Interpellation der Sozialdemokraten so gut wie erledigt sein würde. Es war wohl für alle Welt eine Ueberraschung, daß heute tatsächlich erst der dramatische Höhepunkt der ganzen Affäre erreicht wurde. In der Sonnabendsitzung in der Dr. Helfferich die Regie führte, hatte die Regierung nicht gerade brillant abgeschnitten. Heute aber hat der Reichskanzler die Dinge selbst in die Hand genommen und siehe da, die Regie war gut. Daß Helfferich nicht der geeignete parlamentarische Helfer für den Reichskanzler ist, war bereits bewiesen. Daß aber Dr. Michaelis, eine solche Hilfe überhaupt nicht braucht, wenn er sich erst dazu entschließt, freimütig aus sich herauszutreten, das hat er in der heutigen Sitzung bewiesen. Seine Rede, die mehr war als eine bloße Stellungnahme zu der Interpellation über die politische Agitation im Heere, verdient aufrichtige Anerkennung mit einer Einschränkung, auf die wir noch später zurückkommen werden.

Was der Reichskanzler über das eigentliche Thema der Interpellation sagte, ist über den Rahmen seiner Erklärungen im Hauptausschuß nicht wesentlich hinausgegangen. Er hat den Inhalt der im Hauptausschuß vorgelesenen Leitsätze für den vaterländischen Unterricht im Heere mitgeteilt und dadurch auch der Oeffentlichkeit ermöglicht, sich von der Harmlosigkeit dieser Leitsätze zu überzeugen. Daß der vaterländische Unterricht nicht immer nach diesen Leitsätzen erteilt wird, sondern öfters in eine einseitige politische Agitation ausartete, hat der Reichskanzler auch heute nicht bestritten. Er hat sogar die Häufigkeit solcher Fälle zugegeben und die strengsten Gegenmaßregeln angekündigt. In dieser Hinsicht war die Interpellation also nicht vergeblich, und es kann als dankenswert bezeichnet werden, daß auch heute von den Rednern der beiden sozialdemokratischen Fraktionen neues Material über Mißbräuche in der erwähnten Richtung mitgeteilt wurde. Zweifelsohne wird diese Debatte für die praktische Befolgung der Leitsätze ihre gute Wirkung zeigen.

Was bis jetzt vermißt worden ist, war eine Stellungnahme des Reichskanzlers zu den politischen Streitfragen selbst, die den Gegenstand der Agitation in der Heimat wie im Heere bilden. Diese Versäumnis hat Dr. Michaelis heute nachgeholt. Er hat im Rahmen seiner Interpellationsbeantwortung eine verhältnismäßig kurze, aber wichtige Erklärung über seine äußere Politik abgegeben. Es verdient festgestellt zu werden, daß der Reichskanzler als Basis dieser Erklärung die Resolution des Reichstages vom 19. Juli und seine damals im Anschluß daran erfolgten Ausführungen benutzt hat. Man kann auch die heutige Berufung auf die Reichstagsresolution wiederum als eine Auslegung bezeichnen, eine Auslegung aber, die geeignet ist, die Zahl der Anhänger der Kanzlerpolitik zu vermehren.

Dr. Michaelis hat gezeigt, daß die Resolution ohne gewaltsame Veränderung ihres Sinnes keineswegs dazu bestimmt ist, Deutschland auf den sogenannten Hungerfrieden festzulegen, daß zwischen dem Hungerfrieden und dem sogenannten Annexionsfrieden ein weiter Zwischenraum, der nur durch kluge, politische und wirtschaftliche Ziele ausgefüllt zu werden braucht, um den vermeintlichen Gegensatz zwischen den beiden extremen Richtungen wenigstens zu mildern. Daß der Kanzler keinen annexionistischen Frieden schließen will, geht aus seiner Forderung an die Feinde, zunächst die schwarz-weiß-roten Grenzpfähle unangetastet zu lassen, wenn sie mit uns über Frieden reden wollen, hervor. Ergänzt wird diese Forderung durch die Betonung unseres Zieles, die deutsche Existenz und Entwicklung auf dem Kontinent und in der Uebersee sicherzustellen.

Weiter lehnt der Kanzler jeden feindlichen Eingriff in die inneren Verhältnisse Deutschlands ab, und endlich wendet er sich gegen ein Wirtschaftsstrutzbündnis unserer Feinde. Ein Frieden der kulturellen und wirtschaftlichen Kraft ist das Ziel, dem wir zustreben. Nach seinen Ausführungen ist nicht zu leugnen, daß er dieses Ziel klar vor Augen sieht, und es bleibt nur zu wünschen, daß er auch über den politischen Weg, der zu seinen Zielen führen soll, ebenso klar sehen möge, und sich betätige.

•

Schon vor und während der Rede des Kanzlers konnte man merken, daß etwas Besonderes im Zuge war. Um was es sich handelte, dürfte außer den Regierungsvertretern nur wenigen bekannt gewesen sein. Jedenfalls saß der Staatssekretär des Reichsmarineamts, Admiral von Capelle, aufmerksam während der Rede des unabhängigen Sozialdemokraten Dittmann auf dem Platze des Schriftführers neben dem Rednerpult. Ein Offizier reichte ihm und dem Reichskanzler fortwährend scheinbar Mitteilungen von außerhalb, die er den beiden Ministern abwechselnd ins Ohr flüsterte.

Nach der Rede nahm denn auch sogleich der Staatssekretär v. Capelle das Wort, um in kurzen, energisch ausgesprochenen Worten seine Enthüllungen über das Marinekomplott vorzutragen. Die Spannung erreichte, sowie der Staatssekretär sich erhob, ihren Höhepunkt. Die Abgeordneten umringten in dichten Scharen das Rednerpult und hörten unter atemloser Stille die Mitteilungen des Staatssekretärs an. Klar und scharf fielen die Worte der Anklage in den Saal. Die Unabhängigen Sozialdemokraten hörten ebenso ruhig zu wie alle übrigen. Auch als der Staatssekretär erklärte, daß das von den Behörden aufgedeckte Komplott einiger Mitglieder der Marine den Abgeordneten der Unabhängigen Sozialdemokratischen Fraktion nicht unbekannt gewesen sei, wurde nichts geantwortet. Die Erregung machte sich erst am Schluß der Rede des Staatssekretärs bemerkbar, und als nach ihm der Sozialdemokrat David das Wort ergriff, konnte er sich minutenlang kaum verständlich machen, weil hunderte von Stimmen gleichzeitig erregt durch den Saal schwirrten.

Was nun die Enthüllungen des Staatssekretärs selbst betrifft, also die Mitteilung, daß eine Anzahl von Angehörigen der Marine beschlossen hatte, die Flotte, sei es auch mit Gewalt, in die Hände der Anhänger revolutionärer Ideen zu bringen, um auf diese Weise durch die Lahmlegung der deutschen Kriegsmacht zur See den Frieden herbeizuführen, so ist der weiteren Oeffentlichkeit das Material über diese Anklage noch nicht bekannt geworden. Man weiß zwar, und das ist auch aus einer späteren Erklärung des Abgeordneten Haase hervorgegangen, daß zwei Angehörige der Marine wegen dieses Komplotts zum Tode verurteilt worden sind. Was aber zunächst völlig unaufgeklärt ist und vielleicht während der heutigen Sitzung seine Aufklärung finden dürfte, ist jedenfalls der Zusammenhang zwischen dieser mißglückten Unternehmung und den vom Staatssekretär genannten drei Abgeordneten der Unabhängigen Sozialdemokratischen Fraktion Haase, Dittmann und Vogtherr.

• • •

Am Tische des Bundesrats: Helfferich, Graf Roedern, v. Stein, Waldraf, Dr. Schwander, v. Capelle, v. Waldow.

Anfragen.

Eine Anfrage des Abg. **Albrecht** (U. Soz.) will wissen, ob Handwerker, die in den Werkstätten des Bekleidungsamts zu Magdeburg zum Kriegsdienst eingezogen sind, mit der Herstellung von Friedensuniformen beschäftigt und scheinbar zu Kriegszwecken nicht gebraucht werden, nicht vom Militärdienst befreit werden können.

Generalmajor **v. Oven** erwidert, daß eine Entlassung nicht möglich sei. Es habe sich nur um die Aufarbeitung einer beschränkten Zahl von noch aus der Friedenszeit vorhandenen Zuschnitten zu einer Zeit gehandelt, als wegen der langsamen Einlieferung

Vossische Zeitung

I

9/X. 1917

Reichstagssitzungen, Unabhängige

nicht hineingetragen werden soll — verstoßen werden wird, daß solche Verstöße vorkommen und daß sie auch in größerer Zahl vorkommen. Aber der Kriegsminister hat ausdrücklich erklärt, daß da, wo in unzulässiger Weise Politik hineingetragen wird, Remedur geschaffen wird. Es wird darüber gewacht werden, daß der vaterländische Unterricht nicht zu Mitteln politischer Beeinflussung benutzt wird. Uebergriffe werden geprüft werden und insbesondere das auch nicht geduldet werden, daß Abgeordnete wegen ihrer Stellungnahme zu den Kriegszielen herabgesetzt oder beleidigt werden.

Was die Beamten betrifft, über die auch die Klage geführt wurde, daß sie in unzulässiger Weise zugunsten der Vaterlandspartei Propaganda getrieben hätten, so habe ich die allgemeinen Grundsätze, die nach dieser Richtung hin von mir innegehalten werden, auseinandergesetzt. Beamte haben das Recht politischer Gesinnungsfreiheit, sie können jeder Partei beitreten unter der Voraussetzung, die ich vorhin unterstrich: daß sie keine Bestrebungen verfolgen, die den Bestand des Deutschen Reiches und Preußens gefährden. Eine Beeinflussung nach der Richtung hin, daß ein Vorgesetzter nachgeordnete Beamte veranlaßt, Anschluß an eine bestimmte Partei zu suchen, ist unbedingt unzulässig, und ich wünsche nach keiner Richtung hin einen Druck gegen Beamte seitens ihrer Vorgesetzten nach irgendeiner politischen Seite. Diese Bestimmungen gelten für alle Parteien.

Meine Herren, wenn wir diese Ziele innehalten, dann würden wir selbstverständlich auf einen gangbaren Weg des beiderseitigen Wirkens kommen. Wir würden sehr viel weiter kommen, wenn nun auch diejenigen, welche die Friedenskundgebungen des 19. Juli bekämpfen und welche von ihr behaupten, daß diejenigen, welche einen Frieden nach ihr erstreben, einen Hungerfrieden erreichen wollen, dieser Resolution gerechter würden. (Zustimmung.) Wir müssen die Ziele in der Kundgebung in ihrem positiven Sinn verstehen, in ihrer kraftvollen Seite, das müssen wir herausarbeiten, wir müssen uns klar machen, was darin enthalten ist, wir müssen unterstreichen, was dort gesagt ist. Das deutsche Volk wird wie ein Mann zusammenstehen, unerschütterlich ausharren und kämpfen, bis sein und seiner Verbündeten Recht auf Leben und Entwicklung gesichert ist. In seiner Einigkeit ist das Deutsche Reich unüberwindlich.

Ich habe mit Zustimmung des Reichstags an demselben Tage die Ziele nach der Richtung hin umschrieben, daß ich sagte: Wir müssen die Lebensbedingungen des Deutschen Reiches auf dem Kontinent und über See garantieren, wir müssen es davor sichern, daß sich der Bund unserer Gegner nicht zu einem wirtschaftlichen Trutzbunde auswächst. Meine Herren, wir können in diesem Rahmen einen Frieden durchsetzen, der den Bauern den Lohn ihrer Scholle gewährleistet, der dem Arbeiter Lohn und Verdienst und die Grundlagen sozialen Aufschwungs gibt, der der Industrie Absatz verschafft, der unsere stolzen Schiffe aus Bremen und Hamburg wieder frei ausfahren, anlegen und Kohlen in aller Welt annehmen läßt, einen Frieden breitester wirtschaftlicher und kultureller Entwicklung, einen wirklichen Frieden der Kraft, den können wir in diesem Rahmen erreichen! (Lebhafter Beifall.) Solange unsere Gegner uns mit Forderungen gegenübertreten, die jedem einzelnen Deutschen als unannehmbar erscheinen, solange unsere Gegner an den schwarz-weiß-roten Pfählen rütteln wollen, solange sie mit der Forderung an uns herantreten, daß wir von deutschem Lande etwas geben sollen, solange die Gegner den Gedanken verfolgen, zwischen das deutsche Volk und seinen Kaiser einen Keil zu treiben: so lange bergen wir unsere Friedenshand in den verschränkten Armen. (Lebhafter Beifall.) Wir warten ab, wir können warten, die Zeit läuft für uns. Bis das geschieht, bis die Feinde einsehen, daß sie diese Forderungen zurückstellen müssen, so lange müssen die Kanonen und die U-Boote ihre Arbeit tun. (Beifall.) Und unser Friede wird doch kommen! (Stürmischer Beifall.)

Staatssekretär des Reichsmarineamts v. Capelle:

Die russische Revolution hatte einigen wenigen Leuten an Bord unserer Flotte die Köpfe verdreht und revolutionäre Gedanken in ihnen großgezogen. (Hört, hört!) Der wahnwitzige Plan dieser wenigen Leute ging dahin, auf allen Schiffen Vertrauensmänner zu wählen und die gesamte Mannschaft der Flotte zur Gehorsamsverweigerung zu erziehen. (Stürm. Hört! hört!) Auf diese Weise sollte, gegebenenfalls durch Anwendung von Gewalt, die Flotte lahmgelegt und der Frieden erzwungen werden. (Pfui-Rufe rechts — Hört! hört! — Widerspruch b. d. Soz.) Tatsache ist, daß diese Leute mit der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei in Beziehungen stehen. (Pfui-Rufe rechts — Zurufe b. d. U. Soz.: Beweise!) Aktenmäßig steht fest, daß der Hauptagitator hier im Reichstag im Fraktionszimmer der Unabhängigen Sozialdemokratie den Abgg. Dittmann, Haase und Vogtherr seinen Plan vorgetragen hat. (Stürm. Pfui-Rufe rechts. Hört! hört! — Abg. Dittmann: Aufgelegter Schwindel!) Die Abgeordneten haben auf die Gefährlichkeit der Handlungsweise hingewiesen und zur größten Vorsicht gemahnt, aber ihre volle Unterstützung durch Uebermittlung von Material zur Aufreizung der Flotte zugesagt. (Erhaltende Pfui-Rufe rechts. Bewegung. Lebh. Widerspruch b. d. U. Soz.) Dieser Lage gegenüber war es meine erste Pflicht, das Eindringen des zugesagten Materials in die Flotte unmöglich zu machen. (Bravo!) Ich habe daher die zuständigen Kommandobehörden ersucht, die Verbreitung dieses Materials in der Flotte mit allen Mitteln zu verhindern. (Beifall. Ueber die weiteren Vorgänge innerhalb der Flotte kann ich mich hier nicht äußern. Einige wenige ehr- und pflichtvergessene Leute haben sich schwer vergangen und sind der verdienten Strafe zugeführt worden. (Bravo!) Trotzdem will ich hier vor aller Oeffentlichkeit sagen, daß die umlaufenden Gerüchte, die auch mir zugegangen sind, maßlos übertrieben sind. Die Schlagfertigkeit der Flotte war nicht einen Augenblick in Frage gestellt und so soll es bleiben. (Stürm. Bravo!)

Abg. Dr. **David** (Soz.): Der Staatssekretär v. Capelle hat soeben eine außerordentlich schwere Anklage gegen Mitglieder des Reichstags erhoben. Es fällt mir schwer, zu glauben, daß diese Anklage in der vorgetragenen Form begründet ist. Mindestens müssen wir die Angeklagten hören. (Sehr richtig!) Es muß in dieser ungeheuer ernsten Sache die Zurückhaltung geübt werden, die in einer so schweren Anklage notwendig ist. Der Reichskanzler hat erklärt, er betrachte die Partei der Unabhängigen Sozialdemokratie als eine Partei, die jenseits der Grenze der Gleichberechtigung stehe. Ich nehme an, daß er diese Erklärung abgegeben hat, beeinflußt durch das, was soeben der Staatssekretär des Reichsmarineamtes uns mitgeteilt hat. Wir erklären dazu: wir müssen für jede Partei volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung in der Behandlung durch die Behörden verlangen. Sind Handlungen nachweisbar, die gegen die Gesetze des Staates verstoßen, so fallen die, die sie begangen haben, selbstverständlich unter diese Gesetze. (Allseitige Zustimmung.) Davon ist keine Partei ausgenommen und auch die Unabhängige Sozialdemokratische Partei kann und wird für ihre Mitglieder keine Straffreiheit verlangen. Aber im Rahmen der Gesetze haben die Angehörigen aller Parteien das Recht auf gleiche Behandlung und gleiche Bewegungsfreiheit. Davon können wir nicht abgehen. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Die Ausnahmebehandlung einer Partei war niemals eine gute und kluge Politik, und Fürst Bismarck, der Größte unter den Amtsvorgängern des Reichskanzlers, hat kläglich Schiffbruch gelitten mit seiner Ausnahmepolitik gegen Sozialdemokratie und Zentrum. (Sehr richtig! links u. t. d. Mitte.) Wie die Alldeutschen arbeiten, das geht aus der Art und Weise hervor, wie die Deutsche Tageszeitung über die Sonnabend-Sitzung berichtet. Diese Methode beleuchtet grell den unglaublichen Tiefstand, mit dem dort gearbeitet wird. Graf Reventlow spricht von der Interpellation als von einer Demonstration gegen die Wahrheit. In seinem Artikel gebraucht er siebzehnmal das Wort „Hungerfriedensmehrheit". Die „Deutsche Tageszeitung" unterschlägt weiter vollkommen die Rede des Dr. Haas und das Beweismaterial des Abg. Landsberg. Das ist ein Mangel an Wahrheit, der in die Grenzen des Pathologischen weit hinüberreicht. (Sehr richtig! links.) Die Vaterlandspartei will die Einheit des deutschen Volkes innerlich auflösen und zertrümmern. Das heißt mit dem Burgfrieden Schindluder treiben. Ihr gehören alle an, die keinen Frieden und keine Neuorientierung wollen. Herr v. Graefe behauptete, die Vaterlandspartei stamme aus der Tiefe des Volkes. Ja, ganz unten, da ist der Herzog von Mecklenburg, etwas höher kommt Herr v. Tirpitz, noch etwas höher Herr Kapp, dann die vielen Prinzen und Grafen, die Magnaten und Rittergutsbesitzer, die Kommerzienräte und Regierungsräte, alles ausgesprochenes Proletariat. (Große Heiterkeit.) Nein, die Vaterlandspartei ist eine Partei der oberen Zehntausend, ausgerüstet mit ihren Millionen und ihrem großen Einfluß auf amtliche Kreise.

Abg. David wendet sich in seiner Rede weiter gegen die von alldeutscher Seite betriebene Agitation mit Illusionen. Er zeigt an Beispielen, daß von alldeutscher Seite, insbesondere auch in der bekannten Lehmannschen Broschüre, ein baldiger durchgreifender Erfolg des U-Boot-Krieges vorausgesagt worden sei. Alle die Prophezeiungen, die an einen bestimmten Zeitpunkt geknüpft wurden, hätten sich nicht erfüllt. Angesichts der alldeutschen Agitation, sagt Abg. David weiter, erhebt sich die große Frage, aller Fragen: Wenn wir den vierten Kriegswinter und das vierte Kriegsjahr durchhalten müssen, was können wir dann tun? Wie müssen wir dann unsere Politik einstellen, damit unser Volk die physische und moralische Kraft behalte, auch das noch zu leisten?

Es muß die feste Ueberzeugung haben, daß der Feind, der uns ans Leben will, uns zur Verteidigung unseres Landes, seiner Unversehrtheit und seiner Entwicklungsfreiheit entschlossen findet, daß es nicht in unserem Belieben steht, Schluß zu machen. Es ist die einzige Garantie dafür, daß unser Volk zusammenbleibt, daß das ganze Gewicht der moralischen Verantwortung für die Weiterführung des Krieges auf die Staatsmänner der Entente fällt. Nur wenn unser Volk die Ueberzeugung hat, und diese Ueberzeugung in ihm festbleibt und nicht untergraben wird, dann können wir das schwere Jahr, das uns bevorsteht, durchhalten. Abg. David weist ferner darauf hin, daß die alldeutsche Agitation auch die Einheit Deutschlands mit seinen Verbündeten gefährde und endlich daß sie alle Bestrebungen, unser Volk seelisch emporzureißen und mit Begeisterung für die Ziele, die einmal im neuen Deutschland erreicht werden sollen, zu erfüllen, einfach zu nichte mache.

Was hat denn die politische Aufklärungsarbeit überhaupt in der Heimat zu tun? Für diese Arbeit sind doch die politischen Parteien, der Reichstag und die Landtage da. Hier im Hinterland hat diese aus öffentlichen Mitteln fließende Agitation gar nicht zu suchen. Wir müssen vor allem fordern, daß uns endlich einmal das ganze Material über diese Arbeit vorgelegt wird, denn sie wird ja überall, in Schulen und Kinos usw., gearbeitet, und ich muß schon heute sagen, daß diese sogenannte Aufklärungsarbeit unbedingt aufhören muß. (Lebh. Sehr richtig! links.) Jeder, der von dieser Aufklärungsarbeit betroffen wird, soll sein politisches Recht schützen, wenn es nottut, unter Berufung auf die Erklärung des Reichskanzlers, daß kein Beamter das Recht hat, einen Untergebenen zur Betätigung einer bestimmten Anschauung zu zwingen. Jeder soll seine politische Ehre wahren, und er kann sich ja auch darauf berufen, daß es der ausgesprochene Wille des Kriegsministers und der obersten Heeresleitung ist, daß keiner in seinen politischen Anschauungen vergewaltigt werden darf. Wir wollen ein freies Deutschland, frei nach außen, aber auch frei von innerem Zwange.

Erklärungen der Unabhängigen.

Nach dem Abg. Dr. David erhält das Wort der Abg. Haase. Er führt aus: Ueber unsere politische Tätigkeit, von der der Herr Staatssekretär des Reichsmarineamts gesprochen hat, irgendwie ein Dunkel zu lassen, habe ich keine Veranlassung. Alles, was vorgekommen ist, will ich offen darlegen. Ich stelle gegenüber der Behauptung des Staatssekretärs folgendes fest: Der Matrose, von dem er gesprochen hat, hat zwar mit mir im Fraktionszimmer der Unabhängigen sozialdemokratischen Fraktion eine Unterredung gehabt. Es ist aber unrichtig, daß er mir einen Plan, wie ihn der Herr Staatssekretär hier vorgetragen hat, entwickelt hat. Ich ersuche den Staatssekretär, mir für seine entgegengesetzte Behauptung das Beweismaterial vorzulegen, und ich erkläre schon jetzt: Er hat kein solches Material, es gibt kein Beweismaterial. Zu dieser Erklärung habe ich noch folgendes zu sagen: Dessen haben mich Matrosen und Angehörige des Landheeres im Reichstag besucht und mir Beschwerden über Mißstände in Heer und Marine und persönlich erlittene unwürdige und schlechte Behandlung vorgetragen und mir ein Bild der Stimmung in Heer und Marine entworfen. Wie alle übrigen Mitglieder dieses Hauses, habe auch ich die Beschwerdeführer entweder in der Wandelhalle oder in einem der Zimmer dieses Hauses, das für Besuche zur Verfügung steht, aber im Fraktionszimmer der unabhängigen sozialdemokratischen Fraktion empfangen. Welche Bedeutung der Bemerkung des Herrn Staatssekretärs, daß ich den Matrosen im Fraktionszimmer empfangen habe, zukommen soll, weiß ich nicht.

Im Sommer dieses Jahres hat nun auch der erwähnte Matrose mit mir gesprochen und hat mir über die Zustände, unter denen er und seine Kollegen litten, bittere Klage geführt und mir von der starken Unzufriedenheit erzählt und von der großen Erbitterung, die in der Marine herrsche. Dabei hat er noch folgendes gesagt: Wir Matrosen empfinden die lange Dienstzeit, den Mangel an geistiger Anregung sehr tief, jetzt aber haben wir in sehr großer Anzahl auf die Presse der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei abonniert, und wir lesen diese Zeitungen. Er und seine Kollegen hätten den Plan, sich weiter fortzubilden und in Zusammenkünften am Lande politische Unterhaltungen zu pflegen. Zu diesem Zwecke sei es ihnen erwünscht, Literatur zu haben.

Ja, meine Herren, sagt Abg. Haase weiter, politische Unterhaltungen am Lande, die an sich erlaubt sind. Wird doch sogar, wie hier jetzt festgestellt worden ist, solche politische Aufklärung amtlich mit Hochdruck betrieben. Ich habe den Matrosen darauf aufmerksam gemacht, daß die Unterhaltungen zwar an sich erlaubt, aber unter den besonderen Bedingungen für ihn gefährlich sein könnten und habe ihn gewarnt. Danach, meine Herren, ist die Behauptung des Staatssekretärs auf ihre Tragweite zurückgeführt. Ich bin es dem Andenken dieses Matrosen schuldig noch hier zu erklären, daß er auf auf mich den Eindruck eines frischen jungen Mannes von hohen Gedanken machte und daß ich auf das Tiefste erschüttert war, obwohl ich keine näheren Beziehungen zu ihm hatte, als ich hörte, daß er wegen Verfolgung seiner Ideale den Tod habe erleiden müssen.

Ich weise darauf hin, daß nicht nur die Anhänger meiner Partei, sondern die Sozialdemokraten aller Richtungen öffentlich im Reichstage und in der Presse den russischen Revolutionären ihre Sympathie und ihre Begeisterung entgegengebracht haben. Es ist begreiflich, daß diese Revolution das größte Ereignis des Jahrhunderts auf alle freiheitlich Gesinnten den tiefsten Eindruck machen mußte. Der Zweck der Ausführungen des Herrn Staatssekretärs ist ja ganz klar. Ich habe gar nichts anderes erwartet. Es kommt den Herren von der Regierung jetzt darauf an, das rote Tuch zu schwenken und die anderen Parteien zu einem festen Block zur Unterstützung dieser unglückseligen Regierungspolitik zusammenzuschmieden. (Stürmisches Sehr richtig! links.) Vom ersten Kriegstage an habe ich das erwartet, und ich habe unmittelbar vor der entscheidenden Sitzung des 4. August darauf hingewiesen (lebhafte Rufe bei den Unabh. Soz.: Sehr richtig!), daß dieser Zeitpunkt einmal kommen wird. (Sehr wahr! links.) Jetzt, wo die Regierung nichts gegen das Unheil tun kann, da schlägt sie also los gegen diejenigen, die das Unheil vorausgesagt haben. (Stürmische Rufe links: Sehr wahr, sehr gut!) Was der Herr Reichskanzler gesagt hat, das war Geist vom Geiste Puttkammers, aber wie mit dieser Politik nicht nur Puttkammer, sondern sogar ein Größerer, Herr v. Bismarck, Schiffbruch erlitten habe, so werden auch Sie, Herr Reichskanzler Dr. Michaelis, mit dieser Politik Schiffbruch erleiden. (Stürmisches Sehr wahr! bei den Unabh. Soz.)

Abg. **Vogtherr** (U. Soz.): Ich erkläre, wie mein Freund Haase, daß ich auch mit dem betreffenden Soldaten, der hier bereits ehrend erwähnt wurde, wiederholt gesprochen und die Verhältnisse seines Schiffes und der Marine im allgemeinen erörtert habe. Das ist das Recht der betreffenden Soldaten (Sehr richtig! links), und es ist auch das Recht und die Pflicht der Abgeordneten, derartige Stimmen anzuhören und den Klagen abzuhelfen, soweit sie es vermögen, denn das mögen sich die Herren gesagt lassen, wenn die Soldaten Vertrauen hätten zu ihnen, dann wären sie nicht zu uns gekommen. (Lebh. Sehr richtig! bei den Unabhängigen). So wie Sie, Herr Staatssekretär, die Sache dargestellt haben, mußte ein oberflächlicher Hörere den Eindruck gewinnen, daß wir mit den Soldaten die Pläne gemacht haben zur Lahmlegung der Flotte und zur Erzwingung des Friedens. Ich behaupte dagegen, daß kein Wort in diesem Material den Beweis dafür zu erbringen imstande ist. Auch die Macher des Sozialistengesetzes haben ja seinerzeit mit solchem Material gearbeitet, aber sie haben es doch etwas besser verstanden, ihre Anklagen zu begründen.

Vossische Zeitung
9./X.1917
1
12

Dienstag, 9. Oktober 1917

Zeitung

704

b gelehrten Sachen

ich M. 2.20 bei tägl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich 7.50 ohne Bestellgebühr. Anzeigen: 80 Pf. die Zeile, Stellengesuche %. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. lin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

26 Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co, Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

Reichstag.

Die Verhandlungen im Hauptausschuß.

Dr. Michaelis gegen die Agitation im Heere.

Der Hauptausschuß des Reichstages trat am Montag nachmittag zum zweitenmal zusammen. Der Reichskanzler war anwesend und nahm sogleich das Wort zu folgenden Ausführungen:

Es ist Klage darüber erhoben worden, daß von seiten der Beamten in unzulässiger Weise Propaganda zugunsten der Vaterlandspartei betrieben sei. Ich möchte über die Stellung der mir nachgeordneten Reichsbeamten folgendes grundsätzlich bemerken, wobei ich hinzufüge, daß für die preußischen Beamten dieselben Grundsätze gelten.

Für alle Beamten gilt politische Gesinnungsfreiheit. Jeder Beamte kann jeder Partei angehören, sofern sie nicht den Bestand des Reiches oder des Staates gefährdende Ziele verfolgt. Was nach außen hin in die Erscheinung tretende politische Betätigung betrifft, haben sich die Beamten selbstverständlich Zurückhaltung aufzuerlegen, damit nicht beim Publikum das Vertrauen in ihre Unparteilichkeit erschüttert wird. Ein Mißbrauch der dienstlichen Stellung nach der Richtung, daß ein Vorgesetzter die ihm nachgeordneten Stellen zwingt oder veranlaßt, zugunsten einer bestimmten Partei Stellung zu nehmen, ist selbstverständlich durchaus unzulässig, und ich wünsche nicht, daß von seiten der Vorgesetzten ein politischer Druck nach irgendeiner Richtung hin gegen die nachgeordneten Stellen ausgeübt wird. Diese Grundsätze gelten für alle politischen Parteien und Richtungen in gleicher Weise, sie gelten auch gegenüber der Vaterlandspartei, und sollte von diesen Grundsätzen abgewichen werden, so kann ich nur anheimstellen, daß der Fall zur Kenntnis der zuständigen Zentralbehörde gebracht wird, die den Sachverhalt prüfen und gegebenenfalls entsprechend eingreifen wird, und ich bin willens, die Innehaltung dieser Grundsätze zu überwachen.

Auch im Heer ist jede politische Agitation ausgeschlossen. In den mir durch den Herrn Kriegsminister zur Verfügung gestellten Leitsätzen über den vaterländischen Unterricht, über die wohl des näheren noch gesprochen werden wird, ist die Politik ausgeschlossen.

Meine Herren, ich bin mit den bundesstaatlichen Regierungen bestrebt, sämtlichen politischen Meinungen und Strömungen in voller Objektivität gegenüberzustehen und jeder politischen Meinung volle Gerechtigkeit zuteil werden zu lassen. Ich tue das, weil ich überzeugt bin, daß jede Richtung ehrlich das Beste zum Wohle des Ganzen will. Dieses gegenseitige Zutrauen zum besten Willen ist in dem Kampf der Meinungen namentlich auch in den letzten Wochen bedauerlicherweise in den Hintergrund getreten und hat eine Form der gegenseitigen Agitation gezeitigt, die ich aufs tiefste bedauere. Jeder im deutschen Volk hat bereitwillig und freudig die Opfer an Gut und an warmem Leben gebracht, die von ihm verlangt werden, und ich glaube, daß auch hier in diesem Kreise kaum einer ist, der nicht in dem Gedenken an das, was er drangegeben hat, den hervorquellenden Schmerz herunterschlucken muß mit einem mutigen „Dennoch!“ Aus solchen opferbereiten Männern setzen sich auch die Gegner zusammen, und wenn das im Auge behalten wird, dann ist eine Agitation, wie sie jetzt in die Erscheinung getreten ist, im Grunde ausgeschlossen.

Möchten doch die Vertreter der auseinanderstrebenden Meinungen sich das vor Augen halten, daß in der Tat nicht die Betonung der Gegensätze in den Wegen und Mitteln das Entscheidende ist, sondern das Einheitliche und Gemeinsame in den Zielen. Wenn wir das vor Augen haben, wenn uns klar vor Augen steht, daß wir alle an dem gleichen Strange ziehen müssen und wollen, dann wird es dahin kommen, daß in der Tat derartige Zusammenstöße, wie sie letzthin gewesen sind, aus unserem politischen Leben ausscheiden. Das ist jetzt, wie es immer gewesen ist, und jetzt am brennendsten im Hinblick auf die schwere Zeit, in der wir stehen, unsere Pflicht.

Abg. Ledebour (U. Soz.) ist über diese Ausführungen erstaunt. Die Regierung soll sich über die vorgetragenen Beschwerden aussprechen. Die allgemeinen Grundsätze der Unparteilichkeit sind nichts Neues. Die Ermahnungen, die Parteikämpfe zu dämpfen, sind gut gemeint, aber diese Parteikämpfe lassen sich nicht dadurch beseitigen. Wir verlangen Auskunft, was der Kanzler tun gedenkt gegen die Beeinflussung der politischen

Staatssekretär Dr. Helfferich

stellt fest, daß er im Plenum am 6. Oktober seine sachlichen Ausführungen beendet hatte, als er die Rednertribüne verließ, daß also die Auffassung, er habe seine Rede abgebrochen, auf Mißverständnis beruhe. Gegen das, was er sachlich vorgebracht habe, sei auch von den Vorrednern eine Einwendung nicht gemacht worden. Ein verletzendes Wort werde niemand in seiner Rede aufzufinden vermögen. Wenn man seinen „Ton“ bemängele, dann möge man sich vergegenwärtigen, daß er, noch ehe er überhaupt ein Wort gesprochen, mit nicht gerade freundlichen Zurufen begrüßt wurde und im weiteren Verlaufe kaum einen Satz ohne Zwischenrufe und Unterbrechungen habe beenden können.

Abg. Dove (Vpt.): Nachdem die Reichstagsresolution von der Reichsleitung akzeptiert ist, darf nicht in der bisherigen Weise gegen sie agitiert werden. Die Richtlinien sind unanfechtbar, aber die Praxis zeigt doch ein anderes Bild. Die Antwort des Kriegsministers war nicht die richtige Art. Dadurch wurde die Stimmung des Reichstags verdorben. Herr Helfferich hat keine verletzenden Worte gebraucht, aber der Eindruck war ungünstig.

Abg. Landsberg (Soz.): Der Kriegsminister sprach am Sonnabend mit unverkennbarer Geringschätzung von dem vorgetragenen Material und auch die Eingangsworte des Staatssekretärs erweckten den Eindruck der Provokation. Im Heere wird systematisch gegen die Politik des Reichstags und der Reichsleitung agitiert. Die Leitsätze schließen eine Verteilung von Broschüren an die Mannschaften aus, und doch erfolgt sie in ungeheurem Umfang. Der Redner fragt, ob nicht andere Leitsätze bei einzelnen Divisionen bestehen, und legt aus solchen anderen Leitsätzen einzelne Sätze vor. An den verschiedensten Stellen sei zum Anschluß an die Vaterlandspartei aufgefordert worden. Der Agitation der Vaterlandspartei sollen keine Hindernisse bereitet werden, aber dann muß auch eine Gegenagitation gestattet sein.

Eine zweite Kanzlerrede.

Darauf nahm Reichskanzler Dr. Michaelis abermals das Wort. Er teilte zur Ergänzung der Erklärungen des Staatssekretärs Helfferich in der Plenarsitzung vom Sonnabend mit, daß die Reichszentalbehörden von den ihnen nachgeordneten Stellen Berichte über eine etwaige Beeinflussung Untergebener durch dienstlich Vorgesetzte im Interesse der Vaterlandspartei eingefordert haben. Das Material, das bisher vorliege, sei äußerst spärlich; es beschränke sich auf fünf Einzelfälle von untergeordneter Bedeutung, die durch die Reichspostverwaltung zur Kenntnis der Reichsleitung gekommen seien. Selbstverständlich werde in allen diesen Fällen das Erforderliche veranlaßt werden. Auch der preußische Minister des Innern habe einen Erlaß an die nachgeordneten Stellen herausgegeben, daß jeder Mißbrauch der dienstlichen Stellen zur Ausübung eines politischen Druckes oder einer politischen Beeinflussung auf Untergebene unzulässig sei und, wenn er vorkommt, nicht geduldet werden würde.

Der Reichskanzler geht dann auf die Leitsätze der Heeresverwaltung über den vaterländischen Unterricht ein, die ihm, als sie zu seiner Kenntnis gelangt seien, durchaus befriedigt hätten. Man könne nicht leugnen, daß die Heeresverwaltung sich in diesen Leitsätzen unbedingt bemüht habe, in objektiver Weise einen großzügigen Plan der Aufklärung aufzustellen. Die Aufklärung selbst sei ohne Zweifel nötig; namentlich bei der abstumpfenden Beschäftigungslosigkeit des Stellungskrieges; sie müsse geistig anregen, die Stimmung heben, die Leute wieder zur Fröhlichkeit und zum Lachen bringen. Nebenbei müsse aber auch die Kenntnis des vaterländischen Lebens und der vaterländischen Wirtschaft, ihrer Bedingungen und Zusammenhänge

Vossische Zeitung

10./X.1917

125. Sitzung, Mittwoch, den 10. Oktober 1917.

Am Tische des Bundesrats: Dr. Helfferich, Dr. Solf.

Präsident Dr. **Kaempf** eröffnet die Sitzung mit einem ehrenden Nachruf auf den am 8. September an der Ostfront gefallenen Kgl. bayrischen Bevollmächtigten zum Bundesrat Generalleutnant Ritter von Wenninger, zu dessen Gedächtnis die Abgeordneten sich von den Sitzen erheben.

Ein Antrag des Ersten Staatsanwalts beim Landgericht in Tilsit auf Genehmigung des Reichstags zur Strafverfolgung des Abg. Kopp (Vp.) wegen Vergehens gegen die Verordnung über Speisefette wird nach dem Vorschlag des Ausschusses für die Geschäftsordnung abgelehnt.

Die Beratung über

die auswärtige Politik

wird fortgesetzt.

Abg. **Haußmann** (Fr. Vpt.): Die Leistungen unserer Bundesgenossen für das Gesamtziel der gemeinsamen Kriegsführung sind auf das höchste anzuerkennen. Die einheitliche politische Front mit den Bundesgenossen ist eine wertvolle Kraftquelle. Von einseitigen Eroberungszielen muß sich deshalb jedes Glied des Bundes fernhalten. Von höchstem Wert war der Kommentar des Grafen Czernin zu den beiden Antworten der Mittelmächte auf die päpstliche Note, sie ist der Anfang des wichtigen Strebens, Ideale, Ideen realpolitisch zu gestalten. In den letzten Monaten sind in den verschiedenen kriegführenden Ländern eine Reihe von Veröffentlichungen erfolgt, die ein Arsenal in Waffen für Deutschland darstellen und nicht nur geschichtlich wichtig, sondern auch von sehr aktueller Bedeutung sind, da sie für die Zielsetzung in diesem Kriege, die Vorstellung von den Ursachen bei den Völkern und bei den Regierungen eine besondere Wichtigkeit haben.

freier sich. Wir können nicht gegen den Westen eine andere Politik machen als gegen den Osten. (Sehr richtig!) Wir brauchen ein Ministerium des deutschen Geistes. Die Reichstagsmehrheit will in diesem Augenblick, wo die schwerste und blutigste Kraftprobe von unseren Tapferen in Flandern abgelegt wird, nicht im Innern in großen politischen Auseinandersetzungen Kraftproben veranstalten. Wir legen uns die weitestgehende Zurückhaltung auf. Aber unser Volk kann verlangen, daß der letzte Entscheidungskampf ihm von den höchsten Gewalten nicht erschwert, sondern erleichtert wird. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Dr. **Stresemann** (ntlb.): In den Ausführungen des Vorredners hat die Frage der Schuld am Weltkriege einen breiten Raum eingenommen. Was er dabei ausgeführt hat, ist im höchsten Maße dankenswert und würde aufklärend nach vieler Richtung hin wirken können, wenn nicht zu befürchten wäre, daß auch für alle Ausführungen über die Schuld am Weltkriege dasjenige gilt, was Staatssekretär v. Kühlmann gestern ganz allgemein sagte, daß nämlich die Reden von den Tribünen der Parlamente heute an den Dingen wenig oder nichts mehr ändern können. Mit seiner Aufklärung über die Schuld der feindlichen Mächte am Weltkriege hat Dr. David uns einen großen Dienst geleistet. Wir sind diplomatisch ganz ungerüstet in den Weltkrieg eingetreten. Das deutsche Weißbuch macht den Eindruck eines mühsam zusammengestoppelten Werkes. Das Urteil des Vorredners über die Politik des Fürsten Bülow ist hart ausgefallen. Er darf nicht vergessen, daß ihm innere Verhältnisse sehr oft seine Arbeit erschwert haben. (Sehr richtig!) Bei dem Telegramm Hindenburgs über den Durchbruch im Osten fiel der Zuruf „Stimmungsmache!". Das war niederdrückend. In Wirklichkeit war es keine Stimmungsmache, sondern wir haben der Welt den Beweis geliefert, daß wir auch im vierten Kriegsjahre nicht nur Abwehrschlachten, sondern auch offensiv vorgehen können.

Die Eroberung Rigas ist nicht nur militärisch, sondern auch politisch von größter Bedeutung. Schon die Achtundvierziger verlangten die Befreiung der baltischen Provinzen vom russischen Joch als Aufgabe der deutschen Demokratie. Der Kaiser und unsere Truppen wurden in Riga begeistert aufgenommen. Sie haben den Eindruck erhalten, in ein Land zu kommen, wo deutscher Geist sich durch Jahrhunderte der Unterdrückung wachgehalten hat. In Flandern bieten unsere Truppen einem an Menschen und Material weit überlegenen Feinde die Stirn. Hindenburg hat recht: nie war unsere militärische Lage so günstig, wie jetzt. Der „Temps" hat selbst zugegeben, Deutschland werde auf der Konferenz wirtschaftlich als Bittender, aber militärisch als Ueberlegener erscheinen. (Hört, hört!) Das bereitet Frankreich darauf vor, daß nicht alle Blütenträume reifen. Die Erfolge unseres U-Bootkrieges wachsen von Monat zu Monat. Man muß die versenkte Tonnage immer in Beziehung zu der geringer werdenden noch vorhandenen Handelstonnage bringen.

England kämpft heute mit der Uhr in der Hand. Gewiß ist seit dem 1. Februar die Lage für uns komplizierter geworden. Ich nehme es gewiß nicht leicht, wenn Guatemala oder ein anderer kleiner Staat uns den Krieg erklärt. Dabei geht viel verloren, was deutscher Kaufmannsgeist in Jahrzehnten geschaffen hat. Alle diese Kriegserklärungen aber sind nur ein Stück des gegen uns geführten Wirtschaftskrieges. Diplomatische Ungeschicklichkeit hat unsern Feinden geholfen. Ohne das Mexikoangebot wäre es Wilson nicht so leicht geworden, Stimmung gegen uns zu machen. (Zustimmung.) Ein deutsches Witzblatt hat recht, wenn es sagte: „Wie stark muß Deutschland sein, um solche Diplomaten ertragen zu können." (Zustimmung.) Warum hat man von Berlin aus nicht gegen die Aeußerungen des Grafen Luxburg protestiert? (Sehr richtig!) Herr v. Tirpitz ist gestern zu unrecht mit Wallenstein verglichen worden. Gegen einen Mann von solchen Verdiensten sollte man nicht mit solchen Angriffen kommen. (Sehr richtig! rechts und bei den Natl.) Dieser Weltkrieg ist nicht entschieden worden in den Tagen vom 20. Juli bis 1. August. Die Grundursachen dieses weltpolitischen Zusammenpralls liegen vielmehr in den Dingen, die sich vorher entwickelt haben, nicht zuletzt in unserer eigenen wirtschaftlichen Entwickelung, die uns in Gegensatz zu England brachte. (Sehr richtig! rechts und bei den Natl.) Herr v. Tirpitz hat das Recht, so gewertet zu werden, daß man ihm nicht Wallenstein-Gelüste nachsagt. (Sehr richtig! rechts und bei den Natl.)

Manche Gedankengänge des Herrn v. Kühlmann stimmen nicht mit dem überein, was meine Freunde für richtig halten. (Hört, hört! links.) Trotzdem haben wir mit großer Freude und Genugtuung seine Ausführungen nach Form und Inhalt begrüßt. Weniger wichtig ist der Kampf um die Formulierung künftiger Friedensbedingungen, wichtiger, daß wir unsere Gegner an den Friedenstisch heranziehen, und daß wir dort durch Diplomaten vertreten sind, die die Fähigkeiten besitzen, aus der glänzenden Lage Deutschlands das Beste für uns herauszuholen. (Sehr richtig! rechts und bei den Natl.) Wenn manche Reden des Herrn v. Kühlmann in der deutschen Oeffentlichkeit einer gewissen Kritik unterliegen, so liegt das daran, daß er auch Rücksicht zu nehmen hat auf die Psychologie des Auslandes. Wir erhoffen für sein Wirken den besten Erfolg, wo wir andere Meinungen vertreten, werden wir sie zum Ausdruck bringen. Aber nach dem, was man in den letzten Tagen erlebt hat, war es eine Erquickung, eine solche Rede zu hören, so fein abgetönt in ihrer Wirkung und so staatsmännisch durchdacht. (Lebhafte Zustimmung.)

*

Nach dem Abg. Stresemann erhält das Wort der konservative Abgeordnete Graf Westarp. Er führte aus: Die Mahnung des Redners zur Einigkeit findet auch bei uns offenes Gehör. Wenn auch im Meinungsstreit über die Schritte, die zu dem gemeinsamen Ziele führen, Gegensätze immer herrschen und aufeinanderprallen mögen, so gab es doch in der letzten Zeit einen Vorgang, in dem wir alle uns einig wußten, das war die starke Zurückweisung der Note des Präsidenten Wilson. Dieser Mann, sagt Graf Westarp ist dem deutschen Volke immer unsympathisch gewesen. Wir können uns mit offenen, ehrlichen Gegnern tüchtig herumschlagen und trotzdem achten, für einen Mann aber, der um Geschäfte willen den Krieg um Monate und Jahre hat verlängern lassen, und noch dazu in der heuchlerischen Maske eines Predigers für Moral, für einen solchen Mann haben wir nur Verachtung und nicht einmal Haß.

Der Redner wendet sich dann der Erörterung der Friedensnote des Papstes und den seither ergangenen Kundgebungen der Staatsmänner zu. Er sagt: Die Note des Papstes ist von uns und von den Staatsmännern unserer Verbündeten sympathisch aufgenommen worden. Auch wir stimmen dem dieser Note erteilten Anerkenntnis zu. Den Respekt sind auch wir dem Haupte der katholischen Kirche und dem geistigen Führer unserer katholischen Volksgenossen schuldig. Dies entbindet uns aber nicht, in einer politischen, ernsten Aussprache auch offen zu sagen, daß nach unserer Auffassung objektiv die Vorschläge der Kurie den Lebensinteressen und Lebensnotwendigkeiten Deutschlands nicht gerecht werden.

Auch noch etwas anderes möchte ich sagen: daß dasjenige, was ich von der Note bemerkt habe, auch für die Ausführungen oder wenigstens für den größten Teil der Ausführungen des Grafen Czernin gilt. Die Interessen Deutschlands und seiner Bundesgenossen sind, das liegt in der Natur der Sache, nicht in allen Punkten identisch. Mag Oesterreich-Ungarn der Meinung sein, daß es jetzt von der Gefahr, die ihm von dem russischen Kolosse drohte, befreit sei, mag es glauben, daß es territoriale Sicherungen und Verbesserungen seiner Grenzen nicht mehr nötig hat, so darf es auch nicht vergessen, daß unsere Grenzverhältnisse mit Rußland etwas anders liegen als seine. Aber genau ebenso wie wir nicht dulden und nicht geduldet haben, nicht dulden können und nicht dulden werden, daß die österreichisch-ungarische Monarchie vernichtet wird oder vom Balkan verdrängt wird oder von Italien wertvoller Provinzen beraubt wird, daß ihre Stellung an der Adria geschwächt wird, ebenso muß Oesterreich-Ungarn wissen, daß es seine Stellung in der Welt und seine Interessen nicht wird wahren können, wenn ihm ein Deutschland zur Seite steht, dem das Rückgrat gebrochen ist, und es darf neben seinem mittelbaren auch das unmittelbare Interesse nicht vergessen, daß es daran hat, daß nicht die englische Seetyrannei auch über die östlichen Mittelmeere sich erstreckt, sondern daß sie auch dort gebrochen wird.

Diese Interessengemeinsamkeit, diese Gemeinsamkeit mittelbarer und unmittelbarer Interessen gestattet uns auch Meinungsverschiedenheiten über die einzuschlagenden Wege offen auszusprechen und auszutragen. Ich teile nicht die Befürchtung, die hier ausgesprochen worden ist, es herrsche die Gefahr, daß wir bei verschiedener Formulierung über die Kriegsziele schließlich ohne Bundesgenossen würden fechten müssen. Ich teile diese Auffassung nicht und weise sie zurück. Unser Bund mit Oesterreich ist durch die dreijährige Waffenbrüderschaft und durch gemeinsame Interessen fest geschmiedet und ich bin überzeugt, bei der vornehmen Gesinnung unserer österreichischen, bulgarischen und türkischen Bundesgenossen, daß unser Bund zu fest in den Völkern wurzelt, als daß er durch Auseinandersetzungen der gekennzeichneten Art gefährdet werden könnte.

Graf Westarp geht sodann mehr auf die in der päpstlichen Note und in den Reden Czernins und Kühlmanns erörterten Gedanken der Abrüstung und der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit ein. Er führt aus, daß nach seiner Ansicht diese beiden Gedanken nicht leicht durchzuführen seien und sagt, ein Friedensbund dieser Art würde, wenn er zustande käme, im Grunde nichts anderes sein als ein angelsächsisch-amerikanischer Bund zur Niederhaltung Deutschlands. Gerade für Deutschland ist der Gedanke eines Abkommens zur Einschränkung der Rüstungen und zur obligatorischen internationalen Schiedsgerichtsbarkeit von großer Gefahr, denn wir werden nach wie vor damit rechnen müssen, daß Deutschland nur soviel an Geltung und Macht in der Welt haben wird, wie es aus eigener Kraft erreichen kann.

Deutschland kann und darf sich nicht darauf einlassen, sich in seinen Rüstungen Beschränkungen auferlegen zu lassen, und aus diesen Erwägungen komme ich zu dem Schluß, daß der Abrüstungsgedanke nicht auf den bevorstehenden Friedenskonferenzen zur Debatte gestellt werden sollte. Uebrigens würde es schon aus technischen Gründen ein Fehler sein, dies zu tun. Aus diesem Grunde meine ich auch, daß in unserer Note und in der österreichischen Note der Gedanke schärfer hätte zum Ausdruck kommen sollen, daß wir uns auf den Friedenskonferenzen in dieser Sache nicht hätten einlassen können.

Vossische Zeitung 10./X. 1917 10

Ablehnung des Mißtrauensvotums.

Sitzung des Reichstags vom 9. Oktober.

(Fortsetzung.)

Abg. **Haase** (U. Soz.), dessen Rede wir z. T. schon auszugsweise wiedergegeben haben, erklärt: Der Staatssekretär des Reichsmarineamtes hat eine Reihe aufsehenerregender Mitteilungen gemacht. Unsere politische Tätigkeit irgendwie im Dunkel zu lassen, haben wir keinen Anlaß. Ich will alles offen klarlegen und stelle fest, daß tatsächlich der Matrose, von dem er gesprochen hat, mit mir im Fraktionszimmer eine Unterredung hatte. Unrichtig ist aber, daß der Matrose mir einen solchen Plan vorgetragen hat, wie ihn Herr von Capelle erwähnte. (Hört! Hört! bei den Soz.) Ich ersuche den Staatssekretär, für seine entgegengesetzten Behauptungen den Beweis zu erbringen, erkläre aber schon jetzt, daß er keine Beweise hat, weil es keine Beweise dafür gibt. (Hört! Hört! bei den Soz.) Zur vollen Aufklärung des Sachverhaltes erkläre ich noch folgendes: Häufiger haben mir Matrosen oder Angehörige des Landheeres allerlei Beschwerden vorgetragen. Wie alle Mitglieder des Reichstages empfange ich diese Besuche in der Wandelhalle, in den Besuchszimmern oder im Fraktionszimmer. Welche Bedeutung der Bemerkung des Staatssekretärs zukommen soll, der Matrose hätte mich im Fraktionszimmer gesprochen, kann ich daher nicht einsehen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Also im Sommer dieses Jahres hat mich der erwähnte Matrose hier aufgesucht und mir bittere Klagen geäußert über die Zustände, unter denen er und seine Kollegen litten. Er hat mir berichtet von der starken Unzufriedenheit und der großen Erbitterung unter den Matrosen und hat dabei folgendes erzählt: Die Matrosen, namentlich die, die schon lange Zeit Dienst täten, litten an dem Mangel an geistiger Anregung, hätten jetzt aber in großer Zahl die Presse der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei bestellt, die ihnen Anregung gebe. Ihr Plan sei, sich weiter fortzubilden und in Zusammenkünften am Lande politische Unterhaltungen zu pflegen. Zu diesem Zwecke wäre es ihm erwünscht, Literatur zu haben. Obwohl diese Unterhaltungen am Lande gesetzlich erlaubt sind und eine Aufklärungsarbeit ja sogar amtlich mit Hochdruck gegenwärtig betrieben wird, habe ich den Matrosen wegen der Bedingungen, unter denen wir leben, zur Vorsicht gemahnt und gewarnt. Ich weise daher die entgegengesetzten Behauptungen des Staatssekretärs entschieden zurück. (Sehr gut! bei den Soz.) Dem Andenken dieses Matrosen, der den Eindruck eines frischen jungen Mannes mit hohen Gedanken machte, bin ich es schuldig, zu sagen, daß ich, obwohl ich sonst gar keine Beziehungen zu ihm hatte, aufs tiefste erschüttert war, als ich hörte, daß er wegen seiner politischen Ideale den Tod hat erleiden müssen. (Hört! Hört, bei den Soz.)

Der Staatssekretär sprach von der Einwirkung der russischen Revolution auf die Matrosen. Nicht nur meine Partei, sondern die sozialdemokratischen Parteien aller Richtungen haben die russische Revolution mit Begeisterung begrüßt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Es ist nur zu begreifen, daß dieses größte Ereignis des Jahrhunderts auf alle nach Freiheit lechzenden Männer einen tiefen Eindruck machen muß. (Sehr wahr! bei den Soz.) Aber der Zweck der Ausführungen des Staatssekretärs liegt klar zutage. Nach der Praxis der Behörden gegen meine Partei und nach den gestrigen Erklärungen des Kanzlers habe ich nichts anderes erwartet, als daß die Herren jetzt das rote Tuch schwenken zu müssen glauben, um die anderen Parteien zur Unterstützung der unglücklichen Regierungspolitik, die uns ins Verderben gebracht hat und uns immer tiefer in das Verderben bringen muß, zu einem festen Block zusammenzuschließen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Auch die Erklärung des Kanzlers von heute, in der er uns außerhalb des Gesetzes stellt, hat mich nicht überrascht. Vom ersten Tage an habe ich das erwartet und am 4. August unmittelbar vor der entscheidenden Sitzung darauf hingewiesen, daß eine solche Erklärung kommen würde. Der Reichskanzler beweist damit nur, daß ihm und allen Anhängern seiner Politik das Wasser bis an die Kehle sitzt. (Sehr wahr! bei den U. Soz.) In einem solchen Augenblick, wo sie nicht wissen, wie sie aus all dem Elend herauskommen, schlagen sie los auf Männer, die diese Kriegspolitik von Anfang an bekämpft und das Unheil vorausgesagt haben. (Sehr wahr! bei den U. Soz.) Die Töne des Reichskanzlers klangen uns nicht neu, wir kennen sie seit der Zeit des ewigen Puttkamer. Aber wie Puttkamer und noch ein Größerer, Fürst Bismarck, Schiffbruch mit ihrer Politik erlitten haben, so, Herr Reichskanzler Dr. Michaelis, wird es nicht lange dauern, und Sie werden sehen, daß diese Politik in Trümmern liegt und daß die Gedanken, für die wir kämpfen, immer mehr Anhänger werden, nicht nur bei uns, sondern in allen Ländern, in denen Kulturmenschen leben. (Beifall und Händeklatschen bei den U. Soz. — Unruhe.)

Abg. **Vogtherr** (U. Soz.): Auch ich habe mit dem betreffenden Matrosen verhandelt und auch wiederholt mit ihm über die Verhältnisse seines Schiffes und der Marine gesprochen. Das ist das Recht der betreffenden Soldaten, das ist aber auch das Recht der Abgeordneten und sogar ihre Pflicht und Schuldigkeit, sich solcher Klagen anzunehmen. Wenn die Soldaten Vertrauen zu der Regierung hätten, dann würden sie nicht zu uns kommen. Herr von Capelle hat dann auf sein Material verwiesen. Man sucht damit gegen uns Stimmung zu erregen, weil man nicht die Möglichkeit oder nicht den Mut hat, mit diesem Material herauszurücken. Der oberflächliche Hörer mußte aus den Aeußerungen des Staatssekretärs entnehmen, als ob aus unserem Material der Plan zur Lahmlegung der Flotte hervorgegangen ist. Man weise uns eine einzige Schrift oder einen einzigen Satz aus einer Schrift nach, der darauf Bezug haben kann. Unser Material kann jeder erhalten. Wir kämpfen gegen den verruchten Belagerungszustand, unter dem wir schmachten, weil er uns einer freien Presse beraubt und unsere Anhänger hindert, sich politisch zu orientieren. Der Staatssekretär hat in einer dilettantenhaften Art (Vizepräsident Dr. Paasche rügt den Ausdruck) versucht, gegen uns zu wirken und Verdächtigungen auszusprechen. Das ist nur eine unzureichende Fortsetzung der Politik des Reichskanzlers. Dieser erklärte, der Abg. Dittmann sei der Letzte, der von Agitation reden dürfe. Herr Reichskanzler, wir sind in keiner Beamtenstube. Hier hat jeder das Recht, zu sprechen, auch diejenigen, die dem Reichskanzler nicht genehm sind. Hinter uns stehen Hunderttausende von Männern und Frauen, auch von denen, die draußen ihre Brust sozusagen fürs Vaterland den Gegnern darbieten. (Unruhe recht und Zurufe: Sozusagen?) Die Politik des Reichskanzlers muß vollständig bankerott werden.

Abg. **Dittmann** (U. Soz.): Auch mich haben Matrosen und Soldaten in großer Zahl aufgesucht und ihre Beschwerden vorgebracht. Ich habe ihnen Fingerzeige gegeben, wie sie diese Beschwerden weiter anbringen können. Ich habe sie aber auch auf die Gefahren aufmerksam gemacht, die ihnen unter Umständen drohen, wenn sie ihrem gerechten Unwillen die Zügel schießen lassen. Ich lasse mir das Recht nicht verkümmern, die Interessen aller wahrzunehmen, die Beschwerden vorzubringen haben. Die Verfolgungen richten sich nicht nur gegen die Unabhängigen Sozialdemokraten, sondern auch gegen die Anhänger der Mehrheitspartei. Wenn das wahr wäre, was Herr von Capelle hier angedeutet hat, warum ist dann nicht öffentliche Anklage gegen uns erhoben worden? Das beweist, daß Herr von Capelle selbst weiß, auf wie schwachen Füßen seine ganze Anklage steht. (Sehr gut! bei den Soz.)

Staatssekretär v. Capelle:

Auf die ersten Ausführungen des Abg. Dittmann blieb mir nichts anderes übrig, als die Sache so klarzustellen, wie sie sich bei den gerichtlichen Verhandlungen herausgestellt hat. Der Abg. Vogtherr hat aber eine Reihe von Behauptungen aufgestellt, die sich mit meiner Rede nicht decken, und hat die Sache so dargestellt, als ob ich gesagt hätte, die Unabhängigen Sozialisten hätten gewissermaßen die Pläne ausgeheckt und den Matrosen imputiert. Davon habe ich nichts gesagt. (Lebhafter Widerspruch bei den U. Soz. — Der Staatssekretär verliest die betreffenden Stellen aus dem Stenogramm): „Es ist eine Tatsache, daß diese Leute Beziehungen mit der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei angeknüpft haben." (Hört, hört! Unruhe bei den U. Soz.) Ich habe dann auf die aktenmäßige Feststellung verwiesen, daß ein Matrose im Fraktionszimmer den Abgeordneten seine Pläne vorgetragen und dort Billigung gefunden habe. (Unruhe bei den U. Soz.) Die Abgeordneten haben zur größten Vorsicht gemahnt. Ein mir vorliegender Auszug aus den aktenmäßigen Verhandlungen erbringt den vollen Beweis für das, was ich aktenmäßig vorgetragen habe. (Hört, hört! rechts, lebhafter Widerspruch und großer Lärm bei den U. Soz. — Vizepräsident Paasche: Der Herr Staatssekretär hat jetzt das Wort.) Ich will Ihnen nur eine Vernehmung verlesen. Einer der Hauptangeschuldigten sagte aus: (Zuruf bei den U. Soz.: Wie heißt der? Unruhe links. — Vizepräsident Paasche: Ich bitte, den Herrn Staatssekretär nicht zu unterbrechen.)

> „Auch ich persönlich habe den Abgeordneten Dittmann im Hause aufgesucht, nachdem Reichnitz bei ihm gewesen war. Ich habe mich ihm gegenüber dadurch legitimiert, daß ich auf Reichnitz hinwies und sagte, daß ich in derselben Angelegenheit käme. Er zeigte sich unterrichtet und erfreut und sagte, wir möchten so weitermachen, aber große Vorsicht üben."

(Lebhaftes Hört, hört! rechts, große Unruhe bei den U. Soz.)

Er ist nicht allein bei Dittmann gewesen, sondern es hat eine Art Parteikonferenz stattgefunden, an der die Herren Dittmann, Vogtherr und Haase teilgenommen haben. Reichnitz hat den Plan der Organisation den Anwesenden mitgeteilt, die nach seiner Mitteilung ganz begeistert gewesen wären. (Hört, hört! rechts; große Unruhe bei den U. Soz. Zuruf des Abg. Haase: Das sagt jemand, der nie dabei gewesen ist!) Dem Reichnitz gegenüber wurde gesagt, daß diese Organisation verboten und eine strafbare Handlung wäre. Es wäre gewagt, er solle sich sehr vorsehen. Was an ihnen liege, so würden sie seine Agitation, insbesondere durch Broschüren und sonstige Bücher unterstützen. (Zuruf des Abg. Haase: Der war nicht dabei!) Ferner erscheint der Beschuldigte Reichnitz in dieser Sache als Zeuge und erklärt auf Befragen:

> „Ich gebe jetzt auch zu, nicht nur mit dem Abgeordneten Dittmann in dessen Büro, sondern auch im Fraktionszimmer der sozialdemokratischen Partei des Reichstages mit den Abgg. Haase, Dittmann und Vogtherr zusammen gewesen zu sein. Was im einzelnen verhandelt worden ist, will ich mir überlegen. Ich bitte, mich am Nachmittag vorführen zu lassen."

Am Nachmittag hat er erklärt: „Soweit diese Aussagen sich auf mich beziehen, sind sie richtig, das soll heißen: ich habe die Sache nicht nur so erzählt, sondern es hat sich so auch zugetragen." (Zuruf des Abg. Rupp (D. F.): Hören Sie, Herr Haase! Große Unruhe und Lärm bei den U. Soz., wiederholte lärmende Zurufe bei den U. Soz., namentlich des Abg. Ledebour. Vizepräsident Paasche muß wiederholt zur Ruhe mahnen.)

Capelles Anschuldigungen.

Abg. **Trimborn** (Ztr.): Wir begrüßen es mit Freuden, daß der Reichskanzler sich heute klipp und klar auf den Boden der Reichstagsentschließung vom 19. Juli gestellt hat. (Beifall bei der Mehrheit, Lachen bei den U. Soz.) Zu den Ausführungen des Staatssekretärs von Capelle geben wir folgende Erklärung ab: Es erscheint uns recht bedenklich und nicht angängig, die Partei der Unabhängigen Sozialdemokraten in ihrer Gesamtheit ohne weiteres mit Anschuldigungen in Zusammenhang zu bringen, die gegen drei Abgeordnete erhoben sind. Wir müssen annehmen, daß der Staatssekretär des Reichsmarineamts, als er diese Beschuldigungen erhob, sich auf hinreichend schlüssiges Material stützen konnte. Wenn das nicht der Fall wäre, so hätte er diese Beschuldigungen nicht erheben können und dürfen. (Sehr richtig!) Wir erwarten mit aller Bestimmtheit, daß, wenn sich die drei genannten Abgeordneten gegen die Gesetze vergangen haben, insbesondere wenn sie Handlungen begangen haben sollten, die Hoch- und Landesverrat bedeuten, mit der ganzen Strenge des Gesetzes gegen sie vorgegangen wird. (Sehr richtig! — Lachen bei den U. Soz.) Wir halten es für selbstverständlich, daß alle Werbetätigkeit, die sich in der Richtung der erwähnten Gesetzeswidrigkeiten bewegt, mit der größten Strenge unterdrückt und daß sie von der gesamten Marine und dem ganzen Heer ferngehalten wird. (Lebhafter Beifall.)

Abg. **Kreth** (kons.): Wenn den drei Abgeordneten an der völligen Klarstellung liegt, so sollten sie auf ihre Immunität verzichten, damit die strafrechtliche Verfolgung eingeleitet werden kann. (Sehr richtig! — Lachen bei den U. Soz.) Wenn sich dann die Anschuldigungen als wahr herausstellen sollten, dann ist kein Wort der deutschen Sprache hart genug, um ein solches Verhalten zu brandmarken. Die Reichstagsmehrheit wollte den Posten des Vizekanzlers streichen, um den Staatssekretär Helfferich zu beseitigen. Wir wollten nicht, daß diese Sache dazu ausgenützt werde, um den Kaiser in dem verfassungsmäßigen Rechte, die geeigneten Männer an die Spitze der Regierung zu stellen, zu beschränken. Die Ausschußverhandlungen haben nicht dazu beigetragen, die Beratungen hier im Hause abzukürzen. Das zeigt ein Blick auf die Uhr. Daß die Krisisstimmung noch nicht völlig geschwunden ist, lehrt der heutige „Vorwärts". Graf Westarp hat mit seiner Behauptung recht behalten, daß im Ausschuß die Verhandlungen über den Nachtragsetat nicht die Hauptsache sein würden, er allein hat dort von dem Nachtragsetat gesprochen. (Sehr gut! rechts.) Jedes deutsche Empfinden wird von der Linken als alldeutsch stigmatisiert. Wir sind ihr dafür dankbar. In der Zabern-Affäre hat das „Berliner Tageblatt" ein Material gesammelt, das jedenfalls nicht geeignet war, uns die Sympathien im Auslande zu erwerben. Sie können die Artikel heute noch nachlesen. Die Regierung hat dagegen nichts gesagt, aber es ist nie eine Gelegenheit versäumt worden, die Alldeutschen von den Rockschößen der Regierung abzuschütteln. Wer im deutschen Volke will den Frieden nicht? Es kommt nur darauf an, was es für ein Friede sein soll. Jeder denkt sich etwas anderes. Der Abgeordnete Landsberg hat gesagt: Wir wissen, daß der Krieg ein Maß übermenschlicher Arbeit hinterlassen muß. Ganz richtig, aber es ist bei einem Frieden, wie der Abg. Landsberg sich ihn denkt, eine Arbeit ohne Hoffen. Nach dem Kriege wird in der ganzen Welt eine Lebensmittelknappheit herrschen. Wenn wir dann die besetzten Gebiete auf einmal räumen, strömen Millionen von Menschen nach Deutschland zurück, so daß die Lebensmitteldecke noch viel knapper als bisher wird. Was haben Sie denn mit Ihren bisherigen Friedensreden erreicht? Nichts hat den Siegeswillen der Gegner so gestärkt als die Tatsache, daß wir den Frieden wie sauer Bier angeboten haben. Die Engländer und Franzosen werden erst dann zum Frieden geneigt sein, wenn sie nicht mehr weiter können. Im Geschäftsleben ist es doch nicht üblich, daß jemand, der unbedingt etwas kaufen oder verkaufen will, von vornherein seinen äußersten Preis nennt. Es ist doch merkwürdig, daß gerade die gewiß nicht geschäftsuntüchtigen Herren vom „Berliner Tageblatt" und der „Frankfurter Zeitung" gerade diese Ansicht vertreten. Jeder Friede ist ein Geschäft. (Zuruf des Abg. Dr. Naumann: Verständigungsfriede!) Jede Verständigung ist auch ein Geschäft, daher ist eigentlich Verständigungsfriede ein Wort, dem jeder Sinn fehlt. Die Friedensverhandlungen werden unseren Unterhändlern nicht erleichtert, wenn sie von vornherein mit gebundener Marschroute marschieren müssen. (Bravo! rechts.)

Mißtrauen gegenüber der Regierung.

Abg. **Ebert** (Soz.): Der Reichskanzler und der Staatssekretär des Reichsmarineamtes haben gegen Mitglieder der Partei der Unabhängigen Sozialdemokraten und gegen die Partei selbst die schwersten Anklagen erhoben. Der Reichskanzler ist sogar so weit gegangen, die weitestgehenden politischen Folgerungen gegenüber dieser Partei zu ziehen. Wenn die Reichsleitung diesen Schritt glaubte unternehmen zu müssen, dann hätte sie zunächst einmal die vollständige innen- und außenpolitische Wirkung eines solchen Vorgehens beurteilen sollen. (Sehr richtig! links.) Wenn man den Gedanken hegte, mit einer solchen Anklage hier dazwischen zu fahren, dann durfte man es nur tun, wenn völlig einwandfreies und in sich selbst schlüssiges Beweismaterial vorlag. (Sehr richtig! links.) Aber selbst dann hätte dieses Vorgehen noch zurückgewiesen werden müssen. Wenn die Regierung glaubte, daß einzelne Abgeordnete sich gegen die Strafgesetze vergangen haben, so gibt es für die Einleitung eines Verfahrens einen vorgeschriebenen Weg. Es ist aber ganz unmöglich, hier vor aller Oeffentlichkeit plötzlich eine solche Anklage zu erheben, und wir müssen dieses Verfahren entschieden verurteilen. (Bravo! links.) Sachlich habe ich zu erklären, daß die vorgetragenen Anklagen uns nicht berechtfertigt erscheinen. Daß Soldaten mit Abgeordneten verhandeln, ist eine alltägliche Erscheinung. Dieses Recht lassen wir uns von niemand streitig machen. (Beifall links und im Zentrum.) Durch das mitgeteilte Material wird weiter nichts bewiesen, als daß die Unabhängigen Sozialisten in der Marine für ihre Anschauungen geworben haben. Jede Partei sucht für ihre Ziele im deutschen Volke zu werben, und wir haben ja in den letzten Tagen feststellen können, daß im Heer und in der Marine unter den Augen der Regierung eine ganz wüste Werbearbeit getrieben worden ist. (Zuruf im Zentrum: Sogar mit Reichsgeldern!) Diese Werbearbeit richtete sich gegen die Reichstagsmehrheit und gegen die übergroße Mehrheit unseres Volkes. (Zuruf im Zentrum: Und gegen die Regierung!) Wenn die Regierung selbst auf diese Weise Politik in das Heer hineinträgt, darf sie sich nicht beschweren, wenn andere

Deutschland muß leben!

Unsre Feinde wollen den Frieden nicht. Darum bleibt uns keine Wahl. Wir müssen weiter aushalten, weiter durchhalten. Keiner darf jetzt müde, keiner mürbe werden, keiner auf halbem Wege stehenbleiben. Jetzt heißt es: „Durch!" Draußen mit den Waffen, drinnen mit dem Gelde, die Jungen mit ihren Leibern, die Alten, die Frauen, die Kinder mit Hab und Gut. Alles für alle! So bereiten, so erwarten, so verdienen wir den Sieg.

Darum zeichne!

Vossische Zeitung

10./X. 1917

Die Rede des Staatssekretärs.

Im Verlauf der gestrigen Reichstagsverhandlungen, die wir in der zweiten Beilage wiedergeben, nahm der Staatssekretär des Auswärtigen Amts v. Kühlmann das Wort zu folgenden Ausführungen:

Unsere Beziehungen zu der Republik Peru haben sich überraschend zugespitzt. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen ist nur mehr eine Frage kurzer Zeit. Die peruanische Regierung hat in abrupter Form von uns verlangt, den Fall des vor wenigen Monaten wegen Beförderung von Konterbande gemäß den Regeln der Seekriegsführung und der Rettung aller Menschenleben versenkten peruanischen Segelschiffes „Norton" dem Prisengericht zu entziehen und sofortige Genugtuung und Schadenersatz zu gewähren. Das ist völkerrechtlich unzulässig. Im Krieg zwischen Peru und Chile hat Deutschland den Fall des deutschen Dampfers „Luxor" ohne Widerspruch dem peruanischen Prisengericht unterbreitet. Ein Nachgeben Deutschlands gegenüber der peruanischen Forderung in ihrer ungewöhnlichen Form wäre vollkommen unstatthaft, da es die Grundlagen unserer gesamten Prisengerichtsbarkeit untergraben würde. Wir haben die peruanische Note höflich und gemäßigt, aber unter klarer Hervorhebung unseres Rechtsstandpunktes beantwortet. Daraufhin hat die peruanische Regierung die in den dortigen Häfen liegenden deutschen Schiffe beschlagnahmt. Die deutschen Interessen in Peru werden durch die spanische Regierung vertreten werden.

Die Republik Uruguay hat den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu uns beschlossen. Der Präsident hebt in seiner Botschaft an den Kongreß hervor, daß er zwar von Deutschland nicht unmittelbar beleidigt worden sei, daß es ihm aber notwendig erscheine, sich aus Gerechtigkeit und Sympathie mit den kleinen Völkern in Uebereinstimmung zu setzen. (Heiterkeit.)

Die Frage der Schließung eines Kohlen- und Kreditabkommens mit Holland ist soweit gefördert worden, daß nur noch wenige Formalitäten nötig sind, um die endgültige Vollziehung zu ermöglichen. (Beifall.)

Unser Bemühen, einen Gedankenaustausch mit feindlichen Staatsmännern herbeizuführen, hat, wie ich mit Bedauern feststellen muß, seit Beantwortung der Papstnote auch nicht einen Schritt vorwärts gemacht. (Hört! Hört!) Ob unsere Gegner die Papstnote überhaupt noch beantworten werden, ist im Augenblick noch nicht mit Sicherheit anzusehen. Das eine läßt sich aber schon jetzt sagen: was an Kundgebungen mehr oder weniger verantwortlicher feindlicher Staatsmänner vorliegt, was wir täglich in der feindlichen Presse lesen, eröffnet nicht gerade günstige Aussichten dafür, daß durch die Beantwortung der päpstlichen Note die hochherzige Anregung Seiner Heiligkeit irgendwie gefördert werden würde (Hört! Hört). Trotzdem noch in den letzten Tagen mein verehrter politischer Freund Graf Czernin in Budapest in seiner großen Programmrede nicht nur aufs neue die Bereitwilligkeit der Mittelmächte zu einem ehrenvollen Frieden betont und in großzügiger, weit über den Tag hinausreichender Weise auf die Grundlagen hingewiesen hat, auf denen ein neues Europa aufgebaut werden könnte, sind wir dem Frieden nicht näher gekommen.

In London hat jüngst der ehemalige Marineminister Churchill, der Führer der genialen Expedition nach Antwerpen (Heiterkeit), gesagt: England rechne mit dem inneren Zusammenbruch Deutschlands, die Wand, die Deutschland von dem endgültigen Zusammenbruch trenne, sei nur noch eng. Churchill sagte in dieser Rede auch, ein Staatsmann, der aus den Erfahrungen nicht lernte, sei nicht nur dumm, sondern ein Verbrecher. (Zustimmung.) Ich will nicht so hart urteilen. (Heiterkeit.) Immerhin sollte Churchill im Hinblick auf seine zweite geniale Expedition, die auf Konstantinopel zielte und auf Gallipoli unter den Bajonetten der Türken ein wenig rühmliches Ende fand, gelernt haben, daß selbst eine dünne Mauer Widerstand zu leisten vermag, wenn diese Mauer aus Männern besteht. (Sehr gut, Beifall.) Zwischen dem Rattenloch in der Nordsee, das auf englisch Hornsriff heißt, und dem Isonzo ist eine recht dicke und unerschütterliche Mauer aufgerichtet. Wenn Churchill auf deren Zusammenbruch wartet, kann er sich in Geduld fassen. Die Rede Asquiths sollte eine Lehre für die sein, die aus der von Asquith im Parlament in Form einer Zwischenfrage vorgetragenen Frage nach Deutschlands Absichten in Belgien hoffnungsvolle Schlüsse auf den Friedenswillen dieses Parlamentariers glaubten ziehen zu können.

In seiner letzten Rede hat Asquith die französische Forderung nach der Rückgabe Elsaß-Lothringens als vollkommen gleichwertig gestellt neben die Forderung einer Wiederherstellung Belgiens (Hört! Hört!) und damit die Dinge so hingestellt, wie sie sich nach eingehendem Studium der Gesamtlage, nach Nachrichten aus den verschiedensten Quellen, aus den neutralen Ländern und aus dem Lager der Feinde mit überzeugender Deutlichkeit darstellen: die Frage, um die die Völker Europas kämpfen, ist nicht erster Linie die belgische Frage, es ist die Zukunft Elsaß-Lothringens. (Zustimmung.) England hat sich nach zuverlässigen Nachrichten Frankreich gegenüber diplomatisch verpflichtet, solange für die Rückgabe Elsaß-Lothringens einzutreten, als Frankreich selbst an dieser Forderung festhält. Deshalb scheint es angebracht zu sein, die Stellung Deutschlands zu dieser Lage ruhig, klar, aber auch fest zu umschreiben, da merkwürdigerweise nicht nur bei unsern Feinden, sondern manchmal sogar bei neutralen Freunden Zweifel an unserer Stellungnahme in dieser Grundfrage laut werden.

Auf die Frage: Kann Deutschland in Elsaß-Lothringen Frankreich irgendwelche Zugeständnisse machen? haben wir eine Antwort: Nein, nein, niemals! (Stürm. Beifallskundgebungen.) So lange eine deutsche Faust eine Klinge halten kann, kann die Unversehrtheit des Reiches, wie wir sie von unsern Vätern übernommen haben, nicht Gegenstand von Zugeständnissen sein. Elsaß-Lothringen ist Deutschlands Schild, das Symbol der deutschen Einheit! (Lebhafte Zustimmung.) Dafür, bin ich sicher, treten alle ein, von links bis rechts. (Beifall.)

Ich gehöre nicht zu denen, die glauben, daß ein offenes Aussprechen einer solchen Tatsache dem Aufkommen eines aufrichtigen Friedenswillens in der Welt schädlich sein könnte. Ich glaube, daß ein solcher aufrichtiger Friedenswille nur auf dem Boden der vollkommensten Klarheit gedeihen und fruchtbar werden kann.

Deswegen halte ich es für notwendig, gegenüber den andern Dingen, die in neuerer Zeit in der Oeffentlichkeit einen so breiten Raum eingenommen haben, mit aller Schärfe und Deutlichkeit dem Inlande und noch mehr dem Auslande gegenüber heute zu unterstreichen: Wofür wir fechten und fechten werden bis zum letzten Blutstropfen sind nicht phantastische Eroberungen, es ist die Unversehrtheit des Deutschen Reiches. (Beifall.)

In Frankreich haben Staatsmänner, als es ihnen geraten schien, die von Rußland ausgehende Formel „ohne Annexionen" anzunehmen, den durchsichtigen Kunstgriff gebraucht, das, was in Wirklichkeit eine nackte gewaltsame Eroberung ist, mit dem Worte „Desannexion" zu umkleiden. Der Kunstgriff ist zu plump, um einer Widerlegung wert zu sein. Man muß die Väter des Gedankens darauf aufmerksam machen, daß nirgends geschrieben steht, welcher Zustand der Weltgeschichte das „ne varietur" mit sich bringen soll. Wenn wir Deutschen uns das Wort Desannexion zu eigen machen wollten, so fallen uns schöne Worte wie Toul und Verdun ein. Richtigstellung verlangt auch eine Ansicht, die in der Presse unserer Gegner immer wiederkehrt, daß die politische Haltung Deutschlands sich schärfer abzeichnen würde, sobald die militärischen Ergebnisse der großen Herbstschlachten abgeschlossen vorliegen. Es ist eine vollkommen irrtümliche Auffassung der deutschen Politik, zu glauben, daß wir je nach Ausfall einer Unternehmung teurer oder billiger, nachgiebiger oder hartnäckiger sind. Das ist vollkommen falsch. Die Grundzüge unseres Verhaltens sind von allen Faktoren nach sorgfältiger Beratung festgelegt.

Außer dem französischen Wunsche nach Elsaß-Lothringen gibt es kein absolutes Hindernis für den Frieden, keine Frage, die nicht durch Beratungen gelöst werden könnte, um derentwillen sich die Aufwendung so vielen Blutes und so ungeheurer Mittel vor den Völkern und der Geschichte rechtfertigen ließe.

Ein weiterer Grundfehler der Anschauungen unserer Gegner, der auch im Inlande manchmal hervortrat, ist, als ließe sich noch im heutigen Stadium des ungeheuren Kampfes durch öffentliche Erklärungen von der Rednertribüne die politische Lage um ein Wesentliches fördern. Den öffentlichen Erklärungen haftet naturgemäß der für einen derartigen Zweck schwere Mangel an, daß sie ihrer Natur nach verhältnismäßig einfach sein müssen. Gerade dadurch, daß alle schwebenden Fragen miteinander verknüpft sind, sich gegenseitig bedingen, ihnen Abhängigkeit innewohnt, kann die öffentliche Erklärung den Anforderungen des Augenblickes nur in beschränktem Maße gerecht werden. Dann hat auch die öffentliche Erklärung, die Diskussion der Parlamente den Mangel, daß der verantwortliche feindliche Widerpart fehlt. Die öffentliche Erklärung bindet allein einseitig den, der sie abgibt, läßt aber dem Gegner vollkommene Bewegungsfreiheit. Wir dürfen einen wesentlichen Punkt nicht vergessen, welchen unsere Gegner mit großer taktischer Kunst verschleiert haben.

Sie haben noch nicht einmal ihre Friedensziele in einer Weise kundgegeben, die auch nur annähernd den bestehenden Tatsachen entspricht. (Sehr richtig!) Was sie der Welt mitgeteilt haben, ist ein vollkommen utopisches Maximal- und Eroberungsprogramm, das nur durchgeführt werden kann nach der vollständigen Niederringung Deutschlands und aller seiner Verbündeten. Ihnen auf diesem Wege zu folgen, haben wir keine Veranlassung. (Sehr gut!) Die deutsche Regierung hat das bisher abgelehnt und wird es ablehnen. Unsere Politik ist real und nüchtern und rechnet mit den Tatsachen, wie sie sind. Stellen sich unsere Gegner so, als könnten sie über das, was die Reichsleitung, was das deutsche Volk will und beabsichtigt, keine Klarheit bekommen, so ist das Heuchelei. (Sehr richtig!) Unsere Antwort auf die Note des Heiligen Stuhles und die darüber im Parlament, wie ich heute wieder hervorheben möchte, in breiter Uebereinstimmung mit ihm gegebene Erklärung, können jedem, der hören und verstehen will, über die wesentlichen Grundlagen des deutschen politischen Friedensprogramms keinen Zweifel lassen. (Sehr richtig!)

Die auswärtige Politik kann nur erfolgreich sein, wenn sie von der Zustimmung der breiten Menge des deutschen Volkes getragen ist (Lebhafte Zustimmung), wenn sie den Willen des Volkes in seiner wesentlichen Gesamtheit vertritt und verkörpert. (Beifall.) Um deswillen darf der zur Vertretung der auswärtigen Politik Berufene immer wieder ins Gedächtnis bringen, daß, so hoch die Wogen der inneren politischen Meinungsverschiedenheiten auch gehen mögen, jetzt in dieser ernsten und schicksalsschweren Stunde jeder mitberufen ist, unserer auswärtigen Politik diejenige Wucht und Geschlossenheit zu verleihen, die sie braucht, um durch Ringen und Ausharren zu erreichen: Sieg und Frieden! (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Arbeiterzeitung

11./X. 1917

Neue Feinde.

Seltsam mutet die Nachricht an, daß nach so vielen Monaten Krieg wieder eine Reihe von Staaten, die bisher neutral waren, in kriegerische Feindseligkeit eintreten, seltsam auch die noch unverbürgte, nicht glaubhafte Meldung, daß Präsident Wilson durch Blockade die europäischen Neutralen zwingen will, ihren Handelsverkehr mit Deutschland abzubrechen. Eine Ausdehnung des Krieges, eine Verschärfung der Kriegsmittel zu derselben Zeit, wo alle Welt vom Frieden spricht, wo alle Völker unzweifelhaft den Frieden ersehnen: dieser Widerspruch beunruhigt und gibt zu denken. Denn er erweckt den Anschein, als ob der Kriegswille in der Welt nicht im Erlöschen, sondern noch immer in Kräften stünde, als ob die herrschenden Klassen aller Lande von dem Dämon des Imperialismus besessen und durch keinerlei Erfahrung heilbar wären. Soll der Wahnsinn dieses Krieges wirklich nicht enden, bevor er den letzten und fernsten Winkel der Erde in seinen Bann gezogen hat?

Indessen ist das Vorgehen der südamerikanischen Staaten durch andere Gründe erklärbar. Sie stehen unter dem wirtschaftlichen und moralischen Einfluß der Vereinigten Staaten, die Feindschaft Deutschlands haben sie kaum zu fürchten und irgend welche Lasten oder Gefahren legt ihnen der Schritt sicherlich nicht auf. Vielleicht bringt er ihnen den baren Vorteil, einige in ihre Häfen geflüchtete Handelsschiffe einstecken und deutsche Guthaben beschlagnahmen zu können. Das überseeische Deutschland, die wirtschaftliche Errungenschaft des letzten Vierteljahrhunderts und in den letzten Jahren der Stolz der Nation, ist zur Beute der ganzen Welt geworden und so will sich füglich auch die Schar der Kleinen noch an den Resten gütlich tun. So endet vorläufig das unheilschwangere Wort: Die Zukunft Deutschlands liegt auf dem Wasser.

Indessen weiß man nicht, ob der Eintritt dieser Staaten in die Reihe der Feinde nicht mit anderen Plänen der Vereinigten Staaten im Zusammenhang steht. Sind sie Vorakte zu einem gesamtamerikanischen Zusammenschluß? Seit jeher plant die Bourgeoisie der Vereinigten Staaten, das ganze Festland Amerikas unter ihrer Führung zu einigen. Dieser imperialistische Gedanke hat sich in den Anfängen bloß abwehrend geäußert. Die Jahresbotschaft des Präsidenten Monroe vom 2. Dezember 1823 sprach den Entschluß aus, keine Einmischung europäischer Mächte in die inneren Angelegenheiten der amerikanischen Staaten und keine Uebertragung europäischer Regierungsmethoden auf Amerika zu dulden. Keiner europäischen Macht sollte irgend ein Landerwerb in Amerika mehr gestattet sein. Als Gegenstück dieser Forderung konnte der lange behauptete Regierungsgrundsatz gelten, Amerika habe sich in europäische Händel nicht einzumischen; ein Grundsatz, der zum erstenmal in diesem Kriege preisgegeben worden ist. Bald aber wurde aus der Abwehrtheorie die positive Forderung, die Vereinigten Staaten hätten ein Recht auf die Schutzherrschaft über die mittel- und südamerikanischen Staaten, und eifersüchtig strebte die große Bourgeoisie nach der Zurückdrängung der politischen wie der wirtschaftlichen Einflüsse Englands und Deutschlands auf Amerika. „Amerika den Amerikanern!" war seit jeher der Leitspruch dieser Richtung.

Aus diesem Gedankenkreis ist leicht verständlich, daß die Diplomatie der Vereinigten Staaten eifrig daran arbeitet, auch in diesem Krieg ganz Amerika hinter sich zu haben und ihm so die höchste moralische Autorität zu verleihen. Umsomehr, als ja so auch das unzuverlässig empfundene Mexiko, der unmittelbare Nachbar, zugleich eingekreist wird. Und dann führen ja die Bourgeois der Union den Krieg selbstverständlich als Wirtschafts- und Handelskrieg, wie die Bourgeois diesseits des Wassers auch. Wenn England das überseeische Deutschland zerstört und Deutschland Englands Handelsflotte auf den Meeresgrund versenkt, so fühlt sich der Yankee zwar moralistisch entrüstet, aber kapitalistisch recht wohl und ist an des Schauspiels Dauerhaftigkeit interessiert. An den Kampf der Waffen den Wirtschaftskrieg zu knüpfen ist gleichfalls ein kapitalistisches Interesse dieser Bourgeoisie. Amerika ist der größte Rohstoffbehälter der Welt und die Kapitalistenklasse der Union beherrscht ihn. Wer nach dem Kriege über die Rohstoffe, über Baumwolle und Petroleum, über Stahl und Kohlen verfügt, der wird über die ausgehungerten Völker gebieten. Das stolze Gefühl dieser Gewalt spricht aus allen Reden der Amerikaner — das unglückselige Europa achtet dessen in seiner Verblendung nur allzuwenig. Aber diese Herrschaft hat eine Bedingung: Nord-, Mittel- und Südamerika müssen einig sein, wenn sie mit Erfolg ausgeübt werden soll. Wenn das Petroleum der Union und das Mexikos, wenn der Weizen von Kalifornien und der Weizen Argentiniens konkurrieren, wenn dort, wo die Union den Handel sperrt, Mexiko und Argentinien liefern, so ist das Kommando der Yankees über die Erde ein bloßer Traum. Man versteht also wohl, welche Kräfte am Werke sind, um ganz Amerika in eine Front zu bringen.

Diese Bestrebungen der Bourgeoisie der neuen Erde sind wohl auch der Nährboden, auf dem die Pläne reifen, die man offenbar mit Unrecht Wilson zuschreibt. Wir nehmen an, ohne Grund; denn noch können wir nicht glauben, daß der Präsident Wilson die Absicht hegt, auch die Neutralen Europas unter Kriegsblockade zu stellen für den Fall, daß sie ihre Handelsbeziehungen zu den Mittelmächten nicht vollends abbrechen. Dieses Mittel wäre brutal, wäre völkerrechtswidrig in höchstem Maße, wäre die Vollendung des Rechtsbruches, der seit Kriegsbeginn an den Neutralen begangen und von Vierteljahr zu Vierteljahr gesteigert wird. Bis dahin galt die Handelsfreiheit jedes Staates als notwendige Folge seiner Souveränität auch im Kriege und durch nichts war sie eingeschränkt als durch die direkte und wirksame Blockade feindlicher Küsten wie durch das enggezogene Verbot der Bannware. Diese schwachen Schranken der Freiheit sind jetzt schon durch eine scharfe Inlandskontrolle des Warenumsatzes ersetzt — nun soll ein souveräner Staat genötigt werden zu positiver Feindseligkeit gegen den Nachbarn, zur Untersagung des völkerrechtlichen Grundrechtes des „Kommerziums". Ein solcher Schritt widerspräche so schreiend den von Wilson bisher geäußerten Rechtsgrundsätzen, daß er ihm so ohneweiters nicht zuzutrauen wäre. Mit welchem Schimmer von Recht kann die Schweiz als neutrale Macht gezwungen werden, dem Nachbar, mit dem sie in Frieden lebt und leben will, den Handelsverkehr aufzusagen? Eine solche Aufsage gälte sicherlich in normalen Zeiten als gerechtfertigter Kriegsgrund! Schlimm zu denken ist, daß die Neutralen in ihrer heutigen Lage, falls eine solche Nötigung an ihnen versucht würde, kaum ein geeignetes Mittel besäßen, ihr zu entgehen. Der anarchische Zustand der Welt ist in der Tat vollkommen!

Wie viel oder wie wenig diese Vorkommnisse, diese offenen oder versteckten Drohungen praktisch bedeuten mögen, sie sind dennoch ein gewichtiges Symptom für den Stand der Dinge und für die Lage der Mittelmächte in der Welt. Denn keine dieser Maßregeln wäre denkbar oder wirksam ohne die eine Voraussetzung: Tief entwurzelt ist die moralische Geltung vor allem Deutschlands in der Welt und kaum eine Stätte ist auch unter den fernsten Völkern zu finden, wo es auf Liebe oder auch nur auf Verständnis stieße. Dieses Schicksal ist unverdient, dieses Verhalten der Welt ist offenbar ungerecht und die deutsche Nation, das „Volk der Dichter und Denker", leidet ohne Verschulden. Umsomehr gibt dieser Zustand zu denken! Der deutsche Name ist draußen in der Welt und vor ihr seit langem in einer Weise vertreten worden, die nicht glücklich war: Das Deutschland, wie es sich gab, wie es auftrat, wie es sich in seinen Einrichtungen darstellte, stimmte nicht überein mit dem deutschen Volke, wie es ist. Und dieser Widerspruch wird schwer gebüßt. Die tiefe Erschütterung, die zur Stunde durch das ganze Volk im Reiche geht, entspringt diesem Widerspruch, ringt mit ihm und sucht ihn niederzukämpfen. Seine Ueberwindung wäre tatsächlich die Wiederherstellung seines wahren Bildes und damit auch ein Stück ernsthafter Völkerversöhnung und Friedensannäherung. Denn von dem Zerrbild dieser Nation lebt der Kriegswille der Feinde und durch seine Ausnützung führen diese ihren brutalen imperialistischen Plänen immer neue Helfer zu.

Die Debatte über die auswärtige Politik.

125. Sitzung, Mittwoch, den 10. Oktober 1917.

Am Tische des Bundesrats: Dr. Helfferich, Dr. Solf.

Die Beratung über die **Auswärtige Politik** wird fortgesetzt.

Abg. Dr. **Stresemann** (ntlb.) fortfahrend: Man hat gehofft, durch die Friedensentschließung des Reichstags die Atmosphäre des Friedens zu schaffen. Die Sozialdemokraten erwarteten eine besondere Einwirkung auf Rußland. Der Erfolg ist ausgeblieben, ebenso bei den anderen Mächten. Die englischen Staatsmänner versuchen mit ihren Reden, die bei uns im Wortlaute veröffentlicht werden, die Stimmung in Deutschland zu beeinflussen. Wir verlangen, daß unsere Staatsmänner sofort darauf antworten, Zug um Zug. Wir müssen die öffentliche Meinung als einen Machtfaktor für die Politik einstellen. Die ausgestreckte deutsche Friedenshand hat abermals ins Leere gegriffen. Ich freue mich, daß Abg. Fehrenbach gesagt hat, ein neues Friedensangebot gibt es nicht. Die Resolution der Mehrheit hat im Ausland zunächst als Zeichen der Schwäche gewirkt. Daß dieser Eindruck durch unsere Erfolge von Tarnopol und Riga verwischt wurde, ist nicht das Verdienst der Mehrheit, sondern Hindenburgs. (Sehr richtig! rechts.) Jetzt ist durch die Note des Papstes eine neue Lage geschaffen. Dem Grundgedanken dieser Note haben wir zugestimmt, auch bezüglich der Abrüstung und der Schiedsgerichte. Es ist falsch, daß Deutschland in Friedenszeiten jeden Gedanken einer friedlichen Schlichtung von Streitigkeiten abgelehnt hätte. Der deutsche Standpunkt wurde auf der Haager Konferenz vollkommen von der Schweiz und Belgien geteilt. Und zu der Frage der Schiedsgerichte wurde im amerikanischen Senat ausdrücklich erklärt, daß das amerikanische Volk sich in Fragen der Monroedoktrin niemals ein Schiedsgericht gefallen lassen würde. Eine hohnvollere Ablehnung des Schiedsgerichtsgedankens ist gar nicht denkbar. Wir werden selbstverständlich bestrebt sein, unsere Rüstungen nicht größer werden zu lassen. Schon der Menschenmangel wird zu einer Verringerung führen müssen. Aber eine Abrüstung bis zu dem Grade, wo nur die innere Sicherheit des Landes geschützt wird, scheint mir bisher nur ein frommer Wunsch zu sein. Ein Desinteressement für Belgien amtlich zu erklären, würde ich selbst dann für falsch halten, wenn ich auf Scheidemanns Standpunkt stände. Wir würden durch das Desinteressement alle unsere Ansprüche von vornherein aufgeben. Die der Gegner würden aber bestehen bleiben. Deshalb begrüßen wir es, daß die Papstnote für Belgien kein Desinteressement erklärt.

Die Friedensaktion des Papstes hätte nicht eingesetzt, wenn man sich nicht vorher überzeugt hätte, daß England ihr sympathisch gegenübersteht. Heute gilt es für uns, wie Haig es für England ausgesprochen hat, die Nerven müssen hinter unserer Armee stehen. Arbeiten wir zusammen in der letzten Phase des Krieges! Wir verwerfen aufs allenentschiedenste alle Bestrebungen, die dahin gehen, unser Vaterland in zwei Teile zu teilen: vaterländisch auf der einen und nicht-vaterländisch auf der andern Seite (Lebh. Beifall links.) Das deutsche Volk bekundet seine Vaterlandsliebe heute dadurch, daß viele Millionen seiner Söhne draußen bluten und sterben für die Sicherheit des Vaterlandes. Solange draußen nicht Parteiungen eintreten, darf man die Vaterlandsliebe dem Einzelnen nicht absprechen. Mögen die Wege, auf denen wir den Frieden erstreben, uns zunächst auseinanderführen, wir wollen aber nach der Einigkeit im Innern streben. Dann wird das deutsche Volk unüberwindlich sein. (Lebhafter Beifall.)

Kühlmann und Czernin.

Abg. Graf **Westarp** (kons.): Auch wir haben ein offenes Ohr für die Worte des Reichskanzlers, daß Volk und Parteien zusammenwirken müssen. Wenn manchmal auch die Gegensätze aufeinandergeprallt sind, so war doch das deutsche Volk einig in der scharfen Zurückweisung des Präsidenten Wilson, der um des Geschäftes willen den Krieg um Jahre verlängert hat mit der heuchlerischen Maske eines Predigers für Recht und Gerechtigkeit. In schnöder Weise hat er unsern Kaiser beleidigt. Seine Absicht ist durchsichtig, niederträchtig und dumm. Er kennt die deutsche Treue nicht. (Sehr richtig! rechts.) Er beißt auf Granit, wenn er das deutsche Volk von seinem Hohenzollern-Kaiser trennen will. Für die Friedenskundgebung des Papstes haben wir die Anerkennung und Achtung, die dem Oberhaupt der katholischen Kirche gebührt. Aber objektiv genommen entsprechen diese Vorschläge nicht den Lebensinteressen Deutschlands. (Sehr richtig! rechts.) Das gleiche gilt für einen großen Teil der Ausführungen des Grafen Czernin. (Sehr richtig! rechts. — Widerspruch.) Die Interessen Deutschlands und seiner Bundesgenossen sind nicht in allen Punkten identisch. (Sehr richtig! rechts. Hört! hört! links.)

Oesterreich-Ungarn wird seine Weltstellung nicht wahren können, wenn ihm ein Deutschland zur Seite steht, dem das Rückgrat gebrochen ist. (Sehr richtig! rechts.) Neben diesem mittelbaren Interesse hat Oesterreich-Ungarn aber auch ein unmittelbares Interesse daran, daß die englische Seeherrschaft im östlichen Teile des Mittelmeeres gebrochen wird. (Zustimmung rechts.) Diese Interessengemeinschaft der Mittelmächte gestattet, Meinungsverschiedenheiten offen auszusprechen. Wir befürchten nicht, daß der durch dreijährige Waffenbrüderschaft und durch die Gemeinsamkeit der Interessen festgeschmiedete Bund der Mittelmächte etwa gelockert werden könnte. Die Nibelungentreue hat nicht nur in unserem Volke, sondern bei der vornehmen Gesinnung aller unserer Bundesgenossen auch dort so fest Wurzel geschlagen, daß er durch irgendwelche Auseinandersetzungen auch in wichtigen Fragen nicht aufgelöst werden kann. (Sehr richtig! rechts.)

In der Papstnote heißt es, daß an die Stelle der materiellen Kraft der Waffen die moralische Kraft des Rechts treten müsse, und Graf Czernin hofft auf eine neue Weltordnung. Der Gedanke der allgemeinen Abrüstung und der internationalen Schiedsgerichte ist gewiß berauschend. Der Traum vom ewigen Frieden hat die Menschen stets bewegt, und die größten Geister haben daran gearbeitet. Es ist daher undankbar, sachlich gegen diesen Gedanken Stellung zu nehmen. Wir müssen aber gerade jetzt nüchtern und klar dieses Problem ins Auge fassen, damit nicht Hoffnungen erweckt werden, die schließlich zu schlimmen Enttäuschungen führen müssen. Es besteht die Gefahr, daß durch eine fortgesetzte Hervorhebung dieser Gedanken die Nerven erschlaffen und die Kraft erlahmt. Wir verneinen die Frage, ob eine internationale Abrüstung möglich ist, und stützen uns dabei auf eine jahrhundertelange Erfahrung. Man hat noch keinen Maßstab dafür gefunden, das Maß der Rüstungen in den einzelnen Ländern zu bestimmen. (Sehr richtig! rechts.) Ein Weltfriedensbund ist unausführbar. Internationale Schiedsgerichte können das Allheilmittel nicht sein, denn es fehlt die Möglichkeit, diese Schiedssprüche international zu vollstrecken. (Sehr richtig! rechts.) Und schließlich: wer garantiert uns denn dafür, daß nun plötzlich bei allen unseren Feinden der Vernichtungswille sein Ende gefunden hat? Gerade der Abg. Haußmann hat doch nachgewiesen, daß unsere Feinde seit Jahrzehnten unsere Vernichtung planen. Hört das plötzlich auf, sobald wir uns an den Verhandlungstisch setzen? Ein internationaler Friedensbund wäre nichts anderes als ein angelsächsisch-amerikanischer Bund zur Niederhaltung Deutschlands. (Zustimmung rechts.) Für Deutschland sind diese Gedanken besonders gefährlich, weil es mitten im Herzen Europas liegt. Deutschland muß sich nach wie vor auf seine eigene Kraft verlassen. (Sehr wahr! rechts.) Deutschland darf und kann sich unter keinen Umständen darauf einlassen, um irgendwelcher zeitlich ja doch nur begrenzter Verträge willen sich in seinen Rüstungen irgendeine Schranke auferlegen zu lassen. (Sehr wahr! rechts.) Deshalb wünschen wir, daß der Abrüstungsgedanke auf der bevorstehenden Konferenz zum Abschluß eines Friedens nicht zur Erörterung gestellt werden möge. (Sehr richtig! rechts.)

Die Stellung Deutschlands auf dem Friedenskongreß würde dadurch wesentlich verschlechtert werden. Deutschland wird immer sein Recht auf Dasein und Entwicklung nur so weit durchsetzen können, als es die Macht hat, dieses Recht zu erzwingen. (Sehr richtig! rechts.) Was Staatssekretär v. Kühlmann gestern über Elsaß-Lothringen gesagt hat, war ganz ausgezeichnet. Aber es ist eine Verschiebung des wahren Sachverhaltes, wenn er behauptete, daß nur noch Elsaß-Lothringens wegen gekämpft würde. Großadmiral v. Tirpitz hat in klassischer Weise bei der Begründung der Vaterlandspartei gesagt, der Wesensgrund dieses Weltkrieges sei noch immer die unüberbrückbare Kluft zwischen dem europäischen Festland und der Weltauffassung Englands. (Sehr gut! rechts.) Ein unabhängiges Belgien halten wir für eine Utopie. England behauptet bewußt unwahr, daß es für die Unabhängigkeit Belgiens kämpfe. England will vielmehr — und kämpft auch aus diesem Grunde weiter — Belgien als Brückenkopf für das Festland, als Sturmbock gegen Deutschland haben. (Sehr richtig! rechts.) Es gibt nach diesem Kriege nur zwei Möglichkeiten: entweder ein englisches Belgien oder ein Belgien unter deutschem Einfluß. (Sehr richtig! rechts.) Ein Belgien unter französisch-englischer Oberherrschaft aber wäre eine fortgesetzte Bedrohung Deutschlands. In diesen Tagen tobt die zehnte Flandernschlacht. Mit einem Einsatz an Material und Menschen, wie er selbst in der Geschichte dieses Krieges noch nicht da war, versucht England immer wieder, uns die flandrische Küste zu entreißen. England weiß, daß es die flandrische Küste zu seiner Verteidigung braucht. Sie ist ein Hauptstützpunkt unserer U-Boote. Wer aus der Geschichte dieses Krieges lernen will, muß aus den Ereignissen der letzten Wochen entnommen haben, welche entscheidende Bedeutung der flandrischen Küste zukommt. Es ist daher nicht richtig, daß nur noch Elsaß-Lothringens wegen gekämpft wird. Der Kampf geht auch um Belgien. (Sehr richtig! rechts.) Wir haben die Pflicht, keine Bedrohung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes zuzulassen. Wir hoffen, daß die Feder nicht verderben wird, was das Schwert geschaffen hat.

Vor einigen Tagen hat der Abg. Landsberg gesagt, das Schwert dürfe nicht verderben, was die Feder geschaffen hat. (Lachen rechts.) Eine so ungeheuerliche Behauptung haben wir seit langem hier im Reichstage nicht gehört. Wir wehren uns gegen jede Festlegung unserer Friedensunterhändler. Dem letzten Teil der Rede des Grafen Czernin stimmen wir ebenso freudig zu, wie den Ausführungen des Abg. Fehrenbach, daß die Friedensentschließung des Reichstages keine ewige Geltung habe. Damit nähert man sich unserem Standpunkt. (Sehr richtig! rechts.) Der Reichskanzler hat gestern die Reichstagsentschließung nach ihrer positiven Seite erläutert und dargelegt, daß man in dem von ihr gezogenen Rahmen Deutschlands Zukunft sichern könne. Wir sind anderer Meinung. Wir haben auch Bedenken gegen die Behauptung des Staatssekretärs v. Kühlmann, unsere Kriegsziele würden in keiner Weise durch militärische Ereignisse geändert. Wir lehnen die Verantwortung für die Mehrheitsbeschlüsse des Reichstages ab. Sie können uns dem Frieden nicht näher bringen. Bindend für unsere Unterhändler sind diese Beschlüsse nicht, denn der Friedensschluß ist Sache des Kaisers und darf nicht von Mehrheitsbeschlüssen abhängig gemacht werden. (Sehr richtig! rechts.) Ich glaube auch, daß niemand im Reichstage etwas dagegen haben wird, wenn es einem Staatsmann gelingt, beim Friedensschluß Entschädigungen und Sicherheiten für uns herauszuholen. (Sehr richtig!) Der Name dieses Staatsmannes wird an erster Stelle in die Tafel der Geschichte eingegraben werden. Unsere militärische Lage ist so günstig wie nie zuvor, der Sieg wird uns zufallen. Wirtschaftlich können wir solange warten, bis dieser militärische Sieg errungen ist. So wie wir, denken die weitesten Kreise des Volkes, nicht nur die Anhänger der konservativen Partei. Auch die neue Kriegsanleihe ist eine Schlacht, die gewonnen werden muß. Jeder Deutsche muß alles, was er flüssig hat, zeichnen, damit die Anleihe nicht nur ein Sieg an Milliarden, sondern auch an Millionen von Zeichnern wird. (Beifall rechts.)

Unsre ganze Zukunft

wird in dieser Gegenwart erobert. Um Großes geht's, um alles! Und wenn Du den letzten Groschen dem Vaterlande leihst, armselig und klein bleibt's immer noch gegenüber dem, was draußen im Feld jeder einzelne leistet.

Also

fort mit törichter Aengstlichkeit,
fort mit „Wenn" und „Aber",
fort mit Klagen und Zaudern!

Rede nicht! Frage nicht!

Zeichne!

Abg. **Warmuth** (D. F.): Wilsons Note ist ein übles Gemisch von lügenhaften Verdrehungen. Was weiß Wilson von deutscher Treue, vom deutschen Pflichtbewußtsein unserer Fürsten? Wir können uns unser Haus selbst ausbauen, dazu brauchen wir keine fremde Hilfe. Jeder Frieden ist ein „Verständigungsfrieden". Wenn aber die Mehrheitsresolution keine erzwungenen Gebietsabtretungen wollte, so lehnt man doch jede Gebietsabtretung ab, denn freiwillig gibt niemand Gebiet auf. Lord Kitchener hat einmal die Maas als Englands Grenze bezeichnet. Ein Belgien, das Aufmarschgebiet unserer Feinde ist, würde eine Basis für verheerende Fliegerangriffe auf unser rheinisches Industriegebiet sein. Es gibt auch ein moralisches Recht auf Eroberungen und Entschädigungen. Der Angreifer hat dieses Recht nicht, wohl aber der Verteidiger für seine Opfer, die er hat bringen müssen. Denjenigen, die von einer Herrschaft des Rechtes alles Gute von der Zukunft sich versprechen, sei das Wort Bülows in die Erinnerung gerufen: Wenn es nach dem Rechte ginge, wären Preußen und Deutschland nicht ihren Leidensweg gegangen. Nur die Macht kann uns schützen.

Abg. **Ledebour** (U. Soz.): Der Reichskanzler hat gestern zum vierten Male seine Stellung zur Mehrheitsentschließung erklärt, aber auch jetzt ist mir seine Haltung noch nicht klar geworden. Die Mehrheit wollte den Reichskanzler festleimen. Er hat sich aber losgerissen, wenn auch ein Teil des Hosenbodens hängen geblieben ist. Jetzt sind die Herren von der Mehrheit die Geleimten.

Wir müssen los von der Täuschungs- und Vergewaltigungs-Diplomatie. (Ordnungsruf.) Man hat jetzt in Riga den Deutschen zur Macht in der Stadtverwaltung verholfen. Wenn Riga einmal wieder geräumt werden muß, sieht sich diese deutsche Minderheit wieder einer feindseligen Bevölkerung gegenüber. Die Diplomaten haben versagt. Jetzt müssen die Proletarier ihre Macht gebrauchen. Wenn in allernächster Zeit die Regierungen nicht zu einem Frieden kommen, dann wird in allen Ländern ein allgemeiner internationaler Massenstreik mit elementarer Gewalt losbrechen, um den Frieden herbeizuführen. (Beifall der U. Soz.)

Abg. **Mumm** (D. F.): Die Angriffe Ledebours gegen die deutsche Bevölkerung der baltischen Provinzen sind unerträglich und unberechtigt. Die 200 000 Deutschen dort darf man nicht mit einer Handbewegung zurückweisen. Auch die Letten wollen den Anschluß an Deutschland.

Abg. Dr. **Heckscher** (Vpt.): Mein Freund Haußmann hat in seinen heutigen Darlegungen vor allem durch die Art seiner Gruppierung wertvolles Material beigebracht, um die Schuld Englands an dem Ausbruche des Weltkrieges zu erhärten. Nur an einer Stelle hat er aus sachlicher Gegnerschaft gegen den Fürsten Bülow ungewollt einen leichten Schatten des Verschuldens auch auf das deutsche Volk geworfen. Würde es sich um persönliche Angriffe auf den Fürsten Bülow handeln, so hätte ich geschwiegen; die Art aber, in der mein Freund Haußmann gesprochen hat, wird der skrupellosen Entente-Politik leicht eine Handhabe bieten, neue, und wie ich gleich hinzusetzen will, unbegründete Anklagen gegen die deutsche Politik vor Ausbruch des Weltkrieges zu erheben, und dagegen will ich protestieren. Der Herr Abg. Haußmann übersieht bei der retrospektiven Kritik der Bülowschen Staatskunst, daß jede Politik, die dem neuen Deutschland auf dem Gebiete der Kolonialwirtschaft, des Welthandels und der Weltschiffahrt Geltung zu verschaffen suchte, mit den Zielen der englischen Weltwirtschaft, Weltpolitik und der englischen Seetyrannei schließlich in Konflikt kommen mußte. (Sehr richtig! rechts.) Ich glaube meinen Freund Haußmann gut genug zu kennen, um zu wissen, daß auch er für sein Land in friedlichem Wettbewerb einen Platz in der Welt und an der Sonne erwünschte. Der Staatsmann Bülow hat es — das wird auch der leidenschaftlichste Eiferer nicht bestreiten können — an entscheidendster Stelle verstanden, Deutschlands unvergleichlichen wirtschaftlichen Aufstieg zu fördern, und ihm dankt Deutschland und die Welt es nicht an letzter Stelle, daß dieser Aufstieg sich vollzog, ohne daß über den englisch-deutschen Antagonismus die Welt in Brand geraten ist. Alle diejenigen, die an die Staatskunst des Herrn von Bethmann glauben, meinen es mardwürdigerweise ihm schuldig zu sein, die Politik des Fürsten Bülow anzugreifen. (Zuruf.) Unter diesen Angreifern — ich spreche jetzt nicht von meinem Freund Haußmann — befinden sich auch solche, die einst die lebhaftesten Förderer der Bülowschen Politik gewesen sind. (Hört! hört! bei den Unabh. Soz. — Sehr richtig!) Ich frage, weshalb haben die wackeren Männer damals geschwiegen? Um aber zu den Ausführungen des Herrn Kollegen Haußmann zurückzukehren, so hat er selbst seinen Angriff gegen Bülow in der bündigsten Form im Verlauf seiner Ausführungen widerlegt. Denn was ist das schließliche Ergebnis der Haußmannschen Beweisführung? Doch kein anderes, als daß England zum Teil bewußt, zum Teil, wie Herr Kollege Haußmann allerdings irrig annimmt, ungewollt in Petersburg und Paris die Atmosphäre geschaffen hat, die zu den Ereignissen der Augusttage von 1914 geführt hat. Es liegt nicht in meiner Absicht, mich heute mit Einzelheiten rückschauender politischer Betrachtungen zu befassen. Ich glaube es vielmehr meinem verehrten Freunde Haußmann, den Bethmann bewundernden, Bülow verkennenden Haußmann schuldig zu sein, auszusprechen und festzustellen, daß es der Bethmannschen Staatskunst nicht gelungen ist, den Ausbruch des Weltkrieges zu verhindern, daß es aber das Werk Bülowscher Staatskunst gewesen ist, Deutschlands Geschicke in der glanzvollen Zeit seiner wirtschaftlichen Entwicklung gestaltend zu führen und durch diplomatisches Geschick und staatsmännisches Können unserem Lande über die schwersten Gefahren und Krisen hinweg einen ehrenvollen Frieden zu erhalten. (Beifall. — Zurufe links.)

Damit schließt die Aussprache über die auswärtige Politik.

Das Vereins- und Versammlungsrecht.

Auf der Tagesordnung steht dann die sozialdemokratische Interpellation über die Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts. Sie lautet:

„Ist dem Reichskanzler bekannt, daß von Stellvertretenden Generalkommandos Verordnungen erlassen worden sind, durch die die Ausübung des Vereins- und Versammlungsrechts vollständig unterbunden und die Besprechung von Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie die Erörterung von Fragen des ausländischen Hilfsdienstes unter Androhung von Gefängnisstrafen verboten worden ist?"

Der Reichstag gegen die Zensur.

Am Tische des Bundesrats: Dr. Helfferich, Graf Roedern.

Die Aussprache über die sozialdemokratische Interpellation über die Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts wird fortgesetzt. Damit verbunden ist eine Aussprache über die Schutzhaft, den Belagerungszustand und die Zensur.

Abg. Dr. **Müller**-Meiningen (Fortschr. Vpt.) fortfahrend: Militärische Interessen müssen selbstverständlich geschützt sein. Aber gerade die Regierung, die diesen Schutz fortgesetzt betont, hätte an ihn denken sollen, als der höchste Reichsbeamte hier im Reichstag Mitteilungen machte über Dinge, die bisher geheim waren. (Sehr gut! links.) Die Form und die Umstände, unter denen das geschah, müssen den allergrößten Schaden für das Reichswohl zur Folge haben. (Sehr richtig! links.) Der Reichstag hat niemals den militärischen Interessen seinen Schutz versagt. Der elende Mißbrauch aber, der mit dem Begriff der „öffentlichen Sicherheit" und des „militärischen Interesses" getrieben wird, ist allmählich zu einer allgemeinen Gefahr für die bürgerliche Freiheit in Deutschland geworden. (Sehr wahr! links und im Zentrum.) Das böse Beispiel Norddeutschlands verdirbt die guten Sitten im Süden. (Sehr richtig! bei den Süddeutschen.) In der Geburtsstadt Dr. Helfferichs Neustadt a. d. H. wurde eine Versammlung mit dem Abg. Kopsch als Redner verboten. (Hört! hört! links.) Jeder ostelbische General könnte auf dieses bayerische Verbot neidisch sein.

Die Erörterung der Kriegsziele muß auch in den Vereinen und Versammlungen frei sein. Es gibt keine göttliche und menschliche Einrichtung, an die sich nicht die Zensur heranwagt. Gerade weil ich kein Pazifist bin, halte ich es für einen direkten Skandal, wie die Führer dieser Bewegung rechtlos gemacht werden. Und das in einer Zeit, wo die Regierung selbst dem Pazifismus große Zugeständnisse macht! Glaubt man wirklich dadurch das Vertrauen in die Zuverlässigkeit der Absichten unserer Regierung in der Welt zu erhöhen? In neuester Zeit ist ein Buchausfuhrverbot hinzugekommen. Die Textausgaben der neuesten Gesetze und sogar ein Buch über das Einkochen von Früchten ohne Zucker dürfen nicht ausgeführt werden. (Hört! hört! und Heiterkeit.) Wie bringt man dieses Ausfuhrverbot mit der Valutaregelung in Einklang?

Weniger harmlos ist die Tätigkeit des Kriegspresseamts. Gegen 90 Offiziere im Vorjahr sollen jetzt mehrere hundert Offiziere in diesem Amt tätig sein. (Hört! hört! links und im Zentrum.) Da können wir verlangen, daß uns über die Tätigkeit dieses Amtes endlich einmal klarer Wein eingeschenkt wird. (Sehr richtig! links.) Das Amt scheint der Mittelpunkt einer Reptilienmache zu sein, wie sie ärger im Deutschen Reiche nicht da war. (Hört, hört! links und Bewegung.) Man raubt den deutschen Zeitungen in der rücksichtslosesten Weise ihre Redakteure, die Provinzpresse leidet unter dieser Rücksichtslosigkeit aufs schwerste, und zu gleicher Zeit üben in diesem Kriegspresseamt Offiziere, und zwar unter einem unerhörten Druck auf die Presse, eine journalistische Tätigkeit aus, die allmählich eine große Gefahr für das Reich zu werden droht. (Hört, hört! links und im Zentrum.) Es ist geradezu unerhört, daß dieses Kriegspresseamt als eine aus Reichsmitteln unterhaltene Behörde den Burgfrieden ständig stört und in den Parteikampf in einseitiger Weise eingreift. (Hört, hört! links und im Zentrum.) Erst vor ganz kurzer Zeit kam an eine große süddeutsche Zeitung aus dem Kriegspresseamt ein Artikel „Scheidemanns Gefolgschaft", in dem in merkwürdiger Uebereinstimmung mit den Herren Haase und Ledebour zu beweisen versucht wird, daß Scheidemann kein Recht habe, zu behaupten, hinter ihm stehe die Mehrheit des Volkes. (Hört, hört! links und im Zentrum.) Also zu derselben Zeit, in der die äußerste Linke vom Reichskanzler in Acht und Bann getan wird, leistet das Kriegspresseamt ihr Bundesgenossenschaft. (Zurufe bei den U. Soz." Wir lehnen ab!) Die süddeutsche Zeitung hat den Artikel dem bayerischen Kriegsministerium zur Kenntnis übergeben. Wir Bayern bedanken uns bestens für solche Belehrungen aus Berlin; ja es ist eine Dreistigkeit, eine solche politische Brunnenvergiftung amtlich von Berlin nach Bayern zu tragen. (Sehr richtig! links.) Wir haben diese Dinge im Ausschuß schon behandelt, aber sie müssen vor aller Oeffentlichkeit erörtert werden. Man treibt mit unserer Pflicht der Geheimhaltung schändlichen Mißbrauch. Eine [illegible]ellose Hetze wird an der Front gegen den Reichstag getrieben. Man hat für den ungünstigen Ausgang der Schlacht an der Marne den Reichstag verantwortlich gemacht und ihm auch die Schuld an einem vorübergehenden Mangel an Munition Ende 1914 zugeschoben. (Hört, hört! links und im Zentrum.) Major Olberg, ein hervorragendes Mitglied des Kriegspresseamtes, hat in dem halbamtlichen „Schützengrabenbüchlein für das deutsche Volk" rund heraus gesagt, kurzsichtige Sparsamkeit und doktrinäre Halsstarrigkeit hätten zu einer Verlängerung des Krieges geführt. Das kann sich nur auf den Reichstag beziehen. Eine leichtfertigere Behauptung ist niemals in der Oeffentlichkeit aufgestellt worden. Wir verbitten uns solche Verleumdungen des Parlaments. (Beifall links und im Zentrum.) Wir wissen es doch alle, daß der damalige Kriegsminister und ein Mann, dessen Ressorteifersucht geradezu sprichwörtlich war, an diesen Dingen die Schuld tragen, während der Reichstag vollkommen unschuldig ist. (Sehr richtig! links und im Zentrum.) Gerade der Reichstag hat die schnelle Ausbildung der Ersatzreserven verlangt. Daß es nicht geschah, ist die Schuld des Kriegsministeriums. (Sehr richtig!) Ebenso liegt es bei der Munitionsversorgung. Der Reichstag hat immer verlangt, daß möglichst große Munitionsmengen geschaffen würden, aber der Kriegsminister hat erklärt, wir könnten beruhigt sein, es sei für alle Fälle vorgesorgt. (Sehr richtig!) Wir haben seit Jahrzehnten gesagt, daß alles für Munition und Ausrüstung bewilligt werden müsse. Wie hat man den Zentrumsabgeordneten General Haeußler behandelt, als er vor Jahren auf die Unvollkommenheit unserer Feldartillerie hinwies! Also wir haben ein gutes Gewissen und haben die niedrigen Herabsetzungen nicht verdient. Gibt es denn niemand in der Militärverwaltung, der soviel Ehrlichkeit besitzt und einem solchen Treiben entgegentritt? Weil diese Dinge in aller Oeffentlichkeit verbreitet werden, müssen wir sie hier in der Vollversammlung des Reichstags zurückweisen. (Beifall.) Entweder macht die Heeresverwaltung mit dem deutschen Reichstag oder gegen den deutschen Reichstag Politik. Beides zugleich ist nicht möglich. (Sehr richtig! links und im Zentrum.)

Versammlungsverbote gegen Abgeordnete.

Es ist sogar dem Abg. Dr. Doormann untersagt worden, einen Kriegsanleihe-Vortrag zu halten, zu dem er von der offiziellen Werbungsstelle direkt telegraphisch eingeladen worden war. Er wurde aber schriftlich wieder ausgeladen, und anderen Mitgliedern meiner Partei ist es ebenso ergangen. Das scheint ja schon ein System zu sein! Was tut denn das Reichsschatzamt, was der Stellvertreter des Reichskanzlers gegen eine derartige Hetze zum Schaden unserer Kriegsanleihe? Es sieht wahrhaftig so aus, als gäbe es Elemente, die auf den offenen Konflikt zwischen Heer und Parlament losarbeiteten. Das wäre der Anfang vom Ende. Heer und Parlament gehören zusammen wie Herz und Nieren, wir lassen uns nicht durcheinander hetzen. Wir verlangen vom Kriegsminister wie vom Reichskanzler ehrliche Politik und Abrücken von diesem ganzen Treiben. Nach den Vorgängen der letzten Tage ist doch wahrlich eine Verschärfung durch Unterstützung dieser Treibereien nicht nötig! (Sehr wahr!) Bei einem solchen Geiste der Zensurbehörden und des Kriegspresseamts sind die tollsten Taktlosigkeiten der Alldeutschen gegen unsere Bundesgenossen und besonders gegen Wien nicht verwunderlich. Auch gegen andere Parteien wird in unerhörter Weise vorgegangen. So ist die Verbreitung eines von Bewunderung und Liebe erfüllten Geburtstagsartikels von Friedrich Naumann für Hindenburg verboten worden, weil in den Schlußworten von Schlangengezücht und von übermenschlich stolzen Heimatkriegern die Rede ist, die den Feldmarschall mißbrauchen könnten. Wer wollte leugnen, daß sich tatsächlich Schlangengezücht bei uns findet? Daß es Heimatkrieger voll Uebermenschenstolz gibt?

Eine fortschrittliche Zeitung führte dieser Tage aus, daß der von der konservativen Presse tagaus tagein gebrauchte Ausdruck „Hungerfriedensmehrheit" nicht nur die Reichstagsmehrheit trifft, sondern auch die Reichsregierung und die Oberste Heeresleitung. Daraufhin erging folgende Zensurverfügung: „Der Artikel enthält einen Hinweis darauf, daß die Oberste Heeresleitung der Resolution der Reichstagsmehrheit zugestimmt habe. Ich verweise nochmals auf das Verbot, die Oberste Heeresleitung in die politische Debatte zu ziehen und würde bedauern, im Wiederholungsfall energische Maßregeln zur Anwendung bringen zu müssen." Wenn also gegenüber den täglichen Behauptungen der konservativen Presse, daß trotz ausdrücklicher Erklärung des Reichskanzlers die Oberste Heeresleitung mit der Politik des Reichstages nicht einverstanden sei, eine Zeitung konstatiert, was hier der Reichskanzler selbst gesagt hat, dann kommt der Zensor und verbietet diese Zeitung. (Lebhafte Entrüstungsrufe.) Eine drastischere und schamlosere Stellungnahme kann nicht gedacht werden gegen die Politik des Reichskanzlers selbst! Läßt sich denn der Reichskanzler dauernd die Verleumdung gefallen, daß er eine doppelte Politik habe? Wenn er sich das gefallen läßt, und wenn sogar die gegenteilige Aufklärung noch verhindert wird, dann steht für den Reichskanzler alles auf dem Spiel, auch der gute Name. (Beifall.) Es muß endlich eine vollkommen übereinstimmende Politik von Reichsleitung, Heeresleitung und Volksvertretung hergestellt werden. Hiervon hängt der günstige Ausgang des Krieges ebenso ab, wie von den Heldentaten unserer Tapferen. Die Stimmung von 1813, die wir brauchen, kann nicht gedeihen auf dem Boden einer widerspruchsvollen Zensur, von Denunziationen und einer Intrigenpolitik, sondern nur im Lichte der bürgerlichen Freiheit. Diese große Stimmung schafft man nicht mit Stimmungsoffizieren und offiziöser Preßmache, sondern nur durch eine ehrliche, verständige und volksfreundliche Politik des Vertrauens. Befreien Sie das Volk von überflüssigen willkürlichen Maßregeln, sorgen Sie für gerechte Nahrungsmittelverteilung, klopfen Sie den Wucherern rücksichtslos auf die Finger, geben Sie den Soldaten Gleichheit und mehr Rechte, schaffen Sie aber die auf die Dauer vollkommen unhaltbare Militärdiktatur ab und stellen Sie die Einheitlichkeit der deutschen Politik her. Wir brauchen Klarheit und Wahrheit. Nur der feste Bund von Heeresleitung, Reichsleitung und Volksvertretung kann das Vaterland retten. Wer diesen Bund zu stören sucht, frevelt gegen das deutsche Vaterland und wird von uns im Interesse der Zukunft Deutschlands auf das allerschärfste bekämpft werden. (Stürmischer Beifall.)

Den Taler,
die Mark,
den Groschen,
den Pfennig
heraus aus den Taschen!
Wie viele Schneeflocken Lawinen ergeben, wie viele kleine Ameisen die Teile zu einem großen Bau zusammenschleppen, so müssen bei der 7. Kriegsanleihe aus ungezählten kleinen Zeichnungen die Milliarden erwachsen, die das Vaterland braucht, um den Trotz der Feinde endgültig zu brechen.
Darum zeichne!

Eine Rechtfertigung des Reichstages.

Staatssekretär Dr. **Helfferich**: Sowohl der Reichskanzler wie auch der Kriegsminister haben hier im Hause und am Montag im Ausschuß keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie eine amtliche Begünstigung irgendeiner Agitation nicht billigen und daß sie dagegen einschreiten werden. Die Herren können sich darauf verlassen, daß beide ihre Worte wahr machen werden. Damit wird ein großer Teil des hier vorgebrachten Materials seine Erledigung finden. Die Vorwürfe gegen den Reichstag nach der Richtung hin, als habe er vor Ausbruch des Krieges nicht seine Schuldigkeit getan, als habe sein Verhalten zu der ungenügenden Ausrüstung und Stärke unseres Heeres beigetragen, entbehren jeder Berechtigung. Der Reichstag hat den Militärvorlagen volle Zustimmung gegeben, ein Vorwurf gegen den Reichstag nach dieser Richtung hin ist überhaupt nicht möglich. (Beifall.)

Unterstaatssekretär **Wallraf**: Die politischen Rechte, deren zeitweise Außerkraftsetzung die Reichsverfassung und durch sie das preußische Belagerungsgesetz vorsieht, bilden den Grundkernstoff der staatsbürgerlichen Freiheit. Mit der Dauer der Zeit muß diese Beengung immer drückender werden. Unsere Feinde haben versucht, das deutsche Volk einzukreisen wie ein gehetztes Wild. Es ist ihnen aber nicht gelungen. In solcher Zeit ist das oberste Gesetz Gesunderhaltung des Reichskörpers. Ihm müssen sich alle Wünsche unterordnen. (Zuruf bei den Soz.) Unsere Verhandlungen sollen dazu angetan sein, die Meinungen durch Rede und Gegenrede auszugleichen. Dem diene ich am besten, wenn ich auf Zurufe nicht eingehe, um nicht die Temperatur in diesem Saale zu erhöhen. (Beifall.) Es handelt sich um die Frage, ob in unserer gegenwärtigen Lage die Bestimmung über die Zensur oder das Belagerungsrecht einer Abschwächung, einer Milderung bedürfen. Solange die Kanonen sprechen, muß ich die Frage verneinen.

Wie steht es denn in den feindlichen Ländern? England kannte vor dem Kriege keinerlei Zensur, es war ja noch niemals in einen Daseinskampf verwickelt gewesen. Beim Kriegsausbruch wurde das Reichsverteidigungsgesetz geschaffen, wonach der König mit seinen Räten Vorschriften zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und der Verteidigung des Reiches erlassen kann. Von dieser Ermächtigung wurde in weitestem Umfange Gebrauch gemacht. Die Zahl der Verordnungen ist groß. Verboten sind Berichte und Nachrichten, die geeignet sind, Mißstimmung gegen den König zu erregen, den Erfolg der Streitkräfte zu beeinträchtigen oder die Beziehungen zu auswärtigen Mächten zu schädigen oder die Ergänzung von Streitkräften zu hemmen. Ist es denkbar, daß man den Spielraum der Zensur weitersaßt? Auch im englischen Parlament haben sich Stürme gegen die Handhabung der Zensur erhoben, wenn es da auch noch nicht zu einem 25. Jubiläum gekommen ist, aber die Zensur besteht noch immer. In Frankreich bestand ein Gesetz, das ja das Vorbild unseres Belagerungsgesetzes von 1853 ist. Die Militärgewalt hat danach das Recht, Veröffentlichungen und Versammlungen zu untersagen, die geeignet sind, Unordnungen zu erwecken. Dazu kommt noch ein Pressegesetz, das jede Angabe verbietet, wodurch der Feind begünstigt oder ein ungünstiger Einfluß auf die Volksmassen ausgeübt wird. Außerdem können auf Grund einer Generalklausel die Militärbefehlshaber und Präfekten jede beliebige Maßregel treffen, die sie im Interesse der öffentlichen Ordnung für unerläßlich halten. Nach einer Nachricht des „Vorwärts" aus einem englischen Arbeiterblatt erhalten die englischen Zeitungen Anweisungen vom Pressebüro, werden von ihnen mit Nachrichten versorgt, außerdem gibt die Regierung Druckschriften heraus. Nach einer neueren Mitteilung hat die englische Regierung das Recht, ohne ein geordnetes Verfahren schlankweg die Buchdruckerei zu beschlagnahmen. Ich führe das an, um nachzuweisen, daß auch unsere Feinde die Zensur für notwendig halten.

Wenn die vom Ausschuß vorgeschlagene Entschließung auf alsbaldige Beseitigung der politischen Zensur angenommen wird, so erledigt sich damit der zweite Absatz der anderen Entschließung, wonach die Erörterungen über Kriegs- und Friedensziele, von Verfassungsfragen und Angelegenheiten der inneren Politik nicht der Zensur unterliegen sollen. An positiven Vorschriften würde dann nur noch der erste Absatz der zweiten Entschließung übrig bleiben, wonach sich die Befugnisse der Militärbehörden nur noch auf das Gebiet der Mitteilungen von Tatsachen der Kriegsführung erstrecken, soweit dadurch militärische Unternehmungen gefährdet werden können. Man muß sich einmal klar machen, was dann alles für die Erörterung freigegeben wäre: das Gebiet der auswärtigen Politik, unser Verhältnis zu den Bundesgenossen, zu den Neutralen und auch zu den feindlichen Staaten, wenn einmal leichte Fäden von hüben nach drüben sich flechten. In der inneren Politik würde freigegeben sein die Aufreizung zu Streiks und Ausständen, und es würde sogar eine Kritik der Obersten Heeresleitung möglich sein, soweit es sich nicht um Tatsachen handelt, z. B. um den ganzen Geist der Heeresführung.

Glauben Sie wirklich, daß angesichts unserer gegenwärtigen Lage eine Freigabe der Erörterung in derartigem Umfang dem vaterländischen Interesse dienen könnte? Glauben Sie das angesichts der durch den Krieg hervorgerufenen gesteigerten Sensationslust, angesichts der Seuchen von Indiskretionen, die durch unser Land gehen. Ich kann diesen Optimismus nicht teilen. Weil ich die Verantwortung trage, kann ich Sie nur warnen, diesen Weg zu betreten.

Die Zeitungsverbote.

Nun zu den Zeitungsverboten. Im vorigen Monat sind vier oder fünf Zeitungen ungefähr gleichzeitig verboten worden. Das könnte den Eindruck erwecken, als ob die Zügel der Zensur in dieser Hinsicht besonders straff angezogen werden. Als Gegenbeweise kann die Tatsache dienen, daß in dem Vierteljahr von Juli bis Oktober 1917 insgesamt im Deutschen Reich außer Bayern 18 Zeitungen verboten worden sind, die sich auf fast alle Parteien gleichmäßig verteilten. Nun ist gefordert worden, daß solche Verbote nur noch aus Gründen der Gefährdung militärischer Unternehmungen und nur mit Zustimmung des Reichskanzlers unter Anhörung des Herausgebers erfolgen sollen. Die Hereinziehung des Reichskanzlers ist staatsrechtlich und tatsächlich nicht möglich. Seit dem Gesetz vom Dezember 1916 ist der Weg der Beschwerde an den Militärbefehlshaber gegeben. Es ließe sich der Fall konstruieren, daß der Reichskanzler dem Verbot zustimmt und der Kriegsminister es aufhebt. Wenn Sie den Reichskanzler da einspannen, muten Sie ihm eine Entscheidung zu, die er nicht verantworten kann. Man hat ja auch eingewendet, die Zensur sei nicht nötig, weil derartige Delikte vom

Vossische Zeitung 13/X. 1917 25

Sonnabend, 13. Oktober 1917

Zeitung

704

o gelehrten Sachen

ich M. 2.70 bei tägl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich 7.50 ohne Bestellgebühr. Anzeigen: 80 Pf. die Zeile, Stellengesuche %. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. lin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

26 Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co, Moritzplatz 11 800 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

Politische Strömungen in Bulgarien.

Von

Emil Ludwig,

Sonderberichterstatter der „Vossischen Zeitung".

* **Sofia**, 5. Oktober.

Weiß, grün und rot wehen die Fahnen von Dächern und Balkonen, denn heut feiert Bulgarien seinen Nationaltag: heut vor neun Jahren hat es sich unabhängig erklärt. Damals regierte eine Partei und ein Mann, die man russophil nannte, und unterstützte dennoch diesen entscheidenden Schritt, der von Rußland wegführte. Dies ist ein Beispiel für die Lockerung der Formeln, für die Wandlungsfähigkeit der politischen Schlagworte, die, hier wie überall, längst ihren Sinn verloren haben, wenn die grammatische oder ethnographische Bedeutung solcher Namen noch den ausländischen Betrachter gefangen hält. An Wert und Stimmung hat hier der Begriff des Russophilen verloren, er ist kaum noch ein Stichwort.

Freilich, es gibt auch heut noch Elemente, die russische Beziehungen und Kultur, die religiöse und historische Erinnerungen nicht um des neuen Bündnisses willen auszulöschen wissen oder trachten. Sind es denn in Deutschland nicht Tausende, darunter manche von den Besten, denen der Krieg ihre persönlichen Sympathien für einen oder für den anderen der Gegner nicht genommen hat? Ament, dum metuant! Ja, und sie fürchten, doch fürchten sie nicht Deutschland, sondern einen Frontwechsel, wie er vor vier Jahren Bulgarien verhängnisvoll wurde. Auf realpolitische Erwägungen gründet sich heute das Bündnis und scheint darauf fester fundiert, als wenn es nur auf sagenhaften Treueschwüren aufgebaut wäre. Darum ist jede Hoffnung der Gegner, ist jede Befürchtung mancher deutschen Kreise umsonst, als stände Bulgariens Bundestreue auf den vier Augen des Zaren und seines ersten Ministers.

Zweifellos bleibt diesen beiden Männern vor allen anderen Verdienst und Verantwortung für eine Politik, die sie nor nun genau zwei Jahren gegen den Widerstand ganzer Parteien und Strömungen im Lande etablierten oder doch retablierten. Was Dr. Radoslawow in unbeirrter Welt- und Staatsauffassung für Bulgarien getan hat, kann in nichts deutlicheren Ausdruck finden als darin, daß er — als einziges politisches Haupt unter allen kriegführenden Staaten — durch Wechselfälle im Aeußeren, durch Stimmungen und Verstimmungen im Innern hindurch vom König und von der Volksvertretung in diesen schwierigen Jahren immer gehalten wurde. Jene gewisse natürliche Ermüdung, die die zur Opposition gedrängten Parteien in allen demokratischen Ländern längst eine oder mehrere, teilweise oder völlige Erneuerung der Regierung fordern ließ, wirkte in Bulgarien bisher ebenso wenig entscheidend wie die Verschiedenheit von Anschauungen, die überall die Parteien in Fragen der Ernährung oder der Verwaltung trennen. Der Leiter der Regierung, zugleich Minister des Aeußeren, hatte das volle Recht, in seinen kürzlich hier gemeldeten Worten zu betonen, er hätte die Majorität, das Vertrauen des Königs und die Erfolge.

Dennoch scheint es in parlamentarischen Ländern, in denen ja theoretisch die Opposition von heute schon morgen die Regierung bedeuten kann, für den Fremden, für den Gast empfehlenswert, auch die Meinungen der nichtregierenden Parteien zu ergründen; bei Besuchen der Monarchen und Minister, der Abgeordneten und Journalisten scheint eine Fühlungnahme mit allen Parteien wünschenswert, wie denn auch gerade für die nächste Woche die Hoffnung aller Parteien auf solche Begegnungen gerichtet ist. In mannigfachen Gesprächen mit den Politikern von Sofia, unter denen einige großen Anteil an Bulgariens Vergangenheit haben, gewann ich hier, mit wachsender Sicherheit, den bestimmten Eindruck, daß alle politischen Parteien von Vertrauen auf die Mittelmächte erfüllt und in ihren Programmen unbedingt entschlossen sind, am Bündnisse festzuhalten. Dies ist der wichtigste, teilweise der einzige Punkt, der die sogenannten Russophilen mit den Liberalen, der Demokraten und Radikale, Nationalisten und Sozialdemokraten verbindet.

Eine solche Einheit des politischen Grundgefühles, in dem ein kleiner Staat sich im Weltkrieg einer Gruppe attachiert oder der andern, ist in Bulgarien doch erst durch die Ereignisse des Krieges selbst geschaffen worden, und heute begründen einige Führer ihr Bekenntnis zum Bund mit den Mittelmächten offen mit der seit 1915 völlig veränderten Lage des Balkans. England, das unter den Ententestaaten am wenigsten Interessen und Einfluß in Bulgarien besitzt, liegt viel zu fern, als daß es politisch anziehend wirken könnte. Frankreich hat sich durch die impertinenten Bedingungen geschadet, die es an eine kurz vor dem Kriege geplante Anleihe knüpfte und die etwa denen glichen, unter deren Druck es Griechenland in Knechtschaft zog. Rußland, der Mutterstaat, hat durch die Revolution auch seine Stellung zu Bulgarien ge-

13./X.1917

Naumann über Krieg und Frieden.

Der Verein der Vereinigten Liberalen veranstaltete, wie heute morgen bereits gemeldet, im Sagebielschen Etablissement eine politische Versammlung, in der D. Naumann, M. d. R., und August Winnig, M. d. B., sprachen.

Nach einigen einleitenden Worten Dr. Petersens, in denen er darauf hinwies, daß der gegenwärtige Krieg in doppelter Hinsicht etwas Besonderes habe: einmal sei er ein reiner Volkskrieg und zum andern sei er durch die Anwendung wirtschaftlicher Kampfmittel zum Weltkrieg geworden, ergriff

D. Naumann

das Wort:

Als der Krieg anfing, da war das ganze Volk einig, und unser Kaiser sprach es aus: wir wollen keinen Krieg der Eroberung, wir wollen unser Vaterland verteidigen! Erst als man anfing, die Debatte über die Kriegsziele zu systematisieren, kam der Eroberungsgedanke hinzu. Daß ihn die Truppen an der Front haben, ist psychologisch durchaus verständlich. Daß er auch in der Heimat als lockere Form des Gedankens und der Phantasie sich bemerkbar machte, war ebenso verständlich; aber er durfte nicht die Form politischer Anforderungen annehmen.

Es ist sehr viel leichter, von dem zu reden, was man alles haben möchte. Aber gerade darum ist es Pflicht, mit Offenheit von den Grenzen unserer Wünsche zu reden. Es wuchs die Stimmung der Herausforderung durch die Debatten, die die Forderung des unumschränkten Uboot-Krieges hervorriefen. Es ist jetzt nicht die Zeit, von dem Uboot-Krieg in seiner Gesamtheit zu sprechen; dazu muß er erst ein Stück Geschichte werden. Denn es ist ein notwendiges Zeichen des Krieges, daß man seine Meinungsfreiheit von dem Momente an, in dem die berufenen Autoritäten und die wenigen Verantwortlichen große Beschlüsse fassen, einschränkt. Diese Zucht hat die ganze Linke und die ganze Sozialdemokratie dem Beschlusse des unumschränkten Uboot-Krieges gegenüber geübt, obwohl sie Bedenken hatten. Aber damit haben sie sich auch ein gewisses Recht erworben, daß man auf der Rechten gegenüber dem nächsten großen Beschlusse, der Friedensentschließung, ebenso handelte. (Zustimmung.) Hier setzt nun das Unerwartete ein, daß man diesen gemeinsamen Schritt zum Gegenstande fortdauernder Agitation macht und die schädigt, die auf dem Grunde dieses Beschlusses arbeiten sollen. Darin liegt ein Mangel moralischer Zucht. (Lebhafter Beifall.)

Als Großadmiral v. Tirpitz im Februar 1915, ohne daß ein Regierungsbeschluß zugrunde lag, einem amerikanischen Berichterstatter gegenüber den unumschränkten Uboot-Krieg gegen Handelsschiffe ankündigte, stand die deutsche Heeresleitung noch so, daß sie unentschieden war, ob sie diesen Weg gehen sollte oder nicht. Und nun erlebten wir ein Jahr der Unentschiedenheit, indem es ein Regiment Tirpitz und ein Regiment Bethmann Hollweg gab, zwei sich bekämpfende Regierungssysteme innerhalb eines Regierungskörpers. Vom Staatssekretär der Marine wurde mit Mitteln der Agitation gearbeitet damit in der Regierung eine Entscheidung falle. Und als sie zu seinen Gunsten gefallen war, obgleich er kein Staatssekretär mehr war, da setzte sich v. Tirpitz der Friedensentschließung des Reichstages gegenüber nicht auf die Bank der gesunden Opposition, sondern greift, nachdem der Beschluß gefaßt ist, abermals zu den Mitteln der Agitation. Darin erblicke ich den wallensteinischen Trieb in Tirpitz, von dem ich im Reichstag gesprochen habe. Jetzt sagen die Herren von der Vaterlandspartei, dieser Beschluß sei ein solcher, daß sich ihm das Volk nicht fügen könne. Wie konnte dann die deutsche Regierung sich in der Antwort auf die Papstnote und im internationalen Verkehr auf diese Friedensentschließung in aller Form festlegen? Diese Friedensentschließung ist ein diplomatisches Dokument, ein Stück deutscher diplomatischer Geschichte geworden. Und das nicht mit Unrecht. Denn sie ist im Reichstage mit einer Mehrheit von 214 gegen 116 Stimmen beschlossen. Die Leute von rechts genügen sich daran, diesen Reichstag als die Versammlung von Unfähigen hinzustellen. Das mögen sie tun, um ihr eigenes Licht um so heller leuchten zu lassen. Aber man soll doch nicht vergessen, daß er der gleiche Reichstag ist, vor den die gleichen Leute die Entscheidung über die Ubootfrage gebracht wissen wollten. (Lebhafte Zustimmung.)

Aber die Friedensentschließung wird von diesen Leuten nicht genau gekannt. (Der Redner verliest sie). Man sagt wohl an der Front: ja, wofür sollen wir denn kämpfen, wenn wir das nicht behaupten wollen, was wir erobern? Der deutsche Soldat aller Grade ist klug genug, um zu wissen, daß er in Rumänien so gut wie vor Saloniki für den Bestand seines Vaterlandes kämpft. Bethmann Hollwegs Wort, daß man beim Friedensschlusse auf Grund der Kriegskarte verhandeln werde, ist nichts ungünstiger als das Wort Verständigung. Denn wir müssen die ganze Kriegskarte nehmen; dazu gehört auch die Seekarte, und sie zeigt uns, was wir an Kolonien verloren haben. Das war das Charakteristische der Friedensschlüsse, die alle großen Kriege, die eine Reihe von Völkern in Mitleidenschaft zogen, beendeten, den 30jährigen, den 7jährigen Krieg und auch des Wiener Kongresses. Bei diesem Weltkrieg kann es nicht anders sein. Sonst kommen wir aus dem Chaos nicht heraus. So stellt sich die Friedensentschließung zum Friedensschlusse, sie ist die Anfangsformel, das Leitmotiv der Ouvertüre für den Frieden. Man braucht es in Hamburg nicht zu sagen, welche Bedeutung die Wiederherstellungsgrundlage für die überseeische Tätigkeit bedeutet. Allerdings hat der Satz — „ohne Entschädigung" Mißverständnisse hervorgerufen. Es handelt sich hier nicht um die Entschädigung einzelner Geschädigten. Diese Entschädigung muß bei gutem Friedensschlusse von der Gesamtheit getragen werden, oder wenn es nötig ist, werden wir uns selber für diese Einzelentschädigungen anspannen. Der Wille der Wiederherstellung ist da, das haben die jüngsten Verhandlungen im Reichstage bewiesen.

Dann steht aber noch in der Friedensentschließung etwas über die Zukunft der Wiederherstellung des Weltverkehrs. Wir wollen wieder arbeiten können, wieder normal verdienen können, nicht mehr vom Borg leben müssen, sondern von der Produktion und daß ist nötig, daß der Deutsche wieder mit der übrigen Welt zusammen arbeitet und seine Häfen wieder offen stehen. Das ist ein Friedensziel, wertvoller als eine Anzahl flandrischer und wallonischer Quadratkilometer. (Zustimmung.)

Man sagt nun von der gegnerischen Seite, die Feinde wollen ja gar nicht diesen Verständigungsfrieden. Für Lloyd George und Pioncaré ist die Friedensentschließung auch nicht gefaßt worden. Aber durch die Völker geht es doch schon wie eine wärmende Atmosphäre, durch die englische Arbeiterwelt und durch die italienische Sozialdemokratie. Aber das ist der Vaterlandspartei nicht vornehm genug. Und solange unsere Feinde diesen Frieden nicht wollen, stehen wir wie ein Mann zusammen, unser Vaterland, das wir unversehrt behalten wollen, zu verteidigen. Dieser Satz steht auch in der Friedensentschließung, und es ist eine bodenlose Torheit, ein solches heiliges Versprechen der großen Masse als eine Bagatelle hinzustellen.

Die Demokratisierung wird ihren Weg im Kriege gehen müssen. Die Leute, die erst vorgestern zu großen Politikern geworden sind, sagen allerdings, laßt doch erst den Krieg vorüber sein, dann wollen wir an diese Veränderungen herantreten. Das heißt doch, daß man die Maschine erst dann ölen will, wenn sie ihre Arbeit getan hat. Ueber die Verschiebung des Wahlrechts will man erst reden, wenn man das Volk nicht mehr so notwendig gebraucht. Wenn aber das Vertrauen zum Volke noch im vierten Kriegsjahre nicht vorhanden ist, wann soll es dann kommen? Was Reichstag und Reichsregierung in Verbindung mit der obersten Heeresleitung hinsichtlich des Friedens beschlossen haben, ist ein Bekenntnis des Volkes. An ihm wollen wir festhalten, wenn auch die Gegner immer wieder den Frieden auf Grund der Friedensentschließung einen Verzichtfrieden, einen Hungerfrieden, ein Denkmal der Schande schelten. Und wenn die Feinde diesen Frieden nicht haben wollen, dann setzen wir für das Leben das Leben ein. (Langandauernder lebhafter Beifall.)

Dann sprach noch Herr Aug. Winnig (M. d. B.) für die Friedensentschließung, für den Verständigungsfrieden und gegen einen Gewaltfrieden. Heute würden die Kriege von der Masse des Volkes getragen, deshalb müsse über das Ergebnis dieses Krieges und sein Ziel die Masse des Volkes entscheiden. Das Volk aber wolle einen Versöhnungsfrieden, und dieser deutsche Frieden müsse von dem deutschen Geist, dem deutschen Ordnungssinn, der deutschen Redlichkeit und dem deutschen Gerechtigkeitsgefühl diktiert werden. (Beifall.)

Darauf schloß Herr Dr. Petersen mit einem Dank an die Redner und dem Wunsche, daß bald dem Weltkriege ein Weltfrieden auf Grund der Verständigung und der Versöhnung der Völker folgen möge, die Versammlung.

13./X. 1917

Die Kriegsziele Asquiths.

Abtretung Elsaß-Lothringens, Wiederherstellung Belgiens, Vergrößerung Serbiens und Rumäniens.

London, 11. Oktober.

Das Reutersche Bureau meldet: In einer Versammlung in Liverpool hielt Asquith über die Kriegsziele eine Rede, worin er unter anderm ausführte:

In meiner Rede in Leeds habe ich in zwei Sätzen zusammengefaßt, was mir unsere Kriegsziele zu sein scheinen, nämlich erstens, daß es ein Krieg für den Frieden ist, zweitens daß es ein Krieg gegen den Krieg ist. Wir könnten natürlich das zweite Ziel nicht erreichen, ehe wir das erste erreicht haben. Aber das erste, nämlich das Aufhören der Feindseligkeiten und die Unterzeichnung des Vertrages, wird nur ein vorübergehender, vorläufiger Haltepunkt sein, wofern es nicht angemessene, dauerhafte Sicherheiten gegen den möglichen Widerbeginn des Streites vorsieht. Beim Amtsantritte des neuen Kanzlers einigte sich der Reichstag auf das Flickwerk einer Formel. Ich sagte damals, daß ich meine Zweifel hätte, ob der deutsche Kanzler oder irgend jemand sonst sich darüber klar sei, was die Resolution in Wirklichkeit bedeuten soll. Diese skeptische Auffassung wurde durch die Ereignisse gerechtfertigt, denn die deutschen Parteien streiten seither darüber, was ihre genaue Auslegung sei. Ich zweifle nicht, daß in Deutschland ein weitgehender, echter Wunsch für den Frieden besteht. Ich bin dessen gewiß, soweit Oesterreich-Ungarn in Frage kommt. Der maßgebende Faktor, mit dem wir zu rechnen haben, ist nicht die deutsche öffentliche Meinung oder das deutsche Parlament, sondern die deutsche Regierung. Meint sie es auch? Ist sie aufrichtig in dem Wunsche für den Frieden? Auf klare Fragen wurde bisher nur geantwortet, daß es sich um ein zusammenhängendes Ganzes handelt, daß keine verfrühten oder Teileröffnungen gemacht werden können. Man läßt uns im Dunkeln und verlangt von uns, daß wir die Waffen niederlegen sollen, ohne dafür eine andere Genugtuung oder Sicherstellung zu besitzen, als daß wir die drei Tugenden des Vertrauens, der Hoffnung und der Nachsicht zur Schau tragen. Niemand behauptet, daß es für eine der beiden Seiten richtig oder zweckmäßig wäre, ein Ultimatum mit erschöpfenden, genauen Klauseln und Unterklauseln aufzustellen, das wörtlich, buchstabenmäßig, kapitel- und satzweise als Vorbedingung für den Frieden anzunehmen wäre. Es gibt viele Dinge, die notwendigerweise zur Besprechung und Behandlung für einen späteren Zeitpunkt zurückgestellt werden müssen. Aber wir werden unseren beiden leitenden Zielen, der Erreichung eines wirklichen Frieden und der wirksamen Verhütung künftiger Kriege, nicht näher kommen, wenn wir nicht entschlossen die Mittel und Wege zur Geltung bringen, wodurch sie zu erreichen sind.

Asquith ging sodann auf die Regelung der Gebietsfragen in West und Ost ein und stellte die Frage, welche von ihnen Annexionen im Imperialistensinne bedeuteten. Sicherlich könne man hievon nicht sprechen, wenn es sich um die Räumung der besetzten Gebiete Frankreichs, Rußlands, Belgiens, Serbiens und Rumäniens handle, noch wenn es die Rückgabe der Provinzen an Frankreich betreffe, die diesem Lande im Jahre 1871 durch Gewalt abgenommen wurden. Hier muß ich, sagte Asquith, auf die Rede des Staatssekretärs v. Kühlmann im Reichstage eingehen. Er sagt uns, daß Deutschland niemals ein Zugeständnis in der Frage Elsaß-Lothringens machen kann und daß diese Frage niemals verhandelt werden soll. Elsaß-Lothringen bliebe nicht nur als deutscher Siegespreis, sondern auch als Symbol der Demütigung Frankreichs in deutscher Hand. Darin lag die Wurzel und die Quelle der Unruhe und des gefährdeten Gleichgewichtes und des Wettrüstens, das zu diesem schrecklichsten aller Kriege geführt hat. Selbst in der Geschichte dieses Krieges ist es schwer, ein plumperes oder durchsichtigeres Manöver zu finden, als es der ungeschickte Versuch ist, zwischen uns und unserem französischen Alliierten Uneinigkeit zu säen, indem Dr. v. Kühlmann uns sagt, daß die große Frage nicht die belgische sei und daß, von Elsaß-Lothringen abgesehen, kein absolutes Hindernis für den Frieden besteht. Die Alliierten verlangen im Falle Belgien nicht nur die Räumung, sondern die volle und dauernde Wiederherstellung des Landes in seiner politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit. Was würde dem belgischen Volke ein Belgien nützen, das in zwei Teile geteilt oder das durch fiskalische oder andere Bande von dauernder Unterwerfung unter die deutsche Politik bedroht ist. Ich habe mehr als einmal die Frage gestellt, ob Deutschland bereit ist, der Wiederherstellung Belgiens in ihrem einzigen wirklichen Sinne als einer der wesentlichsten Friedensbedingungen zuzustimmen. Ich erhielt keine Antwort.

Dr. v. Kühlmann beobachtete bezüglich der Zukunft Belgiens unverändertes, bezeichnendes Stillschweigen. Serbien und seinen südslawischen Nachbarn und Stammverwandten sowie Rumänien ihre natürlichen Grenzen zu geben, ist kein aggressiver Akt, sondern es wird damit nur die Schuld bezahlt, deren Begleichung die Gerechtigkeit längst erfordert hat, denn es gibt keine häßlichere Brutstätte des Krieges und seiner Ursachen, als das Vorhandensein abgetrennter unzufriedener Nationalitäten, die dadurch auf künstliche Weise von ihren Stammverwandten und ihrer rechtmäßigen Heimat abgeschnitten sind. Ich habe wiederholt gesagt und jeder verantwortliche Staatsmann hat es ausgesprochen, daß es niemals ein Teil unserer Politik war, Deutschland zu vernichten oder zu zerstückeln. Wir führen unseren Krieg gegen den preußischen Militarismus, gegen die sogenannte Machtpolitik, unter der die Schwachen kein Recht haben. Das Schlimmste, das der Welt widerfahren könnte, würde ein Friede sein, der nur ein Flickwerk ist, der aus Abmachungen besteht, die in sich selbst die Ursache künftiger Schwierigkeiten tragen, der den Nationen nur die Zeit zum Aufatmen geben würde, um dann noch einmal die Waffen zu ergreifen, und diesesmal zum entscheidenden Kampfe.

Asquith beschrieb sodann seine Eindrücke auf dem Schlachtfelde von Ypern und sagte: Selbst nachdem ich diese erbarmungslosen Verwüstungen geschaut habe, sage ich entschlossen, ich ziehe eher vor, daß der Krieg bis zur endgültigen Entscheidung weitergeht, als daß er durch ein unvollständiges Kompromiß zu Ende gebracht werden soll; denn nur ein wahrhaftiger, dauernder Friede kann, wenn auch nicht eine Entschädigung, so doch eine Rechtfertigung für die Leiden und Opfer bieten. Wenn es sich um einen Kampf handelt, in dem es auf die Ausdauer ankommt, so brauchen wir Mut und Hoffnung nicht zu verlieren. Unsere Truppen leisten Großes. Es besteht nicht die leiseste Gefahr, daß man uns durch Hunger zur Unterwerfung zwingen könnte. Auch in der Luft, glaube ich, werden wir bald die vollständige Herrschaft über die Einfälle der feindlichen Flugzeuge erringen. Die Leistungen der Vereinigten Staaten werden mit jedem Monat größer. Wenn wir alles in Betracht ziehen, auch die zeitweise Lähmung Rußlands, so kann kein Zweifel sein, daß nicht nur das moralische, sondern auch das materielle Uebergewicht offensichtlich in zunehmendem Maße auf Seiten unserer Sache ist.

Erklärungen Lloyd-Georges über ein Nachlassen der U-Boot-Gefahr.

Besorgnisse wegen der schlechten Welternte.

London, 12. Oktober.

Das Reutersche Bureau meldet: In einer Ansprache an eine Abordnung verschiedener landwirtschaftlicher Körperschaften appellierte Premierminister Lloyd-George an die Farmer, daß sie in den nächsten Wochen alle Kraft einsetzen, um die Vorräte an Lebensmitteln in England zu vermehren. Ich, sagte er, appelliere nicht an Sie, weil ich irgendwelche Furcht wegen der U-Boote hätte. Anfang des Jahres war ich in diesem Punkte in großer Sorge. Wir haben es mit einem Feinde zu tun, der gefährlicher ist, wenn er unsichtbar ist. Denn wo wir den Deutschen begegnen, habe ich niemals gesehen, daß der Engländer sich vor ihm gefürchtet hätte. Wenn er aber außer Sicht ist, entweder in Pillenschachteln oder unter den Wellen, kann er sehr gefährlich sein. Deshalb wußte ich nicht, in welchem Maße wir in der Lage sein würden, diesen sehr verräterischen, unsichtbaren Feind erfolgreich zu bekämpfen. Denn die See ist ein gewaltiges Gebiet, und ich war tatsächlich in Sorge, daß wir nicht imstande sein würden, ihn aufzuspüren. Infolge des Geschickes und des Mutes, die bei den Operationen an den Tag gelegt werden, kann ich endgültig erklären, daß die U-Boot-Gefahr sich schnell verringert.

Wenn man verfolgt, welche Nettoverluste wir im letzten Monate erlitten, sieht man, daß sie geringer sind als in einem beliebigen gleichlangen Zeitraum der jüngsten zwölf Monate. Ich rechne zu dieser Periode nicht allein die Zeit des unbeschränkten U-Boot-Krieges, in dem die Verluste sehr beträchtlich zugenommen haben, sondern auch die drei oder vier Monate, als die Deutschen unseren Handel noch nicht nach der neuen Methode anzugreifen begonnen hatten. Unsere Nettoverluste sind geringer gewesen als jemals seit September 1916. Ich fürchte daher in keiner Weise, daß es dem Feinde gelingen wird, diese Inseln durch die Tätigkeit der U-Boote auszuhungern. Es ist nicht dies, was mich in diesem Augenblicke besorgt macht. Unsere Besorgnis kommt mehr daher, daß der verfügbare Lebensmittelvorrat der Welt geringer ist.

Der Ursachen sind viele. Die französische Kornproduktion ist erheblich geringer. Dasselbe ist in Italien der Fall. Wenn ein großer Teil der Ackerbau betreibenden Bevölkerung an der Front ist, so muß die Bestellung

Neues Urkundenmaterial über die Schuld am Kriegsausbruch.

Die Ausgleichsbemühungen der Mittelmächte. — Kriegspolitik der Verbandsmächte.

Berlin, 12. Oktober.

Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt: Die englische und die französische Presse sowie die feindlichen Funksprüche behaupten hartnäckig, die deutsche Regierung habe in den kritischen Julitagen 1914 ein Telegramm aus Wien unterschlagen, dessen rechtzeitige Mitteilung nach London den Ausbruch des Weltkrieges verhindert hätte. Deutscherseits ist kein Telegramm unterschlagen oder auch nur aufgehalten worden. Die sinnlose Anschuldigung wird aus Aeußerungen des deutschen Kaisers zum amerikanischen Botschafter vom 10. August 1914 abgeleitet. Der Kaiser sagte Gerard, ähnlich wie er bekanntlich am 31. Juli an König Georg telegraphiert hat, daß gleichzeitig mit dem Vorschlag des englischen Königs, Oesterreich-Ungarn möge sich mit der Besetzung Belgrads und eines Streifens serbischen Gebietes als Faustpfand für die Erfüllung seiner Forderungen begnügen, ein Telegramm aus Wien eingetroffen sei, woraus hervorging, daß Oesterreich-Ungarn bereit war, auf einen derartigen Vorschlag einzugehen. Dieses Telegramm sei nach London weitergegeben worden, ebenso wie das Telegramm des Königs von England nach Wien. Bereits vor diesem Zeitpunkte sei Petersburg in analogem Sinn verständigt worden. Unter diesen Umständen hätte man am Abend des 30. Juli annehmen können, daß die Krise überwunden werden würde. Gegenüber den Anzweiflungen dieses Tatbestandes durch unsere Gegner geben wir nachstehend den vom Kaiser erwähnten Depeschenwechsel wieder:

Als am 28. Juli 1914 in Rußland die Wogen der Kriegslust hochgingen, setzte die deutsche Vermittlungstätigkeit in verstärktem Maße ein, wie aus dem Weißbuche bekannt geworden ist. Petersburg wurde von Berlin aus dahin verständigt, daß sich Deutschland trotz des zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien eingetretenen Kriegszustandes unausgesetzt bemühe, Wien zu veranlassen, in Petersburg den Zweck und Umfang des Vorgehens gegen Serbien in einer unanfechtbaren und hoffentlich Rußland befriedigenden Weise klarzulegen. Weiters richtete die deutsche Regierung am gleichen Tage, ohne erst auf eine dahingehende Anregung von London zu warten, Vorschläge für die Grundlage einer Verständigung mit Rußland nach Wien. Das Telegramm des Reichskanzlers an den Botschafter in Wien vom 28. Juli abends hatte folgenden Wortlaut:

„Die nunmehr vorliegende Antwort der serbischen Regierung auf das österreich-ungarische Ultimatum läßt erkennen, daß Serbien den österreichischen Forderungen entgegengekommen ist. Die k. u. k. Regierung wird daher unseren Vermittlungsvorschlägen und denen der anderen Kabinette gegenüber nicht mehr ihre bisherige Zurückhaltung beobachten können. Anderseits hat Sasonow in seiner letzten Unterredung mit dem Grafen Pourtalès bereits zugegeben, daß Serbien die verdiente Lektion erhalten müsse. Der Minister stand überhaupt dem österreich-ungarischen Standpunkt nicht mehr so bedingungslos ablehnend gegenüber wie früher. Es liegt hienach die Schlußfolgerung nicht fern, daß die russische Regierung sich auch der Erkenntnis nicht verschließen wird, daß, nachdem einmal die Mobilisierung der österreich-ungarischen Armee begonnen hat, schon die Waffenehre den Einmarsch in Serbien erfordert. Sie wird sich aber mit diesem Gedanken um so mehr abzufinden wissen, wenn die österreich-ungarische Regierung in Petersburg bestimmt die Erklärung wiederholt, daß ihr territoriale Erwerbungen in Serbien durchaus fernliegen und daß ihre militärischen Maßnahmen lediglich die vorübergehende Besetzung von Belgrad und anderen bestimmten Punkten des serbischen Gebietes bezwecken, um die serbische Regierung zu völliger Erfüllung ihrer Forderungen und zur Schaffung von Garantien für künftiges Wohlverhalten zu zwingen, worauf Oesterreich-Ungarn nach den mit Serbien gemachten Erfahrungen unbedingt Anspruch hat. Die Besetzung sei gedacht, wie die deutsche Okkupation in Frankreich nach dem Frankfurter Frieden zur Sicherstellung der Forderung auf eine Kriegsentschädigung. Sobald die österreich-ungarischen Forderungen erfüllt wären, werde die Räumung erfolgen. Euere Exzellenz wollen sich umgehend dem Grafen Berchtold gegenüber in diesem Sinne aussprechen und eine entsprechende Demarche in Petersburg anregen. Es handelt sich jetzt darum, einen Modus zu finden, der die Verwirklichung des von Oesterreich-Ungarn erstrebten Zieles der großserbischen Propaganda den Lebensnerv zu unterbinden, ermöglicht, und zu verhindern, daß ein Weltkrieg entfesselt werde."

Später stellte sich heraus, daß damals Berlin und London in der Auffassung der Lage übereinstimmten.

Am Abend des 29. Juli meldet der deutsche Botschafter in London telegraphisch die Vermittlungsvorschläge Greys, die den deutschen Anregungen in Wien analog waren. Diese englischen Vorschläge wurden sogleich nach Wien weitergegeben, wie das Telegramm des englischen Botschafters in Berlin vom 30. Juli (Blaubuch Nummer 998) bestätigt. Die dringliche Form, in der die Annahme des englischen Vorschlages empfohlen wurde, ist aus der Rede des Reichskanzlers vom 9. November 1916 bekannt in der auch auf die entgegenkommende österreich-ungarische Antwort hingewiesen wurde. (Oesterreich-ungarisches Rotbuch Nr. 51.)

Am 29. Juli erkannte man in Berlin, daß die russische Mobilmachung gegen Oesterreich-Ungarn den Erfolg der deutschen Vermittlungsaktion auf das äußerste gefährdete. Die Reichsregierung wies daher die Petersburger Regierung zugleich mit einer ernsten Warnung vor übereilten und gefährlichen Maßnahmen erneut auf die in Wien zur Beilegung des österreichisch-russischen Konfliktes unternommenen Schritte hin. Dieses Telegramm des Reichskanzlers an den Botschafter in Petersburg vom 29. Juli abends lautete:

„Die russische Mobilmachung an der österreichischen Grenze wird, wie ich annehme, eine entsprechende österreich-ungarische Maßregel zur Folge haben. Es ist schwer, zu sagen, inwieweit die rollenden Steine dann noch aufzuhalten sind. Ich fürchte, daß die friedlichen Absichten Sasonows dann nicht mehr verwirklicht werden können. Um die drohende Katastrophe wenn möglich noch abzuwenden, wirken wir in Wien darauf hin, daß die österreich-ungarische Regierung in Bestätigung ihrer früheren Versicherung Rußland noch einmal formell erklärt, daß ihre territoriale Erwerbungen in Serbien fernliegen und daß ihr militärischen Maßnahmen lediglich eine vorübergehende Besetzung bezwecken, um Serbien zu einem künftigen Wohlverhalten zu zwingen. Wenn Oesterreich-Ungarn eine solche Erklärung abgibt, dann hat Rußland alles erreicht, was es will, denn Sasonow hat Eurer Exzellenz gegenüber selbst zugegeben, daß Serbien die verdiente Lektion erhalten müsse. Falls unser Schritt in Wien Erfolg hat, erwarten wir daher, daß Rußland keinen kriegerischen Konflikt mit Oesterreich-Ungarn herbeiführt. Exzellenz wollen sich umgehend Sasonow gegenüber im vorstehenden Sinne aussprechen."

Die formelle russische Antwort auf diesen deutschen Vermittlungsvorschlag war die Aufstellung der sogenannten Sasonowschen Formel, welche die anmaßenden Forderungen Rußlands auf Einmischung in den österreich-serbischen Streit unverändert aufrecht erhielt und den Aufschub der militärischen Maßnahmen ablehnte. Es ist George Buchanan, wie aus dem Bericht des französischen Botschafters hervorgeht, der für die unversöhnliche und verhängnisvolle Haltung Rußlands verantwortlich ist. (Französisches Gelbbuch Nr. 113.) Sogar Grey, der im übrigen nichts tat, um Rußland vom Kriegsentschluß zurückzuhalten, erkannte die Notwendigkeit, diese Formel im Sinne der deutschen Anregungen abzuändern. Sasonow war aber an einer Verständigung nichts gelegen. Die wahre Antwort Rußlands auf die Berliner Vermittlungsvorschläge war die Gesamtmobilmachung.

Die vorläufige Antwort der österreich-ungarischen Regierung auf den deutschen Vorschlag vom 28. Juli traf am 29. Juli in Berlin ein. Dieses Telegramm des Botschafters in Wien lautete:

Auftrag ausgeführt. Berchtold dankt für die Anregung, ist bereit, die Erklärung wegen territorialen Desinteressements, die bereits in Petersburg und durch den hiesigen russischen Vertreter abgegeben wurde, nochmals zu wiederholen. Bezüglich der weiteren Erklärung betreffend die militärischen Maßnahmen erklärte sich Berchtold außerstande, mir eine sofortige Antwort erteilen zu können.

An demselben Tage, 29. Juli, hatte Sasonow in Petersburg erklärt, Wien lehne jede direkte Besprechung mit Petersburg ab! Ehe noch der von Berlin aus sofort einsetzende Telegrammwechsel dieses offenbare Mißverständnis, wie man damals noch glauben konnte, aufzuklären vermochte, traf am 30. Juli abends die endgültige österreich-ungarische Antwort auf den deutschen Vorschlag ein, welche den deutschen Wünschen in weitgehendem Maße Rechnung trug und die erhoffte Grundlage für eine friedliche Beilegung des österreichisch-russischen Konfliktes schuf. Das betreffende Telegramm des Botschafters in Wien lautete:

Berchtold hat mich, nachstehendes mitzuteilen: Infolge unserer mit Dank aufgenommenen Anregung ist an Grafen Szapary die Instruktion abgegangen, die Konversation mit Sasonow zu beginnen. Szapary ist ermächtigt, die Note an Serbien, die allerdings durch den Kriegszustand überholt sei, dem russischen Minister gegenüber zu erläutern und jede Anregung entgegenzunehmen, die weiter noch von russischer Seite erfolgen sollte, sowie alle die österreichisch-russischen Beziehungen direkt berührende Fragen mit Sasonow zu besprechen. Wenn die russische Regierung glaubte, die Aufstellung von 8 Korps als für den serbischen Feldzug militärisch zu weitgehende Maßregeln bemängeln zu sollen so habe Szapary den Auftrag, falls Sasonow von sich heraus hierauf zu sprechen käme, zu sagen, daß gegenüber der serbischen Armee von 400.000 Mann die Aufbietung von Truppen in dieser Stärke der hiesigen militärischen Auffassung entspräche Berchtold wird heute den russischen Botschafter zu sich bitten und mit ihm im gleichen Sinne sprechen. Außerdem wird der Minister Herrn Schebeko sagen, daß der Monarchie territoriale Erwerbungen in Serbien durchaus fernlägen, und daß sie lediglich eine vorübergehende Besetzung serbischen Gebietes bezwecke, um die serbische Regierung zur völligen Erfüllung ihrer Forderungen und zur Schaffung von Garantien für künftiges Wohlverhalten zu zwingen. Die Räumung des serbischen Gebietes durch die Monarchie werde in demselben Grade erfolgen, in dem Serbien die Friedensbedingungen erfülle.

Wenige Stunden später ging das bekannte Telegramm des Königs von England ein, das den Vorschlag Greys, noch einmal, klarer gefaßt, zum Ausdruck brachte. Es wurde sogleich nach Wien weitergegeben. Die österreich-ungarische Antwort auf den deutschen Vorschlag vom 28. Juli wurde ebenfalls noch am Abend des 30. Juli nach Petersburg und nach London mitgeteilt, im letzteren Falle mit folgendem Zusatz des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes:

Dieses Telegramm bezieht sich auf unsere frühere Anregung direkter Besprechungen zwischen Wien und Petersburg. Es zeigte so viel Entgegenkommen seitens Oesterreich-Ungarns, daß wir hoffen, daß England in Peterburg auf ein gleiches Entgegenkommen, namentlich auf Einstellung der russischen Kriegsmaßnahmen, dringen wird.

Daß dieses Telegramm, trotzdem die englische und die französische Presse jetzt das Gegenteil behauptet, seinen Bestimmungsort erreicht hat, beweist das englische Blaubuch, dessen Nummer 110 eine ungenaue und unvollständige Wiedergabe der österreich-ungarischen Antwort enthält. Die damaligen Verhandlungen beweisen von neuem, daß allein die russische Mobilmachung einen friedlichen Ausgleich verhindert hat.

Dies hat bereits am 31. Juli der Reichskanzler dem englischen Botschafter erklärt, wie Nummer 108 des Blaubuches bestätigt. Während die Bemühungen Deutschlands und die Einsicht der österreich-ungarischen Regierung den drohenden Weltkonflikt durch einen friedlichen Ausgleich bestimmt verhindert hätten, ist es London, falls die dahingehenden englischen Versuche damals bei allen englischen Stellen überhaupt ernst gemeint waren, in keiner Weise gelungen, Rußland von der Mobilmachung abzuhalten, die, wie niemand bezweifeln konnte, den Krieg bedeuten mußte, während die von Revanchehoffnungen getriebene französische Regierung den entstehenden Brand eifrig anfachte. Die Telegramme an Buchanan vom 30. Juli und 1. August (Blaubuch Nummer 103 und 135) erwecken den Eindruck, daß Grey sich scheute, die Vermittlungsvorschläge nach Petersburg zu senden. Was hat Buchanan auf diese Mitteilungen hin veranlaßt? Das Telegramm, das die russische Antwort auf die englischen Vermittlungsvorschläge enthält, fehlt im englischen Blaubuch, wohl nicht ohne Grund.

Neues Pester Journal
13./IX. 1917

Friedensbereitschaft und diplomatische Technik.

Von Bartholomäus v. Lányi,
Wirklicher Geheimer Rath, Justizminister a. D.

Gegen die Antwortnote der Mittelmächte auf die Friedensanregung des Papstes wurde gegnerischerseits der Einwand erhoben, daß sie die Friedensgeneigtheit der Mittelmächte blos in allgemeinen Redensarten zum Ausdrucke gelangen lasse und über die Friedensbedingungen keine konkrete Andeutung enthalte. Daraus glaubte man den Schluß ziehen zu können, daß unsere Friedensrevelation auch diesmal nicht aufrichtig sei und daß man auf dieser Grundlage in die Friedensverhandlungen nicht eintreten könne. Der deutsche Reichskanzler Michaelis hat sich veranlaßt gefühlt, in der Sitzung des Hauptausschusses des deutschen Reichstages am 28. September den Standpunkt näher zu beleuchten, welcher bei der Abfassung der Antworten in der obenangedeuteten Hinsicht maßgebend war. Jetzt hat es sich — sagte er — in erster Reihe darum gehandelt, den im Geiste der Versöhnung gehaltenen Friedensruf des Papstes zu erwidern, und nachdem in den Antwortnoten der Mittelmächte die Grundidee, laut welcher in dem Verhältnisse der Völker zu einander an die Stelle der materiellen Gewalt der Waffen die moralische Macht des Rechtes zu gelten habe, angenommen wurde, so ist jetzt an den Ententemächten die Reihe, sich diesbezüglich klar und deutlich zu äußern; — und nur dann, wenn sie dieser idealen Auffassung rückhaltlos beigepflichtet haben, wäre es an der Zeit, der sichtlich der Kriegsziele divergirt, kann die Detaillirung der Friedensbedingungen nicht am Platze sein und zu keinem positiven Resultat führen. Die einseitige Festlegung der Friedensmodalitäten dürfte sogar die aufrichtigen Intentionen des baldigen Friedensschlusses vereiteln, da darin der gegnerische Theil Veranlassung finden könnte, die in Aussicht gestellten Konzessionen als Zeichen der wachsenden Schwäche des Antragstellers auszulegen. Die Mittelmächte haben durch Annahme der päpstlichen Friedensmahnung und der derselben zu Grunde liegenden humanen Weltanschauung einen entscheidenden Schritt gethan, um den Verständigungsfrieden anzubahnen, solange sich aber die Ententemächte nicht entschließen werden, von ihren Eroberungs- und Vernichtungsgelüsten abzugehen und sich auf den Standpunkt der Versöhnlichkeit zu stellen, wäre die — ohnehin in den Bereich der diplomatischen Unterhandlungen gehörende — Entwicklung der Friedensbedingungen gegenstandslos.

Letzthin hat der gemeinsame Minister des Aeußern Graf Czernin Gelegenheit gefunden, die Perspektive einer internationalen Weltordnung aufzustellen, wie solche auf Grund eines Verständigungsfriedensschlusses im Sinne der in den oberwähnten Antwortnoten acceptirten Rechtsauffassung denkbar ist. Das Mittel, um den gegenwärtigen Krieg zu beenden und für die Zukunft zwischenstaatliche Zusammenstöße mit der Waffengewalt zu verhindern, bestünde in der gleichzeitigen allgemeinen Abrüstung unter internationaler Kontrolle und Einsetzung völkerrechtlicher Schiedsgerichte. Im Falle zweckentsprechender und vollwirksamer Verwirklichung dieses Gedankens würde die Nothwendigkeit entfallen, behufs Wahrung der Bestandssicherheit und Entwicklungsfreiheit der einzelnen Staaten territoriale oder sonstige dringliche Garantien anzustreben, was — unserer Ansicht nach — so viel bedeutet, daß in dem europäischen Staatenbestande der status quo ante bellum zu verbleiben hätte. Dies ist unstreitig ein konkreter Friedensantrag und eine positive Friedensgrundlage, — nichts

14./X. 1917

Die Friedensfrage.

Vom Grafen Julius Andrassy.
K. u. k. Geheimer Rat, königlich ungarischer Minister a. D.

(Siehe Nr. 19063, 19076 und 19083 der „Neuen Freien Presse" vom 23. und 30. September sowie 7. Oktober.)

Budapest, 12. Oktober.

Es läßt sich mit Gewißheit behaupten, daß der Fanatismus der ersten Zeiten bei den feindlichen Völkern bereits geschwunden ist. Der Austritt Hendersons aus dem englischen Kabinett, die Stellungnahme der französischen sozialistischen Partei gegen Ribot und dessen Nachfolger Painlevé, die italienischen Friedensbewegungen und die allzu häufige Betonung des demokratischen Vorwandes scheinen alle dafür zu sprechen, daß der Friedensgedanke bei unseren Gegnern heranreift. Ereignisse zumal, wie die jüngste Wendung der russischen Revolution, können den Friedensgedanken mit überraschender Schnelligkeit dem Stadium der Verwirklichung näherbringen. Auch die Initiative des Papstes, der die Lage besser kennt als wir und der mit der Entente in Verbindung steht, berechtigt zur Hoffnung, daß sich die Zeit des Friedens ernstlich nähert.

Aber ich will über die Wahrscheinlichkeiten des Friedens keine Prophezeiung riskieren. Ich will bloß die zwei Fragen prüfen, wie wir auf die Psychologie der Ententevölker wirken könnten, um in ihnen den Friedenswillen endgültig zur Entfaltung zu bringen.

Ich höre heute häufig davon sprechen, der Weg des Friedens sei der Weg der Liebe und des Verstehens, die Stimme der Einkehr in sich selber, eine Reform des internationalen Rechtes, welche bewirkt, daß die Staaten nicht mehr gezwungen seien, die Bürgschaften ihrer Existenz in einer Korrektur ihrer Grenzen und in ihrer eigenen Macht zu suchen, wenn sie diese in der Heiligkeit des internationalen Rechtes finden können.

Das sind schöne Christusworte, aber ich glaube kaum, daß sie zum Ziele führen. Heute morden wir einander noch so erbittert, zerstören wir gegenseitig unsere Länder, heute gewahren wir noch so wenig Spuren der Liebe, daß meiner Ansicht nach gar lange Zeit verstreichen müßte, ehe uns die Kraft der Liebe aus dem heutigen Leidenszustande herauszuführen vermöchte. Ich glaube nicht an die erlösende Kraft der Liebe. Wenn ich in meine eigene Seele blicke, so sehe ich, daß die Liebe darin nicht genügend stark ist, um den Frieden herbeizuzwingen. Wenn ich auch stolz darauf bin, daß ich selbst in dem Augenblick der gegenwärtigen Kämpfe auf Leben und Tod die gegnerischen Nationen in ihrer Gänze wirklich zu hassen nicht imstande war, daß ich genug objektiv bin, um die Vergangenheit, die große Zivilisation und den hohen Ruhm der feindlichen Nationen auch heute noch zu würdigen und zu bewundern, ja, daß ich selbst den uns gegenüber bekundeten Heldenmut anzuerkennen vermag, und daß ferner in mir auch nicht eine Minute lang der Entschluß ins Schwanken geriet, daß man sowie es nur möglich ist, die gestörte Solidarität unter den Menschen wiederaufbauen und die Wiederherstellung eines harmonischen, guten Verhältnisses auch unseren Feinden gegenüber suchen müsse, so kann ich dennoch für diejenigen, die uns vernichten wollen, keine Liebe fühlen. Glühend liebe ich meine eigene Nation. Ich fühle und weiß es, daß wir nicht erobern wollten, daß wir niemanden ein Recht auf jene systematische und gehässige Hetze gaben, die man gegen unser Dasein und gegen unsere Ehre führt; und zwar tun dies solche Völker, die wir stets zu sehr geliebt und geschätzt haben, als daß die Betonung der Liebe ihnen gegenüber heute etwas anderes wäre als leere Hyprokrisie. Und ich glaube kaum, daß es in der Seele derjenigen, die ihr Vaterland so wie ich lieben, anders ist oder anders sein könne.

Reizen wir nicht zum Hasse auf. Seien wir bestrebt, daß nach dem Kriege jene Gefühlswunden, die dieser ungeheuerliche Kampf unserer Seele geschlagen, rasch vernarben. Seien wir den in unsere Hand geratenen Mitgliedern der gegnerischen Völker gegenüber gerecht, menschlich, ja sogar voll Liebe, aber erwarten wir nicht von der Kraft der Liebe die Einstellung des Krieges, sonst müßten wir bis auf den Tag des Gerichtes warten. Inmitten des Krieges kann die Liebe nicht so erstarken, daß sie das Denken der Völker umgestaltet und den Handlungen der Staaten die Richtung weist. Eine Versöhnung der feindlichen Lager ist eine notwendige Vorbedingung eines dauerhaften Friedens, aber die Zeit dazu kommt — wie gewöhnlich in den Kriegen — erst bei oder nach dem Friedensschluß. Jene Einkehr in sich selbst aber, jenes reuige Geständnis, für den Krieg verantwortlich zu sein, das manche gleichfalls anzuraten scheinen, weise ich mit Entrüstung zurück. Die Schuldfrage von neuem zum Gegenstande der Diskussion zu machen, ist seitens der Regierungen heute nicht nötig, aber nur in dem Falle, wenn sich auch auf der anderen Seite der Versuch nicht wiederholt, uns zu beschuldigen, oder wenn nicht neue Daten gefunden werden, die unseren guten Glauben beweisen.

Das gute Gewissen, das Bewußtsein, daß wir diesen Weltkrieg nicht gewollt haben, daß wir nichts anderes beabsichtigt, als die gegen unser Dasein gerichteten häßlichen und gefährlichen Umtriebe in ihrem Keim zu ersticken, dieses Bewußtsein ist ein Schatz der Nation, den wir uns nicht rauben lassen wollen. Für die Selbstverteidigung starben Tausende und Hunderttausende unserer Besten. Durch Demütigung und Heuchelei, die zu keinem Ziele führen, werden wir den lauteren Ruhm dieser Helden nicht verdunkeln. Lassen wir das Bewußtsein nicht abschwächen, daß es bei uns Ungarn Anhänger eines Eroberungskrieges weder gab, noch gibt.

Weder Parteiinteresse, noch Parteileidenschaft dürfen so weit führen. Wir müssen daran sein, daß unsere nationale Ehre so rein und makellos aus dieser Epoche der blutigen Prüfung emporsteige, wie sie es verdient.

Auch eine Reform des internationalen Rechtes kann leider den Frieden nicht bringen. Diese Reform wird eine der Folgen, aber nicht eine der Ursachen des Friedens sein. Das Verhältnis der Staaten zueinander muß dermaßen geregelt werden, daß es in Hinkunft schwerer werde als bisher, daß ein Zusammenstoß der gegensätzlichen Interessen zum Kriege führen muß. Das ist eine notwendige Folge des heutigen Kriegswahnsinns, das ist aber an sich ein so schwieriges Problem, daß wir mit dem Frieden nicht so lange warten dürfen, als bis dieses Problem in befriedigender Weise gelöst werden kann. Wir können dies um so weniger tun, da dieses Problem nicht einmal theoretisch gelöst ist und seine Lösung noch durch den Krieg erschwert wird, der es notwendig und dringlich macht. Denn dieser Krieg hat den Haß gesteigert, das Vertrauen in die Kraft internationaler Vereinbarungen herabgemindert. Und es wird kaum möglich sein, die wirtschaftliche Rekonstruktion ohne eine solche staatliche Organisierung der Wirtschaftskräfte der Nationen, ohne die Entfaltung einer solchen wirtschaftlichen Konkurrenz zu verwirklichen, welche die Interessen dieser Staaten leicht in Gegensatz zueinander bringen könnte. Die Friedensbedingungen an sich könnten eine solche Landkarte schaffen, welche einzelne Staaten oder Völker nicht werden hinnehmen wollen.

Das internationale Recht wird erst dann imstande sein, einen dauernden Frieden zu sichern, wenn die Souveränität der einzelnen Staaten in ihren wesentlichen Bestandteilen einem internationalen Gerichtshof, internationalen Organisationen unterworfen sein wird. Dies wäre aber nur dann ein wirklicher Fortschritt, dies würde nur dann die Herrschaft des Rechtes bedeuten und nicht eine neue Form der Unterdrückung und der Suprematie, dies würde nur dann nicht das Gefühl einer Fremdherrschaft oder der Tyrannei des Gegners erzeugen, wenn es ein menschliches oder wenigstens europäisches Gemeingefühl gäbe, wenn bei den Staaten eine höhere sittliche Einheit, ein höheres sittliches Selbstbewußtsein in den internationalen Organisationen zum Ausdruche gelangen würde; davon aber sind wir augenblicklich leider weiter entfernt als jemals.

Es ist unbedingt notwendig, daß wir aller dieser Schwierigkeiten Herr werden, unbedingt notwendig, daß diese Fragen, mit welchen sich bisher bloß einzelne ideale Denker befaßt haben, von den Regierungen, von den Parlamenten, von der ganzen politischen Welt aufgegriffen werden. Allein es wäre für die Menschheit ein großes Uebel, wenn der Krieg so lange dauerte, bis dieses Problem eine so entschiedene Lösung fände, daß die kämpfenden Staaten der durch das neue internationale Recht gewährten Sicherheit zuliebe auf ihre Erstarkungstendenzen zu verzichten bereit wären. Es gibt ihrer viele, die dem Frieden durch die bindende Erklärung zu dienen wähnen, daß wir nicht erobern und keinerlei Entschädigung fordern werden. Ich habe leider auch in die Wirksamkeit dieses Mittels kein Vertrauen. Ja, ich würde es für einen entschiedenen Fehler halten, wenn wir diese Verpflichtung ständig übernehmen würden. Wenn wir uns an diese prinzipielle Grundlage ketten würden, würden die Kriegsparteien der Ententevölker dies ausnützen. Sie würden es für einen Freibrief zur Fortsetzung des Krieges betrachten. Sie würden aus dieser edlen Aufwallung herauslesen, daß ihnen ja ohnehin nichts Arges mehr widerfahren könne, denn im Falle ihrer Besiegung würden sie ja für ihre Hartnäckigkeit nicht zu büßen haben. Im Falle ihres Sieges aber könnten sie uns alles wegnehmen, was ihnen beliebt. Es wäre ein sehr ungleiches Duell, in welchem die Hand der einen Partei gebunden, die der anderen frei wäre. Es ist ganz gewiß, daß auch die Neutralen und die wirklichen Freunde des Friedens, sowie wir diesen prinzipiellen Standpunkt einnehmen würden, mit voller Kraft über uns herfielen, um uns noch ein weiteres Stück Entsagung abzuringen. Sie würden für das einzige Friedenshindernis das halten, daß wir nicht geneigt sind, von unserem Eigenen etwas aufzugeben und anzuerkennen, daß die Erwerbung unserer Gebiete durch unsere Feinde keine Eroberung, sondern nur Befreiung und damit eine Folge des alleingültigen, alleinberechtigten Nationalitätenprinzips darstelle. Sie wären bestrebt, uns, die Nachgiebigen, zu neuerer Nachgiebigkeit zu veranlassen, denn dies wäre ihrer Ansicht nach rascher zu erreichen, als ein Erweichen der Unbeugsamen. Der Druck derjenigen, die den Frieden heiß begehren, würde einseitig auf uns lasten. Die friedensliebende öffentliche Meinung der ganzen Welt würde nicht fordern, daß jede Partei im ganzen oder teilweise ihren eigenen Forderungen entsage und daß ein Kompromiß zwischen diesen Forderungen zustande komme, sondern sie würde das Kompromiß zwischen unserem selbstlosen Standpunkt, das ist dem Status quo ante, und zwischen ihrem Standpunkt, das sind ihre Eroberungsvelleitäten, zum Schaden unserer Gebietsintegrität suchen. Auch die Friedensverhandlungen würden auf dieses Gebiet überwälzt werden und sich nur darum drehen, wieviel und wo wir aus unserem Eigenen hergeben sollen, trotzdem wir militärisch besser stehen.

Diese Tendenz unserer Gegner läßt sich bereits heute erkennen. Auch die erhabene und weise Vermittlung des Papstes beruht darauf, daß wir alle in unserem Besitz befindlichen Gebiete unbedingt zurückgeben und daß den Gegenstand der Verständigung und des Kompromisses bloß diejenigen Gebiete bilden, die unsere Feinde uns entreißen wollen.

Rußland konnte sich ohne größeren Schaden darauf einlassen, daß es sich prinzipiell auf einen Standpunkt ohne Eroberung und Annexion stellte, denn es durfte mit Fug darauf rechnen, daß dies Widerhall finden werde und daß wir, die ohnehin nicht erobern wollen, uns ihm gegenüber auf denselben Standpunkt stellen werden, wie dies ja auch in der Tat geschehen ist.

Wir können darauf nicht rechnen, wir können unter keinen Umständen erhoffen, daß sich Italien, Frankreich, Serbien, Rumänien und England auf den Standpunkt des annexionslosen Friedens ohne jeden Hintergedanken, ohne Ausnahme und Mißdeutungen stellen, bloß weil auch wir dies getan haben. Rußland verlor um so viel mehr wertvolles Gebiet, als es während des Krieges zu besetzen vermochte, daß es durch seinen prinzipiellen Standpunkt beim Friedensschluß keinerlei wesentlichen Faustpfandes oder

der feind...

14./X. 1917

71. Jahrg.

Wien, 14. Oktober.

Die bedeutsamen Erklärungen, welche die Staatsmänner der Zentralmächte jüngster Zeit über die Kriegs- und Friedensfrage abgaben, haben ihre Wirkung nicht verfehlt. Daß sie sofort das Tor zum Frieden entriegeln würden, das hat man schon bei oberflächlicher Betrachtung des Charakters und der Politik der feindlichen Regierungen nicht voraussetzen können; sowohl Graf Czernin, wie Staatssekretär Dr. v. Kühlmann haben dies auch deutlich genug hervorgehoben. Aber sie haben eine Klärung gebracht, welche von größtem Werte für die weitere Entwicklung ist. Sie demaskieren Absichten und Methoden der Entente-Machthaber, sie legen den ganzen Trug dieses ihres angeblichen Krieges für den Frieden bloß. So hat man von der Entente, insbesondere von Seite Englands, immer hören und lesen können, daß das Schwergewicht in der Entscheidung über den Frieden in der belgischen Frage liege. Belgien, das war die Parole, mit der Großbritannien in den Krieg zog, mit dem Schlagwort Belgien ging der Vierverband in die ganze Welt werben für seine Sache, und vor allem seit der Zeit, da die Friedensfrage in den Vordergrund sich drängte und auch in den Bevölkerungen der Ententestaaten mit immer stärkerem Nachdruck der Gedanke an den Frieden sich geltend machte, wurde die belgische Frage als das einzige, große und unüberwindliche Hindernis auf dem Wege zum Frieden bezeichnet. Und nun, da der englische Premierminister aus der Reichstagsrede Dr. v. Kühlmanns ersehen muß, daß Deutschland den sperrenden Schlagbaum wegschieben will, daß es geneigt ist, in der von England als Haupteinwand gegen die Möglichkeit eines Friedens betonten belgischen Frage Entgegenkommen zu beweisen, in demselben Augenblicke stellt Lloyd George Belgien völlig in den Hintergrund, die ganze Frage, für deren Lösung Großbritannien das Leben von Hunderttausenden seiner Söhne und ungeheure materielle Mittel geopfert haben will, ist in dem Momente, da sie gelöst werden kann, nicht einmal ein Wort mehr wert. Und eine andere Frage wird als die einzige und Hauptforderung für einen Frieden aufgetischt. Diese Taktik ist durchsichtig: die Entente geht darauf aus, die Zentralmächte durch schrittweise Aufstellung von einer Detailforderung nach der andern an die Wand zu drücken, ums ein Stück nach dem andern herauszureißen, in der Absicht, auf diese Weise schließlich den ganzen Komplex ihrer weitgehenden Eroberungsziele zu erreichen. Würde Deutschland Elsaß-Lothringen preisgeben, so würde Lloyd George eben schon am nächsten Tage irgend eine weitere neue Kardinalforderung präsentieren, ohne deren Erfüllung unmöglich auch nur an Verhandlungen über einen Frieden gedacht werden könnte. Auf diese Etappenmethode einer ratenweisen Ausraubung des Vierbundes, auf welche die Entente nach dem

15./X. 1917

Sozialdemokratischer Parteitag.

Scheidemann über Verständigungsfrieden und Vaterlands-Partei.

(Eigener Bericht.)

Würzburg, den 14. Oktober.

Mit einer großen Massenversammlung im großen Saal des Huttenschen Gartens in Würzburg begannen Sonntag vormittag die Veranstaltungen des diesjährigen Sozialdemokratischen Parteitages, zu dem neben fast sämtlichen Reichstags- und Landtagsabgeordneten der Partei Vertreter von mehr als 30 Reichstagswahlkreisen und auch zahlreiche Frauen erschienen sind. Der Wartesaal erster Klasse des Hauptbahnhofes von Würzburg ist der Würzburger Lokal-Organisation zum Empfang der Gäste eingeräumt worden, und in der ganzen Stadt bringt man dem Parteitag großes Interesse entgegen.

Der geräumige Sitzungssaal des Parteitages ist in den Farben der Stadt Würzburg (rot-weiß) dekoriert. Man vermißt diesmal die sonst übliche Ausschmückung mit sozialistischen Emblemen, Büsten der Führer usw.

Die erste Versammlung des Parteitages wurde namens der sozialdemokratischen Organisation Würzburgs durch deren Vorsitzenden Endres mit Worten der Begrüßung eröffnet. Dann nahm der Vorsitzende der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Abgeordneter Philipp

Scheidemann

das Wort zu dem Thema:

Sozialdemokratie — Verständigungsfrieden — Vaterlands-Partei.

Die sozialdemokratische Partei ist in ganz hervorragender Weise die Partei des Völkerfriedens. Gerade weil ihre Aufgabe darin bestand, den Frieden zu sichern, mußte sie die Taktik beachten, die sie stets im Verein mit den Bruderparteien im Ausland eingeschlagen hatte. Die Partei hat vor dem Kriege alle Forderungen, die für Militär und Marine erhoben wurden, abgelehnt. Das haben manche Leute nicht in Einklang bringen können mit der Haltung der Partei nach Ausbruch des Weltkrieges. Ich will zeigen, daß die Vorwürfe, die man in dieser Richtung gegen uns erhebt, unbegründet sind. Die Sozialdemokratie nimmt als Urgrund aller bösen Dinge den Kapitalismus an. Der Kapitalismus hat, verzeihen Sie den Ausdruck, etwas Raubtierartiges an sich. Er ist unersättlich, er rennt und arbeitet in einem fort, um immer mehr Profit herauszuwirtschaften. Ihm sind alle Wege recht, die höheren Gewinn und höheren Zins einbringen. Als natürliche Kinder des Kapitalismus haben wir Militarismus und Marinismus zu erblicken. Beide haben wir zu bekämpfen. Aus dem Kapitalismus erwuchs auch die Kolonialpolitik, die wir ebenfalls bekämpfen mußten, weil sie im Verein mit den beiden anderen Dingen uns einer Katastrophe entgegenführen müßte, wenn es nicht gelang, die Gefahren rechtzeitig zu beseitigen. Wir sind überzeugt, daß uns dies gelungen wäre, wenn die Sozialdemokratie in allen Ländern bei Ausbruch des Weltkriegs so stark gewesen wäre, daß sie ausschlaggebend ihre Stimme in die Wagschale hätte werfen können. Allein soweit waren wir damals noch nicht. Kapitalismus und Imperialismus wirkten uns überall entgegen. Jeder Staat drängte nach außen, jeder wollte ein Weltreich werden. England besaß bei Ausbruch des Weltkrieges hundertmal mehr Land als das Mutterland ausmacht, Frankreich etwa zwanzigmal so viel (Hört, hört!). Als Frankreich daran ging, die militärische Dienstzeit zu verlängern, haben wir vereint mit der französischen Sozialdemokratie Flugblätter in beiden Sprachen drucken lassen, um den Völkern zu Gemüte zu führen, was daraus folgen müßte. Wir gingen nach Paris und sprachen über den Frieden, und die Franzosen kamen zu uns. Wir waren darin einig, daß wir keinen Krieg wollten. Unsere feste Ueberzeugung war:

ein Weltkrieg ist unmöglich,

wenn Deutschland und Frankreich einig sind. Diese beiden auseinandergerissenen Völker einander näherzubringen, war das Bestreben der Sozialdemokratie beider Länder. Ich erinnere an die Berner Konferenz, an der auch bürgerliche Politiker teilnahmen, von sozialdemokratischer Seite Bebel und Jaurès. Zu der zweiten Konferenz in Basel kamen bereits Liberale, Zentrumsleute und Lothringer, auch aus Frankreich, herüber. Alleln, wir waren kaum zu Hause, als das Serajewoer Attentat verübt wurde und der Krieg ausbrach. In den Augen unserer Gegner sind wir, weil wir den Frieden wollen, eine Partei des Vaterlandsverrats. Dabei haben wir in unserer Partei das weitgehendste Verteidigungsprogramm, die Erziehung des ganzen deutschen Volkes zur Wehrhaftigkeit. In dem Weltkrieg ist ja zu unserer Freude Tatsache geworden, was wir in unserem Programm verlangen, das ganze deutsche Vaterland ohne Ausnahme steht zur Verteidigung bereit. Wir Sozialdemokraten haben stets die militärische Ausbildung des ganzen Volkes verlangt, freilich mit kürzerer Dienstzeit; jetzt wird die Richtigkeit unserer Forderungen erwiesen, wir sehen die Millionenheere, die sich für Deutschland schlagen. Das, was wir geleistet haben, ist etwas ganz anderes als das Vaterland wehrlos machen. Wir wollen es glücklich machen, Haus und Hof schützen.

Wir haben uns sofort auf die Seite unseres Vaterlandes und Volkes gestellt, weil wir uns sagten, dieses müsse zum Zusammenbruch kommen, wenn die deutschen Arbeiter nicht mitmachten. Bei der Mittelbewilligung haben wir unsere Zustimmung erteilt mit der Erklärung, daß wir solange mitgehen würden, bis das Ziel erreicht sei, bis der Gegner bereit sei, Frieden zu schließen. Nachdem man uns vom Ausland beschimpft und uns Zweideutigkeiten vorgeworfen hat, sind wir dazu übergegangen,

eine förmliche Friedensentschließung

einzubringen. Je mehr wir uns um einen Verständigungsfrieden bemühten, desto mehr erregte sich auf der anderen Seite die Atmosphäre, und ihre Forderungen wurden immer verrückter. Aber auch bei uns. (Heiterkeit und Sehr richtig!) Ich erinnere nur an den Aufteilungsplan der sechs wirtschaftlichen Verbände. Wir haben dagegen warnend unsere Stimme erhoben, weil wir wußten, wie angenehm den gegnerischen Bemühungen das sein mußte. Trotzdem haben unsere Annexionisten weiter geredet und geschwatzt, und schwatzen und schimpfen bis auf den heutigen Tag. Ich habe seinerzeit in einer Auseinandersetzung mit Bethmann Hollweg diesem ausdrücklich erklärt, wenn er sich etwa dem Standpunkt des Grafen Westarp nähern sollte, er so freundlich sein möchte, diesen Weltkrieg mit dem Herrn Grafen allein auszufechten. (Sehr richtig!)

Der schlimmste Vertreter der Annexionisten ist aber

Graf Reventlow.

Er ist fast nur noch pathologisch zu nehmen. Es ist jedenfalls pathologisch, eine Politik zu vertreten, die auch angesichts der heutigen Lage noch immer von Eroberung und Entschädigung redet. Wir sehen, wie die Kriegstreiber in allen Ländern verfahren. Durch solche Schwätzereien führt man nur Wasser auf die Mühlen der Lloyd George und der englischen und französischen Kriegshetzer, und umgekehrt. Das ist eine Politik der Torheit. (Zustimmung.)

Eine Jahrzehnte lange Niederwerfung der deutschen Industrie und des deutschen Handels würde eine langdauernde

Verelendung des deutschen Arbeiterstandes

bedeuten. Daher liegt es im Interesse Deutschlands, vor allem ganz besonders der deutschen Arbeiterschaft, daß Deutschland nicht niedergerungen wird. (Stürm. Beifall.) Was aber wollen die Feinde? Von einem Frieden um jeden Preis zu sprechen, ist selbstverständlich ein Verbrechen. Es hieße das, das Elend zu verlängern auf unabsehbare Zeit, ja es zu verewigen. Die deutsche Regierung hat sich in eine Sackgasse verrannt. Aber gerade, weil wir das erkannt haben, daß sie nicht mehr führen kann, um so stärker muß uns daran liegen, zu führen und den Friedensgedanken zu fördern. Es würde uns natürlich nichts nützen, zu versuchen, Poincaré und Lloyd George von unserer Ansicht zu überzeugen. Warum setzen sie den Krieg fort? Weil sie nicht wissen, daß dieser Krieg zu Ende gehen kann, ohne daß Frankreich irgendwie vergewaltigt wird. Belgien soll Belgien, Frankreich Frankreich und was deutsch ist, soll deutsch bleiben. Aber warum verständigen sie sich trotzdem nicht mit uns? Weil die Presse in Frankreich noch bedeutend schlechter ist als bei uns. Weil man drüben keine gute sozialistische Presse hat, wie sie vorbildlich bei uns besteht. Man kommt an das Volk mit der Aufklärung nicht heran. In England gibt es überhaupt kein Parteiblatt. So können wir von außen versuchen, an sie heranzukommen. In diesem Sinne wollen wir weiter arbeiten, aber dabei klar erklären: wir schließen den Frieden, sobald es irgend möglich ist. Unter diesen Umständen begrüßten wir von Herzen die Möglichkeit, in Stockholm uns Auge in Auge mit unseren Genossen darüber auszusprechen, was zu geschehen hat. Aber unsere Gegner begegneten diesem Vorschlag mit großer Furcht und erwiderten den Konferenzvorschlag mit Hohn. Wir hegen trotzdem die Hoffnung, daß es doch noch zu einem Verständigungsfrieden kommt. (Hört, hört!)

Wir wollen im Verein mit der Reichstagsmehrheit eine Versöhnung der Völker herbeiführen, daß jeder Vergeltungskrieg unterbleibt. Unsere Pflicht ist es, daß wir keinen Staatsmann auch nur einen Tag länger dulden, der von dieser Richtschnur abweichen wollte. Scheidemanns Hunger-, Schmach- und Schacherfrieden hat sich jetzt zu einem Erzbergerschen Hunger-, Schmach- und Schacherfrieden umgewandelt. Das ist eine Gefahr, die wir nicht scharf genug bekämpfen können. Was heißt Verzichtfrieden? Wir wollen nicht verzichten auf das, was uns gehört,

nicht auf einen Geviertfuß deutschen Bodens.

Wir verzichten nur auf das, was anderen gehört und anderen ebenso heilig ist, wie uns das Unserige. Jede Annexion würde zu einem Revanchekrieg Veranlassung geben. In diesem Sinne haben schon die Sozialisten 1871 dagegen protestiert, daß wir Elsaß-Lothringen nehmen. Aber wenn wir von solchen geschichtlich gewordenen Vorgängen reden und Elsaß-Lothringen und Belgien miteinander vergleichen, tritt der Unsinn zutage, der von den Franzosen begangen wird, wenn sie von Elsaß-Lothringen reden. Sie müssen berücksichtigen, daß es sich um ein zu neun Zehntel deutsches Land handelt, und daß die Verhältnisse heut ganz anders liegen. Wir verlangen durch den Verständigungsfrieden für Deutschland die territoriale Unversehrtheit, die wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit und die Freiheit der Meere. Ohne die nötige Bewegungsfreiheit würde Deutschland ersticken. Da sagen die Herren von der Vaterlands-Partei: das haben wir ohnehin, wir haben noch viel mehr, Belgien, Serbien, Litauen, Kurland usw.

Unsere Söhne und Brüder kämpfen nicht dafür, daß das Dreiklassenwahlrecht beibehalten wird, daß das Recht der Geburt entscheidend ist bei der Stellenbesetzung usw. Wir wollen ein Deutschland des Rechts und der politischen Freiheit, das aber wollen die Herren von der Vaterlands-Partei nicht! Deshalb stellen sich heute Leute wie Tirpitz und andere Männer aus dem Volke (Heiterkeit) hin und verlangen die Verlängerung des Krieges. Wer sie unterstützt, unterstützt die Reaktion in Deutschland. Wir haben Gelegenheit gehabt, zwei Staatsmänner zu beobachten: Bethmann Hollweg, der mit seiner zaudernden Politik nicht wagte, sich auf eine bestimmte Partei zu stützen. Trotzdem ist es ihm gelungen, nach außen das Bild der deutschen Einheit zu schaffen. Es scheint, daß dieser Staatsmann die Zeichen der Zeit erkannt, aber nicht den Mut hatte, die Konsequenzen daraus zu ziehen. Wir sind es ihm schuldig, auszusprechen, daß er sich einen guten Abgang verschafft hat. Die Verkündigung des allgemeinen Wahlrechts war eine Tat, die wir ihm danken können. Wir können nur bedauern, daß er mit dem halben Dutzend Minister, das er stürzte, nicht gleich das Dutzend voll machte. (Heiterkeit.)

Sein Nachfolger heißt Michaelis. Er war für die gesamte Volksvertretung ein vollkommen neuer Mann, niemand war gefragt worden. D. h., einer wird schon gefragt worden sein. (Heiterkeit.) Kurz und gut, man wußte nichts von ihm, und es gab Hoffnung in der Bevölkerung. Heute, nach einigen Wochen, ist das klar:

Michaelis ist eine Unmöglichkeit.

Er mag seine großen Verdienste in allen möglichen Aemtern gehabt haben, aber er eignet sich nicht zum Kanzlerposten, nicht zur Leitung eines 70-Millionen-Volkes. Wir brauchen das parlamentarische System. Wer hat Michaelis empfohlen? Kein Mensch weiß, woher und weshalb; er war an einem Tage plötzlich da. Die Dinge müssen anders werden, das Reich muß zur Demokratisierung kommen. Jetzt ist ein Mann da, der uns führen will und nicht weiß, wie man die Führung in die Hand nimmt, ein Bild der Zerfahrenheit. Man spricht freilich davon, daß Herr v. Capelle zum Opfer gebracht werden wird. Es handelt sich um eine Person, die bei allen beliebt war, die mit ihm zusammenarbeiten mußten. Aber jedes politische Gefühl fehlt ihm. Er hat eine Sache aufgegriffen, die ihn unmöglich macht. Er erhob Vorwürfe gegen Abgeordnete, deren Hinfälligkeit sich bereits vorher erwiesen hatte. Also Capelle wird gehen, aber wann geht Michaelis? Die Dinge, die sich an den Namen Capelle knüpfen, können leider nicht öffentlich erörtert werden. Die Sachen sind so gelagert, daß, wenn man Personen wegen ähnlicher Dinge fassen wollte, man gleich 300 Personen hätte herausgreifen müssen. Täglich kommen Soldaten zu uns und beschweren sich, und wir haben ein eigenes Büro zur Bearbeitung dieser Beschwerden eingerichtet. Das gehört zu den Aufgaben der Partei. Die Hauptsache ist, nicht darüber schreien und nicht darüber schreiben, sondern die Mißstände zu bekämpfen. Das Ausland hört hier auf jedes Wort, deshalb dürfen diese Dinge nicht öffentlich erörtert werden.

Der Abend.

15./X. 1917

40

Ein offenes Schreiben

und zugleich ein offenes Wort an Herrn Kommerzialrat August Denk, Reichsrats-Abgeordneter, Vorsitzender der deutschen Arbeitsgemeinschaft, Wien

Eine Anzahl angesehener Männer Ihres Wahlbezirkes, durchaus Männer, die seinerzeit für Sie gestimmt haben, erwartet, daß Sie Ihren Wählern Gelegenheit zu einem Gedankenaustausch geben. Der Zwischenfall, der durch Ihr Schreiben an den Abgeordneten Professor Redlich seine äußere Erscheinung erhielt, legt Ihnen in der Tat die Pflicht auf, zu erforschen, wie Ihre Wähler in der Friedensfrage denken und ob Sie noch ihr Vertrauen genießen. Viele Umstände geben diesbezüglich zu den ernstesten Zweifeln Anlaß. Man darf annehmen, daß der Neubau nicht erheblich anders als die übrigen Bezirke Wiens denkt und fühlt, und es ist sicher, daß die erdrückende Mehrheit der Wiener Bevölkerung Frieden haben will. Wenn auch keinen Frieden um jeden Preis, so doch Frieden um jeden vernünftigen Preis verlangt sie so dringend, daß sie bedingungslos zu der Auffassung des Grafen Czernin hält, aber auch bereit ist, noch viel weiter zu gehen. Kein Opfer dünkt ihr zu groß, um des größten aller Opfer, des Krieges, ledig zu werden. Ob dies auch die Meinung Ihrer Wähler sei, das zu erforschen ist in der Tat ein Gebot des politischen Anstandes oder vielmehr, da es sich um die ernsteste aller Fragen handelt, Ihre sittliche Pflicht als Abgeordneter und Mensch.

Die Antwort auf diese Frage wird zugleich auch von politischer Bedeutung sein. Ihr Wahlbezirk ist zweifellos wie kein anderer berufen, im Namen der erwerbenden Wiener Bürgerschaft zu sprechen. Billigt er Ihre Auffassung von Krieg und Frieden oder nicht? Wollen die Wähler eines vorwiegend bürgerlichen Bezirkes nur den Frieden, den der verschärfte U-Boot- und Luftkrieg herbeiführen soll oder genügt ihnen ein Frieden, der die Zukunft durch Verständigung der Völker sichert? Wollen sie alldeutschen oder allmenschlichen, Krupp- oder Czernin-Frieden? Wollen sie ihn bald oder sind sie geneigt zu warten, bis der blutige Ringkampf zur Befriedigung der Deutschen Arbeitsgemeinschaft und Ihres Obmannes entschieden ist? Jede Frage eine Schicksalsfrage; sind Sie nicht auch neugierig, Herr Abgeordneter Denk, für welche Art von Frieden Ihre Wähler sind?

Sie würden, wenn Sie mit dieser Frage vor Ihre Wähler träten, zugleich Ihren Parteigenossen ein gutes Beispiel geben. Ihre ganze Deutsche Arbeitsgemeinschaft tappt einigermaßen im Dunkeln. Die Wähler leider nicht minder. Von einigen Ihrer Parteigenossen hört man, daß sie für den Verständigungsfrieden des Grafen Czernin seien; wer es aber öffentlich sagt, dem erteilen Sie den parteifreundschaftlichen Rat, sich aus Ihrem Verbande hinauszuwerfen. Darf man in der Arbeitsgemeinschaft nicht für den Frieden des Grafen Czernin, sondern nur für den des Grafen Reventlow sein, oder darf man zwar bleiben, wenn man für den Friede ist und muß man nur gehen, wenn man es auch sagt? Lauter Fragen, die wohl auch die Wähler angehen, da ja leider auf jeden Abgeordneten, der den Mantel nach dem Winde aus Berlin dreht, viele tausend Wähler kommen, die es dann bitter friert, darunter auch solche, die an der Front frieren. Wahrlich, Herr Abgeordneter Denk, es ist zu hoffen, daß Ihre Wähler bald Gelegenheit zu einer Aussprache mit Ihnen bekommen werden. Für welche Art von Frieden sich eine solche Versammlung unter der Voraussetzung voller Redefreiheit aussprechen wird, ist allerdings nicht zweifelhaft. Sie, Herr Abgeordneter Denk, werden sich dann zu entscheiden haben, entweder für den Frieden Ihrer Wähler am Neubau oder für den Frieden Ihrer Freunde in Berlin und im rheinisch-westfälischen Schwerindustriegebiete. Und bald sollten Sie sich entscheiden. Denn während wir unsere Ansichten über die vorteilhafteste Art von Frieden austauschen, kämpfen und fallen Männer in Ost, Süd und West, darunter auch Neubauer Männer. Haben Sie das bedacht, Herr Abgeordneter Denk?

Mütter betrauern ihre Söhne, zittern um ihren Gatten, Kinder weinen, wo der Vater bleibt, darunter auch Neubauer Mütter, Gattinnen und Kinder. Haben Sie das bedacht, Herr Abgeordneter Denk?

Während die Nutznießer des Krieges Reichtümer aufhäufen, werden unendliche Werte zerstört und die mittleren und kleinen Fabriken, die Werkstätten des Handwerks müssen feiern, darunter auch Neubauer Fabriken und Werkstätten. Haben Sie das bedacht, Herr Kommerzialrat Denk?

Während die Banken immer mächtiger, die Börsen immer übermütiger werden, wachsen die Steuern ins unerträgliche, darunter auch Neubauer Steuern. Haben Sie das bedacht, Herr Abgeordneter Denk?

Sollten Sie es aber im Drange der hohen Politik übersehen haben oder sollten Ihnen die fallenden Männer, die klagenden Frauen, die feiernden Werkstätten und die nicht feiernden Steuern weniger wichtig als ein Frieden nach den Wünschen der Schwerindustrie erscheinen, so denken doch nicht alle so; unendlich mehr sind die, denen der Friede das stärkste Bedürfnis und der heißeste Wunsch ist, darunter auch Neubauer. Haben Sie das bedacht, Herr Abgeordneter Denk?

Zu erfahren, wie die Wähler vom Neubau über Krieg und Frieden denken, ist durch Ihre Haltung, Herr Abgeordneter Denk, eine Frage von größter Bedeutung geworden. Wenn die Wähler nicht der Meinung ihres Vertreters sind, so möge der Vertreter tun was ihm angemessen scheint; das ist das wesentliche nicht. Wesentlich ist es, festzustellen, ob es wirklich einen Wiener Wahlbezirk gibt, in dem urteilsfähige Wähler irgendwelchem irdischen Vorteil zuliebe fordern, daß der Krieg auch nur eine Stunde länger dauern und nur ein Menschenleben mehr kosten solle. Die Meinung, daß es einen solchen Bezirk gebe, Herr Abgeordneter Denk, muß vernichtet werden, vorausgesetzt, daß sie falsch ist. Und deshalb müssen sich die Wähler äußern können, und wenn Sie ihnen dazu nicht die Gelegenheit bieten, so werden es, dessen sind wir sicher, andere tun. Wählerversammlungen einzuberufen ist die Pflicht des Gewählten, aber das Recht eines jeden unabhängigen Mannes. Von diesem Rechte wird nötigenfalls Gebrauch gemacht werden.

Neues Wiener Tagblatt

15./X. 1917

Französische Kammer.

Paris, 13. Oktober. Im weiteren Verlauf der gestrigen Kammersitzung kritisierte Jacques Daumie das diplomatische Personal, seine Ergänzung und Zusammensetzung. Das Personal der Botschaften und Konsulate sei zu sehr mit gesellschaftlichen und bureaukratischen Angelegenheiten beschäftigt. Die Konsuln müßten eine solche Bezahlung erhalten, die ihnen ein ihrer Stellung entsprechendes Auftreten gestattet.

Minister Ribot antwortete, er werde hiefür die nötigen Kredite verlangen.

Moutet (Sozialist) ist der Ansicht, daß nicht die diplomatischen Agenten zu verurteilen seien, sondern die Richtlinien, die sie erhalten. Wir kennen nicht die Fehler, die dazu führten, uns die Jahrhunderte alte Freundschaft der Türkei zu verscherzen und die sie in den Krieg gegen uns getrieben haben; die Fehler, die Bulgariens Eintritt in den Krieg herbeigeführt und die unsre schwankende Politik gegenüber Griechenland gekennzeichnet haben. Die Gesandten selbst sind ungenügend unterrichtet. Redner verurteilt die Geheimpolitik und verlangt, daß ein demokratischer Geist in die auswärtige Politik Frankreichs einziehe.

Briand erklärt, er betrachte es als seine Pflicht, gewisse übertriebene Kritiken nicht unwidersprochen zu lassen. Er stellt fest, daß die deutschen Diplomaten eine übereifrige Tätigkeit entfaltet, sich aber jedesmal bloßgestellt hätten, so oft sie sich nicht in Unternehmungen einließen, die einen Krieg nicht rechtfertigen. Was die erzielten Ergebnisse anlange, so hätten sich beinahe alle Länder der Erde nach und nach der Sache der Alliierten angeschlossen. Das sei nicht spontan geschehen, und es sei ungerecht, zu sagen, die französische Diplomatie sei nicht bei der Hand gewesen. Was Sie in Kriegszeiten verlangen können, fuhr Briand fort, ist die Leitung der Diplomatie durch die Regierung. Redner sprach den Botschaftern Cambon (London), Barrère (Rom) und Jusserand (Washington), die Frankreich hervorragend und ruhmvoll verträten, seine volle Anerkennung aus. Unsre Diplomatie, sagt er, vollbringt ein verdienstliches Werk, dagegen hat ein Reichstagsabgeordneter, der die deutsche Diplomatie angriff, ihr vorgeworfen, den Triumph der Entente gesichert zu haben. Die französische Diplomatie hat sich der Sache, die Frankreich zu verteidigen hatte, würdig gezeigt. Briand schloß mit der Feststellung, daß es nötig sei, die Lage der Diplomaten und Konsuln zu verbessern.

Erklärungen Ribots.

Minister des Aeußern Ribot führte aus: Wir leben in einer Zeit, wo weder im Lande, noch in der Regierung Schwäche herrschen darf. Diplomatie und Armee sind nicht voneinander zu trennen; Einigkeit unter den Alliierten ist unentbehrlicher denn je. Unser Zusammenstehen ist vollkommen. Auch Ribot zollte den französischen Diplomaten Anerkennung und betonte die Verdienste der Botschafter in London, Rom und Washington; auch er anerkannte die Notwendigkeit, die Lage der Diplomaten zu verbessern. Der Minister verglich die Erfolge der französischen und der deutschen Diplomatie und stellte fest, daß die Mehrheit der Welt auf seiten der Alliierten stehe. Da Deutschland durch Waffen nicht siegen könne, suche es die Alliierten voneinander zu trennen.

Ribot fuhr fort: Die Frage Elsaß-Lothringen ist gestellt als Rechtsfrage, die mit einem auf Gerechtigkeit gegründeten Frieden unzertrennlich verbunden ist. Es würde keinen Frieden geben, der unsre Kinder gegen die Wiederholung eines so entsetzlichen Krieges sicherte, wenn die Ungerechtigkeit betreffend Elsaß-Lothringen nicht gutgemacht würde. (Lebhafter Beifall.) Unsre rechtlich denkenden Alliierten sind auf Deutschlands Kunstgriff nicht eingegangen. Asquith hat es schon gesagt und es gestern ebenso wie Lloyd George wiederholt: Elsaß-Lothringen wird Frankreich zurückgegeben. Wir haben geschworen, keinen Friedensvorschlag anzuhören, ohne ihn sofort unsern Verbündeten mitzuteilen. Wir werden kein Entgegenkommen zurückweisen, aber wir wünschen kein verräterisches Entgegenkommen, das uns von unsern Alliierten trennen soll. Entschlossen, aufrichtig und einig zu bleiben, werden wir siegreich sein gegenüber der Gewalt wie der Verräterei. (Lebhafter Beifall.)

Die Kammer nahm darauf folgende von der Regierung gebilligte Tagesordnung Leygues an:

Entschlossen, dem in einen neuen Abschnitt tretenden Krieg eine kräftige politische Richtung zu geben, die sich auf einen unter den Alliierten vereinbarten Plan gründet, der sich schleunigst in der Organisation und Arbeitsweise des Ministeriums des Auswärtigen, in der Ergänzung und Beförderung des diplomatischen und des Konsularpersonals vollziehen soll — Neuordnungen, deren Notwendigkeit die Erfahrung des Krieges bewiesen hat —, billigt die Kammer die Erklärungen der Regierung und geht zur Tagesordnung über.

Die elsaß-lothringische Frage.

Ein deutsches Dementi.

Berlin, 14. Oktober. Auf Anfrage des Wolffschen Bureaus erklärte Unterstaatssekretär von dem Bussche: Die vom französischen Minister Ribot in seiner Rede in der französischen Kammer am 12. d. aufgestellte Behauptung, Deutschland habe der französischen Regierung in die Ohren flüstern lassen, sie könne durch Vermittlung eines Politikers Verhandlungen über die Rückgabe Elsaß-Lothringens einleiten, entbehrt jeder Unterlage. Die kaiserliche Regierung ließ, wo immer Sondierungen über Friedensmöglichkeiten an sie herantreten, keinen Zweifel darüber, daß deutscher Grund und Boden niemals den Gegenstand von Verhandlungen mit einer fremden Macht bilden können.

* * *

Haag, 13. Oktober. Hollandsch Nieuwsbureau meldet aus London: Die konservative Presse nimmt die Erklärung Lloyd Georges beifällig auf, ebenso ausnahmslos die liberale Presse. „Manchester Guardian" schreibt: Die Formel, auf die alles reduziert werden sollte, ist folgende: Entweder man läßt zu, daß die Friedensbedingungen Keime für einen neuen Krieg enthalten, oder man trifft eine dauernde Regelung. Was würde geschehen, wenn die belgische Frage vollständig geregelt wäre und Deutschland das besetzte Gebiet zurückgäbe, aber nicht mehr? Dann würden in Frankreich die alten Gefühle bestehen bleiben, würde Serbien an Bulgarien ausgeliefert werden, die türkische Frage ungelöst bleiben. Wenn Kühlmann sagt, daß er zu Unterhandlungen über alles außer Elsaß-Lothringen bereit ist, so bedeutet dies nichts andres, als daß Deutschland zwar den Krieg zu beendigen, nicht aber die Ursachen zu beseitigen wünscht, die zu dem Krieg geführt haben. Elsaß-Lothringen ist ein Symbol des militärischen Systems, das diese Leiden über die Welt gebracht hat.

Amsterdam, 13. Oktober. Die „Times" meldet aus New-York: Die amerikanischen Blätter erklären anläßlich der Rede Kühlmanns, von Frieden könne keine Rede sein, ehe Elsaß-Lothringen zurückgegeben sei.

„New York Times" schreibt, Deutschland müsse diese Provinzen abtreten, denn Elsaß-Lothringen sei die Verkörperung des Prinzips geworden, für das die Alliierten kämpfen, nämlich, daß solche Schrecknisse nicht mehr vorkommen dürfen.

16./X. 1917

43

Wien, 16. Oktober.

Nach dem englischen Premierminister hat nun auch der französische Minister des Aeußern geantwortet. Nachdem von London aus das Losungswort ausgegeben worden war, konnte man nichts anderes erwarten, als daß auch Ribot denselben Ton anschlagen werde wie Lloyd George: einer wie der andere bezeichnet es als Kriegsziel und Friedensforderung, für die sie den Kampf bis zum Aeußersten führen wollen, daß Elsaß-Lothringen dem Deutschen Reiche entrissen und Frankreich einverleibt werde. Und einer wie der andere enthüllt den gleichen Wandel im Bekenntnis seiner Absichten, die gleiche Technik in der Verfolgung seiner Raub- und Unterdrückungspolitik. Niemand kann sich erinnern, daß England zu Beginn des Krieges erklärt hätte, es müsse die Waffen ergreifen, um für Frankreich Elsaß-Lothringen zu erkämpfen, und ebensowenig hatte man damals von Frankreich gehört, daß es, um Elsaß-Lothringen zu ergattern, seine Armeen in Marsch setzen müsse. Damals las man es ganz anders, wenn auch Frankreich in Wirklichkeit sich mit aller Energie bemühte, die Eroberung der deutschen Reichslande durch Waffengewalt durchzusetzen und damit über den Besitz Elsaß-Lothringens, der jetzt als eine Rechtsfrage dargestellt wird, durch nackte Gewalt zu entscheiden. Es dauerte recht lange dieses Spiel der Täuschungen, da die Machthaber der Entente allerlei Larven von Altruismus, von Völkerbefreiung und Weltbeglückung vorgebunden hatten, mit denen sie Mietstaaten und Soldvölker in ihre Dienste lockten. Bis sie endlich, die Zeit liegt gar nicht so lange zurück, die Wortmaske „Desannexion" und damit den Uebergang von einer Lüge zur anderen fanden, was ja auch die italienischen Staatslenker veranlaßte, die neue Vokabel für ihre Raubpläne mit großer Zungenfertigkeit sich zurechtzumachen. Freilich, das Wort mag den Begriff verschleiern, es kann ihn aber nicht ändern. Wer sich aber trotzdem durch den Phrasentrug vielleicht täuschen ließ, dem mußte nach den jetzigen Antworten der Entente-Staatsmänner die Binde von den Augen fallen. Die Zentralmächte haben zu wiederholten Malen ihrer Bereitwilligkeit zu einem

bei täglich zweimaliger Zustellung für Wien:
monatlich . . . . . K 4.50
vierteljährlich . . . . . „ 13.—
halbjährlich . . . . . „ 26.—

Für Oesterreich-Ungarn:
bei täglich zweimaliger Postversendung
monatlich . . . . . K 5.20
vierteljährlich . . . . . „ 15.—
halbjährlich . . . . . „ 30.—
bei täglich einmaliger Postversendung
monatlich . . . . . K 4.50
vierteljährlich . . . . . „ 13.—
halbjährlich . . . . . „ 26.—

Für Deutschland:
vierteljährlich Kreuzbandsend. K 18.—
und durch die Postämter laut dort aufliegender Postzeitungsliste.

Länder des Weltpostvereines:
vierteljährlich Kreuzbandsend. K 22.—
und durch die Postämter laut dort aufliegender Postzeitungsliste.

Einzelpreise für auswärts:
Morgenblatt . . . . . 16 h
Nachmittagsblatt . . . . . 6 „
Nachmittagsblatt separat . . 8 „

...ch-Ungarns.

XXIV. Jahrgang

...utschen besetzt.

...e Front.

Der Krieg nach dem Kriege

Wien, am 15. Oktober.

Sagen die Mittelmächte: Wir wollen keine gewaltsamen Annexionen, keine wirtschaftliche Beraubung der Gegner, wir wollen einen für alle Teile ehrenvollen Frieden, so tönt die Antwort: Deutschland muß erklären, daß es Belgien freigibt! Sagt Deutschland, daß es in bezug auf Belgien mit sich reden lassen wolle, so kommt das Echo: Die Freigabe Belgiens ist zu wenig, ihr müßt euch Elsaß-Lothringen, Südtirol und Triest abnehmen lassen! Jedes Friedenswort wird mit einem neuen Schrei nach Krieg, Gewalt und Raub beantwortet. Aber während die Gegner fortfahren, diese Raubgelüste mit neuen demokratischen Redensarten zu verkleiden, so geschickt zu verkleiden, daß auch bei uns schon Leute die Narrenschelle der Wilsonschen Weltdemokratie und des demokratischen Weltfriedens englisch-amerikanischer Marke sich umgehängt haben und in diesem Aufzuge lustig ihre Sprünge in den Spalten einer gewissen Presse machen, rüstet der Gegner sich mit Waffen, die den Frieden, wie ihn unsere Gegner bereiten, zu einem neuen Schlachtfeld gestalten sollen. Der Friede, den sie uns vermeinen, soll uns den eigentlichen Stoß ins Herz bringen.

Die englische Presse meldete dieser Tage die Ernennung Sir Arthur Steel-Maitlands zum Parlamentssekretär eines neuen Amtes, das sich Commercial Intelligence Departement, „Handelsnachrichtenamt", nennt. Dieses Amt, das die Leitung des englischen Wirtschaftskrieges gegen die Mittelmächte übernehmen soll, hat der Sammlung und Verbreitung von handelspolitischen Nachrichten zu dienen und die wirtschaftlich-politische Propaganda auszubauen. Diese neue Gründung ist eine Frucht der im Juli abgehaltenen Pariser Wirtschaftskonferenz, an der Vertreter Englands, Frankreichs, Rußlands, Italiens und die Botschafter der Union in Paris und London teilnahmen. Die Londoner und Washingtoner Regierung werden an der Spitze des gesamten gegen die Mittelmächte gerichteten Wirtschaftsapparates stehen. Für jeden Industrie- und Handelszweig ist eine besondere Abteilung in Aussicht genommen, während die den Konsularvertretungen im Ausland angegliederten Organisationen selbständig arbeiten sollen; die englische Organisation allein wird einen Stab von 738 Beamten erhalten.

In England macht man aus den weitausschauenden Plänen kein Geheimnis mehr. Offen und ungescheut wird der große, die ganze Welt umspannende Propagandamechanismus entworfen, der dem Wirtschaftskrieg nach dem Krieg dienen soll. Das ist die Antwort des offiziellen England auf den Vorschlag des Grafen Czernin für eine neue Weltorganisation im Dienste des allgemeinen, dauernden Friedens der Menschheit. Den Engländern, die nicht gewohnt sind, Pardon zu geben, ist es mit der wirtschaftlichen Mattsetzung der Mittelmächte, wie aus diesen mit kalter Berechnung ins Werk gesetzten Vorbereitungen hervorgeht, voller Ernst. Das Kriegsziel Englands war und ist auch heute noch die Vernichtung des deutschen Konkurrenten und in dem Maße, als die Vernichtung der Kraft Deutschlands auch die Stillegung österreich-ungarischer politischer und wirtschaftlicher Freiheit ist, auch die Bedrohung unserer Freiheit und Existenz und weiterhin des gesamten von Hamburg bis Bagdad reichenden Staatenkomplexes. Auf dem Wege zu diesem Ziele ist man in London in den letzten drei Jahren stark vorwärts gekommen. Schiffahrt und Ueberseegeschäft sind seit Kriegsbeginn lahmgelegt. Die Arbeit unserer Handelspioniere im Ausland ist von Grund auf vernichtet und jahrzehntelanger Arbeit wird es unter allen Umständen bedürfen, bis wieder aufgebaut ist, was Feindeshaß und Habgier in den letzten Jahren zerstört haben. Tausende von Handelshäusern und industriellen Niederlassungen wurden liquidiert und an die englische Konkurrenz verschleudert. Auf der ganzen Erde haben sie gesucht, in jeden Winkel haben sie hineingeleuchtet, wo sich etwa ein österreichischer oder deutscher Kaufmann finden könnte. Die schwarzen Listen hat man angelegt, um auch in den neutralen Staaten den handelspolitischen Einfluß der Mittelmächte zu unterbinden. In der Schweiz, in Holland und in den nordischen Staaten wimmelt es von Handelsspionen und ein Heer von Agenten verbreitet über den ganzen Erdball eine Atmosphäre der Mißgunst, die unserem Handel im Ausland das Wiederbetreten der alten Arbeitsstätte verwehren soll. Man legt im britischen Handelsamt eine große Katalogsammlung an, die ins kleinste jede österreich-ungarische und deutsche Firma und Handelsverbindung verzeichnet, veranstaltet Musterausstellungen deutscher und österreichischer Waren, um den Boykott in jedem einzelnen Falle wirksam zu machen, schafft mit Hilfe von Vorzugszöllen ein allbritisches, in sich absolut abgeschlossenes Imperium, das über die ganze Welt reicht, und sucht nun auch noch die letzten großen neutralen Staaten in den Krieg hineinzuziehen, um sie denselben Plänen dienstbar zu machen.

England und die Union mögen wirtschaftspolitisch Rivalen sein; momentan arbeiten sie jedoch Hand in Hand bei der Zermürbung des noch neutralen Auslandes, und was der Londoner Regierung in Ostasien, in China gelungen ist, das hat Wilson in dem lateinischen Amerika zustande gebracht. Die ganze Welt soll gegen den Vierbund ins Treffen geführt werden, wenn nicht militärisch, so doch wirtschaftlich. Die Kriegserklärungen der vielen exotischen Staaten in Ostasien und in Süd- und Mittelamerika haben für den Augenblick wenig zu sagen, aber um so fühlbarer wird sich ihre Wirkung in einem Wirtschaftskriege machen. Bis jetzt ist den Gegnern nur möglich gewesen, unsere Handelsbeziehungen auszuspionieren und zu zerstören. Sie an sich zu reißen ist ihnen nur zum Teil gelungen, weil es ihnen selbst an Rohstoffen und auch an Arbeitern zur Erzeugung der nötigen Friedenswaren und an Schiffsraum zu deren Beförderung fehlt. Nun wollen sie uns jede Rohstoffzufuhr nach dem Kriege unmöglich machen. Deshalb legte man in London und Washington so großen Wert auf den Beitritt von Ländern, wie Brasilien oder Kuba. Deshalb trachtet man um jeden Preis, auch noch Argentinien zur Kriegserklärung zu bewegen, denn dann wäre die weltwirtschaftliche Einkreisung der Mittelmächte so ziemlich vollendet. Baumwolle kommt fast nur aus Nordamerika, Aegypten und Indien, Wolle hauptsächlich aus Argentinien, Australien und Südafrika, Häute aus Argentinien, Brasilien und Indien, Gummi aus Zentral- und Südamerika, Kampfer aus Japan, Rohseide aus China, Kupfer aus den Vereinigten Staaten, Nutzhölzer aus Rußland und Amerika,

16./X. 1918

Der erste Tag in Würzburg.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

* **Würzburg**, 15. Oktober.

Der Grundton, auf den die ganze Aussprache gestimmt ist, wird durch die Anträge gekennzeichnet, die bald mehr oder weniger kategorisch den ersten Schritt zur Wiedervereinigung mit den Unabhängigen fordern. Diese Sehnsucht beherrscht einen erheblichen Teil der Versammlung und kommt zumeist in fast allen Reden zum Ausdruck. Mag der einzelne, je nach Temperament und Stellung im Parteiganzen, seine Angriffe nach rechts oder links richten, für die Zukunft will eigentlich niemand die Scheidung in zwei selbständige Parteien aufrecht erhalten wissen. Noch ist es freilich zweifelhaft, wie die Abstimmung ausfallen wird, zumal eine Entschließung zumeist von Gewerkschaftlern unterzeichnet ist, die die Einheit einzig und allein auf dem Boden der Mehrheit erstrebt. Wie aber auch die Entscheidung fällt, für die bürgerlichen Parteien, zumal für die liberalen, kann sie nicht bedeutungslos bleiben; denn von ihr hängt die künftige Entwicklung unseres parlamentarischen Lebens ab.

Vereinzelt kommt der Wunsch nach Radikalisierung, nach einem Ruck nach links zum Ausdruck. Hier spielen die Ereignisse der letzten Wochen, die Vorgänge im Reichstage stark hinein. Die Regierung hat den Führern das Wirken für die positive Mitarbeit am Staate nicht erleichtert.

In diese Erörterung schiebt sich eine Episode ein. Eine Delegierte trägt Frauenwünsche vor, die sich zu einer Erklärung verdichten. Dann machen sich zum ersten Male Bedenken gegen die allzu laute Betonung des Verständigungswillens geltend. Löbe, der Leiter des Breslauer Parteiorgans und Reichstagsabgeordneter Schöpflin sind die entschiedenen Wortführer dieser Bedenken. Sehr eigenartig berührte in dieser Umgebung, daß ein Badenser sich gegen eine Angliederung des Elsaß an Bayern wandte, weil sich Baden nicht umklammern lassen wolle. Diese Aeußerung partikularistischer Befürchtung rief laute Heiterkeit hervor. Severin-Bielefeld nimmt scharf gegen jede Einladung an die Unabhängigen Stellung. Das sei der sicherste Weg, die Wiedervereinigung zu verhindern.

Scheidemann greift zuerst die Aeußerungen über Elsaß-Lothringen auf. Elsaß-Lothringen ist keine besondere Nation, es ist ein Teil des Deutschen Reiches. Seine Selbständigkeit im Rahmen des Reiches gehört zu den Kriegszielen der Partei. Dann erfolgt die Abrechnung mit den Gegnern zur Linken, mit den Unabhängigen, den Spartacus-Leuten, den Internationalen und den Bremern. Temperamentvoll weist er auf die persönlichen Beschimpfungen hin, denen die Minderheit ausgesetzt sei und stellt dem Eduard Bernstein von heute den Bernstein gegenüber, der bis 4. August 1914 für den Anschluß an den Nationalstaat warb und wirkte. Als er die Haltung der Partei während des Krieges für selbstverständlich erklärte, tönte ihm lauter Beifall entgegen.

Sehr interessant ist das, was Scheidemann über das Eingreifen seiner Partei zugunsten des verhafteten Liebknecht getan hat, über ihre Schritte beim Kriegsministerium und dem Reichsamt des Innern. Die weitgehenden Anträge, die auf eine Versöhnung der sozialdemokratischen Gruppen hinzielen, lehnte er entschieden ab. Unverkennbar ist der Eindruck, den seine Ausführungen machten.

Der nächste Redner ist der Karlsruher Kolb, der mit einer Kritik der Parteipresse einsetzt. Die Spaltung sucht er auf die tiefen sachlichen Gegensätze zurückzuführen und aus dem persönlichen Gezänk herauszuschälen. Die Scheidung sei eine historische Notwendigkeit gewesen. Was er über die Anziehungskraft der Opposition für die Zukunft sagt, klingt freilich reichlich optimistisch.

Ein Leipziger Redner schildert die Absplitterung in den Gewerkschaften seiner Heimat, wo eine Neugründung eines radikalen Metallarbeiterverbandes geplant ist. Eine Entschließung Braun-Nürnberg, die den Verständigungswillen wesentlich entschiedener als die Entschließung der Gewerkschaftler zum Ausdruck bringt, wird noch verlesen, dann schließen die Verhandlungen des ersten Tages.

* * *

Würzburg, 15. Oktober.

Auf dem sozialdemokratischen Parteitag berührte Ebert in seiner (z. T. bereits wiedergegebenen) Rede weiter die politische Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion im Kampfe gegen Belagerungszustand, Zensurmißgriffe, ihre Wirksamkeit in der Ernährungsfrage usw. Die Haupttätigkeit betraf die Friedensarbeit. Die deutsche Sozialdemokratie war die einzige Gruppe der Internationale, welche von Kriegsbeginn an den Wiederzusammentritt der Internationale verlangt hat. Sie hat immer ihre Bereitwilligkeit zur Verständigung betont und hat hierbei die Unterstützung der österreichischen Genossen gefunden. (Stürmischer Beifall.) Wenn man unsere Friedensarbeit nicht richtig würdigt, so tragen die Unabhängigen die Schuld daran, die mit ihren Verdächtigungen geradezu für die feindlichen Kriegstreiber gearbeitet haben. (Lebhafte Zustimmung.) Nach Wiedereröffnung der Grenzen Ende September 1914 haben wir sofort einen Vertreter ins neutrale Ausland geschickt, der Verbindungen anknüpfte und Klarheit über unsere Friedensbereitschaft gab. Unsere Absage jeder Eroberungspolitik ist im Auslande bekannt. Wir wollen nicht einen Sonderfrieden, sondern einen allgemeinen Weltfrieden, das war auch unser Standpunkt zur russischen Revolution. (Lebhafter eBifall.)

Wir haben in Jena für Elsaß-Lothringen volle republikanische Autonomie im Rahmen des Reiches verlangt und diesen Beschluß hat der französische Parteitag im Juli 1914 ausdrücklich gebilligt. (Sehr wahr!) An diesem Standpunkt halten wir unerschütterlich fest und die deutschen Arbeiter stehen darin bis zum letzten Mann hinter uns. (Stürmischer Beifall.) Die französischen Genossen mögen bedenken, ob sie es verantworten können, durch ihre Sinnesänderung den mörderischen Krieg weitergehen zu lassen. (Lebhafte Zustimmung.) In der Stockholmer Frage haben die maßgebenden K[illegible] der französischen Partei-

mehrheit und der englischen Gewerkschaften nicht das nötige Maß guten Willens gezeigt. (Sehr wahr!) Gegen die Paßverweigerung hätten sie viel energischer auftreten müssen. Für uns wäre es eine Kraftprobe gewesen, wenn eine Regierung es gewagt hätte, einen solchen Angriff gegen unsere Friedensarbeit zu machen. (Stürmischer Beifall.) Wenn die Gegner heute über den Bankerott der Sozialdemokratie und der Internationale triumphieren, so geben wir zu, daß wir manches durch den Krieg haben zulernen müssen, daß aber das kapitalistische System gewiß keine moralischen Eroberungen gemacht hat. Es sei an die zügellose Profitsucht erinnert. (Lebhafte Zustimmung.) Unsere Gegner sollten sich hüten, daß die sozialistische Flut nicht über sie zusammenschlägt. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Landtagsabg. Braun-Berlin gab darauf den Kassenbericht. Der Rückgang der Einnahmen betrage 80 v. H. Durch die Unabhängigen-Bewegung sei kein Einfluß mehr ausgeübt worden, da jene Kreise schon vorher nicht gezahlt hätten. Man müsse hinter den angeblichen 120 000 Mitgliedern der Unabhängigen ein sehr großes Fragezeichen machen. (Rufe: Sehr wahr!) Das Gerede über die angebliche Gewaltpolitik des Parteivorstandes sei ein blödes demagogisches Schlagwort. Man habe Langmut bis zur Schädigung der Partei geübt. (Zurufe: Ihr hättet früher zupacken müssen!) An Lesern hat die Parteipresse um 38 v. H. abgenommen. Unsere Presse genügt leider dem Bedürfnis der Leser, besonders der Frauen nach Nachrichten nicht.

Loebe-Breslau: Bei den Unabhängigen fehlt jede Neigung zur Einigung. Sie treten nicht gegen die Alldeutschen oder die Vaterlandspartei auf, sondern sie machen unsere Friedensreden in den Versammlungen zu Schanden. Von den Unternehmern werden die Unabhängigen gegen uns begünstigt. Redner wendet sich dann aber auch gegen die Genossen, die, wie Lensch und Haenisch allzusehr nach der rechten Seite hinneigen. Genosse Heilmann mutet uns auch etwas zu viel zu, wenn er die Rückstellung der Wahlreform nach dem Kriege verlangt und gegen die Einführung des parlamentarischen Systems sich wendet.

Reichstagsabgeordneter Schöpflin-Dresden ist der Meinung, daß die Partei schon in dem Bestreben nach Einheit bis an die Grenze des Möglichen gegangen sei.

Engler-Freiburg wünscht einen energischen Kampf gegen die Annexion Elsaß-Lothringens durch Bayern. Wir Badener können Grenzfragen mit Preußen, Lothringen noch immer besser regeln als mit Bayern. (Große Heiterkeit).

Abg. Scheidemann-Berlin: Die Elsässer sind keine besondere Nation, Elsaß ist deutsches Land. (Lebhafter Beifall.) Die Unversehrtheit des Reiches ist unsere Friedensbedingung. (Erneuter Beifall.) Scheidemann verbreitet sich dann ausführlich über die Maßnahmen gegen den „Vorwärts". Man wollte uns in die Taktik des Putschismus hineintreiben. Der wissenschaftliche Führer der Unabhängigen, Eduard Bernstein, hat vor dem 4. August unsere letzten Zweifel niedergeschlagen. (Hört! Hört!) Eduard Bernstein lernt sehr schnell um. Soll sich die Partei jedesmal mitmausern? (Große Heiterkeit.) Wenn es nach der Opposition geht, müssen wir uns der Minderheit unterordnen, es soll entweder nach nationalliberaler Art jeder machen können, was er will, oder es soll das anarchistische Herrenrecht von einigen Leuten gelten, die den anderen ihren Willen aufzwingen wollen. Wer versucht, die Partei zu sprengen, dem rufen wir ein Halt zu. Es ist nicht wahr, daß wir Liebknecht im Stich gelassen hätten. Wir haben für ihn getan, was in unseren Kräften stand. Eine Viertelstunde nach seiner Verhaftung traten wir mit dem Kriegsministerium und dem Reichsamt des Innern in Verbindung, um seine Interessen wahrzunehmen. Wiederholt haben wir seine Freilassung oder Amnestierung verlangt. Als Dank hat man uns dann doppelt beschimpft. (Hört! hört! und Beifall.)

Abg. Scheidemann setzt sich dann noch in längeren Ausführungen mit der Opposition, insbesondere mit der Taktik der Unabhängigen auseinander. Darauf wurde die Verhandlung auf Dienstag früh 9 Uhr vertagt.

16./X. 1917

Dienstag, 16. Oktober 1917

Zeitung

1704

d gelehrten Sachen

lich M. 2.70 bei tägl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich 7,50 ohne Bestellgebühr. Anzeigen: 80 Pf. die Zeile, Stellengesuche %. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. rlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages

:26 Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co, Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

genommen.

Deutsche Kolonialpolitik im englisch-amerikanischen Spiegel.

Von

Emil Zimmermann.

Die Versuche, auch von mir unternommen, dem in seiner übergroßen Mehrheit noch recht wenig kolonialfreundlichen deutschen Volke ein großes koloniales Ziel als lohnenden Kampfpreis zu zeigen, — wer sich gegen eine Welt von Feinden geschlagen hat wie das deutsche Volk, hat ein begründetes Anrecht auf Verbreiterung seiner viel zu engen Wirtschaftsgrundlage, und es würde ein später schwer sich rächender Fehler sein, dies Lebensbedürfnis nicht zu befriedigen, — jene Versuche haben ein merkwürdiges Echo in der angelsächsischen Welt gezeitigt.

Gewiß haben andere, die sich auch für ein deutsches Mittelafrika einsetzen, ebensowenig wie ich gehofft, mit einer Beschränkung auf dieses Gebiet Engländer und Amerikaner gewinnen zu können. Aber als Erleichterung der europäischen Situation ist Mittelafrika von kaum zu erschöpfender Bedeutung. Ich habe an anderen Orten, so wiederholt in den „Preußischen Jahrbüchern", darauf hingewiesen, daß die außerordentlich komplizierte deutsche Wirtschaft entweder die offene Tür in Uebersee braucht oder eine Erweiterung der deutschen Anbaufläche. Das System der offenen Tür, von den Franzosen offen und den Amerikanern indirekt (durch Zollschikanen und Handelsspionage) abgelehnt, war auch den Engländern ein Greuel, und der Krieg wird ja nur geführt, die offene Tür zu beseitigen. In Deutschland halten starke und zahlreiche Kreise an der offenen Tür fest. Ihnen stehen die Mittelafrikapolitiker gegenüber, die eine engere wirtschaftliche Verständigung mit den Verbündeten und mit Rußland wollen (möglichst einiges Europa), daneben für Deutschland das große mittelafrikanische Kolonialreich als Ergänzung und gewissermaßen Sicherheitsventil. Man darf auch von Verbündeten und Freunden nicht so abhängig sein, daß man ihnen zur Last fällt.

Ich verkenne keinen Augenblick, daß die Mittelafrikapläne Amerikanern und Engländern ziemlich peinlich sein mögen. Ein deutsches Mittelafrika, das sich kräftig entwickelt, wäre der natürliche Verbündete der lateinischen Süd- und Mittelamerika-Staaten, und mit der arabisch-türkischen Macht zusammen würde es einen starken Einfluß auf die Lage im Indischen Ozean ausüben. Gerade dies aber würde eine weitgehende Mäßigung in den deutschen Kriegszielen auf dem europäischen Kontinent ermöglichen. Wenn Engländer und Nordamerikaner es nun mit ihren europäischen Verbündeten ehrlich meinen, müßten sie diesen Ausgleich auf kolonialem Gebiete unterstützen, selbst wenn er ihnen unbequem ist. Ich kann an dieser Stelle aus Raummangel nicht den Nachweis antreten, daß Deutschland, lediglich um seine Viehwirtschaft, die Ernteerträge und schließlich den Bau seiner ganzen Wirtschaft erhalten zu können, mehr Land braucht. Die Völker müssen uns Raum geben, und wenn das nicht in Uebersee geschieht, müssen wir auf dem europäischen Festlande um uns greifen.

In Deutschland hocken 125 Menschen und 47 Stück Großvieh (ganz abgesehen von dem großen Schweinebestand) auf 1 Quadratkilometer, in Italien ebenfalls 125 Menschen, allerdings viel weniger Vieh, in Belgien gar 260 Menschen und 72 Stück Großvieh auf 1 Quadratkilometer Fläche. Dagegen ist im europäischen Rußland (ohne Polen) der Quadratkilometer Land nur mit 20 Menschen und 13—14 Stück Großvieh besetzt. Deutschland hatte es nur seiner intensiven Wirtschaft und starken Viehhaltung (worauf jene zum Teil beruht), zu verdanken, daß seine Auswanderung (1913 25 843 Personen) noch nicht den dreißigsten Teil derjenigen Italiens erreichte, das 1913 nicht weniger als 872 598 Personen durch überseeische Auswanderung verlor. Wer nicht will, daß die mitteleuropäische Menschenfülle zu einer dauernden Gefahr für Europa wird, der muß Deutschland Fortsetzung seiner intensiven Wirtschaft durch die offene Tür ermöglichen oder ihm eine offene Tür zu einem eigenen großen Gebiet geben. Dies letztere wollen wir Mittelafrikapolitiker, um

Fremdenblatt

16/XI 1917

Kosciuszkos 100. Todestag.

Lublin, 15. Oktober.

Anläßlich des 100. Todestages des polnischen Nationalhelden Kosciuszko sind alle öffentlichen Gebäude sowie sämtliche privaten Häuser der Hauptstraßen der Stadt festlich geschmückt.

Vormittags fand in der Kathedrale ein feierliches Hochamt statt, dem die Vertreter der Behörden sowie Abordnungen zahlreicher gesellschaftlicher Vereinigungen beiwohnten.

Nach dem Gottesdienste wurde ein großer Festzug durch die Stadt veranstaltet; hiebei wurden patriotische Ansprachen gehalten.

Im Mittelpunkte der Festlichkeiten des Tages stand

die feierliche Verkündigung der Einsetzung des Regentschaftsrates

durch den Generalgouverneur. Zu dem Festakte hatten sich im großen Festsaale des Generalgouvernements außer sämtlichen leitenden Funktionären und anderen hohen Offizieren und Beamten des Generalgouvernements und des Kreiskommandos auch die Vertretungen beim Generalgouvernement sowie Abordnungen aller Truppen und Anstalten der Garnison eingefunden. Auch alle Kreise der einheimischen Gesellschaft waren vertreten. Um halb 1 Uhr betrat der Generalgouverneur, begleitet von dem ihm zugeteilten General sowie dem Generalstabschef, mit den übrigen Generalstabsoffizieren des Generalgouvernements den Saal; gleichzeitig erschienen der Leiter des Zivillandeskommissariats, der Vertreter des Ministeriums des Aeußern, die Herren der deutschen Vertretung, der Kreiskommandant von Lublin und eine Deputation der polnischen Legion, bestehend aus zwei Offizieren und zwei Mann. Der Generalgouverneur begab sich auf die festlich geschmückte Estrade, über der das Bild des Freiheitshelden Kosciuszko angebracht war, und hielt an die Versammlung folgende Ansprache:

Geehrte Herren! Ich habe Sie hieher eingeladen, um Ihnen die für jeden Polen freudige Nachricht mitzuteilen, daß Seine k. u. k. apostolische Majestät, der das polnische Volk liebende Kaiser und König Karl, im Einvernehmen mit seinem erhabenen Verbündeten, dem deutschen Kaiser, beschlossen hat, den Regentschaftsrat des Königreiches Polen in den Personen Sr. Exzellenz des Erbischofs-Metropoliten von Warschau, Alexander Kakowski, des Stadtpräsidenten von Warschau, Fürsten Zdieslaw Lubomirski, und des Gutsbesitzers in Myluszyn, Josef Ritter v. Ostrowski, einzusetzen. Das kaiserliche Handschreiben wird in den nächsten Tagen verlautbart und der hohe Regentschaftsrat in Warschau inthronisiert werden. Geehrte Herren! Ich bringe somit dem ganzen polnischen Volke angesichts dieses weittragenden geschichtlichen Aktes meine heißesten Wünsche dar. Ich wünsche dem polnischen Volke, daß der Geist Kosciuszkos, dieses großen Polen, der Geist der wahren Vaterlandsliebe, die alles dem Wohle des Vaterlandes unterordnet, der Geist des Aufbaues und nicht der Zerstörung, der Geist der positiven Arbeit und nicht der Verneinung, das einmütige, geschlossene polnische Volk zur Wiedergeburt führt unter der Leitung der obersten polnischen Regierungsbehörde, des hohen Regentschaftsrates, dem der Gehorsam jedes echten Polen gebührt. Es lebe Polen, es lebe sein hoher Regentschaftsrat!

Die Anwesenden stimmten mit großer Begeisterung in die Hochrufe ein, während die Musikkapelle vor dem Gebäude des Generalgouvernements die polnische Nationalhymne intonierte.

Die kaiserlichen Entschließungen.

Das Generalgouvernement gibt ein Allerhöchstes Handschreiben an den Generalgouverneur Grafen Szeptycki bekannt, worin Seine Majestät mitteilt, daß gemäß Artikel I des Patentes vom 12. September 1917 der Erzbischof-Metropolit von Warschau Alexander Kakowski, der Stadtpräsident von Warschau Fürst Zdieslaw Lubomirski und der Gutsbesitzer in Myluszyn Josef Ritter v. Ostrowski als Mitglieder des Regentschaftsrates ins Amt eingesetzt werden.

Warschau, 15. Oktober.

An den Generalgouverneur G. d. J. v. Beseler ist folgendes Telegramm eingetroffen:

„In Uebereinstimmung mit meinem erlauchten Bundesgenossen, Seiner Majestät dem Kaiser von Oesterreich, apostolischen König von Ungarn, sehe ich mich bewogen, im Sinne des Artikels 1 des Patents vom 12. September 1917 den Erzbischof Metropoliten von Warschau Alexander Kakowski, den bisherigen Stadtpräsidenten von Warschau Fürsten Zdislaw Lubomirski und den Großgrundbesitzer Josef v. Ostrowski als Mitglieder des Regentschaftsrates im Königreiche Polen in ihr Amt einzusetzen und beauftrage Sie hiemit, diesen Akt gemeinsam mit dem k. u. k. Militärgouverneur Grafen Szeptycki zu vollziehen.

Wilhelm I. R.“

Pester Lloyd

16./X. 1917

Was nunmehr kommen muß...

Aus Wien wird uns telegraphiert:

In unzweideutiger Weise, öffentlich und amtlich, hat Lloyd George die Rückeroberung von Elsaß-Lothringen als eines der Kriegsziele, ohne deren Erreichung England die Waffen nicht niederlegen würde, bezeichnet, und fast gleichzeitig hat, selbstverständlich im Einvernehmen mit London, Herr Ribot in der französischen Kammer das unbedingte Zusammenstehen der beiden Westmächte in dieser Frage bestätigt. Die beiden Staatsmänner haben damit der Welt nichts Neues gesagt. Schon vor ihnen hat der deutsche Staatssekretär des Aeußern im Reichstag mitgeteilt, die deutsche Regierung habe sich die Ueberzeugung verschafft, daß England gegenüber Frankreich in der elsaß-lothringischen Frage diplomatische Verpflichtungen übernommen habe. Diese Mitteilung konnte in dem Abschnitt des Krieges, an den wir jetzt gelangt sind, in der Stunde, da durch die vorangegangene internationale Erörterung der Friedensmöglichkeiten die Hoffnung von Millionen und Abermillionen in allen Ländern auf das höchste gespannt war, nur die Absicht und die Bedeutung einer öffentlichen Anklage haben, und es ist nichts weiter geschehen, als daß die Angeklagten sich mit ungebeugtem Trotz zu ihrer Schuld bekannten. Noch vor einigen Monaten hätten, in ähnlicher Weise apostrophiert, die leitenden Staatsmänner Englands und Frankreichs mit Phrasen und Ausflüchten und Gegenbeschuldigungen geantwortet. Darüber sind sie jetzt hinaus. Der in der französischen Kammer erhobenen Forderung nach einer energischeren Kriegspolitik wird damit vollauf entsprochen. Man sagt endlich einmal, daß man den Frieden **nicht** will und auf Eroberungen bestehe. Die Friedensdiskussion, wie sie in den letzten Monaten unter gespanntester Aufmerksamkeit der leidenden Welt vor sich ging, ist damit freilich vorderhand zu Ende, aber wenigstens ist Klarheit gewonnen, und die Gemüter sind gehörig vorbereitet auf das, was nunmehr kommen **muß**.

Eine tiefernste, dabei entschlossene Stimmung kennzeichnet die Haltung, die in den leitenden Kreisen der Monarchie gegenüber der Friedensverweigerung, deren empörte Zeugen wir soeben geworden sind, angenommen wird. Man gibt sich volle Rechenschaft darüber, daß die Partei der Kriegshetzer in London und Paris noch einmal den Sieg über die Friedenssehnsucht der Massen errungen hat. Und daß der menschenfreundliche Versuch, den Krieg vom militärischen auf das diplomatische Geleise zu schieben, fehlgeschlagen hat. Es kann keine Rede davon sein, daß die Mittelmächte etwa Anlaß hätten, diesen von ihnen unternommenen Versuch zu bereuen. Auch fehlgeschlagen, bedeutet er eine unermeßliche Verstärkung unserer moralischen Stellung. Unsere Völker wissen jetzt noch bestimmter als bisher, daß sie in einem Kampf nicht für Eroberungen, sondern für die Selbstverteidigung stehen, und selbst jene, die noch zweifelten und an die Möglichkeit eines Mißverständnisses glaubten, solange diese Tatsache als eine Behauptung der eigenen Regierung ihnen entgegentrat, müssen schmerzlich und endgültig bekehrt sein, da sie ihnen nun von den feindlichen Staatsmännern selbst bestätigt wird. Aus dieser Erkenntnis werden wir alle, zu welcher Partei wir uns auch zählen, den Mut schöpfen, auszuharren, bis die Rede über den Frieden eine günstigere Zeit und größere Empfänglichkeit vorfindet. Wie in den Sommertagen des Jahres 1914, in den Tagen des ungeheuren Ueberfalls einer lange verschworenen Koalition, wird jetzt alles, was nicht dem Gedanken der Verteidigung dient, zurücktreten, die harte Notwendigkeit des Abwehrkrieges tritt wieder in den Vordergrund, und die bis zur Brutalität offenherzigen Worte, mit denen zumal die englische Presse die amtliche Absage an die Friedensidee begleitet, sind die ersten Schüsse in einem frisch eröffneten Feldzuge, die alles auf den Plan rufen, was die Vorstellung eines zu Unrecht angegriffenen und mit Vergewaltigung und Demütigung bedrohten Vaterlandes nicht erträgt.

Die Forderung, daß nicht die Staatsmänner, sondern die Völker die Sache des Friedens in die Hand nehmen sollten, hat, in unserem Lande und zu dieser Stunde erhoben, jeden Sinn und alle Berechtigung verloren. Denn die Staatsmänner der Mittelmächte haben im Interesse des Friedens alles getan und geleistet, was selbst weitgespannte Erwartung von ihnen erwarten durfte. Die gegenseitige Räumung der besetzten Gebiete hat im vollen Einklang mit der Papstnote Graf Czernin als Voraussetzung eines direkten und dauernden Friedens verkündet, und das Deutsche Reich, das die längste Zeit als unser heimlicher Widerpart in der Friedenssache geschildert wurde, hat durch den Mund des Staatssekretärs Dr. v. Kühlmann der Welt zu wissen gegeben, daß es nicht für phantastische Eroberungsziele, sondern für die Unversehrtheit seines Gebietes kämpfe. Diese Erklärungen sind auch in den Ententeländern in dem Sinne verstanden worden, in dem sie abgegeben wurden. Es ist jetzt klar — schrieben die Times —, welchen Frieden Deutschland zu schließen wünscht: einen Frieden, bei dem es nichts

Arbeiterzeitung
16./X.1917
51

Ein Weg zum Frieden.

Die Revolution ist der Friede — das war in den Stürmen des März der Glaube der russischen Arbeiter und Soldaten, die die Zarenmacht gebrochen haben. Das war auch die Hoffnung der kriegsgequälten Völker Europas, die Rußlands Befreiung jubelnd begrüßten. Seither ist ein halbes Jahr voll blutiger Kämpfe vergangen; ein halbes Jahr, in dem abermals Hunderttausende auf Schlachtfeldern, in Spitälern und Gefangenenlagern gestorben und verdorben sind. Der Zar sitzt als Gefangener des russischen Volkes im fernen Sibirien; aber der blutige Krieg, an dessen Entfesselung er mitschuldig war, geht weiter. Das russische Volk hat sich von der Zarenherrschaft befreit; aber den Krieg, den der Zar ihm aufgezwungen, vermag es nicht zu beenden.

Der Friedenswille ist im russischen Volke so stark wie in allen Völkern. Der russische Soldat, der schon auf den Schlachtfeldern der Mandschurei gekämpft hatte, um dann nach wenigen Jahren friedlicher Arbeit abermals zu den Fahnen gerufen zu werden, abermals Jahre im Schützengraben zu verbringen, wünscht nichts so sehnsuchtsvoll herbei wie den Tag, an dem er die Uniform ablegen, in sein Dorf zurückkehren kann. Und der russische Soldat, der russische Bauer in Uniform, ist seit den Märztagen der Herr im russischen Reiche! Keine russische Regierung vermöchte sich auch nur einen Tag zu halten, wenn sie offen bekennen müßte, daß sie einen Frieden ablehnt, der kein Lebensinteresse Rußlands verletzt, keines Volkes Freiheit gefährdet. An dem Tage, an dem sich die russische Regierung dem Friedenswillen des Volkes offen zu widersetzen wagte, würde es in Petersburg aussehen, wie es in den Maitagen ausgesehen hat, als Arbeiter und Soldaten die Führer des russischen Imperialismus, die Miljukow und Gutschkow aus Amt und Würden gejagt haben. Da wären gar bald die Maschinengewehre gegen den Winterpalast aufgefahren und die Minister, die den Krieg zu verlängern wagten, müßten froh sein, in den Gefängnissen der Peter-Paul-Festung Schutz zu finden gegen den Zorn des Volkes. Aber vor der gefährlichen Notwendigkeit, sich offen zur Kriegsverlängerung zu bekennen, ist die russische Regierung bisher bewahrt geblieben. Sie kann den russischen Soldaten noch immer erzählen, daß sie den Frieden ehrlich wolle und nur der äußere Feind sie zur Fortsetzung des Krieges zwinge; daß der Friede nicht möglich sei, weil Deutschland einen großen, wertvollen Teil des russischen Staatsgebietes sich aneignen und ganze Völker ihrer Freiheit berauben wolle. Der russische Soldat glaubt das und wird es glauben, so lange Deutschland seine Friedensbedingungen nicht offen, nicht unzweideutig bekanntgibt. Er wird der Regierung, die den Krieg hinauszieht, vertrauen, so lange diese Regierung nicht gezwungen ist, vor den Augen des Volkes ein Friedensangebot abzulehnen, das offensichtlich kein Interesse Rußlands, keinen Grundsatz der Demokratie verletzt.

Wenn die Regierungen in Berlin und Wien glauben, daß Herr Tereschtschenko, der Minister des Aeußern der russischen Bourgeoisie, mit den Kriegsverlängerern in London, Paris und Washington unter einer Decke spiele, so haben sie ein sehr einfaches Mittel, von dem Minister an das Volk, von dem reichen Zuckerfabrikanten, der Rußlands auswärtige Geschäfte führt, an die kriegsmüden Soldaten zu appellieren. Dazu genügt es freilich nicht, bei Banketten oder in Parlamenten schöne Reden zu halten, die die russische Regierung mit ein paar Redensarten beantworten kann. Notwendig ist vielmehr ein förmliches öffentliches Friedensangebot, das die russische Regierung öffentlich mit Ja oder Nein beantworten muß. Es gibt keine russische Regierung, die sich auch nur sechs Stunden im Besitz der Macht behaupten könnte, wenn sie das Angebot eines Friedens, der des freien Rußlands würdig ist, offen ablehnen wollte. Eine solche Regierung würde binnen wenigen Stunden vom Volkszorn hinweggefegt.

Man müßte also die russische Regierung in aller Form zu Friedensverhandlungen einladen, so daß ihr keine Wahl bliebe als die, die Verhandlungen anzunehmen oder abzulehnen. Schon als der Zar im Dezember 1916 das Friedensangebot der Mittelmächte

[illegible] Zeitpunkt völliger Schwäche des Angreifers bedeutet, versteht sich ohne lange Erklärungen von selbst. Hiebei ist es die Flotte, die dem landenden Heere durch ihr Geschützfeuer verhältnismäßige Sicherheit gegen das Abwehrfeuer vom Lande bieten muß, wenn überhaupt die Landung durchgeführt werden soll.

Nach geschehener Landung hatten die deutschen Truppen raschen und fortschreitenden Erfolg und sind daran, die Insel völlig in ihre Gewalt zu bekommen. Dies geht aus dem heutigen Bericht des deutschen Generalstabes klar hervor. Die deutschen Truppen befinden sich in ungestümem Vorwärtsdrängen, in so raschem Verfolgen des Gegners, daß sie vielfach beim Angriff nicht einmal die Mitwirkung der Geschütze abwarten. Die Halbinsel Sworbe, die wie ein weit ausgestreckter Finger in südwestlicher Richtung gegen die kurländische Küste weist, ist im Norden durch die Truppen abgeschnürt und wird an der Küste durch die deutsche Flotte unter Feuer gehalten. Auch hier ein kraftvoll und planvoll tätiges Zusammenarbeiten der See- und Landstreitkräfte. Die Hauptstadt der Insel Oesel, Arensburg, liegt an der südöstlichen Küste der Insel Oesel. Die Deutschen stehen schon vor dieser Stadt, haben also im südlichen Teile so gut wie die ganze Insel durchschritten. Sie drängen dem Gegner im Nordosten der Insel nach. Hier suchen die Russen auf dem schmalen Sund, der die Insel Oesel von der Insel Moon trennt, nach dieser und von hier nach dem Festland zu entweichen. Indessen sind auch schon die Seestreitkräfte der Deutschen zwischen Oesel und Dagö eingedrungen und haben die russischen Seestreitkräfte in den Moonsund zurückgedrängt. Was sich von der russischen Flotte hier befindet, wissen wir nicht. Aber nach der ganzen Lage der Dinge scheint dem Flottenteil, der hier in Betracht kommt, schwere Gefahr zu drohen. Ob die russische Flotte überhaupt das Versprechen Kerenskis wahrmachen wird, aber

[illegible] eine Kriegsentschädigung fordern, daß sie Belgien, Serbien, Rumänien weder förmlich annektieren noch mittelbar in einem Zustand wirtschaftlicher und militärischer Abhängigkeit erhalten wollen; daß sie endlich — ganz im Sinne der letzten Rede des Grafen Czernin — der Friedenskonferenz Vorschläge über die internationale Abrüstung und die Entscheidung aller Streitigkeiten durch obligatorische internationale Schiedsgerichte vorlegen wollen. Wir möchten die russische Regierung sehen, die es wagte, eine Einladung zu Friedensverhandlungen auf solcher Grundlage abzulehnen! Sie würde die revolutionären Arbeiter Petersburgs, die revolutionären Soldaten im Hinterland und an der Front kennen lernen!

Gerade jetzt wäre die innere Lage Rußlands einem solchen Friedensangebot sehr günstig. Durch die Verschwörung des Generals Kornilow ist die imperialistische Bourgeoisie bloßgestellt. Die Mehrheit der Arbeiter und ein großer Teil der Soldaten will nicht mehr dulden, daß die nationalistische Kadettenpartei, die dem verräterischen General zugejubelt hat, an der Regierung Rußlands teilnimmt. Die revolutionären Parteien, die die Koalitionsregierung ablehnen, sind dank dem mißglückten Anschlag der Gegenrevolution erstarkt; in den Händen der revolutionären Arbeiter sind die Waffen geblieben, die die Regierung in Petersburg verteilen ließ, als die Regimenter Kornilows die Hauptstadt bedrohten. Freilich, gerade das Erstarken des linken Flügels der Demokratie hat das Kleinbürgertum eingeschüchtert, es wieder einmal in die Arme der Bourgeoisie gedrängt. An der Demokratischen Konferenz, die Anfang Oktober zusammentrat, nahmen neben den Vertretern der demokratischen Organisationen auch die Delegierten der Gemeindevertretungen teil, deren Zusammensetzung das Kleinbürgertum entscheidend beeinflußt.

So war denn dank der Einschüchterung des Kleinbürgertums das Ergebnis der Konferenz eine neue Koalitionsregierung, in der die Bourgeoisie sehr stark, die Demokratie überraschend schwach vertreten ist. Aber gerade diese Tatsache steigert die Erbitterung des linken Flügels der Demokratie, dessen Selbstbewußtsein seit den Kornilow-Tagen gewaltig gestärkt ist. Viele Anzeichen weisen darauf hin, daß der Entscheidungskampf der revolutionären Demokratie gegen die Bourgeoisie und ihre kleinbürgerliche Gefolgschaft herannaht; im Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat wurde statt des Menschewiks Tscheidse der Bolschewik Trotzki zum Vorsitzenden gewählt; der Gesamtrussische Vollzugsausschuß der Arbeiter- und

18./X. 1917

Die zionistische Bewegung.

Wir halten es für wichtig, die maßgebenden Stellen unserer auswärtigen Politik im Zusammenhang mit den Bestrebungen der Entente auf die zionistischen Pläne aufmerksam zu machen, und veröffentlichen deshalb die nachfolgende Darstellung, die der Feder eines zionistischen Führers entstammt, der die Türkei und besonders Palästina genau kennt.

In den Ententestaaten steht zurzeit die Idee im Vordergrunde, unter englischem oder internationalem Protektorat (wobei immerhin England wahrscheinlich der Haupteinfluß zugestanden werden dürfte) die Bildung eines autonomen jüdischen Gemeinwesens in Palästina zu fördern. Die öffentliche Meinung ist namentlich in England und Amerika diesem Plane äußerst günstig. Besonders die englische Presse unterstützt das Projekt lebhaft, und die Rückwirkung dieser Agitation zeigt sich auch in den neutralen Staaten, wo sowohl die Juden selbst wie auch die Oeffentlichkeit sich in wachsendem Maße den jüdischen Palästinabestrebungen zuwenden.

Sicherlich wäre es verfehlt, wollte man in Deutschland an der zionistischen Bewegung achtlos vorübergehen. Ein noch größerer Fehler wäre es, wollte man aus der Tatsache, daß die Entente sich des Zionismus annimmt, ohne weiteres schließen, daß die Zionisten auf seiten der Entente stehen oder daß der Zionismus den deutschen und türkischen Interessen widerspreche. Eine kurze Ueberlegung muß klarmachen, daß sich hier offenbar die Entente mit großem Geschick einer Sache zu bemächtigen sucht, die ihrem Wesen nach keineswegs mit ihren Interessen identisch ist.

Der Zionismus datiert ja nicht erst vom Ausbruch des Krieges: Seit 40 Jahren bemühen sich die Zionisten, in Palästina zu kolonisieren, und die Politik des Zionismus war stets darauf gerichtet, das Einverständnis und die Förderung der türkischen Regierung zu erlangen. Theodor Herzl, der Begründer der zionistischen Organisation, war Oesterreicher. Der Sitz der obersten zionistischen Leitung befand sich nacheinander in Wien, Köln und Berlin, wo auch heute noch die Zentrale, das sogenannte Engere Aktionskomitee sich befindet. Juden sämtlicher Länder gehörten und gehören der zionistischen Organisation an. Schon diese Tatsachen zeigen, daß es sich zweifellos um eine Bewegung handelt, die ihrem Wesen nach in dem jetzigen Völkerstreit nicht Partei ergreifen kann, daß die Absichten des Zionismus einzig und allein von jüdischen Interessen diktiert sind und nicht von den Interessen der im Kriege befindlichen Mächtegruppen.

Wenn es sich nun herausstellt, daß die Entente sich des Zionismus annehmen und ihn im Rahmen ihres Kriegsziel- und Eroberungsprogramms verwirklichen will, so sollte man auf seiten der Zentralmächte in eine Prüfung der Frage eintreten, ob es zweckmäßig ist, die Förderung dieser Bewegung und die zweifellos bedeutenden propagandistischen Vorteile, welche sich aus dieser Förderung ergeben, der Entente zu überlassen. Man sollte sich fragen, welches denn der wirkliche Sinn des Zionismus ist, und ob diese Bewegung nicht vielleicht in nutzbringender Weise dem System der deutsch-türkischen Politik eingegliedert werden könnte. Die Frage liegt um so näher, als Palästina doch türkisches Gebiet ist und voraussichtlich bleiben wird, während die Ententepläne die Eroberung Palästinas voraussetzen. Aus diesem Grunde muß es auch den Juden sehr wünschenswert erscheinen, die Unterstützung der Zentralmächte zu gewinnen, die schon heute in der Lage wären, ihr Wohlwollen für den Zionismus durch Taten zu bekunden, während die Leiter der Ententestaaten nichts als Zukunftsversprechungen bieten können, die sich auf der zweifelhaften Voraussetzung der Eroberung Palästinas aufbauen. Folgende Fragen wären zu prüfen:

1. Ist der Zionismus eine so starke Bewegung, daß er als realer Faktor in die Orientpolitik eingestellt werden kann? Diese Frage ist unbedingt zu bejahen. Es soll hier gänzlich von theoretischen Erörterungen über das Wesen des Zionismus abgesehen werden. Tatsache ist, daß die Bewegung gerade während des Krieges außerordentlich erstarkt ist, daß Hunderttausende von Juden, namentlich in Rußland und Amerika, sich ihr angeschlossen haben, daß die Bewegung während des Krieges ihren Apparat aufrecht erhalten, viele Millionen zur Förderung und Erhaltung des Kolonisationswerkes in Palästina aufbringen konnte, daß sehr starke Finanzgruppen bereit sind, nach dem Kriege die Mittel für ein weit großzügigeres Kolonisationswerk, als es das bisherige war, zur Verfügung zu stellen. Die bisherigen Resultate der zionistischen Arbeit in Palästina liefern den Beweis, daß die Juden gewillt und imstande sind, eine moderne landwirtschaftliche und städtische Kolonisation in ihrem alten Stammlande zu betreiben. Gerade über diesen Punkt sind sich alle vorurteilslosen Kenner Palästinas klar, und die einschlägigen Berichte der deutschen Konsuln müssen jeden Zweifel beseitigen.

2. Vorausgesetzt also, daß die Bewegung bedeutend genug ist, um als politischer Faktor betrachtet zu werden: ist sie nützlich

18./X. 1917

Die Vereinfachung der Verwaltung in Preußen.

Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 17. Oktober.

Minister des Innern Dr. **Drews** fährt fort:

Die Vorlage stellt eine Art Blankettvollmacht dar. In Friedenszeiten würde man Bedenken gehabt haben, mit einem derartigen Vorschlag zu kommen. Dazu haben wir uns in Deutschland viel zu sehr an den Begriff des gesetzlich festgelegten Rechtes, von dem nicht abgewichen werden darf, gewöhnt. Jetzt im Kriege liegen die Dinge anders. Die vorgeschlagene Verwaltungsreform bietet auch die Möglichkeit, eine Anzahl von Vereinfachungen unserer Verwaltung zu erproben, von denen wir hoffen, daß sie in der Zukunft als Erleichterungen beibehalten werden können. Die Regierung hat schon vor einiger Zeit Vorarbeiten für eine Vereinfachung und Verbilligung unserer gesamten Staatsverwaltung begonnen, an deren Ausarbeitung ich beteiligt war. Die Nachprüfung, wo Vereinfachungen und Verbesserungen möglich sind, muß von einer einheitlichen Stelle aus, die den richtigen Ueberblick hat, erfolgen. Wir müssen vor allem dafür sorgen, daß weniger Beamte erforderlich sind, und das kann geschehen einmal durch Vereinfachung der Geschäftsordnung. Von den Ansätzen, die in dieser Richtung bereits gemacht worden sind, habe ich den Eindruck gewonnen, daß sie noch nicht weit genug gehen. Es steckt in unseren Beamten ein ausgesprochen zäher Hang am Hergebrachten. Das ist kein schlechter Zug, er gewährleistet einen ordentlichen Geschäftsgang, aber er ist auch ein Hindernis zu zeitgemäßen Verbesserungen. Um die Leistungsfähigkeit unseres Beamtenapparats zu vergrößern, müssen solche Behörden, die in verschiedenen Ressorts stecken, aber die gleichen oder ähnliche Angelegenheiten bearbeiten, zusammengelegt werden. Durch die gleichzeitige Bearbeitung an mehreren koordinierten Stellen entsteht naturgemäß mehr Arbeit, die vermieden werden muß, was zu einer Ersparnis von Beamten führt. Noch wichtiger ist aber die Beseitigung der übergeordneten Behörden. Durch die große Zahl der übergeordneten Behörden entsteht zweifellos Mehrarbeit. Kein moderner Staat kennt mehr als drei Instanzen. Daß eine von den beiden oberen Instanzen fallen muß, steht für mich zweifellos fest. Daneben müssen wir suchen, auch die materielle Arbeit, die den Behörden obliegt, zu verringern, indem man den Kreis der Selbstverwaltungsangelegenheiten größer zieht. Bloßes Andern der Organisation ohne eingreifende Aenderungen auch des materiellen Rechts, wird auf die Dauer niemals befriedigen können. Bei Durchführung all der vorgesehenen Verbesserungen wird die Freude am Staat und an der Arbeit für das Gemeinwohl gefördert werden.

Abg. **v. Bockelberg** (kons.): Den anerkennenden Dankesworten des Ministers für unsere Beamten schließen wir uns an. Die Vorlage stellt eine recht weitgehende Ermächtigung an die Regierung dar, wie sie nicht im Plenum allein erteilt werden kann, vielmehr Gegenstand der Beratung in einem Ausschuß sein muß. Wir beantragen deshalb Ueberweisung an einen Ausschuß von 14 Mitgliedern. Die Regierung muß ein Auge darauf haben, daß die jetzt so lebhaft empfundenen Mißstände auf dem Gebiet der Verwaltung aufhören. Das gilt namentlich für die vielen Verordnungen, die ungenügend vorbereitet sind und mit einer so kurzen Frist hinausgehen, daß sie gar nicht durchgeführt werden können.

Abg. **Linz** (Ztr.): Die Gemeinden haben die Lasten der Ernährungswirtschaft zu tragen, die Organisation wird dagegen von oben her geschaffen, nachher wird kritisiert. Soweit die Vorlage eine Verringerung der Rechtsgarantien bietet, behalten wir uns die Stellungnahme vor. Der § 1 gibt geradezu das Recht, einfach alle Gesetze aufzuheben. Dieses Recht können wir der Regierung nicht geben. Auch die Ausschaltung der Kollegien, wie sie (Verringerung der Instanzen) vorgesehen ist, erscheint uns überaus bedenklich. Dagegen werden meine Freunde gegen eine Einschränkung der Staatsaufsicht Bedenken nicht erheben, hierin liegt vielmehr eine berechtigte Anerkennung der Tätigkeit der Gemeinden während des Krieges.

Abg. **v. Woyna** (frk.): Die demokratische Welle, die jetzt gegen das alte Preußen anströmt, scheint sich in erster Linie gegen den preußischen Beamtenkörper und seine Traditionen zu richten. Aber Preußen ist vermöge seiner militärischen Tüchtigkeit das geworden, was es ist. Der alte Grundsatz bleibt bestehen: Si vis pacem, para bellum (wenn du den Frieden willst, bereite dich auf den Krieg vor). Diese wichtigste Aufgabe des Staates zu lösen, dazu muß unser Beamtenkörper erzogen werden, und in dieser Hinsicht hat — das lehrt die Tätigkeit unserer Beamten in den besetzten Gebieten, der Krieg ganz Vorzügliches geleistet.

Vizepräsident Dr. **Porsch** unterbricht die Sitzung und verpflichtet die Abg. v. Bockelberg und v. d. Haagen auf ihr neues Amt in der Staatsschuldenkommission.

Abg. **Cassel** (Fortschr. Vpt.): Die Beamten sind immer fortschrittlichen Ideen zugänglich gewesen, wenn sie nicht durch den Druck der Vorgesetzten in ihrer freien Ueberzeugung behindert wurden. Wir wenden uns gegen diejenigen, die den freien Geist und die Entwicklung des Beamtentums einschränken wollen. Herr v. Woyna unterscheidet sich sehr von Herrn v. Kühlmann und dem Grafen Czernin. Auch unsere Reichsregierung steht auf ganz anderem Standpunkt als der Vorredner. Sie steht dem Gedanken des friedlichen Fortschritts durchaus freundlich gegenüber. Die Vorlage verlangt sehr weitgehende Vollmachten für die Regierung. Dagegen haben wir schwerwiegende Bedenken. Im Reichstag ist dem Bundesrat eine entsprechende Vollmacht zu Beginn des Krieges erteilt worden, jetzt aber liegen dreijährige Erfahrungen vor, und da ist wohl eine solche allgemeine Vollmacht nicht nötig, sondern die einzelnen notwendigen gesetzgeberischen Maßnahmen hätten angeführt werden können. Wieviel Beamte durch die Vorlage eigentlich gespart werden, darüber werden wir im Ausschuß noch eingehendes Material verlangen müssen. Falls die Reform nur Verbilligung und Vereinfachung bringt, würde sie nichts bedeuten, sie wird nur dann bedeutend sein, wenn sie, wie der Minister ausgeführt hat, auch materielle Verbesserungen der Rechtsverhältnisse herbeiführt. Speziell soll die Selbstverwaltung verbessert werden, indem der Staat ihr die Aufgaben abnimmt, die er bisher so vielfach für zu Unrecht aufgewälzt hat, und indem sie zweitens von den überflüssigen Fesseln befreit wird, in die sie durch die heutige Staatsaufsicht, die vielfach ein direktes Hineinmischen in alle Verhältnisse ist, befreit wird. Angesichts ihrer großen Leistungen für die Kriegsfürsorge dürfen die Gemeinden das mit Recht verlangen. Aber die Zurückdämmung des Bevormundungsgeistes verlangen die Gemeinden nicht nur in ihrem eigenen Interesse, es würde damit auch dem allgemeinen Interesse des Vaterlandes gedient sein.

Abg. **Künzer** (ntlb.): Der Tendenz des Gesetzentwurfes stehen wir sympathisch gegenüber. In erster Linie muß die Vereinfachung der Verwaltung angestrebt werden. Heute wird immer noch viel zu viel geschrieben, werden immer noch Berichte verlangt, die im wesentlichen nur die Akten füllen. In unserer Kriegswirtschaft leiden wir an einer Ueberorganisation. Im Rahmen dieses Gesetzes kann man allerdings keine allgemeine Verwaltungsreform durchführen. Zunächst erscheinen die Maßnahmen der Vorlage durchaus harmlos. Versenkt man sich aber in die Materie, so erschreckt man, ein wie ungeheures Blankoakzept die Regierung hier haben will. Das ist eine Auslieferung des gesamten Verwaltungsrechts an das Staatsministerium. Das geht zu weit. So etwas will auch die Regierung gar nicht. Warum verlangt sie eine so weitgehende Vollmacht? Schon heute gibt die Verfassung der Regierung ein weitgehendes Notverordnungsrecht, und sie macht Gebrauch davon. Wir wünschen eine Zusammenstellung der Maßnahmen, die die Regierung haben will.

Abg. **Adolf Hoffmann** (U. Soz.): Die Vorlage kommt reichlich 50 Jahre zu spät. An der Ausschußberatung werden wir uns beteiligen.

Die Vorlage geht an einen besonderen Ausschuß von 14 Mitgliedern.

Eingaben verschiedener Gemeindevorstände, die Schutz gegen Wildschaden fordern, werden nach kurzer Befürwortung durch den Abg. Wenke (Fortsch. Vp.) zur Erwägung überwiesen.

Eine Eingabe des Vereins der Wettermänner im Saargebiet um Gleichstellung und Erhöhung der Bezahlung der Wettermänner im ganzen Saarrevier wird nach kurzer Aussprache, an der sich die Abgg. Hue (Soz.) und Vogelsang (Ztr.) beteiligen, als Material überwiesen.

„Uebermäßiger Gewinn."

Eine Eingabe des deutschen Handelstages in Berlin fordert Klarstellung der Frage, was angemessener Preis und was übermäßiger Gewinn ist.

Abg. **Meyer**-Frankfurt: Wir halten eine vollständige Neuordnung des Kriegswucherrechtes für notwendig. Es müssen sorgfältige Bestimmungen getroffen werden, die vollständige Klarheit über den Willen des Gesetzgebers geben. Jetzt herrscht geradezu eine Rechtsnot des Kaufmanns. Nach und nach hat man alles, was es überhaupt gibt, zu den Gegenständen des täglichen Bedarfs gezählt. Zunächst alle Nahrungsmittel, auch den Kaviar. (Heiterkeit.) Alle Kleidungsstücke, auch englische Schneideranzüge, Bücher und Landkarten. Bei der jetzigen Rechtsnot des Handels ergibt sich, daß der ehrbare Kaufmann sich vom Handel zurückzieht, weil er nicht nur nicht bestraft, sondern auch nicht angeklagt und nachher freigesprochen werden will. Da verkriecht sich der Handel in die Schlupfwinkel, und dort holt ihn der Schleichhandel hervor, der durch keine moralischen Bedenken gehemmt ist, und der nur die Furcht vor der Strafe kennt.

Die Eingabe wird nach den Vorschlägen des Ausschusses teils als Material, teils zur Erwägung überwiesen.

Eine Eingabe fordert Aufhebung der Streichung des Studierenden Joel aus der Liste der Universität Berlin. Joel hat als Herausgeber einer Zeitschrift für Jugendbewegungen verschiedene Artikel verfaßt, die Mißfallen erregten, so soll er u. a. die deutschen Studenten im Felde verhöhnt haben. Aus der Liste der Studierenden wurde er gestrichen, weil er als Herausgeber einer Zeitschrift als Gewerbetreibender anzusehen sei.

Der Ausschuß beantragte Uebergang zur Tagesordnung, wobei die Streichung des Joel für nicht gerechtfertigt erklärt wird.

Abg. **Haenisch** (Soz.): In der Behandlung der ganzen Angelegenheit durch die Universität zeigte sich ein engherziger Geist, der in der Aera Schmidt hoffentlich dem Geiste wahrer akademischer Freiheit weichen wird. Auch das gehört zu der großen politischen Neuorientierung in Deutschland.

Der Ausschußantrag wird angenommen.

Nächste Sitzung voraussichtlich nicht vor Dienstag, den 6. November, da die Wahlvorlage nach einer Erklärung der Regierung nicht früher zu erwarten ist.

Schluß ¾5.

18. IX. 1917

58

Krieg um Elsaß-Lothringen?

Ueber alle anderen Fragen könnten wir uns verständigen; aber über Elsaß-Lothringen können wir mit unseren Feinden nicht verhandeln. So lautet die letzte Erklärung des deutschen Staatssekretärs v. Kühlmann über die Friedensfrage.

Keine Verständigung über alle anderen Fragen könnte uns genügen; solange Deutschland uns nicht Elsaß-Lothringen abtritt, kann vom Frieden keine Rede sein. So lautet die Antwort der französischen Staatsmänner.

So haben beide Regierungen die elsässische Frage in den Mittelpunkt der Erörterung gerückt; gerade die Frage, über die man sich am allerschwersten verständigen kann. Stellt man die Regierungserklärungen einander gegenüber, so erscheint jede Verständigung undenkbar, jede Hoffnung auf den Frieden eitel. Käme es wirklich nur auf die deutsche und auf die französische Regierung an, so müßte man sich heute schon mit dem Gedanken vertraut machen, daß jede weitere Erörterung der Friedensbedingungen zwecklos sei und der Krieg noch ein Jahr, vielleicht noch zwei oder drei Jahre fortgeführt werden müsse, bis sich die eine oder die andere der beiden Mächtegruppen gezwungen sieht, sich dem Willen der anderen zu unterwerfen.

Es ist natürlich kein Zufall, daß die deutsche wie die französische Regierung Elsaß-Lothringen als den einzigen oder doch den wichtigsten Kampfgegenstand, seine Erhaltung oder seine Eroberung als das eigentliche Kriegsziel hinstellen. Denn wenn man dem deutschen und dem französischen Volke sagt, daß sie um die Einzelheiten der Ordnung der belgischen oder der polnischen Frage oder gar um überseeischen Kolonialbesitz den Krieg fortsetzen sollen, so würde der Krieg in beiden Ländern an Volkstümlichkeit nicht gewinnen. Ein Krieg um Elsaß-Lothringen aber ist sicherlich der volkstümlichste Krieg, den Deutsche und Franzosen führen können. Den Deutschen erscheint er als ein Krieg gegen einen fremden Eroberer, der ein deutsches Land an sich reißen will, den Franzosen als der Rachekrieg, der die Demütigung, die Frankreich im Jahre 1871 erlitten, tilgen, ein Land, das zwei Jahrhunderte lang mit Frankreich verbunden war, ihm wiedergeben werde. Die Regierungen haben überall ein Bedürfnis, den kriegsmüden Völkern ein volkstümliches Kriegsziel zu zeigen, das die schweren Opfer lohnt; es ist also sehr begreiflich, daß die deutsche wie die französische Regierung den blutigen Völkerkampf zum Kriege um Elsaß und Lothringen zu stempeln bestrebt sind. Aber gerade weil man dieses Interesse der beiden Regierungen unschwer erkennt, wird man zweifeln dürfen, ob sie wirklich nur um Elsaß-Lothringen kämpfen; der Verdacht ist nicht ganz abzuweisen, daß man dem Volke Straßburg und Metz als Kampfobjekt weise, um es in Wirklichkeit zum Kampfe für ganz andere Ziele zu gewinnen.

Die deutsche und die französische Regierung sind darin einig, Elsaß-Lothringen als den eigentlichsten Kampfgegenstand hinzustellen; und sie stimmen auch darin miteinander überein, daß über die Frage, ob Elsaß-Lothringen dem Deutschen Reiche bleiben oder an Frankreich fallen soll, beileibe nicht die Bewohner des Reichslandes selbst entscheiden dürfen. Sie haben beide einleuchtende Gründe, die Entscheidung der Frage durch Volksabstimmung abzulehnen.

Elsaß-Lothringen ist unzweifelhaft ein deutsches Land. Nur in einem Teile Lothringens, in dem Gebiet um Metz, ist das Volk französisch. Im größten Teile des Landes sind Bauern, Handwerker und Arbeiter immer Deutsche gewesen. Zwar hat unter der französischen Herrschaft ein Teil des Adels und des reichen Bürgertums die französische Kultur angenommen, aber die Masse des Volkes hat sich stets deutsche Sprache und Art bewahrt. Der deutsche Charakter des Landes ist nach 1871 noch deutlicher ausgeprägt worden; hat doch die schnelle Entwicklung des Bergbaues, der Eisen- und der Textilindustrie Zehntausende deutscher Einwanderer aus allen Teilen des Reiches ins Land gelockt. Freilich, die guten Schwaben, die das Elsaß bewohnen, sind von der Regierung, die das Deutsche Reich ihnen auferlegt hat, nicht eben entzückt. Von preußischen Beamten läßt sich ein süddeutscher Stamm nun einmal nicht gern regieren; die Unzufriedenheit mit den preußischen Methoden hat im Lande die alten Sympathien für Frankreich erhalten, die sicherlich schon längst erloschen wären, wenn man dem Lande rechtzeitig Selbstregierung innerhalb des Reiches zugestanden oder es wenigstens durch Badenser statt durch Preußen regiert hätte. Aber die Opposition gegen das preußische Regierungssystem macht schließlich deutsche Bauern und Arbeiter noch nicht zu Franzosen. Könnte Elsaß-Lothringen abstimmen, ob es zu Deutschland oder zu Frankreich gehören will, so würde die Mehrheit des Volkes gewiß für Deutschland entscheiden. Man begreift, warum die französische Regierung von einer Volksabstimmung nichts hören will; warum sie deklamiert, die „Wiederherstellung des Rechtes" müsse unbedingt erfolgen, also unabhängig von der Bedingung, daß diejenigen, um deren Recht es geht, sie wünschen; warum selbst demokratische Franzosen, die die Volksabstimmung nicht offen abzulehnen wagen, sie nur unter Bedingungen zulassen möchten, die einen sehr großen Teil der Bewohner des Landes von der Entscheidung ausschließen und viele, die seit Jahrzehnten nicht mehr in dem Lande wohnen, zu ihr heranziehen würden.

Nun könnte man meinen, daß eben die Gründe, die die Volksabstimmung für Frankreich unannehmbar machen, sie der deutschen Regierung empfehlen würden. Aber wer so denkt, der kennt die deutsche Regierung schlecht. Volksabstimmung? Das erinnert doch an Garibaldi und Mazzini, das riecht nach Demokratie und Revoluzzerei! Das wäre ja geradezu eine Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker! Wer kann der königlich preußischen Regierung dergleichen zumuten? Auf solchem Wege kann also — darüber ist die deutsche Regierung mit der französischen einig — die Streitfrage nicht entschieden werden. Bleibt also nichts anderes übrig, als den Krieg fortzusetzen!

Also noch ein Jahr Krieg, vielleicht noch zwei Jahre — Krieg um Elsaß-Lothringen! Für uns Deutsche hat dieser Krieg einen guten Sinn; unser Gefühl bäumt sich auf gegen den Gedanken, daß auf dem Straßburger Münster die französische Trikolore wehen soll. Und auch für die Franzosen geht es um eine große Sache; für sie ist Straßburg das Ziel einer alten volkstümlichen Sehnsucht, das Symbol der Wiederherstellung ihrer alten Größe. Aber schließlich führen wir Deutsche und die Franzosen diesen Krieg doch nicht allein. In beiden Lagern kämpfen viele andere Völker, für die Elsaß und Lothringen mit keinen großen nationalen Erinnerungen verknüpft sind, keine nationalen Gefühle wecken. Was werden Engländer und Yankees, Russen und Italiener, Slaven und Magyaren, Bulgaren und Türken wohl denken, wenn man ihnen sagt, daß sie den Krieg fortsetzen, das Blut ihrer Söhne und das Gut ihrer Bürger opfern sollen für nichts anderes als Elsaß-Lothringen? Schon schreibt die „Rabotschaja Gazetta", das Blatt der Menschewiki, des rechten, gemäßigtesten Flügels der russischen Sozialdemokratie, man könne dem russischen Volke nicht zumuten, für eine Sache weiterzukämpfen, die schließlich doch nur Deutsche und Franzosen angeht. Daß Frankreich ein Land wiederbekommt, in dem Deutsche die Mehrheit des Volkes sind, wird nicht nur den Russen, wird auch den anderen Völkern der großen Weltkoalition, die gegen uns im Kampfe steht, nicht als ein Ziel erscheinen, das die schweren Opfer des Kampfes lohnt.

Man stelle sich einmal vor, daß die Mittelmächte ihre Verbündeten förmlich und öffentlich zu Friedensverhandlungen einladen und in dieser Einladung ausdrücklich sagen, daß sie keinen Ländererwerb und keine Kriegsentschädigung fordern und keinem Volke, das bis 1914 selbständig war, seine Freiheit beschränken wollen! Glaubt man vielleicht, daß die russische Regierung diese Einladung ablehnen könnte — ablehnen mit der Begründung, das russische Volk wolle und müsse weiterkämpfen, bis sich Deutschland bereit erklärt, Straßburg den Franzosen abzutreten? Glaubt man wirklich, daß sich die russischen Arbeiter und Soldaten die Ablehnung der Friedensverhandlungen mit solcher Begründung gefallen lassen würden? Und würde es der englischen, der amerikanischen, der italienischen Regierung leicht, eine solche Ablehnung eines Friedensangebots vor ihren Völkern zu verantworten? Nein, wenn Deutschland wirklich nichts anderes will, als sich Elsaß-Lothringen zu erhalten, dann braucht darum der Krieg

18/X. 1917

Wiederzusammentritt der italienischen Kammer.

Wien, 17. Oktober.

Die italienische Kammer ist wieder zusammengetreten. Die unausbleibliche Krise des Kabinetts ist in der Eröffnungssitzung noch nicht akut geworden. Nach einer Rede Boselli's, die inhaltlich nach dem vorliegenden Bericht nichts besagte, ist die Erörterung der Regierungspolitik bis zur Budgetberatung verschoben worden. Der Sozialist Enrico Ferri hat seinen Friedensantrag, von dem schon die Rede war, eingebracht; er verlangt im wesentlichen einen Verständigungsfrieden. Die Debatten dürften in den nächsten Tagen recht lebhaft werden.

Eine Erklärung Boselli's.

Rom, 16. Oktober.

Die Agenzia Stefani meldet: Die Kammer hat ihre Arbeiten wieder aufgenommen.

Die Tagung wurde vom Kammerpräsidenten Marcora mit einer Ansprache eröffnet, in der er ausführte, daß die militärischen Anstrengungen Italiens nicht zu einem deutschen oder unentschiedenen Frieden, sondern zu einem siegreichen Frieden führen müßten, der die völlige Einigung Italiens verwirkliche.

Ministerpräsident Boselli schloß sich den Erklärungen des Präsidenten Marcora namens der Regierung an und führte aus, Italien habe den Krieg für seine nationalen Ansprüche unternommen und werde in diesem Sinne bis zum vollständigen Siege innig und unlöslich mit den Verbündeten vereint bleiben. Die italienische Politik sei auf der Hut gegen Illusionen, welche man unter dem Vorgehen erwecke, den Frieden des Rechtes und der Gerechtigkeit anzunähern, während man vielmehr den Frieden entferne. Die Feinde sprechen vom Frieden, streben aber an, Zwietracht unter den Verbündeten zu säen, bei den Völkern falsche Hoffnungen zu verbreiten und die Kräfte der für Freiheit und Demokratie kämpfenden Völker zu zersetzen. Italiens Soldaten gehen von Sieg zu Sieg und seien fähig, alle Proben zu bestehen. Der König von Italien habe kürzlich nach Frankreich und Belgien den Gruß der gestrigen, heutigen und morgigen Verbrüderung der siegreichen italienischen Waffen mit den siegreichen verbündeten Waffen überbracht. Die Regierung sorge dafür, daß der Geist im Lande nicht niedergedrückt werde und Eintracht herrsche, wie sich diese im Hinblick auf diejenigen gezieme, welche für das Vaterland kämpfen und sterben. Das Parlament möge dem Volke den Weg der Eintracht weisen und abermals mögen die Feinde lernen, daß Italien unbesiegbar sei. (Beifall.)

Ein Mißtrauensantrag der Sozialisten.

Nachdem sodann über die seit der letzten Tagung erfolgten Personalveränderungen im Ministerium Mitteilung gemacht und vom Schatzminister der Gesetzentwurf, betreffend ein viermonatiges Budgetprovisorium, vorgelegt worden war, ergriff der sozialistische Abgeordnete Modigliani das Wort, um sein Befremden darüber auszusprechen, daß die Regierung abermals gewagt habe, vor dem Parlament so leeres Stroh zu dreschen. Die Mitteilungen über die Personalveränderungen im Ministerium genügten immerhin, um anzuzeigen, welche Krise der Desorientierung und der Mangelhaftigkeit die Regierung durchmache. Namentlich die Frage der Approvisionierung und des Verbrauches habe ihre grundlegende Bedeutung für das Geschick des ganzen Landes unheimlich offenbart und das Parlament dürfe dem Ministerium nicht erlauben, durch einen Personenwechsel oder durch allerlei sonstige Vertuschungen und Verschiebungen den Tatbestand zu verschleiern und die Verantwortung abzuschieben. Damit, daß man den Generalkommissär Canepa dem persönlichen Interesse des Ministers des Innern Orlando und anderer Minister geopfert habe, sei nichts erreicht worden. Auch die Vereinbarungen mit den Verbündeten über die Approvisionierung Italiens scheinen nichts zuwege zu bringen. England gebe nichts heraus, was es für sich selbst brauche.

Der Präsident unterbricht den Redner mit den Worten: Diese Ausführungen gehören nicht zur Tagesordnung.

Abgeordneter Modigliani: Der Weihrauch Ihrer hysterischen Lobreden gehört auch nicht hieher! Die Kammer müsse auch wissen, mit welchem Recht in den Provinzen Alessandria, Genua und Turin der Belagerungszustand erklärt und von der obersten Heeresleitung politische Aeußerungen und Strafandrohungen selbst gegen Bürgerliche in einer bürgerlichen Angelegenheit gemacht worden seien. Das Parlament beanspruche ein Kontrollrecht auch über die oberste Heeresleitung. Hoffentlich werden nunmehr die Behauptungen von einer angeblichen nationalen Eintracht von ersprießlichen politischen Debatten abgelöst, damit Italien einen Ausweg aus dem Kriege finde.

Gegen den Antrag des Abgeordneten Modigliani über eine Tagesordnung, welche besagt, daß die Regierung nicht zureichende Achtung vor den parlamentarischen Vorrechten habe, abzustimmen, erhob der Ministerpräsident Einwendungen, welche darauf hinausliefen, daß die Veränderungen im Ministerium das Wesen des Kabinetts nicht berührt haben und die Erörterung des Budgetprovisoriums

Fremdenblatt

Ein neutraler Staatsmann über die Antwortnoten der Zentralmächte.

Aeußerungen des holländischen Staatsministers de Savornin-Lohman.

(Von unserem Korrespondenten.)

Haag, 4. Oktober.

Ich wandte mich an Staatsminister A. F. de Savornin-Lohman, den Alterspräsidenten der Zweiten Kammer, Führer der Christlichnationalen Partei, Chefredakteur des „Nederlander", den gefeierten Staatsmann Hollands, mit der Bitte um ein Urteil über die Antwortnoten Oesterreich-Ungarns und Deutschlands. In seinem stillen Gelehrtenzimmer im Haag empfing mich der Nestor holländischer Politik in äußerst entgegenkommender Weise. Rüstig, trotz hohen Alters, wie ein Baum in Gottes freier Natur, steht der greise Minister in seinem Zimmer vor dem Arbeitstische und lädt den Besucher zum Platznehmen ein.

Exzellenz de Savornin-Lohman sitzt vor mir und erklärt: „Sie kommen mir gerade gelegen, da (er zeigt gerade auf einen mit Schriftzügen bedeckten Papierbogen) habe ich soeben einen Artikel über das von Ihnen gewünschte Thema geschrieben. Er erscheint in meinem Blatte. Wenn Sie wünschen, bin ich bereit, die Publizierung desselben im „Fremden-Blatt" unter meinem Namen zu gestatten.

Zwei Punkte will ich hier hervorheben: Erstens ist es verkehrt, wenn man den Antwortnoten der Zentralmächte vorwirft, daß sie sich in Einzelheiten nicht einlassen, resp. daß sie die Fragen: Belgien, Elsaß-Lothringen, Polen nicht ausdrücklich erwähnen. Der bisherige Zustand beruht ja auf Macht, und es ist der Grundgedanke der päpstlichen Note, an die Stelle des Machtprinzipes die moralische Kraft des Rechtes zu setzen. Ist einmal dieses fundamentale Prinzip anerkannt, so fließen daraus von selbst alle anderen Rechtsordnungen. Und bei gutem Willen und Entgegenkommen ergeben sich die Lösungen in selbstverständlicher Weise. Wie kann man sich als Anhänger des Rechtsprinzipes erklären und verlangen, daß, ehe es noch durchgeführt wird, schon auf Grund des bisherigen, durch das Schwert geschaffenen Zustandes und konsequenterweise seiner Grundprinzipien die Einzelfragen, wie Elsaß-Lothringen, Belgien, Serbien, Polen, schon jetzt gelöst werden; das Wichtigste aber, die Basis der ganzen neuen Ordnung, erst in der Zukunft eingeführt werde. Das hieße ja verlangen, daß der Baum von der Krone aus wachse!

Und zweitens fällt mir bei der Antwortnote Deutschlands besonders die Stelle auf, in der es heißt, Deutschland suche innerhalb seiner nationalen Grenzen die freie Entwicklung geistiger und materieller Güter, außerhalb des Reichsgebietes den ungehinderten Wettbewerb und dieselbe Achtung wie die andern Nationen. Enthalten diese Worte nicht implicite einen Wink, daß Deuschland Belgien die Unabhängigkeit und Freiheit der Entwicklung zurückgeben will? Und anderseits bin ich geneigt, in diesen Worten den Willen zu erkennen, daß Elsaß-Lothringen deutsches Reichsgebiet bleiben müsse.

Diese Bemerkung zur Orientierung. Wer hier haben Sie den Artikel; er steht zur Verfügung Ihres Blattes:

„Stellt man sich auf den Standpunkt von Pazifisten oder von Mitgliedern des Antioorlogsrates, dann gibt die Antwort Deutschlands und Oesterreich-Ungarns tatsächlich wenig Anhalt. Aber die Zentralmächte können sich auf jenen Standpunkt nicht stellen. Sie sind noch immer Tag und Nacht in blutigem Ringen mit einer Uebermacht, deren Kriegsziel ist: Die Vernichtung Deutschlands. Deutschland (Oesterreich-Ungarn wird in diesem Zusammenhang selten genannt) sei die Ursache aller Verwüstungen und Mordtaten; es bedrohe die Welt ununterbrochen mit Krieg und Eroberung, es schände Traktate usw. usw.

In letzter Zeit wurde von amerikanischer Seite das Postulat hinzugefügt: die Hohenzollern müssen fort! Deutschland muß demokratisch werden und den reinen Parlamentarismus einführen! Frankreich will Elsaß nicht annektieren, sondern bloß „desannektieren". Erst wenn das alles erreicht sein wird, soll die Welt mit einer internationalen Rechtsordnung bereichert werden, die jeden Krieg unmöglich machen würde. Rußland nur äußert sich in letzter Zeit nicht mehr über sein Kriegsziel. Es hat die Hände voll zu tun, um sein Land der funkelnagelneuen Demokratie anzupassen.

Die Zentralmächte müssen nun klar und in Zusammenhang mit den Forderungen der Gegenparteien erklären, was sie nicht, und was sie ja wollen; sie dürfen sich jedoch dabei die Hände nicht binden für den Fall, als die Gegenpartei ihre Vorschläge verwerfen sollte.

Daß sie die Bedingungen eines „Ententefriedens", welcher mit vollkommener Selbstvernichtung Deutschlands gleichbedeutend wäre, und dieses Reich durch Auferlegung einer neuen Konstitution zu einer Macht dritten Ranges herabdrücken würde, nicht annehmen können, und eher das deutsche Volk sich totkämpfen lassen müsse, ist nur natürlich. Gibt es denn unter den Ententemächten jemanden, der es redlicherweise anders erwarten würde?

Aber was wollen die Zentralmächte? Ihr wollt, sagen sie zu der Entente in den letzten Noten, einen dauernden Frieden, einen Frieden, der das Völkerrecht auf Recht gründet und nicht auf Macht. Nun denn, wir sind damit einverstanden! Wir bestreiten natürlich, daß der deutsche Kaiser den Frieden je nicht gewollt hat. Aber wir behaupten nicht, daß ihr allein die Schuld tragt. Sondern wir sagen nur, daß „ein verhängnisvolles Zusammentreffen von Ereignissen im Jahre 1914 plötzlich den vielversprechenden Entwicklungsgang gehemmt und Europa in ein blutiges Schlachtfeld verwandelt hat." Die Schuldfrage wird also hier ausgeschaltet, und mit Recht; denn wer wäre kompetent, als Richter darüber zu entscheiden?

Wir berufen uns, sagen die Zentralmächte weiter, jetzt auch nicht mehr auf die Kriegskarte, und lassen also auch die Frage, wer in diesem Augenblick als Sieger gelten soll, ganz unberührt. Wir sind bereit, an dem Werke mitzuarbeiten, welches ihr verwirklichen zu wollen behauptet: Auch wir wollen an die Stelle der materiellen Waffengewalt die sittliche Macht des Rechtes setzen. Und wir sind von dem Bewußtsein durchdrungen, „daß der kranke Körper der menschlichen Gemeinschaft nur durch Stärkung der moralischen Kraft genesen kann", und daraus folgt, nach der Ansicht des Papstes, eine zwingende Schlußfolgerung, der sich die Nationen nicht widersetzen können: gleichzeitig die Reduzierung der Streitmächte in allen Staaten und die Einsetzung eines verbindlichen Schiedsgerichtes für internationale Streitigkeiten. Wir teilen den Standpunkt des Papstes, daß bestimmte Rechtsnormen und Garantien für eine gleichzeitige und gegenseitige Einschränkung der Rüstungen zu Land, zur See und in den Lüften, daß der gemeinsame Besitz der hohen See die Punkte sind, bei deren Behandlung die neue Ordnung, die fortan in den Verhältnissen zwischen den Staaten herrschen soll, sich zuerst verwirklichen müssen.

Ausführlich weist die deutsche Note auf die Segnungen eines auf dieser Grundlage geschlossenen Friedens für alle Völker hin, und sie behauptet, daß es dann nicht schwierig sein wird, die noch ungelösten Streitpunkte so zu ordnen, daß jedem Volke befriedigende Existenz- und Entwicklungsbedingungen verschafft werden können.

In demselben Geiste spricht die österreichisch-ungarische Antwort.

Wir haben also ein sehr bestimmtes Programm, welches als Grundlage eines künftigen Friedens dienen kann. Es ist nur selbstverständlich, daß dieses Programm dem endgiltigen Friedensschlusse vorausgehen müsse und nicht bloß Zukunftsmusik sein darf.

Wird dieses Programm ehrlich durchgeführt, so kann es für alle Staaten von Nutzen werden. Ja, es müßte ein Jubel unter den Völkern über dieses Programm entstehen, weil aus dem schrecklichsten aller Kriege ein großer Segen für die Menschheit ersprießen würde.

Vielleicht werden die Ententemächte, die, wie befremdlich das auch klingen mag, mit dem gesetzlichen Haupte des Deutschen Reiches (das sich ja ganz nach der Konstitution seines Landes verhält) sich weigern, einen Frieden ohne Mitwirkung der Volksvertretung zu schließen . . . Die deutsche Antwortnote schneidet aber auch diesen Einwand ab, indem sie ausdrücklich mitteilt, daß die kaiserliche Regierung die besonderen Maßnahmen, welche ihren Wunsch bekunden, brauchbare Grundlagen für einen dauernden Frieden zu finden, in engstem Kontakt mit den Vertretern des deutschen Volkes getroffen hat.

Aber „der deutsche Militarismus" . . .? Ich antworte: Wird das Programm, welches in den Antwortnoten der Zentralmächte enthalten ist, von allen Kriegführenden akzeptiert, dann fällt auch dieser berüchtigte „preußische Militarismus"; denn dann hat ihn ja Deutschland gar nicht mehr nötig. In vielen Punkten stimmt dieses Friedensprogramm mit dem überein, was der liberale Engländer Morel in seinem Buche „Truth and the War" als die einzig mögliche Lösung angibt.

Von diesem Fundament ausgehend, wird man viele schwierige Fragen verhältnismäßig leicht lösen können. Anderseits wird von Annexion, die auf Kriegsrecht, das heißt auf Macht und nicht auf dem Rechte beruht, keine Rede mehr sein und die Souveränität eines jeden Landes, also auch Belgiens, wird anerkannt werden müssen. Dahin scheint mir das zu zielen, was wir an einer anderen Stelle der deutschen Note finden, wo es heißt, daß Deutschland innerhalb seiner nationalen Grenzen die freie Entwicklung geistiger und materieller Güter suche, außerhalb des Reichsgebietes den ungehinderten Wettbewerb und dieselbe Achtung wie die anderen Nationen.

Auch die Frage Elsaß-Lothringens dürfte nach diesen Prinzipien gelöst werden können. Die Lösung der Entschädigungsfrage — als Vergütung und nicht als Strafe — dürfte sich auf diese Weise unter Beachtung der anerkannten Prinzipien ergeben.

Sind die deutsch-österreichisch-ungarischen Noten voller Ernst — und niemand darf daran zweifeln — dann werden auch die Hindernisse entfallen, die jetzt den freien Verkehr unter den Völkern gehemmt haben und nur zu oft zu Reibungen, Mißgunst und Kriegen Anlaß waren. Die An-

Die Zeit

21./X. 1917

Weiter kriegsbereit?

Von Hofrat Prof. Dr. Lammasch
Mitglied des Herrenhauses.

„Weiter kriegsbereit!" ist die Parole, mit der Generalleutnant Freiherr v. Freytag-Loringhoven, der stellvertretende Chef des preußischen Großen Generalstabes, das Schlußkapitel seines inhaltreichen und geistvollen Buches „Folgerungen aus dem Weltkriege" (Mittler, Berlin 1917) überschreibt. Damit steht dieses Buch in schroffstem Gegensatz zu dem Programm, das nicht nur Graf Czernin, sondern auch Dr. Michaelis aufgestellt hat. Nicht nur von einer Einschränkung der Rüstungen gegenüber dem Maße der letzten Friedensjahre will Herr v. Freytag nichts wissen, sondern er fordert ausdrücklich eine Erhöhung dieses Maßes. Denn „unsere Rüstung hat sich nachträglich als nicht ausreichend" herausgestellt. Daher gilt es, „aus dieser Tatsache die Lehre zu ziehen, daß wir in Zukunft unter Hintansetzung entgegenstehender Bedenken das Mißverhältnis zwischen dem zu Fordernden und dem im Kriege zu Leistenden keinesfalls wieder so groß werden lassen dürfen, wie es im Weltkrieg war". „Der Krieg hat uns erkennen lassen, daß rechtzeitig gebrachte Mehrausgaben für das Heer sich gelohnt hätten. Wir würden alsdann im Kriege nicht nur manche Milliarde gespart, sondern voraussichtlich auch weit geringere Menschenopfer haben darzubringen brauchen." Darum darf „unter das Maß der derzeitigen Dienstzeit nicht herabgegangen werden", und die Forderungen, die (in Beziehung auf Flotte und Landheer) an den Reichstag gestellt worden sind, bildeten ein schwaches Mindestmaß des Wünschenswerten. „Ein dauerhafter Friede ist nur durch eine starke Rüstung verbürgt."

Aber hat uns nicht die Geschichte der letzten vierzig Jahre gezeigt, daß jede Rüstungsverstärkung des einen Staates durch eine entsprechende Rüstungsverstärkung zum mindesten aller seiner Nachbarn, oft aber auch noch durch eine solche in räumlich weit entfernten Ländern erwidert und ausgeglichen wird? Und kommt es doch nicht auf die absolute, sondern nur auf die relative Stärke der betreffenden Staaten an?

Gewiß wäre es eine Verkennung der Wirklichkeit, anzunehmen, daß man den Krieg durch Verträge völlig aus der Welt schaffen könne. Zweifellos aber ist es möglich, durch Mittel, die in der Hand der Staaten und ihrer Lenker gelegen sind, durch eine Neuorientierung des die innere und die auswärtige Politik beherrschenden Geistes, unter anderem auch durch das Medium der Staatsverträge, dieses irrationellste aller Mittel zur Erlangung dessen, worin ein Volk seine Lebensbedingungen sucht, soweit zurückzudrängen, daß es zur Ultima ratio wird, zu der erst gegriffen werden darf, wenn alle anderen Mittel versucht wurden und versagt haben. Wer hält heute noch den konfessionellen Gegensatz für einen solchen, der zum Kriege berechtigen würde? Und warum sollte der nationale Gegensatz eher dazu berechtigen als jener? Warum sollte die Erlösung der Zunge wichtiger sein, als die der Seele, das Schwert zur Verwirklichung der Sätze: cujus lingua, illius regio: cujus regio, illius lingua, gezogen werden dürfen? Aber auch der andere Hauptgrund der modernen Kriege, der Kampf der Mächte um Kolonien, Protektorate, Einflußsphären usw. außerhalb ihres Kontinents, kann vor einer Weltordnung nicht bestehen, in der nicht die wenigen herrschen, sondern in der die Herrschaft wirklich auf das Volk übergegangen sein wird. Denn, wer drängt die Regierungen in diesen Kampf? Doch nur jene Großindustriellen, jene Schiffahrtgesellschaften, jene Banken, die aus der „friedlichen Durchdringung" kulturell zurückgebliebener Gebiete und Völker, wie sie euphemistisch deren Aussaugung nennen, für sich unermeßliche Vorteile ziehen, von denen doch nur Bruchteile auf den Staat und das Volk in Gestalt erhöhter Steuern und erhöhter Löhne entfallen, Beträge, die aber schon in Friedenszeiten nicht selten für Staatswirtschaft und Volkswirtschaft durch die Kosten jener imperialistischen Politik überwogen werden, deren Gewinn zudem aber jene ökonomische Rivalität unter den Staaten erzeugt, aus der die Kriege der neuesten Zeit zumeist entstehen.

Durch Einigung der Staaten zur Befriedigung berechtigter nationaler Aspirationen, infolge deren die politische Irredenta zur kulturellen Diaspora wurde, zu einer Wirtschaftspolitik, die der individuellen Tätigkeit überall die Türen öffnen, der monopolistischen Ausbeutung aber verschließen würde, könnten die heute fast allein noch in Betracht kommenden Kriegsursachen ausgeschaltet werden. Die etwa sonst noch entstehenden Gegensätze könnten leicht entweder nach anerkannten Regeln des Völkerrechtes durch Schiedsgericht entschieden oder durch billigen Vergleich geschlichtet werden. Verständige Nationalitätenpolitik, auf das Wohl des Volkes und nicht bloß einzelner bedachte Wirtschaftspolitik, ein internationaler Verständigungsrat, wie er von so vielen gefordert wird, und Schiedsgericht können in vernünftigem Zusammenwirken unter Nationen des gleichen Kulturkreises den Kriegen vorbeugen. Das ist der alte Gedanke der Civitas christiana, dessen Verwirklichung Rom und Stockholm, die größte geistige und die größte materielle Macht sich zum Ziele setzen. Bleiben sie einig, so wird es des Wetteifers in den Rüstungen fürderhin nicht mehr bedürfen, selbst wenn er möglich wäre. Er wird aber nicht möglich sein, nicht bloß aus stofflichen Gründen, aus Mangel an Geldmitteln und an dem, was man so entwürdigend das Menschenmaterial nennt, sondern auch aus der Erkenntnis heraus, daß Rüstungen die Völker nur mit dem Geiste des Mißtrauens gegeneinander erfüllen, daß sie aus Furcht vor einem plötzlichen Ueberfall von seiten eines präsumtiven Gegners zum Ueberfall auf diesen drängen. Wenn irgendeine „Folgerung aus dem Weltkrieg" und dessen Vorgeschichte zu ziehen ist, so ist es, ganz im Gegensatz zu der Annahme des Freiherrn v. Freytag, die, daß der bluttriefende Satz „Si vis pacem, para bellum" gründlichst abgewirtschaftet hat. Zum Frieden kann vielmehr nur ein Weltbund führen, der auf gewissen, gemeinsam anerkannten Grundsätzen der Nationalitätenpolitik und Wirtschaftspolitik, auf Rüstungsbeschränkungen und auf einer Organisation zu friedlicher Schlichtung von Streitigkeiten aufgebaut ist. Ein solcher Weltbund ist weder „hassenswert, wie die Idee eines Weltreiches" noch eine „unerträgliche Bevormundung eines selbstbewußten großen Volkes", wie Herr von Freytag im Anschluß an Treitschke und andere Gewaltanbeter meint. Freilich wird, um ihn begründen zu können, der starre Souveränitätsbegriff durchbrochen werden müssen, wird „jeder Staat etwas von seiner Selbständigkeit aufgeben müssen, um den Weltfrieden zu sichern". Diese Erkenntnis, die in der Theorie des Völkerrechtes schon längst ein Gemeinplatz ist, hat nun auch, und zwar als der erste unter den praktischen Staatsmännern, Graf Czernin ausdrücklich als Leitmotiv für die Politik der Zukunft aufgestellt. Durch diese Einschränkung seiner Souveränität verliert der Staat aber nichts; denn für das, was er aufgibt, tauscht er die Sicherheit ein, die er gleichzeitig dem anderen gewährt. Nur der könnte einen Verlust besorgen, der die Gewißheit hätte, daß er unter allen Umständen und für alle Zeiten stärker sein würde als jede mögliche Koalition, die gegen ihn entstünde. Diese Gewißheit aber kann keiner haben. Wenn jede Rechtsordnung eine wechselseitige Versicherungsgesellschaft ist, so auch die des Völkerrechtes. Die schrankenlose Souveränität gehört der Vergangenheit des Absolutismus an. Wie die unbeschränkte Selbstherrlichkeit des Individuums im Staate sich dem Gesetz unterordnen muß, so muß die Selbstherrlichkeit der Staaten sich dem Vertrag unterordnen. Auf die Dauer aber gewähren Gesetz und Vertrag größere Sicherheit als die Selbsthilfe. Auch die fehdeberechtigte Ritterschaft des Mittelalters hat lange der Erkenntnis widerstrebt, daß Gesetz und Gericht ihr besseren Schutz gewähren als das Faustrecht. Diese Erkenntnis dämmert endlich auch unter den Staatsmännern auf. Darum wird der Appell des Freiherrn v. Freytag an die Fortdauer des Faustrechtes bei Neuordnung der Welt auf dem Friedenskongreß kein Gehör finden, die Weltgeschichte wird über ihn zur Tagesordnung übergehen.

Neue Freie Presse
21./X. 1917

Die Friedensfrage.

Vom Grafen Julius Andrassy.
K. u. k. Geheimer Rat, königlich ungarischer Minister a. D.

(Siehe Nr. 19069, 19076, 19083 und 19090 der „Neuen Freien Presse" vom 23. und 30. September sowie 7. und 14. Oktober.)

Budapest, 19. Oktober.

Das schlagende Argument dagegen, daß wir uns prinzipiell dauernd für einen Frieden ohne Eroberung und Entschädigung binden, ist, daß die Wiederherstellung des Status quo ante nicht in unserem Interesse und nicht im Interesse des künftigen Friedens und Europas liegt. Ich führe nur zwei Beispiele an, um zu beweisen, daß der frühere Zustand dem Zukunftsinteresse nicht entspricht: das eine Beispiel bezieht sich auf die polnische Frage, die nicht in dem Zustand vor dem Kriege bleiben kann. Polen ist eine Notwendigkeit für das europäische Gleichgewicht. Polen kann nicht in drei Teile geteilt ohne jedes nationale Dasein verbleiben. Darüber gibt es auch in den feindlichen Lagern keine Meinungsverschiedenheit. Ich persönlich bin davon überzeugt, daß es in gleicher Weise im Interesse Polens, Europas und der Mittelmächte liegt, daß Russisch-Polen mit Galizien vereinigt und unter Wahrung seiner Staatlichkeit ein Teil der Habsburg-Monarchie werde. Aber wie ich auch über dieses Detail denken mag, es ist Tatsache, daß die Wiederherstellung der alten Grenzen schon wegen dieser einen Frage unmöglich geworden ist. Auch auf dem Balkan läßt sich der alte Zustand nicht wieder herstellen. Es ist unmöglich, daß das besiegte Serbien Mazedonien zurückbekomme und das siegreiche Bulgarien es verliere. Das bedeutete einen neuen Krieg in naher Zukunft. Auch das ginge nicht an, daß Serbien in seiner alten Gestalt wieder aufgerichtet werde, denn dann wäre der Friede nur ein kurzer Waffenstillstand und die Reform des internationalen Rechtes ein bloßer Zeitverlust. Ein Wiedererwecken der miteinander unvereinbaren politischen Gedanken würde den Frieden von neuem gefährden. Ein durch Verständigung und Vereinbarung zustande gebrachter Friede würde, sofern er in jenem Geist der Mäßigung und Billigkeit geschlossen würde — der schon deshalb geboten erscheint, da heute keine der Parteien befehlend auftreten kann — die friedliche Zukunft besser wahren, als die Einhaltung einer schroffen, leblosen Formel. Der Gedanke der Verständigung kann auch leichter zum Frieden führen, als ein vorheriger Verzicht auf Eroberungen, denn es ist leichter eine Verständigung der kriegführenden Parteien zu erreichen, wenn eine Grenzberichtigung erfolgen kann, wenn nicht jedes besetzte Gebiet ipso jure zurückgegeben, als wie wenn man den Status quo ante wiederherstellen muß. Ein Frieden ohne Eroberung und ohne territoriale Aenderung ist eine der Möglichkeiten der Verständigung, aber bloß eine der Möglichkeiten. Es wäre ein schwerer Fehler, wenn wir uns unter Ausschluß der übrigen an eine der Möglichkeiten binden würden, und zwar an diejenige, deren Verwirklichung weder die vorteilhafteste, noch die leichteste ist. Die Ententesozialisten haben alle das Prinzip des Friedens ohne Eroberung und Entschädigung angenommen, trotzdem bekennen sie sich zu einem so abweichenden Standpunkt, daß sie eben infolge dieser Abweichung gezwungen waren, den Stockholmer Friedenskongreß zu vertagen, so daß diesem ihrem prinzipiellen Standpunkt keinerlei praktischer Wert innewohnt.

Auch sehe ich in dem Frieden ohne Eroberung und ohne Entschädigung keine solche Wahrheit, keine solche richtige moralische Grundlage, welche ohne Rücksicht der Zweckmäßigkeitsfrage von uns unbedingte Anerkennung finden könnte. Dieses Prinzip wäre nach einer Reformierung des internationalen Rechtes richtig, wenn die Staaten ihre Interessenkonflikte von nun ab nicht durch Waffengewalt, sondern auf schiedsgerichtlichem Wege erledigen würden und wenn der Krieg höchstens der Vollzug des durch den internationalen Areopag ausgesprochenen Urteils wäre, obwohl auch das international gefällte Urteil einen Gebietsverlust und die Verpflichtung der Entschädigung aussprechen könnte. Ja man müßte die Kosten eines Krieges, der durch hartnäckigen Widerstand gegenüber dem schiedsgerichtlichen Urteil hervorgerufen würde, prinzipiell auf die verbrecherische und verurteilte Partei überwälzen, denn ein Unterbleiben der Sühne würde nur zum Widerstand und Ungehorsam aneifern.

Solange aber jene Auffassung des internationalen Rechts besteht, wonach jeder Staat berechtigt ist, mit Waffengewalt seine Ansprüche zu befriedigen, solange demnach in Verbindung mit diesem Recht die Möglichkeit und die formelle Berechtigung eines unberechtigten, aggressiven Angriffs besteht, so lange wäre es ungerecht und unzweckmäßig, von derjenigen Partei, die angegriffen wurde, die durch aggressive Politik in den Krieg hineingezwungen wurde, zu verlangen, daß sie nach einem um den Preis schmerzlicher Leiden errungenen Sieg nicht einmal jene Gebiete erwerben dürfe, deren Besitz sie im Falle eines ähnlichen Angriffs in der Zukunft schützen könnte und daß sie nicht das Recht haben soll, für diejenigen Opfer Entschädigung zu fordern, die ihr durch das Verbrechen anderer auferlegt wurden, oder für jene Schäden, welche ihr durch andere verursacht wurden. Diese Beschränkung ist sosehr im Gegensatz mit der Logik des gegenwärtig bestehenden Rechts, daß es gewöhnlich bloß auf dem Papier bleiben würde und bloß dazu geeignet wäre, ausgespielt zu werden.

Die große französische Revolution hat einmal schon ein Experiment zur Verwirklichung dieses heute so oft betonten Grundsatzes gemacht. In der ersten sogenannten goldenen Epoche der Revolution, als die Franzosen noch der Meinung waren, man könne mit ein wenig Mut und gutem Willen gar leicht das Eldorado auf Erden verwirklichen, gar leicht die Brüderlichkeit, Gleichheit und Freiheit und den ewigen Frieden durch gesetzliche Inartikulierung tatsächlich ins Leben treten lassen, wurde der Satz in die Verfassung aufgenommen, daß Frankreich keine Eroberungen mehr machen werde. Aber in kurzer Frist wurde man diesem Passus untreu. Kaum wurde die Tinte trocken, mit der Ludwig XVI. diesen Satz sanktionierte, kaum war Frankreich in einen Krieg verwickelt, so schritt man bereits darüber zur Tagesordnung. Noch bei Beginn des Krieges wurde in feierlichem Beschluß erklärt, daß Frankreich selbst im Falle eines Sieges keine „Entschädigung" und keine Rache fordern werde. (29. Dezember 1791.) Allein bereits nach dem ersten Siege hatte sich die Lage vollkommen geändert. Einer der ragenden Helden der Revolution, Danton, verkündete zu Kriegsbeginn, man dürfe die Eroberung nicht ausschließen, wenn die übrigen Mächte nicht das Gleiche taten, und er hatte darin Recht. Die Koalition, die damals gegen Frankreich zustande kam, wollte Frankreich aufteilen. Oesterreich und Preußen wollten durch die Eroberung des damals noch französischen Elsaß-Lothringen, durch eine bedeutende Ausdehnung der Grenzen des damals noch österreichischen Belgien und durch eine Teilung Polens sich eine solche Machtposition schaffen, die das europäische Gleichgewicht und den Einfluß des französischen Königtums ein für allemal gebrochen hätte. Großbritannien wollte gewisse französische Kolonien erwerben und Dünkirchen erobern. Demgegenüber wäre die französische Revolution in die Rolle eines Don Quichotte verfallen, wenn sie sich dazu verurteilt hätte, selbst im Falle eines Sieges von einem auf Raub ausgehenden Feinde auch nicht eine Gemeinde wegzunehmen und nicht bestrebt zu sein, sich solche strategische Grenzen zu schaffen, welche sie in Hinkunft vor ähnlichen Angriffen schützen würden.

Tatsächlich bestrebten sich eine Zeitlang wenigstens die in tönende Grundsätze verliebten führenden Männer, die kriegsrechtliche Eroberung in einen gefälligen Mantel zu hüllen. Allein dieser Mantel war sehr durchsichtig und ein genaues Ebenbild jener Vorwände, unter welchen unsere Feinde heute ihre Eroberungsbegierden verhüllen. Auch damals sagten die führenden Männer der französischen Revolution, daß sie nicht erobern wollen, daß sie bloß diejenigen Völker an Frankreich angliedern wollen, welche dies selbst wünschen; das Recht und die Freiheit dieser Völker verstanden sie aber dermaßen, daß diese dasjenige wollen mußten, was jene wollten. Schon beim Anhören der Völker mußten sie zur Gewalt Zuflucht nehmen, um jene alten nationalen Einheiten, jene international bekannten Staaten zu zerreißen, deren einzelne Teile sie begehrten. Wie sie sich damals ausdrückten, sie waren gezwungen, das eroberte Gebiet „zu kommunalisieren", das heißt die einzelnen Gemeinden gesondert darüber abstimmen zu lassen, ob sie von dem Staate, zu welchem sie gehören, sich losreißen und Frankreich anschließen wollen. Damit aber die Teile Frankreichs dieses Prinzip nicht auf sich selber anwenden, damit dieses Prinzip nicht zu anderen Folgen führen könne, als sie den Führern der Revolution vorschwebten, wurde gesetzlich inartikuliert, daß diejenige französische Gemeinde ein Verbrechen begehe, welche sich von der einheitlichen und unteilbaren französischen Nation losreißen wolle. Um der größeren Sicherheit willen wurde die Instruktion ausgegeben, daß man die Freiheit der Abstimmenden berücksichtige, mit Ausnahme derjenigen, welche an den alten Tyrannen festhalten wollen. Diese müsse man wie Feinde behandeln, diese dürfe man nicht in die Volksversammlungen einlassen. Das Recht der Freiheit dürfe sich nicht bis dahin erstrecken, daß ein Volk auf seine Freiheit verzichte.

Auf Grund solcher freier Entschließung wurden dann einzelne aus dem nationalen Körper herausgerissene Gemeinden und durch diese Gemeinden ganze Landesteile der Republik angegliedert und so dehnte sich Frankreich unter weiterer Verurteilung des Eroberungsprinzips aus. Mit diesem System wollte man im Namen der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit jene Ziele erreichen, für welche Richelieu, Mazarin und Ludwig XIV. gekämpft haben: nämlich die Ausbreitung der französischen Republik bis an den Rhein. Im Namen der Freiheit wurde der Nachbarbevölkerung gestattet, sich an Frankreich anzugliedern oder der frischen Lebenskraft entbehrende auf Frankreich sich stützende und von ihm abhängige Republiken zu schaffen. Bloß dasjenige war verboten, daß sie auch weiter jener Nation anhängen, zu welcher sie gehörten, deren Teile sie waren. Aber auch diese Komödie dauerte nicht zu lange. Die Natur des Krieges, seine Interessen und sein ganzes System waren stärker als jene Theorie, und im Verlauf von kurzer Zeit, noch vor der napoleonischen Epoche, zur Zeit der aufrichtigen klassischen Republik wollten sie durch offen zugestandene Eroberung die Rheingrenze erreichen, jene Grenze, nach welcher sich die französische Nation seit dem Gallien Cäsars in jeder Minute ihres Aufschwunges, ihres Ruhmes und ihrer Macht unwiderstehlich sehnt. Auch damals wollten sie wohl nicht anerkennen, daß dieser Gebietserwerb der Eroberungssucht entspringe, sondern sie stellten die Theorie auf, daß sie dem Gebote der Natur gehorchen, welches befiehlt, daß sich die französische Macht vom Rhein bis zu den Alpen erstrecke.

Auch heute würde die Annahme des annexionslosen und entschädigungslosen Grundsatzes zu keinem vollkommeneren Ergebnis führen. Wir sehen bereits, wie die französische Regierung und die parlamentarische Mehrheit diesen Grundsatz auslegt. Wir können als sicher annehmen, daß sie über die heute gegebene Auslegung weit hinausgehen, diese noch mehr vervollkommnen würde, wenn das französische Heer siegreich wäre. Die englische Arbeiterpartei hat das Prinzip des Friedens ohne Eroberung und Entschädigung wohl angenommen, aber sie hat gleichzeitig ausgesprochen, man müsse Elsaß-Lothringen den Franzosen geben, Oesterreich-Ungarn aber müsse auf die von Italienern bewohnten Grenzgebiete verzichten. Belgien hingegen müßte mit Deutschlands Geld wieder auf seinen alten wirtschaftlichen Stand gebracht werden.

Ich fürchte, wenn die russische Offensive geglückt wäre, so hätten auch die Kerenskis eine Erklärung dafür gefunden, daß die Eroberung Galiziens und der Bukowina eigentlich keine Eroberung sei, sondern bloß die Befreiung der polnischen Nation, und daß sie nicht im Gegensatz zu ihrem prinzipiellen Standpunkt stehe.

Wenn wir dieses gegenwärtig so oft gehörte Schlagwort akzeptieren, so müßten auch wir es mißdeuten, und zwar dermaßen, daß in Wirklichkeit die Betonung dieses Grundsatzes bloß eine Irreführung der öffentlichen Meinung bedeuten würde und keinerlei sicheren Stützpunkt für die tatsächliche Lösung der Frage böte. Ich glaube, ich irre mich nicht in der Annahme, daß die tatsächliche Lösung im Falle eines Friedens, der das Prinzip ohne Eroberung und Verständigung statuiert, die gleiche wäre.

(Ein sechster Artikel folgt.)

Blatt

...ie für Oesterreich-Ungarn: Täglich einmalige Postversandung: Jährlich K 54.—; ...lich K 27.—; vierteljährlich K 13.60; monatlich K 4.60. Täglich zweimalige Post... ...g: Jährlich K 61.20; halbjährlich K 30.60; vierteljährlich K 15.40; monatlich K 5.20.

...ie für das Ausland: Vierteljährlich bei direkter Zusendung unter Kreuzband: Für ...nd K 18.—, für alle anderen Länder K 22.80. Bei den Postämtern: in Deutschland ...2 Mk. 35 Pf.; in der Schweiz 14 Frk. 15 Cent.; Bulgarien 15 Frk. 50 Cent.

...k-Nummern: Schriftleitung 389, 6832, Haupt-Verwaltung 3695, Versandstelle 1024, Druckerei 3668.

71. Jahrg.

Der Friedensvorschlag des russischen Arbeiter- und Soldatenrates.

Der von der Petersburger Telegraphen-Agentur übermittelte Wortlaut des Friedensvorschlages, welchen der Arbeiter- und Soldatenrat in Paris vorzulegen gedenkt, ist unter gewissen Umständen ein großer Schritt nach vorwärts.

Die Bedeutung dieser russischen Vorschläge liegt nicht so sehr in deren verschiedenen Details (viele davon sind unbedingt revisionsbedürftig), ihre Bedeutung liegt darin, daß man sich in Rußland endgiltig von den utopischen Kriegszielen der Alliierten freimacht und einen Ton anschlägt, welcher den Eindruck der Offenheit, der Ehrlichkeit, der Wahrhaftigkeit macht und den Wunsch atmet, wirklich zum Frieden zu kommen.

Durch den genannten Vorschlag zieht sich wie ein roter Faden der Gedanke, daß ein großer allgemeiner Ausgleich das furchtbare Blutbad beenden möge. In diesem prinzipiellen Geständnisse liegt die große Bedeutung dieses russischen Friedensvorschlages. Daß die Details eines solchen die Welt umspannenden Ausgleiches im ersten Guß derartige sein könnten, daß alle Teilnehmer sie anzunehmen vermöchten, ist natürlich ganz undenkbar; gewiß hat man auch in Rußland nicht darauf gerechnet, daß sämtliche kriegführenden Mächte diese Propositionen au pied de la lettre akzeptieren und Gegenvorschläge überflüssig finden würden, weil es keine besseren gebe, als die bereits gemachten. Jedenfalls hat man aber in Rußland einen Ton angeschlagen, der eine Antwort ermöglicht, man hat die Tür zur Diskussion geöffnet. Vielleicht ist letzteres kein richtiger Ausdruck: Die Tür wurde ja in Wien und Berlin geöffnet und obwohl Herr Lloyd George und Herr Poincaré sie immer wieder mit Gewalt zuzuschlagen versuchten, hat man nun aus Petersburg in ganz anderer Tonart geantwortet und deutlich zu verstehen gegeben, daß man bereit ist, auf einer Grundlage zu sprechen, die, wenn auch modifikationsbedürftig, so dennoch eine Grundlage ist, weil sie, es sei wiederholt, zum ersten Male offen und ehrlich den Eindruck des wirklichen Friedenswunsches erweckt.

Auf die Details des Friedensvorschlages einzugehen, wäre heute verfrüht. Wir stehen nicht Rußland allein gegenüber: wir stehen einer Mächtegruppe gegenüber, welche bisher durch den zügellosesten, fanatischesten Haß und die wildeste Eroberungslust geeint war. Für uns hat das fragliche russische Friedensprogramm nur dann einen Wert, wenn es

Der Abend
23./X. 1917

Drei Heller für den Frieden.

C. Trotz der mit unheimlichem Nachdruck einsetzenden Wühlarbeit gegen den Verständigungsfrieden kann es doch nicht zweifelhaft sein, daß ihn die erdrückende Mehrzahl des deutschen Volkes in Österreich will; nicht nur weil das Blutvergießen, die Not, die zunehmende Sittenlosigkeit der Erzeuger und Händler, die offenkundigen und geheimen Krankheiten, die Verwahrlosung der Jugend zum Frieden drängen, sondern auch weil die Sehnsucht nach Ruhe, nach Aufatmenkönnen und Rückkehr zu sozialer und geistiger Tätigkeit immer stärker wird. Wir wollen wieder als Menschen leben können.

Dieser Mehrheit steht eine Minderheit gegenüber, verschwindend an Zahl, aber sehr beachtenswert durch ihre Rührigkeit, ihre Mittel und Beziehungen und die Rücksichtslosigkeit ihres Auftretens; indem sie statt des Verständigungsfriedens den Vergewaltigungsfrieden fordern, bedrohen sie die Welt mit der Verlängerung des Krieges bis zur Erschöpfung. Sie mögen des Glaubens sein, daß es die Erschöpfung der Feinde sein werde; aber sicherlich können sogar sie nicht dafür gutstehen, daß wir dann noch die Kraft haben werden, die Früchte des Sieges zu genießen. Und darf man wirklich von Vor- und Nachteil sprechen, als handelte es sich um eine Rechnung mit Zahlen, und nicht mit Menschenleben?

Ungeheuer ist die Gefahr des Treibens derer, die sich aus dem einen oder anderen Grunde in das Gefolge der sogenannten Deutschen Vaterlandspartei begeben, unbewußte oder bewußte Förderer der Absichten der deutschen Junker und Schwerindustriellen. Groß ist sicherlich der von Menschlichkeit und Kenntnis der Umstände eingegebene Friedenswille des Kaisers und unseres wahrhaft einsichtsvollen Ministers des Auswärtigen; aber auch der mächtigste Wille ist heutzutage von dem Drucke der öffentlichen Meinung abhängig, die gehört werden muß, wenn es sich um die größte aller Schicksalsfragen handelt.

Unglückliche Umstände: das gezwungene Schweigen des Parlaments in Fragen der auswärtigen Politik — als wäre Krieg und Frieden nicht auch Sache der inneren Politik! — die Unzulänglichkeit und teilweise der schändliche Verrat der bürgerlichen Presse, der Mangel einer Versammlungstätigkeit nennenswerten Umfanges, vor allem aber das verhängnisvolle Geschehenlassen der bürgerlichen Kreise lassen es zu, daß eine kleine, aber rührige Schar die öffentliche Meinung fälschen kann; weil die Friedliebenden schweigen, hört man nur die Gegner. Sicherlich wäre es ein Irrtum, daraus auf die Wünsche des Volkes zu schließen, aber dieser Irrtum wäre begreiflich und verhängnisvoll. Weder sollen die für die Frage, ob Krieg oder Frieden, Verantwortlichen, noch soll man jenseits der Grenzen auch nur einen Augenblick daran zweifeln können, daß das Volk — von wenigen, wenn auch lauten Irregeführten und Irreführern abgesehen — den Frieden der rückhaltslosesten Verständigung begehrt, daß es ihn so rasch wie möglich haben will, und daß ihm das Ende der Zerstörung mit keinem Verzicht und keinem Opfer zu teuer erworben wird. Es gibt keinen Landerwerb und keine Kriegsentschädigung, es gibt überhaupt keinen Vorteil, der auch nur einen Tag die Verlängerung des Krieges wert wäre oder rechtfertigen könnte. Wenn die anderen den Mut haben, das Leben und die Gesundheit, das wirtschaftliche und geistige Dasein unserer Söhne und Brüder zu opfern, damit der Friede wie sie ihn für ihre Zwecke brauchen, erkämpft werde, so sollen wir den menschlicheren Mut haben, ebenso laut, ebenso entschieden, ebenso drohend zu erklären, daß es keinen Frieden um jeden Preis gibt, weil Frieden keine Ware ist, die einen Preis hat, um den geteilscht wird.

Dies bei jeder Gelegenheit zu erklären, keinen Zweifel über die wahre Gesinnung der Bevölkerung zu dulden, der Verfälschung der öffentlichen Meinung die Wahrheit entgegenzustellen, dem feindlichen, aber auch dem befreundeten Auslande den wirklichen Volkswillen der friedensbereiten Hand zu zeigen; dadurch die Friedensabsichten des Grafen Czernin zu fördern und den demokratischen Frieden von Volk zu Volk herbeizuführen: das ist die heiligste Pflicht eines jeden, der des Mordens genug hat und wieder Mensch sein will. Wir dürfen nicht länger zusehen, wie die Reventlow, Tirpitz, Thyssen und Krupp, diese Verbrecher an der Gegenwart und Zukunft des deutschen Volkes auch bei uns Helfershelfer finden und das Gift ihres Erschöpfungsfriedens verbreiten; wo immer sie sich hervorwagen, muß gezeigt werden, daß das Volk nicht den Frieden der Kriegsnutznießer, sondern den Volks- und Völkerfrieden verlangt.

An die Stelle derer, denen der Krieg gut anschlägt, sollen wieder die treten, denen der Friede gut anschlägt. Es ist höchste Zeit dazu.

Was uns fehlt, sind die Gelegenheiten zu Kundgebungen des wirklichen Völkerwillens; nur die Arbeiter haben sie, dank ihrer Organisation, wenn auch sie leider in viel zu geringem Maße. Sie auch den übrigen Ständen zu schaffen, ist eine Aufgabe von entscheidender Bedeutung. Wir wollen es heute tun, soweit es in unserer Macht steht, indem wir den Lesern des „Abend" Gelegenheit bieten, zu zeigen, daß sie den Frieden wünschen, rasch, unter Verzicht auf Landerwerb und Kriegsentschädigung, völlig im Sinne der Kundgebung des Grafen Czernin, als Einleitung zu der neuen Weltordnung, nach der wir uns sehnen: Abrüstung, Schiedsgericht und vor allem: Beseitigung der Anlässe zu Kriegen durch Ersatz des kapitalistischen Imperialismus durch die befreiende sozialistische Ordnung.

Um dazu beizutragen, daß die Friedenswünsche als die wahre Volksmeinung erkannt werden und um zu verhüten, daß die Versuche, sie zu fälschen und zu entstellen, Aussicht auf Erfolg haben, veranstalten wir zunächst im Kreise der Leser des „Abend" eine

Abstimmung über den Frieden.

Es genügt, den untenstehenden Ausschnitt auszuschneiden, zu unterschreiben, auf eine Karte zu kleben oder in einen Briefumschlag zu stecken und mit 3 Heller-Marke an die Schriftleitung des „Abend", IX./4., Canisiusgasse 10, zu senden. Wünscht man noch etwas hinzuzufügen, oder hat man den Ausschnitt nicht zur Hand, so muß man sich einer staatlichen Postkarte zu 8 Heller oder einer eigenen zu 10 Heller bedienen. **Angabe des Namen, Standes und des Wohnsitzes in gut leserlicher Schrift ist unbedingt notwendig**, wäre es auch nur, um den Gegnern, die diese, wie jede gute Sache haben wird, Gelegenheit zu Verdächtigungen zu nehmen. Man muß nötigenfalls bei jedem einzelnen Einsender nachweisen können, daß er wirklich lebt, falls die Gegner das Gegenteil behaupten sollten. Unleserliche oder ungenaue Einsendungen können deshalb nicht gezählt werden und gehen der guten Sache verloren.

Wir bitten ferner dringend, gesinnungsverwandte Freunde auf diese Friedensabstimmung aufmerksam zu machen und zu veranlassen, daß auch sie ihre Zustimmung einsenden. Es genügt eine Karte, lautend: „Ich wünsche den Verständigungsfrieden im Sinne des Aufrufes im „Abend".

Wir zweifeln nicht, daß die überwiegende Mehrzahl der Leser des „Abend" dieser Aufforderung nachkommen wird. **Es ist nicht zuviel gesagt, daß sie damit eine Pflicht gegen sich selbst, gegen ihre Angehörigen und gegen das gesamte Volk erfüllen werden, denn wahrlich, wenn wir Friedliebende angesichts der unheimlichen Wühlarbeit der Kriegsnutznießer nicht einmal die Tatkraft und Opferwilligkeit aufbringen sollten, eine Postkarte abzusenden, so müßte man wohl gestehen, daß wir unser furchtbares Schicksal wenigstens zum Teil verdienen.**

Die eingelaufenen Karten werden dem Minister des Äußern übermittelt werden, als ein Zeichen, wie ein großer Teil der Bevölkerung Wiens, wir dürfen wohl sagen, der selbständig urteilende und wahrhaft freisinnige, in der Friedensfrage denkt. Die Zahl der eingelaufenen und dem Minister zugestellten Karten wird selbstverständlich öffentlich mitgeteilt werden. Vertrauensvoll bitten wir nun unsere Leser, durch die Tat zu zeigen, daß sie das sind, wofür wir sie halten.

Die Schriftleitung des „Abend".

Arbeiterheim

24./X. 1917

nanzausschusse zugewiesen und diesem für die Berichterstattung an das Haus eine Frist von 14 Tagen gestellt.

Die vom Ausschusse beantragten Resolutionen werden angenommen, die im Laufe der Debatte eingebrachten Resolutionsanträge dem Budgetausschusse zugewiesen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung Freitag den 26. Oktober.

Ministerrat.

Gestern abends fand unter dem Vorsitze des Ministerpräsidenten Dr. Ritter v. Seidler ein Ministerrat von längerer Dauer statt, dem sämtliche Mitglieder des Kabinettes beiwohnten.

Die Teuerungszulagen für die Beamten.

Die „Politischen Tagebücher" melden: „Nach längeren Verhandlungen, in denen der Widerstand der Regierung beseitigt wurde, haben die Abgeordneten Teufel und Hummer im Auftrage der Deutschradikalen Vereinigung einen weiteren Zusatzantrag zum Budgetprovisorium gestellt, der dahin geht, daß zu der 50prozentigen Erhöhung der Teuerungszulage nun auch eine 50prozentige Erhöhung der Grundgehalte ab 1. Jänner 1918 für sämtliche Angestellte des Staates treten solle. Mit der Annahme dieses Antrages ist sämtlichen im Staatsangestelltenausschusse seitens der Staatsangestellten erhobenen Forderungen Genüge geleistet worden, ja in einzelnen Fällen, namentlich was die niederigeren Beamtenkategorien anbelangt, über diese Forderungen hinausgegangen worden. Demnach werden die Staatsangestellten erhalten: 1. Die drei Monatsraten der bisherigen Teuerungszulage als einmalige Aushilfe am 1. November d. J. und 2. am 1. Jänner 1918 eine 50prozentige Erhöhung der bisherigen Teuerungszulagen und eine 25prozentige Erhöhung der Grundgehalte, was zusammen mehr ausmacht, als die bis jetzt von den Staatsangestellten verlangte Erhöhung der Grundgehalte um 100 Prozent.

Die deutschen Parteien.

Gründung einer Deutschnationalen Vereinigung.

Die Abgeordneten Albrecht, d'Elvert, Freißler, Groß, Hartl, Jesser, Keller, Langenhan, Lecher, Licht, Lodgman, Oberleithner, Primavesi und Urban haben gestern eine parlamentarische Gruppe unter dem Namen „Deutschnationale Vereinigung" gebildet, die Abgeordneten Dr. Urban zum Vorsitzenden, Baron d'Elvert und Dr. Freißler zu dessen Stellvertretern und den Abg. Dr. v. Langenhan zum parlamentarischen Geschäftsführer und Kassaverwalter gewählt. Diese vorläufig nur aus sudetenländischen Abgeordneten bestehende Gruppe behält sich die Erweiterung ihres Kreises vor.

Von der Ueberzeugung geleitet, daß die Wiederherstellung des engsten taktischen Zusammenschlusses der früher im Nationalverbande vereinigten Gruppen notwendig ist, wurde der Obmann beauftragt, das erforderliche Einvernehmen sofort herzustellen. An einer neuen parteimäßigen Zusammenfassung, wie sie die jüngst gegründete „Deutschnationale Partei" plant, konnten die oben genannten Abgeordneten gegenwärtig nicht teilnehmen, weil dazu die Umbildung der in ihren Wahlbezirken bestehenden Parteiorganisationen notwendig wäre.

* * *

Gestern mittags vereinigte eine Einladung des Generals Franke, des preußischen Bevollmächtigten beim k. u. k. Kriegsministerium, die deutschen und österreichischen Herren bei einem Frühstück im Hotel Imperial. Abends begeben sich General v. Stein und seine Begleitung nach Berlin zurück.

Eine Kriegsrede Lloyd Georges.

K. **London**, 23. Oktober. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Premierminister Lloyd George hielt Montag in Alberthall vor einer überaus großen Zuhörerschaft eine Rede zugunsten der nationalen Sparsamkeit. Er wies darauf hin, daß durch die Einschränkung, die sich die Engländer auferlegt hätten, 5 bis 7 Prozent an Nahrungsmitteln, das heißt mehrere Hunderttausend Tonnen erspart wurden. Hierauf sprach er von der riesenhaften Höhe der Kriegskosten, über die ihn jedoch der Umstand tröste, daß England im Kriege die Tatkraft seiner Bevölkerung und die Sicherheit seiner Grenzen vermehrt habe und daß der größte Teil der Schulden in der englischen Familie bleibe.

Lloyd George erklärte sodann: Ich kann nicht voraussagen, wann das Ende des Krieges kommen wird. Kein verständiger Mensch möchte ihn nur um eine Stunde verlängern, wenn Gelegenheit für einen wirklich dauernden Frieden gegeben ist. (anhaltender Beifall) nicht für einen Frieden, der das Vorspiel zu einem neuen noch größere Verwüstungen mit sich bringenden Krieg bildet. Wie Sie sich denken können, suche ich mit größter Sorgfalt den Horizont ab, aber ich vermag nicht zu erkennen, daß irgendwelche Bedingungen in Sicht sind, die zu einem dauernden Frieden führen könnten.

Ich habe das Gefühl, daß die einzigen Bedingungen die jetzt möglich sein würden, solche wären, die auf einen Weg voll Waffen hinauslaufen würden, ich möchte sagen auf einen Waffenstillstand in Waffen, der mit einem noch schrecklicheren Kampfe enden würde. Der Krieg ist über jedes Maß furchtbar, aber so schrecklich er an sich selber ist, noch furchtbarer ist er in den Möglichkeiten neuer Schrecken in Land, See und Luft, die er enthüllt hat. Ich fordere diejenigen unter uns, die etwa nach einem verfrühten Frieden streben, auf, sich einen Augenblick lang zu überlegen, was sich ereignen würde, wenn wir zu einem unbefriedigenden Abschluß kämen. In allen Ländern sind die besten Köpfe der Wissenschaft von nationalem Wetteifer, nationalem Haß und nationalen Hoffnungen angespornt ihre Kräfte für 10, 20 oder 30 Jahre der Aufgabe zu weihen die zerstörenden Wirkungen jener furchtbaren Werkzeuge zu vergrößern, deren Macht sich den kriegführenden Völkern erst jetzt innerhalb der letzten beiden Monate erschlossen hat. Dem müssen wir ein für allemal ein Ende machen.

Lloyd George führte weiters aus: Die Luftwaffe, in ihren Anfängen unbedeutend, und die Waffe der Tiefe sind außerordentlich entwickelt worden und ebenso all die chemischen Elemente, die zum erstenmal ausgenützt werden. Wenn sich das nach dreißig Jahren wissenschaftlicher Arbeit und Anwendung wiederholt, glauben Sie mir, dann sind Männer und Frauen hier in dieser Halle, die den Tod der Zivilisation mitansehen werden. Einem Streit dieser Art muß jetzt ein Ende gesetzt werden. Es ist wesentlich für die zukünftige Wohlfahrt des Menschengeschlechtes, daß eine Entscheidung jetzt in diesem Kampfe erreicht wird, durch die die rohe G[illegible]

Vossische Zeitung
24./X. 1917

Der Verrat der Entente an König Konstantin.

Neue Dokumente.

Von

Emil Ludwig.

Drei Monate lang haben Communiqués und Zeitungen der Entente die Athener Vorgänge entstellt oder gefälscht. Nun ist zum ersten Male von der Partei des Königs eine Darstellung jener entscheidenden Juniwoche erfolgt, an deren Anfange Jonnart, beauftragt, den König eines neutralen Landes zu verwerfen, an Bord der „Justice" in Saloniki landete und zu deren Ende der kleine Kreuzer „Sphakiria" den König Konstantin vom Strande seines Reiches trug. Spät, man darf sagen: drei Monate zu spät, gibt soeben die „Union Hellénique en Suisse" in Genf eine kleine Schrift heraus, die unter dem Titel „Le départ du Roi Constantin" den historischen Verlauf dieser Episode darstellt und, indem sie nur Tatsachen und Schriftstücke aufzählt, stärker wirkt, als irgendeine propagandistische Arbeit vermöchte. Diese Schrift, die hoffentlich bald auch deutsch erscheinen wird, stammt offenbar aus der nächsten Umgebung des Königs, sie bestätigt in allem die Darstellung, die wir an dieser Stelle Ende August zum ersten Male aus der Schweiz der Oeffentlichkeit geben konnten, und unterstützt sie durch die angefügten Dokumente. Gerade diese aber sind von so eindringlicher Beweiskraft, daß wir hier die wichtigsten, ohne moralische Kommentare, wiedergeben, um unsere damalige Darstellung authentisch zu ergänzen.

Sogleich nach seiner Ankunft in Saloniki, am 5. Juni 1917, schickte Jonnart, den die Schutzmächte Griechenlands als Kommissar mit der Absetzung beauftragt hatten, einen Begleiter, den Deputierten David, nach Athen, um dem Ministerpräsidenten Zaimis mitzuteilen, er wolle „weder die Verfassung des Landes noch die Dynastie antasten", und Guillemain, der Gesandte der französischen Republik, der zugleich wegen angeblich angegriffener Gesundheit das Feld räumt, versichert beim Abschiede Zaimis, er „glaube nicht, daß Jonnart Vollmachten bringe". So war, als Jonnart fünf Tage später, am 10. Juni, an Bord der „Justice" im Piräus eintraf, nichts über seine Pläne und Vollmachten in Athen bekannt; man wußte nur, Lloyd George und Ribot wollten, gegen Rußland und gegen Italien, die Absetzung des Königs, hätten aber manche Hindernisse auch in den eigenen Ländern gefunden. Zugleich erfährt man in Athen von einem französischen Geschwader, das im Golfe von Korinth kreuzt, hört, daß in Idea Truppen gelandet sind, von wo, heute wie zur Zeit des antiken Delphi, die einzige Straße den Korinthischen Golf mit Thessalien verbindet.

Zaimis, auf Jonnarts Einladung sofort dessen Schiff besuchend, sieht sich sehr artig empfangen, und während der kleine Franzose am Strande des neutralen Landes schon das Dekret in seiner Tasche knistern fühlt, mit dem er den König dieses Landes absetzen wird, spricht er „très cordialement" von diesem Könige. Die Mächte — wiederholt er nun auch persönlich — wollen keinerlei Veränderungen in der Verfassung oder in der Dynastie. Sie fordern nur die Erlaubnis, stärkere Truppen auf dem Isthmus zu landen (der, sieben Kilometer breit, die einzige Verbindung mit dem Peloponnes darstellt, wo seit dem letzten Ultimatum die gesamte griechische Armee abgesperrt lebt), ferner in einigen thessalischen Städten, „um die Ernte zu überwachen". (Tags zuvor hatte der Gesandte versprochen, falls die thessalische Ernte teilweise herausgegeben würde, sollte keine Besetzung Thessaliens erfolgen.) „In keiner Weise" — fährt der Franzose fort — „wollen wir Griechenland in den Weltkrieg hineinzerren, das haben wir wiederholt feierlich versprochen. Nur soll man die eingesperrten Venizelisten amnestieren." — „Alle, die am Aufstand vom 1. Dezember beteiligt waren," — erwidert der Grieche — „sind längst befreit; dagegen liegen noch alle jene Hunderte auf Wunsch der Entente im Gefängnis, die das Triumvirat von Saloniki wegen Königstreue verurteilt hatte: Bischöfe und Priester, Deputierte und Beamte, Offiziere und Soldaten."

Ahnungsvoll sind die Athener an diesem Tage von Unruhe erfüllt, als sie das kleine Schiff des verhaßten Franzosen im Hafen sehen und um sie zu beschwichtigen, erklärt am nächsten Morgen, 9 Uhr, die Regierung in einer Kundgebung: Alle Gerüchte sind unbegründet, der Vertreter der Schutzmächte hat soeben die Versicherungen wiederholt, mit denen diese in den Ultimaten vom 8. Juni und 26. Dezember 1916 die Erhaltung der Verfassung und der Dynastie gelobt hatten.

Eine Stunde, nachdem Zaimis dies Manifest unterzeichnet hat, früh, als er kaum erschienen ist und die Straße zu beruhigen beginnt, erhält derselbe Zaimis, völlig unerwartet, folgenden Brief:

11. Juni 1917. An Bord der „Justice".

Herr Präsident! Die Schutzmächte Griechenlands haben sich entschlossen, die Einheit des Königreiches wieder herzustellen, ohne die monarchisch-konstitutionellen Einrichtungen zu verletzen, die sie Griechenland garantiert haben. Da S. M. König Konstantin offenkundig die Verfassung verletzt hat, deren Bürgen Frankreich, Großbritannien und Rußland sind, habe ich die Ehre, Eurer Exzellenz zu erklären, daß der König das Vertrauen der Schutzmächte verloren hat und daß diese sich ihm gegenüber der Verpflichtungen ledig ansehen, welche aus ihrem Schutze entspringen. Infolgedessen habe ich den Auftrag, zur Wiederherstellung der Verfassung die Abdankung S. M. König Konstantins zu fordern, der selbst, im Einvernehmen mit den Schutzmächten, einen Nachfolger unter seinen Leibeserben bezeichnen wird. Ich sehe mich gezwungen, eine Antwort innerhalb 24 Stunden von Ihnen zu fordern.

Genehmigen Sie ..... Jonnart."

In einem begleitenden Aide-Mémoire wird der Kronprinz von der Nachfolge ausgeschlossen, und dem Könige nach Verlassen des Landes eine Leibrente von einer halben Million ausgesetzt (die er nie angenommen hat).

Zaimis, in voller Verzweiflung, begibt sich an Bord des französischen Kreuzers und fordert Aufklärung: dies sei das Aeußerste, was die Geschichte an Erpressung und Gewalttat kenne. Der Franzose lächelt. Dann erwidert er ruhig: „Ich bin in Arras geboren, Herr Zaimis, und ich habe meine Vaterstadt durch erbarmungslose Beschießung untergehn sehen. Mögen Sie an der Ihren kein ähnliches Schauspiel erleben!"

Zaimis erwidert: „Sie vergessen, Herr Jonnart, daß Ihr Vaterland sich im Kriege befand; das meine ist neutral!" Hierauf erklärt Jonnart — und dies ist vielleicht der wichtigste Punkt —:

„Die Schutzmächte haben nichts gegen die Rückkehr des Königs auf den Thron, falls später das griechische Volk diesen Wunsch aussprechen sollte. Auch wünschen die Mächte keineswegs Herrn Venizelos nach Athen zurückzuführen. Sobald wir hier wieder Eintracht haben, löst sich die provisorische Regierung in Saloniki auf. Erst später wird Herr Venizelos auf legalem Wege nach Neuwahlen die Macht wieder erlangen können. Wird aber unser Ultimatum abgelehnt, so bin ich ermächtigt, die Absetzung der ganzen Dynastie zu erwirken, die Republik mit Gewalt zu proklamieren und Herrn Venizelos sofort nach Athen zu führen." Zugleich vermied Jonnart jede Anspielung auf Maßnahmen gegen politische Persönlichkeiten, „nur Herr Gunnaris müßte sich vielleicht für einige Tage nach Patras begeben". Endlich versprach er kategorisch, Griechenland würde niemals gezwungen werden, in den Krieg einzutreten, und er ermächtigte Zaimis, diese Erklärungen zu veröffentlichen.

Diese Versprechungen ihres Kommissars hielt die Entente, d. h. hier immer vor allem die französische Regierung, auf folgende Weise: Sofort nach der Abfahrt des Königs wurden seine Brüder vertrieben, 30 politische Führer, darunter Gunnaris, früher Ministerpräsident, Dragumis, früher Gesandter in Petersburg, Dusmanis, Chef des Generalstabes, nach Malta und Korsika verschleppt, wo sie noch heute sitzen. Alle anderen früheren Ministerpräsidenten: der andere Dragumis, Skuludis, Lambros und über 100 andere Politiker wurden unter Aufsicht gestellt, die Gefängnisse mit „Verdächtigen" gefüllt, die Preßfreiheit unterdrückt. Herr Venizelos wird am siebenten Tage nach der Abreise des Königs nach Athen geleitet. Am 26. Juni bildet er ein Kabinett und leistet dem neuen Könige den Eid, buchstäblich unter dem Schutze fremder Geschütze, Säbel und Revolver. Am 29. bricht er die Beziehungen zu den Zentralmächten ab. Durch Dekrete hebt er die Unabsetzbarkeit der Richter auf, setzt sämtliche Präfekten des Reiches ab und mehrere tausend Beamte, schließt den Synod, stellt alle Bischöfe bis auf fünf unter Anklage, verfügt die Absetzung der Richter des Obersten Kassationshofes, aller Generale, fast aller Admirale sowie von 127 hohen Offizieren. Alle Venizelisten, die noch in Untersuchung sind, werden befreit. Ganz Thessalien wird besetzt. 40 000 Mann rücken in Athen ein.

Die Audienz des Ministerpräsidenten bei König Konstantin dauert weniger als 15 Minuten: so zweifellos war der sofort gefaßte Entschluß des Königs, fortzugehen, um sein Land zu retten. Sogleich tritt ein Kronrat zusammen, aus allen gewesenen Ministerpräsidenten und aus den Führern der großen Parteien gebildet, denen sodann, in diesem parlamentarisch regierten Lande, der König als seinen Vertrauten die Frage vorlegt, ob er bleiben oder gehen soll.

Dieser Kronrat dauert zwei Stunden. Der König erklärt vorweg, er werde das Ultimatum annehmen, das Land mit dem Kronprinzen verlassen, um größeres Unheil, Hunger, Krieg und Untergang zu vermeiden. Fast alle Anwesenden raten das Gegenteil, unter verschiedener Begründung. Einige sagen offen, es sei besser, unterzugehen, als nachzugeben. „Dies ist eine unannehmbare Forderung," sagt ein Skeptiker. „Denn bei Ablehnung wäre Gefahr und Unheil, das durch die Entente droht, nicht größer als bei Annahme. Wer kann diesen Versprechungen glauben? Wer kann sie hindern, trotz des größten Opfers Griechenland in den Krieg zu zerren? Soll das Land sich dadurch entehren, daß es dies Königsopfer annimmt?" Aehnlich haben Gunnaris, Dragumis, Lambros, Skuludis im Kronrate gesprochen; nur Zaimis und Stratos waren für vermittelnde Politik.

Unerschütterlich blieb der König: „Wir haben kein Recht, die Aufrichtigkeit des Herrn Jonnart anzuzweifeln. Ich bin verpflichtet, dem Vaterlande größere Konflikte zu ersparen." Schließlich ließ er sich von den Versammelten geloben, alles Denkbare zu tun, um seinen Entschluß dem Volke verständlich zu machen. Viele verließen den Saal mit Tränen. Prinz Alexander erklärte wiederholt, er wäre dem Amte nicht gewachsen.

Dies geschah am Jahrestage jenes Tages, an dem der letzte Kaiser von Byzanz, Paläologus, auf den Wällen von Konstantinopel gefallen war: unter den Gedenktagen des Hellenismus der tragischste.

Am selben Nachmittage publizieren die Schutzmächte in Athen einen Aufruf, in dem sie nochmals offiziell versprechen, falls das Ultimatum morgen angenommen werde, die Blockade aufzuheben, Lebensmittel zu verteilen, Freiheit und Eigentum aller Griechen zu garantieren, keine Repressalien zu dulden, das Land nicht in den Krieg zu zwingen. Als aber die Athener vom Kronrat erfuhren, griff wachsende Unruhe um sich, Patrouillen durchzogen die Stadt, Militär war aufgeboten, Prinz Andreas verpflichtete den Kommandanten des ersten Korps, die Offiziere zur ruhigen Annahme des königlichen Entschlusses zu bewegen. Doch die Bestürzung wuchs, als man erfuhr, der Isthmus wäre von den Franzosen besetzt, die Bahn zur Hauptstadt zerstört, die fremde Flotte wesentlich verstärkt, die drei Gesandten hätten Athen verlassen.

Nachmittags hielt der König Ministerrat ab, um für die Formulierung seines unabänderlichen Entschlusses die staatsrechtliche Form zu beraten. Zaimis entwarf die Antwort, sie lautete:

„Athen, 11. Juni. Herr hoher Kommissar! Da Frankreich, Großbritannien und Rußland durch ihre heutige Note die Abdankung S. M. des Königs Konstantin und die Bezeichnung seines Nachfolgers gefordert haben, hat der unterzeichnete Ministerpräsident und Minister des Aeußeren die Ehre, Eurer Exzellenz bekannt zu geben, daß S. M. der König, wie immer ausschließlich auf das Wohl seines Landes bedacht, beschlossen hat, mit dem Kronprinzen das Land zu verlassen, und hat als seinen Nachfolger den Prinzen Alexander bestimmt. Genehmigen Sie usw. Zaimis."

In diesem Dokument findet sich nichts von einem Einverständnis mit der Abdankung, nur „Abreise" ist genannt, gemäß Jonnarts Zusicherungen. Die Note wurde erst am nächsten Morgen um 8 Uhr Jonnart übergeben.

Als das Volk diese Entscheidung erfuhr, ergriff es eine solche Leidenschaft, daß es beschloß, die Abreise seines Herrn zu verhindern. Von Zehntausenden war das Schloß umringt. Alle Glocken läuteten. Es war wie zur Zeit der Erkrankung des Königs. Ein Auto, das vom Schlosse kommt, wird von der Menge angehalten, General Gennadis wird erkannt und zur Umkehr gezwungen: er solle zurückfahren und dem Könige sagen, sein Volk ließe ihn nicht fort. Zehntausende bereiten sich vor, die Nacht auf den Straßen um das Palais zu verbringen. Eine Abordnung des Volkes nach der anderen dringt bis zum Könige vor. Er läßt durch sie das Volk fragen, ob es Griechenland liebe; dann solle es sich unterwerfen. Neue Deputationen folgen. Die Offiziere der Garnison, die Vorstände sämtlicher Innungen der Stadt erscheinen nachts beim Könige. Alle erhalten dieselben ruhigen Antworten. Um ein Uhr nachts wird der aus dem Schlosse kommende uralte Skuludis erkannt und angehalten.

Um 4¼ Uhr morgens nähert sich ein Auto der rückwärtigen Pforte, man erkennt den Schofför des Königs, gleich darauf den König und die Seinen selbst im Haustore. In diesem Augenblicke werfen sich die Evzonen, die die Palastwache bilden, auf die Knie, um anzudeuten, nur über ihre Leiber ginge die Fahrt. Undurchdringlich harrt draußen die kompakte Masse. Sie zwingt das Auto, wieder wegzufahren, der König muß sich mit den Seinen zurückziehen. Noch zweimal versucht er es, das Schloß zu verlassen, vergeblich. Geschlossen umhegt die Menge den nächtlichen Palast.

Um 10 Uhr morgens, am 12., veröffentlicht eine Sonderausgabe des Staatsanzeigers ein Manifest, in dem der König sagt:

„Fern von Griechenland werden wir, die Königin und ich, dieselbe Liebe zum hellenischen Volke bewahren. Ich beschwöre alle, mit Ruhe und Seelenstärke meinen Entschluß anzunehmen ... In diesem Augenblicke ruht der größte Trost für die Königin und für mich in der Liebe und Hingabe, die Ihr uns immer bewiesen habt, in glücklichen und in schweren Tagen. Gott schütze Griechenland!

Konstantin R."

Auch diese Unterschrift zeigt an, daß er sich weiter als König betrachtet, obwohl inzwischen, ohne alle Feier, nur im Beisein weniger Mindenträger, Prinz Alexander vor dem Metropoliten den Eid geleistet hat. Der junge König erklärt eine Proklamation, die beginnt: „Im Augenblicke, wo mein geliebter Vater dem Vaterlande das höchste Opfer bringt und mir die schwere Bürde der Hellenen-Krone anvertraut, flehe ich zu Gott, er möge Griechenland schützen und es einig und stark machen ..."

Der Franzose läßt indessen, zu allem entschlossen, immer neue Truppen im Piräus landen und schreibt darüber an Zaimis einen Brief, von dem man zweifelt, soll man ihn naiv nennen oder impertinent: „Wollen Sie die Gründe erwägen, aus denen ich unsere Truppen nicht länger an Bord halten kann (Trinkwasser, Lebensmittel fehlen angeblich.) Sorgfältige Erwägungen haben mich veranlaßt, den Plan einer Landung in Eleusis oder Salamis aufzugeben, der Piräus ist der einzig günstige Ort für die Verpflegung. Ich hoffe, unsere Truppen werden dort die besten Bedingungen finden, um die Nacht zu verbringen und neue Kräfte zu sammeln, damit sie morgen nach Mazedonien aufbrechen und den Kampf gegen die Erbfeinde Griechenlands, Türken und Bulgaren, fortsetzen können. Von ihrem kurzen Aufenthalt auf dem glorreichen Boden Attikas werden sie stets die dankbarsten Erinnerungen bewahren."

Die gelandeten Truppen marschieren auf Athen, eine halbe Stunde vor der Stadt machen sie halt. Nun, vom Meer und vom Lande gesichert, fordert Jonnart plötzlich, der König müsse augenblicklich abfahren; im Falle einer Zögerung würde er seine Truppen mit Ausführung seines Befehles betrauen! Durch eine Finte gelingt es dem Könige am Nachmittage endlich, mit den Seinen nach Tatoi zu entkommen. Abends schreibt er an Zaimis einen Brief, ergreifend in seiner Kürze und in der verschlossenen Pathetik die letzten Worte:

„Herr Präsident, am Tage, ehe ich mein geliebtes Vaterland verlasse, drängt es mich, Ihnen nochmals alle Dankbarkeit auszusprechen für die Dienste .... Auch namens der Königin drücke ich unsere Dankbarkeit für Ihre Hingabe in diesen tragischen Stunden aus.

Konstantin R."

Der Franzose fordert, die königliche Familie müsse den kleinen Kreuzer „Sphakiria", der sie nach Italien bringen soll, sofort besteigen, wenn er in Oropos lande, wo Volksaufläufe vermieden werden können. Erst als man ihm klarmacht, daß der König nachts aufbrach und mit der Königin, den Prinzessinnen und der kleinen vierjährigen Prinzessin Katharina um zwei Uhr in der Nacht Tatoi verlassen mußte, gibt er ihnen Frist bis zum Morgen. Die Bauern sind zusammengelaufen in dem kleinen Orte, 300 Waisenmädchen streuen Feldblumen auf die Landungsbrücke, und als der König und die Königin den Wagen verlassen, werfen sich alle auf die Knie, als wär's das Venerabile. Das Schiff sticht in See. Der König, in Admiralsuniform, steht mit der Königin auf der Landungsbrücke. Noch immer winken sie nach dem Strande der Heimat. —

Nachspiel der Gerechtigkeit: Im Juli erläßt die provisorische russische Regierung — eine der drei Schutzstaaten — ein Manifest, in dem es heißt: „Wir haben ohne Scheu die Mittel gemißbilligt, durch die gewaltsam ein König durch einen anderen ersetzt wurde. Wir können die Einmischung in die inneren Umstände des griechischen Volkes nicht zulassen. Deshalb haben wir Einspruch erhoben und auf die Teilnahme an der Expedition nach dem südlichen Griechenland verzichtet. (Die ausgeschifften russischen Truppen wurden nach wenigen Tagen tatsächlich zurückgeholt.) Die griechische Regierungsform und Verwaltung steht ausschließlich dem griechischen Volke zu, und wir erklären, die Sympathien des russischen Volkes, das sich eben erst vom dynastischen Joche befreit hat, werden immerdar nur einer freien Entschließung des griechischen Volkes gelten!"

Berner Bund
24./X. 1917

Freisinnig-demokratische Partei der Schweiz

An das Schweizervolk!

Eidgenossen!

In den nächsten Tagen werden die stimmfähigen Eidgenossen den Rat der Nation neu bestellen.

Seit ihrem Bestehen hatte die freisinnig-demokratische Partei die Mehrheit in der Eidgenossenschaft. In letzter Zeit sind, unter maßloser und irreführender Ausbeutung der durch den Weltkrieg geschaffenen Notlage die Anstrengungen verdoppelt worden, diese Mehrheit zu brechen, mit der Begründung, die politischen Anschauungen und Ziele des Freisinns hätten sich überlebt. Da ist es am Platze, daß wir freimütig und vor dem ganzen Volke Zeugnis ablegen von unserem Wollen und Streben. Die freisinnig-demokratische Partei, die im Bewußtsein höherer staatlicher Notwendigkeiten, als starke Mittelpartei konsequent sowohl den reaktionären wie den anarcho-revolutionären Tendenzen entschieden entgegengetreten ist und die je und je ihr ganzes Streben auf die Erhaltung des Staates gerichtet hat, braucht auch in der heutigen Zeit das Urteil des gerecht denkenden Schweizervolkes nicht zu scheuen.

Die unverrückbaren Grundquadern, auf denen die Bundesverfassungen der schweizerischen Eidgenossenschaft von 1848 und 1874 ruhen, sind:

Die starke Bundesgewalt; die religiöse Freiheit und die Unabhängigkeit des Staates von der Kirche und die Volkssouveränität.

Diese Grundlagen des neuen schweizerischen Staatsrechtes sind eine Schöpfung des Liberalismus der 30er Jahre. Aus den demokratischen Gedanken, die den Verfassungskämpfen von 1872 und 1874 zugrunde lagen, ging die freisinnig-demokratische Partei der Schweiz hervor. Wie ihr Vorläufer, der schweizerische Volksverein, so erkannte auch die im Jahre 1894 gegründete neue Parteiorganisation in der Erhaltung und Festigung des Bundesstaates im Rahmen der Verfassung von 1874 eines ihrer höchsten Ziele.

Getreu dieser wegweisenden Programmforderung hat die freisinnig-demokratische Partei sich bisher in allen fortschrittlichen politischen Aktionen der letzten Jahrzehnte tatkräftig und führend betätigt. Wir erwähnen davon nur die bedeutendsten Errungenschaften, wie: Verstaatlichung der Bahnen, die Schaffung der Rechtseinheit im Bunde, die neue Militärorganisation, die Durchführung der Kranken- und Unfallversicherung, die Ausgestaltung der schweizerischen Fabrikgesetzgebung und die Reorganisation der Bundesverwaltung.

Die Richt- und Zielpunkte des heutigen Freisinns sind:

Die Erhaltung und Festigung des Bundes unter Schonung der angestammten Eigenart und des berechtigten Eigenlebens der Kantone,
Ablehnung des Konfessionalismus und des Klassenkampfes,
Ausgestaltung der demokratischen Volksrechte,
Ausbau der sozialen Gesetzgebung,
Zusammenfassung aller positiven Kräfte des Volkes zu einem schweizerischen Nationalwillen, der nach eigenen Gesetzen unter Ablehnung fremder Vorbilder einen sozialen Wohlfahrtsstaat zu schaffen sucht und der Persönlichkeit und Gemeinschaft harmonisch miteinander verbindet.

Grundsätze und Richtlinien

1. Staatspolitisch.

Wir halten fest

an den Grundgedanken der Verfassung von 1874:

Ein Recht und eine Armee; Glaubens- und Gewissensfreiheit; Freiheit der wissenschaftlichen Forschung; Schutz der freien Meinungsäußerung, Schutz des Asylrechts.

Wir fordern

die politische Einheit der Nation und fördern das vaterländische Zusammengehörigkeitsgefühl der Eidgenossen unter Wahrung der kulturellen Eigenart der verschiedenen gleichberechtigten schweizerischen Volksstämme und Sprachgemeinschaften. Die Verschiedenheiten der Sprache und der Stammesart sollen wie bis anhin durch die Betätigung der gemeinsamen politischen Ideale überwunden werden.

Wir verlangen

eine fortschrittliche den Lebensinteressen unseres vaterländischen Staatswesens entsprechende Lösung der Ueberfremdungsfrage.

Wir erstreben

den Ausbau und die Festigung der Demokratie durch die Erziehung der Bürgerschaft zum Gemeinschaftsbewußtsein, zur klaren Erkenntnis der politischen und sozialen Verantwortlichkeit des einzelnen dem Ganzen gegenüber und zur gewissenhaften Betätigung der staatsbürgerlichen Pflichten;
die Beteiligung des ganzen Volkes an den politischen Angelegenheiten;
die Ausbildung des politischen Denkens;
den Schutz des Wertes der Persönlichkeit gegenüber den Tendenzen einer schrankenlosen Staatsallmacht. Der einzelne soll im Staate seine Kräfte entfalten, zur Geltung bringen und sich in Selbstverantwortlichkeit üben können, erst dann wird er vollwertig als dienendes Glied der Gemeinschaft.

Wir fordern

eine feste auswärtige Politik und die Erhaltung und Förderung der schweizerischen Wehrkraft auf der Grundlage des Volksheeres zur Sicherung der territorialen und politischen Unabhängigkeit des Vaterlandes;
„Nach außen Einheit, nach innen Freiheit", das ist in allen staatspolitischen Grundfragen unser Ziel.

2. Wirtschaftspolitisch

Wir verlangen

eine starke Wirtschaftspolitik des Bundes nach außen und nach innen durch eine wirksame Vertretung der schweizerischen Interessen im Auslande,
durch planmäßige Zusammenfassung aller volkswirtschaftlichen Kräfte zu gemeinsamer Förderung des nationalen Wohlstandes,
durch Förderung der Berufsbildung und der Qualitätsarbeit,
durch Hebung der landwirtschaftlichen Produktion, insbesondere durch die Vervollkommnung der Betriebstechnik und durch Unterstützung der Bodenverbesserungen,
durch Unterstützung der schweizerischen Industrie und des einheimischen Gewerbes und
durch eine fortschrittliche Ausgestaltung der Sozialgesetzgebung zur Erhaltung und Steigerung der nationalen Arbeitskraft.

Wir erstreben

eine einheitliche, weitblickende nationale Verkehrspolitik, den Ausbau des Eisenbahnnetzes und der Wasserstraßen,
die Ausnützung der Wasserkräfte im Gemeinschaftsinteresse unter Ablehnung hemmender regionaler Sonderbestrebungen und
die technische Vervollkommnung unserer Transportmittel, insbesondere durch Einführung des elektrischen Betriebes.

Wir befürworten

die Uebernahme oder Mitwirkung an der Lösung wirtschaftlicher Aufgaben durch den Staat, da wo die Privattätigkeit nicht ausreicht.

Wir fordern

durchgreifende Reformen in unserem Verwaltungswesen — durch Einfachheit und Sparsamkeit im Staatshaushalte,
durch zweckentsprechende Neuordnung der Kompetenzen und Verantwortlichkeiten der verschiedenen Instanzen,
durch Erziehung des Beamtentums zur Selbständigkeit und
durch ökonomische Sicherstellung des Personals in Form von ausreichenden Besoldungen und gesetzlicher Ordnung der Alters- und Familienversicherung.

3. Finanzpolitisch

Wir verlangen

den Ausbau des Finanzhaushaltes der Eidgenossenschaft auf sicherer Grundlage,
die stärkere Heranziehung des Besitzes und der großen Einkommen zur Bestreitung der finanziellen Bedürfnisse des Staates,
die Bereitstellung der nötigen Mittel zur raschen Tilgung der Mobilisationsschuld, zur Bestreitung der laufenden Bedürfnisse und zur Erfüllung sozialer Aufgaben des Bundes, insbesondere durch
die Wiederholung der Kriegssteuer,
die Ausgestaltung der Kriegsgewinnsteuer und
die Besteuerung des Tabaks und der alkoholischen Getränke.

4. Sozialpolitisch

Wir postulieren

den Ausbau der Sozialversicherung und die Schaffung der allgemeinen Alters- und Familienversicherung.

Wir verlangen

den wirksamen Schutz des Koalitionsrechtes unter energischer Abwehr aller anarchistischen Neigungen,
die Unterstützung aller Bestrebungen, die geeignet sind, die Initiative und Schaffenskraft und den Persönlichkeitswert des Einzelnen zu schützen,
die Verpflichtung des Kapitals und vor allem des arbeitslosen Einkommens zum Schutze und zur Hebung der wirtschaftlich Schwachen, unter Bekämpfung der Auswüchse des Großkapitals,
den vermehrten Schutz für Frauen und Kinder,
die Unterstützung aller Maßnahmen zur Stärkung der Familie und zur Ansiedelung der Arbeiterschaft durch Erwerbung eigener Heimstätten,
Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit und zur Hebung von notleidenden Industrien und Gewerben,
die kräftige Förderung aller kulturellen und ökonomischen Bestrebungen zur Mehrung der schweizerische Volkskraft.

*

Aus diesen grundsätzlichen und sachlichen Forderungen ergibt sich die Stellung des Freisinns als nationale Volkspartei.

Wir halten fest an der Auffassung, daß das Recht der Persönlichkeit, die freie Entfaltung tüchtiger Charaktere, die Pflege des individuellen Pflicht- und Verantwortlichkeitsbewußtseins und die freiheitliche Ausgestaltung der politischen und wirtschaftlichen Einrichtungen im starken Staate die Vorbedingungen sind und bleiben werden zur Stärkung der nationalen Volkskraft und zur Hebung der gemeinsamen Wohlfahrt der Eidgenossen,

deshalb lehnen wir ab, nach rechts die Anerkennung des übertriebenen Autoritätsprinzips, nach links den vaterlandslosen Internationalismus und die staatszersetzende Demagogie und Klassenkampfpolitik.

Im fernern warnen wir vor einer Veräußerlichung und Materialisierung der Politik durch Bildung von reinen Berufs- und Interessenparteien. Ueber die gerechte Wahrung aller wirtschaftlichen und beruflichen Interessen hinaus wollen wir auf dem Wege der friedlichen Ausgleichung der sozialen Gegensätze den Grundgedanken der Erhaltung unserer nationalen Geschlossenheit verwirklichen.

Unser Vaterland bedarf in diesen schweren Zeiten mehr denn je einer führenden Partei, welche die weitere Entwicklung des Staatswesens in entschieden nationalem und freiheitlichem, aber zugleich maßvollem und den realen Verhältnissen Rechnung tragendem Sinne erstrebt.

Geeinigt, zu ernster Arbeit entschlossen, unvoreingenommen an die neuen Aufgaben herantretend, wird die freisinnig-demokratische Partei der Schweiz auch unter gesteigerten Schwierigkeiten ihre Pflicht dem Lande gegenüber erfüllen.

Mit vaterländischem Gruß!

Bern, im Oktober 1917.

Der geschäftsleitende Ausschuß der freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz

Fremdenblatt

24./X. 1917

Wien, 24. Oktober.

Herr Lloyd George, der, ganz wider seine Gewohnheit, längere Zeit hindurch geschwiegen, hat in einer Volksversammlung in der Albertihall von London seine Ideen und Gedanken über die Dauer, die Ziele und das Ende des Krieges bekanntgegeben. Seine Rede galt der Aufforderung zur nationalen Sparsamkeit, und vielleicht war der englische Premierminister selbst infolgedessen sehr sparsam in der Aufzählung der Ziele, die England mit der Fortsetzung des Krieges verfolgt. Während erst gestern das Friedensprogramm des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrates veröffentlicht wurde, das in eingehender und detaillierter Art die einzelnen Streitfragen behandelt, wird nun eine Agitationsrede des englischen Premierministers bekannt, deren kurzer Inhalt der ist, daß der Krieg um des Krieges willen weitergeführt werden muß. Herr Lloyd George hat diesmal weder den preußischen Militarismus abgeschafft, noch die Zentralmächte vernichtet, ja sogar nicht einmal Elsaß-Lothringen erwähnt, das in der letzten Zeit der Kernpunkt der Erklärungen der englischen und französischen Staatsmänner bildete. Er hat sich damit begnügt, die Weiterführung des Krieges als Selbstzweck zu proklamieren, während die Vertreter der russischen Demokratie die Beendigung des Kampfes zur Grundlage ihrer Vorschläge machten. Herr Lloyd George war einer der Haupturheber der russischen Revolution, und in seiner gewohnten kräftigen Sprache pries er den Sturz des Zaren als einen der größten Erfolge, die die Entente errungen hat. Beinahe konnte man glauben, daß England nicht gegen Wilhelm II., sondern gegen Nikolaus II. den Krieg geführt hätte, und sogar bei den Zentralmächten fanden sich Stimmen, welche den Umsturz in Rußland als ein Meisterstück Sir George Buchanans und des Herrn Lloyd George priesen. In London, Paris und Rom wird jetzt wohl die russische Revolution anders eingeschätzt werden, und der Gegensatz zwischen den Kriegsidealen des ehemaligen englischen Ueberdemokraten und der russischen Demokratie, der im Programm des Sowjet und in der Rede des britischen Premierministers so kraß zutage tritt, dürfte wohl auch den bewährtesten Ententekünstlern, die Meister in der Verdrehung, Verheimlichung und Entstellung sind, als unüberbrückbar

Arbeiterzeitung

25./X. 1917

I

Der Parteitag.

Nach fünftägiger angestrengter Arbeit ist heute der Parteitag geschlossen worden. Heute, am letzten Tage, berichtete Adler über: Stockholm, die Internationale und der Friede, und der Parteitag faßte die tragenden Gedanken eines Berichtes in einen Beschluß zusammen, der den Friedenswillen der Arbeiterklasse, der sich so unwiderstehlich äußert, kraftvoll ausspricht. Es wird nun die Aufgabe aller Vertrauensmänner und Organisationen sein, diesen Beschluß in das ganze Land zu tragen und die Massen zu seiner Unterstützung anzurufen. Diese Pflicht wird von der Partei voll begriffen und wird voll erfüllt werden. Von einer Debatte hat der Parteitag abgesehen; die geschlossene Wucht dieser Kundgebung tritt dadurch noch klarer hervor. Unter den von den Parteimitgliedern angeregten Beschlüssen befindet sich auch ein Beschluß, der das lebhafte Bedauern über das Scheiden Karl Kautskys von der Stätte, die er so bedeutungsvoll ausgefüllt hat, ausspricht. In einem besonderen Beschluß wird aller derer gedacht, die in dem Kampfe für den Friedensgedanken Opfer politischer Verfolgungen geworden sind; in der Debatte wurde besonders auf Klara Zetkin und Luise Zietz hingewiesen, denen man jetzt im Reiche wegen der eingebildeten Anstiftung zur Marinemeuterei einen hochnotpeinlichen Prozeß machen will. In den fünf Tagen hat der Parteitag viel und fruchtbar gearbeitet und aus seinen Verhandlungen werden alle unsere Tätigkeiten schöpferische Antriebe empfangen.

Seitz hielt dann das Schlußwort, das in packender und erhebender Weise noch einmal zusammenfaßte, was nun als große Aufgabe vor dem Proletariat steht: alle Kraft zusammenzufassen, um, was ihm gegeben ist, für die Beendigung des Krieges einzusetzen und eine neue Welt aufzubauen, die sich von der alten, die der Krieg endgültig zertrümmert hat, in Inhalt und Gestalt gründlich unterscheiden wird. Dann stimmten die Genossen und Genossinnen unser altes Weihelied an und mit dem Liede der Arbeit wurde die Tagung beschlossen. In der Zuversicht der Kraft und Gesundheit der Partei gestärkt, gingen die Delegierten auseinander.

Wir setzen den Bericht der Dienstag-Nachmittagssitzung mit den drei wirtschaftlichen Referaten fort.

Vorsitzender Dr. Czech: Zum Punkt

Die Forderungen der Arbeiter in der Kriegs- und Uebergangswirtschaft

sind drei Referenten. Die Debatte wird darüber gemeinsam abgeführt werden. Zunächst spricht über den ersten Teil

Volkswirtschaft

Dr. Ellenbogen:

Wir sind uns darüber klar, daß das ungeheure Ereignis des Weltkrieges nicht aus einer einzigen Ursache zu erklären ist. Aber wir wissen ebensogut, daß die entscheidende, die Hauptursache die Entwicklung des Kapitalismus zum Imperialismus ist, der nicht etwa einseitig auf einen Staat, auf eine kriegführende Seite beschränkt, sondern eine Erscheinung eines allgemeinen Mechanismus auf einer bestimmten Stufe der kapitalistischen Entwicklung ist. Sowie dieser Imperialismus aus den Gesetzen des Kapitalismus heraus selbst notwendig geworden ist, so ist

aus dem Imperialismus naturnotwendig der Weltkrieg entstanden.

Die Erscheinungen, die zu dem Weltkrieg geführt haben, sind die natürliche Folge eines jener Prinzipien, die den Kapitalismus kennzeichnen: das Prinzip der Anarchie der Produktion. Ohne Ermessung des Bedarfs, ohne Ueberlegung, ohne Prüfung des Gebiets, wo die Waren abgesetzt werden sollen, produziert der Kapitalismus in Massen ins Blaue, sich darauf verlassend, daß irgendwo einmal die Waren untergebracht werden. Dann erst müssen Absatzgebiete gesucht werden. Die Produktion wird immer ausgedehnter. Aber die Erde ist ein begrenztes Gebiet und irgendwo in der Welt stoßen die kapitalistischen Zentren zusammen, es entstehen Reibungen, Interessengegensätze. In der ersten Zeit suchen die konkurrierenden Wirtschaften diese Interessengegensätze durch Verträge auszugleichen; solche bestanden in großer Menge zwischen allen Staaten, was nicht hinderte, daß die Staaten, die solche Verträge schlossen, miteinander in Krieg gerieten. Je mehr sich nämlich die Gegensätze zuspitzen, desto weniger ist es möglich, ihre Schärfen durch Verträge abzuschleifen. So brechen die Konflikte immer stärker hervor und es gab eine ganze Anzahl von Verwicklungen vom amerikanisch-spanischen Kriege bis heute. Schon lange waren die ersten Zuckungen der Weltkatastrophe sichtbar. Diese Konflikte erzeugen nun in allen Staaten, die auf der imperialistischen Stufe des Kapitalismus angelangt sind, das Bedürfnis nach Sicherung ihrer Interessen. Sie wollen die Monopolstellung. Man fängt mit der friedlichen Durchdringung an und endet mit dem Streben nach territorialer Eroberung. Auf dieser ökonomisch-historischen Grundlage entsteht ein bestimmter Vorstellungskomplex: die fremde Volkswirtschaft, die uns Boden abgräbt, müsse mit allen Mitteln bekämpft und womöglich vernichtet werden. Es hat sich aus dieser ganzen Vorstellung folgende Meinung bei den Vertretern des Imperialismus herausgebildet: Wir müssen durch den Absatz der industriellen Produkte unsere Beziehungen vor allem mit den Neuländern pflegen, um dadurch den von ihnen bezogenen Rohstoff zu bezahlen. Wenn wir aber die Tatsachen betrachten, so erweist sich die Vorstellung von diesem einfachen Austausch als falsch, trotzdem um sie ein Weltkrieg geführt wird.

Zusammenhang der Volkswirtschaften.

Im Jahre 1913 hat Deutschlands Einfuhr aus Europa 54·7 Prozent, aus Asien 9·8 Prozent, aus Amerika 7·8 Prozent betragen; die Ausfuhr nach Europa im Jahre 1913 betrug 76·1 Prozent, nach Afrika 2·1 Prozent, Asien 5·5 Prozent, Amerika 15·3 Prozent und Australien 1 Prozent. Wir sehen also, daß sich der Handel hauptsächlich mit Europa abgespielt hat.

Von den 76 Prozent der Ausfuhr gingen nach England 14·6, nach Rußland 8·7, Frankreich 7·8, Belgien 5·5 und Italien 3·9, also 40·1 der gesamten 52·6 Prozent der europäischen Ausfuhr sind nach den Ländern der Kriegsgegner (ohne Serbien, Rumänien, Montenegro und Portugal) gegangen.

Je höher die Industrie Deutschlands emporwächst, desto größer muß auch die Einfuhr aus diesen Rohstoffgebieten werden. Es ist tatsächlich die Einfuhr aus der Uebersee von 1889 bis 1913 von 22·9 auf 45·2 Prozent gestiegen. Darin drückt sich wie in vielen anderen der kolossale Aufstieg Deutschlands aus. Aber wir haben aus den früheren Zahlen gesehen, wie gering trotz dieses ungeheuren Aufstiegs der Einfuhrzahlen die Ausfuhrzahlen gestiegen sind. Das heißt mit anderen Worten: was Deutschland, um seine Industrie überhaupt zu erhalten, aus den Rohstoffländern bezieht, muß es mit dem bezahlen, was es in die alten konkurrierenden Industrieländer in Europa ausführt, oder mit anderen Worten: würde diese Konkurrenz nicht bestehen, würde England, Frankreich und Rußland ruiniert sein, was der Zweck dieses Krieges ist, dann würde Deutschlands Industrie Bankerott machen.

Genau so steht es mit allen anderen Industriestaaten. In Rußlands und in Italiens Ausfuhr steht Deutschland an erster Stelle. In der Ausfuhr Englands steht Deutschland an einer der ersten Stellen mit 880 Millionen Pfund. In der Ausfuhr Deutschlands steht England mit 1100 Millionen Mark an erster Stelle. Alle Vorstellungen des Imperialismus werden durch diese klaren Zahlen über den Haufen geworfen. Aber auch in Bezug auf die koloniale Monopolstellung haben sich alle Voraussetzungen vollständig als falsch erwiesen. Erstens ist es auf den ersten Blick klar, daß eine Kolonie nicht alle Rohstoffe liefern kann. Nickel beziehen wir in Oesterreich aus Kanada, Jute aus Indien, Schafwolle aus Australien, Kapland u. s. w. Auch große Industriestaaten liefern Rohstoffe. Wir beziehen Flachs aus Rußland, Phosphor aus den Vereinigten Staaten, Kalisalz aus Deutschland, aber trotz der Monopolstellung ist es den Mutterstaaten nicht gelungen, die Ausfuhr in die feindlichen Länder aus diesen Rohstoffländern zu unterbinden. Aber nicht nur die Ausfuhr, sondern auch die Einfuhr fremder Staaten in die Kolonien ist gewachsen. Die ganze Politik und ihre Voraussetzungen haben sich auch für das Rohstoffgebiet als irrig erwiesen. Ueberdies ist der Verkehr zwischen Mutterland und Kolonie minimal. Deutschland hat nach seinen Kolonien 30 bis 37 Millionen ausgeführt. Es lohnt sich nicht, wegen des minimalen Verkehrs mit den anderen großen Kapitalsstaaten den Geschäftsverkehr zu verderben, mit ihnen in Feindschaft zu geraten. Die kleine Schweiz hat 1912 in Frankreich um 406 Millionen Franken Waren gekauft, das ist um 55 Millionen mehr, als alle französischen Kolonien zusammengenommen in Frankreich im selben Jahre gekauft haben. Wenn man also von dem Bestreben ausgeht, den kapitalistischen Konkurrenten niederzuringen, nützt man sich nicht, sondern sägt den Ast ab, auf dem man selbst sitzt. Dieser ganze kapitalistische Vorstellungskomplex ist eine Lüge, und aus dieser Lüge ist der Weltkrieg entstanden. Diese Erkenntnis wurde während des Weltkrieges zu beiden Seiten der Schützengräben ausgesprochen. Luzo Brentano in Deutschland und Sir Hugh Bell in England haben in beinahe übereinstimmender Weise erklärt, der Handel sei nicht ein Konflikt, sondern ein Zusammenwirken, ein gemeinsames Interesse beider Teile.

Das klassische Beispiel, wie falsch diese Vorstellung ist, sind die Beziehungen zwischen Oesterreich und Ungarn. In Oesterreich lebt in manchem heute die Vorstellung, man müsse Ungarn niederhalten, es solle ein Agrarstaat bleiben; wenn es eigene Industrie gründe, sei die österreichische ruiniert. Es hat sich aber gezeigt, daß von der Zeit an, da Ungarn kein Industriestaat war, keine Eisenbahnen, keine Arbeiter hatte, bis heute (von 1838 bis 1913) der Zwischenverkehr von 24 Millionen auf 3040 Millionen gestiegen ist. In einem halben Jahrhundert ist die Ausfuhr von Ganzfabrikaten aus Oesterreich nach Ungarn von 30 Millionen auf 1190 Millionen gestiegen. Das alles wird natürlich nicht hindern, daß diese geschichtliche Lüge eine Zeitlang wenigstens fortwirken wird, solange gewisse imperialistische Kreise noch von der Kriegspsychose befallen sind. Solange diese Konkurrenzvorstellungen auch noch nach dem Kriege fortwirken, werden sie Wirtschaftskriege hervorrufen. Das gibt sich schon in der Auffassung kund, die manche Leute dem Begriff Mitteleuropa geben, und in der Pariser Konferenz. Aber die Erkenntnis von der Gefahr beginnt auch zu wachsen. In Frankreich hat ein großer Industrieller, Landry, in einem Briefe einen scharfen Protest gegen alle Bestrebungen, einen Wirtschaftskrieg mit Zollbegünstigungen auch nach dem Krieg einzuführen, erhoben. Der „Secolo" und der „Corriere della Sera", die ärgsten Kriegshetzerblätter in Italien, die die Hauptschuld an dem Eintritt Italiens in den Weltkrieg tragen, haben, als in Frankreich nach der Pariser Wirtschaftskonferenz die Ideen von dem Wirtschaftskrieg laut wurden, geschrieben, der Gedanke eines Handelskrieges gegen den besten Kunden Italiens, nämlich Deutschland, müsse auf das schärfste verurteilt werden. Trotzdem also die bessere Einsicht wächst, müssen wir uns darauf gefaßt machen, daß gewisse Kreise die alten Lügen und Irrtümer fortspinnen werden. Daher ist es die Aufgabe des Proletariats,

die ganze Verlogenheit dieser imperialistischen Argumentation

vor der ganzen Welt so klar und deutlich, als es nur möglich ist, aufzuzeigen und seine Politik danach einzurichten, daß mit allen Grundlagen der imperialistischen Politik gebrochen werde, daß gegen alle Versuche, die Entwicklung der Staaten gegenseitig abzugraben, auf das entschiedenste Stellung genommen und von der Arbeiterklasse ein unversöhnlicher, leidenschaftlicher Kampf dagegen geführt werde. Mit einem Wort: es muß die Forderung nach dem völlig freien internationalen Verkehr, nach einer Politik der offenen Tür erhoben werden. Das muß das Programm der Arbeiterschaft auf dem Gebiet der Volkswirtschaft in der Zukunft sein.

Ausgegangen ist diese ganze Entwicklung die zum Weltkrieg geführt hat, von der Anarchie der Produktion. Es ist eine Entwicklungslinie, an deren einem Ende der Kapitalismus steht, am anderen der Sozialismus. Aus dem Durchgangsstadium dieses Weltkrieges werden sich neue Entwicklungsmöglichkeiten ergeben, die die Bahn zum Sozialismus freier machen werden. Diese Ueberzeugung schöpfen wir schon aus den bisherigen Entwicklungsformen. Wir haben gesehen, daß der einzelne industrielle Kapitalist den anderen als seinen Feind ansieht. Das Resultat der gegenseitigen Ruinierungsbestrebungen unter den Kapitalisten war eine Krise der Gesamtindustrie. Die Kapitalisten haben dann die Produktion zusammengeschlossen, kontingentiert, untereinander aufgeteilt. Sie haben die Preise bestimmt. Es ist eine Organisation der Produktion an die Stelle der Anarchie getreten. Und wenn auch, solange der Kapitalismus besteht, diese Organisation noch zum Schaden der Arbeiter und der Gesamtheit ausfallen muß, so ist es doch immerhin eine höhere Stufe der Entwicklung, daß an Stelle der Regellosigeit die der Organisation getreten ist.

So werden wir auch in der Weltwirtschaft, wenn dieser Krieg erledigt sein wird, einen Zusammenschluß der sich bekämpfenden großen Volkswirtschaftszentren wahrnehmen, werden sich internationale Organisationen bilden, die die Entwicklung der gesamten Weltwirtschaft auf eine immer höhere Stufe heben werden. Dann wird das eintreten, was im „Kapital" von Karl Marx die planmäßige Ausbeutung der Erde genannt wird. Bis jetzt haben wir einen solchen Plan noch nicht.

Die Politik der offenen Tür bedeutet, daß wir uns gegen das ganze Prinzip der Handelspolitik, das auf den Zöllen aufgebaut ist, wenden. Wir haben die Agrar- und Industriezollwirtschaft, vor allem die erstere schon vor dem Kriege auf das intensivste bekämpft; wir haben aber im Kriege gelernt, daß die Agrarzollwirtschaft den größten Teil der Schuld der mangelhaften Widerstandskraft des Staates trägt.

Die Agrarzölle.

Man hat uns immer gesagt, wir brauchen die Agrarzölle, damit wir unsere agrarische Produktion auf eine höhere Stufe bringen, denn wir sind ein Defizitland. Das Ergebnis ist aber, daß das Umgekehrte eingetreten ist. Wieweit sie zurückgeblieben ist, lehrt ein Vergleich mit Deutschland. Deutschland hat auf den Hektar einen Weizenertrag von 22·6, Oesterreich von 15, Ungarn von nur 12·9 Meterzentner. Beim Roggen sind die Zahlen 18·5, 14, 11·7, bei Kartoffeln ist der Ertrag in Deutschland 150 Meterzentner, in Oesterreich 100, in Ungarn gar nur 85. Noch ärger steht es auf dem Gebiet der Viehproduktion. Deutschland hat 4·5 Millionen Pferde, Oesterreich 1·8, Ungarn zwei Millionen. Aehnlich bei Rindern und Schweinen. Es ist also nicht wahr, daß die Agrarzölle eine Erhöhung unserer Erträge geliefert haben. Infolge der Agrarzölle ist in Ungarn der Bodenertrag sogar zurückgegangen. Die Agrarzölle bedeuten also nicht einen Ansporn der Produktion, sondern ein Faulbett für die Großgrundbesitzer. eine Einrichtung, die ihnen mühelosen Gewinn in den Schoß wirft und sie der Pflicht enthebt, sich anzustrengen, um die Produktion zu steigern.

Die Agrarzölle haben die Habgier des Agrariertums erst großgezogen und wir wissen aus dem Kriege, welch furchtbare Wunden sie der Bevölkerung geschlagen hat, wie alle Maßnahmen der staatlichen Bewirtschaftung in der boshaftesten, heimtückischesten Weise von den Agrariern durchkreuzt wurden. Wir wissen, wie aller Appell an den Gemeinschaftssinn, an die Vaterlandsliebe wirkungslos verhallt ist. Kein Stand, kein einzelnes Individuum hat eine solche Hartherzigkeit, eine solche Staatsfeindschaft, eine solche Unmenschlichkeit gegen die sterbenden Kinder, gegen die hungernden Mütter bewiesen wie die Agrarier, deren Habsucht keine Grenzen kennt.

Die Agrarzölle haben aber auch wesentlich mit zur Erzeugung jener feindlichen Stimmung beigetragen, die den Krieg vorbereitet hat. Wir kennen unseren Konflikt mit Serbien und wenn wir auch nicht glauben, daß die Schweinefrage allein den Krieg hervorgerufen hat, so unterliegt es keinem Zweifel, daß die Versuche, auf diesem Wege die serbische Volkswirtschaft zu erwürgen, zur Rechtfertigung der künstlichen Hetze serbischer Chauvinisten bei den serbischen Landwirten wesentlich beigetragen haben. Aus den Erklärungen der russischen Professoren Mitrofanow und Tugen-Baranowski geht hervor, daß die deutschen Agrarzölle ebenso zur Verschärfung des Konflikts zwischen Deutschland und Rußland beigetragen haben, weil diese zw. utoritäten erklären, daß sich Rußland der Befürchtung hingegeben hat, ebenso erstickt zu werden durch die deutsche Agrarpolitik wie Serbien durch Oesterreich. Wir müssen also gegen diese Wirtschaft und ihre Fortsetzung entschiedenst Front machen.

Die Geldentwertung.

Aber der Krieg wird zu Ende gehen und wir werden noch einige Zeit brauchen, bevor normale Verhältnisse eintreten werden. Da ist vor allem die Entwertung des Geldes. Zwei Ursachen sind es, die diesen Zustand erzeugt haben: erstens die Passivität unserer Handels- und Zahlungsbilanz, die Folge unserer gedrosselten Ausfuhr, und zweitens die Höhe des unbedeckten Notenumlaufes. Wir werden die Entwertung des Geldes am eigenen Leibe spüren. Sie wird eine Zeitlang die Erlassung von gewissen Einfuhrverboten nötig machen. Auf die Einfuhr werden wir in hohem Grade angewiesen sein, da wir Rohmaterialien, Jute, Baumwollwaren in riesigen Mengen brauchen. Wir werden Zuchtvieh und Saatgut nötig haben, schon um nur mit der normalen Wirtschaft anfangen zu können. Wir werden Unmassen Geld ins Ausland gehen lassen müssen. Das wird eine weitere Entwertung des Geldes nach sich ziehen. Wir werden daher gezwungen sein, die Einfuhr alles dessen, was nicht unbedingt notwendig ist, zu verhindern, zum Beispiel von Luxusartikeln. Das muß selbst der weitestgehende Gegner der Zollwirtschaft zugeben. Aber auf der anderen Seite verlangen wir, daß diese Verbote so vorsichtig als möglich gebraucht und so rasch als möglich wieder aufgehoben werden.

Rohstoffe und Schiffsraum.

Schwierigkeiten wird es auch beim Rohstoffbezug geben. Alle Länder, insbesondere aber die unmittelbar kriegführenden, aber auch viele neutrale Länder werden sozusagen einen Run auf die Rohstoffländer machen. Die Rohstoffländer sind während des Krieges im Ertrag beträchtlich heruntergegangen. Schon jetzt sind Verträge auf Lieferungen abgeschlossen worden. Es bestehen noch solche Verträge aus der Zeit vor dem Kriege. Wenn nun nach dem Kriege ein anarchischer Ansturm auf die Rohstoffmenge einträte, würde eine neue Serie von Konflikten entstehen, woraus sich ergibt, daß die Frage der Zufuhr von Rohstoffen schon auf der Friedenskonferenz im Einverständnis geregelt werden muß. Dieselbe Schwierigkeit wird sich in Bezug auf den Schiffsraum ergeben. Oesterreich ist ein Land, das im internationalen Schiffsverkehr eine geringe Rolle spielt. Von den 22·9 Millionen Tonnen, die wir einführen, kommen aber 2·7 Millionen Tonnen über eigene und 1·8 Millionen Tonnen über fremde Häfen. Viereinhalb Millionen kommen also über die See, wenn wir einen normalen Bedarf haben. Nun wird aber jetzt das Einfuhrbedürfnis viel größer sein. Zur Verfrachtung der viereinhalb Millionen Gewichtstonnen braucht man anderthalb Millionen Raumtonnen. Wir haben aber gegenwärtig nur noch 180 Seeschiffe, 73 sind uns im Kriege verlorengegangen. Ein Teil von diesen 73 Schiffen liegt allerdings in amerikanischen Häfen. Und da wir mit Amerika noch nicht im eigentlichen Kriege sind, kann er, wenn sich die Beziehungen nicht verschärfen, zurückgegeben werden. Wenn also nicht weitere Schiffe zugrunde gehen, so haben wir etwa 180 Schiffe mit 960.000 Raumtonnen. Wir haben somit nicht ganz zwei Drittel von dem Schiffsraum der normalen Zeit. Unser Bedarf erstreckt sich aber nicht nur auf die Schiffe, die wir selbst haben. Der Schiffsraum ist ein Gemeingut der ganzen Welt. Amerikanische Phosphate werden nicht bloß auf österreichischen Schiffen hieher gebracht. Jährlich kommen 711.000 Tonnen schwedisches Eisen nach Oesterreich und jedes schwedische Schiff, das versenkt wird, erzeugt nicht nur eine wahnsinnige Erbitterung in Schweden, wie wir es in Stockholm gesehen haben, sondern fügt uns selbst schweren Schaden zu. Daher muß verlangt werden, daß die Frage des Schiffsraumes ebenfalls als eine internationale behandelt werde. Vor allem muß aber die Regierung jedes Staates allen Schiffsraum mit Beschlag belegen. Es darf nicht sein, daß viel-

Arbeiterzeitung

25./X. 1917

II

a)

Vor Parteitag.

leicht der Oesterreichische Lloyd Waren von Spanien nach Italien führt, um damit glänzende Geschäfte zu machen, für die wir Millionen von Subventionen zahlen, sondern er muß die Schiffe in den Dienst der eigenen Volkswirtschaft stellen.

Der Krieg bedeutet den Bankerott des Imperialismus auf allen Linien. So wie sich die theoretische Lehre des Imperialismus als auf falscher Voraussetzung fußend erwiesen hat, so hat die praktische Anwendung dieser Lehre beinahe zur Vernichtung der Menschheit und ihrer Kultur geführt.

Es ist wahr, der Kapitalismus hat große Kräfte entwickelt, aber noch mehr Kräfte hat er vergeudet; er hat Raubbau getrieben an den Naturschätzen und das kostbarste Gut, das menschliche Hirn und die menschliche Arbeitskraft, ruiniert. Die Zeit des Kapitalismus ist die blutigste in der Geschichte. Die kapitalistische Klasse hat nicht nur im Frieden das Proletariat ausgewuchert und ausgehungert, sie ist auch nicht davor zurückgeschreckt, die ganze Menschheit in ein Meer von Blut und Elend zu tauchen.

Und wenn wir heute, nach fast dreieinhalb Jahren, nach dem Resultat fragen, so ist das Ergebnis Null. Der Krieg war zwecklos. Die Monopolstellung, die die Staaten wollten, haben sie nicht erlangt, die Niederringung der Konkurrenten ist nicht gelungen. Dafür haben sie aus der Erde eine Wüste gemacht. Nur den einen Vorteil hat der Krieg: Dadurch, daß er ergebnislos ausgegangen ist, hat er sich selbst ad absurdum geführt, vielleicht hat er sich selbst beseitigt.

Vorstufe des Sozialismus.

Unsere Meinung, daß die Träume großer Philosophen und Philanthropen vom „ewigen Frieden" im Zeitalter des Kapitalismus unerfüllbar sind, hat sich als richtig erwiesen und eine andere Lehre wird die Zeit nach dem Kriege bestätigen: daß, wenn man dauernden Frieden haben will, man zuerst die ökonomischen Voraussetzungen schaffen muß. Der internationale Zusammenschluß zum Zwecke der Regelung der Volkswirtschaft, der einverständlichen vertraglichen und verträglichen Ausbeutung der Schätze der Erde muß kommen, nicht damit einer reich werde auf Kosten der anderen, sondern damit die Gesamtheit reich werde. Es muß zu einer internationalen Organisation der Produktion und des Absatzes kommen. Das ist noch nicht der Sozialismus, es ist aber als eine Vorstufe des Sozialismus zu betrachten.

Die Menschheit hat im Kriege gelernt, ist während des Krieges von der Ahnung angewandelt worden von jenem Segen, den eine gesellschaftliche Bewirtschaftung der Produktion mit sich bringt. Sie haben zwar unsere Methoden falsch abgeguckt, haben den Sozialismus nicht verstanden, aber sie haben gelernt, daß es eine unendliche Fülle von Kräften gibt, die der Kapitalismus nicht entfalten kann und die die Organisation des Kapitalismus geradezu in ihrer Entwicklung verhindert. Sie haben gelernt, daß, wenn sie entfesselt werden, das Emporblühen der Gesellschaft in noch höherem Grade als früher eintreten wird. Es wird sich nach dem Kriege zweifellos eine Abkehr der Welt von den Methoden der Technik und der Weltanschauung des Kapitalismus geltend machen. Das Streben nach Gemeinsinn wird erwachen und in der Tiefe der Seele der Menschheit wird ein Sehnen nach irgend einer Ordnung erwachen, die die Befreiung von diesem Fluche bringt, der auf der Menschheit infolge des Kapitalismus lastet. Auf diesen Weg die Menschheit zu führen, die Lehren des Krieges umzusetzen in die Tendenz einer höheren Entwicklung der Menschheit, das ist die Aufgabe der Sozialdemokratie nach dem Kriege und wir dürfen wohl hoffen und die Ueberzeugung aussprechen: Aus den Trümmern dieses Krieges wird die Menschheit sich neu erheben unter der Fahne des Sozialismus! (Lebhafter Beifall.)

Das Arbeitsverhältnis.

Berichterstatter Abgeordneter **Domes**:

Die ganze österreichische Arbeiterschaft stellt an die Regierung und an das Parlament durch diesen Parteitag die Forderung: Weg mit dem Ausnahmszustand, unter dem die Arbeiterschaft während des ganzen Krieges so furchtbar gelitten hat. Im Jahre 1912 hat das Parlament das Kriegsleistungsgesetz beschlossen, die Gefahren eines Krieges waren schon damals sichtbar. Zwischen Tür und Angel wurde das Gesetz angesprochen mit der Begründung, daß für den Fall des Krieges die Produktion für die Bedürfnisse des Krieges unter allen Umständen gesichert werden müsse. Und dieser Produktion müsse die Arbeiterschaft unbedingt gesichert werden. Ich weiß zwar nicht, ob die Produktion gefährdet war durch Hindernisse, die ihr die Arbeiter bereitet hätten. Während des ganzen Krieges ist die Produktion niemals gestört worden, wenn nicht die Unternehmer selbst diese Störung aus kapitalistischer Profitgier hervorgerufen haben. Natürlich aber wollen es die Arbeiter nicht verstehen, daß sie roboten, um den Kriegsgewinner zufriedenzustellen. Sie wollen in den staatlichen wie in den privaten Betrieben aus dem Ertrag ihrer Arbeit mindestens ihre Existenz sichern, die doch auch für die Produktion notwendig ist. Daß aber die Betriebsbesitzer darauf Rücksicht genommen hätten, das haben wir während des Krieges niemals wahrnehmen können. Das Gegenteil war der Fall. Unmittelbar nach Ausbruch des Krieges, als das Kriegsleistungsgesetz praktisch in Wirksamkeit trat, wurde die Freizügigkeit der Arbeiter aufgehoben, die Lohn- und Tarifverträge wurden kassiert, die Arbeitszeit ausgedehnt und die Kriegsinteressenten erwirkten beim Kriegsministerium besondere Erlässe, wonach sie in ihren Fabriken unbeschränkt schalten und walten könnten. Die Arbeitszeit in den Fabriken wurde auf 16, 18, 24 und sogar auch auf 48 Stunden ausgedehnt, bis die Arbeiter in den Betrieben buchstäblich zusammenbrachen. Daneben wurden aber die Löhne reduziert. Das Kriegsleistungsgesetz hatte allerdings dafür gesorgt, daß die Arbeiter unbedingt arbeiten müssen, aber nicht dafür, daß die Arbeiter bei dieser Arbeit auch die Möglichkeit haben, zu existieren, und es hat nicht dafür gesorgt, daß den profitlüsternen Fabrikanten, die am Kriege ohnedies genug verdienen, die Möglichkeit genommen wird, ihre Profite noch dadurch zu erhöhen, daß sie die Arbeiter noch mehr drücken. Auf dem Arbeitertag, der am 5. November stattgefunden hat, wurde über die Behandlung der Kriegsleister ausführlich gesprochen. Hier sei nur kurz einiges wiederholt. Am schwersten und am schlimmsten sind überall die Bergarbeiter behandelt worden. Im Jahre 1916 stellten einige Bergarbeiter in Fohnsdorf in Steiermark Lohnforderungen an die Grubenbesitzer. Als sie abgewiesen wurden, stellten sie die Arbeit ein. Der militärische Leiter richtete darauf an das militärische Kommando eine Eingabe, worin er die Angaben der Arbeiter, daß sie mit den Löhnen außerstande sind zu leben, bestätigte und forderte, daß ihre Löhne erhöht werden. Trotzdem wurden die Forderungen abgelehnt. Da sie aber die Arbeit verweigert hatten, wurde das standrechtliche Verfahren eingeleitet. Aber nicht nur akademisch. Siebzehn Bergarbeiter wurden von der standrechtlichen Gerichtsbarkeit einvernommen, der Galgen wurde aufgestellt, die Pflöcke wurden in die Erde eingeschlagen — für die Arbeiter, die sich geweigert hatten, die Profitgelüste der Alpinen Montangesellschaft zu befriedigen; nachdem das aber so weit gediehen war, wurden die Arbeiter wieder gefragt, ob sie arbeiten wollen. Angesichts dieser Tatsachen sagten die Arbeiter: „Wir haben die Arbeit nicht verweigert, wir haben nur verlangt, daß man uns einen Lohn gewähre, der uns das Arbeiten möglich macht." Darauf wurde das standrechtliche Verfahren eingestellt und das gewöhnliche militärgerichtliche Verfahren setzte ein. Die Arbeiter wurden zu sechzehn, siebzehn und achtzehn Monaten Kerker verurteilt. (Lebhafte Rufe der Entrüstung.)

Die Produktion in den Bergwerksbetrieben hat sich gesteigert. In den Jahren 1915 und 1916 haben die Gruben mehr Kohlen gefördert, aber die Löhne sind reduziert worden. Im Ostrauer Revier wurden Arbeiter, die sich weigerten, einer Verringerung der Löhne zuzustimmen, von Soldaten gefangen und auf das Wachtzimmer geführt; im Wachtzimmer wurden sie auf die Bank gelegt, von Soldaten gehalten und es wurden ihnen fünfundzwanzig Stockstreiche verabreicht. (Lebhafte Rufe der Entrüstung.) Für die Fabrikanten ist der Krieg eine ungeheuer günstige Konjunktur. Vor dem Kriege hatten die Industrie und ihre Besitzer mit der Konkurrenz zu rechnen. Während des Krieges war der Fabrikant von dieser Konkurrenz befreit, die auf die Preise drückte. Die österreichische Industrie hat dem Staat also einfach die Preise diktiert, der Staat hat diese Preise akzeptiert. Und wir, die Gesamtheit des Volkes, werden sie jetzt und in der Zukunft bezahlen. Die Arbeiter aller Kategorien aber waren den kapitalistischen Interessenten wehrlos ausgeliefert. Und jeder, der sich wehrt und sich dabei etwa auf die Bestimmungen des Kriegsleistungsgesetzes beruft, die ihn schützen, hat zu gewärtigen, daß er als Meuterer, als Verbrecher wider die Kriegsmacht des Staates bestraft wird.

In den großen Munitionsgebieten wurden die Arbeiter, nach denen der Bedarf immer größer geworden war, schließlich auch aus dem Felde zurückberufen und als sogenannte Kommandierte in die Kriegsleistungsbetriebe gesteckt. Sie blieben im Militärverhältnis und die Fabrikanten zogen daraus die Konsequenz, daß sie mit ihnen nun machen können, was sie wollen. Man zahlte ihnen nicht etwa nur die ungenügenden Löhne, sondern kürzte sie noch erheblich. Sie bezogen oft noch weniger als die Hälfte des Lohnes der Kriegsleister und konnten sich dagegen nicht wehren. Sie konnten sich nirgends beschweren, denn es war keine Einrichtung dazu da. Man wundert sich, daß Hunderttausende Arbeiter die Vergewaltigungen, denen sie während des ganzen Krieges ausgesetzt waren, ertragen konnten. (So ist es!) Ich frage gar nicht, ob sie sie ertragen konnten oder nicht. Der Kommandierte war immer der Gefahr ausgesetzt, als Meuterer vor die Militärgerichtsbarkeit gestellt zu werden, sobald er seinen Rechtsanspruch geltend machte. Auch heute noch! Das ist eine ganz gewöhnliche Einrichtung, daß, wenn der Arbeiter auf sein Recht pocht, er mit dem „Einrückendmachen" gestraft wird. Das geschieht, obwohl der Landesverteidigungsminister erklärt hat, es gibt kein strafweises Einrücken; es geschieht täglich, und vor kurzem ist es in vielen Betrieben der Metallindustrie und des Bergbaues wieder geschehen. Auch den Betriebsbeamten in Steyr wurde bei einer Beschwerde damit gedroht. Aber die Leute, die ihr Recht auf einen angemessenen Lohn haben, rücken nicht bloß zur Front ein, es folgt ihnen in der Regel ein Steckbrief nach in Form eines Dienstzettels, auf dem es heißt: Er ist ein Sozialist oder ein Aufwiegler oder ein Hetzer, oder er ist politisch verdächtig oder er ist politisch unverläßlich.

Andere wieder wurden als „Landsturmarbeiter" erklärt — mit Soldatenlöhnung statt mit Arbeiterlohn! Diese Leute haben sich bei den inzwischen ins Leben gerufenen Beschwerdekommissionen beschwert, aber die Kommission erklärte sich für inkompetent, weil im Kriegsleistungsgesetz und in der kaiserlichen Verordnung der Begriff Landsturmarbeiter nicht existiert. Soweit die Kommissionen imstande sind, ein Gutachten abzugeben, geht es dahin, daß diese Arbeiter Kriegsleister sind und Anspruch auf den normalmäßigen Lohn haben. Dieses Gutachten ist an das Kriegsministerium und an das Landesverteidigungsministerium gegangen. Die Arbeiter haben inzwischen wieder geklagt, klagen wiederholt. Seit drei Jahren hat sich aber an ihrem Verhältnis nichts geändert, sie sind Landsturmarbeiter geblieben.

Wo ist bei uns Recht und Gesetz? Man hat der Arbeiterschaft alles genommen, was zur Verteidigung ihrer Existenz gegenüber den Kriegsgewinnern notwendig ist. Wir haben denn auch bemerken können, daß sich Hunderttausende von Arbeitern in allen Industriegebieten gegen das Gewaltsystem zu wehren begannen. Man sollte glauben, wenn die Erregung der Arbeiterschaft so kräftig sichtbar wird, daß die Behörden nun doch endlich untersuchen werden, welche Ursache denn diesem Empörungsausbruch zugrunde liegt. Das hat man nicht getan, dafür ist man mit der Militarisierung der Betriebe vorgegangen, um die Arbeiter unter allen Umständen unter die Militärgerichtsbarkeit zu bringen.

Das Parlament hat mit den Militärgerichten im Hinterland aufgeräumt, die Militärgerichte existieren im allgemeinen im Hinterland nicht mehr. Aber für die Arbeiter sind die Militärgerichte erst recht besonders wirksam gemacht worden. Jeder Arbeiter, der sich im militarisierten Betrieb etwa entfernt, gegen Vergewaltigung, gegen Lohnreduzierungen Widerspruch erhebt, sich gegen gewalttätige Maßnahmen wehrt, wird vor das Militärgericht gestellt, wie erst kürzlich wieder in einem besonderen Befehl festgestellt wurde. Die Industriellen laufen zum Kriegsminister, teilen dort den Herren mit, die Forderungen der Arbeiter wären geeignet, die Kraft der Kriegsmacht zu schädigen, weil die Unternehmer nicht in der Lage seien, so hohe Löhne zu bezahlen, und wenn die Kommissionen entscheiden, daß die Forderungen entsprechen, dann gehe die Produktion zurück und dieses Zurückgehen der Produktion gefährde den Krieg. Genau so wie im Anfang des Krieges die Kriegsindustrie von der Kriegsverwaltung unter das Kriegsleistungsgesetz gestellt wurde, genau so wird jetzt die Militarisierung verlangt. Die Militarisierung beschränkt sich aber nicht auf die Erklärung, daß soundso viel Betriebe militarisiert sind, obwohl dafür jede gesetzliche Handhabe fehlt, sondern sie hilft durch Reservatbefehle noch nach, so daß wir aus dem Militärstrafgesetz überhaupt nicht herauskommen. Es wird notwendig sein, daß die sozialdemokratische Fraktion, daß das Parlament, vor allem aber die Arbeiterschaft selbst an die verantwortlichen Stellen dieses Staates das Begehren stellt, daß dieser Ausnahmszustand und die Verbreiterung dieses Ausnahmszustandes, der durch das Kriegsleistungsgesetz über die Arbeiter verhängt wurde, aus der Welt geschafft wird (lebhafter Beifall), wenn die Arbeiter unter der Last dieser Ausnahmsverfügungen nicht zusammenbrechen sollen. Man hat es verstanden, durch das Kriegsleistungsgesetz die Arbeiter unter das Joch zu bekommen. Es ist aber im Kriegsleistungsgesetz eine Bestimmung, daß auch die Fabriken von der Militärverwaltung übernommen werden können. Von dieser Bestimmung ist im ganzen Kriege keine Anwendung gemacht worden. Wenn sich ein Unternehmer auch noch so viele Uebergriffe zu Schulden kommen ließ, kein einziger Betrieb ist in die militärische Verwaltung übernommen worden, kein einziger Unternehmer mußte einrücken. Auch gegen die Lebensmittelwucherer ist der Staat vollkommen ohnmächtig. Diese haben einen Freibrief auf die rücksichtsloseste Ausbeutung und Vergewaltigung der Arbeiter. Der Zustand ist unerträglich, er ist ein Gewaltverhältnis gegenüber der Arbeiterschaft, das beseitigt werden muß, und diese Beseitigung zu erreichen fordern wir das Parlament auf, vor allem die sozialdemokratische Fraktion. (Lebhafter Beifall.)

Volksernährung.

Berichterstatter **Elersch**:

Ich glaube, keinem Widerspruch zu begegnen, wenn ich feststelle, daß nicht nur die ungeheuren Opfer an Leben und Gesundheit, die unerträglich gesteigerte Entrechtung der Arbeiterschaft, sondern vor allem der völlig unzureichende Zustand unserer Volksernährung die Arbeiter revolutioniert hat, aber nicht nur die Arbeiterschaft, sondern auch weite Kreise der Bevölkerung mit tiefem Abscheu vor dem Kriege und mit heißer Friedenssehnsucht erfüllt hat. Niemals ist ein so lebendiger Anschauungsunterricht erteilt worden, daß die Fortdauer der Herrschaft des Imperialismus und Kapitalismus zur blanken Unmöglichkeit geworden ist, wie auf dem Gebiet des Ernährungswesens. Wenn wir uns nun fragen, wie wir dazu gekommen sind, in diesem Maße Hunger zu leiden, müssen wir eine Reihe von Ursachen feststellen. Soweit es sich um die verkehrte Handels- und Zollpolitik im Frieden handelt, hat Dr. Ellenbogen bereits das Nötige gesagt. Zu Beginn des Krieges haben wir alle die Anschauung gehabt, daß ein Krieg von solchem Umfang, bei einer solchen Bereitstellung von Machtmitteln unmöglich lange dauern kann. Die Regierung war dabei noch von dem Optimismus erfüllt, daß unsere Landwirtschaft in der Lage sein wird, uns in zureichender Weise zu ernähren.

Die Regierung hat es verabsäumt, rechtzeitig die nötigen Maßnahmen zu treffen, um, soweit es noch möglich war, Lebensmittel nach Oesterreich zu bringen und die Produktion zu steigern. Es haben sich wahrhaft anarchische Verhältnisse herausgebildet. Die Preise sind wahnsinnig gestiegen und die Versuche, durch Festsetzung von Höchstpreisen der Preistreiberei Einhalt zu tun, waren wirkungslos, denn Höchstpreise haben nur dann eine Wirkung, wenn die Lebensmittel staatlich bewirtschaftet werden.

Die Produktion hat natürlich während des Krieges eine starke Einschränkung erfahren. Wenn der Landwirtschaft Millionen Menschen entzogen werden, wenn ihr das Arbeitsvieh genommen wird, das beim Militär verhungert, weil kein Futter da ist, dann ist es ja nicht anders möglich. Die Einschränkung der Produktion führte zu einem Kampf um die Lebensmittel zwischen Mensch und Tier. Die hohen Preise für Vieh und Fleisch haben die Viehwirtschaft begünstigt, dadurch ist der Anbau von Futtermitteln gesteigert und die Nahrung für die Menschen verringert worden. Zu der Minderung der Lebensmittelproduktion in Oesterreich kommt die Beschränkung der Einfuhr aus Ungarn. Im Frieden haben wir, auf Mehl umgerechnet, jährlich 15 Millionen Meterzentner von Ungarn bezogen. Die Lieferungen aus Ungarn haben während des Krieges nur geringen Umfang und die österreichische Regierung hat es nicht vermocht, sie zu steigern, weder Vereinbarungen noch Versprechungen sind eingehalten worden. Die Lebensmittelpreise sind in Ungarn höher als in Oesterreich und das begünstigt einen Schleichhandel zu den wahnsinnigsten Preisen. Für Fett werden 34, für Mehl 10 Kronen gezahlt.

Die Regierungsorgane, die in Scheu und Ehrfurcht vor den Agrariern erzogen worden sind, dringen nicht darauf, daß die Landwirtschaft ihre Pflicht erfülle. Der Mangel an Gemeinsinn bei den Landwirten hat sich in hohem Maße gerade im Kriege gezeigt. Die Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt braucht 15 Millionen Meterzentner zur Befriedigung der Nichtselbstversorger, aber es fehlen ihr nicht weniger als 10 Millionen. (Hört! Hört!)

Die ganze Landwirtschaft hat also höchstens fünf Millionen Meterzentner an Brotfrucht aufgebracht und die übrigen zehn Millionen, die gebraucht werden, um die Rationen für die Nichtselbstversorger zu befriedigen, müssen wir aus dem Ausland herbeischaffen, müssen wir in Ungarn suchen. Die Quellen, die in Rumänien zu erschließen sind, scheinen erschöpft zu sein, wenigstens in beträchtlichem Maße, und wir haben nur die eine Hoffnung, wenn wir nicht verhungern wollen: das nötige Quantum an Brotgetreide aus Ungarn zu bekommen. Ungarn ist, wie ich schon betont habe, zu entsprechenden Lieferungen nach Oesterreich nicht zu bewegen, nicht nur bei Brotgetreide, sondern auch bei allen anderen Lebensmitteln. Ungarn beruft sich darauf, daß es die Versorgung des Heeres übernommen habe. Auch im vorigen Jahre hieß es so, aber das Versprechen ist nicht erfüllt worden und in den letzten Monaten vor der Ernte mußte der Bedarf für das Militär aus der österreichischen Quote befriedigt werden. Es ist richtig, daß im Kriege das Militär ungleich mehr an Lebensmitteln verbraucht, als der Kopfquote der Soldaten in Friedensverhältnissen entspricht. Dazu kommt noch, daß ungeheure Nahrungsmittelvorräte in der Etappe aufgestapelt werden müssen. Was wir verlangen müssen, ist die Aufstellung eines Ernährungsplanes, der Deutschland, Oesterreich und Ungarn umfaßt, daß auf uns auch in Deutschland entsprechend Rücksicht genommen wird. Wir verlangen, daß die aufgebrachten Lebensmittelvorräte in diesen Ländern gleichmäßig auf die Bevölkerung aufgeteilt werden. Es geht nicht an, daß sich Deutschland auf unsere Kosten bei den Bezügen aus dem Ausland bevorzugt. Wir verlangen gleichmäßige Verteilung, namentlich aber, daß in Oesterreich und Ungarn die Ernährungsverhältnisse nach gleichmäßigen Grundsätzen geregelt werden. Auch bei der Armee muß Ordnung gemacht werden, die Verpflegung der Offiziere ist eine luxuriöse und steht in schreiendem Gegensatz zur Verpflegung der Mannschaft. Die Regierung hat die Anwendung von Machtmitteln unterlassen, um die Agrarier zur Erfüllung ihrer Verpflichtung zu zwingen, und auch im vierten Kriegsjahr ist sich die Regierung Seidler über den Wert der staatlichen Bewirtschaftung noch nicht klar gewesen. Sie hat mit Umgehung des Ernährungsrates eine Ernährungsenquete einberufen, um darüber zu diskutieren, ob in der staatlichen Bewirtschaftung der Lebensmittel fortzuschreiten oder der Handel wieder freizugeben ist. Die Regierung hat in der Kartoffelfrage einer in Kraft stehenden Verordnung moralisch den Kragen gebrochen durch vertrauliche Verhandlungen mit den Agrariern. Es ist eine Kartoffelverordnung erschienen, die die strenge staatliche Bewirtschaftung der Kartoffeln zum Gegenstand hat. Die Agrarier sind gegen diese Verordnung Sturm gelaufen. Die Regierung hat sich insgeheim bereit erklärt, sich mit einem Kontingent von zwanzig Millionen Meterzentner zufriedenzustellen, davon waren siebzehn Millionen für die Zivilbevölkerung, drei Millionen für das Militärärar berechnet, und die restlichen Kartoffeln dem Handel freizugeben. Wenn die Regierung solche Kompromisse macht, ihre eigenen Verordnungen im Stiche läßt, kann man von den Agrariern nicht verlangen, daß sie die Verordnungen respektieren.

Ein weiterer Uebelstand ist es, daß die Kriegsverwaltung ihre Dispositionen ohne Rücksicht auf die Ernährungsbedürfnisse der Zivilbevölkerung trifft. Die Ernährungsfrage ist auch in hohem Grade eine Transportfrage. Wir waren schon oft in Situationen, daß wir Lebensmittel hatten, aber nicht die Fahrbetriebsmittel. Jetzt sind die Kartoffeln zu verfrachten — wenn das nicht rechtzeitig geschieht, gibt es, wenn Fröste eintreten, keine Kartoffeltransporte mehr; jetzt ist die Rübe in die Zuckerfabriken zu bringen, wir brauchen auch mehr Kohlen als sonst, und gerade jetzt werden die Bahnen vom Militär in Anspruch genommen. Wir hören, daß Kartoffeln in den Stationen im

III.

25./X. 1917

der Parteitag.

Nr. 283 Wien, Donnerstag Arbeiter-Zeitung. 25. Oktober 1917

Stockholm, die Internationale und der Friede.

Berichterstatter Abgeordneter Dr. **Adler**:

Wir haben wohl alle gehofft, daß wir jetzt Ende des Jahres 1917, wenn wir wieder zusammenkommen, im Frieden zusammenkommen werden. Wenn Sie sich einen Moment zurückdenken in den Beginn des Jahres 1914, in die Stimmung, die in unserer Partei wie in den Parteien aller Länder, nach dem Kongreß von Basel und in der Erwartung des Internationalen Kongresses von Wien, herrschte, in diese Stimmung von Kampfesmut, aber auch von den ernstesten Befürchtungen, eine Stimmung, die aber erhöht war von dem Bewußtsein der Sicherheit und der Solidarität zwischen uns allen, und wenn Sie sehen, wie wir heute stehen, heute im vierten Kriegsjahr, mit der Hoffnung auf ein baldiges Ende, aber noch immer ohne die Möglichkeit, die Internationale zusammenzuführen, dann überblicken Sie eine Periode des proletarischen Lebens, wie wir sie nie durchgemacht und sie, wie wir hoffen, nie mehr erleben werden.

Man spricht heute noch soviel davon, wer die Schuld gehabt habe am Kriege — die äußere Schuldfrage, und wer die Schuld gehabt habe an dem Versagen der Internationale — die innere Schuldfrage. Ich werde die Schuldfrage nicht aufrollen. Ich halte es auch nicht für nützlich, daß sie bei einem Kongreß des Proletariats diskutiert wird, denn es kann dabei nicht viel herauskommen. Heute liegt nicht die Frage zur Diskussion, wer ist schuld am Kriege, sondern

wer ist schuld, daß der Krieg nicht zu Ende geht?

(Sehr richtig!) Aber wie tiefliegend auch die Ursachen dieses Weltkrieges, und wie verknüpft sie auch mit unserem ganzen politischen und Wirtschaftssystem sind, wie sehr auch Kapitalismus und Imperialismus zu diesem Kriege führen mußten, so sage ich doch: Wer einen vielleicht ausweichlichen

Brand angezündet hat, der trägt die größte Schuld!

Wir werden es niemals vergessen und nie vergessen lassen und nicht in den Hintergrund stellen und nicht verhüllen lassen, daß die Fackel, die in den leider bestehenden Scheiterhaufen geworfen wurde, die die Explosion bewirkt hat, die serbische Note war. (Sehr richtig!) Im Evangelium heißt es irgendwo: „Aergernis muß sein in der Welt, aber wehe dem, der Aergernis erregt!"

Wir konnten niemals zum Ausdruck bringen, was als brennendes Bewußtsein und als Verdammungsurteil in uns lebt, und obwohl es viel gemildert wird dadurch, daß die schuldtragenden Personen auf die eine oder die andere Weise verschwunden sind aus dem politischen Leben und aus dem Leben überhaupt, so muß es doch gesagt werden, und wenn wir es so hätten sagen können, wie wir es heute sagen können und zu geeigneter Zeit noch deutlicher sagen werden, dann wäre manches Mißverständnis vermieden worden, das zwischen uns und den Sozialisten anderer Länder entstanden ist. Ich erinnere mich an die letzte Sitzung des Internationalen Büros unmittelbar vor Ausbruch des Krieges. Als die Nachricht, daß der Krieg an Serbien erklärt sei, kam, bin ich aufgestanden und habe gegenüber den Reden, die dort geführt wurden, gesagt: „Der Krieg ist da, wir wissen nicht, was wir später einmal werden tun können. Wenn ihr gegenwärtig von uns Auflehnungen, Bekämpfungen des Krieges erwartet, so wäre das eine Täuschung. Die Gewalt herrscht in Oesterreich und wir sind zu schwach, als daß wir dagegen aufkommen könnten. Alles, was wir tun können, ist, die Partei und ihre Organisationen zu erhalten; das werden wir mit dem Aufgebot aller unserer Kräfte tun." Man hat mir das damals im Büro von verschiedenen Seiten übel genommen. Man hat gesagt, ich hätte weniger nüchtern sprechen sollen, sondern mehr aufreizend. Ich erwähne das, weil Sie auch gelesen haben, daß man meine damalige Haltung eigentlich „kläglich" gefunden hat. Ich habe es in meinem ganzen politischen Leben für meine Pflicht gehalten, blankweg nüchtern und mit so viel Selbstkritik, als irgend möglich ist, mir und meinen Genossen die Wahrheit zu sagen. Ich habe es niemals für meine Aufgabe gehalten, mehr zu versprechen, als ich halten kann. Wenn ich auch nicht das ganze Ausmaß von Gewalttaten im Innern — ich spreche nicht von den glorreichen Waffentaten nach außen, sondern von der Aufrichtung der Gewalt im Innern, nicht vom Krieg gegen das feindliche Ausland, sondern gegen das befreundete Inland — voraus ermessen konnte, so habe ich doch gewußt, weil ich mein Oesterreich kenne, welchem Ausmaß von Gewalt und welcher rücksichtslosen Ausübung der Gewalt wir gegenüberstehen, und ich hätte es als ein Verbrechen gehalten, meine Freunde im Ausland darüber zu täuschen, daß wir unfähig sind, dieser Gewalt unsere bescheidene Macht entgegenzustellen.

Dann kam ein Neues. Die Züchtigung Serbiens, die anfangs nicht so ausgefallen ist, wie sie sich die Züchtiger vorgestellt haben, war kaum im Beginn, da stand vor uns Rußland. Nun wird gesagt, wir hätten uns dem

Schlagwort des Kampfes gegen den Zarismus,

dem Schlagwort, das von den Regierungen geschickt ausgegeben wurde, allzu leichtgläubig angeschlossen. Das ist nicht wahr; wahr ist, daß die Gefahr des Krieges des Zarismus für uns und für die Deutschen eine furchtbare, von uns begriffene war und daß wir nicht anders konnten, als darauf antworten, daß wir entschlossen sind, sie abzuwehren. Daß die Regierungen das benützt haben, das war gar kein Zweifel, das ist der geringste Vorwurf, den ich ihnen mache; daß wir aber diese Gefahr hätten unterschätzen sollen, darum, weil wir die Schuld unserer Regierung genau kannten, das ist ein Fehlschluß. Wenn ein Haus angezündet wird, dann gilt es vor allem, zu löschen. Den Brandstifter, wenn man ihn dingfest machen kann, dingfest zu machen ist erwünscht, aber vor allem muß man löschen. Sie begreifen, daß damals eine andere Stimmung war, als die Armeen des Zaren gegen Krakau und Brünn vorgerückt sind, als heute, wo wir es mit den Bauern und Arbeitern zu tun haben, die unter den Fahnen der russischen Revolution stehen. Die Dinge haben sich sehr geändert, damals haben die Arbeiter eines jeden Landes in gutem Glauben gehandelt. Ob sie sich geirrt haben und wer sich geirrt hat, das wird einmal die Geschichte entscheiden, aber sie haben in gutem Glauben gehandelt, daß sie vor allem sich und ihre Zukunft, ihre wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung schützen müssen vor den Folgen eines Einbruchs, einer Niederlage. Darum sollen wir gerecht gegen alle sein und suchen, auch die anderen zu verstehen, zu verstehen auch die gröblichsten Exzesse, die in der Leidenschaft der Verteidigung des Landes geübt worden sind. Ich billige nicht, daß Vandervelde, der Vorsitzende des Internationalen Büros, Minister geworden und dabei Präsident der Internationale geblieben ist, was gewiß ein Fehler war, ich billige es nicht, aber ich begreife, daß in dem Moment, wo sein Land überfallen war, und für Belgien gilt dieser Ausdruck (Sehr richtig!), überfallen und überschwemmt von der deutschen Armee, jede andere Rücksicht, als sein Land zu verteidigen, für ihn aufgehört hat. Vielleicht hätte er, und ich bin heute ebenso dieser Ansicht wie damals, in Rücksicht auf sein Amt erkennen sollen, daß es inkompatibel, unvereinbar war, an der Spitze der Internationale und zugleich Minister zu sein; wenn er aber Minister werden mußte, dann mußte er das Amt der Internationale niederlegen. Aber unseren deutschen Genossen, uns selbst heute ein Verbrechen daraus machen, daß wir die Pflicht, eine Niederlage mit allen ihren Folgen von unserem Boden abzuwenden, erfüllt haben, ist falsch, und wenn ich bereit bin, die Meinung der sozialistischen Parteien in Frankreich, England und Belgien über ihre Lage mit aller möglichen Einsicht zu beurteilen und gelten zu lassen, dann sage ich, was ich den anderen zubillige, das werde ich auch unseren nächsten Freunden nicht verweigern. Und wenn die Franzosen und Engländer insbesondere uns nicht verstehen, dann wollen wir als die älteren Internationalisten uns dadurch von ihnen unterscheiden, daß wir sie verstehen.

Die Internationale, sagt man, sei zusammengebrochen und das wäre eine Schuld. Das war keine Schuld, sondern das war ein Schicksal. Die Internationale konnte

nicht mehr Kraft haben als die einzelnen Proletariate,

die ihr angehört haben. Mehr als die einzelnen hatte sie nicht. Sie konnte nicht mehr haben, als wir ihr gegeben haben, und welche Macht und welches Ausmaß von Kraft wir ihr geben konnten, das wissen Sie alle sehr gut. Die Internationale war auch keine Organisation, die für den Weltkrieg gedacht war. So phantastisch-optimistisch war man vor dem Kriege nicht. Beim Ausbruch des Krieges hat man sich gewundert, daß die Internationale eine Macht nicht ausüben kann, die sie sich nie zugetraut hat. Lesen Sie alle die Resolutionen durch von Stuttgart, von Kopenhagen, selbst von Basel. Ueberall ist gesagt, wir wollen alle Anstrengungen machen, um den Krieg zu verhindern. Das haben wir überall redlich getan. Die Franzosen haben einen erbitterten Kampf gegen den Krieg geführt, die Deutschen haben gerade in der letzten Zeit vor dem Kriege einen für deutsche Verhältnisse ganz unerhörten Kampf geführt. Wenn der Berliner Arbeiter, wenn man überhaupt in Preußen auf die Straße geht und große Demonstrationen macht, so ist das noch ganz etwas anderes, als wenn wir auf die Straße gehen, die wir gewissermaßen auf der Straße geboren sind. Aber die Pflicht ist es, dann, wenn der Krieg ausgebrochen ist, so heißt es in allen diesen Resolutionen, für seine Abkürzung zu sorgen, und hier liegt das Schwerste.

Diese Bemühungen der Internationale sind allerdings zunächst daran gescheitert, daß in allen Ländern und nicht zuletzt in den Ländern, die sich mit Recht ihrer demokratischen Verfassung rühmen, die größten Schwierigkeiten entstanden sind, Schwierigkeiten nicht nur bei den Regierungen, Herrschenden und Nutznießern des Krieges, sondern, seien wir offen, auch in dieser Massenpsychose, in diesem fanatischen Geist, der einen großen Teil der Massen ergriffen hat. Ich will milde von den anderen sprechen und uns nicht mehr entschuldigen, als unbedingt notwendig ist. Aber das möchte ich doch hervorheben, daß vom ersten Moment an deutsche und vor allem auch österreichische Sozialdemokraten jeden Versuch unterstützt haben, die Internationale wieder zusammentreten zu lassen und Fühlung miteinander zu gewinnen. Denn dieser Mangel an Fühlung einer Aussprache, dieser Mangel einer Verbindung zwischen uns war eines der schwersten Hindernisse, das heute noch nicht völlig beseitigt ist. Wir leben in einem Staate, der, sagen wir, aufgeklärt genug ist, zu glauben, es sei nicht nützlich, daß uns noch weitere und überschüssige Aufklärung von außen kommt. Wir in Oesterreich hatten nicht einmal Zeitungsnachrichten von außen und bekommen sie heute noch nicht. Wir bekommen keine ausländischen Blätter, außer durch Zufall und auf Umwegen. Wir sollen nicht erfahren, wie es draußen zugeht. Ich habe mit vielen von den Herren Regierenden gesprochen und ihnen auseinandergesetzt, daß es ja ganz töricht sei, unter dem Vorwand, daß Kriegsnachrichten hinauskommen könnten und daß es Kriegshandlungen beeinträchtigen kann, uns auch abzuschneiden von Nachrichten von außen. Wenn die anderen nicht wissen sollen, was bei uns ist, dann soll man doch wenigstens erlauben, daß wir erfahren, was bei den anderen los ist. Das, sollte man glauben, kann doch nicht gefährlich sein. Aber ich bin daraufgekommen — und das ist bezeichnend —, daß dieses Verbot und alles, was damit zusammenhängt, nicht den Zweck hat, daß wir nicht erfahren sollen, was draußen vorgeht, sondern wir sollen nicht erfahren, was in Oesterreich vorgeht. (So ist es!) Man hat uns zu absoluter Stummheit, Taubheit und Blindheit verurteilt und nun wollte man nicht, daß auf einem Umweg über das Ausland etwas zu uns hereinkommt. Gelogen wurde furchtbar im Ausland, umsomehr als keine Korrektur möglich war. Aber die Lüge im Inland war nicht geringer. Das Lügen ist überhaupt die höchste patriotische Tugend geworden in allen Ländern. Aber diese Absperrung jedes Verkehrs, auch des brieflichen und des telegraphischen, die hat sehr viel dazu beigetragen, daß ein Zusammentritt, eine

Fühlungnahme zwischen den einzelnen Parteien unmöglich

gemacht wurde. Trotzdem haben der Rest des Internationalen Büros und der Sekretär Huysmans mit großer Zähigkeit dahingewirkt, daß alle diese Bemühungen, uns an einen Tisch zusammenzubringen, nicht zunichte werden. Dieses Bestreben wurde von den Deutschen und von uns mit großer Bereitwilligkeit aufgenommen, aber die Franzosen und die Engländer ließen sich absolut nicht dazu bringen.

Nun hat sich eine Episode ereignet, der Versuch der

Minoritäten in Zimmerwald,

eine solche Fühlung herzustellen. Wir Oesterreicher haben damals — und ich habe dem in der Arbeiter-Zeitung Ausdruck gegeben — gesagt, wir erwarten nicht viel von Zimmerwald, können nicht viel Hoffnungen darauf setzen, aber schließlich ist jeder Versuch mit den besten Wünschen zu begleiten, wenn er nicht die Einheit im eigenen Lande gefährdet. Das einzige, was ich der ganzen Zimmerwalder-Bewegung, die sich dann in Kiental und zuletzt in Stockholm fortsetzte, zum Vorwurf mache, ist, daß sie, die eine Internationale der Minoritäten erzeugen wollte — nicht erzeugt hat —, darin ihre Hauptwirkung gehabt hat, daß sie dem jeweiligen Ausland das Friedensbedürfnis und den Friedenswillen des Proletariats als den Friedenswillen einer Minorität vorgestellt hat. Wenn man nach Zimmerwald geht und dort den Frieden und den Friedenswillen betont, zugleich mit einer Spitze und mit einem Protest gegen die Majorität des eigenen Landes, dann muß im Ausland die Meinung entstehen, als ob diese Majorität wenigen oder gar keinen Friedenswillen hätte. Wenn wir unseren Friedenswillen vielleicht anders ausgesprochen haben als diese Minoritäten und wenn dieser Friedenswille vielleicht hätte früher und kräftiger zur Aussprache kommen können — was ich leugne —, so war trotzdem das Vorgehen der Minoritäten nichts Gutes. Es konnte insbesondere in den gegnerischen Ländern, in Frankreich und in England, die Dinge so darstellen, als wären die großen Massen der Majorität des sozialistischen Proletariats weniger entschlossen zum Frieden als diese einzelnen Vertreter der Minoritäten.

Von diesem Standpunkt schien mir und scheint mir noch heute das Werk von Zimmerwald und Kiental nicht nützlich. Den guten Willen spreche ich niemandem ab. Wenn etwas weniger Kampf nach innen geführt würde, so wäre es gut. Und wenn man etwas weniger sich um den Kampf um einzelne Formen bemühen würde, die auch dort, wo es wieder Majoritäten und Minoritäten gibt, nicht nützlich gewirkt haben, so wäre es zu wünschen. Das Schlimmste aber ist, daß die große und ernste und die ganze Welt ergreifende Friedensbemühung, die sich um den Namen Stockholm gruppiert, so herabgesetzt wurde, als etwas Ungenügendes. Als die Vertreter der holländischen Partei im Internationalen Büro zusammen mit den Skandinaviern den Entschluß faßten, nachdem alle Bemühungen um eine Sitzung des Internationalen Büros gescheitert waren, in Stockholm ohne dieses Büro und nebenbei eine Zusammenkunft zu ermöglichen, als sie, benützend den unmittelbaren Moment nach der russischen Revolution, die Parole ausgaben:

Auf nach Stockholm!

da war gemeint und gewollt — und es wäre Pflicht gewesen, das zu verstehen und zu wollen —, daß in Stockholm zusammenkommen sollen die Vertreter aller Proletariate, die sozialistisch und klassenbewußt sind ohne Unterschied der Programme im einzelnen, mit den Unterteilungen, die bestehen. Das wollten wir und so hat uns die Welt verstanden, alle, selbst ganz fernstehende Kreise. Die einfachsten Frauen, die nie gewußt haben, was Sozialismus ist, die nie gewußt haben, was Internationalität ist, die uns mit ihren Segenswünschen begleiteten, die die Bedeutung der russischen Revolution kaum verstanden, haben doch begriffen, was das heißt: Auf nach Stockholm! Das heißt, daß dort alle Arbeiter der ganzen Welt erklären sollen: „Es ist genug mit dem Krieg, wir wollen, daß die Schlächterei ein Ende nimmt, wir halten es nicht länger aus und wir wollen Schluß machen!" Diesen Ruf, den alle begriffen haben, haben viele von unseren wärmsten und aufrichtigsten — daran zweifle ich nicht —, aber ein wenig zu engen Vertretern des Friedensprogramms und der Revolution nicht verstanden. Hier liegt ein Fehler und wenn uns Anklagen und Kritik nicht erspart sein sollen, so darf ich wohl diese Kritik hier mit Recht üben.

Der große Abschnitt im Verlauf der Dinge und in der Entwicklung auch der Internationale war die russische Revolution. Ein neuer Tag hat begonnen, das haben wir alle gefunden, es war wie eine Erlösung, und wir spürten alle, da ist etwas geschehen, was unsere Geschicke bestimmt im Krieg und weit über den Krieg, und alle Hoffnungen knüpften sich an die russische Revolution. In diesem Moment haben die Holländer und Skandinavier beschlossen, in Stockholm den Versuch eines solchen Kongresses zu machen, und als es nicht gelang, sofort die Vertreter der Länder zusammenzuführen, da hat man aus der Not eine Tugend gemacht und machen müssen. Es war sehr klug, es zu machen. Man wollte keine Lücke entstehen lassen und hat nun die Delegierten der einzelnen Nationen nacheinander eingeladen, damit sie dort die Meinung der sozialistischen Parteien über die einzelnen Fragen auseinandersetzen.

Das war ja gewiß sehr nützlich und hat zur gegenseitigen Verständigung gewiß sehr viel beigetragen. Aber es war nicht das, was die Massen und was wir alle im ersten Moment von Stockholm erwarteten, es war nicht dieser feierliche Chor der Blutenden und Leidenden, es war nicht dieser Aufschrei des Proletariats, der großen Massen, den wir von Stockholm erwartet hatten. Aber wenn auch das nicht gelungen ist, wenn es verhindert wurde wesentlich dadurch, daß in Frankreich und in England die Vertreter der sozialistischen Parteien gehindert wurden, in Stockholm zu erscheinen, auch diejenigen, die erscheinen wollten, so ist

Stockholm nicht umsonst gewesen

und die Arbeit, die dort geleistet wurde, nicht fruchtlos gewesen. Und Stockholm ist bis zum heutigen Tage eine moralische Kraft geworden und der Name Stockholm ist ein Symbol geworden in der ganzen Welt für den Willen des Proletariats, der, wenn er auch nicht in einem geschlossenen Rufe zum Ausdruck kommen konnte, doch die Hoffnung ist für alle, die denken, und die Sicherheit, daß dem Rufe Erfüllung werde. Wenn wir hier und in Deutschland den Ruf Nach Stockholm! von überall gehört haben, so will das nicht so viel bedeuten; denn die Regierungen von Deutschland und Oesterreich — aus welchen Gründen immer, das sei jetzt nicht untersucht — waren schon lange für Friedensverhandlungen. Aber auch in Frankreich und in England ist der Ruf nach Stockholm aus den Soldatenregimentern herausgedrungen, und der Ruf nach dem Frieden, der von den russischen Soldaten, Proletariern und Bauern im Soldatengewand, in allen Werkstätten ausgegangen, dieser Ruf hat sich auch in dem symbolischen Ruf: Nach Stockholm! vereinigt. So ist in Stockholm aus der Initiative, die von den Neutralen ausgegangen ist und von dem Reste des Sozialistischen Büros sowie den Bemühungen des russischen Arbeiter- und Soldatenrates, eine Vereinigung zustande gekommen. Welche Aussichten haben wir nun

für die Internationale,

welche Aussichten haben wir für ihre Lebendigwerdung, für ihr Wiedereintreten in ihre Funktion? Diese Aussichten hängen restlos mit dem Frieden zusammen, der ist die Vorbedingung. Wir haben in Stockholm gewartet, in meinem ganzen Leben habe ich nicht mit solcher Sehnsucht gewartet, gewartet, gewartet, daß neben den Delegierten der Mittelstaaten und des Orients sowie der Neutralen endlich auch Delegierte aus den Ententeländern kommen. Engländer, Franzosen, ja sogar die Russen waren lange verhindert, zu erscheinen, die Russen wesentlich durch ihre Tätigkeit in dem schweren Werke der Durchführung der Revolution; nach außen sieht das aus wie eine Aenderung der Kulissen. Es ist aber eine schwere, verantwortungsvolle, mühsame und alle Kraft und Energie der Menschen in Anspruch nehmende Arbeit. Und als die Vertreter der Russen endlich nach Stockholm kamen, war das für uns alle, die noch dort waren, ein Tag der Freude und der Erlösung; denn wir hatten nun mit Parteigenossen zu tun, die im Vorgefühl ihrer Verantwortung, im vollen Gefühl auch, verantwortlich zu sein nicht nur für die Internationale, sondern auch für die Interessen ihres Landes und für die Revolution selbst und ihr Schicksal; die Freude, mit Genossen zu sprechen, die wußten, was sie wollten, und die wirklich entschlossen waren, die Wirklichkeit zu sehen. Wir haben damals neue Kraft und neue Hoffnungen geschöpft und als diese Genossen weiterfuhren nach London, nach Paris und nach Rom, da ist ihnen ja viel gelungen. Sie haben bis zu einem hohen Grade eine Umstimmung in diesen Ländern und in den sozialistischen Parteien durchzusetzen vermocht, einfach dadurch, daß sie berichteten, was ist und was man dort vielfach gar nicht wußte. Freilich nicht eine Umstimmung, die genügen kann. Die Schwierigkeit ist ja bei einem solchen internationalen Kongreß, nicht nur theoretisch, sondern unmittelbar praktisch das Handeln des Proletariats zu bestimmen; die Schwierigkeit ist ja immer die, daß sich da eine Minderheit, die nicht immer eine Gruppe der sozialistischen Arbeiter ist, die hinter ihr stehen, fügen soll einem Beschluß, der von anderen gefaßt wird, die vielleicht nicht genau wissen, welche Schranken gezogen werden müssen in der

Arbeiterzeitung

IV.

25./X. 1917

Der Parteitag

, das Proletariat wird wieder einig sein, das Proletariat ieder — ich weiß nicht in welchen Formen, ob uns das Licht n wird vom Haag oder von Brüssel, von Stockholm oder tersburg — sich zusammenfinden. Ich gestehe Ihnen, ich bin nicht engherzig und nehme den internationalen Zuschluß von überall. Aber die Bedingung dafür ist, daß n Frieden wollen, nicht nur außen, sondern daß wir die liche Solidarität auch unter uns aufbringen. (Lebhafter). Daß wir nicht wieder alle, wenn es schlecht geht, zu aufangen. Tüchtige Leute, wenn es schlecht geht, ich zusammen und unterdrücken kleinliche Dinge. So muß h bei uns sein, in unserer Internationale, in der Internale in Oesterreich und auch innerhalb der deutschen demokratie in Oesterreich. (Beifall.) Das ist eine wesentPflicht. Seien wir selbst tüchtige Sozialdemokraten! Für nternationale wird die Geschichte sorgen, die die Interale früher gemacht hat und sie auch in der Zukunft n wird. Wir erfüllen unsere proletarische Pflicht, unsere als Menschen, indem wir alles einsetzen den Frieden! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Einstimmig angenommen.

Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte wird be-n, von einer Debatte abzusehen.

Die Resolution wird einstimmig angenommen. nster Beifall.)

Anträge.

Es liegen noch mehrere andere Anträge vor. Ueber einen g Ascher, daß die Delegierten in Stockholm der Erörterung Schuldfrage auf der Konferenz zustimmen sollen, wird ntrag Dr. Adlers zur Tagesordnung übergegangen.

Zu dem Antrag der Bezirksorganisation Landstraße, den sivorstand zu beauftragen, bei Verhandlungen in der terbewegung in Deutschland stets mit beiden ialdemokratischen Parteien in Verhandzu treten, bemerkt Dr. Adler, daß die Beziehungen mit n Parteien bereits bestehen und daß der ag damit überflüssig sei. Da der Antrag nicht zurückge wird, wird darüber abgestimmt. Der Antrag wird 34 gegen 58 Stimmen abgelehnt. Dr. Adler erer fasse diese Ablehnung, die sich die Antragsteller selbst schreiben haben, dahin auf, daß der Parteitag es abnt habe, einen Befehl zu erteilen, nicht aber, daß der eivorstand den Beschluß, den er schon bisher gefaßt hat, xlasse.

Ein weiterer Antrag der Bezirksorganisation Landße lautet:

Der Parteitag bedauert lebhaft, daß Genosse Karl utsky von der Stätte seines Wirkens verdrängt worden ist, cht ihm den wärmsten Dank für seine der Internationale widmete Arbeit aus und hofft, daß er in kürzester Zeit eine ue Stätte für seine der gesamten Arbeiterbewegung unenthrliche Wirksamkeit finden werde.

Auf Antrag Dr. Adlers werden die Worte „verdrängt den ist" ersetzt durch die Worte „verlassen mußte". dieser Fassung wird der Antrag angenommen.

Von einem Antrag Therese Schlesinger wird der erste

Der Parteivorstand wird beauftragt, die abschließende zte Kundgebung des Stockholmer Büros den Organisationen r Diskussion vorzulegen,

enommen, der zweite Teil, die Antwort der Partei auf e Kundgebung erst nach Anhörung dieser Organisationen zu ließen, dem Parteivorstand zugewiesen.

Weiter wird ein Antrag Fritz Wagner in folgender sung angenommen:

Der Parteitag entbietet den Genossen und Genossinnen allen Ländern, die um ihrer Ueberzeugung illen verfolgt werden, seinen brüderichen Gruß. Er begrüßt insbesondere alle Genossen, ie im Gefängnis schmachten. Er spricht aber auch llen anderen Opfern der durch den Kriegszustand erbeigeführten Verfolgungen seine innigsten Sympathien aus, den Internierten und Verschleppten n allen Ländern, den vielen Hunderten Proletariern, die chuldlos im Gefängnis schmachten, und den Tausenden, die urch den Mißbrauch der Kriegsleistungsgesetze aller Länder ersklavt sind. Die auf dem Parteitag Versammelten geloben, ei jeder Gelegenheit alle Kraft daranzusetzen, um das Los ieser Märtyrer zu erleichtern.

Ein Antrag Neurath, der die Parteivertretung aufert, die Grundsätze der Resolution durch Abhaltung von assenversammlungen im ganzen Reiche erläutern und auf diese Weise in einer großen Volksegung lebendig zu erhalten, wird angenommen.

Beim letzten Punkt „Eventuelles" liegt ein Antrag llebrands vor, dem nächsten Parteitag Aenderungen Parteistatuts vorzuschlagen und dabei den Vorschlag zu ücksichtigen, daß das Delegierungsrecht nach der Mitgliederder Organisationen abzustufen sei, und derart zu ertern, daß den berechtigten Ansprüchen aller Zweige der eiterbewegung entsprochen werden kann; in die Parteivertretung sollen 26 Mitglieder gewählt werden, von denen in Wien wohnende den Parteivorstand bilden. Der Antrag d angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt und es folgt die lußrede des Vorsitzenden.

Die Schlußrede.

Vorsitzender Seitz:

Mehr denn je können die Delegierten dieses Partes mit Freude und Stolz, mit Genugtuung über die gete Arbeit in ihre Heimat zurückkehren. Denn wir haben t wie sonst bloß Rückschau gehalten über die Arbeit eines res und vorbestimmende Beschlüsse gefaßt für die des sten. Dieser Parteitag hatte Stellung zu nehmen zu dem zten Ereignis der Geschichte der Kulturmenschheit, zu dem tkrieg des Imperialismus. Diese unsere Stellung ist kurz nzeichnet: Der Krieg ist unserem Wesen m d. Aber so sehr wir ihn ablehnen und nichts von ihm en wollen: er ist doch stärker als wir, er bestimmt uns ich und stündlich, er hat auch die Arbeiten des Parteitages mmt. Der Parteitag hat sich befaßt mit den Berichten der teivertretung und der Abgeordneten über ihre Tätigkeit im ge und gegen den Krieg, mit der durch den Krieg bedten Umgestaltung der Verfassung im Sinne der Demokratie der Autonomie, mit den wichtigsten Fragen der Volkswirtschaft im Kriege und nach dem Kriege und er hat schließlich in dem letzten Referat Stellung genommen zur Internationale, zum Friedenskongreß zu Stockholm.

Aus allen diesen Beratungen, aus allen Debatten erwächst uns die Erkenntnis: So kann es nicht weitergehen! (Lebhafter Beifall.) Die großen Massen des Volkes haben es satt, dieses Elend, diese Not, diese Pein zu ertragen. Aus Millionen gequälter Herzen kommt der Ruf nach dem Frieden, der Ruf nach dem Aufbau der Menschheit, nach dem Aufbau der Kultur im Sinne des Friedens. Die Sünden der Vergangenheit sind die Ursachen des Weltkrieges, die Tugenden der Zukunft müssen eine Folge seiner Lehren sein. Das Unternehmertum und die kleinen und großen Rentner sollen es deutlich hören: Der Krieg führt uns in eine neue Zeit, in der sich die Arbeiter ihrer Haut wehren wollen, eine Zeit, in der die Arbeiter entschlossen sein werden, zu kämpfen für ihre Rechte. Wenn die Mächtigen meinen, daß nun die Kriegsgewinne, die sie aus Not und Elend, aus dem Siechtum und Sterben der Menschheit erzielt haben, einen neuen Rechtstitel schaffen werden auf Nichtstun und auf Ausbeutung derer, die der Krieg noch zurückgelassen hat, dann sollen sie es wissen, daß die organisierte Arbeiterschaft entschlossen ist, dieser schrankenlosen Ausbeutung ein Ende zu machen. Ihre Zeit ist vorbei, es kommt eine neue Zeit, eine Zeit der Arbeit aller im Dienste aller und zum Besten aller. Es kommt eine neue Zeit der sozialen Arbeit, des Wiederaufbaues der Menschheit. Wir werden dafür kämpfen, jeder einzelne auf seinem Platze und jede Organisation. Wir werden die Organisationen wieder aufrichten, sie schlagfertig und kräftig machen; sie ausgestalten, auf daß sie den großen Aufgaben der Zukunft gewachsen seien.

Genossen! In fünftägiger Debatte suchten wir Klarheit zu gewinnen über unsere Haltung in diesen drei Jahren und in der Zukunft. Zwei Aufgaben sind es, die der Partei gestellt sind: erstens, die Arbeiter geistig und körperlich kampffähig zu machen, sie zu organisieren für den Klassenkampf, für den Kampf gegen Ausbeutung, gegen Not und Elend. Das ist die Gegenwartsaufgabe des Proletariats; und zweitens, die Massen zu erfüllen mit ihrer geschichtlichen Mission, sie vorzubereiten für die große Zukunft, die ihrer harrt, sie entschlußfähig zu machen, auf daß sie ihr gewachsen seien: das ist die Zukunftsarbeit der Partei. Dieser zwei großen Aufgaben gedenken wir jeder einzelne Tag für Tag. Und wie sich jeder gewissenhaft fragt, ob er in der Tagesarbeit nicht der Zukunft vergesse und ob er nicht über den Gedanken an die Zukunft die Arbeit des Tages vernachlässige, so haben diese zwei Richtungen auch auf dem Parteitag gegeneinander gerungen. Die eine mahnt uns an die Zukunft, die andere an die Gegenwart.

Dieser Streit war nützlich und notwendig und er wird immer geführt werden bei Tagungen der Partei, die sich ihrer Pflicht bewußt sind. So heftig er war, ja trotzdem er hie und da sogar in Persönliches ausartete, was wir unendlich bedauern, so sind wir uns doch trotz aller Meinungsverschiedenheiten bewußt geblieben, daß die Einheit und Geschlossenheit der österreichischen Sozialdemokratie aufrecht erhalten werden muß. (Lebhafter Beifall.) Wir sind entschlossen, alles zu tun, das Unglück von uns abzuwehren, das unsere deutsche Bruderpartei erlitten hat und das in Oesterreich ein weit größeres Unglück wäre. Wir sind nicht so stark, um uns innere Kämpfe leisten zu können.

Und deshalb danken wir dem Genossen Viktor Adler (lebhafter Beifall), daß er uns mit der von ihm beantragten Resolution wieder zusammengeführt hat. Was er in dieser Resolution sagt, das ist, wie alle Weisheit, kurz und schlicht und klar. Er sagt in dieser Resolution — und der Parteitag hat ihm einhellig zugestimmt —, „daß die Partei ohne Unterschied der Richtungen darin einig ist, ihre Geschlossenheit und Einigkeit zu erhalten, den Kampf für den Frieden mit aller Tatkraft fortzusetzen und in der notwendigen täglichen Kleinarbeit für die Interessen des Proletariats die Pflicht nicht zu vernachlässigen, die Arbeiterklasse zur Erfüllung ihrer großen geschichtlichen Aufgabe vorzubereiten".

Das war unsere Pflicht und unsere Aufgabe von alters her, das wird auch unsere Aufgabe in der Zukunft sein. Dann werden wir den großen Aufgaben gerecht werden, die der Krieg uns stellt, hier im Inland, in der schweren Arbeit der österreichischen Politik, aber auch in den Fragen der Weltpolitik; dann wird die österreichische Sozialdemokratie sein, was sie sein muß, ein wichtiges Glied der Internationale, stark und in sich gefestigt. Wir werden mitarbeiten an der Internationale, die die Welt zu erlösen hat von der Qual dieses Krieges.

Die Herrschenden haben den Krieg verschuldet, die Unterdrückten und Geknechteten werden den Frieden erringen! Die Herrschenden haben die Völker mit Haß erfüllt, die Geknechteten werden sie in Liebe zusammenführen.

So richtet sich die Hoffnung aller Unterdrückten, die Hoffnung des Proletariats, die Hoffnung der Mütter, der Frauen und Kinder auf die Internationale der Arbeit, auf die völkerbefreiende Sozialdemokratie! (Stürmischer Beifall.)

Die Versammelten erheben sich und stimmen das Lied der Arbeit an.

Der Vorsitzende dankt noch der Bezirksorganisation von Favoriten, dem Verein Arbeiterheim Favoriten und dem Lokalcomité, das sich um die Unterbringung der Delegierten verdient gemacht hat, und schließt den Parteitag.

Kölnische Zeitung
25./X.1917

Deutsch-Ostafrika im Kriegsjahr 1916.

Von Dr. E. Krenkel.

Das Jahr 1916 brachte für die militärische Lage Deutsch-Ostafrikas den in Deutschland schon längst erwarteten, von unsern Feinden sehnsüchtig erhofften Umschwung, indem es unsern kolonialen Gegnern gelang, durch Aufstellung großer Truppenmassen die deutschen Kolonialtruppen aus ihrer bisherigen Angriffsstellung in die Verteidigung und zur Aufgabe größerer Gebietsstrecken zu drängen. Aber wie langsam vollzog sich dieser Umschwung, so langsam, daß mit Ausnahme der nordwestlichen und nördlichen Landschaften kaum ein Teil der Kolonie in unumschränktem Besitze unsrer Gegner ist. Welche Verluste an Material und Menschen hat er gekostet, welche Unsummen an Geldmitteln verschlungen, und wie teuer wird er den Verbündeten nach der Niederlage des nun heimgeschickten Generals Smuts und seiner Buren noch zu stehen kommen, die im Süden der Kolonie in schwersten Kämpfen gegen unsre nun so kleinen Truppen stehen und durch ungenaue Berichte Erfolge vortäuschen müssen.

Im Anfang des Jahres 1916 verfügten die Engländer nach den eignen, jedenfalls sehr gering geschätzten Angaben, die auch die spätern erheblichen Verstärkungen bis zur Mitte des Jahres außer acht lassen, über etwa 45 000 Mann (Deutsch-Ostafrika hat kaum alles in allem die Zahl von 15 000 erreicht!), von denen 20 000 Mann um den Kilimandscharo, 5000 Mann an den Seen, 4000 an der Grenze von Britisch-Nyassaland standen. Infanterie, Kavallerie, Artillerie, Maschinengewehre, technische Truppen waren „im Überfluß" vorhanden, ein verkleinertes Bild des europäischen Krieges. Der Kongostaat stellte nach belgischen Quellen 20 000 Kongoneger auf, die, schon an sich ein vorzügliches Material darstellend, von belgischen Offizieren befehligt waren, die meist bereits auf dem europäischen Kriegsschauplatze gekämpft hatten. Über die portugiesischen Kräfte sind nähere Zahlen nicht bekannt. Portugals Mitwirkung an der Niederwerfung Ostafrikas bestand vor allem in der Unterstützung, die es England durch die Erlaubnis gewährte, portugiesisches Gebiet zu kriegerischen Vorbereitungen zu benutzen. Zu alledem kam die Mitwirkung der starken englischen Flotte an der Küste des Indischen Ozeans, die jede Zufuhr in die Kolonie seit der am 8. Februar 1915 erklärten Blockade fast unmöglich machte. Das allgemeine Ziel des gemeinsamen Angriffs der Verbündeten war die Zentralbahn, die in einer Länge von über 1200 Kilometer Daressalam mit Kigoma am Tanganjikasee verbindet, und die, noch kurz vor dem Kriege vollendet, für die Kolonie von größtem strategischen Werte gewesen ist, indem sie es in vielen Fällen ermöglichte, mit größter Schnelligkeit Truppen von der Küste nach dem Innern, vom Tanganjikasee nach Daressalam zu werfen. Waren die Verbündeten im Besitze dieser Bahn, so konnten, wie sie richtig voraussahen, bestimmte Teile der Kolonie nicht mehr verteidigt werden. Der von den Grenzen der Kolonie konzentrisch auf die Zentralbahn angesetzte Angriff bewegte sich in 5 großen Kampfgruppen vorwärts. Im Norden, in Britisch-Ostafrika, stand der als Retter nach den bisherigen Mißerfolgen der englischen Waffen unter General Tighe aus Südafrika gerufene Burengeneral Smuts, der Oberbefehlshaber der britischen Streitkräfte. Ihm standen 5 mit allem Material aufs beste ausgerüstete Brigaden zur Verfügung, die von den Brigadegeneralen Sir C. Crewe, van Deventer, Hoskins, Brits und Hannington geführt wurden. Das nächste Ziel der Kampfgruppe Smuts war Besetzung des Kilimandscharogebietes und Usambaras. Im Osten an der Küste befehligte ein englischer Admiral die durch portugiesische Schiffe verstärkte Blockadeflotte; sie sollte die deutschen Hafenstädte zerstören. Von Westen, mit der Basis des östlichen Kongostaates, rückte der belgische Generalmajor Tombeur vor. Ihm unterstanden drei ausgezeichnete Askaribrigaden, die von den Obersten Ohlsen, Molitor und Moulaert geführt wurden. Nächstes Ziel der belgischen Kolonialstreitkräfte war die Besetzung der westlichen deutschen Grenzlandschaften Ruanda, Urundi und der deutschen Tanganjikaseeküste. Endlich von Süden rückten aus dem englischen Nyassaland-Protektorat Truppen unter dem General Northey und Oberst Hawthorn vor, mit dem Ziel Langenburg und Bismarckburg; an diese lehnten sich nach der Küste des Indischen Ozeans zu die Portugiesen unter dem General Gil an.

General Smuts, der im Februar vom Kapland in Mombassa ankam, beschloß, unverzüglich von der Ugandabahn her das deutsche Kilimandscharogebiet anzugreifen, in dessen Hauptort Moschi das Oberkommando der Schutztruppe mit dem Obersten v. Lettow-Vorbeck saß. Seine erste Division versammelte sich am Longiddoberge, um von hier aus zwischen Kilimandscharo und Meru hindurch auf Aruscha und so in den Rücken der Deutschen zu marschieren. Die zweite Division rückte zum frontalen Angriff auf Taveta vor. In einer großen Reihe von Gefechten und Patrouillenkämpfen, in denen den übermächtigen englischen Truppen zäher Widerstand entgegengesetzt wurde, zogen sich die deutschen Vortruppen allmählich auf Moschi zurück, das Mitte März als völlig unhaltbar geräumt wurde. An der Station Kahe der Usambarabahn entwickelten sich mehrtägige schwere Kämpfe, die die Engländer jedesmal zum Entfalten ihres Vormarsches zwangen und ihnen starke Verluste beifügten. Die englischen Streitkräfte mußten trotz des bisherigen kurzen Feldzugs schon jetzt umgruppiert werden; es wurden drei Divisionen aufgestellt, von denen eine kurze Zeit in Reserve blieb; jeder wurde eine berittene Brigade beigegeben. Die erste bemächtigte sich unter ständigen Gefechten sehr allmählich der Usambarabahn und Usambaras bis Tanga. In mehrere Kolonnen geteilt, erreichte sie Mombo und Wilhelmstal, später den wichtigen Knotenpunkt Korogwe. Einer dieser Kolonnen gelang es am 7. Juli, Tanga einzunehmen, nachdem sie Verstärkungen — etwa 1500 Mann — empfangen hatte, die längs der Küste von Mombassa über Vanga nach Tanga marschiert waren. Von Korogwe, das durch während des Krieges gebaute gute Straßen, ja zum Teil durch eine Kleinbahn über Handeni mit Morogoro an der Zentralbahn in Verbindung stand, zogen sich im Juni und Juli die wenigen hier noch zur Verfügung stehenden deutschen Kompagnien auf Morogoro zurück, gefolgt von den Truppen des Divisionsgenerals Hoskins, mit denen sich die dritte, bisherige Reservedivision, unter General Brits vereinigte. Tagelange schwere Kämpfe entspannen sich während des Rückzugs, den die Engländer nur durch ihr starkes numerisches Übergewicht und die dadurch gegebene Möglichkeit erzwangen, die deutschen Stellungen zu umgehen. Erst im August — am 26. — gelangte der Feind nach Morogoro, das ihm unverteidigt überlassen wurde, um die zahlreiche Zivilbevölkerung nicht in Kämpfe zu verwickeln. Er hatte trotz seiner starken Kräfte, trotz guter Verbindungen nach rückwärts für die Bewältigung der kurzen Strecke von Korogwe bis Morogoro fast drei Monate gebraucht. Diese drei Monate fortwährender Kämpfe hatten ihm einen guten Teil seiner Stoßkraft geraubt. Etwa in denselben Wochen fielen an der Küste von Tanga aus südwärts vordringenden Engländern erst Sadani und Bagamoyo, am 4. September das unverteidigte, so oft von den englischen Seestreitkräften schwer beschossene Daressalam in die Hände.

Während der eben beschriebenen Kämpfe in Usambara, an der Linie Handeni—Morogoro, die mit dem vorläufigen Rückzug der hier kämpfenden deutschen Kolonialtruppen südlich der Zentralbahn im August-September endigten, marschierte im April 1916 die zweite Division unter dem Burengeneral van Deventer von Moschi und Aruscha aus südwärts auf die Zentralbahn zu mit den Zielpunkten Dodoma—Kilimatinde, in dem ausgesprochenen Zweck, durch Besetzung eines Stückes der Bahn den Osten vom Westen der Kolonie zu trennen und beide Teile, die sich so gegenseitig nur mehr schwer unterstützen konnten, getrennt niederzukämpfen. Im Mai entwickelten sich vor Kondoa—Irangi langwierige Kämpfe, die sich zu einem wahren Stellungskrieg auswuchsen. Tagelange Artilleriebeschießungen der beiderseitigen Stellungen setzten ein, bei denen die inzwischen mit einem Blockadebrecher eingetroffenen, mit den größten Schwierigkeiten von Lindi bis Kondoa geschafften 10,5cm-Haubitzen die besten Dienste bei der von Artillerie fast entblößten Truppe taten. Die Engländer litten vor Kondoa ungeheuer unter ihrem schlecht organisierten Lebensmittelnachschub, so daß die Rationen schließlich auf eine Tasse Reis täglich herabgesetzt werden mußten. Die berittenen Truppen verloren einen großen Teil ihres Pferdematerials aus Futter- und Wassermangel. Die Unzufriedenheit, vor allem der Burentruppen, denen man einen schnellen, leichten Sieg versprochen hatte, wuchs bedenklich. Man kann wohl sagen, daß hier vor Kondoa-Irangi bereits der Feldzugsplan des Generals Smuts einen nicht wieder auszugleichenden Stoß erlitten hat, der dann gegen das Ende des Jahres 1916 sich in eine offene Niederlage vor den zwar südwärts zurückgedrängten, aber nirgend besiegten deutschen Kolonialtruppen verwandelte. Erst im Juli gelang es

Fremdenblatt

26./X. 1917

Italienische Kammer.

K. Zürich, 25. Oktober. In der gestrigen Sitzung der italienischen Kammer beanständete ein Reformist, daß die Regierung erlaubt habe, Ende Juni drei in Italien bestellt gewesene Unterseeboote an Spanien abzuliefern, wo doch Spanien sich nicht einmal die Mühe gebe, seine Sympathien für die Zentralmächte zu verbergen, und die Unterseeboote für Italien selbst wertvoll wären.

Hernach beschloß die Kammer, den sozialistischen Antrag, eine parlamentarische Untersuchung der finanziellen Lebensbedingungen der italienischen Zeitungen zu veranstalten, an die Regierung zur Erwägung zu überweisen. In Begründung des Antrages hatte der Sozialist Treves ausgeführt, daß viele italienische Zeitungen gekaufte Organe privater Interessen seien und etliche trotz aller Schwierigkeiten in der Kriegszeit entstandene Zeitungen überhaupt weder Ideen dienen, noch Nachrichten verbreiten, sondern lediglich Geschäfte machen und vermitteln wollen. Es sei an der Zeit, auch jene Zeitungen, welche den Wünschen fremder Staaten um Geld dienen, zu demaskieren.

Ministerpräsident Bosselli entgegnete, daß die italienische Presse keine Bestechung kenne und bei Befürwortung und Stützung des italienischen Krieges von den reinsten Gedanken und Ueberlieferungen bestimmt werde. Der Feind möge sich gesagt sein lassen, daß ganz Italien einträchtig im Siegeswillen um jeden Preis sei. Wiewohl die Presse kein öffentliches Amt sei, widersetze er sich dem nicht, daß die Regierung den sozialistischen Antrag zur Erwägung übernehme.

Zum Budgetprovisorium sprach Schatzminister Carcano, indem er Zahlen über die Einnahmen und Ausgaben des Staatshaushaltes, wie sie im großen und ganzen bereits bekannt sind, entwickelte, den Alliierten den Dank für ihre Unterstützung aussprach und sie der Solidarität Italiens versicherte.

Justizminister Sacchi verteidigte seinen Straferlaß gegen die sozialistische Propaganda, da es unerläßlich sei, die Widerstandskraft des Volkes im Kriege, der nun einmal gegeben sei und nicht zur öffentlichen Erörterung gestellt werden dürfe, nicht vermindern zu lassen und die Soldaten, die gegen einen kriegserprobten und an Zahl überlegenen Feind zu kämpfen haben, vor Angriffen im Rücken zu schützen. Der Widerstand sei heute der einzige Weg, der zum Sieg führen könne.

Erklärungen des Kriegsministers.

Kriegsminister Giardino kam nach Erörterung mehrerer Einzelfragen und nach Abweisung des Vorwurfes, daß die Militärgewalt ihre Befugnisse auszudehnen oder gar den Willen des Volkes entgegenzuhandeln strebe, auf die Forderung der Ausdehnung der Befreiung vom Heeresdienst zugunsten landwirtschaftlicher Zwecke zu sprechen und führte aus: Die Erfordernisse des Krieges lassen sich unter dem Gesichtspunkte des Bedarfes an Menschen nicht voraussehen. Gewiß gibt es auf der italienischen Front Zonen, wo die Bodenverhältnisse einen etwaigen feindlichen Druck mit verhältnismäßig wenig Menschen einzudämmen erlauben, aber es gibt auch entblößte Zonen, wo sehr viel Leute in großer Tiefe bereitstehen müssen. Auf der italienischen Front müssen bei gleichen Bodenverhältnissen doppelt so viel Leute bereitstehen wie auf der französisch-englischen Front.

Die Offensive der Verbündeten.

Man spricht von einer Offensive des Feindes unter Teilnahme auch der Deutschen. Es steht fest, daß Deutsche in Tirol sind und wahrscheinlich auch am Isonzo.

Der Feind kennt unsere Rüstung, achtet aber angespannt auf etwaige Lücken in unserer Front, um dort sein Schwert einzustoßen und den ganzen Block zu sprengen.

Ein weiteres Anzeichen neuer feindlicher Betätigung ist die Einberufung aller Untauglichen vom Jahrgang 1867 an zur Nachprüfung, womit der Feind offenbar seine bisher in den rückwärtigen Linien verwendeten Elemente zur Verstärkung der Front freibekommen will. Kommt der Angriff, so fürchten wir ihn nicht. Indessen müssen wir uns alle Eventualitäten gegenwärtig halten und dürfen die Stärke unseres Heeres nicht vermindern. Nach zweieinhalb Jahren des Heldenmutes, der Leiden und der Opfer muß unser Land weitere Opfer tragen, damit das Blut unserer Toten nicht umsonst vergossen sei. In Rußland mag geschehen, was will: das italienische Vaterland ist unverletzlich. Der Krieg ist ein Erschöpfungskrieg geworden und kann durch eine Viertelstunde des Versagens der Widerstands-

Sonnino über die Kriegsziele Italiens.

Zürich, 26. Oktober.

In der gestrigen Sitzung der italienischen Kammer ergriff der Generalkommissär für das Ernährungswesen, Generalleutnant Alfieri, das Wort und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Erfordernisse und die Beschaffung der Nahrungsmittel für das Heer sich mit denen für die Bevölkerung werden vereinbaren lassen. Reserven an Nahrungsmitteln seien nicht vorhanden, weshalb große Opfer und Entbehrungen werden getragen werden müssen, und zwar von allen Ständen, und nicht zum wenigsten in den größeren Städten. Das italienische Volk müsse sich nunmehr so einrichten, möglichst viel Gefühl, aber wenig Brot zu haben. Bei dem blühenden Siegesglauben und der strahlenden Aussicht auf ein immer stärkeres und immer größeres Vaterland werde dies dem Volke leicht fallen.

Hierauf sprach der Minister des Aeußern Sonnino. Er legte zunächst dar, in welcher Weise Italien und seine Verbündeten die Einkäufe und Zahlungen in den Vereinigten Staaten geregelt haben, wobei er bemerkte, daß Italien infolge Mangels an Schiffsraum und Geld nicht in erster Linie zur Geltung kommen könnte. Italien habe keinen eigenen Oberkommissär für die wirtschaftlichen Angelegenheiten in Washington bestellt, sondern dessen Funktion aus politischen Gründen dem dortigen Botschafter übertragen.

Der Minister wandte sich sodann der Frage der Gewährung von Auslandpässen für die Friedenserörterungen zu und erklärte, er habe Pässe weder für Stockholm noch Anfang Oktober für Bern bewilligt und nehme den gleichen Standpunkt auch in bezug auf den auf den 12. November verschobenen sogenannten internationalen Kongreß für einen dauernden Frieden in Bern ein. Bei solchen internationalen Zusammenkünften suchen die Pazifisten der feindlichen Ländern mit einander Fühlung zu bekommen, um sodann ihre Gesichtspunkte den Regierungen aufzunötigen. Dabei seien aber die Pazifisten aus den mit Italien verfeindeten Ländern von vorneherein in einem vollkommenen Einvernehmen mit ihren Regierungen und unterstützen deren Spiel, während die Pazifisten Italiens und seiner Verbündeten ihre eigenen Absichten gegen den Willen und trotz des Willens ihrer Regierungen, die doch gesetzmäßig den Volkswillen vertreten, durchzusetzen trachten. Dies könne nicht gestattet werden, ohne die Sache der Verbündeten zu verraten und die höchsten Ziele der italienischen Kriegführung zu beeinträchtigen. Die ganze Nation, vertreten durch die Regierung mit Unterstützung des Parlaments, werde den Frieden machen müssen, und jede abgesonderte Betätigung einer Partei im Einvernehmen mit feindlichen Elementen müsse ausgeschlossen sein. (Lebhafte Protestrufe auf der äußersten Linken. Ein Zwischenruf: Die Völker werden den Regierungen ihren Willen aufzwingen!)

Sodann ging der Minister zur Besprechung der allgemeinen Lage über. Er erwähnte das Verhalten Chinas, Siams, Liberias, Haitis, Costaricas, Perus und Uruguays gegenüber Deutschland und Oesterreich-Ungarn und gab die nach den Konferenzen in Paris und London im Juli und August erfolgten bekannten Verlautbarungen namentlich bezüglich der territorialen Besetzungen in Griechenland und Korfu wieder. Es sei natürlich, führte der Minister weiter aus, daß Rußland eine Periode innerer Schwierigkeiten durchmache, aber man dürfe hoffen, daß das russische Volk immer besser überzeugt werde, wie der Schutz seiner Freiheit mit der Verteidigung gegen den äußeren Feind verknüpft sei. Der russische Minister des Aeußern habe kürzlich öffentlich das Recht des polnischen Volkes auf Einheit, Unabhängigkeit und Freiheit anerkannt und die Verbündeten stimmen dem vollkommen zu. Griechenland habe seine Stellung im Kriege geklärt und reorganisiere mit Hilfe Frankreichs und Englands das Heer und die Flotte, um alsbald in den Kampf gegen die gemeinsamen Feinde einzugreifen.

Der Austausch der Besuche zwischen dem Präsidenten der französischen Republik und dem König von Italien habe die vollkommene Uebereinstimmung und das zwischen den beiden verschwisterten und verbündeten Nationen bestehende Vertrauen erneut erkennen und festigen lassen. Ein aufrichtiges Zusammenwirken, gegründet auf sorgsame Achtung der beiderseitigen Interessen in der Welt, sei von vitalem Nutzen für Italien und Frankreich und beide gehen, verbunden auf der Bahn des Fortschrittes, den ruhmvollen Zielen entgegen, die ihnen das unvergängliche Genie der lateinischen Rasse weise. Der Besuch des Königs in Belgien zeige die Teilnahme Italiens an dem Ergehen Belgiens. (Von den Tribünen erschallen Hochrufe auf Belgien, in welche die Deputierten einstimmen.)

Die Friedensnote des Papstes.

Minister des Aeußern Sonnino kam noch mehreremale auf Belgien zu sprechen, indem er auf die Note des Papstes einging. Dabei gebrauchte er durchwegs schärfste Worte gegen Deutschland, dem er Vertragsbruch und Unglaubwürdigkeit vorwarf. Er nahm vollkommen den Standpunkt Englands ein in Bezug auf die Wiederherstellung, Entschädigung und Gewährleistung ohne Gegenleistung an Deutschland, sei es auch nur in Gestalt der Zurückgabe der deutschen Kolonien. Er tadelte es, daß der Papst die belgische Frage in eine gleiche Reihe mit den anderen Territorialfragen gestellt habe.

Bezüglich der allgemeinen Maßnahmen, welche der Papst zur Verhütung neuer Kriege notwendig erachte, könne er mit dem Papste übereinstimmen. Indessen sehe er in den Angaben praktischer Friedensbedingungen durch den Papst nur dieselbe Unbestimmtheit, welche die Mitteilungen seitens des Feindes kennzeichne und jedweden Gedankenaustausch unmöglich oder unnütz mache. Die letzten Reden des deutschen Reichskanzlers, des deutschen Staatssekretärs des Auswärtigen wie des österreichisch-ungarischen Ministers des Aeußern müßten einem jeden die Illusionen benehmen, denn es werde kein praktischer Boden für Erörterungen über die gegenständlichen Bedingungen des künftigen Friedens geboten. Die verbündeten Regierungen haben sich immer bereit erklärt, jeden Friedensvorschlag, der von den Gegnern ernsthaft vorgebracht werde, zu prüfen und unter sich zu erörtern. Dies bedeute aber keineswegs die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit, in Verhandlungen über solche Vorschläge einzutreten, welche nicht die gewollten Merkmale von Ernsthaftigkeit darbieten oder so geartet sind, daß wegen ihres allzu großen Abstandes von den grundlegenden und wesentlichen Zielen, um derentwillen der Krieg von den Verbündeten fortgesetzt werde, nicht die entfernteste Wahrscheinlichkeit besteht, durch Verhandlungen im Zwiegespräch mit den Gegnern zu praktischen Lösungen zu gelangen.

Die Zentralmächte streben den Beginn von Verhandlungen unter den Kriegführenden an, ohne daß sie sich zuvor auf ein genaues Schema von als Verhandlungsgrundlage geeigneten Bedingungen festlegen oder präjudizieren, nur weil sie auf die Ergebnisse der Erschlaffung, welche die Nachricht von der Einleitung von Verhandlungen in den friedenwünschenden Gemütern der feindlichen Bevölkerungen erwecken würde, spekulieren. Die Mittelmächte hoffen, wenn sie einmal auch mittels vager, inoffizieller mündlicher Erklärungen über ihre Geneigtheit zu Zugeständnissen an Frankreich oder Italien gegenüber einem vermittelnden Dritten zu Verhandlungen mit den Verbündeten gelangt wären, ohne weiteres zweierlei zu erreichen: erstens Zwiespalt unter den Verbündeten, indem sie größere Zugeständnisse zugunsten einer Macht von der Kürzung der Aspirationen der anderen Macht, oder geradezu von der Erlangung positiver Kompensationen zu Lasten eines dritten Verbündeten abhängig machen würden, zweitens, Erweckung eitler Täuschungen in den friedensdurstigen Völkern, damit die demokratischen verbündeten Regierungen sich zur Annahme auch der härtesten Bedingungen genötigt sehen, weil sie den öffentlichen Geist ihrer Länder nicht mehr zu einer kräftigen Wiederaufnahme der Feindseligkeiten zu bringen vermöchten.

Oeffentliche Initiativen zur Friedensvermittlung im ungeeigneten Augenblick hindern eher irgendeine Annäherung unter den Kriegführenden. Mit Abrüstung und Schiedsspruch seien alle Kriegführenden theoretisch einverstanden, wie sie bereits in der Beantwortung der ersten Botschaft Wilsons erklärt haben, aber die Verwirklichung erscheine nicht leicht. Die Freiheit der Meere bestreite im Frieden niemand, aber im Kriege sei sie schwer geltend zu machen, wie die Zentralmächte selbst zeigen. Das Kriegsrecht kenne keine andere Garantie mehr als das Besitzpfand und keine andere Sanktion als die Ausübung von Repressalien.

In bezug auf jene Gebiete, welche von Macht zu Macht strittig sind, mache die Note des Papstes keine Vorbehalte und spreche nur die Hoffnung aus, daß diese Frage in versöhnlichem Geiste geprüft werde. Dies biete aber keine mögliche und praktische Grundlage zur Einleitung irgendwelcher Verhandlungen, obwohl es unzweifelhaft der wichtigste und eigenartigste Teil und der leuchtendste Punkt in der Note des Papstes sei. Indessen haben Graf Czernin und Doktor v. Kühlmann bereits geantwortet und ein „Niemals" sowohl für die von Italien als italienisch beanspruchten Gebiete, als auch bezüglich Elsaß-Lothringens für Frankreich ausgesprochen. Immerhin sei Italien geneigt, um eines Friedens willen, der nicht bloß ein Waffenstillstand sei, im vollen Einvernehmen mit den Verbündeten zur Prüfung jedweden ernsten, von jedweder Seite kommenden Vorschlages überzugehen und seinerseits jeden Rachedurst und jede imperialistische Anmaßung völlig beiseite zu lassen. Nur in einigen wesentlichen Punkten könne Italien nicht nachgeben. Italien könne die höchsten Ziele, derentwegen die Nation in den Krieg getreten sei und so große Opfer gebracht habe, nämlich die Ziele der Befreiung der italienischen Brüder und der Sicherheit der italienischen Unabhängigkeit, nicht abtun. Italien wolle weder Zerstückelungen der feindlichen Staaten noch Veränderungen innerer Einrichtungen anderer Staaten.

Die Friedensgarantien, welche durch die Liga der Nationen und durch die Einrichtung des Schiedsspruches hergestellt werden können, seien ein übriges, das erst in Betracht komme, nachdem die Bedingungen eines erhaltungswerten Friedens entsprechend den Geboten der Gerechtigkeit, Freiheit und Achtung der Menschenwürde erfüllt sind.

Die adriatische Frage.

Die Verbündeten seien wohl für das Ideal der Verteidigung und Wiederherstellung der verletzten internationalen Gerechtigkeit in den Krieg gegangen, aber sie verfolgen auch Sonderzwecke. Frankreich, welches nebst Rußland das Opfer des Angriffes von 1914 sei, wolle die Rückgabe der 1871 entrissenen Provinzen, und Italien kämpfe für die Vervollständigung seiner natürlichen Grenzen, die Befreiung der vom Fremdling unterdrückten Brüder und zur Sicherung der für Italiens Dasein und legitime Sicherheit notwendigen Bedingungen im Adriameere. Die adriatische Frage sei für Italien wesentlicher Kriegszweck und stehe für Italien und seine Verbündeten außer Erörterung. In Italiens Ansprüchen sei nichts Imperialistisches. Die Küstengestaltung des Adriatischen Meeres habe schlimme strategische Folgen für Italien, die unerträglich seien. Italien sei geneigt, politische und wirtschaftliche Anforderungen der slawischen Völker auf dem anderen Adriaufer rücksichtsvoll zu behandeln und ein freundschaftliches Zusammenleben der italienischen und der slawischen Rasse zu ermöglichen. Italien müsse sich ferner für das östliche Mittelmeer interessieren, strebe aber bloß politisch und wirtschaftlich soviel an, wie die Herstellung des Gleichgewichts und die Verhältnismäßigkeit bei der allgemeinen Ordnung der Verhältnisse des östlichen Mittelmeeres zu Ende des Krieges gestatten werde.

Der Minister schloß seine Rede mit der Mahnung an die Deputierten, den höchsten Ernst der Stunde nicht zu übersehen, keine Irrtümer zu begehen und nichts zu tun, was den niedergedrückten Kriegsgeist der autokratischen Kaiserreiche erheben und damit den Frieden behindern und verzögern könnte. Die Forderung eines sofortigen Friedens oder eines Friedens um jeden Preis trage nur den schlechtesten Frieden ein, der das Vaterland entehre und noch über den Krieg hinaus ruiniere. Das Geheimnis des Sieges bestehe im Ausharren und Widerstehen an der Front und im Innern. Die Regierung brauche die Unterstützung und das Vertrauen des Parlaments bei ihrer schweren Aufgabe. Ueber die Feinde werde siegen, wer am besten sich selbst zu besiegen wisse. (Großer Beifall und viele Beglückwünschungen, auch seitens des klerikalen Ministers Meda.)

Turati (Sozialist) begründete eine oppositionelle Tagesordnung.

Ministerpräsident Boselli hielt eine gerührte Rede zur Verteidigung seines persönlichen Eifers und der Tüchtigkeit des Kabinetts. Er versicherte seine unentwegte Achtung des Parlaments und seine Siegesgewißheit. Das Parlament möge gleichfalls durch eine klare, die Fortsetzung des Krieges bis zum Siege beinhaltende Abstimmung gleichfalls Siegeszuversicht bekunden und den Gedanken äußern, ob und wie das Kabinett etwa andere Wege einschlagen solle.

Die Abstimmung.

Als der Kammerpräsident ersuchte, daß Boselli angebe, welche der 50 eingebrachten Tagesordnungen ihm genehm wäre, wußten Boselli und die anderen anwesenden Minister keine einzige anzugeben. Die Sitzung wurde unterbrochen, und inzwischen fand sich Deputierter Callaini auf Ersuchen der Minister bereit, folgende Tagesordnung einzureichen: „Die Kammer billigt die Erklärungen der Regierung und geht zur Verabschiedung des Gesetzentwurfes, betreffend das Budgetprovisorium, über."

Die Abstimmung über den Satz „Die Kammer billigt die Erklärungen der Regierung" ergab 314 gegen und 96 für bei 5 Stimmenthaltungen. Unter den 96 Zustimmenden waren die 25 Minister und Unterstaatssekretäre und kleine Gruppen, namentlich der Rechten und des Zentrums. Zum zweiten Teil der Tagesordnung beantragte der Giolittianer Falcioni die Beschränkung des Budgetprovisoriums bis Ende Dezember, was mit 271 gegen 36 Stimmen angenommen wurde.

Ministerpräsident Boselli erklärte, daß die Regierung sich angesichts der Abstimmung ihre Entschließungen vorbehalte.

Neue Freie Presse
28/X. 1917

Die Friedensfrage.

Vom **Grafen Julius Andrassy.**
K. u. k. Geheimer Rat, königlich ungarischer Minister a. D.

(Siehe Nr. 19069, 19076, 19083, 19090 und 19097 der „Neuen Freien Presse" vom 23. und 30. September, 7., 14. und 21. Oktober.)

Budapest, 26. Oktober.

Ich kann daher dasjenige, was ich über die Art der Friedenslösung bisher gesagt habe, dahin zusammenfassen: Es gibt keine fertige Formel, kein untrüglich sicheres Mittel für die Schaffung des Friedens. Für eine Annahme des Prinzips des Friedens ohne Eroberung ließe sich bloß vorbringen, daß die Annahme dieses Prinzips unserseits den Druck der Ententesozialisten auf ihre Regierungen steigern würde. Wenn wir aber die innere Verschmelzung betrachten, welche zwischen den Sozialisten und den kämpfenden Nationen zustande gekommen ist, wenn wir jene Machtmittel in Betracht ziehen, über welche die Regierungen verfügen, und wenn wir bedenken, daß auch diese Kreise eine vollkommene Aenderung unseres Standpunktes für ein Zeichen der Schwäche halten und glauben werden, der Krieg werde ohnehin alsbald mit ihrem Sieg enden: so halte ich diese Hoffnung nicht für genug begründet, als daß wir uns um ihretwillen ein- für allemal und prinzipiell in die nachteilige Lage versetzen, daß wir trotz unserer weiteren Opfer, selbst im Falle unseres vollkommenen Sieges, trotz der hartnäckigen Böswilligkeit und der Aufrechterhaltung des aggressiven Geistes unserer Feinde unter keinen Umständen diejenigen Grenzberichtigungen erreichen, die in Zukunft unsere Verteidigung erleichtern können. Ich hielte dies um so weniger für richtig, als ja, wenn ein Zusammenwirken mit den internationalen Sozialisten zum Ziele führen kann, dies auch erreichbar ist, ohne daß wir uns ein- für allemal deren Grundsätze zu eigen machten. Dies wäre auch dadurch zu erreichen, daß wir den Frieden ohne Eroberung zu einem geeigneten Zeitpunkt unter der Bedingung anbieten, daß wir im Falle der Ablehnung unseres Angebotes durch die Entente unsere Handlungsfreiheit wieder zurückgewinnen. Zweifellos ist meiner Ansicht nach eine der Hauptursachen dessen, daß wir noch keine Friedensverhandlungen haben, der Glaube unserer Feinde, daß sie noch siegen können, und daher ist meines Erachtens nach der Beweis unserer Kraft durch Taten das beste Argument für den Frieden. Wenn wir den Frieden wollen, müssen wir uns noch immer für den Kampf rüsten. Das ist eine alte und traurige Wahrheit, sie ist aber auch heute noch nicht veraltet. Sie ist auch heute noch ebenso wahr wie damals, als man noch weniger von Humanität, von internationalem Recht, neuer Epoche und von der alles heilenden Kraft der Demokratie sprach. Es gehört ganz und gar nicht in den Rahmen dieser Studie, danach zu forschen, was wir zum Zweck unserer Kraftentwicklung und Erhaltung tun müssen. Es genügt die Feststellung dessen, daß wer den Frieden will, dies bei uns — wo die Regierungen und die Mehrheit der Nation den Frieden ohnehin wollen — nicht so sehr durch Friedensreden, durch Agitation im Interesse des Friedens, durch Einrennen offener Türen, als vielmehr durch die Kräftigung unseres Armes erreichen kann, dadurch, daß er den Sieg, den Erfolg vorbereitet. Die Agitation im Interesse des Friedens kann volkstümlich machen, kann einen mit dem Nimbus des Friedensapostels umgeben: dem Frieden selbst schadet sie mehr, als sie nützt. Dies würde sicherlich auch dann gelten, wenn wir uns über die Absichten der Ententeregierungen täuschen würden und wenn die Entspannung, die ich hervorgehoben habe, in der Tat eine Richtungsänderung und die Entwicklung einer ehrlichen Friedensabsicht bedeuten würde. Denn unser Erstarken würde diese Friedensabsicht nur noch rascher zur Reife bringen, anderseits aber würde es verhängnisvolle Ergebnisse haben, wenn unsere Energie in der Hoffnung auf den Frieden erlahmen und wenn sich dann herausstellen würde, daß die Friedenshoffnung eine Täuschung war.

Neben der Kriegsbereitschaft freilich müssen wir stets bereit sein, einen gesunden Frieden auf Grund der Verständigung und Billigkeit mit der Absicht zu schließen, daß eine neue dauernde Epoche einsetze, in der das Recht auch in seinen internationalen Beziehungen zu einer größeren Rolle gelange und die Gewalttätigkeit an Wichtigkeit verliere. Unser Hauptziel darf nicht sein, daß wir uns so sehr ausbreiten, als dies unter den gegebenen Verhältnissen vielleicht möglich wäre, sondern daß wir unter Sicherung unseres Daseins und unserer Zukunftsentwicklung die Grundlagen eines dauernden Friedens errichten. Wir müssen unseren ganzen Einfluß mit voller Kraft in die Wagschale werfen, damit diese Bereitschaft auch bei unseren Verbündeten vorhanden sei und erhalten bleibe und daß es sich nicht ereigne, daß die Menschheit wegen des imperialistischen Dünkels einzelner Fraktionen gegen ihr besseres Wissen und Gewissen blute.

Es ist ferner wichtig, daß man überall an diese unsere aufrichtige Friedensliebe auch glaube. Die Kunstgriffe der Ententeregierungen, mit welchen sie die Kampflust wacherhalten, beruhen auf der Betonung dessen, daß wir eigentlich den Frieden ernstlich gar nicht wollen. Wenn es uns gelingt, die neutrale öffentliche Meinung und damit die während des Krieges mit dieser im inneren Kontakt stehende Gesellschaft der feindlichen Staaten von dem Gegenteil zu überzeugen, dann erschweren wir das Werk der Kriegsparteien und ziehen diejenigen aufgesessenen gutgläubigen Elemente, welche den Frieden wollen und nur in dem naiven Glauben befangen den Krieg hinnehmen, daß wir eigentlich den Frieden gar nicht wollen, von der Kriegspartei ab.

Seit der Regierung des Kaisers und Königs Karl ist diesbezüglich wenigstens, was uns betrifft, ein Fortschritt zu verzeichnen. Heute glaubt man an die Friedensliebe unseres Herrschers aufrichtiger als an die irgendeines anderen Monarchen. Auch dem Grafen Czernin ist es geglückt, den Glauben zu bestärken, daß er den Frieden will.

Die österreichisch-ungarische Monarchie war in ihrer heutigen Form, seitdem die Dynastie die deutschen und italienischen Prätensionen aufgab, vermöge ihres Daseinsinteresses ein Friedensfaktor. Und sie wird es noch mehr werden, wenn der jetzige Friede jene ständige Provokation beseitigt, die in dem großserbischen Gedanken verborgen war und die Oesterreich-Ungarn zuweilen zu einer energischen Politik und zu gewissen mit einem Kriegsrisiko verbundenen Handlungen zwang, weil es nur derart die Integrität seiner Grenzen erhalten zu können vermeinte. Sobald diese Gefahr aufhört, muß Oesterreich-Ungarn sein höchstes außenpolitisches Ziel darin suchen, daß eine Weltkatastrophe, wie die gegenwärtige, durch Verbindung und Friedensliebe in Hinkunft ausschließe. Je enger und in je weiteren Kreisen anerkannt wird, daß die Politik Oesterreich-Ungarns naturgemäß und ihre eine Friedenspolitik bleibt, um so mehr können [illegible] jetzt im Interesse des Friedens tun. Unser harrt ein hoher Beruf in der Gegenwart, wie in der Zukunft. Seitdem Rußland seine orientalischen Ambitionen aufgegeben, seitdem es erklärt hat, daß es Konstantinopel und die Meerengen nicht begehre, seitdem es verkündet hat, es wolle nicht erobern, besteht zwischen den führenden Staaten der Ententemächte und zwischen uns kein direkter Interessengegensatz mehr. Wir sind wegen unserer Verbündeten aneinander geraten, weil jene sich mit den orientalischen Ambitionen der Zaren und mit den großserbischen Ideen identifizierten und gegen unsere Verbündeten losgingen. Allein ein direkter Interessengegensatz besteht zwischen uns nicht. Die Westmächte haben keine Ursache, auf uns eifersüchtig zu sein. Anderseits kann die Kraft Englands und Frankreichs, sofern sie nicht zum Schaden Deutschlands sich geltend macht, an sich genommen, uns nirgends gefährden oder bedrohen. Diese Situation müssen wir für den Frieden ausnützen. Das gegenseitige Verstehen der beiden Hauptgegner: Englands und Deutschlands, können wir als ehrliche Makler am leichtesten vermitteln und fördern, wenn Deutschland unbedingt in unsere Loyalität vertraut, und wenn England erkennt, daß wir kein anderes Interesse haben, als die Sicherung des Friedens auch in der Zukunft und daß uns England nicht im Wege steht.

Mit der größten Sorgfalt und Vorsicht müssen wir indes vermeiden, daß unsere Friedensliebe als ein Zeichen der Schwäche angesehen werde. Gewiß werden unsere Feinde alle unsere Friedenskundgebungen böswillig als Zeichen des Kleinmuts und der Feigheit einstellen. Das soll uns aber von der Betonung unserer ehrlichen Friedensabsicht, von der Ausnützung der ernsten Möglichkeiten und davon nicht abschrecken, daß wir die Berührung und den Zusammenhang auch mit unseren direkten oder indirekten Feinden aufrechterhalten. Aber es soll uns von Friedensangeboten, die nicht zum Ziele führen, sowie von dem Verzicht auf unsere berechtigtesten Forderungen abhalten, ehe unsere Gegner ihrerseits nicht auch Konzessionen gemacht haben. Ich glaube, der derzeitige Minister des Aeußern hat um einiges mehr über den Frieden gesprochen — über einen Frieden ohne Eroberung und Entschädigung — als wünschenswert. Im allgemeinen leben wir in der Atmosphäre des alten österreichischen Pessimismus, trotzdem wir keine Ursache dazu haben. Den Frieden kann uns eher die Stimme des Selbstvertrauens und des Selbstgefühls verschaffen als die des Pessimismus.

Vor allem aber meiden wir die Zweideutigkeit, die den Anschein erwecken könnte, als ob wir imstande wären, unsere Verbündeten im Stiche zu lassen, als ob wir bei den Friedensverhandlungen nur an uns denken, und wenn man uns auszahlt, fähig wären, die gemeinsame Sache zu verraten, für die wir zusammen mit unseren Bundesgenossen bluten. Dies wäre nicht nur eine gemeine Handlungsweise, dies würde nicht nur gegen die Heiligkeit des gegebenen Wortes verstoßen, es wäre auch ein Wahnsinn, denn wir bedürfen eines starken uns verbündeten Deutschland ebensosehr, wie Deutschland unser bedarf. Wenn auch nur ein Schatten der Hoffnung auf einen Sonderfrieden in unseren Feinden auftauchen könnte, dann würden sie die Waffen nicht niederlegen, denn dann würden sie ihre Berechnungen auf die Möglichkeit aufbauen, uns gegeneinander auszuspielen.

Unser Verhalten soll in unseren Verbündeten und auf der ganzen Welt das Gefühl erwecken, daß wir absolut verläßlich und treu sind, daß wir im Vertrauen auf unsere Kraft und auf die Gerechtigkeit unserer Sache so lange kämpfen, als es die Verteidigung unseres Daseinsinteresses erfordert, daß wir aber zu einer selbständigen und nach jeder Richtung hin mäßigenden Vermittlerrolle entschlossen sind, daß wir diesen Krieg verabscheuen, daß wir ihn nicht um einen Tag weiterführen werden, als unsere Feinde es erzwingen. Man möge wissen, daß unser Daseinsinteresse und unsere bewußte Politik in der Gegenwart und in der Zukunft auf der Beseitigung dessen beruhen wird, daß die Welt sich nicht mehr in solche feindliche Lager spalte wie heute; daß unsere Politik, die Politik der ehrlichen Verläßlichkeit und der Selbstbeschränkung sein will, eine Politik,

Die Zeit

1./IV. 1917

Deutschlands neueste Partei.

Von H. v. Gerlach (Berlin).

Im York-Saal der ostpreußischen Landschaft zu Königsberg ist im September Deutschlands jüngste Parteigründung, die Deutsche Vaterlandspartei, ans Licht der Welt getreten. Die Wahl des Lokals ist sicherlich nicht ohne Rücksicht auf den Genius loci erfolgt. Als General York im Winter 1812/13 die Fahne des Aufruhrs gegen Napoleon erhob, da geschah das in offener Opposition gegen den Willen seines Königs. Alldeutsche Organe feierten bei Gelegenheit der Gründung der Vaterlandspartei in beziehungsreichen Artikeln die kühne Tat des Generals York gegenüber dem „von Natur unentschlossenen" König Friedrich Wilhelm III.

Die neue Partei will keine eigentliche Partei sein, das heißt, sie will weder eigene Kandidaten aufstellen noch die Zeit des Krieges überdauern. Sie will nur all die Deutschen sammeln, die gegen die Friedensresolution des Reichstages vom 19. Juli sind. Sie soll also die Schilderhebung des Volkes gegen die Volksvertretung darstellen. Demagogie gegen Demokratie!

Charakteristischer als das sehr allgemein gehaltene Programm der neuen Partei ist ihr Vorstand. Als Ehrenvorsitzender figuriert ein Herzog von Mecklenburg, von dessen politischen Ansichten das deutsche Volk bisher noch nichts gewußt hat. Erster Vorsitzender ist Großadmiral v. Tirpitz, der hervorragende Marinefachmann und verhängnisvolle Politiker. Er ist der Mann, der nicht ohne Grund als der zielbewußteste Vertreter jener Richtung der deutschen Politik gilt, die in der übrigen Welt als Militarismus bezeichnet wird. Stellvertretender Vorsitzender ist Generallandschaftsdirektor Kapp, der sich in den alldeutschen Kreisen durch die geheime Denkschrift gegen die Politik Bethmanns einen großen Namen gemacht hat. Kapp gehörte zu den Persönlichkeiten, die Herr v. Bethmann im Auge hatte, als er die berühmte Flucht in die Oeffentlichkeit ergriff und sich gegen die „Piraten der öffentlichen Meinung" im Reichstag zur Wehr setzte.

Die neue Partei ist noch sehr jung, aber sie hat schon einen gewaltigen Umfang erreicht. Täglich liest man von der Gründung neuer Ortsgruppen, Kreisverbände, Provinzialverbände usw. und von dem Uebertritt ganzer Organisationen zu ihr. Bis in die kleinsten Dörfer wird für sie planmäßig agitiert. Die „Honoratioren" — Landräte, Bürgermeister, Oberförster, Postdirektoren, Superintendenten, Fabrikanten — berufen die Versammlungen ein, worauf dann die Masse der mehr oder weniger von den Einberufern abhängigen Personen ihren Beitritt vollzieht. Auch im Heere ist stark für sie geworben worden. Da der Beitrag nur eine Mark jährlich kostet, ist der Beitritt leicht. Uebrigens erklären sich oft finanziell potente Persönlichkeiten bereit, den Beitrag für ihre Angestellten aus der eigenen Tasche zu decken. „Die Hauptsache ist, daß die Namen in die Liste kommen."

Zahllose abhängige Menschen haben sich schutzflehend an den Reichstag gewendet. Sie wußten sich keinen anderen Rat, um sich dem Druck zum Eintritt in die Vaterlandspartei zu entziehen, als daß sie an die deutsche Volksvertretung appellierten. Die Sozialdemokratie machte ihre Sache zur eigenen und brachte eine Interpellation ein. Der Abg. Landsberg erbrachte eine so ungeheure Fülle des Materials über den amtlichen Druck zugunsten der alldeutschen Bestrebungen im allgemeinen und der Vaterlandspartei im besonderen, daß die Regierung, die sich nur höchst unvollkommen zu verteidigen wußte, in die peinlichste Lage geriet. Die Herbstkrisis nahm ihren Anfang mit dieser Debatte.

Die Propaganda für die Vaterlandspartei hat jedoch unter diesen Enthüllungen nicht gelitten. Ununterbrochen weiß sie von neuen Erfolgen zu berichten. Es wird ihr freilich leicht gemacht. Während sie in Wort und Schrift ungehindert agitieren kann und insbesondere in ihrer Versammlungstätigkeit nicht im geringsten eingeengt ist, ist den Pazifisten jede Gegenaktion verwehrt. Es ist anzunehmen, daß die Vaterlandspartei demnächst die Welt durch die Veröffentlichung der Riesenziffer ihres Mitgliederstandes zu erstaunen versuchen wird. Diese Ziffer setzt sich jedoch nur zum kleinsten Teil aus neu zum Alldeutschtum bekehrten Personen zusammen. Neben der Menge unfreiwilligen Mitglieder, die nur einem moralischen Druck gewichen sind, finden sich in der neuen Partei alle die Organisationen wieder zusammen, die längst sich alldeutsch betätigt hatten. Konservative und nationalliberale Verbände, Bund der Landwirte, Deutschbund, Alldeutscher Verband, Ausschuß zur raschen Niederkämpfung Englands, Unabhängiger Ausschuß für einen deutschen Frieden und wie sie alle heißen, sie sind entweder in corpore der Vaterlandspartei beigetreten oder haben doch offiziell zum Beitritt zu ihr aufgefordert. Das gibt natürlich runde Ziffern.

Die Deutsche Vaterlandspartei ist das Sammelbecken der alldeutschen Bestrebungen geworden.

Ihr Zweck? Sie will der Regierung die Möglichkeit geben, sich von der einem Verständigungsfrieden geneigten Reichstagsmehrheit zu emanzipieren. Man kann natürlich nicht sagen — weil man es nicht beweisen kann —, daß sie einen reichstagslosen Zustand erstrebt. Aber sie möchte jedenfalls den Eindruck hervorrufen, daß die wahre Mehrheit des Volkes nicht hinter der Reichstagsmehrheit, sondern hinter der Vaterlandspartei stehe, und daß es deshalb für die Regierung ganz unbedenklich sei, die Entschließungen des Reichstages mit Verachtung zu strafen.

Mit anderen Worten: die Vaterlandspartei präsentiert sich als zivile Prätorianergarde für eine Regierung, die gewillt ist, annexionistische Politik ohne Rücksicht auf die Haltung der Mehrheit der deutschen Volksvertretung zu treiben.

Die neue Partei ist das Produkt des innigen Bündnisses zwischen Agrariern und Schwerindustriellen, das seit zwei Jahrzehnten die deutsche Politik bestimmt. Gewiß, die alldeutschen Idealisten spielen in ihr eine gewisse Rolle, Offiziere a. D., Oberlehrer, Universitätsprofessoren und Schriftsteller, die sich mit glühender Begeisterung zum Dogma des Imperialismus bekennen. Aber so wichtig diese Idealisten für die Propaganda sind, so würde die Partei doch nur ein klägliches Häuflein darstellen, wenn nicht die beiden gewichtigsten Interessentengruppen hinter ihr ständen.

Agrarier und Schwerindustrielle haben sich seinerzeit bei den Zollkämpfen um die Jahrhundertwende gefunden. Die Industrie hatte nur ein geringes Interesse an den Zollerhöhungen. Aber aus politischen Gründen suchte sie das Bündnis mit dem mächtigen Bund der Landwirte. Sie garantierte den Landwirten die heiß ersehnten hohen Agrarzölle und tauschte dafür deren Unterstützung im Kampf gegen die aufstrebende Arbeiterschaft ein. Die Landwirte hatten bis dahin der Arbeiterbewegung mit einer gewissen Gleichgültigkeit gegenübergestanden. Sie waren natürlich alles andere eher als arbeiterfreundlich. Aber da sie mit Neid auf die Höhe der Gewinne in der Industrie blickten, so sahen sie nicht ohne Schadenfreude die Schwierigkeiten, in die die Lohnkämpfe die reichen Industrieherren verwickelten. Ihr ganzes Interesse konzentrierte sich auf die Rentabilität des großen Landbesitzes, die ihnen eine extreme Zollpolitik mühelos gewähren mußte. Die Agrarzölle waren, da die Landwirtschaft nur noch ein Drittel des Volkes umfaßte, ohne mächtige Bundesgenossen nicht durchzusetzen. Die boten sich ihnen in der ausgezeichnet organisierten Schwerindustrie mit ihren riesigen sozialen und finanziellen Machtmitteln dar. Wenn Landwirtschaft und Schwerindustrie zusammengingen, so hatte man Regierung und Reichstagsmehrheit. Natürlich konnte man um dieses löblichen Zweckes willen jede Beihilfe gegen die immer anspruchsvoller werdenden Arbeiter, für die man wahrhaftig nichts übrig hatte, zubilligen.

So kam das Bündnis zustande, das, weil es nicht gegenseitiger Zuneigung, sondern ausschließlich materieller Interessengemeinschaft entsprang, sich um so dauerhafter erwies.

Der Kriegsausbruch brachte insofern eine neue Situation, als die Sozialdemokratie durch die Bewilligung der Kriegskredite in die Reihe der „staatserhaltenden" Parteien rückte. Es wurde von der Regierung eine Neuorientierung verheißen, die nach Lage der Dinge nur Konzessionen an die Linke im allgemeinen und die Arbeiterschaft im besonderen darstellen konnte. Das bedeutete für die bisher herrschenden Klassen: Gefahr im Verzug! Mit dem ihnen eigenen politischen Instinkt erkannten Agrarier und Schwerindustrielle sofort die Bedenklichkeit des heraufziehenden neuen Zustandes. Sie trafen ihre Gegenmaßregeln. Zunächst schlossen sie sich enger als je zusammen. Und dann formulierten sie ein gemeinsames Aktionsprogramm. Die Opposition gegen die innere Neuorientierung, vor der ihnen graute, stellten sie angesichts der Volksstimmung nicht in den Vordergrund. Mit klugem Bedacht wählten sie vielmehr die nationale Leidenschaft als Plattform. Sie wurden grundsätzliche Annexionisten extremster Prägung. Denn sie sagten sich: je größer der Landerwerb, um so stärker der nationale Rausch nach Friedensschluß. Der äußere Erfolg wird das Interesse von den inneren Fragen ablenken. Vergrößert das bisherige politisch-militaristische System den Machtumfang des Reiches, so sitzt dieses System für lange fest im Sattel. Und seine Stützen, Agrarier und Schwerindustrielle, gehen herrlichen Tagen politischer und sozialer Allmacht entgegen. Ob im Unterbewußtsein auch die materiellen Vorteile mitgespielt haben, die bei Landerwerb im Westen (belgische Kohlengruben, nordfranzösisches Erzbecken) der deutschen Industrie winkten, läßt sich natürlich nicht sagen.

Von dem Tage des Jahres 1915 an, wo die sechs großen wirtschaftlichen Verbände, geführt vom Bunde der Landwirte und dem Zentralverband Deutscher Industrieller, ihr wildes Annexionsprogramm in einer gemeinsamen geheimen Denkschrift niederlegten, bis zur jetzigen Kooperation in der Deutschen Vaterlandspartei ist das Bündnis zwischen Agrariertum und Schwerindustrie der bestimmende Faktor der deutschen Kriegspolitik geblieben. Die „hohen Verbündeten" sind entschlossen, jeder Regierung entweder ihren Willen aufzuzwingen oder sie, falls sie sich das nicht gefallen läßt, zu stürzen.

Bei dem Bündnis sind die Agrarier der politisch führende, die Schwerindustriellen der finanziell ausschlaggebende Teil.

Die deutsche Schwerindustrie, die in dem Zentralverband deutscher Industrieller ihr maßgebendes Organ besitzt, hat in den letzten 25 Jahren einen amerikanisch anmutenden Aufstieg genommen. Ihre zusammengeballte Finanzkraft übersteigt unvergleichlich die Potenz jeder anderen Wirtschaftsgruppe. Waren die Friedensgewinne riesenhaft, so sind die Kriegsgewinne geradezu phantastisch. Man weiß das Geld kaum noch unterzubringen. Für jeden Zweck, für den es lohnt, stehen fast unbegrenzte Mittel zur Verfügung.

Für politische Zwecke war bis vor kurzem in Deutschland nur schwer Geld aufzutreiben. Selbst sehr reiche Leute dachten, daß sie wunders was geopfert hätten, wenn sie für den Wahlfonds ihrer Partei 3000 Mark beisteuerten. Erst die Schwerindustrie hat erkannt, daß kein Geld besser angelegt ist als das für politische Beeinflussung im Sinne der eigenen Ziele aufgewendete. Planmäßig brachte sie schon in den letzten Jahren vor dem Kriege Hunderttausende auf, um zum Beispiel bestimmte Wahlkreise für

Vaterländische

Feinde des Staates.

„Unbeirrbar in allen Gefahren und eisern zusammengeschmiedet in gemeinsamen Schlachten und Siegen der Vergangenheit, empfängt nun unsere unvergleichliche Waffenbrüderschaft mit Deutschland als weithin ragendes Symbol von Einigkeit und Treue gleichsam die höchste Weihe im Kampfe gegen den welschen Erbfeind."

Dieser Bericht aus unserem Kriegspressequartier vom 26. Oktober wurde von einem Teile der jüdischen Presse unterschlagen. Wollen wir diese Tatsache vorläufig feststellen und im Auge behalten.

In unbezwinglichem Siegesdrange stürmen deutsche und österreichisch-ungarische Mannschaften die mächtig ausgebauten italischen Linien, werfen sie über den Haufen und überschreiten bereits die wiederhergestellte alte Reichsgrenze, tief ins italische Land eindringend. Unübersehbar ist die Zahl der Gefangenen und die Größe der Kriegsbeute.

Als der Präsident des österreichischen Abgeordnetenhauses der Vollversammlung des Hauses den Sieg der österreichisch-ungarischen und deutschen Waffen verkündete, konnte man dem stenographischen Berichte entnehmen, daß den Worten des Präsidenten „Stürmischer Beifall auf den Bänken der Deutschen und Polen" folgte. Auf den übrigen Sitzen des Hauses blieb es still und stumm. Auch diese Tatsache ist wert, festgehalten zu werden.

Es ist kein Zweifel, in diesem Staate gibt es weite Kreise, die über den Sieg der österreichisch-ungarischen und deutschen Heere auf dem südwestlichen Kriegsschauplatze tief bestürzt sind! Wir haben doch in öffentlichen Tagungen des Abgeordnetenhauses aus dem Munde tschechischer Abgeordneter unumwunden die Ansicht vertreten gehört, daß alles Heil ihres Volkes nur durch einen raschen „Umjedenpreisfrieden" aus den Händen des Vierverbandes empfangen werden könnte, kurz gesagt. um den Preis der Auflösung des österreichischen Staates. Wir haben es erleben müssen, daß im selben Abgeordnetenhause seitens eines tschechischen Abgeordneten Fahnenflucht und Waffenstreckung als lobens- und erstrebenswerte Eigenschaften der kämpfenden Truppen Oesterreichs bezeichnet wurden. Wir wissen, und es ist aus den Urteilen in den zahlreichen Hochverratsverfahren überzeugend hervorgegangen, daß tschechische Politiker mit unseren Feinden in Verbindung standen und einen Sieg der russischen Waffen mit Jubel begrüßt hätten; ebenso wissen wir, daß tschechische Politiker sich heute noch, landflüchtig, im Lager der Feinde aufhalten und eifrige Werbearbeit leisten, um die erlahmende Kraft des Feindes zu neuem Widerstande und neuem Angriff zu reizen. Endlich ist es uns bekannt, daß, als die öffentliche Meinung Italiens in überhitzter Kriegsbegeisterung die Zerschmetterung Oesterreichs verlangte und die Kriegserklärung, trotz der Opferbereitschaft unserer siebengescheiten Staatsmänner, unabwendbar schien, daß schon damals südslavische Parteimänner mit italischen maßgebenden Stellen Fäden gesponnen hatten, um bei der in naher Zukunft zu erwartenden Aufteilung Oesterreichs ihre Interessen sicherzustellen.

All dies ist uns und der Welt bekannt, und daß in diesen Kreisen ein entscheidender Sieg der Verbündeten über das italische Heer tiefe Bestürzung erwecken dürfte, kann uns nicht wundernehmen und darüber wollen wir heute kein weiteres Wort verlieren.

Allein einem anderen Feinde des Staates sollen diese Zeilen gewidmet sein, der uns viel gefährlicher erscheint, als die erwähnten tschechischen und südslavischen Politiker, denen man, ob sie schon phantastischen Hirngespinsten nachjagen, die mit dem Bestande Oesterreichs unvereinbar sind, zum mindesten männliche Offenheit nicht absprechen kann.

Viel gefährlicher sagten wir, weil er heimtückisch, im Verborgenen, die Urteilslosigkeit und die dunkeln Triebe des von harter Not gequälten Volkes ausnützend, mit obigen Schlagworten, zum Teil sich deckend hinter einer triefäugigen, ekelhaften Loyalität, die beim Anblicke eines Paares höchstgeborner Stiefletten in Verzückung gerät, Tag für Tag, Abend für Abend gegen den Bestand des österreichischen Staates und des Deutschen Reiches im Sinne der feindlichen Absichten und Pläne wühlt und arbeitet. Tagtäglich und Abend für Abend sind wir Zeug einer wohlüberlegten, planmäßigen Wühlerei ge das verbündete Deutsche Reich, welche, die allgeme Not nützend, eine Aufhetzung der Bevölkerung namen lich deutscher Hauptstädte, wie Wien und Graz, geg den Bundesgenossen beabsichtigt.

Dieser gefährlichste Feind des Staat es ist unsere jüdische Presse.

Auch im Lager dieser herrscht Bestürzung und Verlegenheit über den Sieg der verbündeten Heere in Italien.

Die sauersüßen Erläuterungen unserer jüdischen Blätter zum Fortgange der Unternehmungen im Südwesten, die Beschneidung der Berichte aus dem Kriegspressequartier, das stete und geflissentliche Wiederholen, daß das arme verführte römische Volk von heute den Krieg gar nicht gewollt hätte, während es bekannt ist, daß kein Krieg in Italien jemals volkstümlicher gewesen ist, beweisen unsere Behauptung zur Genüge, ebenso wie das unentwegte Kokettieren mit französischen, englischen und amerikanischen Zuständen, das Unterstreichen feindlicher Heldentaten, die breitspurigen und verdeckt wohlwollenden Besprechungen der Reden und des Gehabens feindlicher Staatsmänner für jeden Unbefangenen Beweis genug sind, **daß das Wirken dieser Presse nur zum Vorteile der Feinde gereichen kann.**

Der Betrug und Verrat, der tagtäglich an dem Volke geübt wird, indem man ihm die Segnungen des Friedens vor Augen spiegelt, mag darüber auch unsere Wirtschaft, unser Wohlstand und unser Staat zugrunde gehen, während von feindlicher Seite jede Friedensandeutung schroff abgelehnt wird, **kann nur im Dienste der Feinde geübt sein!** Denn das schleichende Gift wirkt, es wirkt die Kraft der Suggestion, womit tagtäglich und Abend für Abend das Gegenteil des Durchhaltens gepredigt wird, unsere Ernährungsschwierigkeiten planmäßig und zielbewußt verwirrt werden, das notleidende Volk schlaff und zag gemacht und ein Friede herbeigewinselt wird, **wie ihn schmachvoller die Geschichte der Menschheit nicht kannte!**

Während die Presse und die Wortführer unserer Feinde annoch bestrebt sind, ihren Völkern und der Welt zu beweisen, **daß nicht früher Friede sein könne bevor nicht die deutsche Kraft und die österreichisch und ungarische Monarchie zerbrochen werden,** unternimmt es, angesichts unserer unvergleichlichen Waffenerfolge, ein jüdisches Abendblatt. eine große Volksabstimmung **für einen schmachvollen Frieden** zu veranstalten.

„Drei Heller für den Frieden!" Viel zu viel, mein Teurer, denn solch ein Friede ist wahrlich **keinen halben Heller wert.** Doch manch einer unserer Volksgenossen mag, aus seiner tiefen, ehrlichen Friedenssehnsucht heraus, den Stimmzettel, den ihm das jüdische Blatt ins Haus schickt, unterschreiben, **ohne zu ahnen, welchen Dienst er durch Vermittlung dieser Schandpresse dem Feinde leistet. Fürst Auersperg** hat im Herrenhause mit mannhaften Worten auf die Gefahren dieser schweren Volksvergiftung hingewiesen und da ist es lehrreich zu beobachten, wie dieser aufrechte Fürst den unappetitlichen Geifer des betroffenen Blattes, die Flut von **pöbelhaften Beschimpfungen,** die bis **zur Drohung mit der Revolution** sich steigern, über sich ergehen lassen mußte.

Wir kämpfen für Werte und Wertung, unseres Volkes Werte und Wertung sind jedoch nicht die vom Judentum erstrebten. Dieses — überall und nirgends beheimatet — zielt vielmehr auf die **Verarmung** und **Verelendung** des Volkes hin, um es dann, das wehrlose, um so sicherer an die Sklavenkette des allmächtigen internationalen Kapitals zu schmieden.

Wir aber dürfen nicht erlahmen und müssen unseren Volksgenossen stets und stets wiederholen: **Hütet euch vor dem unheilvollen Einflusse der jüdischen Presse, denn ihr Wirken schädigt euch und nützt dem Feinde!**

Wir haben gehört, daß Lloyd George sich 600 Millionen Mark hat bewilligen lassen zu dem offen und frech eingestandenen Zwecke, um die Mittelmächte, deren Kraft die englisch-französisch-italischen Heere nicht brechen können, **im Innern zu schwächen und zu lähmen.**

Welcher Art und wie beschaffen mögen die Kanäle sein, durch die das **englische Gold** bis in die Schreibstuben unserer jüdischen Presse rollt? Dr. R. V.

Ostdeutsche Rundschau

1/XI. 1917

123

Worte der Warnung.

Herrliches ist vollbracht durch treue Waffenbrüderschaft. Der große Wurf ist gelungen, der welsche Verrat ist bestraft. Die kraftvolle Hilfe der reichsdeutschen Brüder hat uns diesen entscheidenden Sieg ermöglicht. Da ist es bitter, in derselben Stunde Worte der Warnung sprechen zu müssen. Aber es ist durchaus nötig. Diese Worte richten sich gegen das Treiben einer gewissen Presse hier in Wien. Um ihrem ewigen Friedensgewinsel einen Schein von Berechtigung zu geben, werden versteckte und offene Angriffe gegen das Deutsche Reich gerichtet. Da wird mit der abgedroschenen Lüge gearbeitet, die Schwerindustrie habe mit ungeheuren Summen die nationale Presse gekauft, um gegen einen Verzichtfrieden Stimmung zu machen. Da wird mit hämischen Glossen ausgemalt, wie der Friede schon längst da sein könnte, wenn die schreckliche Kriegspartei im Deutschen Reiche nicht wäre. Kurz, es wird offen und versteckt die empörende Beschuldigung ausgesprochen, das Deutsche Reich und die dort getriebene Politik seien das wahre Hindernis eines baldigen Friedens.

Gegen diese immer wiederkehrenden Verdächtigungen muß einmal ein kräftiges Wort gesagt werden. Es ist geradezu hundsgemein, unsere Bundesbrüder in dieser Weise zu verdächtigen. Der Krieg ist ausgebrochen, weil der österreichische Thronfolger von südslavischen Fanatikern ermordet wurde. Die Auseinandersetzung zwischen Oesterreich und Serbien wurde zu einem Weltkrieg, weil die deutsche Regierung die Bundestreue hielt. Der Eintritt der welschen Verräter in diesen Krieg geschah nicht etwa aus Haß gegen das Deutsche Reich, sondern nur aus Eroberungsgier, um Oesterreich zu zerstückeln. Auch Rumänien ist in diesen Krieg nicht eingetreten aus Haß gegen das Deutsche Reich, sondern nur aus Raubgelüsten gegen Ungarn. Das Deutsche Reich hat sowohl die Rumänen als auch jetzt die Welschen niedergeworfen, mit denen das Deutsche Reich nur in den Kriegszustand geraten ist, weil es uns, den bedrohten Oesterreichern, treue Waffenhilfe brachte. Ist es nicht tief traurig, daß man im vierten Kriegsjahre solche Wahrheiten ins Gedächtnis zurückrufen muß? Aber davon liest man nichts in der gewissen Presse, die sich nicht genug tun kann an boshaften und hämischen Verdächtigungen des Deutschen Reiches, bloß weil es dort im Innern nicht so geht, wie es Israel wünscht. Weil Juda das Deutsche Reich „parlamentarisch regiert" wissen will, diese Stimmungsmacherei!

Das Deutsche Reich ist nur deshalb in den Krieg mit Rußland geraten, weil die Moskowiter Oesterreich-Ungarn zertrümmern wollten. Allerdings Frankreich ist der alleinige Feind des Deutschen Reiches. Da mag ja der sonderbare madjarische Graf Karolyi recht haben, wenn er behauptet, die Franzosen liebten die Madjaren schwärmerisch. Aber diese gallische Verliebtheit in die madjarische Husarenpolitik hätte die Verbündeten der Franzosen, die Russen, nie abgehalten, Oesterreich-Ungarn zu zerschlagen, wenn die eiserne Kraft des Deutschen Reiches dies nicht verhindert hätte. So weit geht auch die glühende Liebe Frankreichs für die Madjaren nicht, daß deswegen die Pariser Politiker Rußland von seinen panslavistischen Plänen abgehalten hätten. Auch England ist durchaus nicht der „wohlmeinende Freund" unserer Donaumonarchie, wie gewisse Zeitungen bei uns ihre Leser glauben machen wollen. Gerade in England sind die leitenden Männer am Staatsruder der Ansicht, Oesterreich-Ungarn dürfe in der jetzigen Gestalt nicht weiter fortbestehen. Es hieße Wasser in die Themse tragen, wollte man diese Tatsache noch lang und breit begründen. Wenn auch amerikanische und englische Agenten in Wien bemüht sind, den Anschein zu erwecken, als ob das edle Großbritannien Oesterreichs wahrer „Beschützer" gegen das „übermächtige" Deutsche Reich sei, so wird dieser albernen Kriegslüge nur ein sehr unerfahrener Gimpel auf den Leim gehen. Gewiß wollen die Briten in erster Linie aus ganz schäbigem Krämerneid den deutschen Welthandel zerstören. Aber in zweiter Linie soll auch Oesterreich-Ungarn aufhören, eine Großmacht zu sein. Ein Bündel lose aneinandergefügter Staaten mit vorwiegend slavischer Prägung soll an die Stelle der Habsburger Lande treten. Das ist der wahre Kern britischer Politik von heute.

Der Gegensatz zwischen dem Deutschen Reiche und Rußland war durchaus kein unüberbrückbarer, wie Bismarck so oft betonte. Nur die unbedingte Waffentreue des Deutschen Reiches, das sich für uns entschied, hat jetzt einen Zustand geschaffen, der eine dauernde Entfremdung zwischen Berlin und Petersburg nach sich ziehen wird. Aber die Ursache dieser Entfremdung sind wir, ist die österreichische Politik, das dürfen wir niemals vergessen. Wollen wir gerade jetzt, da der welsche Verräter durch die vereinten Heere gezüchtigt wird, undankbar sein? Wollen wir vergessen, was wir der reichsdeutschen Hilfe verdanken? Das wäre undeutsch, das wäre unser nicht würdig.

Daß im ungarischen Reichstage Worte gesprochen werden konnten, die unsere Bundesgenossen verletzen müssen, daß sich madjarische Politiker in die Frage Elsaß-Lothringens einmischten, ist ein schlechter Dank für die Waffenhilfe, die Ungarns Boden von den rumänischen Horden befreit hat. Auch jene zischelnden Stimmen, die da behaupten, das Deutsche Reich schnappe uns die besten Bissen vom Munde weg, müssen verstummen angesichts der amtlich erwiesenen Tatsache, daß uns das Deutsche Reich hunderte von Eisenbahnwagen mit Getreide und Kartoffeln aus seiner Ernte vorgestreckt hat. Die deutsche Heeresverwaltung hat erwiesenermaßen zugunsten unserer Monarchie auf einen Teil des rumänischen Erntesegens verzichtet. Das sind Tatsachen, die auch unsere Judenpresse mit allen hämischen Randglossen und spitzfindigen Verdächtigungen nicht aus der Welt schaffen kann. Wenn dieser Krieg vorüber ist, dann werden wir die Hilfe des Deutschen Reiches erst recht brauchen, und zwar die Hilfe des deutschen Kapitals, der deutschen Weltwirtschaft.

Wir haben nicht gerne an alles das erinnert, was Oesterreich dem Deutschen Reiche in diesem Kriege zu verdanken hat. Wir hätten lieber darüber geschwiegen, denn wir wissen, daß die Deutschen keinen Dank erwarten, daß sie diese Hilfe aus eisernem Pflichtgefühl geleistet haben, weil das Bündnis diese Pflicht einfach verlangte. Aber weil unsere Hebräerpresse jetzt in geradezu drohendem Tone von der sagenhaften Kriegspartei im Deutschen Reiche faselt, die es gar nicht gibt, weil bei uns an der Donau immer und immer wieder die Lüge aufgetischt wird, die unersättliche Eroberungsgier der Deutschen sei schuld an der Verlängerung des Krieges, deshalb mußte einmal auf einen groben Klotz ein grober Keil gesetzt werden. Gerade unsere Preßhebräer sollten ihrem Jehova täglich auf den Knien danken, wie reichsdeutsche Waffenhilfe verhindert hat, daß die Kosaken in den Prater gekommen sind. Bei der bekannten Vorliebe dieses rauhen Reitervolkes ohne „Kultur" für die Stammesgenossen der Schmöcke jeden Kalibers wäre eine Begegnung auf der Wiener Ringstraße kein erwünschtes Ereignis für Juda geworden.

Wer wahrhaft deutschen Gemütes und Geblütes in Oesterreich ist, der wird mit uns seiner Empörung über dieses Preßtreiben Ausdruck geben. Hunderte von Briefen aus allen Gauen sind uns der Beweis, wie unsere Leser mit uns fühlen. Deshalb sind diese Zeilen geschrieben worden. Teut.

2./XI. 1917

Freiherr v. Plener über die auswärtige Politik der Monarchie.

In seiner Rede als Berichterstatter über das Budget im Herrenhause.

Wien, 1. November.

Freiherr v. Plener hat in seiner Rede als Berichterstatter über das Budgetprovisorium im Herrenhause am 30. Oktober eine sehr bemerkenswerte und im Hause mit großer Aufmerksamkeit und lebhaftem Beifall aufgenommene Darstellung seines Urteils über die auswärtige Politik und die Friedensfrage gegeben. Wir veröffentlichen mit Rücksicht auf die Bedeutung dieser Stelle der Rede und mit Rücksicht auf die bevorstehende Session der Delegationen im folgenden einen ausführlicheren Bericht:

Wir sagen alle, daß wir den Frieden wollen und daß wir mit der Leitung unserer auswärtigen Politik im ganzen übereinstimmen. Die letzte Rede des Grafen Czernin ist ja eine höchst wertvolle Kundgebung im Sinne einer klugen Friedenspolitik und im Sinne einer allgemeinen, sagen wir es offen, Schwenkung der Haltung der Zentralmächte in diesen Fragen. Was Graf Czernin mit so viel Nachdruck und Offenheit in seiner Budapester Rede für die Zukunft proklamierte, daß es für die Zeit nach dem Kriege zu einer internationalen Rechtsordnung kommen müsse, die auf der Anerkennung gegenseitiger Rechte und Verbindlichkeiten beruht, ist ein Novum, weil wir ja wissen, daß die beiden Zentralmächte in ihrer diplomatischen Haltung in früheren Jahren gerade gegen eine solche prinzipielle Regelung eine ablehnende Stellung eingenommen haben.

Es waren Oesterreich und Deutschland, die auf der zweiten Haager Konferenz gegen die obligatorischen Schiedsgerichte am meisten Opposition machten und verursachten, daß ein einstimmiger Beschluß — und die Beschlüsse müssen einstimmig gefaßt werden — darüber nicht gefaßt werden konnte. Redner habe eine gewisse Erfahrung gerade in der Frage der obligatorischen Schiedsgerichte. Er habe 1906 auf der Londoner Konferenz der Interparlamentarischen Union als Berichterstatter einen Musterschiedsgerichtsvertrag vorgelegt, den die Konferenz auch annahm und dem die Ehre widerfuhr, daß Marquis Soveral, der bekannte portugiesische Gesandte und Freund König Eduards, bevollmächtigter Gesandter auf der Haager Konferenz vom Jahre 1907, ihn als Grundlage für die Diskussion der zweiten Haager Konferenz zu nehmen beantragte. Tatsächlich wurde auch dieser Entwurf des Redners als Basis der Diskussion benützt, fand aber Widerspruch bei den deutschen und österreichischen Bevollmächtigten und wurde zuletzt so zusammengestrichen, daß eigentlich so viel wie nichts übrig blieb. Nun sehen wir eine geänderte Haltung und das ist ein großer Fortschritt, weil er auf die öffentliche Meinung in den neutralen und selbst in den feindlichen Staaten den Eindruck machen muß, daß Oesterreich diesem modernen Weg freundlich und entgegenkommend gegenübersteht. Es wäre gut gewesen, wenn diese Aeußerung vor zwei oder drei Jahren gemacht worden wäre, um einen gewissen Druck auf die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten auszuüben. Hier muß auch eine kleine Richtigstellung vorgenommen werden. Von mehreren Herren wurde gesagt, daß wir auf Schiedsgerichte nicht eingehen können, weil wir einer feindlichen Mehrheit gegenüberständen, die voraussichtlich den Schiedsspruch gegen uns fällen würde. Das ist offenbar ein Mißverständnis. Bei einem Schiedsgericht — so ist es auch durch die Haager Konferenzen von 1899 und 1907 in Aussicht genommen worden und so ist es ja bei jedem Schiedsgerichte — nominiert doch jeder Streitteil eine Anzahl von eigenen Vertrauensmännern und entsendet sie als Schiedsrichter in das Schiedsgericht. Es ist nicht so, daß die Mehrheit der Mächte einer Macht ein Schiedsgericht oktroyiert, sondern jeder streitende Teil nominiert die gleiche Zahl von Schiedsrichtern, diese treten dann zusammen und wählen einen Obmann oder wenn ihnen das nicht gelingt, so läßt sie durch eine neutrale Macht den Obmann bestimmen. Aber zu glauben, daß ein Schiedsgericht zusammengesetzt werden kann, wo ein Teil von vornherein in der Minderheit gegenüber einer feindlichen Majorität wäre, das ist ganz ausgeschlossen.

Diese Erklärung des Grafen Czernin bezieht sich eigentlich doch nur auf die internationale Rechtsordnung nach dem Friedensschlusse, nach jenem Friedensschlusse, der diesem Kriege ein Ende machen würde. Der Vorbehalt, den er in derselben Rede machte, daß, wenn die Entente seine friedlichen Anerbietungen nicht annehme, er gewissermaßen freie Hand habe und andere Bedingungen setzen könnte, welchen Vorbehalt Hofrat Lammasch tadelt und beanstandet, bezieht sich ja keineswegs auf seine Geneigtheit, für die künftige internationale Rechtsordnung Konzessionen zu machen, sondern auf den Frieden unmittelbar nach dem Kriege. Nachdem er sich der allgemeinen vagen Formel „Keine Annexionen und Entschädigungen" gewissermaßen genähert hatte, machte er — und das war sehr klug von ihm — den Vorbehalt, daß, wenn der Krieg gegen seine Anerbietungen durch den Trotz der Entente weiter fortgeht, er bezüglich des Friedens im Falle des glücklichen Ausganges des Krieges sich freie Hand lasse.

Ich wünsche wie jedermann den Frieden, allein ich bin viel skeptischer als die meisten, die von starken Sympathien, von Friedensstimmungen in den feindlichen Ländern sprechen und eine Wendung der Dinge für bald erwarten. Ich glaube, da stehen wir noch lange nicht. England — und das ist der Hauptfeind — ist noch lange nicht reif für den Frieden. Es mögen einige Arbeitervereine — es ist nicht das Gros der englischen Arbeiter, welches auf Seite des Friedens steht — und einige Gruppen im Parlament friedlich gesinnt sein, aber der größte Teil der englischen öffentlichen Meinung ist heute noch ganz eingeschworen auf die Kriegspolitik, die durch Reden der Minister und Politiker von Tag zu Tag gesteigert wird. Das militärische Selbstbewußtsein der Engländer, das durch Schaffung einer großen Armee in kurzer Zeit außerordentlich gehoben wurde, ist ein so großes, daß man gegenwärtig wohl kaum von einem Abrücken der englischen öffentlichen Meinung von der Kriegspolitik sprechen kann. Es ist überhaupt ein Irrtum, zu glauben, daß die Demokratien friedliebend sind. Wir haben in der Geschichte vom Gerber Kleon in Athen bis zu den französischen Jakobinern eine ganze Reihe von kriegerischen Demokratien gesehen. Wie wäre es auch sonst zu erklären, daß ein Volk wie das amerikanische, welches frei und demokratisch im weitesten Sinne des Wortes ist, sich in eine solche Kriegswut hineinhetzen ließ, daß der Krieg jetzt in den Vereinigten Staaten außerordentlich populär ist und sich jedermann freut, an dem Gemetzel in Europa teilzunehmen, das den Amerikanern eigentlich ganz gleichgültig sein muß und wo sie in eigenem Interesse nichts zu holen haben. Es ist also ein Irrtum, zu glauben, daß die Demokratie als solche eine Sicherung oder Bürgschaft gegen eine kriegerische Politik wäre. Auch die Zentralmächte erkennen an, daß sie heute trotz ihrer prinzipiellen Erklärungen und ihrer Geneigtheit, den Frieden herbeizuführen, mit neuen Friedensanerbietungen innehalten müssen. Sie haben darin vollkommen recht. Wir sehen aus den Ereignissen der letzten Wochen, wie wenig derartige Friedensanerbietungen, namentlich wenn sie einen konkreten Inhalt haben, der Sache des Friedens nützen. Kaum hatte man in Berlin erklärt, daß eigentlich bezüglich Belgiens keine wahre Differenz bestünde und man Belgien gewissermaßen als ausgeschaltet ansehen könnte, so hat die englische und die französische öffentliche Meinung diese Konzessionen Deutschlands ruhig eingesteckt, aber sofort mit der größten Energie verlangt: Von Belgien haben wir nicht so viel gesprochen, Elsaß-Lothringen ist die Hauptsache, das müßt ihr herausgeben! Wenn — was nicht zu erwarten ist — Deutschland sich dazu herbeiließe, irgendein Arrangement bezüglich Elsaß-Lothringens vorzuschlagen, so würde das von der Entente ruhig eingestrichen werden, es würde aber sofort ein neues Petit gegenüber den Zentralmächten erhoben werden und so ad infinitum. Durch eine schritt- oder stückweise Friedensanbietungskampagne hätten die Zentralmächte eine Karte nach der andern hergegeben und gar nichts dafür erhalten. (Lebhafte Zustimmung.) Vor einigen Wochen konnte man in den Wiener und Berliner Zeitungen eine klare offiziöse Erklärung lesen, daß gegenwärtig von Seite der Zentralmächte weitere Friedensanbietungen nicht mehr stattfinden angesichts der ablehnenden Haltung, welche ihr bona fide vorgebrachter Schritt bei der Entente gefunden habe. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist kein Zweifel, daß diese Erklärung unseres Auswärtigen Amtes und der deutschen Reichskanzlei an Berechtigung und innerer Kraft durch die großen militärischen Ereignisse der letzten Tage gewonnen hat. Hier zeigt sich angesichts des Trotzes und der Bösartigkeit unserer Feinde, daß es nur ein Mittel zur Behauptung unserer Ehre und unserer Existenz gibt, die militärische Kraft so hoch zu spannen, daß sie nicht nur zur Verteidigung, sondern auch zum Niederwerfen des Gegners führt. (Lebhafter Beifall.) Wir alle sind stolz auf die Leistungen unserer Armee und unserer glorreichen Verbündeten, welche zum richtigen Zeitpunkt uns an der italienischen Front ihre Hilfe gewähren. Es muß jeden Patrioten und treuen Anhänger des Bündnisses mit Deutschland mit Freude und Stolz erfüllen, wenn er liest, mit welch warmem und von Herzen kommendem, aus voller Ueberzeugung gesprochenem Worte die beiden Kaiser dieses große militärische Ereignis, das die beiden Armeen in Bundestreue miteinander erfochten haben, gefeiert und sich den Dank ausgesprochen haben. (Lebhafter Beifall.) Als ein verstärkendes Symptom dieses Ereignisses ist die solenne Kundgebung zu betrachten, durch welche unser Kaiser dem Grafen Czernin für die von ihm herbeigeführte Vertiefung des Bundesverhältnisses zu Deutschland seine Anerkennung und seinen Dank ausgesprochen hat. (Lebhafter Beifall.)

Wir alle wissen, daß Graf Czernin immer fest und treu zu dem Bündnisse mit Deutschland gehalten und hält. Darum freuen wir uns und sind stolz darauf, daß er auch von Allerhöchster Seite für diese seine Politik in so eklatanter Weise Anerkennung vor der ganzen Welt erhalten hat.

Unter diesem Zeichen wird mit Gottes Hilfe die Aktion weiter gehen. Es soll niemand voraussehen oder voraussagen. Aber momentan ist eine Welle des Erfolges für uns, die uns weiter tragen wird. Die Nachrichten jedes Tages verstärken die Bedeutung unserer militärischen Erfolge und müssen die Zuversicht, den Opfermut und die Begeisterung unserer Truppen erhöhen. Die Führung hat sich diesmal außerordentlich bewährt, die Vorbereitungen scheinen trefflich gemacht worden zu sein. Die Armee genießt das volle Vertrauen der Bevölkerung im Hinterlande. So wollen wir hoffen, daß dieser große Erfolg weiter dauert und uns so kräftigt und unser Ansehen so stärkt, daß wir einer weiteren Entwicklung mit Ruhe und Zuversicht entgegensehen können. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen. Der Berichterstatter wird beglückwünscht.)

die strategischen Schlappen Rußlands und das neueste Unglück Italiens

seien „Zwischenfälle", die das eigentliche Ziel des Gegners immer deutlicher erkennen ließen. Es sei doch nie und nirgends während des Krieges die Frage des Friedensschlusses so stark erörtert worden wie jetzt von der deutschen Regierungspresse. Der Redner schildert dann die „deutschen Begehrlichkeiten", während die Annexionisten ihren Blick auf den Westen und die belgischen und französischen Kolonien richten, huldigen die anderen dem „Drang nach dem Osten" und erstreben eine Vergrößerung Deutschlands durch wirtschaftliche Eroberungen im Osten. Nachdem Deutschland mehrere russische Gebiete besetzt hat, sucht es sie derart zu organisieren, daß sein Einfluß sich dort nach dem Kriege äußere und daß sie ihm als Stütze gegen Rußland dienen. Es wird irgendwo vielleicht damit Erfolg haben, aber im allgemeinen wird es einen Fehlschlag erleiden. Deutschland tritt in Polen mit weit weniger Entschiedenheit auf als

in Litauen und Kurland.

In Kurland hat Deutschland schon einen ins einzelne gehenden wirtschaftlichen Plan seiner Kolonisierung ausgearbeitet, womit er seine Soldaten für ihre Mühen belohnen wird. Dieser Plan bezweckt sicherlich die Stärkung der deutschen Kultur in Kurland Aber hier muß Rußland feststellen, daß es nicht dulden werde, daß es des Ausganges zum eisfreien Meer beraubt wird. (Lebhafter Beifall rechts, im Zentrum und auf einigen Bänken der Linken.) Die Pläne der deutschen Antiannexionisten gehen vor allem dahin, die Lebensinteressen Rußlands zu gefährden. Wir müssen Widerstand leisten ebenso wie die Armee. Man begreift sehr gut die deutschen Bestrebungen, die Verbandsmächte miteinander zu verfeinden und so auf leichte Weise die Beendigung des Krieges zu erreichen, bevor die peinliche Lage in der Deutschland sich befindet, allzu deutlich für die ganze Welt geworden ist. Deshalb müssen wir mit objektivem Auge unsere eigene innere Lage betrachten und die Vorteile gegen die Nachteile abwägen. Tereschtschenko schildert nun den Reichtum des „rätselhaften" Rußland und sagt, dabei, daß andere Völker (des Verbandes) vielleicht mehr erschöpft sind als wir. Wegen der Wiedereröffnung der reichen materiellen Hilfsquellen Rußlands ist es für die Zukunft so wichtig, daß wir uns in dem gegenwärtigen Bündnisverhältnis befinden, Rußland hat wirtschaftliche und politische Interessen.

Die Befürchtungen der Russen,

daß die Verbündeten die Zerrüttung des Landes dazu benützen, um auf dieses das ganze Gewicht des Krieges abzuwälzen, sind unbegründet; diesbezüglich haben wir energisch und wiederholt Erklärungen amtlicher Kreise der Verbündeten, daß der Krieg in seiner Gesamtheit für die Staaten der Entente eine einzige untrennbare Einheit ist. Nicht die Regierung führt den Krieg, sondern das russische Volk (!). Es besteht kein Mißverständnis zwischen den Alliierten. (Lebhafter Beifall.)

Der Augenblick des Kriegsschlusses

angesichts der gegenwärtigen Zerrüttung unserer Industrie wird für sie außerordentlich heikel sein. Stellen Sie sich vor, daß über 10 Millionen Mann von der Front und weitere Millionen aus der Kriegsgefangenschaft zurückkommen, die sich ins Innere des Landes begeben werden, wo nicht alle die notwendige Beschäftigung finden werden. Es wird zweifellos zahlreiche Arbeitslose geben und gleichzeitig wird die wiedergeöffnete Grenze ungehindert Ströme deutscher Waren hereinlassen, die den Markt überfluten und auf lange Zeit die Entwicklung unserer eigenen produktiven Kräfte beeinträchtigen würden.

Der Antiannexionismus ein Friedenshindernis!

Ohne die geringste Tendenz zum Abschluß von Sonderzollabkommen und ohne imperialistisches Programm wird es notwendig sein, daß alle Klassen, besonders aber die Arbeiterführer, eine besondere Zurückhaltung an den Tag legen (!). Der günstigste Weg zur Entwicklung unserer produktiven Kräfte und unserer wirtschaftlichen Unabhängigkeit und zur Gewährleistung des Ausganges zum freien Meer ist sicherlich der, der uns an unsere Verbündeten bindet. Da die deutsche antiannexionistische Politik uns gefährlich ist und wir uns im Kriegszustande befinden, müssen wir daher den Krieg in enger Uebereinstimmung mit unseren Bundesgenossen weiterführen und gleichzeitig zusammen mit ihnen in innigstem Zusammenhang die Fragen über Krieg und Frieden und eine tätigere Zusammenarbeit in diesem Kriege behandeln. Das ist der Ursprung

der Pariser Konferenz,

deren Aufgabe von Lloyd George genau umrissen wurde. Ich habe daher nur hinzuzufügen, daß die Fragen der Verteidigung und der Einheit des Handels auch hier werden erörtert werden. Ferner werden sicherlich die Gesichtspunkte aufgestellt werden, die, wie Lloyd George erklärte, das Ende des fürchterlichen Blutvergießens in Umrissen erscheinen lassen werden. Zum ersten Male seit Ausbruch des Krieges werden die verantwortlichen Leiter der auswärtigen Politik der verbündeten Länder zusammentreffen. Die Konferenz wird besonders die Gesamtheit dieser Fragen erörtern, Rußland aber muß auf ihr eine einzige Einheit darstellen. (Lebhafter Beifall.) Wenn unsere Regierung eine Koalitionsregierung ist, so muß dies sich auch in den Gedanken äußern, die Rußland dort auseinandersetzen wird, was übrigens leicht zu verwirklichen ist, wenn die Staatsmänner freimütig sprechen und auf der gleichen Grundlage, nämlich derjenigen der Interessen des Vaterlandes, stehen.

In den

Anweisungen, die Skobelew

für Paris vom Sowjet mitbekommen hat, sagt Tereschtschenko: In der letzten Zeit haben die Kriegsziele zahlreiche Fassungen erhalten. Aehnliche Anweisungen wurden kürzlich dem holländisch-skandinavischen Ausschuß gegeben. Ich begrüße die Anweisungen für den Vertreter der russischen Demokratie als den ersten Versuch, konkrete Formeln aufzustellen. Ich bin aber der Ansicht, daß dieser Versuch für Rußland kein allzu glücklicher ist. In der Tat sprechen die russischen Anweisungen vom Selbstbestimmungsrecht Polens, Littauens und der lettischen Gebiete, während die holländisch-skandinavischen Anweisungen es mit Stillschweigen übergehen. Wenn wir indessen dieses Recht Polens als seine Unabhängigkeit auffassen, so muß dies auch für die beiden anderen Länder gelten. Bei uns aber scheint jedermann die Interessen Rußlands an seinen nordischen Gewässern zu verstehen. Unser Vaterland würde ohne einen eisfreien Hafen in die Zeit Peters des Großen zurückgeworfen werden. Die russischen Vertreter werden nicht davon sprechen können, denn sie würden sich dem Tadel des gesamten russischen Volkes, aussetzen (Beifall in der Mitte und auf der Rechten). Es gibt abstrakte Formeln, die konkrete Folgen haben können. So läßt eine vollkommene Abrüstung eine politische Organisation zu, die ganz verschieden ist von der, in der diese Abrüstung nicht besteht. So ist die Neutralisierung der Meerengen und die unvollständige Abrüstung auch eine Verletzung der russischen Interessen und bedeutet eine Rückkehr zu einer Lage der Dinge, die schlimmer ist als der Status quo ante. (Lebhafter Beifall.) Ich führe die bezeichnendsten Züge an, um zu beweisen, daß man die Interessen, die man verteidigt besser kennen und lieben muß. (Bravo.) Dieses Programm wird von allen russischen

---

Tereschtschenko über die Friedensfrage.

lands Haltung auf der Pariser Verbandskonferenz.

Stockholm, 31. Oktober.

Die Petersb. Tel.-Agentur verbreitet den Wortlaut langen Rede Tereschtschenkos im chen Vorparlament über die auswärtige Politik.

Rußlands wohlverstandene Interessen, sagte der Minister, ngten zunächst, daß Rußland nicht allein stehe, sondern seinem augenblicklichen Bündnisverhältnis verbleibe, und daß es keinen origenden Frieden schließe, der bald einen neuen Krieg folge hätte. In den ersten beiden Monaten der russischen lution habe der damalige Kriegsminister (Gutschkow), der doch Armee Erfolg gewünscht habe, eine Reihe unheiler Schriftstücke unterzeichnet und der lige Minister des Auswärtigen (Miljukow) trotz seines bens nach Größe für Rußland

die Gefahr eines Sonderfriedens nahegerückt.

chtschenko erklärte, daß er selbst im Mai gegen solche mungen zu kämpfen gehabt habe, als der Krieg em natürlichen Ende entgegenehen schien. Dann aber hatten alle Parteien einen pflichen Sonderfrieden abgelehnt und alle Verwaltungszweige n sich bemüht, den Massen an der Front das Gefühl für Unzweckmäßigkeit eines solchen Kriegsendes beizubringen. diese für den Minister des Auswärtigen schwerste t sei die Julioffensive des russischen Heeres ge die Gedanken der russischen Revolution as findliche Gebiet getragen habe. Wenn kraft des russischen Heeres nicht erlahmt wäre, so hätte bereits Frieden. Leider habe die abgründige Unwissenheit der Mangel an Verantwortlichkeitsgefühl das Heer von n in Unordnung gebracht und bittere Enttäuschung erlagen und infolge davon Verwirrung und Enttäuschung en Verbündeten herbeigeführt, die nicht begriffen, die Revolution Rußland so schwächen e, anstatt es zu stärken. Die zurückgekehrten Vertreter erklärten daß Rußland einen Sieg brauche, damit sein Verzicht auf Erungen nicht als Schwäche ausgelegt werde In dem Losungswort: icht auf Eroberungen und Entschädigungen", das auch für land gelte, und „Politisches Selbstbestimmungsrecht der er" seien beide Teile gleich wichtig und untrennbar. de die Mittelmächte pflegten von der zweiten Hälfte des dsatzes zu schweigen. (?)

Tereschtschenko unterschied am gegenwärtigen Kriege drei iten: Die strategischen Aufgaben der Armeen, die diplosche Handlung und die gegenwärtigen und zukünftigen schaftlichen Beziehungen zwischen den Staaten. Auf dem egischen Gebiete seien die Mittelmächte nicht Sieger,

Die Zeit

Abendbl. 2/XI. 1917

Die türkische Thronrede.

Die Zuversicht des Sultans.

KB Konstantinopel, 2. November.

In der bei Eröffnung des Parlaments von Großwesir Talaat Pascha verlesenen Thronrede heißt es:

Die Kriegsereignisse.

In dem Augenblicke, da die vierte Session der dritten Legislaturperiode eröffnet wird, erachte ich es als meine erste Pflicht, dem Allmächtigen zu danken, daß er unseren ruhmreichen verbündeten Armeen während des letzten Jahres dieses Weltkrieges, der ein Unglück sondergleichen für die ganze Menschheit ist, Siege zu erringen gegönnt hat, die ihre Heldentaten zu kennzeichnen und noch mehr hervorzuheben geeignet sind.

Die Thronrede gedenkt des vernichtenden Sieges, der an der Isonzofront gegen die italienische Armee errungen wurde, die in regelloser Flucht zurückweicht, und der die Antwort sei auf die erbitterten, aber vergeblichen Offensiven, die von unseren gemeinsamen Feinden nach sorgfältigster Vorbereitung um den Preis von Tausenden von Opfern an der Westfront unternommen worden waren.

Sodann heißt es weiter: Unsere tapferen Armeen haben heldenhaft die wiederholten Angriffe abgeschlagen, die die Engländer mit starken Kräften auf ottomanischem Gebiete gegen die Gazafront unternommen haben. Ich hege die feste Hoffnung, daß meine braven Armeen die feindlichen Streitkräfte mit Gottes Hilfe wieder über die Grenze jagen werden, die, die Lage auf den anderen Fronten ausnützend, einen Teil unseres Gebietes in Mesopotamien und an der Kaukasusfront besetzt haben.

Die Thronrede verweist sodann auf die Kriegserklärung der Vereinigten Staaten an Deutschland, die die Folge des durch die Kriegsnotwendigkeiten ausgesprochenen und als Repressalie gegen die widerrechtlichen Maßnahmen der Feinde des Vierbundes gebotenen uneingeschränkten U-Bootkrieges wurde, und sagt: Durch das Bündnis sind auch wir gezwungen worden, unsere Beziehungen mit den Vereinigten Staaten abzubrechen. Die Thronrede weist hierauf auf die ungerechtfertigten Pressionen und Kränkungen aller Art hin, deren Gegenstand Griechenland seitens der Ententemächte ist, die sich als Schützer der kleinen Nationen ausgegeben hatten und zuerst die Vertreter des Vierbundes und später den König gezwungen haben, den griechischen Boden zu verlassen. Die neue griechische Regierung, die dank dem werktätigen Zusammenarbeiten dieser Mächte jüngst ans Ruder kam, hat ihre Vertreter in der Türkei und in den verbündeten Ländern abberufen.

Die Note des Papstes.

Mit der größten Sympathie, fährt die Thronrede fort, haben wir den Vorschlag aufgenommen, den Seine Heiligkeit in der an die Herrscher und Staatsoberhäupter aller kriegführenden Länder gerichteten Note gemacht hat, mit dem erhabenen Zweck, dem unglücklichen Blutvergießen ein Ende zu setzen durch möglichst rasche Wiederherstellung der Beziehungen und des Einvernehmens zwischen den Ländern. Da wir den Krieg nur zu dem berechtigten Zweck führen, unsere Existenz zu verteidigen und in uneingeschränkter positiver Form unsere Rechte auf Erhaltung der Unabhängigkeit und Souveränität aller unserer Gebiete zu wahren und unsere Entwicklungsfreiheit gegen alle Fesseln und gegen jede Einmischung sicherzustellen, haben wir im Einvernehmen mit unseren Verbündeten Seiner Heiligkeit im Sinne der vorstehenden Erwägungen Antwort gegeben.

Die Beziehungen mit den Verbündeten.

Unsere politischen Beziehungen mit den verbündeten Staaten gewinnen Tag für Tag an Freundschaft und Aufrichtigkeit und befestigen sich durch das gegenseitige Vertrauen, das bei jeder Gelegenheit bekräftigt wird. Der Besuch des deutschen Kaisers, meines erhabenen und treuen Verbündeten, hat den neuen, klaren Beweis dieser Aufrichtigkeit und Freundschaft gegeben, indem er bei dieser Gelegenheit in erhabener Weise die so kostbare freundschaftliche Gesinnung des Kaisers für uns sowie das Einvernehmen und die Harmonie, die unsere gegenseitigen Beziehungen leiten, zum Ausdruck gebracht hat.

Unsere Beziehungen zu den neutralen Staaten sind wie in der Vergangenheit nach wie vor aufrichtig freundschaftlich.

Die Gesundung und Entwicklung des persischen Kaiserreiches, unseres muselmanischen Nachbarstaates, in vollkommener Unabhängigkeit und geschützt gegen Angriffe und Kränkungen, bildet den Gegenstand unseres lebhaftesten Wunsches.

Obwohl unser Land gleich den anderen unter den unvermeidlichen Schwierigkeiten und Nöten, die der Krieg überall mit sich bringt, leidet, lassen die Eigenschaften der Ausdauer, Beharrlichkeit und Selbstverleugnung und der Patriotismus, die unser Volk auszeichnen, keinen Zweifel darüber aufkommen, daß wir in diesem bisher erfolgreich geführten Kampf auf Leben und Tod bis zum Ende durchhalten werden. Die Thronrede verweist sodann auf die Bemühungen der Regierung, die nationale Produktion zu heben, um die tiefgehenden Wirkungen des Krieges auf das landwirtschaftliche Leben des Landes zu mildern, und sagt, daß der Voranschlag sowie andere Gesetzentwürfe, die dem Parlament in diesem Jahre zugehen werden, Maßnahmen zur Erhöhung der Einnahmen vorsehen.

Die Thronrede schließt: Die stets wachsende Tatkraft, von der mein Volk in wirtschaftlichen Unternehmungen Zeugnis ablegt, erfüllt mein Herz mit Freude. Ich zähle auf Ihre werktätige Mitarbeit bei der Prüfung der Gesetzentwürfe, die inneren Angelegenheiten und solche rechtlicher Natur betreffen, sowie aller anderen Entwürfe, die Ihnen mit aller Raschheit zugehen werden.

Indem ich den Allmächtigen bitte, daß er Ihre Arbeiten, denen Sie sich zur Größe des Vaterlandes und der Nation widmen werden, mit Erfolg krönc, erkläre ich das Parlament für eröffnet.

Fremdenblatt

3./XI. 1917

er.

Wien, 3. November.

Der Reichskanzlerwechsel in Deutschland ist vollzogen. Graf Hertling tritt an die Spitze der deutschen Reichsregierung und übernimmt gleichzeitig die Stelle des preußischen Ministerpräsidenten. Der siebente Kanzler des Deutschen Reiches ist eine scharf ausgeprägte Persönlichkeit, ein Mann, der durch Jahrzehnte im öffentlichen Leben steht, dessen Gesinnungen bekannt und dessen Begabung allgemein gewürdigt werden. Dem Grafen Hertling ist der parlamentarische Boden ebenso vertraut, wie die Tätigkeit des praktischen Staatsmannes. 37 Jahre lang war er Mitglied des deutschen Reichstages und hat dort das größte Ansehen genossen. Fügt man noch hinzu, daß der neue Reichskanzler die akademische Laufbahn als seinen Beruf erwählt hatte, und sich in der Wissenschaft einen hochgeachteten Namen erwarb, so erkennt man, daß Graf Hertling ein Mann von umfassendem Wissen, von ernster Gründlichkeit ist, wie sie der deutsche Gelehrte besitzt, zugleich aber über eine reiche parlamentarische Erfahrung verfügt und über den praktischen Sinn, der dem positiv schaffenden Staatsmann zu eigen sein muß. Die Art und Weise, mit der der neue deutsche Kanzler die Uebernahme seines so schweren und verantwortungsvollen Amtes vorbereitet, zeigt deutlich diese Eigenschaften auf, die so selten bei einem Mann in einem Bund anzutreffen sind. Am Sonntag legte Graf Hertling dem deutschen Kaiser sein Programm vor. Kaiser Wilhelm nahm dasselbe vollständig an und darauf setzte sich Graf Hertling mit den parlamentarischen Parteien in Verbindung. Das Ergebnis

Neues Wiener Tagblatt

4./XI. 1917

Die Friedensbedingungen der russischen Bauernvertreter.

Die vom Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat seinem Vertreter bei der bevorstehenden Pariser Konferenz Skobelew mitgegebenen Instruktionen für die baldigste Wiederherstellung des Friedens haben bekanntlich in Ententekreisen sehr verstimmt. Sowohl der russische Minister des Aeußern Tereschtschenko als auch der Führer der Kadettenpartei Miljukow haben dem höchst unangenehmen Eindruck der Bedingungen des Arbeiter- und Soldatenrates bei den Verbündeten starken Ausdruck verliehen, wobei letzterer den Arbeiter- und Soldatenrat geradezu beschuldigte, einen „deutschen Frieden" herbeiführen zu wollen. Nunmehr hat auch der Rat der Bauernvertreter seine Bedingungen für die Schaffung des Friedens veröffentlicht, die allerdings in einzelnen Punkten von den Instruktionen für Skobelew abweichen, aber im großen und ganzen auch nicht geeignet sein werden, den Beifall der Entente zu erwerben. Diese Bedingungen haben gar nichts gemein mit den Kriegszielen, wie sie offiziell in den Reden der englischen und französischen Staatsmänner verkündet werden, und da sie ausdrücklich den Verzicht auf den Wirtschaftskrieg nach dem Kriege, die Verpflichtung der Herausgabe aller während des Krieges besetzten Gebiete, mithin auch sämtlicher deutscher Kolonien und zudem die Volksabstimmung über Elsaß-Lothringen verlangen, werden sie in London und Paris das Schicksal der Vorschläge des Arbeiter- und Soldatenrates teilen, die in der Sehnsucht nach baldigster Herstellung des Friedens wurzeln.

In den Vereinigten Staaten haben übrigens die kürzlich veröffentlichten Aeußerungen Kerenskijs über die Erschöpfung Rußlands derartigen Eindruck gemacht, daß Staatssekretär Lansing sich veranlaßt sah zu erklären, es könne weder auf Grund amtlicher Informationen noch auf Grund von Kerenskijs Erklärung gesagt werden, daß Rußland im Begriffe sei seine Teilnahme am Kriege aufzugeben. Als Beweis führte er an, daß die amerikanische Regierung neuerlich Rußland eine Anleihe von 31,700,000 Dollar gewähre, die der russischen Regierung sofort zur Verfügung stehe. Die Geldsumme soll offenbar in Rußland ermunternd für die Fortführung des Krieges wirken. Die Kundgebungen des Arbeiter- und Soldatenrates und des Rates der Bauernvertreter zeigen jedoch die wahre Stimmung im russischen Volke, und die Vereinigten Staaten werden wohl noch sehr viel Geld hergeben müssen, um Kriegsbegeisterung in Rußland zu erzeugen.

* * *

Petersburg, 2. November. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.)

Der Rat der Bauernvertreter hat nach Verwerfung der bekannten Instruktionen des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrates für die Pariser Konferenz folgende selbständige Instruktion ausgearbeitet: Friede ohne Annexionen oder Entschädigungen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, für alle Länder geltende Verpflichtung, keine geheimen Verträge abzuschließen, Herabsetzung der Rüstungen, Zustimmung zur schiedsgerichtlichen Entscheidung internationaler Streitfälle, Verpflichtung sämtlicher Verbündeten, keine Verhandlungen für einen Sonderfrieden einzuleiten oder einen Sonderfrieden abzuschließen, Verzichtleistung sämtlicher Staaten auf wirtschaftliche Absperrung nach dem Kriege, Verpflichtung beider kriegführenden Gruppen, alle während des Krieges be-

Abendblatt

6./XI. 1917

Die Ereignisse in Rußland.

Der Arbeiter- und Soldatenrat ergreift das Kommando in Petersburg.

K. Petersburg, 5. November. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Der Arbeiter- und Soldatenrat von Petersburg hat kürzlich einen revolutionären militärischen Ausschuß zur Herbeiführung einer engeren Fühlung mit den Truppen der Hauptstadt gewählt. Heute richtete der Vorsitzende des Arbeiter- und Soldatenrates Trotzky einen Aufruf an die Garnison von Petersburg, worin er sie auffordert, nur die von dem genannten Ausschuß gebilligten und gezeichneten militärischen Befehle auszuführen. Gleichzeitig hat der Ausschuß Spezialkommissäre ernannt und an alle wichtigen Punkte der Hauptstadt und ihrer Umgebung entsendet.

Die Abendblätter sehen diese Handlung des Arbeiter- und Soldatenrates als den ersten Versuch der Maximalisten an, sich der Herrschaft zu bemächtigen. Man glaubt zu wissen, daß die Regierung entschlossen sei, diesem Versuch kräftigen Einhalt zu tun und ihm ein für allemal ein Ende zu machen.

Konflikt zwischen Regierung und Kriegsminister.

K. Petersburg, 5. November. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Abendblätter melden: Die Mitglieder der vorläufigen Regierung mißbilligen die Tätigkeit des Kriegsministers, insbesondere seine Ansichten auf dem Gebiete der auswärtigen Politik, die öfters seinen internationalistischen Charakter enthüllt hätten. Es ergab sich daher eine Meinungsverschiedenheit zwischen dem Kabinett und General Werchowski, der schließlich aus Gesundheitsrücksichten einen vierzehntägigen Urlaub verlangt und seine Amtsbefugnisse dem Unterstaatssekretär des Krieges General Manikowski übertragen hat.

Skobelew und Tereschtschenko.

D. Budapest, 6. November. (Tel. d. „Fremden-Blatt".) Der „Pester Lloyd" meldet aus dem Haag: Die Blätter berichten aus Petersburg: In den dortigen politischen Kreisen herrsche große Beunruhigung, die durch die Erklärung Tereschtschenkos im Vorparlament entstanden ist. Skobolew erklärte, infolge der Verschiedenheit ihrer Ansichten in der Frage der kleinen Völker könnte sich Rußland nicht an der Pariser Konferenz beteiligen. Falls Tereschtschenko an ihr teilnehme, wäre es der Demokratie unmöglich, sich auf ihr vertreten zu lassen.

Skobelew — Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtiges im Vorparlament.

Genf. (Meldung der „Korr. Rundschau".) Die Radio-Agentur bestätigt, daß Skobelew zum Obmanne der Vorparlamentskommission für auswärtige Angelegenheiten gewählt wurde.

Unhaltbare anarchische Zustände.

Stockholm. (Meldung der „Korr. Rundschau".) Einer Zusammenstellung des „Rußkoje Slowo" ist zu entnehmen, daß die anarchischen Zustände in Rußland unaufhaltsam fortschreiten und bereits in unhaltbarer Weise sich zuspitzen. In Jaroslawel haben meuternde Soldatentruppen alle Wolgaschiffe überfallen und geplündert. In Baku lynchte das Militär vierzehn angesehene Mohammedaner. In Kirsanow bemächtigten sich die Bauern aller Güter. Der Kommissär des Podoler Gouvernements meldet der Regierung, daß die Hälfte des Gouvernements in Flammen stehe und daß die Revolution in Gefahr sei. In Odessa verüben meuternde Truppen unerhörte Gewaltakte, desgleichen in Bjelcy, Rzew und Nikolajewsk. Im nördlichen Teile des Gouvernements Saratow herrschen furchtbare Pogroms, die von den dortigen Infanterie-Regimentern organisiert werden. Im Gouvernement Rjäsan und in Kutais ist die Revolution ausgebrochen. An der Wolga wütet vollkommene Anarchie. Aus fast sämtlichen russischen Gouvernements wird gemeldet, daß der Ausbruch der Hungersnot unmittelbar bevorsteht.

Das spanische Konzentrationskabinett.

Die außergewöhnlichen Zeiten haben es auch in Spanien notwendig gemacht, die Zusammenfassung der Vertreter der großen Parteien in einem Ministerium zu gemeinschaftlicher Arbeit zu versuchen, während bisher nur Parteiregierungen am Ruder waren. Vor kurzem erst mußten ernste Aufstände niedergeschlagen werden, die, wie sich zweifellos ergab, von der Entente geschürt und gefördert worden waren, um die Neutralitätspolitik zu stürzen und durch die Anarchie im Lande Oberhand über die spanischen Verhältnisse zu gewinnen. Sehr zustatten kam der aufrührerischen Bewegung die Strömung im Offizierskorps, das eigene Vereinigungen bildete und bestimmte Forderungen zur Verbesserung der eigenen Lage und für Reformen in der Armee stellte. Die Verhältnisse zwischen dem Militär und der Zivilverwaltung gestalteten sich dadurch immer spießiger, und kaum war das Ministerium Dato der Unruhen im Lande Herr geworden und dadurch in die Möglichkeit gekommen, die aufgehobenen Verfassungsgarantien wieder einzuführen, als die Offiziersvereinigungen neuerdings ihre Forderungen erhoben und neue Schwierigkeiten schufen, die zum Rücktritt des Kabinetts führten. Die Krise war sehr schwierig zu lösen. Keiner der zum König berufenen Parteiführer vermochte es, eine neue Parteiregierung mit Aussicht auf Erfolg zur Bannung der Schwierigkeiten zu bilden, und König Alfonso entschloß sich, Garcia Prieto, der der Vorgänger des demissionierten Ministerpräsidenten Dato war, mit der Bildung eines Konzentrationskabinetts zu betrauen, das nunmehr sein Amt angetreten und auch sein Programm bereits veröffentlicht hat. Garcia Prieto hat den Schwerpunkt der Regierung nach links verlegt, aber seinem Ministerium gehören auch hervorragende Männer der konservativen Partei an.

Die jetzige Krise hat wohl in Fragen der inneren Politik ihren Ausgangspunkt genommen, allein überall, auch in den neutralen Ländern, steht jetzt die innere Politik mit der äußeren in ursächlichem Zusammenhang, und bestimmend bleibt die letztere. Spanien war gleich andern neutralen Ländern der Schauplatz der stärksten Propaganda der Entente, aber der König hielt fest an der Neutralität, und als im April dieses Jahres der Kabinettschef Romanones eine Schwenkung versuchte, die allerdings von einem großen Teil der öffentlichen Meinung nicht gutgeheißen wurde, zumal er es auch in den verworrenen innerpolitischen Verhältnissen an Voraussicht hatte fehlen lassen, berief der König Garcia Prieto Marquis von Alhucemas, der damals Vorsitzender des Senats war. Prieto war allezeit ein überzeugter Anhänger der Freundschaft der lateinischen Staaten und hatte stets für eine innige Annäherung Spaniens an Frankreich gewirkt. Seinen Marquistitel verdankt er dem Abschluß des spanisch-französischen Vertrages über Marokko 1910. Als er aber ein Jahr später den engeren politischen Anschluß an Frankreich anstrebte und den seinerzeit vielbesprochenen Besuch des jetzigen Präsidenten Poincaré vorbereitete, mußte er aus dem Kabinett Canalejas scheiden, erfreute sich aber als einer der bedeutendsten und vornehmsten Staatsmänner nach wie vor größten Ansehens.

Bezeichnend für ihn ist, daß er, im April dieses Jahres zur Regierung gelangt, bezüglich der auswärtigen Politik folgende Erklärung abgab: „Ich bin heute derselbe, der ich gestern und immer war, und bleibe der Mann, der 1904 als Mitglied der Regierung eine Politik der Annäherung zwischen Spanien und Frankreich eingeleitet und 1910 den spanisch-französischen Marokkovertrag unterzeichnet hat. Ich habe meine Ansicht über die auswärtige Politik, die für mein Land paßt, in nichts geändert." Er fügte aber hinzu: Angesichts der von der Regierung nach dem ersten Kabinettsrat veröffentlichten Note müsse jede Zweideutigkeit schwinden. Nachdem Spanien seine Politik der strikten Neutralität proklamiert hat, habe es gleichzeitig seine treue Beobachtung der eingegangenen Verträge bekräftigt, sowie der Versicherung Ausdruck gegeben, daß die Würde und Ehre der Lebensinteressen Spaniens verteidigt würden. Die Entente war sichtlich verstimmt durch diese mannhafte Erklärung, und mit den größten Mitteln wurden jene Unruhen erzeugt, denen Prieto weichen mußte. Jetzt an die Spitze des Konzentrationskabinetts berufen, erklärt Prieto als erstes Ziel der neuen Regierung die Fortsetzung der neutralen Politik, und er zeigt damit, daß er die großen Interessen seines Vaterlandes trotz seiner persönlichen Neigungen nicht dem Diktat der Entente unterordnen wolle.

Enttäuscht werden die Ententeregierungen auf Spanien blicken. Selbst der rascheste Wechsel der Regierungen — es ist in diesem Jahre die vierte am Ruder — vermochte nicht Frankreich und England dem Ziele näher zu bringen: Spanien an seine Seite im Kriegsgetümmel zu reißen. Und recht sonderbar nimmt sich angesichts der Vorgänge eine Erklärung des englischen Botschafters in Madrid aus, daß die englische Regierung jeder Einmischung in die innere Politik Spaniens fernstehe. Die Trauben scheinen zu sauer geworden zu sein. Garcia Prieto wird darauf bedacht sein, das Land, das ja wie andre neutrale Staaten schwer genug von dem großen Krieg getroffen ist, nicht zur Rolle Portugals oder Griechenlands herabwürdigen zu lassen. Bei der Wahrung der Neutralität ist seinem Konzentrationskabinett die beste Möglichkeit gegeben, sich der Lösung der vielen schwierigen inneren Fragen zu widmen. Hoffentlich ist diesmal Prieto der Erfolg beschieden, seinem Vaterland ein Retter aus der Not zu sein.

* * *

Ministerpräsident Garcia Prieto gehört zu den hervorragendsten politischen Persönlichkeiten Spaniens. Von Beruf Advokat, führt er in Madrid eine der größten Kanzleien, und seine Fähigkeiten als Jurist und Redner haben ihm eine zahlreiche Klientel verschafft und ihm auch ein namhaftes Vermögen eingetragen. Prieto, der ungefähr 48 Jahre alt ist, wendete sich der Politik zu, nachdem er die Tochter des bekannten liberalen Politikers Montezo Rios geheiratet hatte. Montezo Rios war Ministerpräsident, als Spanien den Krieg mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika wegen Kuba führte, und vertrat sein Vaterland mit Geschick und Erfolg auf dem Pariser Kongreß. Von seinem Schwiegervater, der zu Beginn des Weltkrieges hochbetagt starb, war Garcia Prieto politisch herangebildet worden. Als Frankreich wegen der marokkanischen Frage mit Spanien in Konflikt geriet, war Prieto Minister des Aeußern und bewies in den Verhandlungen mit Frankreich und insbesondere anläßlich der Konferenz von Algeciras eine so hervorragende diplomatische Schulung, daß ihm der König wegen seiner Verdienste um die friedliche Austragung der verwickelten Angelegenheit den Titel eines Marquis de Alhucemes verlieh; Alhucemes ist ein Gebiet im spanischen Besitz von Marokko.

Vor dem nun verabschiedeten Ministerium Dato war Prieto Ministerpräsident; infolge der Forderungen der Militärpartei mußte er sein Amt niederlegen.

Nächst Prieto ist in dem neuen Ministerium der Kriegsminister Joan de la Cierva eine entschieden politische Persönlichkeit. Er ist Anhänger Mauros, gleichwie der gegenwärtige Ministerpräsident Advokat von Beruf, bekleidet also keinen militärischen Rang, ist aber trotzdem bei der Armee sehr beliebt. Ihm wird Energie, gepaart mit großer Klugheit, nachgesagt, dazu kommt noch sein großes Organisationstalent. Der Marineminister Gimeno war im Ministerium Romanonos Minister des Aeußern, gehört der liberalen Partei an und wird in Marineangelegenheiten als erfahrener und gebildeter Fachmann geschätzt. Unterrichtsminister Rodes, der Justizminister Fernandez Prido, ein Konservativer, und der Minister für öffentliche Arbeiten Alcala Zamora, der bisher stets als Erster Sektionschef tätig war, sind zum erstenmal im Besitz von Ministerposten.

Das Regierungsprogramm.

Madrid, 4. November. (Meldung der Agence Havas.) Nach Beendigung des Ministerrates gab Garcia Prieto eine ministerielle Erklärung ab, worin er auf die gegenwärtigen außergewöhnlichen Umstände hinwies, die bewirkten, daß Männer von verschiedenen, entgegengesetzten politischen Anschauungen in einem Uebergangskabinett der Zusammenfassung vereinigt wären. Das Ziel desselben sei, die neutrale Politik Spaniens fortzusetzen, unverzüglich und energisch an die Lösung der wirtschaftlichen Fragen zu gehen, den mit der Landesverteidigung zusammenhängenden Fragen größte Aufmerksamkeit zu schenken und die neuen, ohne jede Beeinflussung der Regierung im Wahlkampf gewählten Kammern einzuberufen. Das Kabinett erstrebe die Erneuerung des Landes und fordere die öffentliche Meinung auf, durch ihre Vertretung getreulich den souveränen Willen des Landes auszudrücken, damit das Parlament mit voller gesetzlicher Autorität die politischen, wirtschaftlichen und juristischen Probleme erörtern und lösen könne, die das Leben Spaniens zukünftig berührten. Sie das Parlament seine Arbeiten aufnehme, bitte das Kabinett um Vertrauen, damit es allen Fragen gegenübertreten könne, die eine unverzügliche Prüfung erfordern. Die Erklärung kündigt ferner an, daß die Gemeindewahlen am 11. November stattfinden werden.

Madrid, 4. November. (Meldung der Agence Havas.) Der heute abgehaltene Ministerrat beschäftigte sich hauptsächlich mit der Auflösung der Kammer, damit so schnell als möglich, Ende Jänner oder Anfang Februar, die allgemeinen Wahlen abgehalten werden können.

Eine englische Erklärung.

Madrid, 4. November. (Meldung der Agence Havas.) Der englische Botschafter stattete dem Grafen Maura einen Besuch ab und versicherte ihm, daß die englische Botschaft in Madrid und das englische Kabinett niemals einen Einspruch gegen ihn oder seine Politik erhoben hätten. Der Botschafter äußerte sein Bedauern darüber, daß solche Gerüchte bei gewissen spanischen Persönlichkeiten Glauben gefunden haben. Die englische Regierung hege tiefe Achtung vor Spanien und halte sich von jeder Einmischung in die innere Politik Spaniens fern. Maura sprach dem Botschafter seinen Dank aus.

Frankfurter Zeitung

159

2./XI. 1916.

Der neue Polenstaat.

Man schreibt uns aus Warschau:

Die Lösung der polnischen Frage besitzt im gegenwärtigen Stadium drei Möglichkeiten: Angliederung an das Deutsche Reich, Angliederung an Oesterreich-Ungarn und Neubildung eines unabhängigen polnischen Staatswesens. Dazu käme eine vierte Möglichkeit, die aber der Zukunft vorbehalten bliebe: Rückgabe an Rußland. Von einer Teilung Kongreß-Polens zwischen Preußen und Oesterreich braucht billigerweise nicht mehr die Rede zu sein. Es sei hier gestattet, ein paar Leitgedanken zum polnischen Problem, wie es sich in dieser Form darstellt, herauszuschälen.

Nachdem einmal der Krieg Polen in seiner Gesamtheit den Mächten der Mitte überantwortet hatte, mußte es für diese ein brennender Gedanke sein, dieses Land für dauernde Zeit aus dem großen russischen Staatskörper herauszuschneiden. Und dazu mußten sie bestrebt sein, zunächst die Polen den Russen zu entfremden und ihnen die Grundlagen zu einer neuen Staatseingliederung oder einer neuen Staatlichkeit überhaupt zu verschaffen. Wie weit ersteres erreicht wurde, soll hier nicht entschieden werden, weil es unmöglich ist, augenblicklich ein klares Urteil abzugeben, das nicht der Voreingenommenheit geziehen würde. Einfacher liegt die zweite Notwendigkeit. Nach unendlichen Verhandlungen und immer wiederkehrendem Zögern wählten die Reiche der Mitte den dritten von den eingangs aufgezeichneten Wegen. Sie führten Polen einer neuen Staatlichkeit zu. Damit war eine eindeutige Tat in der polnischen Frage geschehen und es ist eine von den seltsamsten Verwirrungen, die dieser Krieg in den Köpfen der kritischen deutschen Politiker anrichtet, daß diese Tat noch immer nicht nach ihrer praktischen Bedeutung gewertet wird. Statt dessen theoretisieren die Publizisten aller Schattierungen noch immer an den Möglichkeiten der Lösung herum. Wem sie damit zu dienen glauben, ist schwer zu erkennen. Den Polen jedenfalls nicht und dem deutschen Ganzen noch weniger. Dort wühlen sie ruhige Gegnerschaft zum schärfsten Widerstand auf, hier schaffen sie Verärgerung und Unbestimmtheit. Besonders ist vor jenen Politikern zu warnen, die immerfort noch die Rückgabe Polens an Rußland im Munde führen und ganz vergessen, daß Geben mehr verpflichtet als Nehmen. Wir sind durch unsere Versprechen an die Polen gebunden und jeder Versuch, uns die Freiheit des Handelns zurückzugewinnen, würde für uns eine so schwerwiegende außenpolitische Schädigung bringen, wie wir sie nach dem Kriege im Osten unter keinen Umständen brauchen können. Uebrigens haben sich seit der russischen Revolution die Verhältnisse derart geändert, daß die Auslieferung der Polen an die russische Demokratie keinen praktischen Wert mehr hätte. Wir werden uns beim Friedensschluß auch auf unserer Basis mit den Russen über Polen verständigen können, ohne zu jenem drastischen Mittel greifen zu müssen, daß Rußland die polnische Frage allein der Lösung entgegenführt. Denn möchte derjenige, der davon träumt durch einen russisch-polnischen Gegensatz die Machtstellung Mitteleuropas zu stärken, eine schlimme Enttäuschung erfahren. Rußland würde, ja müßte die polnische Frage in einem antideutschen Sinne lösen und würde die Fackel der polnischen Unerlöstheit greller entzünden, als irgend sonst möglich ist. Darum ist es nicht mehr angängig, wie heue einmal die Dinge gelagert sind, die Rückgabe Polens an Rußland zu erwägen.

Eine ähnliche Einseitigkeit und Verneinung jeder praktischen Politik begehen jene Politiker, die noch immer einer Angliederung Kongreß-Polens an das deutsche Reich das Wort reden. Es erübrigt sich eigentlich, diese Ansicht unter der gegenwärtigen Konstellation zu charakterisieren. Soll die kommende Zeit an innerem Unfrieden ein unerträgliches Maß auf uns häufen und soll das Deutschland der Zukunft bestimmt sein durch eine Polizeiherrschaft schlimmerer Art als je, dann allerdings brauchen wir nur Polen dem deutschen Reiche einzuverleiben, gleichgültig unter welcher staatsrechtlichen Form. Die Wünsche geringer Kreise, vorwiegend im östlichen Deutschland gehen ja dahin, in steigender Entwicklung eine Herrenschicht zu bilden. Aber wie bald selbst ihnen die polnische Welle über den Kopf schlagen würde, wenn sie erst uneingedämmt sich ins deutsche Reich ergösse, bedenken diese Herren mit nichten. Eine An- oder Eingliederung Polens ins deutsche Reich wäre ein bedauernswerter Irrtum, zumal nach den weitgehenden Verpflichtungen, die unsere Politik in Polen eingegangen ist. Das hieße Saaten umpflügen, die bereits der Ernte entgegenreifen. Es wäre ein politischer Unsinn, jetzt den Polen wieder zu nehmen, was sie fest zu besitzen glaubten.

Anders scheint es sich auf den ersten Blick mit der dritten Möglichkeit zu verhalten: Angliederung Polens an Oesterreich-Ungarn. Es wird dabei an ein selbständiges Königreich Polen gedacht, das neben Oesterreich-Un-

Das Parlament und die polnische Frage.

Bevorstehende Erklärungen des Ministerpräsidenten in einer gemeinsamen Sitzung des Verfassungs- und Budgetausschusses.

Wien, 8. November.

Im Abgeordnetenhause bildet heute die Nachricht über die bevorstehende Lösung der polnischen Frage und über die Verhandlungen des Ministers des Aeußern Grafen Czernin in Berlin über diesen Gegenstand das ausschließliche Gesprächsthema. Schon vor Beginn der Ausschußsitzungen fanden sich beim Ministersalon zahlreiche Abgeordnete aller Parteigruppen ein, um den Ministerpräsidenten Dr. Ritter von Seidler zu erwarten und von ihm Aufklärungen über die Tatsachen zu erlangen, welche diesen Meldungen zugrunde liegen.

Auch in den Ausschüssen wurde die Angelegenheit zur Sprache gebracht. Im Budgetausschuß stellte Abgeordneter Dr. Ellenbogen den Antrag, den Ministerpräsidenten in den Ausschuß einzuladen, damit er dort Auskünfte erteile. Die gleiche Forderung wurde im Verfassungsausschuß vom Abgeordneten Dr. Renner erhoben. Hier regten die Abgeordneten Dr. Ofner und Dr. Ritter v. Mühlwerth die Abhaltung einer gemeinsamen Sitzung beider Ausschüsse an, um die Erklärungen des Ministerpräsidenten entgegenzunehmen, während die Beratung über die Mitteilungen des Kabinettschefs in beiden Ausschüssen getrennt durchgeführt werden solle.

Die Obmänner der beiden Ausschüsse Dr. Sylvester (Budgetausschuß) und Dr. Mataja (Verfassungsausschuß) hielten unverzüglich eine Besprechung ab und setzten sich mit dem Ministerpräsidenten Dr. Ritter v. Seidler in Verbindung. Dieser erklärte sich bereit, dem Wunsche der beiden Ausschüsse zu entsprechen, worauf die beiden Obmänner die Ausschüsse für 4 Uhr nachmittags in ein gemeinsames Beratungszimmer einladen ließen.

Die Erklärungen im Verfassungsausschusse.

In der heutigen Sitzung des Verfassungsausschusses erbat sich Abgeordneten Dr. Renner vor Eingehen in die Tagesordnung das Wort zu einer Erklärung über die Lösung der polnischen Frage. Er führte aus, der Verfassungsausschuß könne nicht vorübergehen an den Meldungen über einen Staatsakt, der die Verfassung Oesterreich-Ungarns aufs tiefste berührt. Wir wünschen den Polen das Beste, sagte Redner, aber wir müssen dagegen feierlich Einsprache erheben, daß ein Akt, der aller Wahrscheinlichkeit nach vom internationalen Friedenskongreß im Vertragswege zu vollziehen wäre, nun auf einseitige Weise vollzogen wird und hiedurch den Anschein einseitiger Eroberungsabsichten hervorgerufen wird. In dem Momente, wo wir soeben erklärt haben, daß wir einen Verständigungsfrieden wollen, werde durch den geplanten Akt der Krieg ins Unabsehbare verlängert. Wir und die ganze Welt fühlen uns durch diesen Staatsakt dupiert, der mit den Erklärungen unseres Ministers des Aeußern im schärfsten Widerspruch steht. Wir protestieren gegen jeden Versuch, den Vorgang vom Jahre 1867 zu wiederholen und durch vollzogene Tatsachen einer einverständlichen und vertragsmäßigen Auseinandersetzung zwischen den österreichischen Völkern und der polnischen Nation zu präjudizieren. Zahlreiche Rechtsverhältnisse, so über die Staatsschuld, über die Quote, über das Verhältnis zu Ungarn und insbesondere über die Zoll- und Handelsbeziehungen, müssen vorher vertraglich vereinbart werden. Wir erklären hiemit, schließt Redner, daß, wenn es auf uns ankommt, wir keine andere Lösung akzeptieren, als diejenige, die auf dem Friedenskongreß der Welt geschaffen und durch freie Verträge der polnischen Nation mit uns geschlossen werden wird. Dr. Renner beantragt die Eröffnung der Debatte über diese Angelegenheit.

Die Abgeordneten Dr. Ofner, Dr. Redlich und Dr. v. Mühlwerth schließen sich der Anschauung des Vorredners an und fordern die Abhaltung einer gemeinsamen Sitzung des Budget- und Verfassungsausschusses, um die Erklärungen des Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler über den derzeitigen Stand der polnischen Frage entgegenzunehmen.

Dr. v. Mühlwerth hebt dabei ausdrücklich hervor, daß es sich nicht um eine gemeinsame Beratung der beiden Ausschüsse handeln könne, sondern daß vielmehr beide Körperschaften nach Entgegennahme der Regierungserklärung gesondert beraten und beschließen werden.

Mit Rücksicht darauf, daß diese Frage auch in der heutigen Sitzung des Budgetausschusses zur Sprache kam, beschloß der Ausschuß, an den Budgetausschuß mit der Anregung heranzutreten, eine gemeinsame Sitzung beider Ausschüsse abzuhalten, zu welcher Ministerpräsident Dr. Ritter von Seidler eingeladen werden soll, um eine Erklärung über diese Frage abzugeben.

Die Beratung im Budgetausschusse.

Der Budgetausschuß hielt heute unter Vorsitz des Obmannes Dr. Sylvester eine Sitzung ab. Vor Eingehen in die Tagesordnung verweist

Abg. Dr. Ellenbogen auf die in den Blättern erschienene Nachricht, wonach es den Vereinbarungen zwischen dem deutschen und österreichischen Hofe gelungen sei, ein Einverständnis in bezug auf die Regelung der polnischen Frage in dem Sinne zu erzielen, daß Polen mit Oesterreich zu einer Personalunion verbunden, Galizien von Oesterreich abgetrennt und dem neu zu gründenden polnischen Staate einverleibt werde. Diese Regelung — immer vorausgesetzt, daß die Mitteilungen darüber auf Wahrheit beruhten — würde vor allem eine Desavouierung der Erklärungen des Ministers des Aeußern bedeuten, daß Oesterreichs Kriegsziele nicht auf Annexionen ausgehen. Die Abtrennung Galiziens ohne Befragung des Reichsrates berührte nicht bloß wirtschaftliche Interessen und die österreichische Handelspolitik, sondern es handelt sich dabei auch um die Aufteilung der Kriegskosten auf die gesamte Bevölkerung, zu denen ein Teil des Reiches, der nicht weniger als 6 Millionen Einwohner zählt, wenn er abgetrennt werde, nicht mehr herangezogen würde.

Die Frage betreffe auch die staatsrechtliche Gestaltung des Reiches. Das Wichtigste jedoch sei die Tatsache, daß diese Lösung der Frage, die Redner vom polnischen Standpunkte aus begreifen könne, in die aber auch die anderen Völker des Reiches etwas dreinzureden haben, eine Gefahr für den Frieden darstelle; denn sie werde in Rußland nicht anders als eine Provokation und als Wegnahme russischen Gebietes und dessen Unterstellung unter österreichischer Herrschaft betrachtet werden.

Der Ausschuß könne unmöglich seine Beratungen fortsetzen, bevor nicht Erklärungen der Regierung über die in den Blättern veröffentlichte Lösung der polnischen Frage abgegeben werden, dies um so mehr, als das, was mugeteilt wird, eine Mißachtung der Rechte des Reichsrates darstelle. Er beantrage daher, den Ministerpräsidenten einzuladen, in der Sitzung zu erscheinen und Aufklärungen zu geben.

Abg. Dr. Koroschec bedauert, daß die Oeffentlichkeit, obwohl das Abgeordnetenhaus sowohl in Oesterreich als in Ungarn versammelt ist, so wichtige Dinge wie die Lösung der polnischen Frage erst durch reichsdeutsche und dann erst durch österreichische Zeitungen erfahren. Darin liege eine Mißachtung der parlamentarischen Einrichtung. Die Lösung der polnischen Frage, wie sie nach diesen Nachrichten intendiert werde, werde die größten Rückwirkungen auf die äußere und innere Politik haben. Er müsse dagegen protestieren, daß derartige Fragen, ohne den Reichsrat gehört, ja ohne die Abgeordneten vorher informiert zu haben, gelöst werden. Er schließe sich namens des „Ceský Svaz" und des Südslawischen Klubs dem Antrage des Abg. Dr. Ellenbogen an.

Obmann Dr. Sylvester erklärt, daß er den Ministerpräsidenten, der eine Einladung zur Sitzung des Budgetausschusses erhalten habe, von diesem Wunsche sofort verständigen werde.

Die ukrainische parlamentarische Vertretung über die Mitteilungen, betreffend die Lösung der polnischen Frage.

Das Sekretariat der ukrainischen parlamentarischen Vertretung im Abgeordnetenhause versendet folgendes Communiqué:

Die Mitteilungen der Presse über die bevorstehende Entscheidung in der polnischen Frage, wobei Galizien an Polen abgetreten werden soll, haben bei den ukrainischen Abgeordneten große Erregung hervorgerufen. Heute vormittag hat die parlamentarische Kommission der ukrainischen Vertretung eine längere Sitzung abgehalten und nachmittags nach Schluß der Budgetausschußsitzung wird eine Plenarsitzung des Ukrainischen Klubs einberufen. Die in Galizien weilenden Abgeordneten wurden telegraphisch aufgefordert, sofort in Wien zu erscheinen. Die Erregung der Ukrainer ist um so größer, als bei der am 1. November stattgefundenen Konferenz des Präsidiums der ukrainischen parlamentarischen Vertretung mit dem Grafen Czernin der Minister des Aeußern jede Absicht der Regierung, in der polnischen Frage und hinsichtlich Galiziens irgendwelche neue Entscheidungen vor dem Friedensschluß zu treffen, entschieden in Abrede gestellt hat.

Eine dringliche Anfrage der Ukrainer.

Die ukrainischen Abgeordneten erschienen heute beim Präsidenten des Abgeordnetenhauses Dr. Groß und teilten ihm mit, daß sie in der morgigen Plenarsitzung eine dringliche Anfrage wegen der polnischen Frage einbringen werden, über welche sie die sofortige Eröffnung der Debatte verlangen.

Ueberreichung eines ukrainischen Protestes an den Ministerpräsidenten.

Die Abgeordneten Witt, Conci, Gentili, Brstovschek und Singalewicz hatten für heute mittag eine Konferenz mit dem Ministerpräsidenten vereinbart wegen des Loses der Konfinierten und Internierten.

An Stelle der Konferenz überreichte Abg. Singalewicz dem Ministerpräsidenten folgenden Protest:

Unsere gemeinsame Aktion wurde zu diesem Zwecke und in dieser Absicht eingeleitet, um durch die Verhandlungen mit der Regierung das harte Los einer Kategorie der Opfer des Krieges, das ist das Los der Konfinierten, Internierten, Suspendierten und überhaupt politisch Verfolgten, zu erleichtern und ihrem Rechte zum Siege zu verhelfen. Die heutige Sitzung war dazu bestimmt, um das faktische Material einer genaueren Besprechung zu unterziehen und in diesem Sinne habe ich auch das Material, welches die ukrainischen Opfer dieser Kategorie betrifft, vorbereitet. Angesichts aber der jüngsten politischen Ereignisse, angesichts der angesagten Angliederung Galiziens zum Königreiche Polen über Wunsch Oesterreichs, was eine Auslieferung der österreichischen Ukrainer ihrem politischen Erbfeinde bedeutet, müssen wir österreichische Ukrainer zur Schlußfolgerung gelangen, daß wir hier in Oesterreich nichts mehr zu suchen haben. Trotz unermeßlicher Opfer des ukrainischen Volkes in diesem Kriege, trotz seiner wahren Anhänglichkeit und Treue zum Staate und Dynastie, will die österreichische Regierung für das Interesse dieses Volkes und seine Zukunft, seine vitalsten Forderungen kein Verständnis haben. Die angesagte Angliederung Galiziens zum Königreiche Polen ist nichts anderes als ein Schlag ins Gesicht, ein Schlag ins Herz des treuen ukrainischen Volkes in Oesterreich.

Aus diesem Grunde ist es nicht der Mühe wert, irgendwelche Verhandlungen mit der österreichischen Regierung zu führen und die Zeit für Besprechungen zu verlieren. Der fromme Wunsch, uns österreichische Ukrainer wie auch die anderen unterdrückten Nationen gänzlich zu zerquetschen, ist schon da. Ob es aber gelingen wird, ist noch eine Frage. Indem ich von den ukrainischen Abgeordneten der erste bin, welcher nach den oberwähnten Ereignissen mit der Regierung in Kontakt kommt, so muß ich gegen oberwähnte Absichten schon jetzt den feierlichsten Protest erheben, und erkläre, daß ich von diesen Beratungen Abstand nehme.

Die Auffassung in deutschen Parteikreisen.

Abg. Dr. Waber, der im Vorjahre, als das Projekt der Sonderstellung Galiziens auf der Tagesordnung stand, im Deutschen Nationalverband das Referat über diese Frage führte und mit den Stimmungen in deutschen Parteikreisen genau vertraut ist, äußerte sich zu einem unserer Mitarbeiter folgendermaßen:

Die Deutschen würden die Schaffung des Königreiches Polen, wenn sie erfolgt, wie aus den Blättermeldungen hervorgeht, als die Erfüllung des Traumes der polnischen Patrioten begrüßen. Die Polen würden dadurch die volle Selbständigkeit in der Verfügung über ihre politische, kulturelle, wirtschaftliche und soziale Entwicklung erreichen. Die Deutschen haben schon bisher im österreichischen Parlament den größten Wert auf ein gedeihliches Einvernehmen mit den Polen gelegt und sie werden auch in Zukunft der Herstellung eines Einvernehmens mit dem polnischen Königreiche die größte Bedeutung beilegen. Besonderer Wert muß der Schaffung eines großen, geschlossenen Wirtschaftsgebietes beigemessen werden, da in der Gegenwart kleine Wirtschaftsgebiete den großen gegenüber von Nachteil sind. Galizien war bisher und das Königreich Polen wird in Zukunft die notwendige wirtschaftliche Ergänzung des österreichischen Wirtschaftsgebietes sein. Deshalb wird es im beiderseitigen Interesse gelegen sein, genaue Bestimmungen über das Verhältnis der beiden Staatsgebiete zueinander zu schaffen, um auf diese Weise Differenzen, wie sie sich im Laufe der Zeit zwischen Oesterreich und Ungarn herausgebildet haben und beständige, von Jahrzehnt zu Jahrzehnt sich wiederholende Schwierigkeiten gezeitigt haben, zu vermeiden.

Solche Schwierigkeiten werden sich nur dann vermeiden lassen, wenn die Polen von ihrer Stellung einen den politischen Verhältnissen entsprechenden, durchaus vernünftigen Gebrauch machen werden. Das Königreich Polen muß es vermeiden, durch eine künstliche Separation eine Scheidemauer aufzurichten. Denn dadurch würde es sich selbst schädigen, aber auch die Entwicklung der Monarchie beeinträchtigen. So wie Ungarn seit dem Dualismus bei Wahrung des gemeinsamen Wirtschaftsgebietes eine geradezu fabelhafte Entwicklung genommen hat, ebenso wird das vom russischen Drucke befreite polnische Gebiet in den kommenden Jahrzehnten einen ganz ungeheuren Aufschwung nehmen. Die Deutschen gönnen und wünschen eine solche Entwicklung jedem Volke und müssen nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß das Königreich in seinem eigenen wohlverstandenen Interesse alle Hemmungen der Entwicklung der beiden Gebiete vermeide.

Die Deutschen Oesterreichs müssen mit dem Königreiche Polen als mit einer sehr starken politischen Potenz rechnen. Die Polen in Galizien haben schon bisher eine volle Selbständigkeit in der Verwaltung und kulturellen Fürsorge genossen. Das österreichische Staatsgebiet hat ihnen einen kräftigen Rückhalt in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht geboten. In Hinkunft würde die Stellung der Polen gegenüber den Deutschen eine noch kräftigere und ausschlaggebendere werden, sowohl vom innerpolitischen wie vom außenpolitischen Standpunkte aus.

Würde man annehmen, daß durch die geplante Lösung der polnischen Frage die politischen Verhältnisse in Oesterreich sich erheblich zugunsten der Deutschen verschieben, so könnte vielleicht schon in der nächsten Zeit eine gewisse Enttäuschung eintreten. Die Verhältnisse in Oesterreich werden durch das Ausscheiden Galiziens einfacher, sie bleiben aber noch immer sehr schwierig, Oesterreich bleibt ein Nationalitätenstaat. Es ist durchaus ein Irrtum, anzunehmen, daß die Stellung der Czechen und der Südslawen in Oesterreich durch das Ausscheiden Galiziens eine weniger kräftige sein wird. Wenn sich auch eine kleine deutsche Mehrheit (unter Einschluß der Sozialdemokraten) ergeben wird, so werden die Czechen und Südslawen im österreichischen Reichsrate proportionell doch stärker sein als bisher. Der Reichsrat wird dann nur das umgekehrte Bild des böhmischen Landtages bieten, in dem die Czechen in der Majorität sind, ohne daß es ihnen gelingen könnte, über die gerechtfertigten Wünsche der Deutschböhmen zur Tagesordnung überzugehen. Vielleicht wird aber die neue Lage der Dinge die slawischen Parteien dazu bestimmen, den staatlichen Forderungen nunmehr gerecht zu werden.

8./XI. 1917.

Die Verschleuderung Polens.

Die von geheimer Kabinettspolitik hinter dem Rücken der Nation eingeleitete und, wie man bis auf weiteres annehmen muß, zu endgültigen Beschlüssen gediehene Entscheidung über das Schicksal Polens, Litauens und Kurlands will uns abermals ungefragt und unvorbereitet vor abgeschlossene Tatsachen von ungeheurer, für uns verhängnisvoller Bedeutung stellen. Es ist etwas wahrhaft Widernatürliches darin, wie unbegrenzt der sonst sehr begrenzte Wagemut unserer Regierungen — wer regiert eigentlich zurzeit und ist für diese Dinge verantwortlich? — ist, sobald es eine derartige erstaunliche Zumutung an die Nerven, Geduld und Gutmütigkeit der Nation gilt. Gerade unsere sogenannte Politik in Polen ist eine Kette von solchen erstaunlichen Zumutungen und von gewagten Experimenten mit den Nerven der Nation. Seit dem unseligen 5. November 1916 reißt das gar nicht mehr ab.

Immer und immer wieder drängt sich bei all dieser weltpolitischen Schildbürgerei zuerst und zuletzt die Frage auf: Warum um Himmelswillen hat das alles solche Eile? Gibt es irgend ein deutsches Interesse, dem mit solcher Hast gedient wird? Gibt es irgendeins, das nicht dadurch geschädigt wird? Bisher konnte man bei all dem, wenn auch zagen Herzens und ohne Zuversicht, sich zuletzt noch einigermaßen damit trösten, daß wir schlimmstenfalls, wenn alle Stränge reißen und alle Voraussetzungen unserer Politik in Polen immer wieder sich als hinfällig erweisen sollten, eines Tages noch all diese Politik würden rückgängig machen können. Damit soll es jetzt auch aus sein. Wenn jetzt ein habsburgischer Kaiser von Oesterreich und König von Ungarn sich mit unserem Beifall zum König von Polen krönen läßt, dann ist es mit jeder letzten Spur eines deutschen Rechtes und Gewichtes in Polen vorbei, dann werfen wir uns selbst so gründlich aus Polen heraus, wie sonst keine Macht der Welt es je gekonnt hätte, dann sind unsere Truppen in Polen nur noch habsburgische Polizei, dann haben wir dort drei Jahre lang mit kriegerischer und friedlicher Opferung und Mühe für alle möglichen Leute gearbeitet, nur nicht für uns.

Aber das wäre noch nicht einmal das schlimmste. Denn wann je hätte jemand von uns daran gedacht, in Polen zu bleiben? Aber bis zum Abschluß des Krieges und der folgenden Friedensverhandlungen war unsere Stellung in Polen für uns einer der gewaltigsten Machtfaktoren, die wir mit Strömen Blutes, mit unerhörten Opfern und Mühen uns errungen haben, ein Machtfaktor in unserer Hand, der für uns wirksam werden mußte bei einer jeden einzelnen der vielen Entscheidungen und Uebereinkünfte, die einem endgültigen Friedensschluß werden vorausgehen müssen. Und diese Macht wollen wir nun endgültig aus der Hand geben? Diese Macht sollten wir freundnachbarlich verschleudert sehen, ohne auch nur zu ahnen, warum und wofür? Wer hat zu solcher Vergeudung eines schwer mit dem Blute des Volkes bezahlten nationalen Gutes ein Recht? Und ein nationales Gut ist für uns heute nicht etwa Polen, aber die Möglichkeit, unsere Stellung in Polen bei den allgemeinen Friedensverhandlungen zu unseren Gunsten sich auswirken zu lassen. Wer hatte, hat den Mut, dies Gut schnöde zu vertun? Einen Kanzler haben wir derzeit in Wahrheit noch nicht, nur einen unverantwortlichen Staatssekretär des Auswärtigen. Ihn sehen wir zusammen mit Herrn Czernin während des Interregnums in der trüben Dämmerung zwischen alter und neuer Aera mit verhängnisvoller Geschäftigkeit deutsches Schicksal wirken. Nachdem er es für gut und recht befunden hat, unsere Feinde von Amtswegen darüber aufzuklären und zu beruhigen, daß sie auf alle Fälle sich darauf verlassen können, daß wir ihnen im Westen alles wieder herausgeben werden, was wir erobert haben, daß sie also, ohne irgendwelche Gefahr in dieser Hinsicht zu laufen, den Krieg nach Belieben in die Länge ziehen können, binden wir uns jetzt auch im Osten unter den Auspizien des von seinem Freunde Czernin beratenen Herrn v. Kühlmann die Hände so fest, daß wir bei dem geringsten Versuch, sie zu gebrauchen, mit Schmerz und Ingrimm unsere selbstauferlegte Ohnmacht erkennen werden.

Noch erinnern wir uns mit schmerzlichem Lächeln der Tage, da in den Amtsstuben Herrn v. Kühlmanns noch Herr v. Jagow waltete und uns versicherte, in Polen habe Oesterreich zu unseren Gunsten sich „desinteressiert", wie's im Deutschen heißt. Erst ganz kurz ist's her und war doch wohl

8./XI. 1917

Der Stand der polnischen Frage.

Die Einsetzung des Regentschaftsrates in Polen hat in den politischen Kreisen des In- und Auslandes die Erörterung über die endgültige Lösung der polnischen Frage sehr lebhaft angeregt. Es ist nicht verwunderlich, wenn Gerüchte auftauchten, die sich mit der Entwicklung der Dinge in Polen und insbesondere mit dem künftigen Verhältnis des Königreiches zu Oesterreich-Ungarn und Deutschland beschäftigten. Die Reise des Ministers des Aeußern Grafen Czernin nach Berlin und seine dortigen Beratungen gaben der Erörterung neuen reichlichen Stoff, und Berliner Blätter wußten Mannigfaches über das Ergebnis der dortigen Beratungen zu berichten, wobei allerdings der Parteistandpunkt die Würdigung dieser Nachrichten stark beeinflußte. Man verbreitete, daß in Berlin eine Regelung im Sinne der Personalunion Polens mit Oesterreich-Ungarn vereinbart worden sei, wobei Galizien zu Polen geschlagen werden solle. Angesichts dieser Mitteilungen wird es angebracht sein, den wahren derzeitigen Stand der polnischen Frage zu beleuchten; wir sind in der Lage, darüber berichten zu können, ohne eine Widerlegung besorgen zu müssen.

Tatsache ist, daß die Lösung der polnischen Frage im austro-polnischen Sinn erfolgt. Unter den verschiedenen Lösungen, die Gegenstand der langen Reihe von Verhandlungen waren, hat sich als die beste und geeignetste jene ergeben, die von den maßgebenden Polen im Königreich besonders herbeigewünscht wurde, Polen in möglichst nahe Beziehung zur österreichisch-ungarischen Monarchie zu bringen, und diesbezüglich soll es jetzt in Berlin zu einem Einverständnis gekommen sein. Die polnischen Kreise in Warschau werden dies mit um so größerer Befriedigung zur Kenntnis nehmen, als sie in der Durchsetzung des österreichisch-ungarischen Standpunktes in dieser Frage die für sie günstigste Lösung erblicken. All das ist aber vorläufig nur ein Rahmen, dem in nächster Zeit der Inhalt zu geben sein wird. Es ist ja sicherlich bei den vielen Verhandlungen auch über staatsrechtliche Einzelheiten gesprochen worden, aber heute schon über die staatsrechtliche Form sprechen zu wollen, in die das Verhältnis Polens zur Monarchie gegossen werden soll, wäre sehr verfrüht. Dabei haben, wie man weiß, sehr gewichtige Faktoren in beiden Staaten der Monarchie, insbesondere die gesetzgebenden Körper, ihr entscheidendes Wort zu sprechen, und es sind noch große verfassungsrechtliche Probleme zu entscheiden, ehe man darüber endgültig schlüssig sein kann, wie die Frage zur Lösung gelangen wird.

Feststehend ist bisher nach den getroffenen Vereinbarungen und nach der Verfassung, die Polen von den beiden Okkupationsmächten gewährt wird, daß Polen eine erbliche Verfassungsmonarchie werden soll. Die Wahlen zum Landtag sind vom Regentschaftsrat noch nicht ausgeschrieben, da das verantwortliche Ministerium noch nicht gebildet ist. Schon daraus ergibt sich, daß es sich bezüglich der Königsfrage vorläufig nur um Pläne, Hoffnungen und Wünsche handeln kann, die sich übrigens durchwegs in der Richtung des

Polen und Oesterreich-Ungarn.

Meldung aus Berlin: In dem letzten Kronrat sind die österreichischen Anregungen beraten worden, die auf eine Personalunion zwischen dem Königreich Polen und Oesterreich-Ungarn hinzielen. Kaiser Karl soll zum König von Polen gekrönt werden. Galizien soll zu dem künftigen Königreich Polen herangezogen werden. Das Deutsche Reich soll dafür entschädigt werden, daß Kurland und Litauen in ein gleiches Verhältnis zum Königreich Preußen tritt.

Staatliche Neugestaltungen werden angekündigt, die nicht nur im Hinblick auf Krieg und Frieden nach außen, sondern auch mit Rücksicht auf die inneren Verfassungszustände Erregung schaffen müssen. Das künftige Schicksal der polnischen Nation ist die eine Aufgabe, die gestellt ist; die andere Aufgabe aber trifft uns selbst, es handelt sich bei dem Akt auch um uns, um unsere gegenwärtigen Rechte und um unsere politische und wirtschaftliche Zukunft.

Ueberraschen und erregen muß die Tatsache, daß Verfügungen getroffen werden, ohne daß die Volksvertretungen Oesterreichs und Ungarns, auch nicht andeutungsweise, verständigt, geschweige denn befragt worden wären. Was sich vollzieht, ist ein reiner Akt der Kabinettspolitik und der Geheimdiplomatie, also von Methoden, die aus dem Schicksal der Völker auszuscheiden als Ziel unserer Tage gegolten hat und gelten muß. Man wende nicht ein, daß es Sache der polnischen Nation sei, welche Regierungsform und welchen Regenten immer sie sich setzen wolle. Wir bestreiten ihr dieses Recht nicht, wir wünschen es ihr vielmehr, können uns aber nicht erinnern, von irgend einer Entschließung der polnischen Nation gelesen zu haben, die den vorliegenden Staatsakt zum Gegenstand gehabt hätte. Wenn eine polnische Volksvertretung ihn beschlossen hätte oder sofort beschlösse, wäre wenigstens der verhängnisvolle Anschein vermieden, als ob in Oesterreich oder in Ungarn irgend eine Bevölkerungsschicht oder Volksklasse mit ihm Eroberungs- oder wenigstens imperialistische Beherrschungsabsichten verbände, deren Objekt das Subjekt der künftigen Eigenstaatlichkeit Polens sein wird. Wir wissen, daß die überwältigende Mehrheit des Volkes und der Völker Oesterreichs nie etwas anderes im Sinne gehabt hat, als sich selbst zu verteidigen und ihr staatliches Dasein, so wenig erfreulich es bis nun war, zu behaupten. Die Völker der Monarchie wollen nicht verkannt werden, aber alle Welt wird sie von heute an für Absichten verantwortlich machen, die sie niemals gehabt haben. In der ersten Stunde, in der wir das Vorgefallene erfahren, weisen wir für jetzt und alle Zukunft, vor unserem Lande wie vor der Welt jede Verantwortung für alle bevorstehenden Folgen ab.

Das befreite Kongreßpolen ist in der Wahl seiner Regierungsform frei. Aber eine Personalunion geht nicht nur dieses Land, sondern geht auch uns an. Sie schafft ohne allen Zweifel auch staatsrechtliche Bindungen für uns; die Geschichte des Staatsrechtes beweist das, sie zählt die Personalunion keineswegs zu den glücklichen oder erfreulichen Verbindungsformen zweier Staaten, sie kennt kaum ein Beispiel, wo ein solches Verhältnis ohne schwere Reibungen bestanden und ohne schmerzlichen Riß geendet hätte. Erst zu Beginn dieses Jahrhunderts haben Schweden und Norwegen, zwei eng verbundene, aufeinander angewiesene, nah verwandte Völker die Personalunion, die sie verknüpfte, unter großen Erschütterungen gelöst. Diese Union aber schafft, auch wenn sie von Gesetzes wegen durchaus nicht real, sondern bloß personal eingerichtet wird, im Wege der Tatsachen faktische Gemeinschaftsverhältnisse, vor allem in der äußeren Politik, also in Krieg und Frieden. Wir stehen jetzt im Kriege und wissen, wie viel das bedeutet. Da heute niemand wissen kann, in welche — berechtigte oder unberechtigte — Konflikte das neue polnische Staatswesen mit seinen Nachbarn im Osten und Westen geraten wird und wie weit diese treiben, da wir also nicht zu ahnen vermögen, in welche wirtschaftliche und militärische Abenteuer wir verwickelt werden, da wir selbst auch nicht ein Atom Bürgschaft dafür besitzen, inwieweit wir auf die Schlichtung oder Austragung der Streitfälle des neuen Staates Einfluß haben, so gibt man mit diesem Staatsakt, ohne uns zu fragen, eine Blankovollmacht über unser Gut und Blut, somit über das Allerrealste, was wir unser Eigen nennen. Vorweg muß also festgestellt werden, daß dieser Akt ohne ordentliche Genehmigung des Volkshauses keinen Bürger dieses Staates verpflichten kann.

Wie verlautet, soll der nächste Schritt die Abtretung Galiziens an das neue Königreich Polen sein. Die deutsche Sozialdemokratie hat, getreu ihrem Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen und getreu den ältesten Ueberlieferungen der Internationale, stets die Einheit und Freiheit der polnischen Nation und die Wiederaufrichtung des polnischen Staates vertreten und vertritt sie noch heute. Aber das Landgebiet Galizien ist erstens etwas anderes als die polnische Nation. Es kann uns unmöglich gleichgültig sein, welches Schicksal den Ukrainern des Landes bevorsteht und welche Kriegsreizungen im Verhältnis Polens zu Rußland daraus entspringen: Zufolge der geplanten Union haften ja möglicherweise auch wir mit unserem Blute für das, was folgt. Außerdem aber hat die mehr als hundertjährige Gemeinschaft tausendfältige Wechselverpflichtungen geschaffen, die zu lösen zweckmäßig ist, die jedoch nur im Vertragsweg und nicht durch Gewalt oder Willkür gelöst werden dürfen. Zu solchen Verträgen sind ausschließlich die Volksvertretungen fähig und berechtigt! Es handelt sich um die Auseinandersetzung über die Staatsschuld, über das Staatsgut, über die Staatsbahnen; es handelt sich um Verträge über Handel und Schiffahrt, um manche Rohstoffe und Produktionszweige, um vielfache Interessen der arbeitenden Klassen. Es kann diesen keineswegs gleichgültig sein, ob sich an der Biala eine Zollgrenze erhebt, die ihnen Salz und Brot, Holz und Kohlen verteuert, oder ob zwischen beiden Staatsgebieten volle Verkehrsfreiheit herrscht. Wie mit der weiten Welt, so wünschen wir auch mit dem neuen Staatsgebilde in einem Vereinbarungsfrieden zu leben, nicht mehr, aber auch nicht weniger. Nun erfahren wir, daß wir, bevor Vereinbarungen zwischen den Völkern selbst auch nur angebahnt sind, schon verpflichtet sein sollen, wir sowohl wie die anderen. Gegen solche Folgen sich zu verwahren hat, ganz Oesterreich allen Anlaß.

Dazu kommt endlich die unerwartete, bisher noch nicht auszudenkende Umstülpung des dualistischen Verhältnisses, des Gleichgewichtszustandes zwischen Oesterreich und Ungarn. Oesterreich, heute schon im Raume etwas kleiner, an Volkszahl größer als Ungarn, verliert einen beträchtlichen Teil seines Gewichtes innerhalb der Gemeinschaft der beiden Staaten. Gemeinschaft aber kann nur sein unter Gleichen, wenigstens sichert uns die bisherige dualistische Verfassung nicht davor, das Objekt magyarischer Herrschaftsgelüste zu werden. Diese Verfassung sieht einen quotenmäßigen Anteil an den gemeinsamen Lasten vor, Galizien kann nicht ausscheiden, ohne einen Teil dieser Lasten mit sich zu nehmen — wie aber soll er auf ein fremdes, souveränes Staatswesen übertragen werden? Man sieht, daß dieser Schritt in seinen Folgen die im Jahre 1867 geschaffene Verfassung aus den Angeln hebt. Wie kann, wie soll das geschehen, ohne daß die Parlamente vorher zu Rate gezogen werden?

Wieder begeht man, genau wie im Jahre 1867, den verhängnisvollen Fehler, Probleme, die alle Nationen und die Massen der Völker berühren, rein dynastisch und diplomatisch zu behandeln, wieder überträgt man die politischen Methoden des achtzehnten Jahrhunderts in diese kritische, gärende, nach Demokratie rufende Zeit. Vielleicht zollt man unserem Jahrhundert so viel Achtung, daß man die Völker hinterher beruft, vollzogene Tatsachen zu genehmigen, wie im Jahre 1867, aber wir fürchten, daß diese Methode uns mehr Unheil bringt als der polnischen Nation Segen. Wir gönnen dieser gern jeden politischen Fortschritt — aber besser wäre es ihr und uns, wenn er auf dem offenen Wege der Verständigung freier Völker erzielt würde.

Friedensblatt

181

8/XI. 1917

Eine Kriegsrede Balfours.

K. London, 6. November. Im Verlaufe der Unterhausdebatte über die friedensfreundliche Entschließung, die Ramsay Macdonald eingebracht hatte, sagte Minister des Aeußern Balfour, nach seiner Ansicht trügen solche Erörterungen wenig zu einem ehrenvollen, möglichst baldigen Frieden bei.

Der Hauptinhalt der Ausführungen der vorangegangenen Redner sei gewesen, daß das Land am Kriege festhalten würde zu dem Zwecke, Elsaß-Lothringen an Frankreich zurückzubringen. Das bedeute eine vollständige Verkennung der allgemeinen Ansichten der gegenwärtigen und der vorhergehenden Regierung des Landes in seiner Gesamtheit hinsichtlich der Kriegsziele. Scheinend wünschten die Friedensfreunde, den Krieg solange fortzusetzen, bis jedes Land demokratisiert sei (Zustimmung und Gelächter), wünschten, daß der Krieg als Mittel gebraucht werde, die demokratische Regierungsform auf alle europäischen Staaten auszudehnen. Macdonald führte die deutschen Sozialisten als Beweis dafür an, daß nichts Deutschland gegen seine gegenwärtigen Führer mehr einige als der Gedanke, daß die Alliierten beabsichtigen, ihm gegen seinen Willen eine Regierungsform aufzuzwingen, welche seine Freiheit, aber nicht Deutschland zufällig bewunderten.

Balfour sagte weiters, er sei einer derjenigen gewesen, die leidenschaftlich gewünscht hätten, daß die freiheitlichen Einrichtungen über ganz Europa ausgedehnt würden, aber er habe niemals geglaubt, daß es klug oder für ein Land möglich wäre, einem anderen Lande vorzuschreiben, unter welcher Regierungsform dieses leben soll. (Zustimmung.)

Lees Smith habe die Regierung angegriffen, weil ihre Kriegsziele so weit gespannt habe, daß diese jede von Zielen einschlössen, an denen England sehr geringes unmittelbares Interesse hätte, und dem Hause zu verstehen gegeben, daß er glaubwürdige Mitteilungen besitze, wonach die Alliierten durch einen geheimen Vertrag gebunden seien, Frankreich oder einem unabhängigen Staat den deutlich deutschen Teil Deutschlands auf dem linken Rheinufer auszuhändigen. Das sei ein vollständiger Unsinn. Es bestehe kein derartiger Vertrag, und dächte er, daß irgend ein solcher Vertrag bestanden habe. Es sei bedauerlich, daß Lees Smith ein solches Argument gebraucht habe, das natürlich in Deutschland Widerspruch wiederholt würde (Zustimmung) und zur Grundlage hätte, daß die Ziele der Alliierten nicht lauter wären, die sie laut verkündeten, nämlich die Befreiung der kleinen Völker und möglichst gute Schaffung eines Verfassungszustandes in europäischen Staaten, der soweit als möglich mit den Wünschen ihrer Bewohner im Einklang stehe. Aber anerkannt deutsches Gebiet wegnehmen und vom Deutschen Reiche loszureißen, sei niemals das Ziel der Alliierten gewesen, und kein Vertrag, welcher sie zusammenbindet, habe auch nur einen Augenblick die Anregung gegeben, daß es das Ziel wäre, für das sie kämpfen müßten. Man könnte aus den gestrigen Reden schließen, daß die Regierung plötzlich zu dem Schlusse gekommen sei, daß von allen erklärten Kriegszielen Elsaß-Lothringen eine besondere Ausnahmestellung einnehme und mit irgendwelchen anderen Kriegszielen nicht in Zusammenhang stände. Natürlich wünschen wir die Wiederherstellung Elsaß-Lothringens (Zustimmung). Dafür kämpfen wir unzweifellos, aber nicht dafür allein, noch nimmt dieses unter den Kriegszielen eine besondere Stellung ein. Balfour fuhr fort: Wir kämpfen in erster Linie dafür, daß Europa von der beständigen Drohung der Militärherrschaft in Deutschland befreit werde (Bravo!), und teils aus diesem Grunde, teils an sich wünschen wir die Landkarte Europas so umgestaltet zu sehen, daß die verschiedenen Völker unter einer Regierungsform leben würden, die sie wünschten und die der geschichtlichen Entwicklung sowie ihren aktuellen Bedürfnissen angemessen wäre.

In dem Antrage war die Rede von Belgien. Natürlich wird jedermann in diesem Lande ebenso wie nicht jedermann in Deutschland damit einverstanden sein, daß Belgien vollkommen wiederhergestellt werden muß.

Balfour fragte weiter, ob die Einbringer des Antrags und ihre Partei sich nicht um die Mißregierung in Armenien und Arabien kümmerten. (Bravo!) Natürlich könne man die Türkei nicht demokratisieren. (Türkei! und Bravo!) Die Antragsteller scheinen zu glauben, alle diese Dinge könnten befriedigend erledigt werden, wenn es gelingt, die europäischen Mächte dazu zu bringen, sich zu Unterhandlungen um den Tisch zu setzen. Ist das gesunder Menschenverstand? Dies wäre es, wenn Deutschland seine Zustimmung dazu geben würde, wie schon öffentlich angeregt ist, das alte Königreich Polen in den Grenzen herzustellen, wie sie nach Charakter und Bevölkerung polnisch sind. Das wird es nicht wollen. Hat es da einen Zweck, darauf zu warten, bis man sich um den Tisch setzt und derartige Fragen erläutert?

Alle Redner sprachen heute abends davon, als hätten wir unsere Kriegsziele geändert und als wären wir von allen Völkern dasjenige, das nicht seine Kriegsziele bekanntgegeben. Das Volk, das seine Kriegsziele nicht bekanntgegeben hat, sind nicht die Alliierten, es sind die Mittelmächte. Redner habe diese Kriegsziele Anfang dieses Jahres schriftlich niedergelegt. Könne der Antragsteller irgend einen Punkt anführen, in welchem durch die Mittelmächte etwas gesagt ist, was sich in dieser Richtung bewegt? Die Mittelmächte wurden von Wilson aufgefordert, ihre Kriegsziele zu nennen, als Amerika noch neutral war. Sie antworteten nicht. Ihre Antwort auf die Papstnote beweist, daß sie nicht bestimmen können oder wollen, welches ihre Kriegsziele sind. In der Papstnote waren besonders zwei Punkte erwähnt, Belgien und Polen. Ueber keinen von ihnen sagten die Mittelmächte ein Wort. Weshalb tadelt man dann uns? Einer der Redner stellte unsere Kriegsziele als imperialistisch hin. Sie sind aber nicht imperialistisch. Ist es imperialistisch, Armenien von der Tyrannei der Türken befreit zu sehen? Ist es imperialistisch, Elsaß-Lothringen an Frankreich zurückgegeben zu sehen, daß Italien alle Mitglieder der eigenen Rasse, Zivilisation und Sprache in sich aufnimmt, und die Rumänen unter rumänischer Herrschaft und die serbische Gesamtheit unter einer großen, blühenden einheitlichen Macht zu sehen?

Balfour sagte weiters, in keinem dieser Dinge sei etwas Imperialistisches, und für die Mitglieder des Unterhauses, die in diesem Hause sprechen, scheine es ihm einer der schlimmsten Dienste zu sein, die ein Mann seinem Vaterlande leisten könne, die amtlichen Aeußerungen über Englands Ziele nicht zu kennen oder falsch wiederzugeben, da man wisse, daß eine solche falsche Wiedergabe bei den Feinden in Umlauf kommen werde. Viel sei über einen Kongreß gesprochen worden, aber dessen Zusammentreten würde in keiner Weise zweckmäßig sein, solange das Volk nicht wenigstens zum größten Teile vorher seine Zustimmung gegeben habe. Soviel er wisse, sei in allen Fällen, in denen ein Kongreß zusammengetreten und zu einer Entscheidung gelangt sei, diese am Ende und nicht inmitten der Feindseligkeiten erreicht worden. Man müsse den Geisteszustand des deutschen Volkes in Betracht ziehen. Die Deutschen hätten Ansichten von internationaler Moral, von den Rechten und Pflichten eines mächtigen Staates, die durchaus verschieden von den Ansichten jeder anderen Gemeinschaft auf Erden seien. Niemals haben die Deutschen eine einzige Verpflichtung übernommen, die ihre Freiheit, einen Nebenbuhler, den sie zu berauben wünschten, zu treffen, beschränkt hätte.

Es gebe nicht einen einzigen Vertrag irgendwelcher Art, wenn auch noch so feierlich geschlossen, den Deutschland nicht ohne Zögern gebrochen hätte, sobald es ihm so gefiel. Wenn Deutschland, sagte Balfour, aufrichtig demokratisch wird, können wir hoffen, es derselben Richtung folgen zu sehen wie andere Völker. Aber steht dies nahe bevor? Balfour meinte, es gebe in Deutschland wahrscheinlich weite Kreise mit Verständnis für die Ideale, welche die öffentliche Meinung in Nordamerika, Frankreich, Italien und England beherrschen, aber diese Kreise seien machtlos. Wie könne unter diesen Umständen eine Konferenz Erfolg haben? Bevor dies möglich werde, müßten die Mittelmächte, die sich jetzt mit der Türkei zur Unterdrückung der kleinen Völker und zu deren dauernder Unterwerfung vereinigten, England klar machen, wie weit sie dem höheren Geist der Politik entgegenkommen könnten, der die großen freien Gemeinwesen der Erde beseele.

Balfour bat das Haus, den Alliierten und den Feinden mit überwältigender Mehrheit zu erklären, daß England, so groß auch die für die Sache der Freiheit und Gerechtigkeit schon gebrachten Opfer seien, bereit sei, sie ohne Einschränkung fortzusetzen, bis seine großen berechtigten und selbstlosen Ziele, denen es nachstrebe, endgiltig gesichert seien. (Lauter Beifall.)

Nach einer kurzen Rede Asquiths, der Balfour unterstützte, erhob sich ein pazifistischer Abgeordneter, um die Aussprache fortzusetzen, aber seine Stimme ging in den Rufen: Abstimmen! Abstimmen! unter.

Bonar Law beantragte darauf unter großem Beifall Schluß der Besprechung, der mit 282 gegen 33 Stimmen der Pazifisten angenommen wurde. Sodann wurde die Entschließung in einfacher Abstimmung abgelehnt.

12 Heller
für Wien.
Mittagsblatt 8 Heller.

Abonnementsbedingungen:
Wien: Mit Zustellung ins Haus: Wöchentlich 70 h, monatl. K 3.—, vierteljähr. K 9.—. Zum Abholen in den Filialen, in allen Tabak-Trafiken und Verschleißstellen: Monatlich K 3.—.
Provinz und Ungarn: Monatl. K 3.40, viertelj. K 10.20 bei freier Zustellung durch die Post.
Deutschland: Viertelj. K 14.40.
Für alle anderen dem Weltpostverein angehör. Länder: Viertelj. K 18.—.
Abonnements werden angenommen in der Administration, V. Rechte Wienzeile 97, und in den Filialen:
I. Schulerstraße 13, Telephon 9191
II. Taborstraße 30, Tel. 40237
X. Ettelandplatz 5, Telephon 58244
XIV. Wieningerplatz 6, Tel. 58198
XVI. Klausgasse 34, Telephon 54167
XVII. Bachnergasse 22, Telephon 17156
XXI. Augererstraße 14.
Für die an fremde Austräger oder Verschleißer bezahlten Beträge leisten wir keine Garantie.
Offene Reklamationen sind portofrei

tung

sterreich.

ur nachmittags.

XXIX. Jahrgang.

Der polnische Plan.

Graf Czernin wird vielleicht vermutet haben, bei ner Rückkehr von Berlin als Triumphator begrüßt werden; wir hätten wohl in ihm, da er „uns" „Krone Polens" bringt, einen Mehrer des Reiches erkennen. Indessen wird die allgemeine Erregung, der Plan bei allen Nationen hervorgerufen hat, n Herrn Minister des Aeußern wohl belehrt haben, ß diese Hofidee von den Völkern in Oesterreich radezu einmütig zurückgewiesen wird, und daß r Einfall, uns den künftigen polnischen Staat n den Hals zu legen, nicht die geringste Aussicht sitzt, in Oesterreich irgend eine Zustimmung zu finden. as Abgeordnetenhaus, wohl erkennend, was hier seine flicht, wird sich mit der Frage sofort beschäftigen nd diejenigen, die vermeinen, daß über Geschicke von ölkern und Staaten noch in geheimen Konventikeln tschieden werden könne, klar und deutlich wissen ssen, daß die Zeiten und Methoden des Wiener ongresses vorbei sind und auch für diese Probleme ne neue Zeit angebrochen ist.

Graf Czernin läßt uns sagen, daß in Berlin ja och nichts entschieden worden sei, es wären nur Vorsprechungen gewesen, die allerdings einen „befriedigenden erlauf" genommen haben. Aber das kann doch nicht estritten werden, daß nämlich die Lösung, wie sie Graf Czernin vertritt und in Berlin empfohlen hat, rstens das Aufgehen Galiziens in dem zukünftigen olnischen Staate einschließt, zweitens eine ersonalunion dieses künftigen Polenreiches mit em österreichisch-ungarischen Gebiete im Sinne hat, also eine Lösung wäre, der vom innerpolitischen Standpunkt wie, und das ist im Augenblick noch gewichtiger, vom Standpunkt der Friedensmöglichkeiten die allerstärksten Bedenken gegenüberstehen. Die Raschheit, mit der man sich entschließt, das Land Galizien, zu dessen Behauptung man einen Weltkrieg unternommen hat, dem polnischen Königreich zu überlassen, ist ohne Zweifel bemerkenswert; aber daß das eine Sache ist, die doch nicht bloß den Polenklub angeht, sondern auch die anderen Nationen, vor allem insbesondere die Ruthenen, die auf das Selbstbestimmungsrecht, in dessen Namen jene Uebergabe geschehen soll, doch nicht minder Anspruch haben, ist wohl klar. Wer sich nun tröstet will, daß „wir" dafür die Personalunion empfangen, der hat wohl keine Vorstellung davon, wie brüchig derlei Bindungen sind und wie wenig geeignet, sich im Weltensturm zu behaupten; zumal diese Bindung, von der noch lange nicht feststeht, daß sie den Wünschen, Ansprüchen und Bedürfnissen des polnischen Volkes entspricht, daß sie seinen Willen ausdrückt; die überhaupt keine Sache seines Rechtes auf Selbstbestimmung ist, wohl eher der Ausfluß militärischer Macht, die diesem Recht den Ausdruck verkümmert. Im übrigen wenden sich die ernsten Bedenken vor allem dagegen, daß unsere Lebensinteressen mit der polnischen Staatlichkeit derart verknüpft werden, daß sie dadurch in die Dienstbarkeit der polnischen Politik gelangen müßten. Wir haben weiß Gott an unseren ererbten Sorgen und Schwierigkeiten genug zu tragen, als daß wir den Wunsch haben könnten, sie noch zu mehren und schlechthin ins Unlösbare zu steigern! Dieses Reich wächst so schwer zusammen, die Völkerschaften, die es bilden, sind so schwierig zusammenzufügen, zusammenzuhalten; immer wieder wird der ganze staatliche Verband in Frage gestellt, daß es wohl ein unerhörtes Wagnis, ja geradezu ein Abenteuer wäre, diesem in sich noch immer nicht gefestigten, nicht beschlossenen Staatswesen, das noch immer seine Daseinsformen sucht, die ganze Mühsal der Bildung eines neuen Staates auf die Schultern zu laden! Wir wünschen dem edlen polnischen Volke, das so viel gelitten und geduldet hat, für sein neuerwachendes nationales und politisches Leben das Beste und würden auch Opfer verstehen, um ihm die Erfüllung seines Herzenswunsches zu erleichtern. Aber sein Schicksal kann sich jedes Volk nur selbst zimmern, und das polnische Volk würde durch jene Verknüpfung nicht annähernd gewinnen, was wir mit ihr als Last zu übernehmen hätten. Auch die Völker, die in diesem Staate wohnen und hier zurückbleiben, wenn die Bilanz des Weltkrieges abgeschlossen sein wird, haben das Bedürfnis nach Verfestigung ihrer politischen Stellung, nach Freiheit und demokratischer Entwicklung, die schwer gefährdet würden, wenn zu der Ungarns, die der Nationalitätenstaat erzeugt, noch die jener Verknüpfung käme, die alle seine Widrigkeiten und Wirrnisse tausendfach mehren müßte. Wir wollen lieber ein gesunder denn ein unzweckmäßig großer Staat sein.

Aber das, was diesen Plan so beängstigend macht, ist seine Rückwirkung auf die Frage des Friedens. Graf Czernin hat es wiederholt und feierlich verkündet, daß sein Ziel der Verständigungsfriede sei: ein Friede, der den Gegnern nicht durch Waffengewalt aufgezwungen, vielmehr mit ihnen in „versöhnlichem Geiste", wie es in der Note des Papstes heißt, vereinbart werden soll. Die Beharrlichkeit, mit der Graf Czernin diesen einzig vernünftigen Gedanken vertreten hat, bis er ihm gegen alle entgegengesetzten Strömungen im Deutschen Reiche zum Durchbruch verhalf, die war sein Anspruch auf staatsmännische Erkenntnis; man glaubte ihm, man vertraute ihm. Kann es ihm nun unklar sein, daß dieser Plan, der auf unzweifelhafte Annexionen hinausläuft, weitab von dem Verständigungsfrieden liegt? Niemand wird die Personalunion, die ja doch auch reale Bindungen bedingen müßte, anders denn als eine versteckte Annexion werten; und da sie ein ähnliches Unternehmen in Deutschland geradezu automatisch auslöst, wie es ja die Absicht bezeugt, Litauen und Kurland in das gleiche Verhältnis zu Preußen zu bringen, in das das Königreich Polen zu Oesterreich-Ungarn treten soll, so müßte jeder Glaube schwinden, daß die Formel: Ohne Annexionen ernstlich gemeint war oder noch aufrecht ist. Umsomehr, als sich die Annexionen gegen den Gegner kehren, in dem vor

10./XI. 1917

Die Aussichten der neuen Regierung.

Stockholm, 8. November. (Tel. d. Arb.-Ztg.) Heute erließ die hiesige Zimmerwalder-Kommission gemeinsam mit der Auslandsvertretung der Bolschewiki einen Aufruf an das internationale Proletariat. Es heißt darin, daß die Ereignisse in Petersburg der Verwirklichung des Programms: „Friede ohne Annexionen und ohne Kontributionen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes des Volkes" dienen, für welches Programm die bisherigen revolutionären russischen Regierungen nichts taten, um es auf die Tagesordnung zu stellen. Der Aufruf fordert die Vertreter aller Parteien, die den Kampf für den Frieden wollen, auf, nach Stockholm zu kommen.

Dazu ist zu bemerken, daß die Verfasser des Aufrufes bisher ohne direkte Verbindung mit Petersburg sind, also aus eigener Initiative handeln. Aus einem Gespräch mit einem Mitglied des Zimmerwalder-Comités erfuhr ich, daß die österreichische und die ungarische Partei sowie die Unabhängige Partei Deutschlands eingeladen werden, dagegen halte sich das Comité infolge der Würzburger Resolution nicht für befugt, die deutsche Sozialdemokratie einzuladen, so lange diese nicht eine wirkliche Friedensaktion führe. Mein Gewährsmann gab allerdings zu, daß es ein Widerspruch ist, wenn die bolschewikische Regierung mit bürgerlichen Regierungen verhandeln wolle, aber nicht mit einer sozialistischen Partei, und daß ferner ein Widerspruch darin besteht, daß Verhandlungen mit den Regierungen gefordert werden, während früher die Taktik der Bolschewiki eine andere war und auch noch im Aufruf, wo dieser auffordert, auf der Straße und mit Massenstreiks den Willen des Proletariats zu bekunden, nachklinge. Man gab auch zu, daß die Lage Rußlands schleunige Verhandlungen zwischen den Regierungen fordere und nicht verschleppende Diskussionen der Parteien, wie es bei der Aktion des Holländisch-skandinavischen Comités der Fall war.

Man meint indes, daß einige Zeit nötig sein wird, bis die russische Lage soweit konsolidiert ist, daß die bolschewikische Regierung mit internationaler Autorität handeln kann. Daß sie lebensfähig sei, glauben die hiesigen Bolschewiki angesichts des allgemeinen Dranges des Landes nach Frieden und angesichts der Erregung der Bauernschaft wegen der Verzögerung der Agrarfrage, wenn sie auch die ungeheuren Schwierigkeiten des desorganisierten Landes und die starken gegenrevolutionären Interessen nicht verkennen. Sie halten die Konstituierung einer Gegenregierung, wenn auch nicht in Moskau, so doch im Süden nicht für ausgeschlossen, meinen aber, daß diese Regierung in der Armee keinen Halt fände.

Ueber die wahrscheinliche Taktik der neuen Regierung in der Friedensfrage meint mein Gewährsmann, daß die Regierung allen Regierungen sofortige Unterhandlungen anbieten werde auf der Grundlage des Verzichtes auf Annexionen; auch auf verschleierte. Man verspreche sich davon eine moralische Wirkung auf die Völker, der die Friedensgegner werden schwer widerstehen können. Wenn auch die russische Demokratie den Krieg nicht bis zur völligen Selbstbestimmung aller Völker, die erst nach einer siegreichen allgemeinen Revolution möglich wäre, fortsetzen wolle, so könne sie doch die Völker nicht verschachern. Andererseits sei aber Rußland außerstande, wegen fremder imperialistischer Interessen, so wegen der Erzlager in Lothringen, den Krieg fortzuführen, und es müßte bei der Weigerung der Entente an eine Separatwaffenruhe denken.

Vor der Entscheidung.

Die Stunde der Entscheidung naht. In den nächsten Wochen wird es sich entscheiden, ob der völkermordende Krieg endlich beendigt werden oder ob er noch jahrelang fortdauern, noch jahrelang ganz Europa verwüsten, die Kraft aller Völker zerstören soll. Noch nie seit dem Beginn des grauenvollen Ringens war die Möglichkeit so nahe gerückt, den Krieg zu beenden; aber noch nie war auch die Gefahr so groß, daß die Völker alle Friedenshoffnung begraben und sich mit dem Gedanken abfinden müssen, noch jahrelang ihre Söhne an der Front dem Tode, ihre Kinder im Hinterland den bittersten Entbehrungen preiszugeben.

Noch nie seit dem Beginn des Krieges war die Hoffnung der Völker auf den Frieden so wohlberechtigt wie heute. Denn zwei gewaltige weltgeschichtliche Ereignisse wirken heute zusammen, die Widerstände gegen den Frieden zu schwächen. Die Siege unserer Waffen in Italien und der Sieg der Arbeiter und Soldaten in Rußland — beide Ereignisse erschüttern die Macht des britisch-französischen Imperialismus, der der kriegsmüden Welt den Frieden verweigert, beide geben den Staatsmännern der Mittelmächte die Möglichkeit, den Frieden herbeizuführen, wenn sie nur wollen.

Der italienische Imperialismus ist geschlagen. Triest und Trient mit Waffengewalt zu erobern hat Italien keine Aussicht mehr. Den Krieg fortzusetzen hat für Italien keinen Sinn, keinen Zweck mehr. Italien wird den Frieden nicht ausschlagen, wenn ihm nur ein billiger, ehrenvoller Friede angeboten wird. Aber auch dem britischen und dem französischen Imperialismus ist in der venezianischen Ebene ein schwerer Schlag versetzt worden. Denn nur zum Vergnügen führen auch England und Frankreich den Krieg nicht fort. Sie haben bisher alle Friedensvorschläge zurückgewiesen, weil sie Deutschland im Jahre 1918 oder im Jahre 1919 zu besiegen hofften; aber die empfindliche Schwächung, die die Entente durch die Niederlage in Italien erleidet, und der sieghafte Beweis ungebrochener Kraft, den die Mittelmächte in Italien erbracht haben, verkleinern die Siegeshoffnung der Entente. Auch mit England und Frankreich wird heute über den Frieden leichter zu reden sein als noch vor einem Monat.

Aber erleichtern es schon die Ereignisse in Italien, zum Friedensschluß zu gelangen, so entfesseln die Ereignisse in Rußland eine Kraft, die mächtig dem Frieden zudrängt. Die Regierung Kerenskis, die seit dem Juli nur noch ein Organ der nationalistischen Kadettenpartei, der Partei der imperialistischen Bourgeoisie war, ist gestürzt. Der Minister des Aeußern Tereschtschenko, der seit dem Ausscheiden Zeretellis aus der Regierung ganz unter den Einfluß des Kadettenführers Miljukow geraten war, sitzt als Gefangener der Petersburger Arbeiter in der Peter-Paul-Festung, und gegen Kerenski, der sich seine politischen Weisungen im Palast der englischen Botschaft zu holen gewohnt war, ist der Steckbrief erlassen. Die Männer, die heute in Petersburg die Macht haben, sind die unversöhnlichsten Gegner des Imperialismus, die leidenschaftlichsten Kämpfer für den Frieden.

Die ganze russische Demokratie hat sich sofort nach der Märzrevolution das Ziel gesetzt, einen baldigen Frieden, einen „Frieden ohne Annexionen und Kontributionen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker" herbeizuführen. Im Ziele bestand zwischen den drei Parteien, in die die russische Demokratie sich gliedert, den Sozialdemokraten-Bolschewiki, Sozialdemokraten-Menschewiki und den Sozialisten-Revolutionären, kein Unterschied. Aber um die Mittel, dieses Ziel zu erreichen, ging der Streit. Bisher hatten die gemäßigten demokratischen Parteien, die Menschewiki und der rechte Flügel der Sozialisten-Revolutionäre, die Führung. Sie, die Zeretelli und Tscheidse, die Gotz und Arentjew, hielten in Rußland an der Koalition mit der Kadettenpartei, in der Welt am Bündnis mit England und Frankreich fest. Dadurch aber machten sie es sich unmöglich, ihr Ziel zu erreichen. Sie konnten Rußlands Kraft nicht für den Frieden einsetzen; denn bei jedem Schritte hemmte sie der Einspruch der Kadetten, mit denen sie doch nicht zu brechen wagten. Sie konnten England und Frankreich zum Frieden nicht bringen und wagten es doch nicht, sich von den Verbündeten zu trennen. So redlich und stark ihr Friedenswille war, scheiterte doch all ihr Bemühen an dem Widerstand der russischen Bourgeoisie, an die sie durch die Koalition, und der englischen und französischen Bourgeoisie, an die sie durch das Bündnis gefesselt blieben.

Jetzt aber ist die Führung der Demokratie und damit auch die Macht im Staate in die Hände der radikaleren demokratischen Parteien, der sozialdemokratischen Bolschewiki und des linken Flügels der Sozialisten-Revolutionäre, übergegangen. Die Lenin und Trotzky, die Rjasanow und Kamenjew, die Kamkow und Tschernow lehnen jede Koalition mit bürgerlichen Parteien ab; die Demokratie wird allein regieren, die Bourgeoisie von der Macht völlig ausgeschlossen sein. Der Friedenswille der russischen Demokratie wird nicht mehr durch kadettische Ränke zu wirken behindert sein. Die Männer, die heute die russische Demokratie führen, sind aber nicht nur Gegner der Koalition mit der russischen, sie sind auch Gegner der Koalition mit der englischen und französischen Bourgeoisie. „Das russische Proletariat ist mit den Proletariern Deutschlands und Oesterreichs ebenso verbündet wie mit den Proletariern Englands und Frankreichs; es ist den kapitalistischen Regierungen Englands und Frankreichs ebenso feind wie den kapitalistischen Regierungen Deutschlands und Oesterreichs" — das war vom ersten Tage der Revolution an die Stellung der Bolschewiki zu den „Verbündeten" in London und Paris. Sie haben die Eingriffe des englischen Botschafters in die innere Politik Rußlands heftig bekämpft, den kapitalistischen und imperialistischen Charakter der Kriegsziele Englands schonungslos aufgedeckt. Aus Gefolgsmännern des britischen Imperialismus wird die neue demokratische Regierung Rußlands nicht bestehen.

Die Enttäuschung über die Fortdauer des Krieges hat Kerenskis Regierung zu Falle gebracht. Der Friedenswille der Volksmassen führt die Bolschewiki zur Macht. Die neue Regierung, von mächtigen Feinden bedroht, wird vor den Massen nur dann bestehen, ihre Macht nur dann behaupten können, wenn sie dem Lande ehebaldigst den Frieden zu bringen vermag. Die Regierung der russischen Demokratie wird in jeder Stunden bereit sein, den Frieden zu schließen, wenn die Mittelmächte zu einem Frieden bereit sind, der kein russisches Lebensinteresse bedroht und keinen Grundsatz der Demokratie verletzt. Und England, Frankreich, Italien, deren Widerstand gegen den Frieden durch die Ereignisse in Italien geschwächt ist, werden es schwerlich wagen, allein, ohne des großen Rußland Hilfe, den Krieg fortzusetzen.

Der Friede ist also möglich, leichter möglich denn jemals seit dem Beginn des Krieges. Aber er ist es freilich nur unter einer Voraussetzung: nur wenn die Mittelmächte wirklich entschlossen sind, den Feinden einen Frieden anzubieten, der keines Volkes Lebensinteresse verletzt. Denn darüber täusche man sich nicht: auch eine demokratische Regierung Rußlands, auch eine Regierung, an deren Spitze Lenin und Trotzky stehen, wird keinen Frieden schließen, der dem russischen Volkskörper unheilbare Wunden schlüge; und gerade eine demokratische Regierung Rußlands wird keinem Frieden zustimmen, der dem demokratischen Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes der Völker widerspräche. Wollen die Mittelmächte einen solchen Frieden, dann ist der Friedensschluß trotz den Siegen in Italien und trotz der neuen Revolution in Rußland unerreichbar. Dann geht der günstige Augenblick ungenützt vorüber. Dann wird der Friede erst möglich, wenn die eine oder die andere der beiden Mächtegruppen niedergerungen ist. Und ehe das geschieht, wird noch lange Zeit vergehen! Wollen die Mittelmächte einen Frieden ohne Ländererwerb in irgend einer Gestalt, ohne jede Beschränkung der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Selbständigkeit ihrer kleineren Nachbarn jetzt nicht schließen, dann müssen sie damit rechnen, daß der Krieg nicht nur noch ein Jahr, daß er wahrscheinlich noch mehrere Jahre dauern wird.

Der Graf Czernin versichert uns heute, daß die Befürchtungen der letzten Tage unbegründet gewesen seien. Sein Ziel sei heute wie vordem ein baldiger, für beide Teile ehrenvoller Friede. Ist das wahr, dann ist jetzt die Stunde, dem Worte die Tat folgen zu lassen.

Pester Lloyd

10./XI. 1917

Die Rede Balfours.

Von Graf Stefan Tißa.

Budapest, 9. November.

Die letzte Rede des englischen Ministers des Aeußern ist leider eine Wiederholung all der hypokritischen Redensarten, mit denen die jetzigen Machthaber Englands das eigene Land betören müssen, um es weiter in den Krieg hineinzuhetzen. Andererseits ist sie ein beredter Beweis dessen, zu welchen Auskunftsmitteln sie greifen müssen, um dieses Handwerk überhaupt weiterbetreiben zu können. Neben der krassen Unwissenheit der Engländer alles betreffend, was auf dem Kontinent vorkommt — ein Moment, das von Anfang an ihnen sehr zu Hilfe kam — scheinen sie auch auf das schlechte Erinnerungsvermögen des modernen Menschen rechnen zu müssen. Heißt es doch in der letzten Rede Balfours, daß es die Mittelmächte und nicht die Alliierten, waren, die ihre Kriegsziele nicht bekanntgegeben haben, und es wird hiebei auf die Antwort der Entente auf Wilsons Note hingewiesen, die allerdings Kriegsziele enthielt, Kriegsziele, aus denen die gegen das Dasein ihrer Gegner gerichtete Eroberungssucht der Entente in brutalster Weise zum Vorschein trat.

Wie wenig auch der englische Minister des Aeußern selbst diese Enunziation als eine ernste Auseinandersetzung ihrer Kriegsziele betrachtete, erhellt aus der Rede Balfours vom 26. Juli. Diese in jeder Hinsicht charakteristische und denkwürdige Rede begnügt sich bezüglich der Kriegsziele mit einem Hinweis auf die „im Jahre 1914 veröffentlichten allgemeinen Grundsätze" der Entente und enthält die wiederholte Erklärung, daß eine weitere Präzisierung derselben nicht am Platze wäre. Es hänge dies „von den Vorgängen in den Ländern der Alliierten, von den Maßnahmen der Gegner, vom Kriegsglück und von den Veränderungen in den militärischen und maritimen Verhältnissen der Welt" ab. Die Zeit, führte er weiter aus, sei nicht danach angetan, daß ein Minister des Aeußern sich mit Friedenserörterungen beschäftige, im Gegenteil sei „unsere unmittelbare Pflicht, nicht zu erörtern, welche Friedensbedingungen wir im einzelnen wünschen werden, sondern den Kampf mit aller verfügbaren Energie fortzusetzen".

Vergleicht man mit dieser Rede die wiederholten Erklärungen unserer leitenden Staatsmänner, die Antwort der Monarchie und Deutschlands auf die Papstnote und das Ausbleiben jeder Antwort der Entente, so kann man nur mit Verblüffung den Mut konstatieren, mit dem Mr. Balfour heute unsere Mächtegruppe wegen Verheimlichung ihrer Kriegsziele angreift. Uebrigens ist dies nur ein Glied in der Kette von hetzerischen Verleumdungen, mit denen die englische Regierung ihre öffentliche Meinung von der Notwendigkeit der Besiegung Deutschlands, des Friedensstörers, zu überzeugen sucht. In dieser Beziehung steht die letzte Rede Balfours mit den vorangegangenen Erklärungen englischer leitenden Politiker leider in vollem Einklange. Heißt es doch wieder, daß die Deutschen „Ansichten von internationaler Moral haben, die durchaus verschieden von den Ansichten jeder Gemeinschaft auf Erden sind", daß der deutsche Militarismus eine ständige Bedrohung für Europa gewesen sei, und daß sich die Mittelmächte zur Unterdrückung der kleinen Völker, zu deren dauernder Unterwerfung vereinigt hätten. Wir hören noch immer denselben Balfour, der am 26. Juli so weit ging, Deutschland zu beschuldigen, diesen Weltkrieg absichtlich provoziert zu haben, um die kommerziellen und politischen Interessen seines Staatswesens zu fördern.

Wie hoch erhaben muß man über jeden moralischen Skrupel sein und wie fest auf die Unwissenheit des eigenen Publikums bauen können, um mit solchen Aeußerungen allbekannten Tatsachen ins Gesicht zu schlagen! War es nicht der Widerstand des ganzen französischen Volkes gegen die deutsche Einheit — des Volkes weit mehr als Kaiser Napoleons, der nur zögernd und unwillig dem Drängen der öffentlichen Meinung nachgab —, der die blutige Abrechnung von 1870/71 notwendig machte? War das vereinigte Deutsche Reich von seiner Geburt an nicht eine feste Stütze des europäischen Friedens? Und war nicht der kommerzielle Neid und die Habsucht Englands die große Triebkraft, die aus unserer absolut berechtigten und notwendig gewesenen Strafaktion gegen Serbien den jetzigen Weltbrand entfachte? Und schließlich — um über die Berechtigung Englands kein Wort zu verlieren, nach den Vorkommnissen in Irland, Griechenland und Finnland, wie dem Vorgehen gegenüber den neutralen Kleinstaaten von Unterdrückung kleinerer Völker zu sprechen — standen nicht die unaufhörlichen Eroberungskriege Englands und der Widerstand dieser Großmacht gegen jede Reform des Seerechtes, die ihre monopolistische Stellung etwas beeinträchtigt und beengt hätte, im krassesten Widerspruch zu jeder idealeren Auffassung der internationalen Moral und „der Rechte und Pflichten eines mächtigen Staatswesens"?

Dieselbe Hypokrisie, die diese Beschuldigungen kennzeichnet, zieht sich durch durch die weiteren Erörterungen des englischen Ministers. Zur dauernden Abwehr gegen die Gefahr des deutschen Militarismus soll vorerst die Demokratisierung Deutschlands dienen. Freilich wird wieder erklärt, daß es weder klug noch möglich wäre, einem anderen Lande vorzuschreiben, unter welcher Regierungsform dieses Land leben soll. Es folgen jedoch die wohlwollenden Ratschläge des freiheitsliebenden England, aus denen das deutsche Volk immer wieder erfahren soll, wie es die Kriegsgefahr nur durch eine aufrichtige Demokratisierung beschwören und einen dauernden Frieden nur erhoffen kann, wenn Deutschland „das Niveau der Vereinigten Staaten und Großbritanniens erreicht hat" und damit „einer der großen Friedensstörer der europäischen Geschichte ausgeschaltet ist". England will also die Einrichtung seines inneren Verfassungslebens dem deutschen Volke nicht vorschreiben — Gott bewahre —, aber wehe ihm, wenn es die von England empfohlenen Verfassungsreformen nicht durchführt.

Gerade so bedenklich sieht es mit den anderen Heilmitteln aus. Es sollen die entsprechenden Umgestaltungen an der Landkarte Europas vorgenommen werden, um einen für England passenden Zustand dieses Weltteiles zuwege zu bringen. Mr. Balfour spricht dabei von der Herstellung des alten Königreiches Polen in den Grenzen, wie sie nach Charakter und Bevölkerung polnisch sind, von dem Anspruche Italiens, alle Mitglieder der eigenen Rasse, Zivilisation und Sprache in sich aufzunehmen, der Rumänen, unter rumänischem Herrscher zu leben, und der serbischen Gemeinschaft, unter einer großen, blühenden, einheitlichen Macht zu stehen, und fragt mit sittlicher Empörung, ob alle diese Kriegsziele imperialistisch seien. Es scheint, daß Mr. Balfour gerade so wenig davon Kenntnis nehmen will, daß es sich hiebei um Gebiete von gemischter Bevölkerung handelt, daß sich das polnische Element Preußens von dem deutschen, das italienische der Nordostküste der Adria von dem slowenischen, das slowenische Südungarns und Slawoniens von dem ungarischen und deutschen gar nicht trennen läßt, daß Serbien im Bukarester Frieden weite Gebiete mit bulgarischer Bevölkerung erhielt und daß Italien Eroberungsgelüste in Albanien hat, wo nicht der geringste Schein nationaler Gemeinschaft vorhanden ist, wie von dem Umstande, daß diese Aspirationen die Lebensbedingungen Deutschlands, Oesterreichs und Ungarns angreifen und für die zwei mitteleuropäischen Großmächte den Kampf auf Leben und Tod bedeuten. Es wird auch diese eigentümliche Selbstlosigkeit der englischen Regierung durch die Rede Balfours vom 26. Juli sehr glücklich ergänzt, in der er uns wohl damit zu beruhigen trachtet, daß kein britischer Staatsmann in diesen Krieg eingegangen ist, um die britischen Besitzungen auf dem europäischen Festland zu vermehren. Diese sonderbar beschränkte Beruhigung wird durch die noch merkwürdigere Bemerkung ergänzt, daß dieser Umstand der englischen Regierung gegenüber Amerika eine Stellung gibt, die „schwerlich eines der anderen kämpfenden Völker für sich in Anspruch nehmen könnte". Was ist dies anderes als das direkte Geständnis eroberungssüchtiger, aggressiver Kriegsziele der Verbündeten Englands noch am 26. Juli 1917?

Betrachtet man dieses seltsame Spiel mit Worten, dieses systematische Verdrehen offenkundiger Tatsachen, diese zynische Irreführung des eigenen Landes, um den durch den Anschluß Englands an den Zweibund ermöglichten, sorgsam vorbereiteten und frevelhaft heraufbeschworenen Weltbrand weiter lodern zu lassen, so muß man sich fragen, ob alles in England möglich gewesen sei, ob das Licht der Wahrheit sich nie bahnbrechen werde? Nach den Erfahrungen der drei verflossenen Kriegsjahre müßte man hierüber verzweifeln. Zum Glück nicht nur der Menschheit, sondern auch Englands wird sich, wenn nicht das Wort der Wahrheit, so der Machtspruch der Notwendigkeit bahnbrechen bis zu den weitesten Schichten der englischen öffentlichen Meinung. Die Vorgänge in Italien und Rußland sprechen ein beredteres Wort als die ganze heuchlerische Phraseologie der englischen Machthaber. Hoffentlich wird ihre Sprache die vergiftete Atmosphäre der Kriegshetzer zerstreuen und Regierung und Volk Englands von der Notwendigkeit überzeugen, zurückzukehren zu den traditionellen Grundlagen der englischen Realpolitik, die heuchlerische Maske im freiheitliche Phrasen geborgener Herrschsucht abzuwerfen und einen die Freiheit, Unabhängigkeit und Sicherheit aller gewährleistenden ehrlichen Frieden sans phrase abzuschließen.

Westungarischer = Grenzbote

10./XI. 1917

206

Trialismus mit Polen?

Jeder Tag in diesem Kriege hat sein Ereignis. Jetzt klärt sich also die polnische Frage. Und sie klärt sich in dem Sinne, wie die Polen Oesterreichs es von Anbeginn wünschten, die die Vereinigung Galiziens mit dem von Rußland befreiten Kongreßpolen fordern. Alle Meldungen darüber und alle Widerrufe dieser Meldungen, die manche Kombination als zu früh bezeichnen, lassen dieses Eine bestehen: die Lösung erfolgt im Anschluß an die Monarchie.

Damit ist eine der schwierigsten Fragen, die dieser Krieg aufgeworfen, ihrer Beantwortung nahegerückt. Denn es war schon eine schwere Sorge, was mit Polen geschehen solle, dessen Befreiung oder Loslösung vom russischen Staatsverband schon zu einer Verlegenheit geworden war. Ein europäisches Interesse erforderte, daß die russische Macht, die mit dem Hängebauch von Polen mitten in unsere westliche Welt hereinragte, zurückgedrängt werde. Sie sollte ihr Gesicht wieder nach dem Osten wenden, nicht nach dem Westen. Das konnte erreicht werden durch die Lostrennung von Polen und weiter hinauf durch die Eroberung von Riga und der befestigten Inseln, die die Bucht von Riga bewachen. Das ist militärisch alles gelungen. Was man nur wünschen konnte, geschah, es kann sich jetzt nur noch darum handeln, das schwierige Problem auch diplomatisch zu sichern und staatsrechtlich zu gliedern.

Das wird eine Arbeit sein, so schwierig beinahe wie es die militärische war. Ganz Europa sieht uns auf die Finger und tausend törichte oder gekaufte Stimmen in unseren eigenen Ländern reden beständig im Sinne unserer Feinde darein. Die Polen selber aber zerfallen in viele Parteien und in ihrem alten Staatsgebiet wohnen auch andere Völkerschaften, die ihre Sonderrechte gewahrt und nicht an einen polnischen Nationalstaat ausgeliefert werden wollen. Am lautesten protestieren die Ruthenen, die man jetzt Ukrainer nennt, eine Umtaufe, wie sie einst an den Walachen vollzogen wurde, die sich plötzlich als Rumänen fühlten.

Wie soll man mit all diesen Fragen fertig werden? Die größte derselben wurde überhaupt noch nicht genannt, denn es ist die, was mit den preußischen Polen zu geschehen habe. Für den Staat Preußen allerdings existiert diese Frage ebenso wenig, wie es für das Deutsche Reich eine elsässische Frage gibt, aber die befreiten Polen und auch die in Galizien haben sie von Anbeginn aufgeworfen, sie verlangten, daß bei dieser Gelegenheit alle Polen vereinigt werden sollen.

Das wird nicht geschehen. Und ein Zweifel darüber darf gar nicht aufkommen. Es ist in Berlin jetzt bloß darüber beraten worden, ob man das befreite russische Polen allein zu einem Königreich ausgestalten soll mit einer beliebigen Dynastie, oder ob dieses sogenannte Kongreßpolen, mit Galizien vereinigt, unter habsburgischen Schutz zu stellen sei. Und es blieb die letztere Fassung der Formel siegreich. Man hat es mit Recht vermieden, ein kleines Königreich Polen, das 12 Millionen Einwohner gehabt hätte, zwischen den drei Kaisermächten aufzurichten und es dem Spiel des Zufalls zu überlassen, denn es wäre nur ein fetter Nährboden für Intrigen geworden gegen uns beide, ein Herd künftiger Kriege, so wie es Belgien zuletzt geworden war. Für ein solches Polen haben unsere Söhne nicht geblutet, da wäre es besser, es bliebe bei Rußland. Preußen aber wollte Kongreßpolen

10./XI. 1917

Vier Dementis.

Vier Dementis hintereinander sind bereits von unserer Regierung der Berliner Meldung über die Lösung der polnischen Frage entgegengestellt worden: das erste Mittwoch vom k. k. Korrespondenzbureau, das zweite am gleichen Tage vom Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler im Ausschuß des Abgeordnetenhauses, das dritte abermals von Dr. v. Seidler gestern im Plenum des Abgeordnetenhauses und das vierte heute im Fremdenblatt. Jedes folgende Dementi beweist, daß die vorhergehenden nach der eigenen Ansicht der Regierung nicht zureichend waren. Daß die Dementis förmlich einander auf die Füße treten, ist schlecht. Man muß in jedem Dementi irgend etwas wichtig Scheinendes vergessen haben, das man in einem neuen Dementi nachträgt. Auch bei der Kontroverse über das Selbstbestimmungsrecht der Völker im Frühjahr gab es zuerst eine parlamentarische Erklärung des Dr. v. Seidler im Auftrag des Grafen Czernin und hinterdrein einen Nachguß im Fremdenblatt. Postskripta sind nicht gerade die Gewohnheit klarer Köpfe.

Das Dementi Nr. 4 bringt also endlich die Versicherung, daß das Friedensprogramm der k. u. k. Regierung „sich nicht um Haaresbreite verschoben" habe. Ja, warum haben Sie das nicht gleich gesagt? Man hätte sich dann manche Aufregung erspart. Das ist ja doch das Wichtigste, und wir registrieren es mit Genugtuung — freilich nicht ohne daran zu erinnern, daß Graf Czernin selbst in seiner Budapester Rede seinem Friedensprogramm eine Fallfrist gesetzt und dadurch die Gerüchte von einer „Verschiebung" seines Programms selbst hervorgerufen hat. Aber immerhin, diese Gerüchte sind jetzt dementiert. Weniger befriedigend klingt das, was das Fremdenblatt zur polnischen Frage meldet. Zuerst wird uns mitgeteilt, daß in den dreitägigen Berliner Konferenzen unter den „aktuellen Fragen" „natürlich auch die polnische" besprochen wurde. Am Schluß des Fremdenblatt-Communiqués wird uns aber, offenbar damit auch die Schwerhörigen es verstehen, zweimal hintereinander ins Ohr geschrien, daß das polnische Volk „am Tage des Friedensschlusses" „selbst über sein künftiges Schicksal entscheiden wird". Wir würden das gern auch noch ein drittes Mal hören, weil wir überhaupt gern vom Selbstbestimmungsrecht der Völker hören. Aber wie stimmt dies zu der vorangegangenen Mitteilung, daß die leitenden Staatsmänner der Mittelmächte in Berlin „unter den aktuellen Fragen" „natürlich auch die polnische Frage" besprochen haben? In den ersten drei Dementis wurde sogar noch weiter gegangen. Dort wurde bloß die Behauptung gewagt, daß die polnische Frage bei den Berliner Besprechungen „noch nicht gelöst" worden sei, woraus man schließen mußte, daß dort jedenfalls an ihrer Lösung gearbeitet worden sei, was doch mehr ist als das „Besprechen" der Frage im vierten Dementi. Wozu besprechen aber unsere Staatsmänner die polnische Frage oder lösen sie sie, wenn deren Entscheidung dem polnischen Volk überlassen bleiben soll? Da wären doch nur polnische Staatsmänner zu ihrer Besprechung und Lösung kompetent.

Es wird vielleicht gut sein, noch durch ein fünftes Dementi diesen Widerspruch aufzuklären, aber, ohne einen neuen zu produzieren. Wir sollten dann aber definitiv den Polen (im Königreich) die Entscheidung über ihr Schicksal selbst überlassen. Es wäre besser gewesen, wenn wir uns nie darein gemengt hätten. Die durch die Mittelmächte erfolgte Gründung des polnischen Staates vom 5. November 1916 hat sich nachträglich als ziemlich überflüssig, wenn nicht gar schädlich erwiesen. Die Mittelmächte haben diesen Staat, noch mitten während des Krieges, in der wohlwollenden Absicht begründet, um, wie Baron Burian, der damalige Minister des Aeußern, sagte, „Polen vom russischen Joche endgültig zu befreien". Vier Monate später hat die russische Revolution alle Völker des Russischen Reiches vom Zarenjoch befreit und ihnen das Recht der Selbstbestimmung gegeben. Unsere Gründung eines polnischen Staates hat dadurch eigentlich ihren Zweck verloren. Sie wäre besser unterblieben. Denn sie hat uns bisher nur Ungelegenheiten bereitet. Sie ist auch die Quelle aller Gerüchte über [illegible]

Neues Wiener Tagblatt

10./XI. 1917

Die polnische Frage.

Aus Berlin und Wien liegen heute amtliche Verlautbarungen vor, die Licht in die nebelhaften Gerüchte der letzten Tage bringen und der polnischen Frage vieles von ihrer nervenerregenden Aktualität benehmen. Eine Mitteilung des Wiener Auswärtigen Amtes stellt fest, daß bei den letzten Berliner Beratungen auch die polnische Frage besprochen, und zwar pflichtgemäß besprochen wurde, da die leitenden Staatsmänner der verbündeten Mächte die Erledigung aller großen Probleme, die aus dem Krieg erwachsen sind, vorzubereiten haben. Die Erklärung stellt aber fest, daß über das Ergebnis der Berliner Konferenzen durchaus unbegründete Darstellungen verbreitet wurden und daß insbesondere Graf Czernin keinerlei Schwenkung in seiner Politik vollzogen habe. Erinnert man sich der aufsehenerregenden, monumentalen Rede, worin der Minister des Aeußern seine Gedanken über das künftige Verhältnis der europäischen Nationen und über die Möglichkeiten eines dauernden Friedens entwickelt hat, so kann diese Versicherung nur mit warmer Befriedigung aufgenommen werden. Denn sie bezeugt, daß die Leitung unsrer äußeren Angelegenheiten auch in der polnischen Frage keinen Weg einzuschlagen gedenkt, der von dem Ziel eines baldigen ehrenvollen Friedens ablenken und eine Verlängerung des Krieges herbeiführen könnte. Noch wichtiger ist die weitere Erklärung, daß, wenn Polen am Tage des Friedensschlusses den Wunsch ausspricht, einen engeren Anschluß an die österreichisch-ungarische Monarchie zu suchen, kein Grund vorhanden sein werde, das Königreich von uns abzustoßen. Hiemit wird zweierlei festgestellt: die Form, in der sich gegebenenfalls Polens Anschluß an die österreichisch-ungarische Monarchie vollziehen würde, bleibt derzeit noch offen, es ist kein unwiderrufliches Präjudiz geschaffen, alle Wünsche und Bedenken, die im Anschluß an die bisherigen unverbürgten Meldungen laut geworden sind, können erwogen und nach Maßgabe ihrer Berechtigung beachtet werden. Der weitere Hinweis auf den Zeitpunkt des Friedensschlusses besagt, daß eine überstürzte Behandlung der Angelegenheit ausgeschlossen ist, und zerstreut insbesondere jene Besorgnisse, die hinsichtlich der Wirkung auf Rußland aufgetaucht sind. Denn gewiß liegt es auch in der Absicht der verbündeten Zentralmächte, die schwerwiegenden Ereignisse, die sich gegenwärtig in Rußland vollziehen und die zweifellos die Aussichten des Friedens verstärkt haben, in ihrer Wirkung nicht zu beeinträchtigen und nicht eine Tat zu setzen, die den deutlich sichtbar werdenden Friedenswillen des russischen Volkes abschwächen könnte. Auch die aus Berlin vorliegende Erklärung bestreitet, daß irgendeine endgültige Lösung der polnischen Frage bei den jüngsten Besprechungen herbeigeführt worden sei, sie stellt lediglich fest, daß die in der Presse aufgetauchten Nachrichten teils unrichtig, teils schief sind und daß die Beratungen fortgesetzt werden.

Ungefähr auf der gleichen Linie bewegten sich die Erklärungen, die der österreichische Ministerpräsident in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses abgab; sie empfingen aber ihren besonderen Gehalt durch dasjenige, was er über die Wahrung der verfassungsmäßigen Kompetenzen äußerte. Mit einer Bestimmtheit, die im Hause ersichtlich den besten Eindruck übte, erklärte Ritter v. Seidler, daß, falls in Zukunft das Königreich Polen eine Annäherung an die Monarchie suchen sollte, der ganze Komplex jener Fragen, die im legislativen Wege ausgetragen werden müssen, dieser Erledigung auch vorbehalten bleiben und der österreichischen Volksvertretung rechtzeitig und ohne Präjudizierung die Gelegenheit zur Stellungnahme geboten würde. Auch die hiebei in Betracht kommenden Nationalitäten würden in die Lage kommen, berechtigten Wünschen Gewicht zu verschaffen. Mit einer Festigkeit, in der auch eine persönliche Gefühlsnote angenehm durchklang, versicherte der Ministerpräsident, daß die Regierung stets und unter allen Umständen die Bestimmungen der Verfassung und die Rechte der Völker unverbrüchlich zu wahren entschlossen ist. Damit war jedenfalls einer Besorgnis, die in den letzten Tagen am nachdrücklichsten geäußert wurde, der Boden entzogen.

Angesichts der amtlichen Mitteilungen über den Stand der polnischen Frage verlor die erregte Debatte, die gestern im Abgeordnetenhause geführt wurde, teilweise ihre Grundlage. Immerhin war diese Auseinandersetzung nicht wertlos, denn sie hat ein Bild der Stimmungen und Anschauungen geboten, die in der österreichischen Volksvertretung vorwalten, und sie liefert den Staatsmännern der verbündeten Mächte ein Material, das sie bei der weiteren Beratung der Angelegenheit nicht übersehen werden. Es war vielleicht das hervorstechendste Moment in der Debatte, daß sie einen tiefen Riß zwischen den slawischen Parteien Oesterreichs geoffenbart hat. Den Polen, deren Haltung von vornherein gegeben ist und deren Sprecher für eine Vereinigung Galiziens mit Polen eintrat, standen Tschechen, Südslawen und Ukrainer gegenüber, die aus

11./XI. 1917

11
218

... Rußland fürchtet, ...

Sonntag, 11. November 1917

Zeitung

... gelehrten Sachen

... M. 2.70 bei tägl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich ...50 ohne Bestellgebühr. Anzeigen: 80 Pf. die Zeile, Stellengesuche ... Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. ...n SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

6 Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801. 11 862 bis 11 850, sowie 15 280. 15 281. 15 282 bis 15 291.

Rußland.

Klarheit in der Ostfrage!

Von

Max Cohen-Reuß,

Mitglied des Reichstags.

Von verschiedenen Seiten ist in diesen Tagen behauptet worden, daß in einem Kronrat wichtige Beschlüsse über die Zukunft der im Osten besetzten Gebiete gefaßt worden und daß sie dann in den Besprechungen der deutschen Staatsmänner mit dem Grafen Czernin ergänzt worden seien. Inzwischen aber wird bekannt, daß von derartigen Beschlüssen keine Rede ist, und daß auch Aehnliches nicht bevorsteht. Diese Richtigstellung ist mit Genugtuung zu begrüßen. Es dürfen nicht Beschlüsse gefaßt werden, die einseitig, ohne die Verständigung mit dem Nächstbeteiligten, nämlich Rußland, das Schicksal dieser bisher russischen Gebiete bestimmen, gleichgültig, ob es sich dabei um Personalunionen oder irgendetwas anderes handelt.

Daß eine solche Politik, durch die unsere wichtigsten Lebensfragen ebenso vorschnell wie unheilvoll entschieden würden, überhaupt nicht in den Kreis der Betrachtung gezogen werde, dafür zu sorgen ist die erste Pflicht des Reichstags und vor allem der Reichstagsmehrheit. Sonst wird man in der Tat, wie Herr Buchka eben jetzt im „Tag" schrieb, die Resolution vom 19. Juli „zum alten Eisen werfen dürfen". Ganz wird man den Reichstag überhaupt nicht von dem Vorwurf freisprechen können, daß er die für die deutsche Zukunft ausschlaggebenden östlichen Fragen viel zu wenig beachtet und in politischer Beziehung die Dinge viel zu sehr hat laufen lassen. Obwohl mehr als einmal einzelne seiner Mitglieder im Hauptausschuß die warnende Stimme erhoben und auf die außergewöhnliche Bedeutung der Ostfragen hingewiesen haben. Die Anhänger der Resolution des 19. Juli, die den Verständigungsfrieden erstrebt, hätten eigentlich auch der bisherigen östlichen Politik der Regierung Widerstand leisten müssen. Denn die in jedem Fall einseitig von den Mittelmächten ohne Rußland geplante Lösung der östlichen Fragen könnte zu keiner Zeit als eine Verständigung mit Rußland gelten. Die aber ist es, die von allen anderen erstrebt werden muß, und die auch die Resolution vom 19. Juli in Wort und Sinn erstrebt.

Nur im Osten aber war und ist an eine Verständigung über das Ende des blutigen Kampfes, die zugleich eine Verständigung für lange Friedenszeit ist, zu denken. Wer die Gesamtfragen unserer auswärtigen Politik im Auge behielt und die weltpolitische Lage Deutschlands nicht unter dem Gesichtspunkt kurzer Tagespolitik, sondern auf lange Sicht hinaus betrachtete, konnte seit Jahr und Tag darüber nicht mehr im Zweifel sein. So mußten auch die polnische Angelegenheit und die anderen östlichen Dinge gewertet werden. Nur indem man Klarheit zu gewinnen versuchte über die spätere weltpolitische Situation des Deutschen Reiches und über sich aus ihr ergebende Stellung, die dabei zu Rußland und zu den anderen großen Mächten eingenommen werden mußte, konnte man ebensolche Klarheit über alle östlichen Fragen gewinnen. Nur in diesem Zusammenhang — nicht aber für sich allein — durften Entscheidungen über die besetzten Gebiete im Osten getroffen oder auch nur vorbereitet werden.

An der ruhigen und sicheren Einschätzung all dieser Faktoren hat es dauernd bei uns gefehlt. Auch dann noch, als jedem, der Augen hatte, eigentlich die Schuppen fallen mußten. Um von vielem anderen abzusehen: die uns so reichlich durch den englisch-amerikanischen Druck zuteil gewordenen überseeischen Kriegserklärungen, die umfassende Zerstörung fast all unserer weltwirtschaftlichen Verbindungen: das war bereits der Krieg nach dem Kriege. Ob die beiden angelsächsischen Imperien ihn noch schärfer gegen uns führen oder maßvollere Methoden anwenden werden, das hängt zum wesentlichsten Teile von unserem späteren Verhältnis zu Rußland ab. Ist es gut, so werden die beiden Riesenreiche des Westens sehr bald genötigt sein, andere Seiten gegen uns aufzuziehen, ist es schlecht, so kann das Finis Germaniae Wahrheit werden. Wenn wir auch — das ist selbstverständlich — mit England Frieden schließen wollen und müssen, und uns gern mit ihm, so gut es geht, verständigen — können politisch Einsichtige wirklich

mitglied Albert v. Berzeviczy erklärt im „Az Est“: Der Anschluß des polnischen Gebietes in trialistischer Form an die Monarchie würde, wenn er auch weniger Gefahren als die südslawische Frage für uns brächte, jedenfalls mit dem Nachteil des Trialismus verbunden sein. Denn während wir es bisher mit einem Partner zu tun hatten, würden wir in Hinkunft zwei Partnern gegenüberstehen und der Gefahr der Majorisierung ausgesetzt sein. Es ist zu bedauern, daß diese Frage jetzt aufs Tapet gebracht wurde, da einerseits die russischen, anderseits die italienischen Vorgänge uns dem Frieden viel näher gebracht hätten als jemals. Es ist zweifellos, daß, ob nun die russisch-polnischen Gebiete zur Monarchie oder zu Deutschland gehören sollen, jeder derartige Plan neue Gegensätze zwischen uns und den friedlich gesinnten Parteien Rußlands hervorrufen wird, die geeignet sind, das Kriegsende wieder hinauszuschieben.

Graf Michael Karolyi erklärt, die in Aussicht genommene Regelung der polnischen Frage erschwere die Friedensverhandlungen. Wir wünschen einen Verständigungsfrieden, und eben deshalb dürfen wir keine vollendete Tatsache schaffen und allein nicht solche Fragen regeln, die nur auf Grund eines gegenseitigen Uebereinkommens geregelt werden können. Auch vom staatsrechtlichen Standpunkt ist die Lösung keine glückliche, denn die Verhältnisse des polnischen Königtums haben eine starke Wirkung auf unsre staatsrechtliche Lage, und ich kann mir nicht vorstellen, daß der Monarch mit dem einen Staat in Personalunion und mit dem andern in der Realunion stehen könne. Abgesehen davon, hat Ungarn im Jahre 1867 den Ausgleich mit einem Oesterreich geschlossen, dem Galizien angehörte, und wenn Galizien nicht mehr zu Oesterreich gehört, dann besteht der Ausgleich zwischen Oesterreich und Ungarn auch nicht mehr.

Im entgegengesetzten Sinne äußert sich Graf Julius Andrassy im „Magyar Hirlap“. Er erklärt, er sei von Kriegsbeginn an der Ueberzeugung gewesen, daß die Interessen Oesterreich-Ungarns, Europas und der polnischen Nation in gleicher Weise fordern, daß das polnische Königstum wiederhergestellt werde, und zwar in der Weise, daß Russisch-Polen mit Galizien vereinigt als unabhängiger Staat einen selbständigen Teil der habsburgischen Monarchie bilde. Nun, da dieses Ziel der Verwirklichung näher denn je gekommen zu sein scheine, sei Graf Andrassy von aufrichtiger Freude erfüllt, und er betont, sofern die Verwirklichung gelingt, habe sich unser Minister des Aeußern geschichtliche Verdienste um die Dynastie und die Monarchie erworben. Bedauernswert und von sehr schädlichem Eindruck in der ganzen Welt seien aber die Erscheinungen, die dieser Gedanke im österreichischen Parlament hervorrief. Eine Monarchie, die Furcht davor habe, daß ein Zwölf-Millionen-Volk sein Schicksal an das ihrige knüpfe, die Furcht davor habe, daß unter der Führung unsrer Dynastie eine geschichtliche Ungerechtigkeit wieder gutgemacht werde und eine ruhmreiche, auf große Ueberlieferungen blickende Nation wieder auflebe, deren Fehlen seit ihrer Aufteilung von der europäischen Gesellschaft ständig empfunden worden sei: eine solche Monarchie würde über sich selbst den Stab brechen. Er hoffe, daß die ungarische öffentliche Meinung mit einstimmiger Begeisterung den geschichtlich bedeutenden Augenblick des Wiedererwachens der polnischen Nation begrüßen werde.

* * *

Eine Rede des Abg. Ritter v. Wassilko.

Der Verband der ukrainischen Reichsrats- und Landtagsabgeordneten der Bukowina hielt gestern unter dem Vorsitze seines Obmannes Nikolaj Ritter v. Wassilko eine Beratung ab, in welcher Abg. v. Wassilko zum austropolnischen Programm unter anderm folgendes erklärte: Die Veröffentlichungen des „Berliner Lokalanzeigers“, denen dann die Artikel in reichsdeutschen und Wiener Blättern folgten, verzeichnen eine zwischen dem Wiener und dem Berliner Auswärtigen Amte bereits geschaffene Tatsache, die sich nicht nur von dem Grundsatze eines annexionslosen Friedens entfernte, sondern auch eine Amputierung der österreichischen Reichshälfte und endlich ein Attentat auf den ukrainischen Teil Galiziens beinhaltete.

Wer etwas genauer hinter die Kulissen der Berliner Zeitungstreibereien gerade gegenwärtig während der Kanzlerkrise blicken konnte, der weiß, wem zuliebe der „Lokalanzeiger“

Zur polnischen Frage.

Ungarische Politiker über die Polenfrage.

Budapest, 10. November. (Privattelegramm.) In der Polenfrage liegen heute Aeußerungen mehrerer hervorragender ungarischer Politiker vor. Magnatenhaus-

12./XI. 1917

Bürgerkrieg in Rußland.

Anscheinend erbitterte Käupfe zwischen den beiden Revolutionsparteien in und vor Petersburg.

Kerenskis Gegenaktion.

Kerenskis Flucht zur Armee. — Aufrufe an die Truppen.

Der Putsch der Maximalisten und Bolschewiken in Petersburg brachte den beiden Gruppen wohl durch Ueberrumpelung einen vollen Erfolg in der Hauptstadt selbst, aber nicht den vollständigen Sieg im Reiche. Kerenski ist es gelungen, ins Hauptquartier durchzubrennen und von da aus, gestützt auf ihm ergebene Truppenteile, den Widerstand gegen die neuen Machthaber in Petersburg zu organisieren. Der Bürgerkrieg scheint im vollen Gange zu sein. Die Partei Kerenskis, die sich vor allem der Hauptradiostation und hiedurch des wichtigsten Mittels zur Bearbeitung der öffentlichen Meinung zu bemächtigen verstand, tritt sehr erfolgssicher auf, berichtet von großen Siegen und Fortschritten und droht den Petersburger „Verbrechern und Verrätern" mit dem Füsilieren. Was an dieser Großsprecherei Wahres und was bloß Dichtung zur Beeinflussung der schwankenden Volksstimmung ist, läßt sich zur Stunde nicht mit Sicherheit erkennen. Lange kann die Ungewißheit nicht dauern, da die Kerenski-Partei, wenn ihre Proklamationen und Armeebefehle nicht leere Aufschneidereien zur Täuschung der Bevölkerung sind, ja in Kürze schon wieder Herr der Hauptstadt sein müßte.

Jedenfalls ist das Chaos in Rußland vollständig geworden. Es wiederholt sich die Erfahrung aller Revolutionen. Die Revolutionsparteien, deren jede sich als Wohlfahrtsinstitution für das Vaterland ausgibt, bekämpfen einander auf Leben und Tod und ruinieren gemeinsam Volk und Reich. Mag der Parteienkrieg enden wie immer, zu großen kriegerischen Aktionen ist dieses Rußland nicht mehr fähig. Die grenzenlose Bestürzung im Lager der westlichen Verbündeten ist daher vollauf begründet. Ihre Angst vor einem Sonderfrieden Rußlands nimmt groteske Formen an und führt zu Herzensergüssen, welche die Gefahr erst recht vergrößern müssen. Wichtig ist, das faßt die gesamte Marine und anscheinend die Mehrheit der Landtruppen es mit den neuen Machthabern in Petersburg halten, die freilich auch das schönere, zugkräftigere Programm — Friede und Grundaufteilung — auf ihre Fahne geschrieben haben. Damit zu konkurrieren, dürfte Kerenski sauer fallen. Der Streik der Diplomaten und der Beamtenschaft des auswärtigen Amtes gegen das neue Regime vervollständigt das Bild eines heillosen Durcheinanders. Diejenigen, die mit dem Revolutionmachen begonnen haben, also die Kadetten und Kerenski-Sozialisten, dürfen sich über ihre Nachfolger nicht beschweren. Wenn gestern der Umsturz eine patriotische Tat war, kann er heute kein Verbrechen sein und die Auflehnung gegen den „roten Zaren" ist schwerlich unmoralischer, als die gegen den „weißen Zaren" es war.

Kriegspressequartier, 11. November.

Ueber die verworrene Lage in Rußland, wo es möglicherweise zu offenem Bürgerkrieg gekommen ist, geben folgende Aufrufe und Meldungen aus dem Lager Kerenskis ein Bild:

1. „An alle Truppen des Petersburger Militärbezirkes:

Ich, der Ministerpräsident der zeitweiligen Regierung und Höchstkommandierender der bewaffneten Macht der russischen Republik, bin heute an der Spitze der dem Vaterlande ergebenen Truppen eingetroffen. Ich befehle allen Truppen des Militärbezirkes Petersburg, welche entweder infolge Mißverständnisses oder durch Zwang sich der Bande der Verräter des Vaterlandes und der Revolution angeschlossen haben, nicht eine Stunde zögernd zur Erfüllung ihrer Pflicht zurückzukehren. Dieser Befehl ist allen Kompanien, Kommanden, Batterien, Eskadronen und Sotnien zu verlautbaren.

Der Ministerpräsident der zeitweiligen Regierung und Höchstkommandierender

Kerenski.

1. „An die Truppen Petersburgs:

Die ruhmvollen der Revolution und dem Lande treuen Truppen der Front sind an die Hauptstadt herangekommen. Damit kein unschuldiges Blut vergossen werde, verhaftet diejenigen, welche euch betrogen haben, welche das Land verderben und verraten! Damit man wisse, welche Regimenter ihrer Pflicht treu sind, entsendet Delegationen zu den anmarschierenden Truppen der Front.

Der Rat des allrussischen Komitees zur Rettung des Landes und der Revolution.

Der Kommissär des Petersburger Militärbezirkes: Malewskij.

3. „Landes- und revolutionstreue Truppen in voller Eintracht mit dem Rate des Verbandes des Kosakenheeres und mit allen demokratischen Organisationen haben gestern Zarskoje-Selo und die Radiotelegraphenhauptstation besetzt. Die Aufführer ziehen sich in ungeordneten Haufen nach Petersburg zurück. Gegen auftretende Plünderer und Gewalttäter wird mit den entschiedensten Mitteln vorgegangen werden. Die mit geraubtem Gute Gefangengenommenen werden auf dem Orte des Verbrechens sofort erschossen. Die Schuldigen am Aufruhre wurden dem militärrevolutionären Gerichte übergeben.

4. „An die Armeeorganisationen und die Kommissäre:

In Petersburg wird die Empörung gegen die Bolschewiki immer größer. Heute kam es zu offenen Auftritten gegen sie und auf den Straßen kam es verschiedenen Ortes zu Schießereien. Das Telephon ist von den Junkern besetzt, ... ist von dem allgemeinen Armeekomitee besetzt, welches die Wachen der Bolschewiki verdrängte. In Moskau ist die rote Garde geschlagen. Gegen Abend wird Kerenski vor Petersburg stehen, die Verbindung mit ihm ist hergestellt. Eine Delegation des Komitees ‚zur Rettung' hat sich zu Kerenski begeben. Die Liquidierung des Abenteuers der Bolschewiki ist die Frage der nächsten Tage oder Stunden. Für die möglichst planmäßige Liquidierung ist der Zusammenschluß aller Kräfte der Demokratie und des allrussischen Komitees zur Errettung des Vaterlandes und der Revolution notwendig.

Der Kommissär des Höchstkommandierenden."

*

Allem Anscheine nach wird in und um Petersburg zwischen Anhängern beider Parteien blutig gekämpft. Die russische Marine steht völlig, von der Landfront der weitaus größte Teil mit den Sympathien auf Seite der Bolschewiki.

Amsterdam, 10. November.

Einem Londoner Telegramm des „Algemeen Handelsblad" zufolge wird aus Petersburg gemeldet, daß Kerenski, Kaledin und Kornilow Truppen gegen Petersburg vorrücken lassen.

Das Ministerium der Maximalisten und Bolschewiken.

Stockholm, 10. November.

„Denj" nennt als neue „Minister" Maljanowitsch, Kischkin, Masloff, Liweroffski, Gwosdeff und Bernatski, welche Donnerstag den Ministereid ablegen werden.

Kopenhagen, 11 November.

Der Petersburger Korrespondent des norwegischen Blattes „Tidenstegn" drahtet: Der Arbeiter- und Soldatenrat hat einen Ausschuß eingesetzt, dessen Präsident Lenin ist, der zugleich den Posten eines Ministerpräsidenten bekleidet. Trotzki ist Minister des Aeußern. Auch alle übrigen Ministerposten sind mit Maximalisten besetzt. Der Rat ist zurzeit Herr der Lage in Petersburg. Seine Soldaten patrouillieren in den Straßen. Der Umsturz ging mit einer bewunderungswürdigen Organisation ohne Tumulte und ohne Plünderungen vor sich. Alle Banken und großen Geschäfte wurden geschlossen, der Rat hat aber ihre sofortige Oeffnung verlangt. Der Rat stieß auf große Schwierigkeiten, da sich das Stadtoberhaupt und die Stadtverordnetenversammlung weigerten, die neue Regierung anzuerkennen. Kerenski hält sich mit Alexejew und Kornilow im Hauptquartier auf. — Aus Moskau wird gemeldet, daß die Maximalisten auch dort die Oberhand gewonnen haben.

Die überrumpelte Kerenski-Regierung.

Stockholm, 11. November.

Die Augenzeugen mehrerer Blätter aus Haparanda bestätigen, daß die Revolution der Bolschewiken durchaus überraschend gekommen sei.

„Stockholms Tidningen" erfährt, daß Kerenski seiner Sache so sicher gewesen sei, daß er in der Nacht zum Mittwoch einer Abordnung der Kosaken gegenüber erklärte, die der Regierung zur Verfügung stehenden Kräfte seien so stark, daß man den Aufruhr leicht unterdrücken könne. Gleich darauf traf die Meldung ein, daß die Bolschewiken das Telegraphenamt, den Baltischen Bahnhof und die Redaktionen mehrerer den Bolschewiken feindlichen Zeitungen besetzt hätten. Während des Mittwochs kam es zu schweren Krawallen auf dem Newak und dem Sadovaja-Prospekt. Der größte Teil der Peterburger Garnison ging zu den Bolschewiken über. Automobile mit Maschinengewehren fuhren knatternd durch die Stadt. Es gab Tote und Verwundete. Schon Mittwoch mittag war die Stadt in der Gewalt der Bolschewiken.

Das Auswärtige Amt und die Diplomaten streiken! — Maklakows Trostsprüche an die Verbündeten.

London, 10. November.

Das Reutersche Bureau meldet aus Petersburg vom 9. d.: Alle Beamten der Ministerien des Auswärtigen, der Finanzen und des Handels haben die Arbeit eingestellt.

ndschau
Politik
ler Stände
Fernsprecher: Amt Zentrum 12371—12377; (Verbindung mit den einzelnen Abteilungen durch die Hauptstelle). 37. Jahrgang

222

tal gefangen.

Deutsche Politik — nicht Versöhnungspolitik

Seit einem Jahrhundert spielt allenthalben in der Geschichte Europas der nationale Wille die führende Rolle. Jedes Volk und jedes Völkchen, jeder Großstaat und jeder Kleinstaat betreibt seitdem nationale Politik, und auch im Kriege von heute bestimmt nationaler Machtwille fast allerwärts die Kriegszielpolitik.

Deutsche Politiker aber schwelgen in übernationalen Verständigungsgelüsten, schwimmen in internationalen Strömungen, arbeiten noch immer mit Rezepten jener romantischen Gefühls- und Versöhnungspolitik, die der Ausbruch des Weltkrieges hat bankerott werden lassen.

Schwer noch lastet auf uns die Konkursmasse der sentimentalen Politik der sechsten Kanzlerschaft. Das erhellt aus der Polenfrage auch in der Gestalt, in der sie soeben wieder in den Vordergrund getreten ist. Vor aller Oeffentlichkeit hat die Polenfrage Herr v. Bethmann Hollweg zuerst in seiner Reichstagsrede vom 15. August 1915 behandelt; nicht vom Standpunkt zielsicherer deutscher Machtpolitik, sondern ganz und gar im Fahrwasser eines überwiegend persönlichen Versöhnungswillens, wie er seit 1890 dem äußeren wie inneren Zickzackkurse das Gepräge gegeben hatte. Herr v. Bethmann Hollweg sagte in jener Rede:

„Ich hoffe, daß die heutige Besetzung der polnischen Grenzen gegen Osten den Beginn einer Entwicklung darstellen wird, die die alten Gegensätze zwischen Deutschen und Polen aus der Welt schafft und das vom russischen Joch befreite Land einer glücklichen Zukunft entgegenführen wird, in der es die Eigenart seines nationalen Lebens pflegen und entwickeln kann."

Am Schlusse derselben Rede versicherte der sechste Kanzler: „Wir haben die Sentimentalität verlernt!" Aber wie wenig sie die verlernt haben, für die diese Beteuerung gelten sollte, und zwar just in dem Augenblicke, in dem sie sich anschickten, die „alten Gegensätze zwischen Deutschen und Polen aus der Welt zu schaffen", hat sich hinterdrein anschaulich genug erwiesen.

Den Polen gegenüber hat die Sentimentalität fortbestanden. Den Franzosen gegenüber schien sie zur nämlichen Zeit ihr Ende erreicht zu haben, als sie wieder in der Polenfrage emporwucherte. Auch der alte Gegensatz zwischen Deutschen und Franzosen hatte anfangs durch den Weltkrieg aus der Welt geschafft werden sollen. Aus einem Gespräch, das im September 1914 Sven Hedin mit Kaiser Wilhelm geführt hat, berichtete er:

„Der Kaiser bedauerte die Notwendigkeit, die ihn gegen seinen Willen gezwungen habe, sein Heer gegen die Franzosen ins Feld zu führen, und er hoffte, daß die Zeit kommen werde, wo Deutsche und Franzosen eine gegenseitige gute Nachbarschaft sollten aufrechterhalten können. Der Kaiser hat 25 Jahre lang gearbeitet, um dieses Ziel zu erreichen, und hofft, daß aus dem gegenwärtigen Kriege eine ganz und gar neue Ordnung der Dinge hervorgehen werde. Ein deutsch-französisches Einverständnis werde eine unerschütterliche Sicherheit für den künftigen Frieden bilden."

So Sven Hedin. Im folgenden Jahre, im September 1915, konnte der sozialdemokratische Schriftsteller Fendrich aus einer Unterredung mit dem Kaiser, die ihm durch Herrn v. Bethmann Hollweg und in dessen Anwesenheit gewährt wurde, feststellen, daß der Gedanke einer deutsch-französischen Versöhnung aufgegeben sei. Fendrich berichtete, daß der Kaiser eine halbe Stunde lang von der Kriegführung der Franzosen die schwersten Entsetzlichkeiten mitgeteilt habe, die keine Hoffnung auf eine Gesundung mehr übrig ließen. Fendrichs Erzählung fährt dann fort:

„Frankreich ist ein gerichtetes Land. Und die Tränen, die dem Kaiser beim Erzählen mehr als einmal in die Augen kamen, waren oft auch Tränen der Scham über solche Verkommenheit bei einem immer noch für ritterlich und edel gehaltenen Volk."

Hätten die Erfahrungen mit den Franzosen nicht warnen sollen, den Versöhnungswillen auf die feindlichen Polen zu übertragen, den so oft schon bei den preußischen Polen fehlgeschlagenen Versöhnungsversuch noch einmal an Rußlands Polen zu erproben?

Als die Absicht der Schaffung eines selbständigen Königreichs Polen verkündet wurde, wußte ein polnisches Blatt, die „Gazeta Narodowa", über den Ursprung dieses neuesten zu verwirklichenden Versöhnungsgedankens dies zu erzählen:

„Kaum waren die ersten Schüsse gefallen, als aus der allgemeinen Wirrnis der Gedanke eines neuen Polen auftauchte. Und der, der ihn zuerst faßte, war kein geringerer als unser Kaiser und König Wilhelm II. Der Kaiser hat bereits in den ersten Tagen des August 1914 dem verstorbenen Erzbischof Likowski erklärt, daß er von nun an das große Barbarenreich nicht mehr als Nachbarstaat Polens will und daß er ein neues großes Polen schaffen werde."

Die Krone dieses neuen großen Polens soll, so verlautete dieser Tage in Berlin wie in Wien, Oesterreichs Kaiser tragen.

Arbeiterzeitung
12./XI. 1917
223

Redaktion, Administration und Inseraten-Aufnahme:
V. Rechte Wienzeile 97.
Stadt-Expedition und Kleiner Anzeiger:
I. Schulerstraße 13.

Telephone:
Redaktion 880
Administration 900
Inseraten-Aufnahme 900
Stadtexpedit u. Kleiner Anzeiger 9191
Filiale II 40223
„ X 58244
„ XIV 33126
„ XVI 34146
„ XVII 17175

Telegramm-Adresse:
Arbeiterzeitung Wien.
Postsparkassen-Scheckkonto Nr. 19210.

Inserate übernehmen:
Bock & Herzfeld, E. Braun, M. Dukes, Haasenstein & Vogler, R. Mosse, J. Rasael, H. Schalek in Wien sowie alle Inseraten-Büros des In- und Auslandes.

Arbeiter-Zeitung

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich.

Erscheint täglich um 6 Uhr morgens, Montag um 2 Uhr nachmittags.

Abonnementsbedingungen:
Wien: Mit Zustellung ins Haus: Wöchentlich 70 h, monatl. K 3.—, vierteljähr. K 9.—.
Zum Abholen in den Filialen, in allen Tabak-Trafiken und Verschleißstellen: Monatlich K 3.—.
Provinz und Ungarn: Monatl. K 3.40, viertelj. K 10.20 bei freier Zustellung durch die Post.
Deutschland: Viertelj. K 14.40.
Für alle anderen dem Weltpostverein angehör. Länder: Viertelj. K 18.—.
Abonnements werden angenommen in der Administration, V. Rechte Wienzeile 97, und in den Filialen:
I. Schulerstraße 13, Telephon 9191
II. Pazmanitengasse 30, Tel. 40228
X. Wielandplatz 5, Telephon 58244
XIV. Wieningerplatz 6, Tel. 33126
XVI. Klausgasse 34, Telephon 34146
XVII. Sachnergasse 22, Telephon 17175
XXI. Angererstraße 14.
Für die an fremde Austräger oder Verschleißer bezahlten Beträge leisten wir keine Garantie.
Offene Reklamationen sind portofrei.

Nr. 311. Wien, Montag, 12. November 1917. XXIX. Jahrgang.

Die große Friedenskundgebung.

Die Wiener Arbeiterschaft hat den Ruf gehört, den die Parteileitung an sie am vorigen Sonntag ergehen ließ. Zehntausende strömten gestern in den ersten Vormittagsstunden dem Konzerthaussaal zu und schon bald nach halb neun Uhr mußten die Ordner den weiteren Zutritt zu dem Saale sperren. Er war buchstäblich bis auf das letzte Plätzchen gefüllt. Der Massenzuzug begann aber nun erst recht und wenige Minuten später schon zeigte es sich, daß auch der kleine Saal, der allenfalls zur Verfügung gestanden wäre, bei weitem nicht ausgereicht hätte, die Massen zu fassen. Es mußte ein anderer Ausweg gesucht werden und er wurde gefunden. Die prächtigste Lösung, die man sich vorstellen kann, hat die Not des Augenblicks herbeigeführt. Die zuströmenden Massen zogen auf den großen Eislaufplatz. Nun kamen in ununterbrochenem Zuzug Tausende und Zehntausende auf den mächtigen Platz, der noch nie ein solches Massenbild geschaut hat. Indes waren die Veranstalter bemüht, Rednerplätze, fliegende Tribünen, ausfindig zu machen. Die Musikestrade und die Treppe beim Haupteingang boten natürliche Erhöhungen. An der Lothringerstraße und am Gebäude des Konzerthauses wurden rasch herbeigeschaffte Bänke aufgestellt, von denen aus viele Genossen und Genossinnen zu den dichtgekeilten Massen sprechen konnten. Das Gesamtbild des Platzes war ein gewaltiges, ein hinreißendes und was die Not des Augenblicks hier geboren hat, es kann vielleicht ein Fingerzeig sein für spätere Gelegenheiten, wenn es gelten wird, zu großen Massen zu sprechen.

Die Veranstaltung in ihrer Gesamtheit war von hinreißender Gewalt. Die Masse selbst, wenn man sie nicht als Masse vor sich sah, sondern wenn man den einzelnen ins Auge faßte, bot ein Bild all der Leiden, die der unsagbar verbrecherische Krieg über die Menschheit gebracht hat. Man brauchte sie nur zu sehen, um zu verstehen, daß es nichts geben kann als den Frieden, daß es nichts anderes geben darf. Diese blutlosen Arbeiterinnen der Rothschen Kapselfabrik zum Beispiel, die mit ihren gelben Gesichtern eine der Rednerbänke auf dem Eislaufplatz fröstelnd umstanden, die enger ihre Tücher um die Schultern zogen, denen die Tränen aus den Augen stürzten, wenn die Redner an das Leid und die Qual der Millionen und Millionen an den Fronten und im Hinterland erinnerten — wenn man nur diese Arbeiterinnen sah, die mit einer eigenen Standarte zum Platze gekommen waren, so wußte man, daß es kein größeres Verbrechen geben kann, als diesen Krieg und damit das furchtbarste Verderben, das je über die Menschheit gekommen ist, auch nur einen Tag zu verlängern. Man hätte gar keine Reden gebraucht, nur diese Masse hätte man sehen müssen, hätten alle die sehen müssen, die noch festhalten an dem verbrecherischen Gedanken der Fortsetzung des Krieges, und auch den Erbärmlichsten unter ihnen hätte schaudern müssen bei dem Gedanken, daß an diesen Tausenden von Menschen das Verbrechen des Krieges noch weiter verübt werden soll.

Dann die Redner im Saale und draußen auf dem Platze: Jeder einzelne durchglüht von dem heißen, brennenden Wunsche, dem Gebot der Stunde klaren, flammenden Ausdruck zu geben, jeder einzelne beseelt von dem Antrieb, deutlich und klar hinauszusagen, daß diese leidende Masse den Frieden will und braucht, weil sie ihn haben muß. Wer hätte sich der Gewalt dieses Zusammenwirkens unvergeßlicher Eindrücke erwehren können, wer hätte nicht empfunden, daß er eine geschichtliche Stunde miterlebt!

Das war es auch. Das Wiener Proletariat hat sich gestern zum erstenmal nach vier Jahren zusammengefunden, nach vier Jahren, in denen ihm ein Sammeln an einem Punkt verwehrt war, um auszusprechen, daß es entschlossen und gewillt ist, fürderhin einzig und allein zu dienen dem Frieden, daß es entschlossen ist, die Höllenpforte des Krieges zu schließen. Der Ruf, den das Wiener Proletariat zur rechten Zeit, machtvoll und kräftig, erhoben hat, er wird vor allem als Echo hinüberklingen zu den russischen Brüdern, die uns die Friedenshand geboten haben.

Es war eine mächtige und würdige Kundgebung. Die Herrschenden werden sich dieses Eindrucks vergeblich zu erwehren suchen. Was die Massen an ihre Adresse zu sagen haben, das kommt in der

Resolution

zum Ausdruck, die in der Hauptversammlung wie in den vier Versammlungen auf dem Eislaufplatz unter stürmischem Jubel angenommen wurde:

Die Arbeiterschaft Wiens, versammelt, um ihrer heißen Sehnsucht nach der Beendigung des Krieges Ausdruck zu verleihen, erklärt:

Die weltpolitischen Ereignisse der letzten Wochen haben alle Schranken, die der Herstellung des Friedens entgegengestanden sind, niedergerissen. Allgemein ist die Erkenntnis, daß militärische Mittel den Krieg nicht entscheiden können und sollen. Es ist Pflicht der Regierungen, klare und unzweideutige Kriegsziele aufzustellen und dadurch die Grundlage für die Herstellung eines dauernden Friedens zu schaffen.

In der Stunde, in der die Arbeiter und Soldaten Petersburgs der verräterischen Bourgeoisie die Macht entrissen, die Regierung angetreten und der Welt neuerlich das Friedensangebot des russischen Volkes ohne Eroberungen und Entschädigungen gemacht haben, sendet die Arbeiterschaft Wiens der Arbeiterschaft Petersburgs ihren brüderlichen Gruß.

Wir begrüßen den Sieg der Petersburger Arbeiter als den Beginn einer neuen Epoche im Befreiungskampf des internationalen Proletariats. Der Sieg des proletarischen Friedenswillens in Petersburg gibt uns die Hoffnung, daß es den vereinigten Bemühungen der Arbeiter aller Länder endlich gelingen wird, dem völkermordenden Kriege Einhalt zu gebieten. Wir geloben, in unserem Lande unermüdlich und unerschrocken weiter zu kämpfen für die Beendigung des Krieges durch einen baldigen demokratischen, den Lebensnotwendigkeiten aller Völker genügenden Frieden.

Wir sind überzeugt, daß das Ende des Krieges herbeigeführt werden kann, wenn das Deutsche Reich und Oesterreich-Ungarn die Hand ergreifen, die die russische Demokratie ihnen entgegenstreckt. Wir lehnen daher jeden wie immer gearteten Plan der Regierungen, der den Friedensschluß verhindern oder verzögern könnte, entschieden, unbedingt und für immer ab. Wir fordern die österreichische Regierung auf, im Einvernehmen mit den verbündeten Regierungen die feindlichen Staaten sofort zur Eröffnung von Friedensverhandlungen einzuladen und in dieser Einladung ausdrücklich und unzweideutig zu sagen:

1. Daß die Mittelmächte keinen Ländererwerb anstreben und keine Kriegsentschädigung fordern;

2. daß die Mittelmächte Belgien, Serbien, Rumänien, Polen, Litauen und Kurland weder annektieren, noch sich politisch angliedern, noch in einem Zustand wirtschaftlicher oder militärischer Abhängigkeit erhalten wollen;

3. daß die Mittelmächte dem Friedenskongreß konkrete Vorschläge über den Ausbau des Völkerrechtes, über die internationale Abrüstung und über die Entscheidung aller Streitigkeiten zwischen den Völkern durch obligatorische Schiedsgerichte vorlegen;

4. daß die Regierungen der Mittelmächte, die heute in Rußland tatsächlich bestehende organisierte öffentliche Gewalt anerkennen und ihr sowie allen kriegführenden Mächten zum Zwecke der Einleitung von Friedensverhandlungen einen Waffenstillstand vorschlagen.

Die Versammlung ist sich bewußt, daß sie mit diesen Forderungen dem leidenschaftlichen Begehren aller Völker Oesterreich-Ungarns entspricht und daß die von kleinen vereinzelten kapitalistischen und kleinen nationalistischen Interessengruppen unseres Landes geschürte Kriegshetze angesichts der Friedensentschlossenheit der Massen ohne Einfluß bleiben muß.

Im Saale.

Die Versammlung im Saale wurde Punkt ½10 Uhr von Kohl, dem Obmann des sozialdemokratischen Wahlvereines Landstraße, der als Einberufer fungiert hatte, eröffnet. Er übergab den Vorsitz an den

Abgeordneten **Seitz**

und dieser führte aus: Tausende von Frauen und Männern sind unserem Rufe gefolgt. Sie füllen den Saal, die Nebenräume und die Straßen. Sie sind gekommen, um zu sagen, daß sie den Frieden wollen und nichts als den Frieden. (Stürmischer Beifall.)

. . . . . Sie rufen: Macht ein Ende der Menschenschlächterei! (Brausende Zustimmung.) Länger als drei Jahre wütet dieser schreckliche Krieg. Er wirkt heute nicht mehr durch den Willen der Menschen, denn die große Mehrheit in Europa ist seiner endgültig satt, auch nicht durch den Willen der wenigen Kriegshetzer, er wirkt durch sein eigenes Schwergewicht. Wie eine Maschine, die Menschen zermürbt und zermalmt, geht er drei Jahre über Europa hinweg. Aber da kam der Tag, an dem sich wieder die Wahrheit des alten proletarischen Schlachtrufes bewährte: „Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will!“ Das russische Proletariat . . . (brausende Hochrufe) hat mit eherner Hand den Rädern der Maschine in die Speichen gegriffen, es schickt sich an, sie zum Stillstand zu bringen. Auch wir haben die Pflicht, alles beizutragen, was geeignet ist, dem Kriege ein Ende zu bereiten. Es ist nicht zu bestreiten — und es wäre töricht, die Augen davor zu verschließen —, daß, so stark der Friedenswille im Osten ist, westlich von uns große Volksschichten diesen Willen leider noch nicht in ausreichendem Maße haben. Das zeigt uns wieder, daß jedes Proletariat unter anderen Bedingungen lebt und daß, was dem russischen unter gewissen Bedingungen möglich ist, von den Proletariaten des Westens noch lange nicht erwartet werden kann, gerade so wie die Proletarier in den Ländern der Mittelmächte den Kampf nach den ihnen gesetzten Bedingungen zu führen haben.

Aber eine Pflicht gilt für alle Proletarier: In ihrer Art und unter ihren Bedingungen alles aufzubieten, auf das Friedensangebot des russischen Volkes einzugehen, den Waffenstillstand anzunehmen, der dem Frieden die Wege bahnt. (Stürmische Zustimmung.) Diese Pflicht haben auch wir. Wir geloben, sie mit aller Kraft zu erfüllen, gemäß den glorreichen Traditionen des österreichischen Proletariats, das sich jederzeit seiner geschichtlichen Aufgabe bewußt war, sich auch heute ihrer bewußt sein wird.

Diese Volksbewegung wird wachsen von Tag zu Tag, sie wird nicht mehr zum Stillstand kommen, ehe dieser furchtbaren, schrecklichen Qual das Ende bereitet ist, die Regierungen den Frieden schließen, der notwendig, den Frieden ohne Annexionen und ohne Entschädigungen (lauter, anhaltender Beifall), den Frieden des Vertrages, der alle Völker zueinanderführt und die Welt vor der Wiederkehr so gräßlichen Geschehnisses für alle Zeiten bewahrt. (Anhaltender, brausender Beifall.)

Abgeordneter Dr. **Ellenbogen:**

Vor kurzer Zeit haben zufolge der russischen Offensive die verbündeten Armeen Galizien und die Bukowina von den feindlichen Truppen befreit und vor wenigen Tagen ist es diesen Armeen gelungen, auch an der südlichen Grenze den Feind zu verdrängen und die Waffen in das gegnerische Land zu tragen. Nirgends steht der Feind auf österreichischem Boden und ebenso ist Deutschland von ihm frei, wenn man von den wenigen Quadratkilometern im Elsaß absieht. Damit ist der Begründung, mit der der Krieg bisher geführt wurde, daß wir das Land verteidigen, seinen Bestand erhalten müssen, der Boden entzogen, und hat die Fortsetzung des Krieges ihren Sinn verloren. Also Schluß mit dem Kriege! (Brausende Zustimmung.) Den Weg, wie man Schluß macht, wenn man bereit ist, hat uns Rußland gezeigt: ohne Rücksicht auf das, was der Feind sagt, den Waffenstillstand anbieten — das ist der Weg! Allerdings hat unsere Regierung wiederholt erklärt, daß sie den Frieden, wie ihn Rußland vorschlägt, ohne Annexionen und ohne Kontributionen, ebenfalls anzunehmen bereit ist. Doch wir Oesterreicher haben ein leicht bewegliches Temperament und unsere Regierung besteht aus lauter richtig gehenden Oesterreichern. Es liegt die Gefahr nahe, daß sie wie in der Verzweiflung der Niederlage zu kleinmütig, im Rausch der Verfolgung zu übermütig werden, und es gibt eine, wenn auch kleine, so doch nicht ungefährliche Clique in Oesterreich, die sich bemüht, die Regierung von diesem Wege abzudrängen, sie vom Rausch zu anderen Formen des Friedens führen zu lassen, als sie die Regierung verkündet hat. Der geistliche Professor Schöpfer und der Provolateur K. H. Wolf sind solche Leute. Der eine redet von der Kraft des Schwertes, der andere vom Siegfrieden, ohne den der Sieg nicht beendet werden soll. Es ist noch zu verstehen, daß von solchen Dingen die Alldeutschen in Deutschland sprechen, wo es eine Schwerindustrie mit weltpolitischen Bestrebungen und ein trotziges Junkergeschlecht gibt, das nicht ohne Verdienst in der Vergangenheit war. Aber wer ist daß arm-